q 331
F 853n
cop. 2

q 331 F 853n
LIBRARY
OF THE
UNIVERSITY OF

NACHKRIEGS KAPITALISMUS

AUS DER REIHE DER WIRTSCHAFTSHEFTE DER FRANKFURTER ZEITUNG

THE LIBRARY OF THE
AUG 28 1934
UNIVERSITY OF ILLINOIS

Leopold Sonnemann
um 1860

DIE „FRANKFURTER ZEITUNG“ IST IM JAHRE 1856 ENTSTANDEN. IHR GRÜNDER, LEOPOLD SONNEMANN, AM 29. OKTOBER 1831 GEBOREN, WAR DAMALS 25 JAHRE ALT. SO FALLEN IN DAS JAHR 1931 DER HUNDERTSTE GEBURTSTAG DES GRÜN-

DERS UND DAS FÜNFUNDSIEBZIGJÄHRIGE JUBILÄUM SEINES LEBENSWERKES.

DIE GEMEINSAME BEGEHUNG DER BEIDEN ERINNERUNGSDATEN GESCHIEHT MITTEN IN EINER DER SCHWERSTEN WIRTSCHAFTSKRISEN. WIR HABEN IN DER DAS DATUM DES 29. OKTOBER TRAGENDEN AUSGABE DER „FRANKFURTER ZEITUNG“ RÜCKBLICKEND DER GESTALT IHRES GRÜNDERS UND DER ENTWICKLUNG SEINER SCHÖPFUNG BIS AUF DIESEN TAG EINIGE SEITEN GEWIDMET. WIR HABEN ABER VON EINER DER SONST ÜBLICHEN, IM KULTUS DES VERGANGENEN SICH ERSCHÖPFENDEN FESTNUMMERN ABGESEHEN UND WIR GLAUBEN, MIT SOLCHER UNS SELBST AUFERLEGTEN BESCHRÄNKUNG IM SINNE EINER ZEIT ZU HANDELN, DIE IHRE GANZE ENERGIE AUF DIE LÖSUNG DER GEGENWARTSPROBLEME WERFEN MUSS.

ZU EINEM DER DRÄNGENDSTEN UND KONKRETESTEN GEGENWARTSPROBLEME, ZU DER FRAGE NACH WERT UND BESTAND DES KAPITALISTISCHEN SYSTEMS, HAT UNSERE HANDELSREDAKTION IN DIESEM SONDERHEFT UMFASSEND STELLUNG GENOMMEN. MIT EINEM SOLCHEN BEITRAG ZUR ZEITGESCHICHTE, DIE ANKNÜPFT AN DIE SICH DURCH DIE GANZE GESCHICHTE UNSERER ZEITUNG HINDURCHZIEHENDE FORDERUNG DER ARBEIT AM TAGE, GLAUBEN WIR AM BESTEN DIE ERINNERUNG AN LEOPOLD SONNEMANN UND AN DIE GRÜNDUNG DER „FRANKFURTER ZEITUNG“ VOR 75 JAHREN ZU BEGEHEN.

VERLAG UND REDAKTION.

g 331
F853n
cop. 2

LIBRARY
UNIVERSITY OF ILLINOIS
URBANA

NACHKRIEGS-
KAPITALISMUS

THE LIBRARY OF THE
AUG 28 1934
UNIVERSITY OF ILLINOIS

872558

LIBRARY
UNIVERSITY OF ILLINOIS
URBANA

INHALTSVERZEICHNIS

ENDE DES KAPITALISMUS? / SEITE 5

DER CHOR DER PROPHETEN / DIE KRISE DES NACHKRIEGS-KAPITALISMUS / WAS HEISST „KAPITALISMUS"? / PLAN-UN-WIRTSCHAFT

Einige Prognosen / Die Sonderstellung des Kapitalismus in Frankreich / Der Drang nach Bevormundung / Chronik der russischen Wirtschaftspolitik / Russisches Zahlenspiel / Die Wirtschaftspolitik des Fascismus

UNSERE UNTERNEHMER / SEITE 10

FÜHRERMORAL / DIE WURZELN DER FÄLLE FAVAG UND NORD-WOLLE / DAS „UNTERNEHMEN AN SICH" / DER WEG NACH OBEN / UNTER DRUCK VON ALLEN SEITEN

Finanzmeteore der Nachkriegszeit / Der Fall Favag / Man war taub / Die Lahusens / Ueberfremdungsschutz — Verwaltungsschutz / Ueberorganisation / Wesenszüge im zeitgenössischen Unternehmertum / Eine hanseatische Tradition

STURM UND DRANG IN DER TECHNIK / SEITE 16

UMWÄLZUNGEN AUF ALLEN GEBIETEN / GROSSMASCHINE UND LAUFENDES BAND / TECHNIK UND WIRTSCHAFT / DIE WEHEN DES FORTSCHRITTS

Einige Beispiele: Aus dem Getreidebau / Aus der Metallgewinnung / Aus der Erdölindustrie / Aus der Oelmühlenindustrie / Aus der Wärmewirtschaft / Betriebssystematisierung in der Margarine-Industrie / Betriebsverbesserungen in der Porzellanindustrie / Aus der Elektrizitätsindustrie / Standort und Maschinisierung / Die Maschinisierung im Steinkohlenbergbau / Die Rolle des Fernsprechers

DIE ÖFFENTLICHE HAND / SEITE 20

DIE KRIEGSWIRTSCHAFT / WO IST DIE GRENZE? / WIRTSCHAFT UND UNWIRTSCHAFT / DAS BESTRITTENE GEBIET / DER STAAT ALS KONTROLLEUR / DIE ÖFFENTLICHEN BANKEN / BANKEN-AMT — FÜR WEN?

Oeffentliche Wirtschaft im Lande des Individualismus / Wie hoch ist der Anteil? / Die öffentliche Unternehmung und der Kapitalismus / Oeffentliche Bankgründungen der Nachkriegszeit / Die Bedeutung der öffentlichen Banken / Vom Gemeineigentum

LIEBESGABENWIRTSCHAFT / SEITE 27

DER EINFLUSS DES KRIEGES / SUBVENTIONEN UND VALORISATIONEN / HEMMUNG DER NATIONALEN ARBEIT / UNTERDRÜCKUNG DER BAUERN / ARMUT — AUS EIGENSINN.

Eine subventionspolitische Tragikomödie / Noch eine Tragikomödie: die Roggenstützung / Mißglückte Valorisationsversuche / „Freihandel auf Termin" — „Schutzzoll per Kasse" / Was kosten uns die Agrarzölle? / Zölle und Weltdepression / Viele Milliarden / Eine Freihandelsinsel in protektionistischer Umwelt

DIE „GEBUNDENE" WIRTSCHAFT / SEITE 35

GRENZEN DES MONOPOLS / DIE VERFEINERUNG DES WETTBEWERBES / DIE MONOPOLKARTELLE

Das Schicksal des deutschen Kapitalismus / Die Ausdehnung der Genossenschaftsbewegung / Das Fiasko der Kohlen-Gemeinwirtschaft / Die Kartellgesetzgebung versagt / Erfahrungen mit der Kaligesetzgebung / Preisbindungen der zweiten Hand.

KAPITALFEHLLEITUNG / SEITE 39

DIE KRISE — KEIN MASSTAB / IDEAL UND WIRKLICHKEIT / IRRLICHTER / ÖFFENTLICHE KAPITALVERSCHWENDUNG / STAATLICHE KAPITALLENKUNG IN DER PRAXIS / WANDERUNGSBESCHRÄNKUNGEN FÜR DAS KAPITAL / DER WIDERSINN DER REPARATIONEN

Kapitalverschwendung und Quotenjagd / Kapitalverschwendung und Wohnungszwangswirtschaft / Protektionismus der Kapitalnehmer / Protektionismus der Kapitalgeber.

DIE KRISEN / SEITE 45

FEHLER DER NOTENBANKPOLITIK? / EIN UNGLÜCK KOMMT SELTEN ALLEIN

Die Stellung der Notenbank im System der freien Verkehrswirtschaft

DIE VERTEILUNG DES SOZIALPRODUKTS / SEITE 48

GRENZEN DER BESTEUERUNG / STEUERSYSTEM UND KAPITALBILDUNG / DIE SEGNUNGEN DER SOZIALPOLITIK / LOHNPOLITISCHE VERANTWORTUNG

Amerika — das Land ohne geldliche Arbeitslosenunterstützung / Der ausgeträumte australische Traum / Primitive und verfeinerte Kaufkrafttheorie / Tariflöhne und wirkliche Löhne

VOM MENSCHEN IM KAPITALISMUS / SEITE 54

DIE MECHANISIERUNG / DAS ERFOLGSSTREBEN / FREIHEIT UND UNTERDRÜCKUNG / DIE MORAL DES LEISTUNGSPRINZIPS / DIE MASSE NIMMT AB

„Wirtschaftsdemokratie" / Der Menschenprotektionismus / Quantität und Qualität / Die Entwicklung der Menschenzahl / Freiheit / Geschichtslos und barbarisch.

Ein Namen- und Sachregister befindet sich am Schlusse der Abhandlung

LIBRARY
UNIVERSITY OF ILLINOIS
URBANA

NACHKRIEGS-KAPITALISMUS

Eine Untersuchung der Handelsredaktion
der
Frankfurter Zeitung

THE LIBRARY OF THE
APR 26 1924
UNIVERSITY OF ILL.

EINFÜHRUNG

„Nachkriegskapitalismus“ ist die folgende Arbeit genannt, die eine Besinnung über Wirtschaft und Unwirtschaft unseres jetzigen Systems darstellen soll. Denn die Wirtschaft, die in den dreizehn Jahren nach dem Kriege betrieben worden ist, scheint uns im Entscheidenden gekennzeichnet zu sein durch die vielgestaltigen direkten und indirekten Auswirkungen des Weltkrieges und durch zahllose Mißgriffe eines allzu geschäftigen und reichlich planlosen staatlichen Interventionismus — auch er eine Wirkung des Krieges.

In doppelter Weise — durch eine fortlaufende Darstellung und, in engster Verbindung damit, durch eine Reihe ergänzender Beiträge — soll dem Leser so knapp wie möglich eine Uebersicht über die Zusammenhänge verschafft werden. Zunächst werden die Vorfragen geprüft, wie die Menschen beschaffen sind, die die Führung in Händen haben, und wie die Technik sich entwickelt hat, die zu ihrer Dienstbarmachung für die breiten Massen dieser Führer bedarf. In den Mittelpunkt der Untersuchung ist dann die Frage gestellt, warum das System im ganzen an Ergiebigkeit so stark eingebüßt hat. Das direkte Vordringen der öffentlichen Hand erscheint dabei weit weniger bedeutungsvoll als die Fülle der indirekten Eingriffe, die unserem Wirtschaftssystem wesensfremd sind. Protektionismus, Subventionismus und Monopolismus haben die freie Marktwirtschaft bis an die Grenze der Funktionsunfähigkeit entstellt und in ihrer Produktivität aufs empfindlichste beeinträchtigt. Einige Betrachtungen über die Erfahrungen, die in bezug auf die Möglichkeiten und Grenzen einer Beeinflussung der Verteilung des Sozialprodukts gemacht worden sind, und einige Hinweise auf die oft gerügten außerwirtschaftlichen Mängel des sogenannten kapitalistischen Systems beschließen die Arbeit.

Das Ganze bildet somit im Grunde eine Untersuchung über die Voraussetzungen für eine gesamtwirtschaftlich wirklich erfolgreiche Gestaltung einer im wesentlichen freien, wenn auch nicht schrankenlosen Unternehmerwirtschaft. Wir betrachten das Heft zugleich als eine Art Rechenschaftslegung über die Grundsätze, von denen sich die „Frankfurter Zeitung“ in ihrem Bemühen um positive Wirtschaftskritik leiten läßt, und hoffen, daß die Leser ihm die Aufmerksamkeit schenken werden, die das Thema verdient.

Handelsredaktion der „Frankfurter Zeitung“.

Diese Publikation ist eine Gemeinschaftsarbeit, an der alle Mitglieder der Handelsredaktion einschließlich ihrer Korrespondenten mitgewirkt haben. Die Rahmenbetrachtung schrieb Dr. Erich Welter, jetzt Leiter der wirtschaftspolitischen Redaktion der „Frankfurter Zeitung“, die ergänzenden Beiträge die folgenden Redakteure und Korrespondenten:

Erich Achterberg, Berlin / Lothar Bauer, Frankfurt / Dr. Nikolas Benckiser, London / Karl Dressel, Frankfurt / Ferdinand Freitag, Frankfurt / Dr. Leo Grebler, Berlin / Paul Jüliger, Frankfurt / Dr. Wolfgang Hirschberg, Frankfurt / Dr. Otto Hirschfeld, Hamburg / Otto Hoffmann, Frankfurt / Otto Kahn, Rom / Dr. Kurt Lachmann, Wien / Artur Lauinger, Frankfurt / Dr. Rudolf Mattfeldt, New York / Dr. Wilhelm Mautner, Amsterdam / Dr. Leonhard Miksch, Berlin / Fritz Nachmann, Frankfurt / Dr. Max Nürnberg, Frankfurt / Albert Oeser, Frankfurt, Leiter des Handelsteils der „Frankfurter Zeitung“ / Bruno Piepanz, Frankfurt / Dr. Fritz Rosenstiel, Berlin / Dr. Josef Soudek, Frankfurt / Dr. Hans Uhlig, Berlin / Dr. Franz Wolf, Frankfurt / Bruno Wolff, Berlin / Dr. Georg Wolff, Essen / Dr. Salomon Wolff, Paris

LIBRARY
UNIVERSITY OF ILLINOIS
URBANA

ENDE DES KAPITALISMUS?

Zusammenbruch der liberalen Welt, Ende des laissez faire, Vergreisung des Kapitalismus — so und ähnlich lauten die Kassandrarufe, die der Untergangsstimmung der Nachkriegszeit, der Zeit der Inflation, der Weltkrise und der politischen Krediterschütterungen entspringen. Eine begreifliche seelische Reaktion auf die Nöte und Entbehrungen, die die wirtschaftlichen Verwirrungen der letzten dreizehn Jahre mit kurzen Unterbrechungen zur Folge gehabt haben. Alle Krisen haben bisher Propheten des Untergangs oder der Umwälzung und Verkünder des Bevorstehens einer „neuen Epoche" auf den Plan gerufen, und erst nach Ueberwindung der Krise setzte sich regelmäßig wieder eine ruhigere Beurteilung durch. So wird es auch diesmal sein, wenn die jetzige Krise wieder von einem Anstieg abgelöst sein wird. Oder ist wirklich die jetzige Krise — die vielleicht die schwerste ist seit dem Vordringen der nicht ohne Ressentiment als kapitalistisch bezeichneten Wirtschaftsordnung — ein Beweis dafür, daß es so wie bisher nicht weitergehen kann, daß dieses System für jedermann deutlich seine Funktionsunfähigkeit auf das drastischste erwiesen hat, daß wohl oder übel etwas anderes, Neues, an seine Stelle gesetzt werden muß? Ist diese Krise nicht vielleicht doch die letzte Krise des „Systems", der große „Kladderadatsch"? Und ist es nicht vermessen, ausgerechnet im Scheitel einer solchen Krise sich Rechenschaft darüber abzulegen, wie dieses angeblich dem Untergang geweihte System modifiziert, reformiert, von den Schlacken des Kriegs befreit werden kann, damit es weiter und verbessert der Hebung des Wohlstands der breiten Massen nutzbar gemacht werden kann?

DER CHOR DER PROPHETEN

Es ist nicht vermessen, sondern es ist notwendiger denn je, sich über diese Fragen Rechenschaft abzulegen. Keineswegs wollen wir mit der folgenden Arbeit unsere Stimme in den vielstimmigen Chor derer mischen, die eine Vision davon haben, in welchem Stadium der wirtschaftlichen Entwicklung wir uns heute befinden. Allzu oft schon sind nationalökonomische Hellseher mit ihren Prophezeiungen von der wirtschaftlichen Entwicklung gründlich desavouiert worden, angefangen von der Zusammenbruchstheorie des großen Karl Marx über den Aufruf der Volksbeauftragten vom November 1918, der verkündete, daß der Kapitalismus in Zukunft einer überwundenen Zeit angehöre, bis zu jenen Diagnostikern, die zehn Jahre danach feststellen zu können glaubten, daß der Kapitalismus stärker und fester dastehe denn je, bis dann im September 1930 mehr als die Hälfte der deutschen Wähler für die Parteien stimmte, die antikapitalistisch sind oder sich so gebärden. Wir verzichten darauf, aus den paar Momentbildern, die die Wirtschaftsentwicklung nach dem Kriege gezeigt hat, nun gleich den weit in die Zukunft reichenden Film der Entwicklung des Kapitalismus vorauskonstruieren zu wollen. Uns fehlt leider die Sehergabe, um inmitten der vielgestaltigen Evolutionen, die wir durchleben und von denen uns die rapide Abnahme des Bevölkerungszuwachses die folgenschwerste zu sein scheint, den Weitergang der Wirtschaftsgeschichte vorhersagen zu können. Niemand kann auch dafür garantieren, daß nicht Verzweiflung und Verhetzung in diesem oder jenem Lande wirtschaftliche Umsturzversuche hervorrufen, wenn auch die bisherigen Beispiele Beweis genug dafür sind, daß eine mit noch so großer Zähigkeit unternommene Revolution die Wirtschaft nicht auf die Dauer umstülpen kann und nach qualvollen Enttäuschungen diejenigen kapitalistischen Methoden selber wieder einführen muß, die durch die Revolution abgeschafft werden sollten.

Die Aufgabe, die wir uns gestellt haben, ist also keine

EINIGE PROGNOSEN

Zusammenbruch

„Mit der Entwicklung der großen Industrie wird unter den Füßen der Bourgeoisie die Grundlage selbst hinweggezogen, worauf sie produziert und die Produkte sich aneignet. Sie produziert vor allem ihren eigenen Totengräber. Ihr Untergang und der Sieg des Proletariats sind gleich unvermeidlich." *Karl Marx*

Das Kommunistische Manifest. 1848. 8. Aufl., Berlin 1918. S. 37.

Soziale Revolution

„. . . In den Herzen und Gehirnen der Massen . . sprudelt der Springquell der sozialen Revolution, in der wir stehen und deren Inhalt nichts anderes ist als der Zusammenbruch der alten individualistischen Gesellschaftsordnung des Privatkapitalismus, und das allmähliche Heraufsteigen einer sozialistischen, das heißt systematisch und im Interesse der Gesamtheit durchorganisierten Gesellschaft. . ." *Paul Lensch*

Die Sozialdemokratie, ihr Ende und ihr Glück. Leipzig 1916. S. 182/83.

Entwicklung zum Sozialismus

„Der Weg der gesunden, oder, was heute das gleiche sagt, der siegreichen Wirtschaften überspringt keine Stufen; er wird die scheinbar längere, doch stetige Strecke vom Kapitalismus über den Staatssozialismus zum vollen Sozialismus durchlaufen." *Walther Rathenau*

Die neue Gesellschaft, Berlin 1919, S. 23.

„Das Ziel des Sozialismus ist in der modernen Arbeiterbewegung unverändert lebendig geblieben, die Vorstellungen vom Wege, der zu diesem Ziele führt, haben sich mit dem Wachstum der Bewegung und der Wandlung des Kapitalismus verändert. Was einst als ein ferner Traum erschien, ist der Gegenwart zu einem sichtbaren Wachstumsprozeß, zu einer in vielfältige Einzelaufgaben sich spaltenden praktischen Aufgabe der Verwirklichung geworden. Der Weg zur Verwirklichung führt über die Demokratisierung der Wirtschaft." *Fritz Naphtali*

Wirtschaftsdemokratie, 3. Aufl., Berlin 1928, S. 10.

„Diese Tatsache, daß ein immer größerer Anteil der Produktionskosten fix wird, läßt die alte Epoche der freien Wirtschaft ihrem Ende entgegengehen und eine neue Epoche der gebundenen Wirtschaft beginnen. Nicht Menschen, sondern starke wirtschaftliche Kräfte sind es, die uns in die neue wirtschaftliche Epoche hineintreiben. . . Was ist es denn im Grunde genommen anders als die Erfüllung der Voraussagen des großen Sozialisten Marx, die wir erleben?" *Eugen Schmalenbach*

Die Betriebswirtschaftslehre an der Schwelle der neuen Wirtschaftsverfassung. Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung. 22. Jahrg. 1928, S. 242 u. 245.

Nicht Untergang —

„Solange wir im Gewerbe noch ein Heer von weit über drei Millionen selbständigen Unternehmern haben und solange dieses Heer noch die Tendenz hat, sich zu vermehren, hat es mit dem ‚naturnotwendigen' Uebergang zur sozialistisch-zentralistischen Planwirtschaft noch gute Wege." *Adolf Weber*

Ende des Kapitalismus? 2. Aufl., München 1929, S. 49.

— sondern Wandlung

„. . . Das kapitalistische System wird noch auf lange hinaus wichtige Zweige des Wirtschaftslebens: ich denke an alle diejenigen, die noch im Zustande der technischen Revolution sich befinden, in denen die Unternehmungen sich wechselnde Aufgaben stellen und die Spezialartikel erzeugen, beherrschen. Daß der Kapitalismus große äußere und innere Umbildungen auch in der Zukunft erfahren wird, ist nach dem, was wir schon während der hochkapitalistischen Epoche und in der Zeit seit Beginn des Weltkrieges erlebt haben, sicher vorauszusehen.

Wir werden uns nun aber allmählich an den Gedanken gewöhnen müssen, daß der Unterschied zwischen einem stabilisierten und reglementierten Kapitalismus und einem technifizierten und rationalisierten Sozialismus kein sehr großer ist und ihrer Kultur ziemlich gleichgültig ist, ob die Wirtschaft sich kapitalistisch oder sozialistisch gestalten wird." *Werner Sombart*

Das Wirtschaftsleben im Zeitalter des Hochkapitalismus, München u. Leipzig 1927, Bd. 2, S. 1012 und 1016.

Dem Hochkapitalismus entgegen?

„Im kapitalistischen Ordnungsprinzip der Weltwirtschaft hat sich nichts geändert, sondern es sprechen . . alle Gründe dafür, daß wir . . dem eigentlichen Zeitalter des Hochkapitalismus . . erst entgegen gehen, womit allerdings nicht gesagt sein soll, daß er die alten Ausdrucksformen beibehalten wird. Auch Kapitalismus und kapitalistischer Geist sind in einem Wandel begriffen, der jedoch, statt ihr Wesen zu verändern, es eher noch prägnanter zum Ausdruck bringt." *Bernhard Harms*

Strukturwandlungen der Weltwirtschaft, Schriften des Vereins für Sozialpolitik Bd. 172, München und Leipzig 1926, S. 35.

LIBRARY
UNIVERSITY OF ILLINOIS
URBANA

prophetische. Sie ist bescheidener. In der Ueberzeugung, daß das sogenannte kapitalistische System einstweilen völlig unersetzbar und wie kein anderes geeignet ist, der Emanzipation der Menschheit von der Kargheit der Natur zu dienen, in der Ueberzeugung zugleich, daß die Ideen des Individualismus und Liberalismus, auf denen diese Wirtschaft beruht, unvergänglich sind, in der Ueberzeugung, daß es ein Verhängnis wäre, wenn die Worte des sterbenden Herbert Spencer Wirklichkeit würden: „Es wird kein Mann mehr tun können, was er will, sondern jeder nur, was ihm geheißen wird" — in dieser Ueberzeugung und in dem sozialen und freiheitlichen Geist, der seit 75 Jahren unser Blatt leitet, soll in der folgenden Publikation positive Kritik an den Wirtschaftsmethoden der Nachkriegszeit geübt und dargelegt werden, daß das Wirtschaftsbild, wie es sich heute präsentiert, in vieler Hinsicht nur noch das Zerrbild einerfunktionsfähigenfreienVerkehrswirtschaft darstellt. Es bedarf einer rücksichtslosen Selbstbesinnung der Führer dieser Wirtschaft, wenn unser Wirtschaftssystem nach dieser Entartungsperiode wieder so gestaltet werden soll, daß es einer grundsätzlichen Kritik wirklich standzuhalten vermag.

DIE KRISE DES NACHKRIEGSKAPITALISMUS

Die Krise, die wir jetzt durchleben, ist nicht eine Krise des Kapitalismus. Konjunkturschwankungen sind in der Marktwirtschaft einstweilen unvermeidlich. Vor dem Kriege war eine gewisse Glättung der Konjunkturentwicklung unverkennbar, und der Wechsel von Aufschwung und Stockung vollzog sich meist ohne krisenartige Zuspitzung. Erst nach dem Kriege ist das wieder anders geworden und namentlich jetzt scheint die Weltwirtschaft geradezu von einem Dauerfieber geschüttelt zu sein, wenn auch einige Länder, wie z. B. Frankreich, dessen Sonderstellung der nebenstehende Beitrag behandelt, davon nur sekundär und jedenfalls weit weniger berührt sind als die anderen. Aber offenbart sich darin wirklich die Unzulänglichkeit des Systems? Haben wir es nicht vielmehr im Grunde mit den verspäteten Nachwirkungen des Weltkrieges zu tun, der an allen Ecken und Enden die Wirtschaft in falsche Bahnen gedrängt und sie so geschwächt hat, daß eine Krise schwersten Ausmaßes unausbleiblich war, als im Jahre 1929 eine internationale Konjunkturwelle umschlug und als obendrein infolge der Umwälzung in der Agrartechnik, die von den Vereinigten Staaten ihren Ausgang nahm, zu dieser Industriekrise noch eine Landwirtschaftskrise von besonderer Heftigkeit trat? Wenn diese Krise in Deutschland, dem Haupterzeugungslande der neusten Zusammenbruchstheorien, sich noch gigantisch gesteigert hat, so ist das, außer auf Fehlkalkulationen einer vom Inflationsbazillus noch nicht völlig genesenen Wirtschaftsführung, vor allem auf Eingriffe nichtwirtschaftlicher Natur zurückzuführen, auf die Preispolitik von Verbänden, die der Staat durch seine Schutzzollpolitik mit einem Monopol ausgestattet hatte, auf die nicht genügend elastische Lohnpolitik, auf Extravaganzen auch in der Sozial- und Finanzpolitik, die sich dem Wahn hingegeben hatte, die Bäume der Wirtschaft würden in den Himmel wachsen, und vor allem auf eine unwirtschaftliche Belastung mit Reparationszahlungen, die nicht nur materiell, sondern auch psychisch das Land zermürbt haben mit der Konsequenz innen- und außenpolitischer Vertrauenserschütterungen, denen kein Wirtschaftssystem der Welt gewachsen sein kann, und schließlich zuletzt als Folge von alledem auf die Flucht in- und ausländischen Kapitals, die eine ganz singuläre Zuspitzung der Krise hervorrief. Ist dies alles eine Krise des Systems? Wir haben den Versuch gemacht, in einer am Schlusse dieser Arbeit wiedergegebenen schematischen Darstellung zu zeigen, in welch mannigfacher Weise der Weltkrieg zur Zerrüttung der Welt-

Die Sonderstellung des Kapitalismus in Frankreich

Noch vor wenigen Jahrzehnten war die französische Wirtschaft die Trägerin der kapitalistischen Entwicklung auf dem europäischen Kontinent. Die Formen des modernen Effektenkapitalismus, welche die industrielle Expansion der jüngsten Zeit erst möglich gemacht haben, sind vor allem in Frankreich zuerst erprobt und ausgebildet worden: das gesamte moderne Kreditbankwesen geht auf den Crédit Mobilier der Brüder Pereire zurück; der Gebrauch der Aktie als Finanzierungsinstrument ist auf französischem Boden demokratisiert worden; folgerichtig sind denn auch die Funktionen der Börse auf dem Gebiete des Effektenhandels in Frankreich entwickelt worden, und es ist kein Zufall, daß die Börsenterminologie des europäischen Kontinents französischen Ursprungs ist. Trotzdem nimmt Frankreich in der neuesten Entwicklung des Kapitalismus eine Sonderstellung ein. Zwei Umstände vor allem sind für die heutige Sonderstellung maßgebend gewesen: die Verfassung der Landwirtschaft und die stationäre Bevölkerungszahl.

In der französischen Landwirtschaft herrscht seit der großen Revolution der Kleinbesitz und -betrieb vor. Der Bauer bestimmt ihr Gesicht. Dieser Tatbestand, verbunden mit dem natürlichen Reichtum des Bodens, hält die Landbevölkerung an ihrer Scholle fest und beschränkt die Abwanderung nach der Stadt. Der relative Wohlstand des Dorfes hat schon frühzeitig zur Geburteneinschränkung und -regulierung auf dem Lande geführt. So erklärt es sich, daß seit der Ueberwindung der großen Agrarkrise, welche in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts durch das Aufkommen der Eisenbahn und Dampfschiffahrt ausgelöst wurde, die Abwanderung der Dorfbevölkerung nach der Stadt sich in engen Grenzen bewegte. Noch heute lebt etwa die Hälfte der Gesamtbevölkerung Frankreichs auf dem Lande. Damit sind die wichtigsten Gründe der stationären Bevölkerungszahl Frankreichs schon angedeutet, denn die Stadt ist in Frankreich ebenso wenig wie in anderen Ländern fähig, von sich aus zur natürlichen Bevölkerungsvermehrung beizutragen. Der französischen Industrie fehlte infolge dieser Agrar- und Bevölkerungsverhältnisse ein wichtiger Stimulus zu einer rapiden Expansion: ein stark wachsendes Angebot an Arbeitskräften. Der französische Arbeitsmarkt zeichnet sich daher durch einen chronischen Arbeitermangel aus (was durch die starken Verluste im Weltkrieg noch verstärkt wurde), und selbst in Krisenzeiten pflegt die Arbeitslosigkeit in Frankreich verhältnismäßig gering zu sein. Die zum Teil künstlich hervorgerufene Einwanderung von ausländischen Arbeitern konnte zwar zur Milderung des Mißverhältnisses zwischen Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt beitragen, nicht aber die Verhältnisse von Grund auf verändern.

Das starke Hervortreten des bäuerlichen Elementes in der französischen Wirtschaft hat noch von zwei anderen Seiten her die Industrieexpansion gehemmt. Einmal ist die Bedarfssteigerung der an traditionelle Lebensführung gewöhnten Landbevölkerung viel schwieriger herbeizuführen als in der Stadt. Es fehlte somit ein wichtiges Korrelat für die Entwicklung der Güterproduktion, nämlich die Möglichkeit, neue Bedürfnisse hervorzurufen. Erst in den letzten Jahren hat die Verbreitung des Automobils hier einigen Wandel geschaffen. Zum anderen hemmte die geringe Ausdehnung des Großgrundbesitzes die Bildung großer Vermögen. Die Kapitalbildung in Frankreich vollzieht sich vor allem beim Bauer und Kleinkapitalisten im Wege des Sparprozesses. Die Bevorzugung der festverzinslichen Kapitalanlage durch diese Kreise hat zum Entstehen der berühmten „Rentnerpsychologie" geführt, welche so stark die Entwicklung der französischen Wirtschaft beeinflußt hat. Die Bauern- und Rentnereinstellung hat nicht nur die eigenartige Organisation des französischen Banksystems weitgehend bestimmt, sie hat sich auch bis zu einem gewissen Grade auf die Industrie übertragen. Noch immer wird in Frankreich das Kapital vor allem als „persönliches Vermögen" betrachtet und der französische Industrielle fühlt sich nicht als Funktionär eines Systems, sondern er kann mit besserem Gewissen als sein Berufsgenosse in manchen anderen Ländern sagen, daß er für sich und seine Familie arbeitet. Diese individualistische Einstellung bildet ein großes Hindernis für Industriezusammenschlüsse, die sich daher meistens nur unter dem Druck der Not in Krisenzeiten vollziehen können.

Das französische Beispiel zeigt aber auch, daß gewisse Tendenzen des Kapitalismus in Deutschland entgegen der Annahme etwa von Marx (Fortschreitende Konzentration) oder Schmalenbach (Entwicklung zum Monopolkapitalismus) keine naturgesetzliche Entwicklung andeuten, sondern mit einem Mangel an individualistischer Einstellung und einem Uebermaß an Organisationsfreudigkeit zusammenhängen.

Die Figur des Kleinkapitalisten und Kleinbauern bestimmt die Physiognomie der französischen Wirtschaft. Die große Masse fühlt sich in Frankreich im Gegensatz zu den meisten europäischen Ländern nicht nur als Objekt, sondern zugleich als Nutznießer des Kapitalismus. Das Wort von der „Krise des Kapitalismus" hat daher in Frankreich kaum Anklang gefunden, wozu auch die verhältnismäßig milde Rückwirkung der Weltkrise auf die französische Wirtschaft beiträgt.

wirtschaft beigetragen hat, wie die Kriegsschulden und Inflationen, die Militärwirtschaft und die Produktionsumstellungen zusammen mit den sinnlosen Grenzziehungen fortzeugend Böses nur gebären mußten, bis dann in einer Situation von historischer Einmaligkeit die große Krise eintrat, die hoffentlich den Schlußstrich unter diese unselige Entwicklung zieht. Um eine Krise des Systems könnte es sich also beim Zusammenbruch von alledem höchstens handeln, wenn man das Wettrüsten und den Weltkrieg, die Kriegsschulden und die Inflation, die Kriegswirtschaft und ihre Nachwirkungen, die Friedensverträge und den ganzen protektionistischen, monopolistischen und interventionistischen Widersinn dieser Nachkriegsepoche ebenfalls dem Kapitalismus in die Schuhe schieben wollte — ein zwar modernes, aber ungewöhnlich törichtes Verfahren, denn hat es nicht in früheren Perioden, in denen von Kapitalismus noch nicht die Rede war, ebenfalls schwere und lange Kriege, unsinnige Verträge, Zeiten der politischen Verwirrung, Verblendung und des Niedergangs gegeben, und ist es daher nicht ein etwas anspruchsloses Unterfangen, dieses ganze Unglück dem personifizierten Ungeheuer Kapitalismus zur Last legen zu wollen? Holland, die Schweiz, Schweden und Dänemark sind nicht weniger kapitalistisch und konnten sich gleichwohl der Segnungen des Friedens, auch seiner wirtschaftlichen Segnungen, weiter erfreuen.

WAS HEISST „KAPITALISMUS"?

Was ist überhaupt Kapitalismus? Wäre der Kapitalismus, wie die Schöpfer dieses Wortes meinten, ein System zur Unterdrückung der Armen durch die Reichen, so wären wir die Ersten, die für seine „Abschaffung" eintreten würden. In Wirklichkeit ist dieses System eine nicht von Menschen erdachte, sondern naturgewachsene Organisation, die unter Nutzbarmachung des individuellen Gewinnstrebens in einer ungemein sinnvollen, wenn auch von den wenigsten voll verstandenen Weise die automatische Anpassung der arbeitsteiligen Produktion an den Bedarf durch den Regulator der Preise und die Lenkung der Produktivkräfte auf die ertragreichsten Gebiete durch den Regulator des Zinses bewirkt. In Reinheit hat dieses in ständiger Wandlung begriffene System nie bestanden und wird es nie bestehen. Zwei Drittel der Arbeitstätigen im deutschen Volke waren (nach einer Zusammenstellung von Colm) im Jahre 1925 in den kapitalistischen Bereich nicht voll einbezogen, weil sie entweder im Haushalt oder in klein- und mittelbäuerlichen Betrieben oder im Handwerk und im Kleinhandel oder im Verwaltungsdienst öffentlicher Verbände, in öffentlichen Unternehmungen, im Gesundheits- und Wohlfahrtswesen oder in freien Berufen tätig waren, und wenn auch trotz aller Entartungserscheinungen die Wirtschaftsprinzipien der freien Verkehrswirtschaft in dem mannigfaltigen Konzert der Wirtschaft den Ton angeben, so gibt es doch daneben wichtige und wertvolle R ü c k s t ä n d e u n d V o r l ä u f e r anderer Wirtschaftssysteme, so daß von Kapitalismus und freier Verkehrswirtschaft stets nur cum grano salis die Rede sein kann. Aber alle noch so revolutionär begonnenen Versuche einer Ueberwindung dieses Systems haben gezeigt, daß es wenigstens einstweilen u n ü b e r w i n d b a r u n d u n e n t b e h r l i c h ist und daß man seine Regulatoren Preis und Zins nicht durch bürokratisches Kommando ersetzen kann, wenn man nicht eine ungeheuerliche Verarmung herbeiführen will. Es läßt sich allenfalls darüber diskutieren, ob diese Verarmung in Kauf genommen werden soll, um unangenehmen menschlichen Begleiterscheinungen, die mit dem System verbunden sind und die im letzten Abschnitt unserer Arbeit noch berührt werden sollen, zu entgehen. Aber nicht von solchen irrationalen Erwägungen, sondern von rationalen Ueberlegungen wollen sich ja zu allermeist die Kritiker der freien Verkehrswirtschaft leiten lassen. Nur auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Zweck-

Der Drang nach Bevormundung

„. . . . Jedes Gefühl für den unendlichen und absoluten Wert der individuellen Freiheit, jedes Gefühl dafür, daß das, wofür Aufklärung und Liberalismus gestritten, wofür Männer wie Hume, Voltaire, Wilhelm v. Humboldt, John Stuart Mill, Jefferson oder Mazzini so gut wie unsere klassischen Dichter geworben und unsere Großväter und Urgroßväter gekämpft und gelitten haben. im Grunde ältestes und schönstes Gedankengut der Menschheit ist, jedes Gefühl für die Humanitas im weitesten Sinne dieses Wortes scheint in diesen Kreisen abgestorben und einer neuen Begeisterung für die Allmacht des Staates, für die Unterwerfung des Individuums, für Militarisierung und Bevormundung Platz gemacht zu haben, die uns einer neuen Barbarei entgegenzuführen droht, — bis nach fünfzig oder hundert Jahren die alte Weisheit, daß Kultur ohne Freiheit nicht bestehen kann, aufs neue entdeckt werden und sich unter neuen furchtbaren Kämpfen durchringen wird, wie es heute schon für Italien vorausgesagt werden kann."

Aus Ulrich Unfried: Die Intellektuellen und der Kapitalismus. „Frankfurter Zeitung" vom 13. September 1931.

CHRONIK DER RUSSISCHEN WIRTSCHAFTSPOLITIK

1 Periode. 1918–21
der sogenannte „Kriegskommunismus"

Nationalisierung des Grund und Bodens, Beschlagnahmung der Banken und des dort ruhenden Privatvermögens, Sozialisierung der Industrie. Verbot des Handels, Außenhandelsmonopol des Staates.

2. Periode: Frühjahr 1921—28
„Neue Oekonomische Politik" Lenins (Nep)

Milderung des Kommunismus, Rückkehr zum evolutionären Sozialismus. Freigabe der industriellen Kleinproduktion, Erleichterung des Handels, Ersatz der Zwangsablieferungen von Lebensmitteln durch Steuern.

1923: Erster Entwurf der Staatsplankommission für einen Fünfjahresplan.

Frühjahr 1924: Beendigung der ersten Währungsreform (Einführung des Tscherwonetz, Stabilisierung).

1926: Produktion der Industrie erreicht wieder den Vorkriegsstand bleibt aber damit noch weit unter den gehobenen Bedürfnissen einer vermehrten oder gewandelten Bevölkerung.

3. Periode: ab 1928
Neue Verschärfung der Wirtschaftspolitik unter Stalin. Inkraftsetzung des Fünfjahresplanes

Verschärfte Industrialisierung, verschärfte Kollektivierung der Landwirtschaft, Liquidierung der „Kulaken" (Großbauern).

März 1930: Abstoppen der überhasteten Kollektivierung der Landwirtschaft durch Erlaß Stalins. Seitdem gerade darin neue Fortschritte.

mäßigkeit soll daher mit ihnen zunächst diskutiert werden, und diese Diskussionsmethode scheint uns auch die einzige fruchtbare Methode, um den Anhängern und Führern unserer Wirtschaft begreiflich zu machen, daß sie mit gutem Gewissen nur aufrechterhalten und verfochten werden kann, wenn sie wirklich rationell ist und von allen unvernünftigen und zweckwidrigen Elementen gereinigt wird, die sich namentlich mit dem Krieg in dieses System eingeschlichen haben. Es wird sich dann zeigen, daß nur diese Säuberung die Möglichkeit gibt, das System auch in menschlicher Beziehung zu rechtfertigen. Erst wenn der korrumpierende Protektionismus und Subventionismus überwunden ist, erst wenn das System wieder auf Selbstverantwortung gestellt wird, besteht eine Hoffnung, all die breiten Schichten dafür wiederzugewinnen, die heute den Weg nach oben verbaut glauben und, der Chancen des Aufstiegs beraubt, in ihrer Verzweiflung keine andere Chance als eben die Beseitigung des Systems erblicken zu können meinen.

Reinigung des Systems heißt also die Parole. Das bedeutet nicht, daß das Rad der wirtschaftlichen Entwicklung jetzt rückwärts gedreht werden müßte und daß wir wieder die roheren Formen der freien Konkurrenz einführen sollten. Das heißt nicht, daß das organische Vordringen des Staates auf manche Gebiete der Wirtschaft negiert zu werden brauchte, daß die Organisationen der Unternehmer und Verbraucher, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, durch die in vieler Beziehung das Kräftespiel der freien Konkurrenz verfeinert werden kann, wieder verschwinden müßten. Das heißt auch nicht, daß wir auf die segensreichen Wirkungen einer Härten ausgleichenden Steuerpolitik und einer Wunden heilenden Sozialpolitik verzichten müßten, es heißt überhaupt nicht, daß eine wohlüberlegte wirtschaftliche Intervention des Staates in geeigneten Fällen ausgeschlossen werden soll. Aber es bedeutet, daß der Protektionismus und Subventionismus und der unüberlegte Interventionismus mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden müssen, daß jene Ueberbleibsel einer Militärwirtschaft, wie sie nur im Kriege vertretbar war, endgültig aus der Rüstkammer unserer wirtschaftspolitischen Hilfsmittel verbannt werden müssen. Denn so töricht es ist, eine Wirtschaft, die unter Nutzbarmachung des individuellen Gewinnstrebens eine optimale Anpassung der Erzeugungskräfte an die Bedarfswünsche der in ihr arbeitenden und konsumierenden Glieder vornimmt, als eine anarchische Wirtschaft zu bezeichnen, so unerträglich ist die Planwirtschaft ohne Plan, der „Kapitalismus der Kesselflicker", zu dem dieser, wenn auch nicht ideale, so doch bewunderungswürdige Mechanismus der Marktwirtschaft durch die täppischen und unintelligenten Eingriffe äußerer und innerer Politik nach dem Kriege degradiert worden ist.

PLAN-UNWIRTSCHAFT

Planwirtschaft heißt das große Modewort, und nach dem Fünfjahresplan der Sowjets schießen die Zehn-, Zwanzig- und Fünfzigjahrespläne der Techniker, der Organisatoren, Generalstäbler und Bürokraten wie Pilze aus der Erde. Mit Wirtschaft haben diese bürokratischen Pläne ebenso wie der Sowjetplan verhältnismäßig wenig zu tun. Es sind eher Pläne der Unwirtschaft, und während Wirtschaftsführer und andere Laien auf dem Felde der Volkswirtschaft die Elektrizitätswerke oder Hochöfen der Sowjets bestaunen, stellt sich immer mehr heraus, daß diese technischen Apparate meist mit Aufwendungen von unsinniger Höhe hergestellt worden sind und sich überhaupt nur zum Teil in den Wirtschaftsprozeß eingliedern lassen, zum anderen Teil aber lediglich Denkmäler der Opferfähigkeit des russischen Volkes darstellen. Obwohl auch das Sowjetsystem immer mehr die Privatinitiative als die Hauptantriebskraft zur Erreichung seiner Ziele einschaltet und beispielsweise längst die Arbeitsmethoden der Akkordarbeit,

Russisches Zahlenspiel

Bei einer Bevölkerungszahl von etwa 138 Mill. betrug nach sowjetrussischen Quellen der Wert der landwirtschaftlichen Produktion 1913 Rubel 12.83 Mdn., der der industriellen Produktion 5.62 Mdn., zusammen also 18.45 Mdn. Pro Kopf der Bevölkerung errechnete sich das Volkseinkommen also auf Rbl. 144. Unter dem Fünfjahresplan war für 1928/29 vorgesehen eine industrielle Produktion von Rbl. 21.2 Mdn. und eine landwirtschaftliche von 17.4 Mdn., also eine Gesamtproduktion von 38.6 Mdn. Die Bevölkerungszahl, die nach den ungeheuren Verlusten durch Weltkrieg, Bürgerkrieg und Hungersnot 1923 auf 133,5 Mill. gesunken war, betrug Anfang 1929 bereits wieder 155 Mill., da der jährliche Zuwachs fast 3½ Mill. erreicht, d. h. um 1 Mill. mehr als bei sämtlichen europäischen Staaten zusammen. Auf Grund dieser sowjetamtlichen Angaben ließe sich also für 1928/29 ein Volkseinkommen von fast Rbl. 250 pro Kopf der Bevölkerung errechnen. Bis 1932/33, dem letzten Jahr des Fünfjahresplanes, soll die Produktion auf 69 Mdn. Rbl. steigen, so daß sich in diesem Jahr bei einer mutmaßlichen Bevölkerungszahl von etwa 170 Mill. das durchschnittliche Volkseinkommen auf über Rbl. 400 pro Kopf belaufen würde.

Eine Einkommensberechnung, die nichts besagt

Diese ziffernmäßige Steigerung besagt indessen nicht das geringste über die tatsächliche Gestaltung des Lebensstandards. Der russische Staat erstrebt bekanntlich mittels des Fünfjahresplanes eine ungewöhnlich starke und rasche Industrialisierung des Landes mit dem besonderen Ziel, vom Ausland unabhängig zu werden. Zu diesem Zweck erfolgt eine noch nie gesehene Zwangsakkumulation von Kapital. Binnen fünf Jahren sollen nicht weniger als Rbl. 78 Milliarden (offizielle Parität Rbl. 1 = nom. ℛ𝑀. 2.16) investiert werden, vorzugsweise in der Landwirtschaft und in den Produktionsgüterindustrien. Die notwendige Folge dieser überhasteten Kapitalanhäufung ist, daß der für Konsumtionszwecke und überhaupt zur freien Verfügung des Individuums stehende Teil des Volkseinkommens sehr viel kleiner ist als die oben errechnete Kopfquote Unter dem Fünfjahresplan wurden 1928/29 43.2 pCt., 1929/30 57.9 pCt des Volkseinkommens vom Staate für seine Zwecke (Verwaltungsbedürfnisse und Kapitalakkumulation) beansprucht, d. h. der Konsumtion des Individuums entzogen. Aber auch die Kaufkraft des der Privatsphäre belassenen Teiles des Volkseinkommens ist ziffernmäßig überhaupt nicht erfaßbar und auf jeden Fall sehr gering. Infolge des forcierten Ausbaues der Produktionsgüterindustrien herrscht ein ausgesprochener Mangel an Konsumgütern, zumal ein Teil der Erzeugung an Konsumgütern zur Bezahlung der vom Ausland bezogenen Maschinen exportiert werden muß. In den großen Städten ist deshalb für die wichtigsten Waren das in Deutschland vom Kriege her sattsam bekannte Markensystem wieder eingeführt. Immerhin bleibt der Konsument, auch der bevorzugte Handarbeiter, mit einem Teil seines Einkommens auf den freien Markt angewiesen, da die behördlichen Rationen unzureichend sind. Ueber die Preise dieses freien Marktes berichtet Knickerbocker („Der Rote Handel droht", Berlin 1931, Seite 20/21) in Uebereinstimmung mit anderen Beobachtern wie folgt: „Ein Pfund Butter kostet Rbl. 11 (Doll. 5.50), 10 Eier Rbl. 3, 1 Pfund zähes Fleisch Rbl. 6." Ueber die Kaufkraft des Einkommens ist also ein Urteil kaum möglich, da die Preise des freien Marktes in den offiziellen Preisindizes, die übrigens schon einen Rückgang der Kaufkraft des Rubels auf 50 pCt. der Vorkriegszeit zugeben, nicht berücksichtigt werden.

Schlecht und teuer

Daß im ganzen in Rußland in den letzten Jahren eine beträchtliche quantitative Steigerung der industriellen Produktion (einstweilen ohne Nutzen für die Konsumenten!) stattgefunden hat, ist unbestreitbar. Gerade in den Grundindustrien (Eisen, Kohle, Holz, Petroleum, Elektrizität) zeigen sich zum Teil erhebliche Produktionssteigerungen. Ziemlich alle unbeeinflußten Beobachter sind sich jedoch darüber einig, daß die Qualität der Waren als Folge der überhasteten Industrialisierung, mit der die Ausbildung der Arbeiter vielfach nicht Schritt halten konnte, zurückgegangen ist. Ueber die Produktionskosten tappt man völlig im Dunkeln. Das Außenhandelsmonopol verhindert eine Konkurrenzierung der russischen Industrie durch das Ausland, der ungeheure Warenhunger läßt ein Absatzproblem im Inland überhaupt nicht aufkommen und soweit russische Industrieprodukte auf den Auslandsmarkt gelangen, handelt es sich entweder um Dumping oder um Produkte, in denen Rußland von Natur aus außerordentlich günstige Produktionsbedingungen besitzt, wie z. B. bei Petroleum oder Manganerz. Im übrigen sind die Produktionskosten zweifellos in sehr vielen Fällen ganz außergewöhnlich hoch. Schon offiziell wird ein Großhandelsindex für Industrieprodukte von fast 200 (1913 = 100) zugegeben, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß schon vor dem Kriege das russische Preisniveau für Industriewaren wesentlich höher war als im übrigen Europa und nur durch hohe Zölle aufrecht erhalten werden konnte. Auf den überhöhten Produktionskosten basieren aber die Berechnungen des Produktionswertes und des Volkseinkommens. Die Ausschaltung der für das kapitalistisch - liberale Wirtschaftssystem charakteristischen freien Konkurrenz verhindert ferner in weitem Umfange Erkenntnis und Beseitigung der Fehlinvestitionen, so daß auch aus diesem Grund Schätzungen über das Volkseinkommen bezw. die Kapitalbildung Rußlands ein zweckloses Zahlenspiel bleiben.

der Lohnprämien und des „Fordismus“ eingeführt hat, obwohl es sich ferner für alle entscheidenden Industriewerke ausländische Unterstützung, kapitalistische Technik und die frische Initiative fremder Berater — an Stelle der eingeschüchterten Sowjetingenieure — zunutze macht, erfordert die russische „Bürowirtschaft“ enorme Opfer von den breiten Massen, wie sie wahrscheinlich keinem anderen Volk Europas zugemutet werden könnten. Der Verzweiflungspunkt liegt, wie Knickerbocker es in seinem Buche ausgedrückt hat, in Rußland tiefer als in irgendeinem Lande der westlichen Welt. Wohl rechnet die russische Statistik große Produktionserfolge heraus, aber wie wenig diese Zahlen im Grunde besagen, wenn man die eingetretenen Preissteigerungen in Rechnung stellt, das geht aus dem ergänzenden Beitrag Seite 8 über die Entwicklung des russischen Volkseinkommens mit aller Deutlichkeit hervor. Rußland hat, so heißt es weiter, heute keine Arbeitslosigkeit. Aber warum? Weil das Land, in dem sich immer noch dreiviertel der Bevölkerung als Bauern ernährt, durch die ganze Art der Kollektivierung der Landwirtschaft die überflüssigen Arbeiter der Stadt aufs Land zurückgezogen hat, wo sie in das große Bauernheer untergetaucht sind und ein sehr kümmerliches Dasein fristen. Rußland mit seinem ganz anders gearteten Wirtschaftsaufbau hat also lediglich keine registrierte Arbeitslosigkeit in den Städten. Aber selbst die Dauerhaftigkeit dieses Zustandes ist zweifelhaft, denn unter Zuhilfenahme einer Geldwertverschlechterung (seit 1928 mindestens 50 Prozent) wird der Investitionsprozeß gegenwärtig gigantisch forciert. Nur mit außerordentlichem Leerlauf, Fehlern und Fehlinvestitionen wird, abgesehen von alledem, gegenwärtig die Wirtschaft in dem von der Natur reich ausgestatteten Rußland in Gang gehalten:

„Von den Maschinen ist nur ein kleiner Teil im Gange, von den Arbeitern stehen viele unbeschäftigt herum oder sie machen Bewegungen, die auch ein Nichtfachmann ohne weiteres als Theater für den ausländischen Besucher empfindet, und auf erstaunte Fragen erhält man verlegene Antworten, die nur das eine deutlich machen, daß irgendetwas ganz entscheidend nicht klappt, die Maschinen- oder die Materiallieferung oder irgendetwas sonst. Einmal stockt die Arbeit, weil die Lieferung nicht erfolgt, ein andermal muß sie sistiert werden, weil die Geldanweisungen nicht kommen oder es funktioniert der Betrieb eben nicht... Komplizierte Maschinen werden (in der Landwirtschaft) geliefert und bleiben z. T. unbenutzt, während am Nötigsten Mangel herrscht, an Eisen zum Beschlagen der Wagenräder, an Spaten und Nägeln. Immer wieder zeigen sich die Mängel und Fehlleitungen einer von oben zentral dirigierten Wirtschaft, die der Einzelinitiative nicht den Raum zur Entfaltung läßt... Wenn in der Landwirtschaft eine neue Arbeit angefangen werden soll, ruft man eine Mitgliederversammlung ein und wenn man sich da nicht einigen kann, wendet man sich an den Kreisagronomen um eine Entscheidung — inzwischen kann das Wetter schon längst umgeschlagen und vieles verdorben sein... Die bürokratischen Hemmungen sind auch im Einzelbetriebe selbst sehr groß. Die Revolution hat in die Verwaltungsbetriebe wie in die industriellen Betriebe eine Ueberzahl von Menschen hineingeschwemmt, deren Funktion nur darin bestand, sich gegenseitig im Wege zu stehen.“

So berichtete Arthur Feiler (Das Experiment des Bolschewismus), und so sieht in der Praxis die „Planwirtschaft“ aus, nach der sich unsere ahnungslosen Romantiker sehnen — grauenvolle Perspektiven schon rein wirtschaftlich, von der Unterdrückung der persönlichen Freiheit ganz zu schweigen, die ein solches System mit sich bringt. Rußland ist längst auf dem Wege zurück zum „Kapitalismus“, ebenso wie das fascistische Italien, das sich ebenfalls zu Anfang sehr planwirtschaftlich gebärdete, allerdings schon viel früher erkannt hat, daß es auf diesem Wege nicht weiterkommt. Hören wir auf, träumerisch auf diese aussichtslosen Wege zu starren, richten wir lieber unsere Anstrengungen darauf, das bestehende System von den Entstellungen der Kriegs- und Nachkriegsperiode zu reinigen, und führen wir auf diesem allein aussichtsvollen Wege den Kampf gegen die Armut, der der einzige Sinn unserer ganzen Anstrengungen auf wirtschaftlichem Gebiete sein kann.

Die Wirtschaftspolitik des Fascismus

Der Fascismus fing in Italien mit einem sozialistischen, wenn nicht kommunistischen Programm an. In seinem ersten Programm vom März 1919 fordert er „die Teilnahme der Arbeiter-Vertretungen an den technischen Funktionen der Industrien, die Uebertragung der Führung von Industrien und öffentlichen Betrieben an die proletarischen Organisationen“. An die Macht gelangt, bediente sich der Fascismus jedoch durchaus kapitalistischer Methoden, ja er begünstigte in seinen Anfängen eher das Großkapital: Rettung des Banco di Roma und der Ansaldo-Werft mit Staatsmitteln, Erlaß von L. 300 Mill. Kriegssteuern der Großindustrie, Erhöhung des Kredits des Konsortiums für Industriewerte bei den Notenbanken (zu einem 1½ pCt. unter dem Privatdiskont liegenden Satz) auf über eine Milliarde L., einer der Gründe zur Inflation. Vorläufige Abschaffung der Erbschaftssteuer.

Später (1925) wurde ein Plan zu einem Ständestaat ausgearbeitet, der auf den aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern gemischten Verbänden beruhen und diesen außer wirtschaftlichen auch administrative und politische Befugnisse gewähren sollte. Durchgeführt wurde dieser Plan jedoch nicht. Die mit dem Gesetz vom 3. April 1926 begonnene und trotz zahlreicher Nachträge, Abänderungen und Reformen noch nicht abgeschlossene sogenannte „korporative Gesetzgebung“ sichert den Arbeitern eine Reihe von materiellen Wohltaten, insbesondere im Grundbrief der Arbeit vom 21. April 1927, und stellt Kapital und Arbeit unter die Vormundschaft der Regierung. Nicht nur ist für die Aufnahme „nationale“, d. h. fascistische Gesinnung vorgeschrieben, sondern alle Beamten des Systems werden von der Regierung ernannt. Diese kann jederzeit die Vereinigungen und Verbände auflösen und ihnen einen Regierungskommissar vorsetzen. Mussolini besitzt gegenüber allen Beschlüssen ein unbeschränktes Veto. Die Verstaatlichung und Bürokratisierung des Systems hat mit der folgenden Gesetzgebung weitere Fortschritte gemacht. Ueber den Verbänden der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer sollten sich als verbindendes Dach die Korporationen wölben. Da deren freie Bildung aus den einzelnen Berufsgruppen in keinem einzigen Falle gelang, so wurde von der Regierung für die gesamte Wirtschaft 1930 ein Nationalrat der Korporationen ernannt, dessen einzelne Abteilungen durch das Gesetz vom 23. Januar 1931 die Rechte der Korporationen erhielten. Diese sind allmählich vor „Organen der Staatsverwaltung“ zu „Staatsorganen“ geworden und so der ausführenden Gewalt bedingungslos untergeordnet.

Der Grundbrief der Arbeit bekennt sich indessen ausdrücklich zu Privatbetrieb und Privatinitiative (Art. 7 und 8). Die Leistungen des korporativen Systems, das jetzt nach einer gewissen Rationalisierung jährlich rund L 300 Mill. kostet, liegen vor allem in einer großen Anzahl von Kollektiv-Arbeitsverträgen, über deren Charakter die Urteile von Unternehmer- und von Arbeiter-Seite stark auseinandergehen. Dann in Normalverträgen zwischen einzelnen Wirtschaftszweigen, wie zwischen Rübenbauern und Zuckerfabrikanten über die Bedingungen der Zuckerrüben-Lieferung, zwischen den Molkereien von Latium und den Milchhändlern in Rom über die Organisation des Milchverkaufs, zwischen Assekuranz und Landwirtschaft über die Versicherung gegen den Hagelschlag sowie Anfängen einer allgemeinen Normung. Neuerdings (Ende 1930) haben sich die Korporationen auf behördlichen Befehl im Kampfe für Preissenkung zwecks Verminderung der Handelsspanne aktiv eingesetzt, obwohl ein solcher Eingriff in die Wirtschaft gegen die ausdrücklichen Ausführungsbestimmungen vom 3. April 1926 verstößt. Die Preisschere ist danach wohl enger geworden, doch ist das weniger dem korporativen Zwange allein zuzuschreiben, sondern vor allem der Tatsache, daß der Kleinhandelspreis dem Großhandelspreis immer in einiger Entfernung folgt, und dem anhaltenden Rückgange des letzteren.

Die fascistische Wirtschaft ist, indem sie Privatbesitz und Privatinitiative beibehält und achtet, von der liberal-kapitalistischen nicht grundsätzlich verschieden, und man kann sagen, daß die Eingriffe in den Ablauf der freien Marktwirtschaft im fascistischen Italien, von Aeußerlichkeiten abgesehen, kaum tiefer sind als in manchen Ländern mit demokratischer Verfassung. Nur sind die Aufsichts- und Eingriffsrechte der Staatsorgane, zu denen bezeichnenderweise die Korporationen selbst gehören, und damit die Bürokratisierung der Wirtschaft wohl noch weitergehend als im sonstigen Nachkriegs-Europa mit Ausschluß Sowjetrußlands. Das Schiedsrichteramt, das die Exekutive und ihre Organe im ganzen Korporativsystem ausüben, macht Kapital und Arbeit gleichermaßen von ihr abhängig. Daß der Fascismus grundsätzlich nicht antikapitalistisch ist, hat er insbesondere durch die Behandlung der Effekten- und Devisenmärkte erwiesen, denen er ihre Freiheit wiedergegeben hat, sowie durch den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft. Finanzpolitische Probleme, wie die mühsame Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt, die Aufwertung der Lira (vom Sommer 1926 an), die Stabilisierung der Lira (Ende 1927) sind mit von der liberalen Methode durchaus nicht verschiedenen Mitteln gelöst worden. Streiks und Aussperrungen sind gesetzlich verboten und finden nicht mehr statt, aber die Annahme, daß der Kampf um das Sozialprodukt, weil er nicht mehr offen hervortritt, im höheren nationalen Interesse aufgehört habe, ist ein frommer Wahn, wie vor einiger Zeit Senator Tanari für die landwirtschaftlichen Arbeitgeber im Oberhause und das Arbeitnehmer-Organ „Lavoro Fascista“ bei zahlreichen Gelegenheiten zugegeben hat. Im übrigen ist die fascistische Wirtschaftspolitik dadurch gekennzeichnet, daß sie häufig ihre Ziele und Wege ändert.

UNSERE UNTERNEHMER

Eine Vorfrage von entscheidender Bedeutung: Ist die Führung in den besten Händen? Ein System freier Verkehrswirtschaft steuert sich zwar im wesentlichen automatisch, nach Preisen und Zinsen, aber selbst wenn dieses System in Reinheit bestünde, würde der moralische Kredit, den es genießt, in hohem Grade davon abhängen, wer die Mächte sind, die die Lenkung der Produktion nach den Gesetzen des Marktes vollziehen. Dieser Kredit ist bei den breitesten Schichten nicht der beste, und zweifellos ist das Vertrauen in die einwandfreie Führung auch der privaten Wirtschaft heute erschüttert. Aus den verschiedenartigsten Einzelbeobachtungen setzen sich die breiten Massen ihr Bild vom deutschen Unternehmer zusammen, das — mag es auch vielfach nur ein Zerrbild sein — zur Diskreditierung des ganzen Systems beigetragen hat.

FÜHRERMORAL

Krieg und Inflation haben auch auf diesem Gebiete verheerende Wirkungen und Nachwirkungen gezeitigt. Beinahe in allen Ländern hat es Großspekulanten und Finanzmeteore gegeben, die aus der Not der Massen Kapital zu schlagen versuchten. Sie wurden fast alle von einem raschen Ende ereilt. Aber die Inflation, namentlich die in Deutschland, die größte aller Zeiten, hinterließ in breiteren Kreisen der Führer ihre nachteiligen Spuren. Die Großmannssucht, die einzelne arrivierte Unternehmer an den Tag legten, der mit der Not der Massen und der geistigen Oberschicht und mit der Belastung des Landes kontrastierende Lebensstil, den ein gewisser Teil unserer Wirtschaftsführer entfaltete; die kriminellen Vorfälle, die beim Zusammenbruch erster Unternehmungen (Frankfurter Allgemeine Versicherungs AG. und Norddeutsche Wollkämmerei) offenbart wurden; die vielfachen Mißbräuche im Aktienwesen, die im Anschluß an eine in der Inflationszeit leider gang und gäbe gewordene Aktionär-Expropriation zu beobachten waren; die Versuche, mit Hilfe von Stimmrechtsaktien industrielle Erbdynastien aufzubauen und die Unternehmerherrschaft statt auf Leistung auf Vergewaltigung der Kapitalgeber zu gründen; die Protektion und die Klüngelwirtschaft, die demgemäß bei der Besetzung leitender Stellen eine Rolle spielten; die Festsetzung von aufreizenden Phantasiebezügen für die leitenden Männer, die häufig ohne Rücksicht auf Leistung, Qualifikation und „Marktwert" erfolgte; die Inkonsequenzen, deren sich grundsätzliche Vertreter einer freien Unternehmerwirtschaft mehr als einmal schuldig gemacht haben, wenn es sich darum handelte, in irgend welcher Form staatliche Subventionen für das eigene Unternehmen zu gewinnen; überhaupt das anspruchsvolle Auftreten bei der Beurteilung volkswirtschaftlicher Fragen, das sich manche dieser Führer anmaßten, auch wenn sie, obwohl vielleicht gute Geschäftsleute, völlige Laien auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik waren — das alles und manches andere hat das Vertrauen in die überlegene und einwandfreie Wirtschaftsführung beeinträchtigt und dazu geführt, daß die großen positiven Leistungen des Unternehmertums in der Nachkriegszeit nicht die gebührende Anerkennung gefunden haben. Es ist anzunehmen, daß die große Krise auch im Unternehmertum zu einer Läute-

Finanzmeteore der Nachkriegszeit:

Italien: Riccardo Gualino

Sohn eines kleinen, kinderreichen Uhrmachers in Biella (Piemont). Studium der Rechtswissenschaft. Gründet eine Holzfirma in Turin, die bald bankerott macht. Einheirat in eine kleine Zementfabrik. Langsame Entwicklung dieses Unternehmens (heute der italienische Zementkonzern Unione Italiana Cementi). Kriegslieferungen. Gründung einer Schiffahrtsgesellschaft, der Snia, damals Soc. Navigazione Italo-Americana. Nach dem Krieg Versuche der Umstellung, schließlich Kunstseidefabrik unter dem Namen Snia Viscosa. Enorme Entwicklung infolge niedriger Löhne und hoher Monopolpreise. Prunkvolles Leben, größter Rennstall Italiens, mittelalterliches Schloß in Casale, Meerespalast an der Riviera, Schloß mit eigenem Theater und Gemäldegalerie in Turin. Vizepräsident der Fiat, staatliche Ehrenämter. Nach der Stabilisierung geringe Rentabilität der Snia, Rückgang der Aktienkurse. Die Beteiligung muß an die ausländische Konkurrenz verkauft werden. Mit dem Erlös werden unglückliche Valutaspekulationen gedeckt. Gemeinsame Geschäfte mit Oustric in Paris. Betätigung im Schokoladentrust Unica, Kunstlederkonzern Salpa und dem Vermout-Trust. Gründung von Holdinggesellschaften in Neufundland zur Kapitalbeschaffung. Im September 1930 erneute Schwierigkeiten. Eingreifen Mussolinis: Rede gegen die Spekulanten. Verlust des gesamten Vermögens, Verhaftung, Verbannung nach den Liparischen Inseln.

Belgien: Alfred Loewenstein

Sohn eines kleinen, aus Deutschland stammenden Börsenmaklers. Zunächst Bankier in Brüssel. Interesse für neue Industrien, unerschlossene Länder, neuartige Finanzierungsmethoden, Rennstall, sportliche Betätigung. Persönliche Lebenshaltung dient als Reklame für die Geschäfte. Während des Krieges im englischen Dienst, dadurch engere Beziehungen zur City. Nach Kriegsende Fehlschlag verschiedener Versuche, in London Bankgeschäfte zu treiben. Finanzierung der neuaufkommenden Kunstseideindustrie durch mehrmalige Hilfe für die British Celanese. 1926 Zerwürfnis mit deren Leitern, Brüder Dreyfus, und erbitterte Feindschaft mit diesen. Stärkere Betätigung in der Energieindustrie, ebenfalls als Finanzier durch gemeinschaftliche Gründung mit der Sofina-Gruppe. Auch mit dieser bald Bruch. Angebot an die belgische Regierung, zur Stabilisierung der Währung eine Anleihe zu beschaffen. Mit Hohn abgelehnt. 1927 scheint Loewensteins Stern erloschen. Plötzlich Unruhe an den Börsen. Aufkauf von großen Paketen von Kunstseide-Aktien, Gründung einer neuen Elektrizitäts-Holding. Von November 1927 bis Mai 1928 „Loewenstein-Hausse" an allen internationalen Börsen. Holding-Kurs versechsfacht sich in drei Monaten. Der Reklameapparat spielt. Amerika-Reise unter ungeheurem Pomp. Das eigene Flugzeug wird Symbol. „Flying Circus", schreibt die englische Presse. Konsolidierungsbedürfnis soll Mai 1928 durch Anleihe befriedigt werden. Die abgeschlossene Anleihe wird wegen ungünstiger Börsenlage nicht aufgelegt, Baisseangriffe auf die Aktien können nur ungenügend abgewehrt werden, ein Angriff auf die Banque de Bruxelles, um diese in die Hand zu bekommen, scheitert, neue Kredite werden versagt. Am 4. Juli 1928 Absturz Loewensteins aus dem Flugzeug, 1200 m über dem Aermelkanal.

Frankreich: Albert Oustric

Stammt aus ganz kleinen Verhältnissen in Südfrankreich. Erhält durch Schützengrabenfreundschaften einige Kapitalien. Beziehungen zu gewissen Kreisen der Regierung, kleine Geschäfte bei Staatsemissionen. 1921 Freundschaft mit einem argentinischen Geldmann, später mit Gualino. Zunächst Gründungsgeschäfte, später bedeutende Gewinne aus der Francbaisse. Gründung von Holdinggesellschaften. Große Spekulationen an der wenig kontrollierten Pariser Kulisse. Hauptspekulationspapier wird die zweifelhafte Silbermine Huanchaca. Kurs steigt innerhalb kurzer Zeit auf das Achtfache, obwohl das Unternehmen vollständig Nonvaleur ist Dauernde Kursmanipulationen in dem Kreis der eigenen Werte. Die Oustric-Papiere werden der Tummelplatz der Pariser Spekulation. Die Börsenorgane schreiten nicht ein. Einführung der Snia-Viscosa-Aktie mit zweifelhafter Hilfe von Regierungsstellen. Hochfinanz wehrt sich. Angriff auf das Comptoir National d'Escompte mißlingt. Kredithilfe wird Oustric auf Anregung der Regierung durch die Notenbank, jedoch zeigt sich infolge der zurückgehenden Kurse Entlastungsbedürfnis. Um so wahnwitzigere Spekulationen. Die Kredite steigen immer mehr. Ende 1929 erneute Erschütterung durch Gualino, noch einmal hilft die Bank von Frankreich. Aber der Zusammenbruch ist unaufhaltbar. Die Verlängerung der Kredite wird unmöglich. Am 6. November stellt Oustric die Zahlungen ein. Die Untersuchung ergibt Beteiligung von Regierungsmitgliedern bei den Geschäften, der Finanzminister tritt zurück, zwei Unterstaatssekretäre folgen und am 4. Dezember stürzt der Senat das gesamte Kabinett Tardieu. Oustric verhaftet.

rung führt, daß die Abgründe, die im Falle Favag und Nordwolle offenbar wurden, überall das Verantwortungsbewußtsein gestärkt und die Wachsamkeit erhöht haben, daß Widersprüche zwischen Bezügen und Leistung reduziert werden und daß der Glauben in die Unfehlbarkeit des eigenen Urteils in gesamtwirtschaftlichen Angelegenheiten wankend geworden ist. Darüber hinaus bleibt es eine Hauptaufgabe der Zukunft, die Unternehmerauslese wieder zu rationalisieren, ein gesundes Verhältnis zwischen Risikobeteiligung und Verantwortlichkeit wiederherzustellen und für alle im Produktionsprozeß Tätigen den Weg des Aufstiegs zu ebnen. Auf den Unternehmern und Kapitalisten selber lastet heute die Hauptverantwortung für das Schicksal des deutschen Kapitalismus.

DIE WURZELN DER FÄLLE FAVAG UND NORDWOLLE

Früher wurde es mit Recht als ein Hauptvorzug der Aktiengesellschaft, der heute wichtigsten Unternehmungsform, angesehen, daß sie die Unternehmerauslese begünstigte und auch solchen Unternehmern, die nicht selbst über Vermögen verfügten, die Kapitalbeschaffung ermöglichte. In einer Zeit extremer Kapitalknappheit trat dieser Vorteil, den die Aktiengesellschaft für die Auslese bietet, zurück hinter gewissen Nachteilen, die sich einmal aus rechtlichen Besonderheiten der Nachkriegszeit und zweitens aus dem stürmischen Konzentrationsprozeß dieser Jahre ergaben. Was zunächst den ersten Punkt betrifft, so begann mit der Inflation die Verführung, unter dem Schleier des sinkenden Geldwertes Stammaktien zu Spottpreisen in die Hände der amtierenden Verwaltung zu bringen und unter dem Vorwande des Ueberfremdungsschutzes mit Hilfe der Ausgabe der neu aufgekommenen Herrschaftsaktien (Mehrstimmen- oder teilgezahlte Schutzstammaktien) die Machtposition der Verwaltungen für alle Zeiten zu sichern. Diese Fälle sind die psychologischen und tatsächlichen Voraussetzungen gewesen für die Willkürherrschaft der Verwaltungen, die in vielen Fällen nun ein unerträgliches Ausmaß anzunehmen begann, die in phantastischen Verschachtelungskonstruktionen und äußerster Vernachlässigung der Publizitätspflichten ihren Ausdruck fand und in ihrer verhängnisvollen Auswirkung nicht erkannt wurde — am wenigsten von den Funktionären des Staats, die ganz in den gesellschaftlichen Bann jener sich selbst hoch bezahlenden industriellen Halbgötter geraten waren. Hier liegen die Wurzeln zu den Vorfällen bei der Frankfurter Allgemeinen Versicherungs A. G. und der Norddeutschen Wollkämmerei, die sich später für die gesamte Wirtschaft als so folgenschwer erwiesen haben, und diejenigen, die sich einer rechtzeitigen Abhilfe in kurzsichtiger Verteidigung enger Interessen entgegengestemmt haben, tragen die Verantwortung für diese Nackenschläge, die der Idee einer freien Unternehmerwirtschaft durch die Mißbräuche versetzt worden sind.

DAS „UNTERNEHMEN AN SICH“

Frühzeitig war von den bewußten oder unbewußten Nutznießern jener Rechtsverzerrung und ihrem rechtswissenschaftlichen Anhang eine Ideologie erfunden und verbreitet worden, die geeignet war, die Mißstände zu verbrämen. Diese Ideologie des Unternehmens an sich und seiner

Der Fall Favag

Wenn es berechtigt ist, den Zusammenbruch der Frankfurter Allgemeinen Versicherungs A.-G. vom Herbst 1929 gewissermaßen als das Vorspiel, den Auftakt der großen Krise des Jahres 1931 zu beurteilen, so deswegen, weil dieser Fall die Symptome innerer Zersetzung zum erstenmal bei einem von führenden ersten deutschen Banken kontrollierten Großunternehmen aufzeigte, das bis zuletzt noch als pupillarisch sicher beurteilt werden konnte. Der Fall Favag, über den die Akten noch nicht geschlossen sind, brachte die Lawine des Mißtrauens des ausländischen Geldgebers gegen deutsche Großunternehmungen, die schließlich mit so verheerenden Folgen niedergegangen ist, ins Rollen. Er wurde dadurch zu einem Markstein der Entwicklung. Ausgelöst wurde der Fall Favag durch eine Zusammenballung wesensfremder, für eine Verbindung mit dem Assekuranzbetrieb ganz ungeeigneter Geschäfte.

Der Versicherungsbetrieb selbst wurde konzernmäßig übersteigert, wobei bis zur völligen Undurchsichtigkeit immer neue Geschäfte aufeinandergehäuft wurden, um die Folgen einer persönlichen Mißwirtschaft zu verdecken und durch höchst gewagte und risikovolle Geschäftssysteme (Abzahlungsvers., Immobiliartransaktionen) schließlich doch noch irgendeinen Ausweg vor dem Zusammenbruch zu finden. Hier wurde der gute Name des deutschen Versicherungswesens in einer unerhörten Weise mißbraucht und diskreditiert, hier wurden in phantastischem Umfange inländische und ausländische Leihkapitalien in wilde Finanzierungen hineingeworfen, kurzfristig genommene Gelder hoffnungslos immobilisiert. Ein diktatorisches Generaldirektor-System ließ keinen Widerspruch aufkommen, und die Autorität des Urhebers dieser ganzen Mißwirtschaft wirkte, sehr bezeichnend, noch nach seinem Ableben nach. Paul Dumcke gehörte zu jenen Naturen, die dringend der Kontrolle bedurft hätten und die, weil die zur Mitverwaltung und Prüfung berufenen Aufsichtsratskreise dem speziellen Fachbetriebe und seinen komplizierten Verzweigungen und Betriebsumständen innerlich fremd gegenüberstanden, es wagen konnten — im Falle „Vaterländische und Rhenania“ lag personell ein teilweise ähnlicher Vorgang vor — jede vorgeordnete Instanz, aber auch nachgeordnete Mitverwalter, soweit sie nicht zu Mitschuldigen wurden, unter dem diktatorischen Druck schweigenden Gewährenlassens zu halten.

Der Fall Favag, dem aus späterer Zeit nur noch der Zusammenbruch der Nordwolle an Bedeutung und Auswirkung zur Seite zu stellen ist, zeigte im Grunde schon alle die Mißstände auf, die heute als in der deutschen Wirtschaft verbesserungsbedürftig festgestellt sind. Man findet hier den Mißbrauch der Stimmrechtsaktien, die Vernachlässigung der Publizität, die ungenügende Kontrolle durch den Aufsichtsrat, unerhörte Ueberbezahlung von Einzelkräften, die doch in der schlimmsten Weise versagt und das Vertrauen enttäuscht haben, eine unerträgliche Geschäftsverschachtelung, nicht zuletzt auch eine jahrelange Hinauszögerung der Sühne bis zu einem Zeitpunkt, in dem die reinigenden Folgen einer Strafe und einer gerichtlichen Klarlegung aller Umstände des Falles durch das Erlahmen des Interesses, durch das Vortreten anderer aktueller Ereignisse verwischt werden. Wie ganz anders hat in England der Fall Hatry mit heilsamer Wirkung eine rasche Sühne gefunden.

Man war taub

Die „Frankfurter Zeitung“ hat lange vor dem Mitte August eingetretenen Zusammenbruch der Frankfurter Allgemeinen gerügt:

1. Am 2. Juni 1929 bei der Besprechung des Geschäftsberichtes der Favag:
   Pflege von Bankinteressen im eigenen und engsten Kreise, mangelnde Information der Oeffentlichkeit in der Frage der in den Konzernbereich einbezogenen Absatzfinanzierung.
2. Am 3. Mai 1929 bei der Kritik des Geschäftsberichtes der Südwestdeutschen Bank:
   mangelnde Durchsichtigkeit der Finanzoperationen dieser Konzernbank der Favag und ihre im Versicherungsgewerbe ungewohnte Ausdehnung, für die ein eigentliches Bedürfnis nicht erkennbar war.
3. Am 9. März 1929 anläßlich der Gründung der Südwestdeutschen Bank:
   die Verflechtung von Versicherungsgewerbe und Bankgeschäft
4. Am 31. März 1928 bei der Besprechung des Geschäftsberichtes der damaligen Landesgewerbebank für Südwestdeutschland:
   das Fehlen von Mitteilungen über Bürgschaften und sonstige Geschäfte, bei denen die Bank mit ihrem Mutterkonzern in Verbindung stand.

Schutzbedürftigkeit, aus welcher die Notwendigkeit entwickelt wurde, die Unternehmung gegen äußere und innere Ueberfremdung zu schützen, zu schützen auch gegenüber den eigenen Aktionären und Eigentümern, stammt keineswegs aus antikapitalistischen Kreisen, sondern sie wurde im Anschluß an ganz anders gemeinte Aeußerungen von Walter Rathenau erdacht. Die Tatsache, daß sich diese Ideologie trefflich einfügen läßt in populäre eigentumsfeindliche Parteiprogramme, sowohl sozialistischer wie nationalsozialistischer Prägung, hat dazu beigetragen, die Verwirrung zu erhöhen. Denn sie sicherte dieser Ideologie eine gewisse Gefolgschaft auch in antikapitalistischen Kreisen. In Wirklichkeit handelt es sich um ein groteskes Mißverständnis: Es klingt sehr schön, wenn betont wird, daß die moderne Aktiengesellschaft „nicht nur eine Form für individuelles Gewinnstreben ist, sondern in verschiedenen Abstufungen auch den allgemeinen Interessen des Volkes zu dienen hat", wie es das Reichsjustizministerium in der Begründung des neuen Aktienrechtsentwurfs ausgedrückt hat, aber während es allenfalls in der Linie moderner Wirtschafts- und Rechtsentwicklung liegen könnte, die Gewinninteressen und den Einfluß der Aktionäre zu Gunsten der Arbeiterschaft oder zu Gunsten der Allgemeinheit einzuschränken, denken diejenigen, die von dem öffentlichen Interesse der Aktiengesellschaft, vom „Unternehmen an sich" sprechen, dabei nur an die Einschränkung der Eigentümerrechte zugunsten der amtierenden Verwaltung; tatsächlich wird mit dem Hinweis auf das schutzbedürftige Unternehmen in erster Linie die Aufrechterhaltung der Herrschaftsaktien gefordert. Die Verwaltungsbürokratie der Wirtschaft lehnt sich auf gegen die Eigentümer der Unternehmungen. Sie will die Wirksamkeit des Privateigentums einengen, aber nicht zugunsten der Belegschaft oder der Volksgemeinschaft — gegen die Idee einer Staatskontrolle oder die Stärkung der Macht der Betriebsräte wird wegen ihres sozialistischen Charakters sogar ausdrücklich protestiert —, sondern zugunsten eben dieser Verwaltungsbürokratie, die, ohne am Risiko der Unternehmungen beteiligt zu sein, ihre Verwaltungsmacht stabilisieren möchte. Wer es ernst meint mit der Aufrechterhaltung des Systems, muß solche Phraseologie mit aller Macht bekämpfen, und diejenigen, die der Säuberung unseres Aktienwesens durch eine gründliche Reform des Aktienrechtes, wie sie von der „Frankfurter Zeitung" im Jahre 1926, 1929 und 1930 in drei ausführlichen Artikelserien gefordert worden ist, in kurzsichtiger Wahrnehmung momentaner Interessen sich so heftig entgegengestellt haben, haben diesem System in Wahrheit einen schlechten Dienst erwiesen. Die Säuberung unseres Aktienwesens ist vor allem auch notwendig im Interesse der Verbesserung der künftigen Auslese der leitenden Männer. Gewiß, viele unserer Unternehmer, die noch aus der Auslese einer früheren, besseren Zeit hervorgegangen sind, sind „weder Erben noch Epigonen", und es wäre ganz ungerecht, die erwähnten Mißstände zu verallgemeinern; auch bei den Unternehmungen, in denen die Verschanzung der Verwaltung eine maximale ist, wird sich der Umstand, daß die Eigentümer der Gesellschaft, die das Kapitalrisiko tragen, auch ungeeignete Kräfte an der Spitze dulden müssen und häufig überhaupt nicht mehr absetzen können, erst im zweiten und dritten Glied in vollem Umfange rächen. Aber

Die Lahusens

Der Zusammenbruch der Norddeutschen Wollkämmerei und Kammgarnspinnerei AG in Bremen und ihres Konzerns gehörte zu den ganz besonders aufsehenerregenden Mißerfolgen freier Unternehmertätigkeit in den Nachkriegsjahren. Das Unternehmen hatte eine alte Tradition. Schon bei seiner Gründung 1884 baute man es auf einem international angesehenen Wollhandelsgeschäft auf; in stetiger Entwicklung seit Jahrzehnten — nach dem Krieg und unter neuer, jüngerer Leitung nur beschleunigt — war der Nordwolle-Konzern zum größten Unternehmen in der europäischen Wollindustrie geworden, und in der gesamten deutschen Textilindustrie waren ihm nur der über die deutschen Grenzen weit hinausreichende Kunstseide-Konzern Glanzstoff-Aku und der erst 1930 durch die Vereinigung von Hammersen mit Dierig entstandene Baumwoll-Konzern Debag an Bedeutung zu vergleichen. Ueber ein solches Unternehmen mußte im Juli 1931 der Konkurs eröffnet werden, nachdem sich ergeben hatte, daß ausgesprochene Unredlichkeiten vorlagen, die eine staatsanwaltschaftliche Untersuchung und die Verhaftung der beiden leitenden Direktoren veranlaßten. Die Untersuchung der Vorgänge ist noch in vollem Gange, aber es erscheint doch möglich, schon jetzt ein Bild der grundlegenden Ursachen zu geben.

Der Vorstand war zuletzt von drei Brüdern Lahusen besetzt, Söhnen des Gründers und langjährigen Leiters der Gesellschaft. Die unbestrittene Führung lag bei Gustav Carl Lahusen, dessen Art und Intention sich nicht nur der wenig einflußreiche jüngste Bruder und ein kurz vor dem Zusammenbruch auf andere Funktionen innerhalb des Konzerns beschränktes viertes Vorstandsmitglied anpaßten, sondern auch Heinz Lahusen, der neben Gustav Carl einen gewissen Einfluß auf die Gesamtleitung des Konzerns hatte. Beide Brüder waren technisch, kaufmännisch und organisatorisch wahrscheinlich von erheblich überdurchschnittlicher Begabung, und ihr selbstbewußtes Auftreten machte allerwärts einen starken Eindruck, so daß z. B. die zurückhaltenden Bremenser Kaufleute das Präsidium ihrer Handelskammer Gustav Carl überließen, obwohl die Familie Lahusen nicht von jeher zu dem dort so ängstlich gehüteten Kreis der führenden Kaufmannsfamilien gehört hatte. Gustav Carl Lahusen war selbstsicher und energisch veranlagt und genoß von Jugend an als der designierte Nachfolger seines Vaters eine Sonderstellung in Familie und Unternehmung. Daraus ergaben sich bei ihm Selbstsicherheit und Unbelehrbarkeit, Geltungsbedürfnis und Machthunger, während es gleichzeitig bei seiner Umgebung selbstverständlich wurde, daß er keinen Widerstand fand. Ohne Rücksicht auf die darin liegenden Risiken wurde der Konzern soweit ausgedehnt, daß eine einheitliche Leitung mit gewöhnlichen Mitteln nicht mehr durchführbar war. Man versuchte es mit einer äußerst zentralistischen Organisation, tötete damit jeden Mut zu selbständigem Handeln wie zu ehrlicher Berichterstattung in den nachgeordneten Instanzen. Man ergänzte also die sachlichen Kontrollen durch einen Stab persönlicher Vertrauensleute, die nach gesellschaftlicher Stellung und persönlicher Freundschaft ausgewählt wurden. Schließlich hatten die Verluste alle stillen Reserven aufgezehrt und noch mehr. Aber Macht und Kredit des Konzerns wie die Stellung seiner Leiter waren so sehr auf persönlichem Prestige aufgebaut, daß man auch dann nicht wagte, die Verluste einzugestehen. Man versteckte sie, solange es ging, versuchte sie durch Spekulation mit Rohwolle auszugleichen, die erst recht fehlschlugen, stopfte die alten Löcher mit immer neuen Krediten zu und ließ sich zu vermutlich strafbaren Verschleierungen und Irreführungen verleiten — bis der Zusammenbruch nicht mehr aufzuhalten war.

Der Aufsichtsrat war durch unkritische Anerkennung der Führerqualität der Lahusens sowie durch Verwandtschaft und Freundschaft in seiner Kontrolltätigkeit gehemmt. Man stand so gut miteinander, daß man genau so zur Verwaltungssitzung zusammenkam wie zur Jagd und zum Golf und daß man jede Kritik oder auch nur einen Zweifel als unmögliche Unhöflichkeit empfunden hätte. Obwohl der Aufsichtsrat anscheinend nicht wesentlich mehr erfuhr als die Oeffentlichkeit, gab er sich damit zufrieden, während z. B. die „Frankfurter Zeitung" seit Jahren die ungenügende Publizität gerügt, auf Widersprüche hingewiesen und den problematischen Charakter des Vordringens in die Verarbeitung gekennzeichnet hatte. Hätte der Gesetzgeber frühzeitig schärfere Publizitätsvorschriften auch für die Verschachtelungskonstruktionen erlassen, so wäre eine Mißwirtschaft solchen Ausmaßes unmöglich gewesen. Auch die Konsortialbanken haben eine ungenügende öffentliche Rechnungslegung zugelassen, ohne sich in der Stille ausreichend zu überzeugen, ob alles in Ordnung war. Bis zur letzten Generalversammlung vor dem Zusammenbruch gehörte nur ein Bankenvertreter dem Aufsichtsrat an, und der war so in dem Bremer Milieu verstrickt, daß er ohne Zwang keine ausreichende Kontrolle auszuüben wagte oder auch nur vermochte.

schon heute sehen durch diese Stimmrechtsdrahtverhaue weite Schichten der Arbeiter, der ausführenden und vor allem der leitenden Angestellten den Weg nach oben für die Zukunft weitgehend verrammelt.

DER WEG NACH OBEN

Es wäre aussichtslos, das kapitalistische System gegenüber den breiten Massen, die sich heute als sein Objekt fühlen, gegenüber ihrer politischen Macht verteidigen zu wollen, wenn es nicht gelingt, das Problem der Auslese der Führer besser zu meistern, die Protektion und den Nepotismus auszuschließen und damit nicht nur das Vertrauen in die Führung zu festigen, sondern auch die Aufstiegsmöglichkeiten zu verbessern und auf diesem Wege die breiten Massen für das System zu interessieren. Es ist ein ungeheurer Antrieb und die Voraussetzung für eine positive Einstellung der breiten Massen zum System der freien Unternehmerwirtschaft, daß jedermann in der Lage ist, den Marschallstab im Tornister zu fühlen. Damit das so sei, ist es zunächst notwendig, daß die industriellen Fideikommisse, die mit Hilfe der Herrschaftsaktien gebildet wurden, gesprengt werden. Aber das allein genügt nicht. Es genügt auch nicht, daß die Führerauslese vom Bildungsprivileg unabhängig gemacht wird, eine Forderung, aus der sich wichtige schulpolitische Konsequenzen als Voraussetzung für einen Aufbau der Wirtschaft auf der Grundlage der Freiheit ergeben. Es müssen darüber hinaus auch in anderer Beziehung innerhalb der Betriebe die Ausbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten verbessert werden. Wohl gibt es heute noch viele Tausende von kleinen und mittleren Unternehmern, und wohl ist noch das große Reservoir des Handwerks vorhanden, aus dem sich auch in der Zukunft die Schar der selbständigen Unternehmer rekrutieren kann. Aber damit dies geschehe und damit vor allem auch aus den Betrieben selbst die für den Aufstieg geeigneten Kräfte nach oben gelangen können, ist es notwendig, daß der Ueberschreitung der optimalen Betriebsgröße, die vielfach nicht nur in technischer, sondern vor allem auch in personalpolitischer Beziehung in einer oft beschriebenen Weise vorliegt, Einhalt geboten wird. Wohl können auf manchen Gebieten noch mit Nutzen Zusammenschlüsse vorgenommen werden, wo man sich ihnen aus Prestigegründen oder Eigenbrötelei bislang widersetzt hat, aber auf anderen Gebieten ist es notwendig, daß eine Selbstbesinnung darüber stattfindet, bis zu welchen Grenzen unter den gegebenen Umständen der Konzentrations- und Expansionsprozeß ausgedehnt werden kann. Kleine rechenmäßige Kostenvorteile der Konzentration werden in vielen Fällen durch die entstehende Unelastizität mehr als aufgewogen; der Fall Nordwolle ist dafür ein warnendes Beispiel. Was die Unternehmerwirtschaft vor der sozialistischen Bürowirtschaft voraus haben soll, ist in erster Linie ihre Elastizität, und in dem Maße, in dem unsere Privatunternehmungen verbürokratisieren und der persönliche Kontakt verloren geht, in demselben Maße müßte der Widerstand gegen die Planwirtschaft erlahmen. Alle diese Aufgaben können nicht ernst genug genommen werden. Auch staatspolitisch haben sie in dem Maße an Bedeutung gewonnen, in dem das Unternehmertum mit der Dezimierung des Offizierstandes durch Versailles, mit der Schwächung des Großgrundbesitzes durch die große Agrarkrise und mit der Verarmung breiter und

Ueberfremdungsschutz - Verwaltungsschutz

Man kann die Dinge drehen und wenden, wie man will: der sogenannte Schutz vor innerer Ueberfremdung läuft immer hinaus auf einen Schutz der gerade amtierenden Verwaltung. Nun kann natürlich die Kontinuität der Verwaltung sehr erwünscht sein, wenn eine tüchtige Verwaltung das ihr anvertraute Kapital gut verwaltet; eine solche Verwaltung freilich wird nur in seltenen Fällen fürchten müssen, verdrängt zu werden. Es ist auch überhaupt verständlich, wenn ein Unternehmer, der ein Werk — wenn auch mit fremdem Kapital — aufgebaut und seine Förderung als Lebensaufgabe angesehen hat, sich nicht gern von Eindringlingen beiseite schieben lassen möchte. Es ist genau so verständlich wie das Bestreben eines alten Angestellten, sich gegen den „Abbau" zur Wehr zu setzen. Aber wenn man grundsätzlich am System des freien Wettbewerbs festhalten will — und es besteht alle Veranlassung, daran festzuhalten —, so ist es natürlich völlig unmöglich, für eine einzelne Kategorie von Wirtschaftssubjekten Inseln der Unabsetzbarkeit zu schaffen.

Aus der „Frankfurter Zeitung" vom September 1929.

Ueberorganisation

„Die gesamte deutsche Volkswirtschaft in einheitlicher Planwirtschaft organisiert, wie es den Verfechtern der sogenannten Wirtschaftsdemokratie vorschwebt, würde ein Unternehmen von über 30 Mill. Beschäftigten darstellen. Demgegenüber umfassen die größten deutschen Konzerne heute 100 000 bis 200 000 Beschäftigte, also noch nicht 1 v. H. eines solchen Umfanges, und doch stehen diese somit verhältnismäßig kleinen Gebilde bereits jetzt in einem täglich erneuerten und keineswegs immer erfolgreichen Kampf gegen das, was man „Industriebürokratie" genannt hat, gegen Verbeamtung, Verkalkung und Ueberorganisation, mit allen ihren verhängnisvollen Folgen. Und diese Gefahr wächst mit weiterer Vergrößerung sozusagen in geometrischer Progression. Jedenfalls kann man ruhig sagen, daß es für jedes Unternehmen einen Grad der Expansion gibt — und daß er für manche der größten bereits vielleicht erreicht, wenn nicht gar überschritten ist —, von wo ab der Kampf gegen Bürokratisierung und Ueberorganisation hoffnungslos wird und letzten Endes die Rentabilität in Frage steht." *Karl Lange*

„Wirtschaftsdemokratie" oder organisierte Wirtschaftsfreiheit? Maschinenbau 1929, Heft 12.

Ergänzender Beitrag zu Seite 15

Wesenszüge im zeitgenössischen Unternehmertum

Neue Varianten

Früher hat man unterschieden zwischen dem Fachmann, dem Kaufmann, dem Finanzmann; dem technischen, dem händlerischen und dem spekulativen Unternehmergeiste. In der verschiedenartigsten Weise finden sich diese Talente gestuft oder gepaart und nur ganz selten trafen sie — wie in der fast schon allegorischen Figur des Hugo Stinnes — alle zusammen. Die neueren Betriebsgrößen, Konsumbedürfnisse und Wirtschaftsbedingungen haben indessen zu diesen Grundtypen längst neue, diffuse Varianten hinzugefügt. Das Verwaltungs-Ensemble wurde nötig und erübrigte vielfach die Vereinigung sämtlicher Führer- und Unternehmerqualitäten in einer Person. Friedrich Alfred Krupp entwarf schon in den siebziger Jahren das Generalregulativ für seine Nachfolgerschaft, ein „Direktorium". Das ist heute für größere Familienunternehmungen mit und ohne Umgründung (Merton) fast etwas Selbstverständliches in der Form sowohl wie mindestens im Wesen: Arbeitsteilung, bei der nicht immer jemand überragend dominiert.

Der Fachmann und der Kaufmann

Als Gegenstück zu dem Schatzgräbertyp (Kino, Radio, Photomaton, Kunstseide) entstand der quasi behördliche Administrator (Reichswerke in Golpa, Lauta, Gesfürel usw.). Unter die „Fachleute" mischten sich förmliche Ekstatiker der betriebstechnischen Organisation und Installation, Projektanten ohne Unterlaß wie vormals Hermann Schöndorff, ruhelose Kombinateure aus dem Ingenieurfach, wie Greffenius, wie der unverwüstliche Optimist Raky, wie Grade und Küchenmeister, dann aber mehrere sehr ernsthaft produzierende und zugleich organisatorisch stark befähigte Erfinder und Wissenschafter, die erfolgreicher wurden als einstmals Daimler oder Diesel, beispielsweise Bergius, Junkers oder der Prädominant der großen I. G. Farbenindustrie Carl Bosch. In die zweite Gruppe, die der Kaufleute, lassen sich seit dem Ausbau der Kartelle besonders zahlreiche Abarten einordnen: die Opportunisten der Syndikats- und Monopol-Praxis Rosterg (von Haus aus Bergtechniker) und Korte, oder auch R. ten Hompel, ferner die von ihren Ausgangsbezirken, den Braunkohlenkartellen, auf die Steinkohlen-Syndikate hinüberfassenden, mit ebenbürtiger Geschicklichkeit und Ruhe vorgehenden „Disponenten auf lange Sicht", im Westen Dr. Silverberg, in Mitteldeutschland und Schlesien Ignaz Petschek, in der östlichen Steinkohle der dortige Benzolbeherrscher Bercke-meyer, ehemals Syndikus in Westfalen; und umgekehrt die Außenseiterschaftsmeister Robert Gerling und Baurat Heck. Ein ganz neues Feld weitete sich den Ein- und Verkaufspsychologen durch die Reklametechnik (Lingner, Roselius-Hag, Reemtsma-Schnur, Neuerburg) und vor allem im Warenhauswesen, das trotz gleichzeitiger Ausbreitung aller Formen des kollektiven Vertriebs, der Konsumgenossenschaften und Beschaffungsvereine, dem Individualunternehmer Gelegenheit gab zu zeigen, was er von Emile Zola und später von Woolworth gelernt hatte: unter den aus kleinen und kleinsten Plätzen gekommenen Familien Tietz, Wertheim, Jandorf, Wronker, Schocken, Knopf, Alsberg, gewiß auch Rudolf Karstadt und Theodor Althoff persönlich, befinden sich echte, in der Sache erfolgreiche Unternehmerpersönlichkeiten mit umfangreichen Beschäftigtenheeren und dem großgewerblichen Drum-und-Dran.

Der Kaufmann und der Finanzmann

Sehr charakteristisch aber ist das häufige Ineinanderwirken von Kaufmann und Finanzmann, geistig auf Grund einer besonders ausgeprägten Kombinationsgabe, technisch mit Hilfe der modernen Aktien- und Kreditmanipulierung, besonders auch des Lombards, und diese Mischung von Begabungen und Methoden drängte ihre Träger oft automatisch hinein auch in die technisch-industrielle Betätigung. Der Hergang war gewöhnlich der einer finanziellen robusten Eroberung statt eigenen Produktionsaufbaus, nicht selten drängte noch neben dem Rationalisierungsgedanken eine Art Plusmacherei auf das Zusammenspiel von Handels- und Erzeugerfunktionen hin. Heilner, Greffenius, Schöndorff, Lahusen sind nicht eigentlich industriell-unternehmerisch gescheitert, sondern finanziell, sie allerdings als „Konzernklempner", was sehr bezeichnend scheint für unsere Aera des Mangels an Augenmaß. Die Umrisse werden da flüssig und man trifft die gleiche Kombination von Werkskontrollerwerb und Händlerfunktion oft bei den gegensätzlichsten Elementen: bei Otto Wolff (übrigens Fabrikant seit langem, von Weißblech z. B.) und Ottmar Strauß, den Brüdern Blumenstein, Jakob Michael, dem Autohändler Schapiro, bei J. Adler jr., Ludwig Katzenellenbogen, Paul Rohde; man erinnert sich des verstorbenen Papiergrossisten Hartmann und wird aufmerksam auf einen kleinen homo novus, den Schnittwarenversender Witt in Weiden, der jetzt Textilfabrik über Textilfabrik ankaufen zu müssen glaubt. Die ausgesprochen fachliche, d. h. industrielle Einstellung wahrten sich demgegenüber, obschon sie teilweise die Fabrikationszweige selber wechselten, Leute wie Dr. Heilner, Fritz Haecker, Dr. Vielmetter, Friedrich Flick, Günther Quandt, die sämtlich teils in ihrer Hochblüte, teils noch in der Gegenwart als äußerst gelehrige Instrumentatoren aller die Herrschaft verschaffenden Möglichkeiten der Aktie aufgefallen sind. Das Gleiche kann man unter Einbeziehung der Kuxengebrauchs-Routine von den schon erwähnten Antipoden Korte und Rosterg sagen. Ausschließlich bei der angestammten, anfangs fast handwerklichen Arbeit blieb auch nach seinem Wachstum ein Julius Berger, der darin sowie in einer sorglichen Liquiditätsbewahrung, bisher wenigstens, dem verstorbenen Benno Orenstein zu gleichen scheint.

Der „soziale" Unternehmer

Auf die Unternehmer von heute, sie mögen ausgegangen sein vom Erwerbstrieb, Machttrieb, Schaffenstrieb, Geltungsstreben, Familiensinn, ist naturgemäß die Sozialgesetzgebung nicht ohne Einwirkung geblieben. Patriarchalische Fürsorge ist auch heute noch anzutreffen, aber weitgehend ergänzt durch ein System gegenseitiger Rechte und Pflichten. Hugo Stinnes paktierte mit Legien gewiß aus Nützlichkeitsgründen, indessen nicht ausschließlich aus diesen — wer ihn und seine Jünger, z. B. Albert Vögler, bei der Arbeit sah, erkannte die Linie einer tieferen Ueberzeugung, und über die Sozial-Ethik des „Zünder-Bosch", des ersten Achtstundentag-Unternehmers, der, wenn auch in anderem Zusammenhänge den Satz prägte „Lieber Geld verlieren als Vertrauen", braucht selbst unter veränderten Gesamtverhältnissen kein Wort verloren zu werden. Eine Dosis Gerhart Hauptmann, Leo Tolstoi oder — Ernst Abbe lebt auch in denen, die möglichst für die ganze Misere die Lohn-, Sozial-und Fiskal-Politik verantwortlich machen möchten. Wer an die Reaktionsära Stumm denkt (1893) und mit jetzt vergleicht, wird zugeben müssen, daß trotz der inzwischen alles überrennenden Mechanisierung doch das menschliche Element seinen Platz auch im härtesten Berufsleben behauptet hat. Zum Teil rührt das wohl auch daher, daß das Unternehmertum mehr und mehr losgelöst ist vom Kapitalbesitz. Es liegt nun, unbeschadet solcher Dynastiebetriebe wie Henschel, Krupp, Aug. Klönne, Dierig, überwiegend in den Händen von Kapitalbeauftragten, die selbst gehobene Angestellte sind. Wenigstens es sein sollten. In der Wirklichkeit bildet sich als Folge dieser Wandlung leicht eine zu weitgreifende Eigenmächtigkeit ohne das Korrektiv eines eigenen größeren Kapitalrisikos heraus, die reinste Direktionsautokratie (ein Beispiel für viele: v. Gontard), daneben oft eine höchst materielle Selbstüberschätzung des eigenen Wirkens gegenüber der Wertung der Mitarbeiter.

Der „gebundene" Unternehmer

Die großen Kartelle beeinflussen in hohem Grade das ökonomische Denken des Unternehmers, dies gerade in der marktgeschützten Schwerindustrie, bei der technische Neuimpulse nicht in naher Aussicht sind. Falsch verstandenes Erwerbsprinzip; schlecht erfülltes Gebot der wohlfeilsten Marktversorgung, wie es für Massenartikel Emil Rathenau, Ford, Bata anwandten. Ebenso deuten die nur halberfüllten guten Vorsätze unserer Kali- und Stickstofferzeuger die Stelle an, wo z. B. den sonst so streitbaren August Rosterg, einen durch einen günstigen Zufall ins thüringische Kaligebiet geworfenen Bochumer Bergbeamtensohn, der gute Instinkt des Selfmademan verlassen hat. Auch die in den Ammoniakwerken Merseburgs wirkende Unternehmerkunst ist, bei aller früheren Mäßigung in der Preisbemessung, bei aller Betonung des heimischen Fortschritts vor dem Ertrage, doch offenbar nicht früh genug oder nicht weit genug vorgegangen. Selbst Finanzmathematiker des Bank- und Versicherungswesens, Männer wie Dr. Kurt Schmitt oder Dr. Georg Solmssen, die nichts eigentlich Syndizierbares zu vergeben haben und die in zeitweise geradezu stürmischem Konzentrationsaufbau Wettbewerbsreduktion und Spesendruck erstrebten, kamen, obschon sie sich zweifellos dem freien Unternehmertum und damit dem Prinzip der Konkurrenzwirtschaft verwandt fühlen, von zeitweise sehr umstrittenen Verbandsprämien und Kartellkonditionen nicht herunter. Momentan freilich muß sich für neue Kalkulationsgrundlagen erst eine neue Wahrscheinlichkeitsrechnung herausstellen.

Der Unternehmer und der Staat

Was das Verhältnis zum Staat betrifft, so lassen die meisten Unternehmer da nur ihre Organe arbeiten, entweder ihre Verbände oder ihre Zivilkabinette, ihren Lucanus. Das ist merkwürdig, weil in der neuen Zeit, wie andernorts noch ausgeführt wird, die industrielle und die politische Superiorität als zusammengehörig betrachtet werden. Demnach trifft man nicht gerade häufig auf ein Gewicht und eine Aktivität wie die von Vögler oder von Müller-Oerlinghausen, Reusch, Tengelmann oder Melchior oder — neuerdings — die von Schmitz. Der Effektenkapitalist und Hüttenmann aus Niederschelden Friedrich Flick, der sich bis an das entscheidendste Hebelwerk der deutschen Eisen-Kohlenproduktion emporfinanziert hat, bleibt staatsbürgerlich dauernd im Hintergrunde. Otto Wolff gar, das schon ausbalancierte, andere schwerindustrielle Gewicht, Weltkaufmann mit internationalen Handelsinteressen, wünscht ausgesprochenermaßen weitab der Politik zu stehen. Nach Persönlichkeiten, die wirtschaftspolitisch etwas zu sagen wissen, wie Hermann Röchling, Vögele-Mannheim, Rosenthal-Selb, Toepffer-Stettin, Hackelsberger-Oeflingen, Freudenberg-Weinheim, Abraham Frowein, muß man erst Umschau halten. Oscar Wassermann und Jakob Goldschmidt, die beide, jeder mit anderem Ausdruck, ihre Ideen gern zur Verfügung hielten und jedenfalls den Staatsbegriff überzeugend in den Vordergrund stellten, der eine dazu noch besonders die Unternehmerinitiative, dürften sich jetzt geraume Zeit im Schatten halten; die häusliche Last kommt zuerst. So bleibt, nächst Duisberg, dem agilsten industriellen Vertreter jenes Häufleins, das gegen die Unternehmer- und Staatsmüdigkeit angeht, das mitzuwirken trachtet bei der Lösung auch fernergelegener Fragen, das sich mit eigenen wechselnden Anregungen herausstellt und im Subjektiven, das Objektive zu finden sucht, wiederholt zu nennen Dr. jur. Paul Silverberg, der als gewissenhafter Verwalter des rheinischen Braunkohlenbergbaues ernstlich auch den öffentlichen Angelegenheiten nachgegangen ist.

einstmals einflußreicher Schichten durch die Inflation — zur angesehensten Gruppe im neuen Staate aufrückte und in die Reihe der Regisseure des neuen Staats eintrat.

UNTER DRUCK VON ALLEN SEITEN

Ungerecht wäre es zu übersehen, daß in den Jahren nach dem Kriege die objektiven Voraussetzungen für eine freie Entfaltung der Unternehmertätigkeit die denkbar schlechtesten gewesen sind. Beklagte man schon früher, daß infolge der Spezialisierung in den Direktionen das „typisch Unternehmerhafte, die Initiative, das Fingerspitzengefühl" (Sombart), der Wagemut verloren gehe, daß jener „Blick", mit dem früher der Unternehmer die technische Erfindung ergriff, jene „Divinationsgabe durch den Rechenstift des Spezialisten ersetzt" werde (Schumpeter), sowohl auf technischem wie auf kommerziellem Gebiete, so wurden nun ganz allgemein bei der Führung privater Unternehmungen andere als typische Unternehmerqualitäten vielfach zur Hauptsache. Man bedenke, welche beherrschende Bedeutung steuerlich günstige Gesellschaftskonstruktionen für die Gestaltung der Rentabilität erlangen können, welche besonderen Talente die sozialpolitischen Auseinandersetzungen innerhalb des Betriebs und mit den Gewerkschaften erfordern, was für Aufgaben auf dem Gebiete der Kartellpolitik, der Ausnützung der Chancen innerhalb nationaler und internationaler Verbände und im Kampf um die Quote hinzutraten, welche Rolle die staatliche Wirtschafts-, Zoll- und Subventionspolitik gewann, welche Bedeutung auch der parteipolitischen Interessenvertretung zukam, welche Schwierigkeiten sich schließlich bei der Kapitalbeschaffung im Verkehr mit Großaktionären oder Banken in jener Zeit stärksten Kapitalmangels ergaben, und man wird ermessen, wie starke Kräfte am Werke waren, um die „Kampfnatur" des Unternehmers zu einer „Kompromißnatur" umzuformen. Der gegenüberstehende Sonderbeitrag unseres Heftes zeigt an zahlreichen Beispielen die wichtigsten Merkmale des zeitgenössischen Unternehmertums auf. Trotz all der geschilderten Erschwerungen hat es an bewunderungswürdiger Umstellung und Anpassung an die ständig sich verändernden Produktionsbedingungen im großen und ganzen nicht gefehlt, und viele organisatorische und technische Meisterstücke der hinter uns liegenden Aufbauperiode werden ihre gerechte Würdigung erst nach Ueberwindung der jetzigen akuten Stockung finden, die auch den gesündesten Investitionen leicht nachträglich den Stempel der Fehlinvestition aufdrückt. Die Ueberrationalisierung, die in vielen Fällen vorgekommen ist, sollten am wenigsten diejenigen unserem Unternehmertum zum Vorwurf machen, die selber noch bis vor kurzer Zeit wie gebannt auf das amerikanische Wirtschaftswunder gestarrt und eine Last nach der anderen auf die Unternehmungen gehäuft haben, mit dem Hinweis darauf, daß durch schärfere Rationalisierung diese Mehrbelastung leicht ausgeglichen werden könnte. Eine Krise von der gänzlich unübersehbaren Schwere der jetzigen verleitet naturgemäß zu einer ungerechten Beurteilung der Leistungen gerade der aufbauenden und schöpferischen Naturen unter unseren Wirtschaftsführern, aber vielleicht wäre die Krise weniger heftig ausgefallen, wenn unsere Unternehmer weniger anpassungsfähig und weniger schaffensfreudig gewesen wären.

Eine hanseatische Tradition

In den Unternehmungen des Außenhandels ist eine solche Vielheit von Aufgaben vereinigt, daß es nur bei genauester Sachkenntnis und ständiger Aufmerksamkeit gelingen kann, die aufhörenden Aufgaben zu erkennen und die neuen zu entdecken und zu nutzen. Ein derartiges Geschäft läuft vielleicht am wenigsten von allen Unternehmungen automatisch weiter, wenn es einmal aufgebaut ist. Es kann nur gedeihen, wenn immerzu auf- und umgebaut wird. Die Auswahl der Geeignetsten für die Leitung des Unternehmens gilt deshalb seit langem als hanseatische Tradition, die sich, solange sie beachtet wurde, ausgezeichnet bewährt hat. Bei einer Reihe der größten Export- und Importhäuser ist es unter den Partnern vertraglich festgelegt, daß den Söhnen Gelegenheit gegeben werden soll, ihre Kenntnisse und Fähigkeiten zu entwickeln und ihre Tatkraft zu beweisen. Aber erst bei Nachweisung der Eignung entscheiden die Partner über Aufnahme oder Nichtaufnahme als Teilhaber, wobei der Sohn u. U. mit anderen Angestellten in Wettbewerb steht. Einem neuen Partner, dem es an Vermögen mangelt, wurde Gelegenheit gegeben, ein eignes Kapitalkonto aufzubauen. In der Nachkriegszeit wurde häufiger als früher ein Unternehmen als Versorgungsanstalt für sonst unbeschäftigte Familienmitglieder betrachtet.Vielfach wurden neue Teilhaber nur wegen ihres Kapitals aufgenommen. Söhne wurden zuweilen ins Geschäft genommen, weil eine andere Ausbildung zu kostspielig geworden wäre. Man wählte eben nicht die Unternehmer für das Geschäft aus, sondern betrachtete das Geschäft als einen Beruf, den man ergreifen kann, wenn man über die notwendigen Kenntnisse eines gut erzogenen Europäers verfügt, einen Beruf, der gut und eindringlich zu sein schien, wenn nur das Geschäft einen guten Namen hatte. Der Untergang vieler Firmen ist auf diese Weise beschleunigt worden. Heute hat man — vielfach zu spät — die Notwendigkeit erkannt, nur die Besten an die Führung eines Handelshauses heranzulassen, und man bemüht sich auch, bei der Auswahl streng sachlich zu verfahren. In einer Reihe erfolgreicher größter und großer Firmen stehen Inhaber an der Spitze, die mit der Familie des Gründers nicht in verwandtschaftlicher Verbindung stehen und die auch kein Geld in das Unternehmen eingebracht haben, somit ihre Stellung lediglich der persönlichen Qualifikation verdanken.

Im Kampf für die Freiheit der Wirtschaft, den viele Unternehmer aus ehrlicher Ueberzeugung führen, läßt sich mit gutem Gewissen nur fechten, wenn in dieser freien Wirtschaft alles redlich zugeht und nicht Willkür, sondern Recht herrscht.
Aus einer Artikelreihe der „Frankfurter Zeitung" vom September 1929: Erneuerung des Aktienrechts: Ein Appell und ein Programm.

„Unter Druck stehen und unter Druck arbeiten ist das Los und das erhabene Vorrecht bevorzugter Klassen." *Arthur Salz*
Macht und Wirtschaftsgesetz (Leipzig und Berlin) 1930. S. 229.

STURM UND DRANG IN DER TECHNIK

Die Technik hat sich g e w a n d e l t : an Stelle zufälliger Erfindungen ist immer mehr die systematische wissenschaftliche Arbeit in den ins Riesenhafte gesteigerten Laboratorien getreten, wo „in Reagenzgläsern und Schmelzöfen tropfenweise neue Stoffe entstehen, wo an elektrischen und mechanischen Konstruktionsteilen tausendfache Beobachtungsreihen gesammelt werden" (Rathenau). Das T e m p o des technischen Fortschritts ist noch ungestümer geworden. Auch vor der Urproduktion hat der technische Fortschritt nicht Halt gemacht. Sombart hat das in seinem berühmten Referat über die Wandlungen des Kapitalismus vor dem Verein für Sozialpolitik bezweifelt, und da er den Fortschritten auf dem Gebiete der Güterverarbeitung, des Gütertransports und des Handels nur sekundäre Bedeutung beimißt und nach seiner Ansicht die Produktivität der Arbeit im wesentlichen durch die Produktivität der U r p r o d u k t i o n bestimmt wird, die keine Aussicht habe, sich weiter zu steigern, so behauptete er, daß auch die Produktivität der Arbeit in Zukunft nicht weiter steigen werde. Die bisherige Entwicklung rechtfertigt diesen Pessimismus in keiner Weise, gesetzt selbst den Fall, Sombart weise mit Recht der verarbeitenden Industrie und dem Transportwesen eine so untergeordnete Rolle zu. Man braucht nur an die grundlegenden Neuerungen in der Erdölgewinnung, an die Erschließung der Wasserkraft als Elektrizitätserzeuger, an die entscheidende Vervollkommnung der Kraftübertragung, durch welche die Elektrizitätsverwendung in großem Stile erst ermöglicht wurde, an die Fortschritte in der Kohleförderung oder an die Erschließung ganz neuer Urproduktionen (so z. B. Stickstoff) zu denken, von den Umwälzungen auf dem Gebiete der Getreideerzeugung ganz zu schweigen; diese hat es ermöglicht, daß in den Trockengebieten des fernen amerikanischen Westens, in Südamerika und Australien Getreide erzeugt wurde zu Kosten, die um die Hälfte oder zwei Drittel tiefer lagen als in denjenigen Gebieten, deren Anbau v o r Besiedelung der great plains mit Hilfe des Traktors und des Mähdreschers noch notwendig gewesen war, um die Welt mit Getreide zu versorgen.

UMWÄLZUNGEN AUF ALLEN GEBIETEN

Umfang und Bedeutung des technischen Fortschritts sind zwar in Zahlen nicht auszudrücken, weil sie sich auf unzählige Gebiete verteilen und weil sich die Bedeutung vieler Fortschritte erst nach langer Zeit beurteilen läßt; z. B. kann heute noch kaum die Bedeutung ermessen werden, die der technischen Auswertung der Elektrizität zukommt, obwohl diese schon vor einem halben Jahrhundert begonnen hat. Aber mag es auch zutreffen, daß so umwälzende Erfindungen wie die des vorigen Jahrhunderts (Dampfmaschine und Elektrizität) neuerdings nicht mehr zu verzeichnen sind, so fehlt es gleichwohl nicht an wirtschaftlich hochbedeutsamen Fortschritten. Es braucht nur an den Explosionsmotor und seine Wirkungen, vor allem in der Motorisierung des Verkehrs, oder an die Erfolge der c h e m i s c h e n T e c h n i k erinnert zu werden, die ganz neue Produkte haben erstehen lassen. Allein aus dem Gebiete der Zelluloseverarbeitung sind Kunstseide, Kunsthorn, Cellophan, Zellstofflacke u. a. m. zu nennen. Aus der systematischen Laboratoriumsarbeit erwuchsen so bedeutsame Einzelergebnisse wie das Hydrierverfahren oder das javanische Zuckerrohr. Die Erfindung des Baumwollschlittens verspricht die ganze Baumwollgewinnung auf eine neue Grundlage zu stellen, und was auf dem Gebiete der Agrarwirtschaft die

. . . „Wir stehen noch vor der Aera gewaltiger technischer Umwälzungen, und ich kann mir nicht denken, daß irgendwelche Form von gebundener Wirtschaft mit diesen Kräften und Betätigungen so gut fertig werden wird, als es bei der freien Unternehmertätigkeit der kapitalistischen Wirtschaftsform der Fall ist. Dieses war der entscheidende Gesichtspunkt für die Nationalökonomen, die für die kapitalistische Wirtschaftspolitik eintraten, daß dem menschlichen Geist der Antrieb gegeben werden soll, die Knappheit der Naturschätze und der Naturvorräte immer mehr zu überwinden."
(Karl Diehl: Die rechtlichen Grundlagen des Kapitalismus. Jena 1929.)

EINIGE BEISPIELE:

Aus dem Getreidebau:
Mit einem Mähdrescher kann in 1¼ Stunden Männerarbeit dasselbe geleistet werden wie mit einer selbstbindenden Mähmaschine und einer stehenden Dampfdreschmaschine in 11½ Stunden Männerarbeit. Die Anschaffungskosten lohnen sich von 120 ha Getreide an. Mit dem Mähdrescher erzielte eine bestimmte intelligent bewirtschaftete mittlere Farm in Kansas 1930, im Jahre der schlimmsten Agrarkrise, auf 400 ha Winterweizen einen Gestehungspreis von 37 cents je bushel bei einem Verkaufspreis von 68 cents; gewöhnliche Farmen der gleichen Gegend haben bei Durchschnittsernten Gestehungskosten von 60 cents. Die neue Produktionsmethode führte von 1925 bis 1929 in USA, Kanada, Australien und Argentinien zur Ausdehnung des Weizenanbaus um fast 8 Mill. ha.
(Sering vor dem Verein für Sozialpolitik in Königsberg 1930.)

Aus der Metallgewinnung:
Das seit etwa 1925 in praktischen Gebrauch gekommene F l o t a t i o n s v e r f a h r e n für die Aufbereitung von Kupfererzen gestattet es, auch bei „armen" Erzen, d. h. solchen mit weniger als etwa 2 pCt. Metallgehalt, mehr als 90 pCt. des Metallgehalts zu gewinnen, während früher nur etwa 50 pCt. gewonnen werden konnten. Dadurch sind diese Erze erst wirtschaftlich verwendbar geworden, und heute entfällt mehr als die Hälfte der verarbeiteten Kupfererze auf solche „armen" Erze, deren Gewinnungskosten z. T. weit unter denen der „reichen" Erze liegen.

Das seit etwa 10 bis 15 Jahren in Gebrauch gekommene s e l e k t i v e F l o t a t i o n s v e r f a h r e n zur Aufbereitung von gemischten Erzen, insbesondere Blei-Zink-Erzen, gestattet die Trennung der Bestandteile vor der Verhüttung. Es kann also z. B. das Blei in überwiegend zinkhaltigen Erzen, das früher nur einen lästigen und wertmindernden Zusatz darstellte, gewonnen und getrennt verwertet werden und ebenso umgekehrt das Zink bei überwiegend bleihaltigen Erzen. (Nach privaten Angaben.)

Aus der Erdölindustrie:
Durch das T i e f b o h r v e r f a h r e n wurde das Erdölpotential in ungeahnter Weise erhöht. („Frankfurter Zeitung" Nr. 438 vom 15. 7. 1930.)

In der R a f f i n a t i o n stieg in USA die Benzingewinnung von 12.9 pCt. im Jahre 1899 auf 35.1 pCt. 1925 und stetig weiter bis auf 46.1 pCt. im ersten Halbjahr 1930. („Frankfurter Zeitung" Nr. 612 vom 18. 8. 1930.)

Ein steigender Anteil der Erdölverarbeitung entfällt auf das C r a c k v e r f a h r e n, mit dem eine Benzinausbeute von bis zu 70 pCt. erzielt wird. Ohne die Anwendung der neuesten Verbesserungen in der Raffination und des Crackverfahrens wären für die 1929 in USA hergestellte Benzinmenge statt 1 Milliarde Faß Rohöl weit mehr als 2 Milliarden Faß erforderlich gewesen. („Frankfurter Zeitung" Nr. 438 vom 15. 7. 1930.)

Das in der Einführung begriffene H y d r i e r v e r f a h r e n liefert 100 pCt. des Rohöleinsatzes an Benzin, gestattet die Verarbeitung bisher ungeeigneter Rohöle oder Rückstände und die Variierung der Endprodukte nach Wunsch. (The Lamp, zitiert in „Frankfurter Zeitung" vom 19. 7. 1929.)

Das Hydrierverfahren konnte durch Auffindung neuer K a t a l y s a t o r e n so verbessert werden, daß die Benzinkapazität der Hydrieranlage in Merseburg-Leuna ohne wesentliche Neuinvestition von ursprünglich 100 000 auf 350 000 t jährlich stieg. (Mitteilung der I. G. Farbenindustrie im Juli 1931.)

systematische Zucht für erstaunliche Ergebnisse gezeitigt hat, dafür liefert außer dem Getreidebau auch die Viehwirtschaft (Fleischwollschaf) eindringliche Beweise. An einer Reihe repräsentativer Beispiele wird am Rande dieses Kapitels ohne Anspruch auf Vollständigkeit dargelegt, wie groß die wirtschaftliche Bedeutung der technischen Neuerungen gerade in der Nachkriegszeit auf den verschiedensten Gebieten gewesen ist.

GROSSMASCHINE UND LAUFENDES BAND

Neben der Entwicklung ganz neuer technischer Verfahren hat sich gerade in der Kriegs- und Nachkriegszeit eine Vervollkommnung und erweiterte Anwendung der bisherigen Technik vollzogen, die wirtschaftlich wahrscheinlich von noch größerer Tragweite gewesen ist. Zwei Besonderheiten springen dabei vor allem in die Augen: der Uebergang zu riesenhaften Einheiten und die wissenschaftlich-systematische Durcharbeitung des ganzen Betriebes. Die Produktionsfähigkeit einer modernen Hochofenanlage beträgt 1½ Millionen Tonnen pro Jahr. Die Fassungskraft der Thomaskonverter und Martinöfen wurde neuerdings nochmals verdoppelt. Die reinen Anlagekosten einer Schachtanlage von 500 000 t absatzfähiger Förderung betragen nach den Angaben der Schmalenbachkommission rund RM 26.45 je t, dagegen bei doppelter Kapazität nur RM 19.80 je t. Im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbezirk gab es 1913 noch 138 selbständig betriebene Werke mit einer Förderung bis zu 500 000 t und 96 mit einer höheren, 1927 aber nur 103 Werke bis 500 000 t und 113 größere. In der Flaschenglaserzeugung konnte — nach dem Enquetebericht über die deutsche Glasindustrie — die Durchschnittsleistung der Owens-Maschine von 18 000 Flaschen täglich bei ihrer Einführung 1906 auf 25 000 bis 28 000 Flaschen gesteigert werden; die neuesten Konstruktionen leisten 60 000 Flaschen. Und so vollzieht sich der Uebergang zur kostensparenden Großmaschine überall. Und wie innerhalb der kombinierten schwerindustriellen Betriebe, die Zechen, Kokereien, Hochöfen, Stahl- und Walzwerke zugleich umfassen, der ganze Produktionsprozeß auch nach der wärmewirtschaftlichen Seite aufs äußerste ausgeklügelt ist, wie beispielsweise in der Automobilindustrie nach Fords berühmter Schilderung ein Rad ins andere greift, so hat überhaupt erst nach dem Kriege die Systematisierung des Betriebsprozesses — auch in den kaufmännischen Abteilungen — allgemeine Anwendung gefunden. Die zweckmäßige Anordnung der Betriebe, die Ausschaltung von Leerlauf, die rationelle Beleuchtung, die Anwendung innerbetrieblicher Verkehrs- und Beförderungsmittel, die Benützung von Büromaschinen, all das ist jetzt nicht mehr das besondere Steckenpferd einiger Musterbetriebe, sondern wird zum selbstverständlichen Rüstzeug eines jeden Unternehmens, das im wirtschaftlichen Existenzkampf nicht ins Hintertreffen geraten will. Man mag diese rastlose Rationalisierung beklagen oder nicht, man mag darin statt einer Emanzipation des Menschen von der Kargheit der Natur im Gegenteil eine Unterjochung des Menschen durch die Technik erblicken und sich nach den Zeiten zurücksehnen, in denen Bauer und Handwerker beschaulich nach traditionellen Methoden ihrer Arbeit nachgingen, in denen der Schäfer friedlich, selbstgenügsam und unbeirrt durch den Teufelsspuk der heutigen Technik seine Herde weidete — diese Kritik an der rationellen Technik ist jedenfalls nicht identisch mit der sonst üblichen Kritik am Wirtschaftssystem. Denn niemand befleißigt sich leidenschaftlicher der Anwendung aller Errungenschaften modernster Technik, niemand ahmt hemmungsloser den kapitalistischen Großbetrieb mitsamt dem laufenden Bande

Aus der Oelmühlenindustrie:
Die Extraktionsanlagen für Soyabohnen und Palmkerne wurden durch Aenderungen im chemischen Verfahren und ähnliche Maßnahmen so verbessert, daß ohne wesentlichen Kapitalaufwand und mit einer nur 10proz. Steigerung der Arbeiterzahl die Verarbeitungsmenge in einer gegebenen Appatur verdoppelt wurde. Die gesamte Zunahme der Oelmühlenkapazität seit der Vorkriegszeit entfällt auf solche Anlagen. In diesen Anlagen wurden 1913 etwa 200—250 000 t Soyabohnen und Palmkerne verarbeitet, 1928 aber über 1 Mill. t.
(Aus dem Enquete-Bericht über die deutsche Oelmühlen-Industrie.)

Verbesserte Wärmewirtschaft:
Bei der Eisenindustrie, der Eisenbahn und dem Kohlenbergbau, auf die vor dem Krieg zusammen 61 pCt. des deutschen Kohlenverbrauchs entfielen, dürfte die Ersparnis durch Verbesserung der Wärmetechnik insgesamt etwa 6 bis 7 Mill. t Steinkohle jährlich ausmachen.
(Sachverständiger Schulte vom Dampfkessel-Ueberwachungs-Verein der Zechen im Oberbergamtsbezirk Dortmund vor dem Enquete-Ausschuß für die Kohlenwirtschaft.)

In der Eisenindustrie dürften in den letzten sechs Jahren an Energieverbrauch (Kohle, Koks, Gas, Strom, Dampf usw.) durch wärmewirtschaftliche Verbesserungen etwa 25 Mill. RM jährlich erspart worden sein, d. h. etwa 20 pCt. der gesamten Energiekosten und damit im Durchschnitt aller verkauften Hüttenerzeugnisse etwa 3 pCt. der gesamten Gestehungskosten, eher mehr, da diese Schätzung sehr vorsichtig ist.
(Sachverständiger Dr. Rummel von der Wärmestelle Düsseldorf des Vereins deutscher Eisenhüttenleute vor dem Enquete-Ausschuß für die Kohlenwirtschaft.)

Bei der Reichsbahn ist der Kohlenverbrauch im Verhältnis zur beförderten Zuglast heute mindestens 20 pCt. niedriger als 1913. Er sank von 55.14 kg je Betriebsbruttotonnenkilometer 1926 auf 53.79 kg 1927 und 52.78 kg 1928, in diesen beiden Jahren allein also um 4,3 pCt.
(Angabe der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft vor dem Enquete-Ausschuß für die Kohlenwirtschaft.)

In der Porzellanindustrie hat sich nach Angaben einer Ofenbaufirma beim Einbau von Feuerungen zur Verbrennung von Braunkohlenbriketts eine Brennstoffersparnis von 40 pCt. gegenüber der Steinkohlenfeuerung ergeben.
(Aus dem Enquete-Bericht über die deutsche Porzellanindustrie.)

Durcharbeitung der Margarine-Betriebe.
In den Anfängen der Industrie wurden die Oele und Fette meist durch Menschenkraft in die Kirne übergeführt, jetzt durch ein System von Röhren und Pumpen. Die Kirnwagen werden jetzt auf Schienen bewegt, was eine wesentliche Erleichterung und Ersparnis an Arbeitskräften bedeutet. Die Ueberführung der Margarine auf die Knetwalzen erfolgte früher in mühevoller Handarbeit, was z. B. bei einem Betrieb mit 1000 t Wochenproduktion in 3 Schichten 90 Mann beanspruchte; jetzt geschieht das durch Krane mit 27 Mann. Die Mischmaschinen sind vergrößert worden und werden jetzt mechanisch beschickt, was bei derselben Produktion wie oben 21 Mann erfordert gegen früher 42. Mit der 1912/13 an den Markt gekommenen und jetzt allgemein gebräuchlichen Maschine, die Formung, Gewichtseinteilung und Verpackung in einem Prozeß vornimmt, können wöchentlich 800 t Würfelware von 60 Personen verarbeitet werden, während früher 360 Personen erforderlich waren. Selbstverständlich sind in den modern eingerichteten Fabriken allgemeine technische Errungenschaften eingeführt wie laufende Bänder, selbsttätige Transportrollen usw.
(Aus dem Enquete-Bericht über die deutsche Margarine-Industrie.)

Die technischen Fortschritte haben es ermöglicht, den Bedarf an Arbeitskräften für eine Wochenproduktion von 1000 t von 1000 auf 600 Personen zu vermindern. Abschreibungen und Zinsen auf die bedeutenden Investitionen absorbieren allerdings einen größeren Prozentsatz der Ersparnis an Löhnen.
(Private Mitteilung von Dir. Hevemeyer sen. in Düsseldorf, der auch als Sachverständiger die oben zitierte Darstellung vor dem Enquete-Ausschuß gab.)

Eine Verbesserung in der Porzellan-Industrie:
Die Umtriebsgeschwindigkeit hat durch Absaugen der heißen Luft nach dem Brand von 50 bis 52 Bränden jährlich vor dem Krieg auf 90 bis 100 Brände gesteigert werden können.
(Aus dem Enquete-Bericht über die deutsche Porzellanindustrie.)

nach als die schärfsten Bekämpfer des Systems der freien Marktwirtschaft, die Sowjets.

TECHNIK UND WIRTSCHAFT

Es wäre ungerecht, dem Staatsbetrieb und der öffentlichen Wirtschaft Mangel an technischem Eifer vorzuwerfen, und wenn aus dem Tempo der Technik geschlossen wird, daß die freie Unternehmerwirtschaft einstweilen unentbehrlich sei, so nicht deswegen, weil es der öffentlichen Wirtschaft an Möglichkeiten gebräche, den technischen Fortschritt in ihrem Bereiche zur Anwendung zu bringen (wenngleich er ihr meist von frei schaffenden Technikern und Unternehmern präsentiert zu werden pflegt), sondern weil nur die freie Wirtschaft über Maßstäbe verfügt, nach welchen entschieden werden kann, wieweit die Praktizierung neuer Technik ökonomisch zweckmäßig ist. Nicht jeder technische Fortschritt ist bekanntlich ökonomisch bedeutungsvoll. Die synthetische Herstellung von Kautschuk ist z. B. zweifellos ein technischer Fortschritt; aber sie ist ebenso zweifellos sozialökonomisch irrelevant, solange das so erzeugte Produkt ein Mehrfaches vom Preis des natürlichen Kautschuks kostet. Oekonomisch anwendbar ist ein technischer Fortschritt erst dann, wenn bei seiner Anwendung die Kosten geringer sind als der Nutzen, d. h. wenn seine Anwendung die Produktivität von Boden oder Arbeit erhöht. Die Aufgabe, Aufwand und Ertrag zu vergleichen, löst in der freien Marktwirtschaft (der gegenüber der heutige Monopolkapitalismus freilich nur ein Zerrbild darstellt) der Preis. Indem alle Aufwendungen an Arbeit und Boden jeweils unter Berücksichtigung von Angebot und Nachfrage (d. h. also von anderweitiger Beschaffungs- und Verwendungsmöglichkeit) mit ihrem Preis in die Kosten des Produktionsprozesses eingehen, wird es möglich, daß an jeder Stelle, wo zwischen zwei Produktionsmethoden zu wählen, d. h. die sozialökonomische Bedeutung eines technischen Fortschrittes zu entscheiden ist, alle indirekten Aufwendungen an Boden und Arbeit in den Preisen der im einen oder anderen Fall notwendigen Produktionsmittel miteinander verglichen werden können. Die Rentabilität entscheidet so darüber, ob ein technischer Fortschritt sozialökonomisch relevant ist. Die sozialistische Planwirtschaft oder auch nur die öffentliche Unternehmung, die ihrer Natur nach nicht über die Möglichkeit exakter Rentabilitätsrechnung verfügt, entbehrt somit eines zuverlässigen Kriteriums für die ökonomische Bedeutung des technischen Fortschritts. Wie vermöchte eine Planwirtschaft die in der Glasmaschine steckende Arbeit des Kohlen- und Eisenerz-Bergarbeiters, des Hüttenarbeiters und Eisengießers, des Maschinenschlossers und des Konstrukteurs und dazu den Aufwand für Bergwerk und Maschinenfabrik in Vergleich zu stellen mit der Arbeit des ohne eine solche Maschine arbeitenden Glasbläsers? Der die Planwirtschaft kennzeichnende Mangel einer exakten Wirtschaftsrechnung, der sich schon bei gleichlaufendem Wirtschaftsprozeß überaus störend bemerkbar macht, muß sich vollends als Verhängnis erweisen, wenn Veränderungen in der Technik die Wirtschaftsführung fortwährend vor neue Aufgaben stellen. Die Gefahr, daß eine technische Verbesserung ganz ohne Rücksicht auf ihre Wirtschaftlichkeit angewandt oder daß ein anderwärts schon als wirtschaftlich erwiesener technischer Fortschritt eingeführt wird, obwohl die ökonomischen Voraussetzungen an jener Stelle andere waren, oder daß die Wirtschaftlichkeit eines Fortschritts nur auf einer zu eng begrenzten Grundlage geprüft und die mögliche oder sogar

Aus der Elektrizitätsindustrie:

Nach einer Feststellung der General Electric Company würde die Beleuchtung in den USA 1928 mit gleicher Lichtstärke eine Milliarde Dollars mehr gekostet haben, wenn nicht der Metallfaden an die Stelle des Kohlenfadens getreten wäre. (Zitiert im Jahresbericht der Sofina für 1929.)

1894 verbrauchten neun deutsche Elektrizitätswerke nach einer Statistik der Vereinigung der Elektrizitätswerke 3 kg Ruhrkohle je kWh. jetzt kommen moderne Werke auf 0.5 kg je kWh.
(Dr. H. Passavant auf der Frankfurter Tagung der Elektrotechnischen Gesellschaft 1931.)

In USA wurden in Wärmekraftwerken 1919 insgesamt 24 Mdn. kWh erzeugt mit einem durchschnittlichen Kohlenverbrauch von 1460 g je kWh, 1930 aber 60 Mdn. kWh mit durchschnittlich 717 g.
(Statistik der National Electric Light Association.)

Die Ausnutzung der deutschen Elektrizitätswerke betrug im Durchschnitt 1900 nur 7 pCt., 1913 bereits 15.2 pCt., 1928 aber 25.6 pCt.; die Großkraftwerke (über 100 000 kW) erreichten jedoch 34.5 pCt. und die Elektrowerke A. G. allein 50.2 pCt.
(Enquete-Bericht über die deutsche Elektrizitätswirtschaft.)

Das Gewicht der Dampfturbinen konnte von 40 kg je kW Leistung im Jahre 1906 auf 14.5 kg 1916 und 9 kg 1928 gesenkt werden.
(25 Jahre AEG-Dampfturbinen, Berlin 1928.)

Standort und Maschinisierung:

Für eine Zellstoff-Fabrik am Rhein ist es rentabel, umfangreiche Kran- und Bahnanlagen zur Beförderung des Holzes vom Schiff zum Lagerplatz zu errichten, während eine Zellstoff-Fabrik an der Memel diese Arbeit ohne jede Maschine verrichten läßt; denn die eine konkurriert mit hochqualifizierter Industrie, die andere mit primitiver Landwirtschaft um die Arbeitskräfte. (Nach privater Angabe.)

wahrscheinliche Verschiebung der Voraussetzungen vernachlässigt wird — kurz die Gefahr der Fehlinvestition wächst dann ins Gigantische. Technische Monumentalleistungen sind nicht mit wirtschaftlichem Fortschritt identisch. Sie können auch Rückschritt bedeuten.

DIE WEHEN DES FORTSCHRITTS

Fehlkalkulationen sind natürlich auch in der freien Marktwirtschaft unausbleiblich — davon wird in dem Kapitel über Kapitalverwendung noch zu sprechen sein —, und namentlich in Deutschland hat man sich in der hinter uns liegenden Periode, die eine Epoche stürmischer Nachholung von Versäumnissen der Kriegszeit gewesen ist, zuweilen gründlich verrechnet, freilich wohl nicht so sehr bei der Durchführung technischer Neuerungen als überhaupt bei der Ersetzung von Arbeit durch Kapital, nicht ohne daß die — in Zeiten überreichlichen Arbeiterangebots besonders widersinnige — Ueberstürzung der Maschinisierung wiederum durch wirtschaftspolitische Eingriffe, durch künstliche Verteuerung der menschlichen Arbeitsleistung mittels forcierter Lohn- und Sozialpolitik provoziert worden wäre. Auch auf diesem Gebiete ist uns die staatliche Intervention in den freien Ablauf der Wirtschaft teuer zu stehen gekommen, keinesfalls bilden die Fehlkalkulationen einen Grund zur Unterstellung der ganzen Wirtschaft unter staatliches Kommando. Denn es ist immer noch besser, sich zuweilen etwas zu verrechnen, als überhaupt nicht zu rechnen. Selbst eine vollkommene Rechnung vorausgesetzt, müssen freilich heftige Veränderungen in der Technik gelegentliche Störungen in der Wirtschaft hervorrufen. Vollziehen sich diese Veränderungen sukzessive und weit verstreut auf den verschiedensten Gebieten, so führen sie zwar auch hier und dort zu Kapitalentwertungen, Betriebsschließungen und Arbeiterentlassungen bei den unrentabel gewordenen Betrieben. Aber sie ritzen nur unmerklich die Haut des Wirtschaftskörpers und stärken zugleich, indem sie ihn kräftigen, die Heilkraft. Nur wenn, wie es in den letzten Jahren der Fall war, die Umwälzungen an vielen Stellen gleichzeitig auftreten und wenn überdies ein rapider technischer Fortschritt in der Industrie zusammentrifft mit einer förmlichen Revolution in der Agrartechnik, und das in einer Periode, in der ohnehin infolge anderer Ursachen ein wirtschaftlicher Rückschlag sich vorbereitet, kann es nicht ausbleiben, daß der technische Fortschritt sich als ein krisenverschärfender Faktor bemerkbar macht. Solche Wehen der Evolution sind unvermeidlich und werden immer unvermeidlich bleiben. Wäre indessen nicht die natürliche Entwicklung der Wirtschaft durch die nationalistischen Tendenzen der Nachkriegszeit so vollständig überschattet gewesen, so hätte längst schon die Verbesserung der Technik die Entfaltung der freien Marktwirtschaft ungemein gefördert und ihre wohlstandschaffende Kraft noch vermehrt. Denn so sehr diese freie Wirtschaft den Fortschritt der Technik zu beflügeln vermag, so sehr beschleunigt umgekehrt die Entwicklung der Technik die Entwicklung der freien Wirtschaft. Drahtlose Telegraphie, Radio, Verkehrsbeschleunigung, Ozeanüberfliegung müssen, wie Eulenburg treffend bemerkt hat, auf die Dauer die Schranken unbarmherzig niederreißen, die man vorher durch irgendwelche Maßnahmen errichtet hat: „Die rationale Technik überbrückt die Grenzen, verkürzt die Wege und nähert die Völker aneinander an, sehr oft wider den Willen der Staaten selbst.“ Und es ist klar, daß nur die freie Weltwirtschaft das Höchstmaß an nationalem Reichtum verbürgt. Ihr aber treibt uns die Technik mit unwiderstehlicher Kraft zu, und den eigensinnigen Abschließungsbestrebungen unserer Nachkriegsepoche kommt vermutlich nur retardierende Bedeutung zu.

Die Maschinisierung im Steinkohlenbergbau:

Förderanteil je Kopf und Schicht der Gesamtbelegschaft:

in pCt.	*1913*	*1924*)*	*1926*)*	*1928*)*	*Ende 1930*
Ruhrbezirk	*100*	*90.9*	*118.1*	*126.3*	*152.4*
Oberschlesien	*100*	*81.9*	*111.5*	*118.0*	*135.0*
Niederschlesien	*100*	*83.2*	*109.9*	*126.6*	*135.0*

**) Verkürzte Schichtdauer nach dem Kriege!*

(Enquete-Bericht über Kohlenwirtschaft, Seite 85.)

Im Ruhrgebiet wurden 1913 noch 95 pCt., 1926 nur noch 33 pCt. der Kohle von Hand gefördert.

Durch verbesserte Organisation und teilweise Mechanisierung wurden nach Angaben einer Zeche 1926 gegen 1913 an Belegschaft erspart: an der Hängebank 72 pCt., am Füllort 65 pCt., in der Separation 47 pCt., am Schacht 33 pCt., an der Brücke 25 pCt., insgesamt bei diesen Betriebsteilen 62 pCt.

Bei einzeln untersuchten Zechen ergaben sich Leistungs-Steigerungen durch Einführung von Bohrhämmern und Bohrmaschinen um 45 pCt., von Schrämmaschinen und Schüttelrutschen um 100 pCt., von Schrämmaschinen allein um 60 pCt., anderwärts um bis zu 50 pCt. des Förderanteils der einzelnen Hauer.

An neun Betriebspunkten einer Zeche, wo genau vergleichbare Daten vorliegen, sanken die gesamten Gestehungskosten durch die Schrämmaschine um 6 pCt.

(Enquete-Bericht über die Arbeitsverhältnisse im Steinkohlenbergbau, Seite 152 bis 160.)

Die Rolle des Fernsprechers.

Zahl der Sprechstellen im jeweiligen Deutschen Reichsgebiet:

Ende 1910	*Ende 1920*	*Ende 1925*	*Ende März 1930*
1.07 Mill.	*1.82 Mill.*	*2.59 Mill.*	*3.20 Mill.*

Die Zahl der vermittelten Gespräche stieg von 1925 bis 1929 um 40 pCt. Von den Hauptanschlüssen wurden 1925 erst 9.3 pCt. automatisch bedient, 1929 aber schon 50.3 pCt. (Aus Geschäftsberichten der Reichspost.)

In den Vereinigten Staaten wurden 1930 82 pCt. aller Fernverbindungen hergestellt, während der Anrufer am Apparat wartete. Im Durchschnitt dauerte die Herstellung einer Fernverbindung (in Minuten):

1922	*1924*	*1926*	*1928*	*1930*
12	*9*	*6½*	*4*	*2¼*

1925 traf durchschnittlich eine Störung in 14 Monaten auf jeden Anschluß in USA, 1930 nur eine in 22 Monaten.

Anfang 1927 war das Telephonsystem der USA nur mit dem von Kanada, Kuba und den mexikanischen Grenzbezirken verbunden: Ende 1930 kann jeder Anschluß in USA mit 32.2 Mill. von insgesamt 35.3 Mill. Anschlüssen in der Welt verbunden werden: Verbindungen mit Japan, China und Brasilien sind in Arbeit; es fehlen dann nur noch Verbindungen mit Rußland und Südafrika.

(Aus Geschäftsberichten der American Telephone & Telegraph Co.)

DIE ÖFFENTLICHE HAND

Vielfältig und großenteils unheilvoll sind die Eingriffe gewesen, die die Staaten im Interesse bestimmter Gruppen, Wirtschaftszweige oder Unternehmungen vorgenommen haben. Protektionismus, Subventionismus und Interventionismus haben in einem solchen Maße die Lenkung der Produktion nach den sinnvollen Gesetzen des Marktes durchkreuzt und verhindert, daß darin eine der ernstesten Ursachen für die Zerrüttung der deutschen Wirtschaft und der Weltwirtschaft zu erblicken ist. Derjenige Staatseingriff indessen, über den die Privatwirtschaft am lautesten zu klagen pflegt: das direkte Eindringen der öffentlichen Hand in die Produktion, ist im Vergleich zu jenen anderen Störungen nur von ganz untergeordneter Bedeutung, ja es stehen den nachteiligen Wirkungen so viele vorteilhafte gegenüber, daß man bezweifeln muß, ob eine Gesamtbilanz der Betätigung der öffentlichen Hand als Produzent, als Unternehmer mit einem Passivsaldo für die Gesamtwirtschaft abschließt.

DIE KRIEGSWIRTSCHAFT

Im großen Ganzen ist durch den Krieg hier nur eine organische Entwicklung beschleunigt und abgerundet worden, die vor dem Krieg ohne Widerstand der freien Privatwirtschaft im Rahmen einer verhältnismäßig reinen kapitalistischen Wirtschaftsordnung sich vollzogen hat, vielfach sogar unter der Mitwirkung liberal eingestellter Kreise; war doch die Uebernahme der Versorgungsbetriebe durch die Kommunen schon in einer Zeit eingeleitet worden, in der ausgesprochen „bürgerliche" Kreise der Industrie, des Handels, des Handwerks, des Hausbesitzes die Linie der Kommunalpolitik bestimmten. Natürlich hat es im Anschluß an die Kriegswirtschaft nicht an törichten Uebertreibungen gefehlt. Schon bei der Umstellung kriegswirtschaftlicher Betriebe auf Friedensbedarf suchten die einmal vorhandenen öffentlichen Unternehmungen à tout prix ein neues Betätigungsfeld und gerieten damit auf Gebiete, auf denen für eine Betätigung der öffentlichen Hand keine Veranlassung vorlag. Manche Organe des Staates — immer noch befangen in kriegswirtschaftlichen Vorstellungen — waren mit aller Gewalt bestrebt, auch auf wesensfremde Gebiete vorzudringen; hierher gehören beispielsweise zahlreiche — nur zum Teil als Folge des zeitweiligen Warenmangels erklärliche — Versuche der Kommunen, im Handel Fuß zu fassen. Solche Ueberspannungen können nicht wundernehmen, wenn man den geistigen Hintergrund berücksichtigt, auf dem sie sich vollzogen: das Hindenburg-Programm, die Sozialisierungsprojekte der Nachkriegszeit, die planwirtschaftlichen Vorstellungen von Rathenau, Wissel und Moellendorf. Viele von diesen Auswüchsen haben sich im Laufe der folgenden Jahre von selbst wieder korrigiert, und die große Krise hat die öffentliche Hand vollends von wesensfremden Aufgaben abgedrängt, so daß sich ihre industrielle und kommerzielle Betätigung heute im wesentlichen nur auf einigen von der Privatwirtschaft streng abgegrenzten Gebieten der Produktion vollzieht. Abgesehen von den schon in der Vorkriegszeit erworbenen preußischen Kohlengruben, von der Aluminiumproduktion, die das Reich während des Kriegs in die Hand nahm, um den fehlenden Aluminiumimport auszugleichen und einen Kupferersatz zu schaffen, vollzieht sich die Betätigung der öffentlichen Hand heute in der Hauptsache auf dem Gebiete der Verkehrs- und Versorgungsbetriebe. Und so wenig jemand auf die Idee kommt, an eine Rückverwandlung von Reichspost und Reichsbahn in private Unternehmungen zu denken (so sehr im Gegenteil der Versuch einer Autonomisierung der Reichsbahn zu Bedenken

Oeffentliche Wirtschaft im Lande des Individualismus

Der Aufstieg der englischen Wirtschaft zur Weltgeltung vollzog sich Hand in Hand mit dem Wachstum des Individualismus. Die Voraussetzungen für jede Art von Wirtschaftstätigkeit der öffentlichen Hand waren daher denkbar ungünstig; ein psychologischer Widerstand gegen ihr Vordringen ist heute noch fühlbar. Trotzdem hat sie ihren Geltungsbereich in England wohl weiter gespannt als in irgendeinem Lande außer Deutschland, nicht durch den Staat, gegen dessen Wirtschaftstätigkeit der im Individualismus wurzelnde Widerstand am stärksten ist, sondern durch die Kommunen und sonstige Körperschaften der lokalen Verwaltung. Denn der Individualismus schuf die Fabrik, schuf damit die stark bevölkerten Städte, und durch diese Menschenansammlungen entstanden neue kommunale Aufgaben, die die Städte zur unmittelbaren Betätigung auf früher der Privatwirtschaft vorbehaltenen Gebieten drängten. Trotz ungünstiger juristischer Voraussetzungen — die Städte dürfen nur solche Wirtschaftsbetriebe führen, zu deren Betrieb das Parlament sie ausdrücklich ermächtigt hat — hatten schon 1905 fünf Sechstel der englischen Städte ihre Wasserversorgung in eigener Verwaltung, so daß diese schon zur regelmäßigen munizipalen Aufgabe geworden war. Etwas mehr als die Hälfte der lokalen Trambahnen gehört städtischen Verwaltungen; der Autobusbetrieb dagegen ist noch vorwiegend in privaten Händen. Ein Drittel aller Gaswerke gehört den Städten, dagegen nur ein geringer Teil der Elektrizitätswerke. Aber der Konsumentenschutz, den die öffentliche Hand in monopolartigen Betrieben bedeuten soll, ist nicht auf die Fälle beschränkt, in denen sie die tatsächliche Eignerin ist. Die Möglichkeit des öffentlichen Besitzes genügt schon in Verbindung mit den Beschränkungen, die Public Utility-Unternehmungen auferlegt werden können.

Wenn die wirtschaftliche Betätigung des Staates im England der Vorkriegszeit sich in engen Grenzen hielt, so lag das außer an der erwähnten Abneigung gegen sie daran, daß die objektive Notwendigkeit für sie nur selten bestand. In vielen Ländern trieb Kapitalknappheit (allerdings auch der für England wegfallende strategische Gesichtspunkt) den Staat dazu, z. B. an der Entwicklung der Bahnen aktiv teilzunehmen; die englische Kapitalfülle dagegen ließ ohne Staatseingriff die Automatik der Wirtschaft das ihre tun. Aber wenn auch die englischen Bahnen ohne jede Staatshilfe entwickelt wurden, so hat doch der Staat der Notwendigkeit, über das nationale Verkehrssystem eine gewisse Kontrolle auszuüben, schon frühzeitig Rechnung getragen. 1850 hat er sogar schon mit einem Gesetz eingreifen müssen zur Linderung eines Phänomens, das heute in verstärktem Maße sein Vorgehen veranlassen sollte: die Festlegung von Kapital auf unrentabel gewordenem Schienenweg. Die 1921 vom Staat veranlaßte Zusammenfassung in vier große Privatbahnsysteme hat immer noch ein Uebermaß von unzweckmäßiger Konkurrenz bestehen lassen. Der Aufstieg des Kraftwagens hat den alten neue Probleme hinzugefügt. Und nicht nur beim Verkehrssystem, sondern auch bei anderen ähnlich gearteten Wirtschaftszweigen muß man heute in großen, das ganze Staatsgebiet umfassenden Linien denken; das ist eine Auffassung, die sich in England allmählich herauszuschälen beginnt. Im Entwurf des Netzes der englischen Elektrizitätsversorgung ist England als wirtschaftliche Einheit zum ersten Mal in vorbildlicher Weise erfaßt worden und das vom Staat dafür eingesetzte Amt hat jetzt entscheidenden Einfluß auf die Entwicklung der englischen Elektrizitätsversorgung. Beim Zusammenschluß des Kabel-Funktrustes hat ebenfalls der Staat entscheidend mitgewirkt.

Anlaß gibt), so wenig ist daran Anstoß zu nehmen, daß die Elektrizitätserzeugung und Elektrizitätsverteilung und die Gas- und Wasserwirtschaft zum überwiegenden Teil von Reich, Ländern und Kommunen besorgt wird.

WO IST DIE GRENZE?

Diese Abgrenzung ist kein Zufall, sondern sie hat ihre tieferen Gründe: alle diese „Leitungsbetriebe" haben ihrer Natur nach einen monopolartigen Charakter. Eine Eisenbahnlinie zwischen zwei Orten stellt, einmal gelegt, ein Monopol dar. Die Anlage einer zweiten Linie wäre in der Regel wirtschaftlich unsinnig. Der Konkurrenzkampf wäre entweder ruinös, oder er würde doch mit einer Monopolisierung und mit dem Versuche enden, die Kosten für die überflüssige Anlage durch äußerste Heraufschraubung eines gemeinsamen Monopolpreises hereinzubringen. Aehnlich verhält es sich mit den meisten dieser Leitungsbetriebe, und diese sind deshalb für die Uebernahme durch die öffentliche Hand prädestiniert, zumal sie, wie der Straßenbau, wichtige Instrumente ökonomisch-legitimer wirtschaftspolitischer Betätigung sein können. Nur der Staat kann beispielsweise bei der Wasserwirtschaft die unzähligen gegensätzlichen, aber voneinander abhängigen Interessen in einem geographisch weit ausgedehnten Bezirke von in sich wesensverschiedener Besiedelung richtig abwägen: die Interessen der Verbraucher an einer einwandfreien Wasserversorgung, der Landwirtschaft an der Erhaltung oder Schaffung eines Grundwasserstandes, der Industrie an der Kanalisierung, der Energiewirtschaft an der Schaffung von Gefällestufen, des Verkehrs an ihrer Vermeidung. Nur der Staat kann es sich leisten, selbst verlustbringende Verkehrslinien anzulegen und durchzuhalten und damit die Erschließung aussichtsreicher Gegenden in einer ferneren Zeit vorzubereiten und dem Interesse der gesamten Volkswirtschaft zu dienen. Denn der Staat ist ewig, und die Privatwirtschaft kann ihm solche „long run"-Aufgaben nicht streitig machen, die schon wegen ihrer zeitlichen Reichweite für sie nicht in Frage kommen, weil sie von Rentabilitätsgesichtspunkten aus nicht bewältigt werden können.

WIRTSCHAFT UND UNWIRTSCHAFT

Es ist natürlich unmöglich nachzuweisen, daß der öffentliche Betrieb dem privaten unter- oder überlegen ist, weil auf den Gebieten, auf denen er vorherrscht, ein Vergleich mit privaten Betrieben, die unter genau den gleichen Umständen produzieren, nicht durchführbar ist. Der Gesamteindruck ist jedenfalls der, daß auch der öffentliche Betrieb leistungsfähig sein kann. Unwirtschaft und Mißwirtschaft gibt es in der privaten wie in der öffentlichen Wirtschaft, und den großen positiven Leistungen der Privatwirtschaft stehen nicht geringere in der öffentlichen Wirtschaft, z. B. in der Elektrizitätswirtschaft, gegenüber, obwohl sich gerade hier große Uebergangsschwierigkeiten geltend gemacht haben und das zeitweilige Nebeneinander und Gegeneinander von Reich, Ländern und Kommunen zu mancher Kapitalfehlleitung geführt hat. Die Tatsache, daß viele öffentliche Unternehmungen das Monopol, das sie haben, in ziemlich rücksichtsloser Weise ausnützen, spricht noch nicht gegen die Wirtschaftlichkeit der Betriebe, sondern ist nur ein Ausdruck dafür, daß die öffentlichen Körperschaften sich zur Bestreitung ihres Finanzbedarfs nicht scheuen, diese Monopole gegen die Verbraucher auszunützen und damit häufig einen völligen wirtschaftspolitischen Frontwechsel vornehmen, nachdem sie die Versorgung meist gerade mit dem Argument an sich gebracht haben, daß sie eine Uebervorteilung der Verbraucher ausschließen und den Mißbrauch des Monopols verhindern wollten. Dieser Rückgriff der öffentlichen Finanzwirtschaft auf die Monopole aber ist kein Beweis gegen die öffentliche Wirtschaft

Wie hoch ist der Anteil?

In den Untersuchungen des Vereins für Sozialpolitik (Moderne Organisationsformen der öffentlichen Unternehmung, Herausgeber Julius Landmann) schätzt H. Apfelstedt den Anteil der öffentlichen Hand am gesamten Grundkapital aller deutschen Aktiengesellschaften auf mindestens 20 Prozent. Der Anteil am Nominalkapital läßt allerdings den tatsächlichen Einfluß der öffentlichen Hand nicht hinreichend erkennen, selbst wenn er voll erfaßbar wäre. Die Bedeutung der öffentlichen Hand in den Kartellen z. B. richtet sich nach der Kapazität oder wenigstens nach der Produktion. Beides exakt festzustellen ist aber nur in Ausnahmefällen möglich.

Im Steinkohlenbergbau des Ruhrgebiets ist die öffentliche Hand durch die preußischen Staatsgruben, indirekt auch über das RWE und die VEW beteiligt. Auf die beiden erstgenannten Gruppen entfielen 1929 rd. 18 Prozent aller Steinkohlenfelder, 11 Prozent der Belegschaft und 10½ Prozent der Koksöfen. Der Anteil an der Gesamtförderung schwankte von 1926 bis 1928 um rd. 10 Prozent.

In der Gas- und Ferngasversorgung waren 1927 von 1332 Werken 1029 Kommunalbetriebe (= ca. 79 Prozent). Etwa 84 Prozent der Gaserzeugung wurden in rein kommunalen Werken hergestellt.

In der Elektrizitätserzeugung waren von 611 öffentlichen Werken 1928 341 in öffentlichem Eigentum. Nach Mulert waren von den Elektrizitätswerken rd. 22 Prozent kommunal, weitere 25 Prozent staatlich und außerdem 30 Prozent gemischtwirtschaftlich. 77 Prozent standen also unter öffentlichem Einfluß. Nach einer Zusammenstellung von Dr. Adolf Wolff in der zitierten Untersuchung des Vereins für Sozialpolitik entfielen 1929 nur 11.8 Prozent der gesamten Eigenerzeugung und nur 12.6 Prozent der nutzbar abgegebenen Energie auf rein private Elektrizitätserzeuger.

Von 149 Straßenbahnen waren — ebenfalls nach Mulert — 110 kommunal bzw. unter kommunaler Majorität, d. s. 74 Prozent.

Von 120 Kraftautobetrieben befanden sich 23 im Eigentum der Reichspost, 3 der Reichsbahn, 1 des Staates, 35 der Kommunen, zusammen also 48 Prozent öffentlich.

Der Einfluß der öffentlichen Hand in der Wirtschaft war nach der Untersuchung von Apfelstedt auf Grund der Betriebszählung von 1928 nur in einigen wenigen, aber bedeutenden Gewerben dominierend, nämlich in der Versorgung mit Wasser, Gas, Elektrizität und im Verkehr. Ihr Einfluß war stark im Bankwesen und im Versicherungsfach. Insgesamt betrug der Anteil der öffentlichen Hand 1925, gemessen an der Zahl der Beschäftigten, nicht ganz 11 Prozent (einschließlich Reichsbahn, ohne Reichspost).

als solche. Das Ausmaß dieser Monopolausnützung ist nur zu begreifen als ein Ausdruck der Ueberspannung des Steuerdrucks. Es besagt so wenig für die Unwirtschaftlichkeit der öffentlichen Wasserversorgung, wenn der Konsument hohe Wasserpreise bezahlen muß, wie es gegen die Wirtschaftlichkeit unserer Brauereien spricht, wenn sie zum Inkasso einer hohen Biersteuer herangezogen werden. Auch wenn die so leidenschaftlich geforderte Beseitigung der Steuerfreiheit öffentlicher Betriebe vorgenommen würde, hätte man keine objektiven Maßstäbe für deren zweckmäßige Führung, weil diese Betriebe ja meist gar nicht mit privatwirtschaftlichen Betrieben gleicher Art konkurrieren und wenigstens mit ihnen gar nicht konkurrieren sollen. Auch aus der Tatsache, daß neuerdings vielfach eine Entkommunalisierung einsetzt, können keine Schlüsse auf die Nichtbewährung „des" öffentlichen Betriebs gezogen werden. Denn diese Entkommunalisierung ist ja nicht die Konsequenz von Enttäuschungen und Rückschlägen, sondern ebenfalls nur der Ausdruck einer Zuspitzung der Finanznot, und es wäre überhaupt vermessen, aus der Entwicklung in so außergewöhnlichen Zeiten schon Prognosen für die Zukunft herzuleiten. So wenig es erlaubt ist, aus dem durch die Kriegswirtschaft beschleunigten Prozeß der „kalten" Sozialisierung zu folgern, daß die Sozialisierung sichtlich auf dem Marsche sei, so unsinnig wäre es auf der anderen Seite, aus dem neuesten Entkommunalisierungsprozeß zu schließen, daß die öffentliche Hand als Unternehmer abgewirtschaftet habe.

Es ist ein Irrtum anzunehmen, daß eine Politik der Freiheit immer negativ sein müsse, daß der Staat die Freiheit nur durch Aktionslosigkeit fördern könne und daß ohne weitere Einschränkung die Menschen dann am freiesten seien, wenn der Staat am wenigsten tue. Entfernt die Polizei von den Straßen und die Verbrecher werden ihre ungestörte Freiheit haben, aber der gesetzestreue Bürger wird sich bald in einem Zustande geringerer Freiheit befinden als vorher. Hebt die Schulpflicht auf: Kinder und vielleicht auch Eltern werden nicht länger gezwungen sein zu tun, was ihnen vielleicht nicht beliebt, aber die Erwachsenen der nächsten Generation werden die Fähigkeit verloren haben, zu lesen, zu denken und vorwärts zu kommen, Dinge, die das Wesen wahrer Freiheit ausmachen.

Aus Britains Industrial Future, London 1928.

DAS BESTRITTENE GEBIET

Der Ausdehnung des öffentlichen Betriebs sind freilich Grenzen gezogen. Auch wenn er in der Form der privaten Gesellschaft aufgezogen ist und die Leitung damit eine gewisse Bewegungsfreiheit erhält, ist er seiner Natur nach nicht für Wirtschaftsgebiete geeignet, die sich in fortwährender Umstellung befinden und die mit stark wechselnden Produktions- und Absatzbedingungen zu rechnen haben. Auch dort, wo der technische Fortschritt in heftigem Gange ist, wird sich die öffentliche Wirtschaft voraussichtlich stets fernzuhalten haben, nicht weil es ihr an Ingenieuren mangelte, die zur Anwendung dieser Fortschritte bereit wären — der Ingenieur steht dem Beamten häufig näher als dem Kaufmann —, sondern weil die Uebertragung der Technik auf die Wirtschaft die typisch unternehmerhafte Intuition und einen Wagemut verlangt, der nicht davor zurückschreckt, sich ernstlichen Mißerfolgen auszusetzen, denen sich das Gemeinwesen nicht aussetzen darf. Solche Rückschläge wären der Autorität der öffentlichen Körperschaft nicht dienlich, und sie wird daher immer nur solche Betriebe mit Erfolg führen können, für die eine gewisse Konstanz nach menschlichem Ermessen außer Frage steht — schon weil es der öffentlichen Hand stets schwerer ist als der Privatwirtschaft, Stillegungen und Entlassungen mit allen ihren Härten durchzuführen. Wo die Gewähr für diese Konstanz vorhanden ist, besteht allenfalls die Möglichkeit, daß ein der freien Wirtschaft abholder Staat sich mit Erfolg auch auf solche Gebiete vorwagt, die nicht long run-Unternehmungen sind und keinen monopolistischen Charakter tragen, sobald sich erst einmal das Führermaterial heranbildet, das auch die öffentliche Wirtschaft benötigt. An sich wäre nicht einzusehen, warum eine Unternehmung, deren Aktien sich in der Hand des Staates befinden, nicht genau so florieren soll wie eine verbürokratisierte Unternehmung, die sich in Händen zahlreicher mehr oder weniger entrechteter, in ihrem Gewinnstreben durch die Verwaltungsbürokratie und ihre Machtpositionen behinderter Aktionäre befindet. Ein solches Eindringen der öffentlichen Hand auch in Betriebe, die nicht ihrem Wesen nach für Aneignung durch staatliche Körperschaften besonders geeignet sind, setzt freilich voraus, daß der

Staat die Mittel akkumuliert, die für den Erwerb der Aktien oder Anteile notwendig sind, und jede solche Zwangskapitalbildung in den Händen des Staats bringt die Gefahr der Ueberbesteuerung mit allen noch zu erörternden Nachteilen für die wirtschaftliche Entwicklung mit sich. Wir sind keine Freunde einer solchen Einmischung des Staats in ihm wesensfremde Gebiete und würden keinen Vorteil, im Gegenteil schwere Gefahren darin sehen. Einen Nachteil kann freilich der objektive Beobachter darin nur unter der Voraussetzung erblicken, daß die private Wirtschaft sich vor Verbürokratisierung, vor Ueberschreitung der optimalen Betriebsgröße und vor der Vergewaltigung der Aktionäre zu hüten weiß, die in ihrem Streben nach Rentabilität die marktwirtschaftlichen Grundsätze bei der Führung der privaten Unternehmungen zu verwirklichen die Tendenz haben.

DER STAAT ALS KONTROLLEUR

Solange sich die Betätigung der öffentlichen Hand in den oben geschilderten Grenzen hält, bedeutet jedenfalls eine Ersetzung privater Eigentümer durch den Staat keine grundsätzliche Wandlung unseres Wirtschaftssystems, und mit Sozialismus hat die Uebernahme einiger dafür prädestinierter Wirtschaftsgebiete durch die öffentliche Hand so lange nichts zu tun, als sich auch der staatskapitalistische Betrieb mit den Abweichungen, die jedes Monopol ermöglicht, dem Getriebe des Marktes einfügt und den Direktiven, die dieser mit den Ausdrucksmitteln des Preises und des Zinses erteilt, Folge leistet. Es ist sogar unendlich viel besser, der Staat übernimmt auf fest begrenzten Gebieten selbst die Verantwortung für die Produktion, als daß er, ohne die Verantwortung zu tragen, versucht, zu kontrollieren und zu dirigieren, mit dem Ergebnis, „daß man dem Unternehmer die Freiheit nimmt, ohne ihm die Verantwortung zu nehmen“ (Carl Landauer). Ursprünglich hatte man die Idee, dem Staat durch die Betätigung in einzelnen Wirtschaftszweigen und durch die Teilnahme an bestimmten Kartellen einen verbesserten Einblick und die Möglichkeit einer Gegenwirkung zu verschaffen. Das war beispielsweise einer der Gründe, weswegen der preußische Staat im Jahre 1902 zur Errichtung fiskalischer Betriebe im Kohlenbergbau schritt. Aber die Erfahrungen, die man auf diesem Gebiete gemacht hat, sind nicht sehr ermutigend, und auch die Kartelle sind durch die Teilhaberschaft des Staates meist nicht besser geworden. Der Staat hat jedenfalls an Fähigkeit, die Wirtschaft zu kontrollieren, durch die Einblicke, die er hie und da in die Produktion hat nehmen können, kaum gewonnen. Erst eine solche Kontrolle, eine Lenkung der Produktion nach planwirtschaftlichen Gesichtspunkten, aber könnte als Sozialismus angesehen werden. Der partielle „Staatskapitalismus“, die Uebernahme bestimmter Produktionsaufgaben durch den Staat hat mit Sozialismus nichts zu tun, wenn er auch, falls er weiter vordringt, zu dem Versuch einer planwirtschaftlichen Gesamtregelung der Produktion verleiten kann.

DIE ÖFFENTLICHEN BANKEN

Von viel weiter greifender Bedeutung wird diese Staatsbetätigung indessen, sobald sie sich nicht auf die Produktion beschränkt, sondern sich der Kreditverteilung bemächtigt, wie das nach dem Kriege in beträchtlichem Umfange geschehen ist. Der vorstehende Beitrag zeigt, in welchem Maße die öffentliche Hand nach dem Kriege in das Bankgewerbe vorgedrungen ist. Interessant ist an diesem Vordringen nicht so sehr die Tatsache, daß dadurch dem Privatbankgewerbe das Leben sauer gemacht worden ist, sondern vielmehr der Umstand, daß durch eine solche Kontrolle über den größeren Teil der nationalen Ersparnisbildung tatsächlich der Lebensnerv des kapitalistischen Systems berührt werden kann. In anderem Zusammenhang wird von

Die öffentliche Unternehmung und der Kapitalismus

Die öffentliche Unternehmung, die lebensfähige und rationelt organisierte, ist nur ein Bestandteil des modernen Kapitalismus, kein Element seiner Zersetzung, vielmehr eine Ergänzung seines Hauptexponenten: der privaten Unternehmung. Man darf sich nicht auf den antiquierten, naiven, ja direkt falschen Standpunkt jener stellen, die da meinten, daß die Verstaatlichung der Eisenbahnen oder die Gewährung von Staatszuschüssen an die Renten der Sozialversicherten schon Sozialismus sei. Sozialismus wäre etwas prinzipiell ganz anderes. Die vernünftig verwirklichte öffentliche Unternehmung ist (abgesehen von ihrer Eigenschaft, Einnahmequelle zu sein) nicht anderes als eine der vielen Methoden des Interventionismus, jener autoritären Sozialpolitik im weitesten Sinne dieses Wortes, die korrigierend in die vorwiegend, aber zu keiner Zeit ausschließlich liberal-individualistisch organisierte Volkswirtschaft eingreift, ohne sie aufheben zu wollen, einer Politik, über deren Berechtigung und Notwendigkeit heute wohl nicht mehr gestritten zu werden braucht und die namentlich jene nicht grundsätzlich ablehnen dürfen, die groteskerweise im gleichen Atemzug die im engeren Sinne sozialpolitisch gedachte Intervention bekämpfen und protektionistische Maßnahmen, Einfuhrverbote, Einwanderungserschwerungen, Schutzzölle, Ausfuhrerleichterungen und wie sie sonst alle heißen mögen, fordern, die alle prinzipiell nichts anderes als Maßnahmen des Interventionismus sind: wer grundsätzlich für das Laissez-faire eintritt, darf nicht ebenso grundsätzlich das Laissez passer bekämpfen:

Manuel Saitzew: Die Oeffentliche Unternehmung der Gegenwart, Tübingen 1930, S. 72.

NACHKRIEGS-KAPITALISMUS

Ergänzender Beitrag zu Seite 25

Öffentliche Bankgründungen der Nachkriegszeit

in Mill. RM	Grdg. Jahr	Eigenvermögen (Kapital u. Res.) bei Grdg.	Eigenvermögen (Kapital u. Res.) 1931[1]	Bilanzsumme 1924 bez. nach 1. Geschäftsj.	Bilanzsumme 1930	Kapitalbeteiligung in pCt.	Aufgabenkreis
Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt	1925	170	486.39	325.01 (1925)	1431.95	Landwirtschaft als Gesamtheit: 100	Landwirtschaftl. Personalkredit aus Eigenvermögen, landwirtschaftl. Realkredit aus Anleihen
Deutsche Golddiskontbank	1924	123.8[2]	268.89	155.6[3]	311.80	Reichsbank: 96.5; unbekannt: 3.5	Exportfinanzierung, früher auch Realkredit und Ankauf von Privatdiskonten für öffentl. Betriebe
Reichskreditgesellschaft A. G.	1924	35.6	60.0	382.03	695.25	Viag: 100	Konzernbank der reichseigenen Ver. Industrieunternehmungen AG, Sonderauftrag des Reiches, reguläres Bankgeschäft
Bank für deutsche Industrie-Obligationen	1924	7.5	73.55[4]	5051.68 (1925)	80.56	34 Gründer, wovon 16 aus Industrie und 18 aus Bankgewerbe: 100	Abwicklung d. Industr.-Belastung auf Grund des Dawes-Planes, neuerdings Finanzg. der Osthilfe
Deutsche Verkehrskreditbank A. G.	1924[5]	2.25	7.90 (1930)	363.50	571.97	Reichsbahn: 76½; Großbanken: 23½	Geldverkehr der Reichsbahn, Frachtstundungsverfahren
Deutsche Bau- und Bodenbank A. G. (früher Deutsche Wohnstättenbank)	1923	1.32	29.80	16.50	243.59	Reich: 76,1 (demnächst wahrscheinlich 83,1). Länder, Reichsbank, Reichspost, Reichsbahn, Großbanken, Preuß. Landespfandbrief-Anst., Gagfah, Wohnungsfürsorge-Gesellschaft: 13,9	Bauzwischenkredite, Verwaltung v. Reichsfonds, z. T. in Tochtergesellschaften
Deutsche Wohnstätten-Hypothekenbank A. G.	1924	1.0	7.75	4.89 (1926)	52.51	Deutsche Bau- und Bodenbank: 57.1. Reich- und Länder: 42.9	Realkredit ausschl. f. Wohnungsneubau u. außerhalb Preußens
Preußische Landespfandbriefanstalt	1922	1.27	32.19	17.98	356.62	Preußen: 98,6: Städte, Kreise, Siedlungs- u. Wohnungsfürsorgegesellschaften: 1.4	Realkredit für Wohnungsneubau in Preußen, Verwaltung staatl. Fonds.
Preußische Zentralgenossenschaftskasse	1895	47.98	158.96	278.52	775.84	Preußen: 53,1; Reich: 35,3; Verbandskassen: 11,6	Personalkredit f. landwirtschaftl. Genossenschaften
Deutsche Siedlungsbank	1931	100.0	100.0	—	—	Reich: 50; Preußen: 50	Siedlungszwischenkredit
Preußische Landesrentenbank	1928	1.25	20.0	97.71 (1929)		Preußen: 50; Deutsche Siedlungsbank : 50	Siedlungsdauerkredit
Heimbank A. G.	1924	0.20	2.50	3.85 (1927)	10.05 (1929)	Seehandlung: 20; Preußenkasse: 20: Dt. Bau- u. Bodenbank, Dt. Girozentrale, Arbeiterb. u. a.: 60	Siedlungszwischenkredit, Förderung bäuerl. Produktionskreise
Deutsche Bodenkultur A. G.	1924	1.0	20.85	90.11 (1926)	108.10	Reich: 95,7; Länder, Deutscher Landkreistag, Deutsche Bau- u. Bodenbank: 4,3	Meliorationskredit
Zentrale für Bodenkulturkredit	1930	1.20	1.20	6.49 (1930)	6.49	Zehn regionale Landesbanken: 100	Langfristiger Meliorationskredit
Preußische Zentralstadtschaft	1922	—	5.66	6.40	294.42	Acht Einzelstadtschaften: 100	Städtischer Realkredit
Centrallandschaft für die preußischen Staaten	1931[6]	—	15.0	—	—	R. K. A.: 80; elf Einzellandschaften: 20	Landwirtschaftl. Realkredit
Deutsche Girozentrale	1918	5.8	44.30	197.73	1038.32	Mitgliedsverbände: 74,9; Preußen: 25,1	Zentrale d. Sparkassen u. Einzelgirozentralen, Kommunalkredit
Deutsche Landesbankenzentrale A. G.	1924	0.10	2.54	14.07	147.01	Deutsche Girozentrale: 40; Mitglieder des Verbandes öffentl. Kreditanstalten: 60	Geldausgleichstelle der Landesbanken, Auslandsanleihen f. landwirtschaftliche Umschuldung, Wohnungsbau u. mittl. Industrie

[1]) Nach der Verteilung des Reingewinns für 1930. [2]) Nominell Lst. 10 Mill., wovon Lst. 6.19 Mill. eingezahlt. [3]) Insgesamt gewährte Kredite. [4]) 31. 3. 31. [5]) Seit 1924 unter Einfluß der Reichsbahn. [6]) Datum der neuen Satzung; vorher nur geringe Eigenmittel; bisher keine Bilanzveröffentlichung.

Außerdem gab es Ende 1930 etwa 2700 Sparkassen. Davon haben 2571 ihre Bilanzen veröffentlicht. Diese zeigten Ende 1924 eine Bilanzsumme von 1567, Ende 1930 von 13 670 Millionen Reichsmark, ferner bis Ende 1930 16 öffentliche Bausparkassen. Die Zahl der Kommunalbanken hat von 60 im Jahre 1925 auf 34 im Jahre 1930 (Bilanzsumme 220 Millionen Reichsmark) abgenommen. Ferner bestanden 1931 34 Staats-, Landes-, Provinzialbanken und Girozentralen mit 334 Millionen Reichsmark Eigenkapital und 7512 Millionen Reichsmark Bilanzsumme. Der Umlauf an Pfandbriefen und Kommunalobligationen der 41 Landschaften, Landschaftlichen Banken, Stadtschaften, Rentenbanken und anderen öffentlichen Boden- und Kommunalkreditinstitute außer den erwähnten 34 Staats-, Landes- usw. Banken noch 41) betrug 5295 Millionen Reichsmark (Ende 1930).

24

der öffentlichen und privaten Kapitalleitung und Kapitalfehlleitung noch zu sprechen sein. Der Staat hat einstmals — bei Gründung der Landschaften — dem privaten Gewerbe verdienstvollerweise neue Wege gewiesen, und es soll auch nicht bestritten werden, daß das private Bankgewerbe im aktiven und passiven Kreditgeschäft zuweilen Lücken gelassen, daß es beispielsweise die Pflege des Spargedankens und die Kreditgewährung an die Kleinindustrie vernachlässigt hat, obwohl hier sehr bald die Genossenschaften eingesprungen waren. Aber der augenblickliche Zustand des öffentlichen Bankwesens ist vor allem dadurch gekennzeichnet, daß eine Vielzahl von Kreditorganisationen und Kreditinstituten, die ihre Entstehung ganz verschiedenartigen und z. T. vorübergehenden und zufälligen Umständen verdanken, nebeneinander bestehen, ohne daß eine klare Zielsetzung über die Gesichtspunkte, nach denen sich nun die Kapitalleitung zu vollziehen hätte, erkennbar geworden wäre. Die Reichskreditgesellschaft kommt in ihrer Geschäftsführung am ehesten derjenigen einer Privatbank gleich, obwohl auch sie für gewisse Sonderaufgaben des Reichs, deren Erfüllung der Reichsbank nicht möglich war, herangezogen wurde. Die Staatsbanken verdanken ihre Entstehung dem Bedürfnis der Länder nach Führung ihrer Geldgeschäfte. Die Sparkassen, in sozial- und mittelstandspolitischer Absicht gegründet, und noch mehr die ursprünglich nur als Ausgleichsstellen gedachten Girozentralen, die vielfach mit den provinziellen Landesbanken verknüpft sind, gerieten an manchen Stellen — nicht an allen — in die Rolle von Trabanten ihrer Gewährsverbände, statt sich ihre souveräne Entscheidungsmacht über die Anlagepolitik zu wahren, die Girozentralen legten die ihnen zufließenden Sparkassengelder auf die gleiche Schale der Waage, die schon die Sparkassen in direktem Geldverkehr versorgt hatten. Die Rentenbankkreditanstalt hat dazu beigetragen, ungeachtet der Knappheit an Kapital und der geringen Rentabilitätsaussichten, die Kapitalversorgung der Landwirtschaft zu forcieren. Ginge es in diesem Stile weiter und blieben auch die indirekten Eingriffe des Staates in die Kapitallenkung bestehen, so wäre tatsächlich der größte Teil unserer Kapitalverwendung desorganisiert, denn so verdienstvoll beispielsweise die Kapitalsammeltätigkeit der Sparkassenorganisation gewesen ist, so unerträglich ist es, daß es bei der besonderen Kapitallenkung durch die Sparkassen und ihre Girozentralen nicht sein Bewenden hat, sondern daß daneben noch zahlreiche andere Institutionen in die Kapitallenkung eingreifen ohne ein leitendes Prinzip, wie es im privaten Bankgewerbe der Grundsatz der Rentabilität darstellt, ja ohne auch nur den geringsten Versuch, die verschiedenen öffentlichen Interessen, die unter bestimmten Umständen eine Abweichung von jenem Grundsatz rechtfertigen könnten, gegenseitig abzuwägen. Einen Beweis dafür, daß der Kapitalismus im Begriff sei, sein Leben auszuhauchen, kann man aus dem Vordringen der öffentlichen Banken also nicht entnehmen. Dazu hat sich trotz überaus nützlicher Betätigung einzelner Institute und Organisationen ihr Zusammenspiel nicht genügend bewährt. Mißerfolge springen zwar bei Instituten, die die öffentliche Garantie haben, nicht in der Weise in die Augen wie bei privaten Banken, die im Falle von Zahlungsschwierigkeiten die Schalter schließen oder die öffentliche Hilfe anrufen müssen, aber damit ist nicht bewiesen, daß sich nicht im Schleier der öffentlichen Garantie eine beträchtliche Kapitalfehlleitung vollzogen hat.

BANKENAMT — FÜR WEN?

Wenn es in Deutschland eines Bankenamts bedürfte, so demnach vor allem, um zunächst einmal die Kapitallenkung des öffentlichen Bankwesens zu systematisieren. Die große Bankenkrise in Deutschland hat nicht nur dem Staat einen Einfluß auf zwei D-Banken aufgezwungen, sondern sie hat

Die Bedeutung der öffentlichen Banken

Selbst eingeweihten Kreisen dürfte nicht immer gegenwärtig sein, welche Bedeutung insgesamt zahlenmäßig dem öffentlichen Bankwesen in der deutschen Kreditorganisation zukommt. Eine Aufstellung vom Präsidenten Kleiner, also von öffentlicher Bankseite, ergibt das Vorherrschen des von öffentlichen Banken vermittelten Kredits in allen erfaßten Kreditzweigen mit Ausnahme des kurzfristigen Bankkredits. Es mag zweifelhaft sein, ob die Statistik die in den genannten Rubriken gewährten Kredite wirklich voll umschließt, aber ob sich bei einer Vergrößerung der absoluten Ziffern die Relation zwischen öffentlichem und privatem Kredit wesentlich verschieben würde, ist sehr fraglich.

in Mdn. ℛℳ	Kredite der Geldinstitute insgesamt	davon Kredite der öffentlichen Banken	
		Betrag	in pCt.
1. Wohnungsbaukredite nach internen Enqueteermittlungen (1924 bis 1929)	4,1	3,27	79,7
2. Langfristige Landwirtschaftskredite nach dem Institut für Konjunkturforschung (5. Jahrgang, Heft 2, Seite 69) Mitte 1930	3,6	2,80	77,7
3. Kommunalkredit nach interner Statistik des Sparkassen- und Giroverbandes (Ende 1929)			
a) kurzfristig	1,7	2,40	79,41
b) langfristig	3,2	1,35	75,0
4. Kurzfristige Bankkredite nach „Wirtschaft und Statistik“ Nr 12 von 1929 (April 1929) ohne Wechsel	16,2	5,70	35,1
5. Emissionen der Boden- u. Kommunalkreditinstitute (Mitte 1930)	9,35	4,79	51,2

Die Statistik gewinnt an Wahrscheinlichkeit, wenn man einen Blick auf die Entwicklung der einzelnen Institute wirft. Die zentralen Banken mit einziger Ausnahme der Preußenkasse sind sämtlich nach dem Kriege errichtet worden und hatten Ende 1930 insgesamt eine Bilanzsumme von über 6 Milliarden. Gegenüber 1924 bedeutet das teilweise eine Vervielfachung. Auch die regionalen Banken (Landesbanken 7½ Mdn., Sparkassen 13 Mdn., andere etwa 2 Mdn. Bilanzsumme), die allerdings weitgehend an Vorkriegstraditionen anknüpften, haben einen starken Aufschwung mit entsprechender Gründungstätigkeit erlebt. Die sämtlich nach dem Kriege errichteten Kommunalbanken sind freilich schon in der Rückbildung. Dafür kamen aber einzelne Staats- und Landesbanken und Realkreditinstitute hinzu, und die schon bestehenden fanden durch Umgründung und Ausbau eine Position, die sich kaum mit derjenigen vor dem Kriege vergleichen läßt.

auf der anderen Seite auch den Sparkassen einen Schlag versetzt, die hauptsächlich infolge des völligen Neuaufbaus der entwerteten Sparguthaben einen so starken Einlagezuwachs in den letzten Jahren zu verwalten hatten. Es ist also keineswegs ausgemacht, daß nun die Bahn geradeswegs in die Vollsozialisierung des Bankwesens hineinführt. Zwar ist es richtig, daß, wie die Fälle der Oesterreichischen Creditanstalt, der Darmstädter und Nationalbank und der Dresdner Bank gezeigt haben, der Staat es heutzutage kaum zur Zahlungseinstellung einer Großbank kommen lassen kann. Aber es ist falsch, daraus zu folgern, daß dieser Zustand latenter Staatsgarantie dazu zwinge, die Großbanken so schnell wie möglich zu „sozialisieren". Eine solche Stützung ist zunächst seit langer Zeit nicht notwendig gewesen und in Deutschland trotz jahrelanger schwerer Krisis erst erfolgt, als im Zusammenhang mit politischen Komplikationen eine massenhafte Abziehung derjenigen Auslandskredite erfolgte, die (infolge der Behinderung der Kapitalbildung und infolge einer Falschverwendung eines großen Teils der nationalen Ersparnisse durch politische Eingriffe) fast zwangsläufig eingeflossen waren. Die Stützung erfolgte auch nicht zugunsten der Aktionäre der Banken und nicht einmal zugunsten ihrer Gläubiger, sondern zu dem Zwecke, eine Ausbreitung des Runs mit der Folge einer Kreditzerstörung und verschärften Kreditkontraktion zu verhindern. Der Staat hat hier die Rolle der Feuerwehr gespielt, und er wird die Kosten der Löschung und Lokalisierung des Brandes hoffentlich bei den Eigentümern der Häuser, in denen er ausgebrochen war, wieder eintreiben können, obwohl die Schuldfrage nicht geklärt ist. Aber soll er deshalb die Häuser, alle Häuser in Eigentum und eigene Regie übernehmen? Es ist im Gegenteil möglich, daß nach den offenbaren Fehlschlägen der Kapitallenkung durch die öffentliche Hand der privaten Bankwelt wieder mehr als bisher die Möglichkeit verschafft wird, das neugebildete Kapital der Industrie und dem Handel zuzuführen und sich von dem kurzfristigen Auslandskredit zu emanzipieren, zu dessen Inanspruchnahme sie infolge übermäßiger anderweitiger Beanspruchung der nationalen Ersparnisse mehr oder weniger gezwungen worden ist. Gerade bei den Diskussionen, die im Anschluß an das Bankenmoratorium in Gang gekommen sind, hat sich gezeigt, daß einstweilen überhaupt keine andere Möglichkeit besteht, als die Kapitallenkung nach den Gesichtspunkten der Rentabilität zu vollziehen, sofern nicht gebieterische öffentliche Interessen eine abweichende Beanspruchung notwendig machen. Die Fehlschläge im Privatbankgewerbe, das lange Zeit eine erstaunlich hohe Krisenfestigkeit bewiesen hat, sind gewiß nicht allein auf die ungewöhnliche Hilflosigkeit der Notenbankleitung (Kreditrationierung in einer Zeit des Runs!) zurückzuführen, sondern auch auf eigene Schuld. Dies aber doch nur deshalb, weil man bei der Kapitallenkung den Gesichtspunkt der Rentabilität des Kreditnehmers nicht stark genug in den Vordergrund geschoben hat und weil man zu saumselig und zu vertrauensselig gewesen ist. Ein Bankenamt, wie es anläßlich der Stützungsbedürftigkeit zweier Großbanken stürmisch gefordert worden ist, könnte höchstens die Banken bei der Wahrnehmung ihrer privaten Interessen zu unterstützen versuchen. Denn auch ein solches Amt könnte ein Urteil darüber, wieviel Kapital in einer bestimmten Zeit in der Strickwarenindustrie und wieviel im Maschinenbau angelegt werden soll, nur gewinnen, wenn es sich der Direktiven der Preisbildung und der Rentabilität bediente. Täte es das nicht, schätzte es aufs Geratewohl die volkswirtschaftliche Dringlichkeit, so wäre mit Sicherheit vorauszusehen, daß eine solche Lenkung des Kapitals zu noch gigantischerer Kapitalfehlleitung führen müßte, als wir sie nach dem Kriege ohnehin schon zu verzeichnen hatten.

Vom Gemeineigentum

Was sehr vielen gemeinsam zugehört, für das wird am wenigsten Sorge getragen. Am meisten denkt man an seine eigenen Angelegenheiten, an die gemeinsamen weniger oder doch nur soweit, als sie den einzelnen berühren. Denn abgesehen von anderen Gründen nimmt man die Sache hier leichter, weil man denkt, ein anderer werde schon dafür sorgen, ähnlich wie bei den häuslichen Diensten einem mitunter viele Bedienten schlechter aufwarten als wenige.

Aristoteles: Politik. II, 3.

LIEBESGABENWIRTSCHAFT

Ungleich bedeutungsvoller als das direkte Vordringen der öffentlichen Hand, ungleich umwälzender sogar als die Beeinflussung der Kapitallenkung durch die Unterstellung eines beträchtlichen Teiles der nationalen Ersparnisse unter die Leitung öffentlicher Banken — ungleich belangreicher als alle diese direkten Eingriffe durch den Staat war die durch den Krieg verstärkte Neigung, durch Liebesgaben der verschiedensten Art, durch Zölle, die die Gesamtheit belasten, durch Beihilfen, Valorisationen und eine fast endlose Skala sonstiger protektionistischer Maßnahmen in den freien Wettbewerb einzugreifen, der an sich das unerläßliche Korrelat einer freien Wirtschaft darstellt. Auf fast allen Gebieten ist auf diese Weise die Selbststeuerung der Wirtschaft nach dem Gesetz der Rentabilität in mehr oder minder starkem Maße außer Kraft gesetzt worden.

DER EINFLUSS DES KRIEGES

Die Kriegszeit, in der Wirtschaft wie Militär von oben her kommandiert wurden, hat im Unterbewußtsein der Bürokratie, der Unternehmer und der Massen verhängnisvolle Spuren hinterlassen. Der Staat wurde als Universalnothelfer betrachtet, und an welcher Stelle auch immer der freie Wettbewerb Wunden zu schlagen drohte, überall wurde an den Staat appelliert. Von ihm erwartete man Rettung, Taten. Er sollte sich einmischen, Initiative entfalten, und der Staatsmann, der es gewagt hätte, in kühler Ueberlegung und in Voraussicht nachteiliger Fernwirkungen eines Staatseingriffs den Dingen freien Lauf zu lassen, wäre bald als Schwächling verschrieen gewesen. Man verlangte nach starken Männern, auch auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik, und hatte man auch erfahren, daß die Brotkarte nicht satt macht, so verschwand diese Einrichtung doch nicht aus unserem öffentlichen Leben, ohne in den breitesten Schichten den Wunsch nach Staatseinmischung genährt zu haben. Und noch in einer andern Hinsicht hat der Krieg das wirtschaftspolitische Denken unheilvoll beeinflußt. Die Sperrung der Grenzen, die Notwendigkeit der Selbstversorgung hat der Ueberzeugung, daß der freie Wettbewerb der Nationen untereinander der naturgegebene Zustand der Wirtschaft sei, in hohem Grade Abbruch getan und die Anschauung, daß ein Land im Grunde auf Autarkie bedacht sein müsse, mächtig gefördert. Die unsinnigen Grenzziehungen durch die Friedensverträge — 20 000 km Zollgrenzen gegen 8000 vor dem Kriege, heißt es in Briands Europa-Memorandum — haben ein übriges getan und die neu geschaffenen Länder in einen protektionistischen Rauschzustand versetzt. Es ist kein Zufall, daß Südslawien, Polen, Rumänien, die Tschechoslowakei und Ungarn die höchsten Zollmauern errichtet haben. In diesen Ländern beträgt die Durchschnittsbelastung nach dem Bericht des österreichischen National-Komitees der Internationalen Handelskammer über Zollhöhe und Warenwerte durchweg mehr als 30 Prozent, während sie in allen anderen europäischen Ländern darunter liegt. Auch die Reparationsverpflichtungen haben die handelspolitische Atmosphäre vergiftet. Die Schuldnerländer argumentierten, sie müßten

Eine subventionspolitische Tragikomödie

Das deutsche Branntweinmonopol, ursprünglich geschaffen, um dem Staate höhere Einnahmen zu gewährleisten, ist mit Duldung der staatlichen Stellen zu einer Durchgangsstelle für landwirtschaftliche Subventionen größten Umfanges geworden. Sie gingen zunächst zu Lasten einer immer breiteren Schicht von Konsumenten, berühren aber neuerdings die Staatseinnahmen höchst unmittelbar. Den landwirtschaftlichen Brennereien wird pro hl Weingeist ein gewöhnlich um ℛ.M. 65 liegender Preis bewilligt, d. h. weit mehr als das Doppelte des Weltmarktpreises und natürlich auch weit mehr, als die landwirtschaftlichen Produzenten bei freier Marktwirtschaft erzielen könnten. Damit nicht genug, wurde das Brennrecht in den letzten Jahren jeweils so hoch festgesetzt, daß sich beim Monopol immer größere Bestände ansammelten. Die Verteilung dieser Subventionen erfolgt völlig systemlos. Sie kommen nur den vorhandenen Betrieben zugute, neue Brennrechte werden nicht mehr erteilt. Ihre ganze Absurdität erhellt aber daraus, daß die industriellen Brennereien, die Branntwein z. T. als Nebenprodukt erzeugen, schon bei einem Uebernahmepreis von ℛ.M. 30 bis 35 je hl gut auf ihre Rechnung kommen können. Diese Brennereien müssen jedoch ihre Produktion drosseln, um den Absatz der viel teuereren landwirtschaftlichen Brennereien nicht zu stören.

Durch die überhöhten Ankaufspreise stellt sich der Branntwein für das Monopol unter Berücksichtigung der Reinigungs-, Lager- und Regiekosten auf durchschnittlich etwa ℛ.M. 75 bis 80 je hl. Vom Absatz kann aber für den sogen. technischen Sprit, der rd. ¾ des Gesamtabsatzes ausmacht, nicht mehr als ℛ.M. 50 je hl erzielt werden — bis Anfang 1930 sogar nur ℛ.M. 40 — wenn nicht die Selbstkosten der diesen Sprit benötigenden Industrien bis zur Wettbewerbsunfähigkeit verteuert werden sollen; die ausländischen Konkurrenzindustrien brauchen ohnedies nur ℛ.M. 30 bis 35 je hl zu zahlen. Die aus diesen Verkäufen entstehenden Verluste suchte die Monopolverwaltung bis in die jüngste Zeit lediglich aus dem Trinkbranntwein-Absatz hereinzuholen. Der Preis für Trinkbranntwein wurde immer weiter erhöht, und zwar keineswegs nur infolge der Steuererhöhungen. Zurzeit beträgt er ℛ.M. 600 je hl (bis 1929 ℛ.M. 500 je hl), wovon die Monopolverwaltung als Steuer ℛ.M. 400 abzuführen hat. Mit der Spitze werden die Subventionen und Verluste bezahlt. Diese Ueberteuerung des Trinkbranntweins hat nun aber in Verbindung mit der Konjunkturverschlechterung in den letzten Jahren zu einem äußerst scharfen Absatzrückgang geführt. 1929/30 konnten für Trinkzwecke nur noch 388 000 hl abgesetzt werden gegen 662 000 hl i. V. Da trotzdem das Monopol seine Subventionspolitik in keiner Weise ändern wollte, vereinnahmte die Reichskasse in diesem Jahr nur noch ℛ.M. 210 Mill. gegen 326 Mill. i. V. und gleichzeitig schwollen die Bestände des Monopols von 890 000 auf 1 578 000 hl an, während als Normalbestand nur etwa 500 000 hl erforderlich sind.

Den Ausweg aus diesem Dilemma suchte man aber nicht in einer Ausmerzung der seitherigen Fehler, sondern in einer Ueberbürdung der Subventionslasten auf neue Schichten. Schon seit Jahren setzt das Monopol Spiritus für Motorantriebszwecke ab, obwohl dabei zumeist nur ℛ.M. 20 bis 25 je hl zu erzielen war (bei einem durchschnittlichen Gestehungspreis von ℛ.M. 75 bis 80 je hl!) und die Errichtung eines Vertriebsapparats erhebliche Aufwendungen verlangte. 1930 wurde nunmehr durch Gesetz bestimmt, daß zukünftig Spiritus dem für Antriebszwecke verwendeten Benzin und Benzol zwangsweise beigemischt werden muß. Für diesen Spiritus war dem Monopol zuerst ℛ.M. 80, später ℛ.M. 70 je hl zu bezahlen, d. h. mehr als das Doppelte des Preises der übrigen Antriebsstoffe. Ob das Monopol trotz dieser Verbraucherbelastung von ℛ.M. 40 bis 50 Mill. jährlich auf die Dauer saniert werden kann, ist dabei noch sehr zweifelhaft. Der Enquete-Ausschuß, der Reichsrechnungshof und die Publizistik haben auf diese Mißwirtschaft immer wieder hingewiesen. Der Enquete-Ausschuß hat zudem bewiesen, daß die Subventionen nur relativ wenigen landwirtschaftlichen Großbetrieben zugute kommen. Trotzdem wird keine Abhilfe geschaffen, weil keine Regierung den Mut hat, die Branntweinliebesgabe an einige Großgrundbesitzer zu beseitigen. Dabei könnte das Reich bei vernünftigerer Gestaltung des Monopols ohne neue Belastung der Verbraucher etwa ℛ.M. 100 Mill. jährlich mehr herausholen.

Ergänzender Beitrag zu Seite 29 und Seite 32|33

Die Roggenstützung noch eine Tragikomödie

Zu denjenigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen des Staates, deren Verlauf die Erkenntnis geliefert hat, wie man es nicht machen darf, gehören die beiden Roggenstützungen von 1930. Beide sind fehlgeschlagen. Ueber Wert und Unwert direkter oder indirekter Roggenpreisstützung urteilten Gegner und Anhänger wie folgt:

„Da die Grundtendenz im Konsum vom Roggen weg zum Weizen hingeht, heißt es, den landwirtschaftlichen Anbau künstlich in rückständige Bahnen zwängen, wenn man den Roggen gewaltsam stützt." (Prof. Brandt „Die Zukunft des Getreideweltmarktes", Frankfurter Zeitung Nr. 103 von 1931.)

„Bereits eine 10proz. Einschränkung der Roggenfläche bringt die Gefahr mit sich, daß die Roggenpreise in schlechten Erntejahren über den heutigen Weizenpreis steigen. — Gelingt der russische Fünfjahresplan, dann wird nicht nur die Roggen-, sondern noch viel mehr die Weizen- und Futterproduktion in anderen Ländern stark eingeschränkt werden müssen. Bricht er dagegen zusammen, so besteht die sehr ernste und begründete Befürchtung, daß die gegenwärtige Weltgetreidefläche in eine weniger scharfe Weltteuerung verkehrt wird." (Dr. Baade „Deutsche Roggenpolitik", Verlag Der Deutsche Volkswirt, Berlin, 1931.)

Diese zweite Ansicht blieb bisher maßgeblich, obwohl auch sie unter Umständen den Zusammenbruch aller Stützungen in Rechnung stellt. Die Erklärung dafür dürfte in der Tatsache liegen, daß weniger die eingehende Abwägung der Entwicklungsmöglichkeiten die Ursache für die Preisstützung ist als der Wunsch, der Landwirtschaft einen hohen Roggenpreis zu schaffen und zu erhalten. Begonnen wurde mit der direkten künstlichen Preiserhöhung, fortgefahren mit der indirekten Beeinflussung des Marktes. Ging es nicht auf geradem Wege, so versuchte man es durch die Hintertür.

Die erste Etappe der Preisstützung, die noch ohne indirekte Hilfsmaßnahmen verlief, dauerte von Januar bis Anfang März 1930, dann waren die Kassen leer. Die freien Kräfte des Marktes hatten sich als stärker erwiesen. Es folgte trotz aller Stützung ein Preissturz und danach eine Hausse ohne künstlichen Impuls, der gegenüber die Stützungsstelle nun nach der anderen Richtung machtlos war. Ihre Abgaben wurden spurlos geschluckt. Gegen Ende des Erntejahres 1929/30 setzte abermals ein Preisrückgang ein. Erneut wurde zum Mittel der Stützung gegriffen, allerdings unter Verwendung der inzwischen gemachten bitteren Lehren. Es hatte sich erwiesen, daß die Produzenten Roggen zu den hohen Stützungspreisen in großen Mengen verkauften, auch das, was sie zur Verfütterung hätten gebrauchen können, weil sie andere Futtermittel billig aus dem Auslande importieren konnten. Also: Verdoppelte und vervielfachte Staatseingriffe. Vom einfachen Losungswort „Stützung" kam man zu langen Programmlisten, die anscheinend nun von Ernte zu Ernte wechseln sollen. Was alles bereits im Erntejahr 1930 nötig war, darüber unterrichtet eine Zusammenstellung der Blätter für landwirtschaftliche Marktforschung 5. Heft Oktober 1930 Seite 186/87:

„1. Abschließung des Binnenmarktes. Man erhöhte die Zölle für Roggen, um den Binnenmarkt auch bei Loslösung des inländischen Preisniveaus vom Weltmarkt gegen preissenkende Einfuhr zu sichern.

2. Drosselung der Futtergetreideeinfuhr. Die seit Jahrzehnten gültige Regel, die Futtergetreidezölle zur Förderung der Veredelungswirtschaft niedrig zu halten, wurde aufgegeben. Neben der Erhöhung des Futtergerstenzolles wurde die gesamte Maiseinfuhr durch Schaffung eines Reichsmonopols konzentriert. Zur Erhöhung des inländischen Preisniveaus für Futtergetreide steigerte die Maismonopolverwaltung planmäßig ihre Verkaufspreise.

3. Aenderung der Exportpolitik. Durch Ausschaltung der Konkurrenz zwischen Deutschland und Polen im Roggenabsatz auf dem Weltmarkt wurde der Versuch gemacht, die Weltmarktpreise zu befestigen. Nach dem Mißlingen dieses Versuchs drosselte man die Roggenausfuhr fast vollständig, um die normalen Ausfuhrüberschüsse einer Verwendung im Inlande zuzuführen.

4. Einsperrung. Als Maßnahmen direkter Interventionen am Markt versuchte man unter Aufwand erheblicher Mittel diejenigen Mengen aus dem Angebot herauszunehmen, denen eine preisdrückende Wirkung zugeschrieben wurde.

5. Ausdehnung von Verzehr und Verfütterung. Man machte den Versuch, den menschlichen Verzehr von Roggengebäck durch Absatzwerbung zu steigern, während man gleichzeitig im Brotgesetz durch Senkung der Ausmahlungsquote einen höheren Kornanteil der Kleie und damit der Verfütterung zuzuschieben suchte. Auf der anderen Seite wurde für die Verfütterung bestimmter Roggen verbilligt und zugleich denaturiert." (Eosinierung.)

Alle diese Maßnahmen waren vor der Ernte 1930 eingeleitet. Als sich aber das Roggenangebot im August und September 1930 anscheinend unbegrenzt vermehrte, genügten diese vielfältigen Maßnahmen nicht, und es mußte zu dem primitiven Mittel der Stützung im Markt durch Aufnahme des Angebotes zurückgegriffen werden. Das geschah in der denkbar ungeschicktesten Weise. Bis Mitte September wurde krampfhaft zu dem sehr hohen Preis von ℛ*M* 187 je Tonne (etwa doppelter Weltmarktpreis) aufgenommen, einerlei, welche Mengen angeboten wurden und unbekümmert auch darum, daß die gleiche Ware bald abseits der amtlichen Notierungen billiger zu haben war, als die Stützungsstellen bezahlten. Der Roggen ließ sich „spazierenfahren", weil die Frachtdifferenzen durch den hohen Stützungspreis gegenüber dem niedrigen Freiverkehrspreis mitbezahlt wurden. Es war übersehen worden, obwohl dies eine schon oft bei Stützungen beobachtete Erscheinung darstellte, daß ein starres Festhalten an einem Stützungspreis geradezu wie eine Herausforderung an den Markt wirkt. Da die Mittel keiner Stützungsstelle unbeschränkt sein können, müssen sich die Abgeber ausrechnen, daß eines Tages die Stützungsfonds erschöpft sein werden, womit die Preisgarantie endet. Also sucht jeder, noch rechtzeitig den Stützungspreis zu erlangen; das Angebot häuft sich über alle Maßen. Diese zweite Etappe der künstlichen Roggenpreisstützung scheiterte, und sie mußte auf ganz natürliche Weise scheitern.

Viele unerquickliche Begleitumstände kamen hinzu. Die Gewinne des Handels, oftmals als überflüssig und unwirtschaftlich bezeichnet, dürften in Berlin seit Jahren nicht so umfangreich gewesen sein wie im August und September 1930 im Zeichen der staatlichen Regulierung. Der Korruption sind bei staatlichen Eingriffen immer Tür und Tor geöffnet. Auch in diesem Falle hätte vorausgesehen werden können, daß ein besonderer parlamentarischer Untersuchungsausschuß notwendig werden wird, um den Korruptionsgerüchten nachzugehen. Tatsächlich hat ein solcher Ausschuß von Januar bis Mai getagt, er hat freilich keine Korruption festgestellt. In der Angelegenheit der direkten Roggenpreisstützung gaben die verantwortlichen Personen indessen offen zu, daß die beiden Aktionen von Januar/März und August/September 1930 verfehlt waren.

Für das Erntejahr 1931 ist eine neue Programmliste für die Preisstützung aufgestellt worden, sie bezieht sich nicht mehr nur auf Roggen und Futtermittel, sondern auch auf Weizen. Der Weizen wurde jetzt noch mehr zu einem Sorgenkind als der Roggen, weil die Ausdehnung seiner Anbaufläche unter Beibehaltung aller getreidepolitischen Schutzmaßnahmen und Ziele wohl zu einer Entlastung des Roggenmarktes, dafür aber zu einer ebensowenig erwünschten Belastung des Weizenmarktes führte. Man geriet von einem Dilemma ins andere. Die Hochhaltung der Weizenpreise verlangte die Abschnürung des Imports, die bessere Qualität des Auslandsweizens dagegen die Zulassung des Imports; die Hochhaltung der Preise erforderte aber auch zwecks Entlastung unmittelbar nach der Ernte einen Export, während andererseits dieser Export sich verbot, weil die Inlandspreise mehr als doppelt so hoch wie die Weltmarktpreise waren. So kam ein neuer Punkt auf das Stützungsprogramm 1931, die Schaffung des Weizenausfuhrscheines mit einer Zollsenkung für die Wiedereinfuhr. Wer Weizen ausführt, erhält einen Ausfuhrschein, bei dessen Vorweisung er die gleiche Menge Weizen zu dem verbilligten Zollsatz wieder einführen darf. Für Roggen traf man, einmal im Zuge, dieselbe Regelung, weil auch hier eine Entlastung durch frühzeitigen Export ganz gern gesehen wurde. Der Einfuhrbedarf für Roggen allerdings ist gering; ausländischer Roggen ist nur für gewisse Schwarzbrotsorten unersetzbar. Indessen schien der Nachdruck weniger auf diesen Ausfuhrscheinbeschlüssen zu liegen, als auf einer anderen Methode. Die Roggen- wie die Weizenpreisstützung wurden vielmehr für das Erntejahr 1931 in das Wort Erntefinanzierung gekleidet, und diese bestand in einer ungeschminkten Liebesgabe durch Verbilligung von Erntekrediten mittels Reichszuschüsse auf 4 pCt., verbunden mit einer Kreditausweitung der Reichsbank und einer Erleichterung des Kreditsystems durch die Einführung von Lagerscheinen. Der Rest des Programms wurde aus dem Vorjahr übernommen. Wie sich die 1931er Methode bewähren wird, steht im Augenblick noch nicht fest. Fest steht aber, daß in diesem Jahre wie im vorausgegangenen Millionenbeträge aufs Spiel gesetzt werden. Die richtige Dosierung der aufgenommenen und wieder abgegebenen Mengen kann, das hat sich bei den beiden fehlgeschlagenen Stützungen von 1930 erwiesen, von einer zentralen staatlichen Stelle niemals mit absoluter Genauigkeit getroffen werden. Das gleiche gilt für die Dosierung von Ex- und Import. Alle Abweichungen von der richtigen Dosierung kosten jedoch Opfer der Gesamtheit, die hier wie bei allen anderen offenen und versteckten Subventionen zu Gunsten einer einzelnen Bevölkerungsschicht dem Volksganzen unbedenklich zugemutet werden. Immer wieder zeigt sich bei den Getreidepreisstützungen die Hilflosigkeit gegenüber Ernteertrag und Marktfunktion, und das ist es, was man eigentlich aus den Fehlschlägen der Roggenstützungen von 1930 hätte lernen sollen, nicht aber die Versteifung darauf, es mit einer anderen Methode zu versuchen, wenn es mit der zuerst probierten nicht geht. Preisstützung ist ein Rezept für Symptombehandlung, nicht mehr, und dazu meist ein sehr kostspieliges.

zwecks Aktivierung der Handelsbilanz die Einfuhr beschränken, und in den Gläubigerstaaten trug die Furcht vor der Zahlung in Waren ebenfalls zur Verstärkung der protektionistischen Welle bei. Die Nationen sahen nicht, daß sie durch die Behinderung des Wettbewerbs hüben und drüben Armut erzeugten in einem Zeitraum, in dem die Wohlstandsförderung zur Heilung der wirtschaftlichen Wunden des Krieges notwendiger gewesen wäre denn je. Wie es überhaupt ein Kennzeichen der protektionistischen Bewegung ist, gegen logische Gegenargumente immun zu sein. Nie hat der Gefühlsprotektionismus größere Triumphe gefeiert als in dieser Nachkriegszeit, die geradezu von einem wirtschaftspolitischen Improvisationsfieber erfaßt war. Dieses wird wahrscheinlich von der Wirtschaftsgeschichte als das eigentliche Merkmal der Nachkriegsepoche gewertet werden. Es hat die Welt ungezählte Milliarden gekostet.

SUBVENTIONEN UND VALORISATIONEN

Ueberaus mannigfaltig sind die Formen, in denen sich die Staatseingriffe in die Produktion vollzogen haben, und unübersehbar und unabschätzbar ist ihre armutvermehrende Wirkung. Noch am harmlosesten sind vielleicht die direkten und sichtbaren Subventionen — am harmlosesten deshalb, weil sie zugleich am anstößigsten sind und deshalb einer heftigeren Kritik unterliegen als alle die Liebesgaben, die mit gleicher Wirkung einer Subventionierung durch die Gesamtheit ausgeteilt werden, ohne daß es sichtbar wird. Eine Subvention pflegt, gleichgültig ob sie durch direkte Kapitalzuführung oder durch Zinsverbilligung, in Form von Garantien oder laufenden Zuschüssen gegeben wird, den Ertrag der Gesamtwirtschaft zu schmälern, weil sie die nichtsubventionierten Unternehmungen schädigt und verhindert, daß sich das Kapital entsprechend der voraussichtlichen Rentabilität der Unternehmungen mit dem optimalen gesamtwirtschaftlichen Nutzeffekt über die ganze Wirtschaft verteilt. Wohl können in gewissen Fällen außerwirtschaftliche Momente sozialer, nationaler oder weltanschaulicher Art Anlaß dazu geben, bewußt einen Verlust in Kauf zu nehmen, um bestimmte Ziele zu fördern. Aber so gut wie niemals können rein wirtschaftliche Ueberlegungen ein solches Vorgehen stützen. Trotzdem wird immer wieder der Versuch gemacht, Subventionen auch mit rein wirtschaftlichen Argumenten zu begründen. Die Ahnungslosigkeit in volkswirtschaftlichen Fragen geht so weit, daß vor nicht langer Zeit ein deutscher Minister den Plan entwickeln konnte, mit Hilfe von Aufträgen, die aus Steuermitteln einer bestimmten Industrie zugeführt werden sollten, die Konjunktur zu beleben und die Arbeitslosigkeit zu lindern, ohne Rücksicht darauf, daß die zu diesem Zwecke eingesteuerten Beträge natürlich an anderer Stelle andern Industrien als Kaufkraft verloren gehen und dort eine entsprechende Steigerung der Arbeitslosigkeit hervorrufen müßten. Arbeitsbeschaffung durch Arbeitsentziehung! Ebenso soll beispielsweise mit agrarischen Subventionen die Stärkung der landwirtschaftlichen Kaufkraft bewirkt werden, obwohl offensichtlich die den Landwirten zugeführte Kaufkraft an anderer Stelle fehlt und ihre Verwendung in einem unrentablen anstatt in einem rentablen Wirtschaftszweig für die Zukunft eine Produktionsminderung und damit sogar eine Einschränkung der

Mißglückte Valorisationsversuche

Kautschuk:
Das „Gummifieber", das 1910 durch die rapide Entwicklung von Elektrotechnik und Automobil ausbrach (höchster je erreichter Kurs 12 sh 8½ d je lb. im April 1910), reizte zu einer Steigerung des Anbaues, aber die daraus folgende Preissenkung wurde durch den Krieg aufgehalten. Im Sommer 1920 setzte sie von neuem ein: die tiefste Londoner Notiz von 6¾ d je lb. am 30. August 1922 betrug kaum mehr als ein Viertel des Durchschnittspreises von 1919 (2 sh 4½ d). Nun wurde durch den „Stevenson-Plan" ab 1. November 1922 die Ausfuhr aus den englischen Kolonien beschränkt und zwar um so stärker, je niedriger der Londoner Preis war. So stieg er wieder bis auf 4 sh 7¾ d Anfang Dezember 1925. Dadurch wurde aber der Anbau in den nicht der Beschränkung unterworfenen Gebieten und die Regeneration von altem Kautschuk stark angeregt. Trotz rascher Steigerung des Weltverbrauchs (neue Etappe der Automobilisierung!) von 29 000 t 1921 auf 581 000 t 1927 sank der Preis von 1926 an unaufhaltsam. Am 1. November 1928 mußte der Stevenson-Plan außer Kraft gesetzt werden bei einem Preis von 11 d. Seine Wirkung war, daß von 1921 bis 1927 bei einer Steigerung der Weltproduktion auf das Doppelte der Anteil der englischen Anbaugebiete von 73,6 auf 57,3 Prozent gesunken und die Gewinnung von regeneriertem Kautschuk von 41 000 auf 209 000 t gestiegen war. Die Anbausteigerung in Holländisch-Indien, vor allem die Gewinnung durch Eingeborene im Raubbau, war nun nicht mehr aufzuhalten. Infolgedessen sank der Preis ständig weiter, jetzt beträgt er nur noch etwa 2½ d!

Kaffee:
Nach zehnjährigem Preisrückgang um fast ¾ des Standes von 1897 begann die Regierung von Sao Paulo 1907 mit dem Ankauf von Kaffee zur Preisstützung; in 1¼ Jahren kaufte sie an den Terminmärkten 9 Mill. Sack, dann gingen ihr die Mittel aus. Bedingung für die Unterbringung der notwendigen Konsolidierungsanleihe war die Aufgabe der Valorisation und die allmähliche Liquidation des Bestandes durch Treuhänder des Emissionskonsortiums. Ab 1921 griff Sao Paulo wieder ein durch ein besonderes staatliches Unternehmen, die Sociedade promotura da defesa do café. Die „Defesa" errichtete eigene Lagerhäuser, übernahm den Kaffee von den Farmern gegen Vorschuß, exportierte ihn zentralisiert und erzielte eine Preiserhöhung bis auf das Doppelte des Vorkriegspreises für die Ernte 1923/24. Die Folge war eine starke Anbausteigerung, die sich entsprechend der 4—6jährigen Frist von der Anpflanzung bis zur ersten Ernte ab 1927/28 in starker Produktionserhöhung auswirkte. Die „Defesa" hielt den brasilianischen Kaffee zurück und die Vorräte in Brasilien stiegen von 2.81 Mill. Sack am 1. Juni 1927 auf 12.12 Mill. am 1. Juni 1928, während aus den freikonkurrierenden Gebieten Mittelamerikas ebenfalls wachsende Ernten an den Markt kamen. Im Herbst 1929 hielt der Markt bei einem Brasilvorrat von 18¾ Mill. Sack und angespannter Finanzlage der „Defesa" die Valorisation für nicht mehr durchführbar, und noch während die „Defesa" den Lokopreis hochhielt, stürzten die Terminpreise auf die Hälfte des Standes von Jahresbeginn. Die „Defesa" mußte im Frühjahr 1930 bei der Aufnahme einer Konsolidierungsanleihe den Abbau ihrer Vorräte in 10 Jahren und die Beschränkung ihrer Zukäufe auf entsprechende Anteile der jeweils laufenden Ernte zusagen. Obwohl die Banken trotzdem ein weiteres Anwachsen der Brasilvorräte auf 22¾ Mill. Sack am 1. Juni 1931 (gegen 9¼ Mill. Sack 2 Jahre vorher) zuließen, sank der Kaffeepreis weiter auf nunmehr ein Drittel des Standes von Anfang 1929.

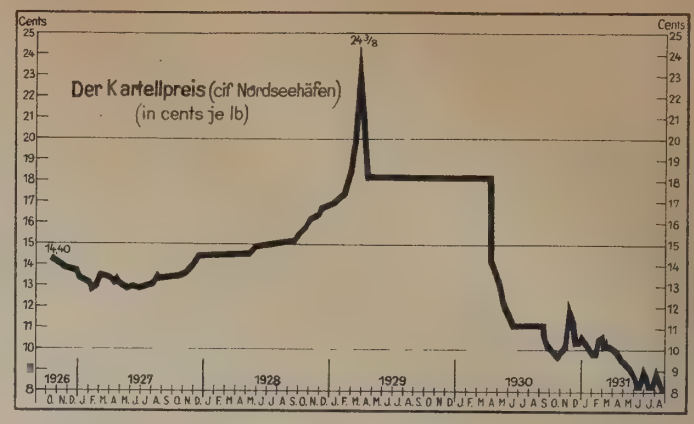
Weizen:
Bedarfssteigerung im Kriege und Ausdehnung des Anbaus auf die halbtrockenen Böden in USA und Kanada mit Hilfe von Mähdrescher und Traktor führte in diesen beiden Hauptproduktionsländern für Weizen zu einer Steigerung der Erzeugung von 777 Mill. Bushels 1910 auf 1096 Mill. Bushels 1926. Nach Ueberwindung der Kriegsnöte sank infolgedessen der Preis in Chicago von Doll. 2.60 je Bushel im Durchschnitt des Jahres 1920 auf 1.50 im folgenden sowie 1.35 und 1.20 in den nächsten Jahren. Anknüpfend an Kriegsorganisationen schlossen sich ab Herbst 1922 die kanadischen Farmer in provinziellen Stützungsorganisationen zusammen, und die Organisationen von Alberta, Saskatchewan und Manitoba bildeten im Herbst 1924 die Canadian Cooperative Wheat Producers Ltd., den „Weizenpool", zu gemeinsamer Verwertung ihrer Ernte unter Auszahlung des durchschnittlichen Jahreserlöses an die Genossen. Mit der Kontrolle über ⅔ der kanadischen Ernte und begünstigt durch teilweise Mißernten 1924 und 1925 konnte er den Preis wieder bis auf Doll. 1.72 im Durchschnitt 1925 steigern. Das war Anreiz genug zu weiterer Produktionssteigerung, nicht nur in Kanada und USA, sondern auch in Argentinien, Australien und Rußland: die Welternte von 1926 betrug 4306 Mill. Bushels gegen 3468 im Jahre 1922. So konnte der Pool trotz steigender Einlagerungen eine Senkung des Preises auf Doll. 1.45 im Durchschnitt 1928 nicht hindern, und die Anbaufläche stieg in USA und Kanada weiter von 79¼ Mill. acres 1926 auf 86½ Mill. 1929. Nach der Ernte 1929 griffen nun die USA durch das Federal Farm Board ein mit Aufkäufen und Bevorschussung von Weizen, so daß der Preis zunächst auf Doll. 1.25 gehalten blieb. Aber die Ernte von 1930 wurde wieder größer (vor allem in Rußland um 50 Prozent!) und trotz Farm Board fiel der Preis Ende 1930 auf 80 Cents. Der kanadische Pool befindet sich in finanziellen Schwierigkeiten; er besaß Ende 1930 noch die ganze Ernte von 1929. Das Farm Board kann auch von der Ernte 1931 nichts mehr aufnehmen, und der Weizenpreis ist jetzt auf weniger als 50 Cents gefallen.

gesamten Kaufkraft bedeutet. Bei Zuwendungen an die Industrie stellte man den zu erwartenden Steuerausfall und die Erfordernisse für Arbeitslosenunterstützung dem zur Fortsetzung des Betriebs erforderlichen Zuschuß gegenüber und rechnete sich auf diese Weise aus der Subvention ganz primitiv einen Nutzen für die Gesamtwirtschaft heraus, ohne im geringsten die Fernwirkung dieses Eingriffs zu berücksichtigen oder auch nur die Wirkungen auf die Konkurrenten des subventionierten Unternehmens zu bedenken. Nicht weniger dilettantisch sind die meisten der Eingriffe, die zum Zwecke der Preishebung oder Preishaltung von zahlreichen Staaten unternommen worden sind. Unsummen staatlicher Mittel sind in die Kaffee- und Weizenvalorisation geworfen worden, aber die Verluste sind mit diesen Beträgen natürlich noch nicht umgrenzt, sondern die zahlreichen Versuche zur künstlichen Preishochhaltung, die unter Ignorierung der Gesetze von Angebot und Nachfrage und meist ohne Kenntnis der Bedingungen einer Monopolbildung unternommen worden sind, haben die Produktion in eine falsche Richtung geführt, zur Aufrechterhaltung oder Erweiterung der Erzeugung angereizt, Kapital und Arbeitskräfte fehlgeleitet und in allen Fällen, die nach dem Kriege bekannt geworden sind, nur mit einem umso schärferen Zusammenbruch als Folge der gesteigerten Disproportionalität von Angebot und Nachfrage geendet.

HEMMUNG DER NATIONALEN ARBEIT

Weitaus am verheerendsten haben sich die Eingriffe ausgewirkt, die zur Verhinderung des internationalen Wettbewerbs in Anwendung gebracht worden sind und zu einer Abschließung geführt haben, wie sie in den Zeiten des Merkantilismus nicht schärfer gedacht werden konnte. Mögen diese Behinderungen des Wettbewerbs auch mit dem scheinpatriotischen Etikett des Schutzes der nationalen Arbeit versehen werden, so laufen doch diese an der Landesgrenze aufgerichteten Hemmnisse des Wettbewerbs, die der Preiserhöhung oder Preishochhaltung der Erzeugnisse gewisser inländischer Produzenten dienen sollen — andernfalls würden die protektionistischen Maßnahmen in der weitaus überwiegenden Mehrzahl der Fälle zwecklos sein — auf eine Gewährung von Liebesgaben an bestimmte Interessenten auf Kosten der Gesamtheit hinaus. Diese Eingriffe, die für ihre Nutznießer den Vorzug haben, daß sie weniger sichtbar und daher weniger anstößig sind als die Gewährung von direkten Liebesgaben, sind auch deswegen besonders gefährlich, weil sie zumeist auf Dauer berechnet sind. Eine ewige direkte Subvention würde Opposition erwecken, eine dauernde Zollsubvention stößt auf geringere Schwierigkeiten. Es gibt einige wenige Fälle, in denen es denkbar wäre, durch Erziehungszölle lediglich eine Umstellung der produktiven Kräfte zu beschleunigen oder zu erleichtern, die auch im natürlichen Ablauf der wirtschaftlichen Entwicklung hätte eintreten müssen, obwohl eine sichere Voraussage, ob ein Zoll diesen und nur diesen Zweck erfüllen wird, niemals möglich ist. Aber die internationale Schutzzollpolitik der Nachkriegsjahre ist gerade dadurch gekennzeichnet, daß sie im ganzen nicht auf jenes positive Ziel gerichtet, sondern erschreckend negativ orientiert ist. Die Eingriffe beschränkten sich keineswegs auf Maß-

Kupfer:



„Freihandel auf Termin"

1927.

Weltwirtschaftskonferenz:

„Die Zeit ist gekommen, der Erhöhung der Zolltarife ein Ende zu machen und die entgegengesetzte Richtung einzuschlagen."

1929.

Ein- und Ausfuhrverbote:

Das seit 1927 durch drei Konferenzen vorbereitete Abkommen über ihre Beseitigung wird von 17 Staaten ratifiziert, wobei sich 11 den Rücktritt vorbehalten, wenn Polen und die Tschechoslowakei nicht beitreten. Daneben zahlreiche sachliche Vorbehalte. Inkraftsetzung scheiterte schließlich am Widerstand Polens.

1930.

Plan eines Zoll-„Waffenstillstandes":

Danach sollte Kündigung von laufenden Handelsverträgen in dem auf den Unterzeichnungstag folgenden Jahr generell unterbleiben. Zollerhöhungen wenigstens nicht ohne rechtzeitige Verständigung der Vertragspartner. Im März 1931 unerwarteter Widerstand von seiten Englands. Inkraftsetzung konnte nicht erfolgen, obwohl schon 13 Staaten ratifiziert hatten.

1931.

Zollsenkungsvorschläge Englands:

Mehrere Länder erklären sich im Prinzip bereit, bestimmte für England wichtige Einfuhrzölle um 25 pCt. zu senken. Fast einstimmiger Vorbehalt: Unterlassung schärferer Zollpolitik in England. Durchgeführt bisher nichts.

Ergebnis aller bisherigen Arbeiten des Völkerbundes:
Abkommen über die Ausfuhr von Häuten und Fellen.

„Schutzzoll per Kasse"

1921.

Vereinigte Staaten:

Provisorischer Notstandstarif. Uebergang auch zum Agrarschutzzoll; im übrigen Stabilisierung der 1916 als Kriegsmaßnahme eingeführten Industriezölle (Textilien, Spielwaren, Farben — für diese bleibt weiterhin besondere Einfuhrerlaubnis vorbehalten). Schließlich: Abwehr europäischen „Dumpings".

England:

Zölle auf „Schlüsselindustrien" nach der Safe Guarding of Industry Act. Betrifft für die Kriegführung notwendige und erst im Krieg entstandene Industriezweige, der wichtigste: die chemische Industrie.

Frankreich:

Ausnahmebestimmungen für Farben und Chemikalien; ursprünglich mit deutschem Valutadumping begründet.

Italien:

Protektionistische Tarifneuordnung.

Spanien:

Verschärfter Protektionismus — zu dem Spanien schon sehr früh (1877) übergegangen war — insbesondere für Textilien. Hierin steht Spanien an der Spitze, bis heute selbst von den Vereinigten Staaten nicht übertroffen. Auf die „Maximalsätze" gelegentlich noch Kampfaufschläge.

1922.

Vereinigte Staaten:

Fordney-McCumber-Tarif: Erhöhung des bisherigen Zollniveaus auf schätzungsweise das Dreifache. „Harmonie der protektionistischen Interessen" hergestellt durch Verstärkung des Getreideschutzes; Erfolg für die Landwirtschaft: bei Sicherung des inneren Marktes wird die Unterbringung der Exportüberschüsse am Weltmarkt erschwert (dort verschärfte argentinische und kanadische Konkurrenz).

nahmen der Zollpolitik, sondern es hat sich immer mehr ein Protektionismus neben den Zöllen entwickelt. Zu den bekannten Maßnahmen der verkehrspolitischen Diskriminierung ausländischer Produkte (Ausnahmetarife, Richtungstarife, Frachtdisparitäten usw.), Maßnahmen, die besonders von Belgien, Frankreich, Holland und Italien entwickelt worden sind, hat sich ein weiterer administrativer Protektionismus gesellt. Durch Normvorschriften, gewerbepolizeiliche Maßnahmen und durch offene Disqualifizierung, wie sie besonders von Italien, Spanien und Ungarn bei der Verteilung öffentlicher Aufträge durchgeführt worden ist, wurde der freie Wettbewerb behindert und, unabhängig von Preis und Qualität, vor allem die Herkunft der Ware, ihre „Rasse" zum Kriterium erhoben. Einer deutschen Stadt wurde kürzlich zum Vorwurf gemacht, daß sie Kohlen aus England bezogen habe. In der Bürgerschaft und den Wirtschaftskreisen haben diese Behauptungen, so wurde berichtet, große Entrüstung erweckt. Die Stadtverwaltung teilte mit, daß sie den Urheber und den Verbreiter des ehrverletzenden und wirtschaftsschädigenden Gerüchts zur Verantwortung ziehen werde. In solchem Maße sind heute die gesunden Anschauungen vom freien Wettbewerb erschüttert. Als eine Art von Krieg werden demgemäß auch die Handelsvertragsverhandlungen betrachtet. Um für handelspolitische Verhandlungen gewappnet zu sein, setzte beispielsweise Deutschland im Jahre 1925 seine Industriezölle auf eine Höhe fest, die hochprotektionistischen Charakter trug, und als man dann später in den Handelsvertragsverhandlungen von diesen Zöllen nicht herunterkam, blieben sie in dieser Höhe bestehen, und selbst wenn sie dereinst einmal im Verhandlungswege reduziert werden sollten, bleiben die Schäden bestehen, die Marshall in klassischer Weise beschrieben hat: erst wurde das Geschäft „durch den Gedanken an die Wahrscheinlichkeit eines solchen Zolles beeinträchtigt, dann durch seine tatsächliche Einführung behindert, ferner durch die Wahrscheinlichkeit seiner Aufhebung beunruhigt und schließlich durch seine tatsächliche Aufhebung nochmals gestört". Schutzzölle sind leicht eingeführt und schwer wieder abgeschafft, und Kampfzölle würden, wie Marshall es ausgedrückt hat, eine Anzahl von Schutzzöllen zum Gefolge haben, „die auf keinerlei wissenschaftlichem System aufgebaut wären und weder dem moralischen noch dem materiellen Wohlergehen des Landes förderlich sein würden". Leider sind auch manche Teile der Arbeiterschaft aus Mangel an Kenntnis der Propaganda vom Schutz der nationalen Arbeit erlegen. Als ob es möglich wäre, die Löhne mit Hilfe von Schutzzöllen zu steigern! Als ob nicht gerade die Herabschraubung des Reallohns die unausbleibliche Folge sein müßte, wenn die internationale Arbeitsteilung behindert wird! Vor allem Amerika behauptet, seinen Hochschutzzoll nötig zu haben, um sich gegen die niedrigen europäischen Löhne zu schützen. Europäische Länder dagegen bezeichnen den Zollschutz für nötig, weil die amerikanische Industrie technisch und organisatorisch überlegen sei, und verlangen wieder gegenüber mittel- und osteuropäischen Staaten einen Schutz aus demselben Grunde, aus dem Amerika ihnen gegenüber Schutz verlangt: zur Abwehr des sozialen Dumpings. Es wird verkannt, daß niedrige Löhne eine Folge geringerer Ergiebigkeit der Arbeit in

Polen:
Industrielle Schutzzölle eingeführt, in den folgenden Jahren innerhalb kurzer Abstände revidiert, d. h. erhöht.

1925.

England:
Wiedereinführung der 1917 geschaffenen und 1924 aufgehobenen McKenna-Zölle (33⅓ Prozent vom Wert auf Kraftfahrzeuge, Musikinstrumente, Uhren). Neu einbezogen — zum Schutz gegen „außergewöhnliche und unfaire" Konkurrenz — u. a. Messerschmiedewaren, Glühstrümpfe, Seide und Kunstseide, Handschuhe.

Deutschland:
Nach Wiederherstellung der vom Versailler Vertrag beschränkten Handlungsfreiheit „kleine Zolltarifnovelle". Die industriellen Schutzzölle waren als „Verhandlungszölle" gedacht. Wiedereinführung von zunächst mäßigen Getreidezöllen, die in den folgenden Jahren, namentlich ab 1929, fortgesetzt gesteigert wurden.

1926.

Japan:
Zollerhöhung insbesondere für die im Krieg aufgeblühte Textilindustrie.

Oesterreich:
Zollabbau wird nicht weiter fortgesetzt. Die Zollnovellen der folgenden Jahre zeigen agrarprotektionistische Tendenzen.

Italien:
Die Regierung wird zur Vornahme von Zollerhöhungen im Verordnungswege ermächtigt — ein in der Nachkriegszeit beliebt gewordenes Verfahren.

1927.

Frankreich:
Tarifnovelle bringt Erhöhungen um 50—75 Prozent. Sie sind de facto noch größer als nominell: durch Vermehrung der Tarifpositionen auf etwa das Dreifache (eine für die Nachkriegsjahre typische Methode, Zollerhöhungen zu verschleiern). Versuch, Prinzip der Meistbegünstigung aufzugeben für das seit je von den Vereinigten Staaten vertretene Prinzip der Reziprozität. Budgetäre Bedürfnisse machen die Regierung den Wünschen der Interessenten willfährig. Verallgemeinerung des bisher vorwiegend agrarischen Zollschutzes unter dem Einfluß des „Comité des Forges".

Polen:
Kampf-(„Maximal"-)Zölle verdoppelt. Neue Agrarzölle.

1929.

Deutschland:
„Kleine Zolltarifnovelle" wird ohne Befristung verlängert. Dabei Getreidezölle etwa verdoppelt. Neue Zölle für Schuhe und Aluminium.

1930.

Vereinigte Staaten:
Smoot-Hawley-Tarif. Zollerhöhungen um 100—200 Prozent für eine große Reihe von Produkten. Ziel: „Stabilisierung der Prosperität". Auch hier die charakteristische Ermächtigung des Präsidenten zu fallweisen Zolländerungen.

> „Das Wahlversprechen, das Herbert Hoover als Präsidentschaftskandidat gegeben hatte und das ursprünglich nur eine Erhöhung der Agrarzölle sowie einen stärkeren Schutz der wirklich notleidenden Industrien ins Auge gefaßt hatte, hat zu einer grotesken Orgie des Protektionismus geführt, wie sie die moderne Geschichte noch nicht erlebt hat." „Frankfurter Zeitung" am 24. Mai 1930.

Deutschland:
Ständig aufwärts auf der Agrarzoll-Treppe durch Ausnutzung von Ermächtigungsgesetzen. Der Weizenzoll z. B. wird in viermaliger Erhöhung auf das 2½fache gebracht. Verstärkter Zollschutz auch für Viehprodukte. — Benzinzoll auf das 2½fache erhöht, gleichzeitig Benzolzoll in gleicher Höhe neu eingeführt.

Kanada:
Für einige hundert Tarifpositionen werden die Zölle um durchschnittlich 25 pCt. gesteigert. Deutsche Tucheinfuhr schwer betroffen, aber die erwünschten handelsvertraglichen Erleichterungen werden abgeschlagen unter Hinweis auf die Erhöhung der deutschen Agrarzölle.

1931.

Deutschland:
Es geht weiter herauf auf der Agrarzoll-Treppe. Im Widerspruch dazu Einführung von Kunstdüngerzöllen in Verbindung mit Lizenzzwang: aus Anlaß der Auflösung des internationalen Stickstoff-Kartells; Stickstoff-Protektionismus auch in anderen Ländern. — Betriebsstoff-Zölle um weitere 70 pCt. erhöht.

Italien:
Getreidezoll erhöht. — Die Einfuhr von Radioartikeln soll verhindert werden.

einem Lande sind und keinen Konkurrenzvorteil darstellen. Oder man hat behauptet, die Industrialisierung der Neuländer zwinge zu Absperrungsmaßnahmen der alten Industrieverbände. Dabei ergeben sich gerade aus dieser zuweilen gewiß überspannten Industrialisierung neue Möglichkeiten vorteilhaften Warenaustauschs auch für die typischen Industrieländer, nicht nur auf dem Gebiete der Produktionsmittelausrüstung, sondern, wie der Balfour-Bericht hervorgehoben hat, auch dadurch, daß durch die Produktion von gröberen Massenwaren in den Neuländern Kaufkraft und Bedarf für feinere Qualitäten geweckt werden. „Immun gegen logische Gegenargumente," das ist in der Tat die richtige Charakterisierung für die protektionistische Bewegung, die selbst Länder wie Deutschland dazu verleitet, ungeachtet der Exportinteressen seiner leistungsfähigsten Industrien sich gegen Auslandswaren abzusperren und so dem Protektionismus des Auslandes Vorspanndienste zu leisten. Importdrosselung bedeutet Exportdrosselung, bedeutet Schädigung derjenigen Industrien, die, wie die Maschinenindustrie, vorwiegend fürs Ausland arbeiten. Die deutsche Porzellanindustrie und viele andere spezifisch deutsche Industrien drohen der protektionistischen Welle zum Opfer zu fallen und sind in ihrer Entfaltung seit langem gehemmt. Es macht nichts. „Schutz der nationalen Arbeit" lautet trotzdem die Parole für ein Verhalten, das gerade die beste nationale Arbeit untergräbt.

UNTERDRÜCKUNG DER BAUERN

Ein Hauptanwendungsgebiet des Protektionismus ist in Deutschland die Agrarpolitik gewesen. Die Fortschritte in der Agrartechnik überseeischer Länder, die Umstellung des Farmbetriebes auf arbeitsparende Maschinen, der Wandel in der Ernährungsweise, die Erschwerung der Konkurrenzfähigkeit infolge der sozialpolitischen Besserstellung der Landarbeiterschaft und der Verlust natürlicher Absatzgebiete durch die neue Grenzziehung hat vor allem im östlichen Großgrundbesitz eine heftige Dauerkrise erzeugt, die durch die allgemeine Konjunkturentwicklung noch verschärft wurde und schließlich, wenngleich in milderem Maße, auch auf die bäuerlichen Betriebe des Westens übergriff. Die verfehlte subventionistische Agrarkreditpolitik nach der Stabilisierung hatte überdies teuere Kapitalien künstlich in die Landwirtschaft hineingepumpt. Man sah schließlich keinen anderen Ausweg mehr als die immer stärkere Dosierung des Zollschutzes bis zu einem Punkt, bei dem nach nebenstehender Berechnung allein für den Getreidebau die jährliche Belastung für die deutsche Volkswirtschaft nach Abzug der Zolleinnahmen des Reichs 1¼ Milliarden beträgt, während die Gesamtbelastung aus den Agrarzöllen, sofern sie überhaupt statistisch erfaßbar ist, wohl auf mindestens das Doppelte veranschlagt werden muß, von den indirekten Schädigungen durch die Steigerung der exportindustriellen Selbstkosten und die handelspolitischen Erschwernisse ganz zu schweigen. Auf diesem Gebiet ist tatsächlich eine weitgehende „Abhängung" vom Weltmarkt durchgeführt, und das Bedauerliche ist, daß die Abhängung nicht klar als vorübergehende Maßnahme zur Linderung akuter Störungen im Gefolge der internationalen Agrarkrise bezeichnet wird, sondern daß viele sich

„Zu viele Staaten haben in Verfolg verfehlter Ideen von nationalem Interesse ihren eigenen Wohlstand in Gefahr gebracht und die gemeinsamen Interessen der Welt außer acht gelassen, indem sie ihre kommerziellen Beziehungen auf die ökonomisch unsinnige Basis stellten, allen Handel als eine Form von Krieg zu betrachten."
Aus dem Freihandelsmanifest, das 1926 von europäischen und amerikanischen Geschäftsleuten verfaßt wurde.

„Zölle sind kein Mittel, den Beschäftigungsgrad und die Produktion in einem Lande zu steigern, sie bieten aber eine Handhabe, diesen eine andere Richtung zu geben. Gewöhnlich bilden sie Stimulantien für die weniger florierenden Industrien eines Landes auf Kosten anderer Gewerbezweige, die dort natürlicher und besser gedeihen. Die Folge für das Land ist ein geringerer Reichtum, als er bei Freihandel möglich wäre. Das Zusammentreffen des höchsten Lebensstandards und der niedrigsten Zolltarife in denselben europäischen Ländern ist kein bloßer Zufall."
Aus dem Bericht der liberalen Partei Englands „Britains Industrial Future", London, 1928.

Was kosten uns die Agrarzölle?

Aus den Getreidezöllen nimmt die deutsche Volkswirtschaft eine unmittelbare Belastung auf sich, die auf rund ℛ*M.* 1362 Millionen für 1930 zu schätzen ist. Dieser Posten ergibt sich, wenn man den deutschen Verbrauch an Getreide (Ernte + Vorratsänderung am Jahresende nach der Statistik des Deutschen Landwirtschaftsrats + Ein- oder Ausfuhrsaldo) mit dem vom Statistischen Reichsamt errechneten Jahresdurchschnittspreis für das Inland multipliziert, sodann die Zolleinnahme des Reichs in Abzug bringt und darauf einen der ebenfalls vom Reichsamt errechneten Jahresdurchschnittspreise des Auslandes oder eines deutschen Freihafens in Vergleich stellt. Dieser Methode haften Fehlerquellen an, denn erstens ist ein Jahresdurchschnittspreis nicht den wirklich gezahlten Preisen ohne weiteres gleichzusetzen. Die Ausschaltung dieses Fehlers würde aber die Differenz zuungunsten der deutschen Volkswirtschaft nur vergrößern, denn bei den starken Preisstürzen des letzten Jahres wäre der größte Teil des benötigten Getreides bei Zollfreiheit zu niedrigeren Preisen als dem Durchschnittspreis am Weltmarkt oder vom gleich günstig anbietenden inländischen Erzeuger gekauft worden. Zweitens können die unverkauften Vorräte des Handels mangels brauchbarer Unterlagen nicht herangezogen werden. Drittens ist die Vergleichbarkeit der In- und Auslandspreise wegen der Sorten- und Frachtunterschiede nicht voll zu wahren. Wir bemühten uns deshalb, den nächst gelegenen Auslandsplatz und die möglichst entsprechende Sorte auszuwählen. Viertens ist nicht berücksichtigt, wie sich die Weltmarktpreise bei Zollfreiheit des deutschen Verbrauchsgebiets entwickelt hätten, sie wären wohl etwas höher geblieben. Wenn wir trotz dieser Fehlerquellen die Zollbelastung der deutschen Wirtschaft zu berechnen versuchen, so nur um eine ungefähre Vorstellung von der Größe dieser Belastung zu geben und ohne Anspruch auf Exaktheit. Die oben genannte Ziffer von ℛ*M.* 1362 Mill. setzt sich aus folgenden Einzelposten zusammen:
Volkswirtschaftlicher Mehraufwand für

Weizen	ℛ*M.*	282.87 Mill.
Roggen	„	420.61 „
Hafer	„	416.96 „
Braugerste	„	169.63 „
Futtergerste	„	72.04 „
Summe:	ℛ*M.*	1362.11 Mill.

Mit dieser Summe könnte mehr als die Gesamtausgabe des deutschen Konsums an Roggen von ℛ*M.* 1274 Mill. bezahlt werden. An weiteren Agrarsubventionen durch den Zoll ist besonders der Zucker zu erwähnen, für den man mit einer Mehrbelastung von 346.4 Mill. rechnen kann. (Hier wurden die Zahlen für den Verbrauch aus der deutschen Verbrauchsstatistik zusammengestellt.) Die Gesamtbelastung aus den vier Hauptgetreidearten und aus Zucker beträgt also nach unserer Schätzung ℛ*M.* 1708.51 Mill. Weit geringer ist die Belastung der Verbraucherschaft durch die Vieh- und Fleischzölle. Diese sind weniger wirkungsvoll, weil hier das innerdeutsche Ueberangebot an Vieh (besonders Schweinen) auf die Preise drückt. Freilich würde eine freie Einfuhr von Gefrierfleisch die Lebenshaltungskosten auf diesem Gebiet stark reduzieren. Ein zahlenmäßiger Vergleich ist aber mangels vergleichbarer Unterlagen hier kaum möglich. Aehnliches gilt für die übrige Veredelungsproduktion, also Butter, Käse, Eier und Gemüse, die bis auf Butter einen vergleichsweise nur geringen Zollschutz genießen und die starken Zollsteigerungen des letzten Jahres nicht mitgemacht haben.

mit dem Gedanken befreunden, die deutsche Landwirtschaft überhaupt auf die Dauer als Defizitunternehmen mit Subventionen durchzuhalten. Dabei ist bekannt, daß Deutschland nach Boden und Klima, nach technischer Ausrüstung und nach anderen Maßstäben durchaus zur Wiedererlangung voller Konkurrenzfähigkeit am Weltmarkt prädestiniert ist. Die ostdeutsche Landwirtschaft freilich kann in ihrer jetzigen Form ohne Liebesgaben nicht leben, und wenn man sie ihr entzieht, so besteht keine andere Wahl als entweder die Getreide- und Hackfruchtkultur durch Schafweide- und Waldkultur zu ersetzen (mit dem Ergebnis einer bevölkerungspolitischen Devastierung des Ostens) oder aber die überlieferte Besitzgröße zu sprengen und unter Aufrechterhaltung intensiverer Bodenbewirtschaftung eine große Siedlungspolitik zu betreiben. So schwierig und kostspielig eine solche Aufgabe wäre, so wäre sie doch jedenfalls ein Ziel, das die Einsetzung großer Mittel lohnen könnte, die heute nutzlos vertan werden. Aber das Charakteristische auch unserer Agrarpolitik nach dem Kriege ist die verblüffende Direktionslosigkeit, wie sie wenigstens in ihrer Motivierung zutage tritt: man will Deutschland nicht mit einer chinesischen Mauer umgeben, die Exportinteressen wahren und liebäugelt doch mit der Autarkie; man behauptet, Bauernpolitik zu treiben, und verteuert doch die Futtermittel lediglich zugunsten weniger Großbetriebe; man will siedeln und denkt doch nicht daran, den Großgrundbesitz in seinem Bestande anzutasten.

ARMUT — AUS EIGENSINN

Aber so verhält es sich mit dem Gefühlsprotektionismus überhaupt. Die menschliche Gesellschaft schützt sich dagegen, daß jemand ohne genügende Vorbildung an dem Körper eines Menschen operative Eingriffe vornimmt. Für chirurgische Betätigung am wirtschaftlichen Organismus bedarf es indessen keines Befähigungsnachweises. Jedermann gilt hier als qualifiziert, Eingriffe vorzunehmen, und je weniger er von der Wirtschaft und ihren Zusammenhängen versteht, umso hemmungsloser wird er zur Praktizierung seiner Laienrezepte bereit sein, umso tatkräftiger wird er, unangekränkelt von des Gedankens Blässe, eingreifen, etwas tun und damit das Bedürfnis derjenigen Mitbürger befriedigen, für welche die Tat alles und die Ueberlegung nichts bedeutet. Würde dieser Interventionismus à tout prix sich nicht als eine vorübergehende Erscheinung erweisen, sondern als eine Dauereinrichtung einbürgern, so wäre es in der Tat um den Kapitalismus geschehen. Denn freie Wirtschaft ohne Konkurrenz, mit Rückversicherung beim Staat, mit Sozialisierung der Verluste, ist ein Unding. Sie könnte von niemand, außer von den paar Nutznießern der Subventionen, verteidigt werden. Denn wenn schon die auslesefördernde Konkurrenz als das unentbehrliche Regulativ der freien Marktwirtschaft durch eine staatliche Planwirtschaft nicht ersetzt werden kann, so kann sie natürlich noch weniger ersetzt werden durch das opportunistische Durcheinander von Liebesgaben, die von den verschiedensten Stellen unter den verschiedensten Gesichtspunkten an die verschiedensten Interessenten auf Kosten der Gesamtheit verschenkt werden. Wir betrachten, wie gesagt, diesen geschäftigen Hyperinterventionismus und

Zölle und Weltdepression

„Wir befinden uns mitten in einer ernsten geschäftlichen Depression von Weltumfang. Das schwerste Hindernis auf dem Wege zu frühzeitiger Wiederbelebung ist der Zustand unseres ausländischen Handels. Das schwerste Hindernis auf dem Wege zur Wiederbelebung unseres auswärtigen Handels sind unsere hohen Schutzzolltarife. Der schnellste Weg, aus der gegenwärtigen Depression herauszukommen, ist die Herabsetzung unserer Tarife, damit unsere ausländischen Kunden mehr Ware bei uns verkaufen können und mehr Dollars verdienen, mit denen sie die Zinsen ihrer Schulden an uns bezahlen können und mit denen sie unsere Fabrikate kaufen können.
Wenn wir nicht kaufen, können wir nicht verkaufen. Wenn wir nicht genug kaufen, können wir nicht genug verkaufen.“

Benjamin M. Anderson: The Chase Economic Bulletin, 23. März 1931.

Viele Milliarden

Am 1. Oktober 1930 hatte das Reich 684 Mill. Garantien laufen. Daneben standen offene Garantie-Ermächtigungen von 931 Mill., darunter hauptsächlich die neuen Exportkredite. Dabei ist zu berücksichtigen, daß in den letzten Jahren schon große Garantiesummen abgewickelt worden sind. Von den übernommenen Garantien entfallen 109 auf die Landwirtschaft, 309 auf Handel und Gewerbe, vor allem auf den Export, 56 auf die Schiffahrt und 199 auf das Wohnungs- und Siedlungswesen. Auf alle diese Beträge sind erhebliche Verluste erlitten worden, die erst z. T. etatisiert sind und zwar mit 56 Mill. Bei den Vulkanwerken wurden 3,36, bei den Brüdern Mannesmann 0,15, bei Stock-Motor 4,0 und bei der Automobilfabrik Komnick 0,35 Mill. verloren. Weitere Verluste werden ausgewiesen für die Winzer-Kredite mit 29,90 Mill., für die Düngermittelkredite mit 0,20 und für die landwirtschaftliche Umschuldung mit 0,48 Mill. Auch die Roggenstützung erscheint mit 5 Mill. Verlust. Nicht gerechnet sind dabei die verlorenen Zuschüsse, die von vornherein als solche vorgesehen waren, beispielsweise die Zuwendungen an Schichau und Mansfeld. Daß die Liste auch sonst nicht vollständig ist, zeigt die Tatsache, daß die Mechernicher Werke fehlen, bei denen ebenfalls einige Millionen verloren worden sind. Die meisten dieser Subventionen sind mit Preußen zusammengegeben worden, wodurch sich nicht nur die Summe der Garantien und damit die Höhe der insgesamt fehlgeleiteten Kapitalien, sondern auch die Summe der Verluste beträchtlich erhöht.

Am augenfälligsten ist das Versagen der Subventionspolitik darin, daß nicht einmal der engbegrenzte Zweck, nämlich die Fortführung unrentabler Unternehmungen, immer erreicht worden ist. Bei den Vulkan-Werken, bei Stock Motor und anderen ist es trotz der Zuschüsse zur Stillegung gekommen, und die aufgewendeten Summen waren vollständig nutzlos vertan. Ob bei der Lage des Metallmarktes den Mechernicher Werken und der Mansfeld AG nicht schließlich ein ähnliches Schicksal bevorsteht, kann dahingestellt bleiben. Neben den Garantien und Zuschüssen erreichen auch die aus Reichsmitteln gewährten Kredite eine außerordentliche Summe. Allein beim Reich betrugen sie am 1. Oktober 838 Mill. Im vorhergehenden Jahr waren es 1507 Mill. gewesen. Die Verminderung erklärt sich daraus, daß große Beträge als endgültig verloren abgeschrieben wurden und zwar das Reichsdarlehen an die Arbeitslosenversicherung mit 623 Mill., ferner zwei Darlehen an die Reichsbahn mit 80 und 54 Mill. Schließlich sind die Forderungen aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge in Höhe von 370 Mill. bekanntlich in die neugegründete Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten eingebracht worden. Auch hier sind keineswegs alle Verluste, die entstanden sind, ersichtlich gemacht.

Daß es sich um erhebliche Milliardenbeträge handelt, die in den letzten Jahren bei knapper Kapitalbildung in falsche Bahnen gelenkt worden sind, geht aus dem Reichsetat bereits zur Genüge hervor. Würde man die Summe der zahllosen Subventionen kennen, die Kommunen und Kommunalverbände gegeben haben, teils durch direkte Zuwendungen, teils durch Garantien, Aktienübernahmen, Steuernachlässe, Abgabe von Industriegelände, Zufahrtstraßen und Hafenanlagen, so würde zweifellos der Betrag noch erheblich steigen.

Protektionismus, den man in diesem Umfange vor dem Kriege bei weitem nicht kannte, in erster Linie als eine geistige Folge des Kriegs und der Kriegswirtschaft. Und wir sind überzeugt, daß dieses „System", schon durch die heutige Krise genügend ad absurdum geführt, allmählich wieder zurückgebildet werden wird. Dasselbe gilt für die protektionistische Abschließung der Nationen gegeneinander. Mag auch hie und da der wirtschaftliche Nationalismus noch Fortschritte machen — daß auf die Dauer in einer Zeit, die die Menschen transporttechnisch und akustisch so nahe aneinander gebracht hat, die wirtschaftliche Entwicklung nur eine dauernde Zunahme der Verflechtung bewirken und nicht zu einer vermehrten Abschließung führen kann, das erscheint, wenn man sich von der momentanen Entwicklung etwas distanziert, sonnenklar. Trotz der hochprotektionistischen Welle der Nachkriegszeit ist der Welthandel auch seit dem Jahre 1925 nach der Wiederherstellung einigermaßen geordneter wirtschaftlicher Verhältnisse in den Hauptwelthandelsländern ständig gewachsen. Er liegt nach Ausschaltung der Preisschwankungen um 28 Prozent über dem Jahre 1913, und die Zunahme seit dem Jahre 1901 beträgt 92 Prozent. In England ist die Gegenbewegung gegen die Zollpläne im Wachsen. In den Vereinigten Staaten beginnen immer weitere Kreise, an der Zweckmäßigkeit des Hochprotektionismus irre zu werden, und das Zitat aus dem Chase Economic Bulletin auf Seite 33 zeigt treffend, worauf es ankommt. Die Länder mit den niedrigsten Zöllen fahren am besten, und es lohnt sich, wie ein weiterer Beitrag am holländischen Beispiel zeigt, auch in der hochprotektionistischen Welt, selbst für ein vereinzeltes Land, Freihandel zu treiben. Es kann sich nicht darum handeln, daß sich Europa gegen Amerika organisiere, um nur mit vereinten Kräften den Zollkrieg umso stärker zu führen, Europa ist ein geographischer, kein wirtschaftlicher Begriff, und wir sind mit Argentinien und Ostasien nicht weniger eng verflochten als mit manchem nahe benachbarten Land. Die Gesamtentwicklung ist also klar. Der Protektionismus ist die Schlacke einer vergangenen Zeit, und es fragt sich nur, wie rasch sie wieder beseitigt wird. Bisher hatten wir — nach Max Warburgs vielzitiertem Ausspruch auf dem Deutschen Industrie- und Handelstag 1927 — Freihandel nur per Termin und per Kasse den Schutzzoll und unsere Uebersicht auf Seite 30 und 31 zeigt, wie sehr die Freihandelsbekenntnisse mit der tatsächlichen Entwicklung kontrastieren. Aber die Zeit rückt näher, in der den Regierungen dieses Termingeschäft nicht mehr prolongiert werden wird, sondern die Not zur Erfüllung zwingt. Wie in der Reparationspolitik, so wird auch auf dem Gebiete der Zollpolitik allmählich unter dem Zwang der Not die wirtschaftliche Vernunft die Maßnahmen wieder diktieren. Auf der Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie im September 1929 hat ein Redner gesagt, daß die Beseitigung der Zollgrenzen eine ungeheure Steigerung des Verbrauchs mit sich bringen müsse und einen wesentlichen Teil aller Sorgen beseitigen werde. Ist die jetzige Krise noch nicht schwer genug, um den Widerstand derjenigen zu brechen, die heute Nutznießer dieser Liebesgaben sind oder zumeist nur zu sein glauben?

Eine Freihandelsinsel in protektionistischer Umwelt

Den Gegensatz der handelspolitischen Auffassungen der Niederlande und ihrer festländischen Umwelt zeigt deutlichst die Tatsache, daß — so könnte man es etwa fassen — in dieser Umwelt die wenigen von der „nationalen" Phrase noch nicht erschlagenen Freihändler Schutzzöllner sind, protektionistischen Gedankengängen unziemliche Reverenz erweisen, während in Holland selbst der Schutzzöllner sich schamhaft als Anhänger einer „aktiven" Handelspolitik und als prinzipiellen Freihändler bezeichnet. Das gilt für die Theorie wie für die Praxis.

Holland ist rohstoffarm und ist seit Jahrhunderten ein handeltreibendes Volk. Zwei Gründe, die, innerlich wohl zusammenhängend, für Freihandel sprechen. Der Freihandel war aber auch eine Abhärtungskur, die einen siechen Wirtschaftszweig widerstandsfähig werden ließ: die Landwirtschaft und, auf erschlaffende Verzärtelung verzichtend, einen neuen heranwachsen ließ: die Industrie. Der Freihandel hat Holland in der Agrarkrise im letzten Drittel des vorigen Jahrhunderts gezwungen, seine Landwirtschaft zu rationalisieren, wie man heute sagen würde, sich auf die Zweige zu verlegen, für die die naturgegebenen Voraussetzungen die besten waren und Arbeit und Schulung zur höchsten Wirkung kommen konnten. Der Freihandel hat Hollands Industrialisierung nicht nur nicht verhindert, sondern sogar gefördert; denn dadurch wurde der holländische Unternehmer veranlaßt, nicht wahllos jeden Artikel zu produzieren, den ihm bisher das Ausland verkaufte, sondern sich auf die Erzeugung jener zu verlegen, worin durch besonderes Geschick, Ausnützung gegebener Verhältnisse und rationelle Betriebsführung ein Wettbewerb möglich schien. So sind führende Industrien Hollands entstanden: Schiffbau, Margarine, Glühlampen, Radio, Kunstseide. Dazu trat: der holländische Industrielle oder Landwirt wußte, daß er — wenigstens in normalen Zeiten — sich nur auf sich selbst zu verlassen hätte, daß angesichts der herrschenden Auffassungen auf offene oder versteckte Subsidien und Liebesgaben — und das sind Schutzzölle — nicht gerechnet werden könne. Der Widerstand der Massen gegen Zölle zugunsten einer Gruppe ist im allgemeinen zu stark, um andere als fiskalische Zölle zuzulassen. Der Landwirt, der Industrielle zogen hieraus ihre Folgerungen. Die Abneigung, die der oft extrem individualistische Holländer auch als Wirtschaftssubjekt gegen den Staat an den Tag legt — Kehrseite einer oft glänzenden Medaille — ließ ihn selbst dort auf Anrufen des Staates, Hilfeleistung staatlicher Organe und Institutionen verzichten, wo ein solcher Schritt durchaus gerechtfertigt gewesen wäre. Nur dieser Abneigung war z. B. der vollständige Mißerfolg der staatlichen Ausfuhrförderung zuzuschreiben.

Die Spezialisierung auf bestimmte Gebiete der großen Wirtschaftszweige und die Verfügung über billige Rohstoffe, die das Ausland in einer Zeit der Ueberkapazität gern anbietet, macht die holländische Industrie auch im Auslande wettbewerbsfähig, und diese Wettbewerbsfähigkeit wird durch die Neigung, mit der besten und wirkungsvollsten Ausrüstung zu arbeiten, und durch den Zwang, angesichts der künstlichen Förderung der zollgeschützten Auslandsindustrien so arbeiten zu müssen, verstärkt. Hollands Ausfuhr war, auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet, in den Jahren 1928 und 1929 die größte aller Länder. Und von dieser Ausfuhr entfielen fast zwei Drittel auf Fertigfabrikate und nur ein gutes Drittel auf Rohstoffe und Halbfabrikate (1930 fl. 1056.11 Mill. Fertigfabrikate und fl. 586.13 Mill. Rohstoffe und Halbfabrikate; 1929 fl. 1239.43 und fl. 680.44 Mill.). Holland führt beinahe soviel Fabrikate aus, wie es einführt (1930 1056.11 Mill. Ausfuhr gegen 1201.15 Mill. Einfuhr; 1929 fl. 1239.43 gegen 1311.87 Mill.) und bezahlt auch seine Einfuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten größtenteils mit ausgeführten Fertigfabrikaten (1930: fl. 1202.96 Einfuhr ersterer und 1056.11 Mill. Ausfuhr letzterer; 1929 fl. 1426.35 und 1239.43 Mill.). Das holländische Beispiel zeigt, daß ein Freihandelsland selbst in der schutzzöllnerischen Umwelt am besten fährt, wenn es Freihandelsland bleibt. Das Beispiel hat aber auch als Vorbild gewirkt: auf den Genfer handelspolitischen Tagungen wurde anerkannt, was es für Bestrebungen, Europa handelspolitischer Vernunft zuzuführen, bedeutet, wenn wenigstens ein Land am Freihandel festhält. Daß Holland trotz der deutschen Agrarzollpolitik, die ihm dies schwer genug macht und im vorigen Jahre den Bogen so stark spannte, daß er fast brach — man denke an die spontane Boykottbewegung — an den Grundsätzen des Freihandels aus wohlverstandenem Eigeninteresse festhalten will, hat eine Regierungserklärung von Ende April 1931 neuerlich bestätigt.

DIE „GEBUNDENE“ WIRTSCHAFT

Ist es nicht Utopie, eine Rückkehr zur freien Marktwirtschaft erwarten zu wollen, in einer Zeit, in der an allen Ecken Bindungen, Kartelle, Monopole und Gewerkschaften die Konkurrenz auszuschließen trachten? Ein schlimmer Irrtum offenbart sich mit dieser immer wieder gestellten Frage. Die Zusammenschlüsse aller Art wären meist ungefährlich und bedeuten keine Entartungserscheinung des Kapitalismus, wenn ihre Mitglieder nicht vom Staate bestimmte Monopole verliehen bekommen hätten. So ist in der überwiegenden Mehrzahl aller Fälle den Kartellen erst durch die protektionistische Handelspolitik die Möglichkeit einer monopolistischen Beherrschung des Marktes gewährt worden, und nun sind sie es natürlich, die dem Abbau der Zölle, weil mit ihm den Kartellen das Fundament entzogen würde, den stärksten Widerstand entgegensetzen. Man hebe die Zölle auf, und nationale und internationale Kartelle werden zum größten Teil auf den Rang harmloser und z. T. sehr nützlicher, aber durchaus nicht monopolistischer Marktorganisationen herabsinken. Es wird auch dann noch einige Monopole geben, die auf einer besonderen technischen Ueberlegenheit, auf einem natürlichen Vorsprung beruhen, wie beispielsweise die deutsch-französische Kaligemeinschaft. Es können auch örtliche Monopolverbände standortfixierter Gewerbe bestehen bleiben, die ihren Frachtvorsprung vor den Konkurrenten ausnützen. Auch wird es namentlich in Branchen, die mit Anlagekapital von langer Herstellungsdauer arbeiten, immer Monopolisierungsversuche geben, die eine Zeitlang gelingen, bis die Konkurrenz zur Stelle ist, und dieser zeitliche Vorteil wird besonders groß, wenn eine Kapitalnot den schon bestehenden Unternehmungen ein Uebergewicht verleiht. Aber im Vergleich zu dem heutigen Zustande würde die Möglichkeit wirklicher Monopolisierung durch Verbandsbildung oder Vertrustung minimal sein, und in den wenigen schwerwiegenden Fällen, die dann leicht zu überblicken wären, hätte es der Staat in der Hand, einen Mißbrauch des Monopols auszuschließen.

GRENZEN DES MONOPOLS

Verbände sind nämlich an sich noch lange keine Monopolkartelle, und das gleiche gilt für einzelne große Konzerne. Wenn ein paar — oder selbst alle — Produzenten eines Gewerbezweiges sich zusammenschließen und den Preis über jenen Punkt zu erhöhen trachten, der sich bei freiem Spiel von Angebot und Nachfrage ergeben würde, so haben sie vor allem damit zu rechnen, daß die ausländische Konkurrenz heranwächst. Sie müssen weiter darauf gefaßt sein, daß im Inland Außenseiter entstehen, die an den höheren Monopolprofiten zu partizipieren trachten. Es ist durchaus nicht notwendig, daß diese Außenseiter immer kleine, harmlose, kapitalschwache Unternehmer sind, die an die Wand zu drücken einem Kartell ein leichtes wäre, sondern die Außenseiterschaft kann auch von einem mächtigen Konzern, der seinen Betrieb gern auf ein fremdes Gebiet ausdehnt, aufgenommen werden. Auch muß eine Vereinigung von Produzenten damit rechnen, daß Ersatzprodukte konkurrenzfähig werden, statt Kupfer Aluminium, statt Leuchtöl Gas, wie überhaupt eine künstliche Heraufsetzung des Preises über das Niveau des Marktpreises die Nachfrage der Konsumenten nach dem betreffenden Produkt einengt. Je rücksichtsloser der Monopolisierungsversuch ausfällt, um so rascher erheben sich Schranken gegen die willkürliche Preisheraufsetzung, und dazu tritt noch die (nur durch Vollverschmelzung auszuschließende) Gefahr, daß mit der Heraufschraubung des Preises das Kartell selbst auseinanderfällt und die leistungs-

Das Schicksal des deutschen Kapitalismus

„.... Ein Kapitalismus, der nicht verlieren kann, ist lebensunfähig, weil überflüssig. Denn wenn die Möglichkeit des Verlustes, wenn die Wahrscheinlichkeit des Risikos aus der Wirtschaft so ausgeschaltet werden könnte, daß der durchschnittliche kapitalistische Unternehmer, der, wie die Erfahrung doch jetzt wohl gezeigt hat, kein Uebermensch ist, keine Verluste mehr zu befürchten hat, dann kann man den Wirtschaftsbetrieb auch verstaatlichen. Wenn der Kapitalismus auf die Dauer nichts verdient und den Uebergang zu Verdienstmöglichkeiten über Preisherabsetzungen und rücksichtslose Abschreibungen fürchtet, dann ist er nicht zu halten. Der Versuch, diesen Verlust durch Schutzzölle oder Subventionen der Allgemeinheit aufzubürden, ist auf die Dauer nicht möglich.“
M. J. Bonn: „Das Schicksal des deutschen Kapitalismus.“ (Gebundene Wirtschaft S. 46.)

Die Ausdehnung der Genossenschaftsbewegung

Die Zahl der Genossenschaften, die in den letzten zehn Vorkriegsjahren von rd. 24 000 auf rd. 30 000 gewachsen war, ist nach dem Kriege weiter gestiegen und zwar von rd. 36 000 auf 40 000, jedoch hauptsächlich unter

Entwicklung der Genossenschaften seit Bestehen des Genossenschafts Gesetzes

	Gesamtzahl	städt. u. ländl. Kreditgenoss.	davon u. a.: Rohstoffgen. gew.	Rohstoffgen. ldw.	Werkgen. gew.	Werkgen. ldw.	Produktivgen. gew.	Produktivgen. ldw.	Konsum-V.	Wohn- u. Baugenoss.
Mai 1890	6777	3467	113	892	10	273	140	833	868	38
„ 1900	17988	11477	92	1237	53	501	203	2186	1404	322
„ 1905	25399	15011	290	1949	112	707	368	3270	2090	617
Dez. 1910	30555	17493	394	2064	766	601	415	3745	2311	1056
Jan. 1914	34568	19192	428	2433	351	1904	431	4003	2343	1342
„ 1919	39056	20199	1353	2935	329	2404	1106	4094	2313	1485
„ 1925	52326	21602	2121	4201	341	7134	1060	4117	2407	3795
„ 1927	51978	22370	1845	4498	245	7332	863	4348	1942	4128
„ 1929	52153	22174	1739	4316	246	726	800	4826	1783	4383
1. Juli 1931	52612									

Berücksichtigung bestimmter Gruppen (gewerbliche Warengenossenschaften und Händlergenossenschaften). Dabei hatte der durch den Friedensvertrag eingetretene Gebietsverlust einen Rückgang um 3600 Genossenschaften gebracht.

Die Kreditgenossenschaften von 1893—1930

Jahr	Zahl der bericht. Genoss.	Mitgliederzahl	Geschäftsguth. der Mitglied.	Reserven	Anvertr. fremde Gelder	Verbindlichkeit.	Bilanzsumme
1859	80	18676	0.74	0.09	3.04		—
1865	498	169595	13.33	1.23	52.97		66.29
1870	740	314656	40.35	3 64	130.92	7.08	187.00
1875	815	418251	83.54	8.43	316.94	13.23	431.79
1885	896	458080	107.84	21.58	389.95	11.85	544.39
1895	1068	525748	125.79	37.69	448.05	19.08	666.17
1900	975	555045	149.42	49.25	611.99	41.38	870.48
1905	1249	635807	193.13	74.95	970.27	24.30	1282.66
1910	1363	710692	249.94	104.80	1291.21	41.64	1711.85
1913	1493	815065	298.21	132.77	1612.93	80.29	2155.37
1924	1075	983919	40.65	40.13	238.12	56.89	386.58
1925	1146	979181	80.71	45.30	448.03	57.68	652.92
1926	1207	1002570	112.28	60.25	707.16	51.03	953.50
1927	1240	976342	144.99	66.03	936.30	66.02	1240.69
1928	1254	1017193	177.08	71.80	1238.64	71.72	1595.35
1929	1256	1008540	198.82	80.87	1403.78	73.56	1796.41
1930 ..			213.00	90.00			2000.00

Den Wiederaufbau der durch die Inflation stark geschädigten Kreditgenossenschaften konnte man schon in den ersten drei bis vier Jahren als gelungen ansehen. Vor Jahresfrist (1930) sind die Zahlen der Vorkriegszeit fast annähernd erreicht worden. Der schnelle Wiederaufbau mit z. T. ungeeigneten Kräften blieb nicht ohne enttäuschende Rückschläge und die Wirtschaftskrise forderte im Genossenschaftswesen ebenfalls manche Opfer.

fähigeren Werke es vorziehen, zu niedrigeren Preisen die Produktion zu erweitern. Es gibt kaum einen besseren Anschauungsunterricht für die Grenzen des Monopols als den schon auf Seite 29 erwähnten, unter Beteiligung der englischen Regierung im Jahre 1922 ausgearbeiteten Stevenson-Plan für die Kautschukausfuhrbeschränkung aus Ceylon und Malaya. Die nichtbritischen Erzeuger hatten sich diesem Restriktionsplan von vornherein nicht angeschlossen. Noch bevor infolge der Zunahme des Weltverbrauchs 1925, verstärkt durch die britische Ausfuhrzurückhaltung, die anfängliche Preisbesserung einsetzte, machten sich die Pflanzer in den nichtbritischen Gebieten die Teilrestriktion in Ceylon und Malaya zunutze, und es setzte eine fieberhafte Vermehrung der Zapfungen und der Neupflanzungen ein. Englands Anteil an der Gummierzeugung der Welt, der vor dem Inkrafttreten des Stevenson-Schemas 73.6 Prozent betrug, ging bis 1927 auf 57.3 Prozent zurück, während der niederländisch-indische Anteil von 24.10 auf über 40 Prozent anstieg. Gleichzeitig leiteten die Verbraucher Abwehrmaßnahmen ein. Ein völlig mißglückter Monopolisierungsversuch mit untauglichen Mitteln, wie er sich hier vor allen Augen der Welt vollzog, vollzieht sich auch innerhalb der nationalen Wirtschaften immer von neuem. Zusammenschlüsse, Organisationen sind jedenfalls für die Gesamtwirtschaft in der Regel so lange unschädlich, als nicht besondere objektive Voraussetzungen der Monopolbildung, wie sie beispielsweise ein staatlicher Schutzzoll darstellen kann, hinzukommen.

DIE VERFEINERUNG DES WETTBEWERBS

Fehlt es an diesen Voraussetzungen, so können Organisationen und Verbände nichtmonopolistischer Art unter Umständen sogar erheblich zur Verbesserung des Systems der Marktwirtschaft beitragen. Sie können, wie man es ausgedrückt hat, die Wirtschaftsfreiheit organisieren, und eine gebundene Wirtschaft dieser Art bedeutet nicht das Ende des Kapitalismus, sondern stellt den Höhepunkt der freien Konkurrenz, eine verfeinerte, rationalisierte Form des Wettbewerbs dar. Diese Verbände können dazu beitragen, die Uebersicht über den Markt zu verbessern, die Auffindung des richtigen Preises zu erleichtern, die Kalkulationen fehlerloser zu gestalten. Aus diesem Grunde wäre es auch verkehrt, die Genossenschaftsbewegung, die ausweislich vorstehender Uebersicht auch nach dem Kriege große Fortschritte gemacht hat, als eine Form der Ueberwindung der Marktwirtschaft anzusehen. Konsumgenossenschaften, Einkaufs- und Verwertungsgenossenschaften des Handels, des Gewerbes und der Landwirtschaft stellen nur eine Verbesserung der Konkurrenz, die Ersetzung einer atomisierten durch eine organisierte Konkurrenz dar, aber sie befinden sich bei richtiger Disposition durchaus im Einklang und nicht im Widerspruch mit den regulierenden Prinzipien der Marktwirtschaft. Sie emanzipieren vielfach den einzelnen Konsumenten oder kleinen Gewerbetreibenden von den zufälligen Umständen einer ungeregelten freien Konkurrenz, sie führen ihm die Vorteile der Marktwirtschaft unbeschränkt zu und sind deshalb als eine Verbesserung, nicht als eine Ueberwindung der Marktwirtschaft anzusehen. Das gleiche gilt von den Gewerkschaften. Sie sind als solche selbst von den extremsten Verfechtern einer freien Wirtschaft, beispielsweise auch vom Hansabund, anerkannt. Wenn heute von den dreißig Millionen Erwerbstätigen in Deutschland rund 7¼ Millionen in den freien Gewerkschaften, den christlichen Gewerkschaften und dem Gewerkschaftsring organisiert sind, davon allein 5.4 Millionen in den freien Gewerkschaften und davon wieder fast 1 Million im Deutschen Metallarbeiterverband,

Das Fiasko der Kohlen-Gemeinwirtschaft

Das Kohlenwirtschaftsgesetz sollte die Sozialisierung des Bergbaues bringen. Zentralistische Gedankengänge in der militärisch organisierten Kriegswirtschaft bildeten eine wichtige Grundlage für die damals weit verbreitete Ansicht, der Bergbau sei „reif" für die Sozialisierung. Die Verkündigung des Gesetzes am 23. 3. 1919 diente zunächst nur der politischen Beruhigung. Die inhaltgebenden Ausführungsbestimmungen vom 21. 8. 1919 (in Kraft seit 1. 9. 1919) realisierten jedoch die Bestrebungen auf „Vollsozialisierung" nicht. Nur eine „Gemeinschaft" auf Grundlage der Selbstverwaltung unter Aufsicht des Reiches wurde proklamiert. Die Ideengänge sind jedoch nie verwirklicht worden. Die Handhabung des Gesetzes wechselte mehrfach und widersprach oft direkt seinen Absichten. Der zur Kohlenbewirtschaftung geschaffene große Apparat war vielleicht ein natürliches Hindernis. Auch die Einflußgruppierung war verfehlt. Die Unternehmer, nach wie vor besorgt wegen der sozialistischen Tendenz der Gesetzgebung, standen innerlich abseits; zwar war das Privateigentum erhalten geblieben, aber die Einschränkung der unternehmerischen Freiheit war erheblich. Namentlich in den ersten Jahren, wo z. T. in der falschen Vorstellung, man könne dadurch die Inflation bekämpfen — auch die Kohlenpreise durch ministrielles Diktat niedrig gehalten wurden, waren die Eingriffe bedeutsam. Heute freilich liegen die Dinge z. T. umgekehrt, die Gesetzesapparatur dient in Verbindung mit der Tätigkeit des Reichskohlenkommissars mehr der ungesunden Protektion des Bergbaus, wiewohl wichtige Nachteile auch für den bergbaulichen Unternehmer verblieben sind.

Die Arbeiterschaft unterstützte namentlich in den Jahren nach der Stabilisierung im Hinblick auf Lohnsteigerungen und wachsende soziale Abgaben sowie im Hinblick auf Exportforcierung Preisaufschläge zu Lasten der monopolabhängigen Verbraucher, stellte also das Produzenteninteresse über das der Gesamtwirtschaft. Die Konsumenten waren in der gemeinwirtschaftlichen Organisation auch zahlenmäßig zu schwach vertreten. Der Handel, der sich in zunehmender Abhängigkeit von Zechen und Syndikaten befand und befindet, bot keinen Widerstand gegen die in den Jahren nach der Stabilisierung sich verstärkende protektionistische Tendenz.

Das Gesetz übte eine Reihe von direkten Wirkungen aus: Indem es durch Zwangssyndizierung den freien Markt beseitigte und auch seine zeitweise Freigabe, die sehr heilsam gewesen wäre, ausschloß, verhinderte es die gesunde Auslese und förderte ungesunde Entwicklungen, vor allem die Uebersteigerung der Kapazitäten und die Quotenjagd. Indem es den Selbstverbrauch der Konzernzechen von der Syndikats-Regulierung ganz oder teilweise ausnahm, förderte es die vertikale Konzentration und durchlöcherte die auf horizontaler Markt-Kooperation beruhende Syndikats-Idee, förderte also die Hüttenkonzerne zum Nachteil der reinen Zechen, die mit jeder Angliederung verarbeitender Betriebe ihren Markt kleiner werden sahen. Heute ist von der Durchführung der ursprünglichen Gesetzesabsichten keine Rede mehr. Eine Lockerung setzte sich schon in der Weise durch, daß den Syndikaten größere Preisfreiheit zugebilligt und der Reichswirtschaftsminister von der Pflicht zur zwangsweisen Syndikatsbildung befreit wurde. Das Gesetz nebst seinen Ausführungsbestimmungen ist heute sachlich und dem Geiste nach überholt und störend. Die Gewerkschaften betrachten „die Selbstverwaltungskörper, wie sie heute im Bergbau bestehen, als unzulängliche Ansätze für die notwendige Entwicklung einer gewerblichen Selbstverwaltung, die als eine Form des gemeinwirtschaftlichen Aufbaues neben dem Vordringen der unmittelbaren Ausdehnung der Wirtschaft der öffentlichen Hand eine wichtige Rolle im Prozeß der Demokratisierung der Wirtschaft zu spielen haben wird" („Wirtschaftsdemokratie"). M. a. W.: bei allen auch von Arbeiterseite erkannten schweren Mängeln der heutigen Kohlenbewirtschaftung glaubt man den jetzigen Zustand als Etappe auf dem Weg zu einer stärker sozialistischen Verfassung stützen zu sollen, weshalb sich die Gewerkschaften sogar für internationale Kartellierung der Kohle einsetzen. Die Gesamtwirtschaft aber leidet unter Preisüberhöhung — gerade für den Kleinverbrauch — und unter Kapitalfehlleitung in einem der wichtigsten Grundstoffzweige infolge Aufhebung des freien Marktes zu sehr, als daß der heutige Zustand noch länger zu rechtfertigen wäre. Der Staat hat sich, so ist zu fordern, auch hier wieder von dieser Art Intervention zurückzuziehen, obwohl er, wie es scheint, dabei ist, sich durch Einflußnahme auf internationale Abreden noch tiefer mit dem Kohlenbergbau einzulassen.

so ist eine solche Organisierung der Arbeitnehmer, denen auch eine Organisierung der Arbeitgeber in den Arbeitgeberverbänden gegenübersteht, unter den verschiedensten Gesichtspunkten auch rein wirtschaftlich als ein großer Fortschritt anzusehen. Wenn diese Gewerkschaften in freier Vereinbarung mit den Arbeitgebern Tarifvereinbarungen treffen, so bedeutet eine solche Aushandlung des Preises der Arbeitsleistung eine gesamtwirtschaftliche Rationalisierungsmaßnahme. Sie bedeutet zwar für den einzelnen unter Umständen eine bessere Orientierung über die Bedingungen des Arbeitsmarktes und schützt ihn so gegen die Möglichkeiten einer Uebervorteilung im Einzelfalle. Aber sie bedeutet nicht etwa eine künstliche Heraufschraubung des gesamten Lohnniveaus. Denn dieses Niveau bestimmt sich natürlich nach der Gesamtnachfrage nach Arbeitskräften im Verhältnis zur Knappheit des Arbeiterangebots und im letzten Grunde nach der Produktivität der Arbeit. Wenn solche Tarifabreden heute vielfach als Symbol einer Schablonisierung der Entlohnungsmethoden oder einer Ueberhöhung des Lohnniveaus angesehen werden, so ist daran nicht eine Monopolmacht der Gewerkschaften schuld. Monopolistischen Charakter gewinnen die Gewerkschaften erst dann, wenn der Staat den Tarifen Zwangscharakter beilegt, und daß die staatliche Lohnpolitik, die in Deutschland auch nach Beendigung der Hochkonjunktur die Löhne schematisch immer weiter heraufsetzte, sich an der Arbeiterklasse am meisten gerächt hat, wird später noch hervorzuheben sein. Der Staat braucht auf Schlichtung nicht zu verzichten und kann auf diese Weise der Marktwirtschaft zweifellos zahlreiche Reibungsverluste ersparen. Aber er muß bei einer Verbindlichkeitserklärung mit größter Vorsicht zu Werke gehen, um nicht den Vereinbarungen zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer den Charakter eines verfeinerten Ausdrucks der freien Konkurrenz zu nehmen.

DIE MONOPOLKARTELLE

In diesem System organisierter Wirtschaftsfreiheit haben private Monopole keinen Platz. Wenn früher die Höhe des Einkommens von der Güte der Marktleistung abhing, so eröffnet sich nun erstmals „die grundsätzliche und systemgerechte Möglichkeit, aus schlechterer Leistung mehr zu verdienen als aus der guten und reichlichen" (Heimann). Die Kartelle bemessen häufig — wie die Kriegswirtschaftsstellen — die Preise nach den Produktionskosten der leistungsunfähigsten Betriebe. Sind sie doch auf die Erhaltung auch rückständiger Unternehmungen bedacht, und wenn sie hie und da Stillegungen vornehmen, so kalkulieren sie dabei meist die Amortisationskosten in ihre Preise ein, verhindern also deren endgültige Ausmerzung und Dekapitalisation, die bei freiem Wettbewerb unbedingt eintreten würde. Am schlimmsten sind ihrer Natur nach die Kartelle auf Grund staatlichen Zwanges, weil sie das Kartell auch noch der Sorge vor der Entstehung von Außenseitern entheben; so verhielt es sich gemäß dem Kohlenwirtschaftsgesetz bis vor kurzem mit dem Kohlensyndikat. Man braucht nur die Preise zu beachten, die Monopolkartelle zur Forcierung ihres Absatzes den Konkurrenten ihrer deutschen Abnehmer im Ausland stellen, um zu erkennen, daß es sich hier um Pervertierungen eines vernünftigen Wirtschaftsablaufs handelt. Schuld daran sind nicht in erster Linie die Kartelle, die auf dem Untergrunde der Schutzzölle logischerweise heranwachsen müssen und ihre Geschäftspolitik in der Regel so betreiben, daß sie unter Berücksichtigung der Absatzentwicklung den maximalen Gesamtprofit realisieren können — daß sie sich bei dieser Kalkulation gelegentlich noch verrechnen und die Preise noch höher halten, als ihrem eigenen Interesse entspricht,

Die Kartellgesetzgebung versagt

Die Forderungen nach einer Kontrolle der Kartelle zum Schutze der Gesamtwirtschaft sind alt. Sie beschäftigen die Wirtschaftspolitik schon seit den 70er Jahren, besonders seit Einführung der Schutzzölle im Jahre 1879. Schon vor dem Kriege sind, obwohl die Kartelle damals weder den heutigen Umfang noch die heutige Bedeutung für die deutsche Wirtschaft hatten, Forderungen nach einer Reichsaufsicht über die Kartelle erhoben worden.

Die heutige deutsche Kartellgesetzgebung entstand im Wege der Notverordnung. Die „Verordnung gegen Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellungen vom 2. November 1923" erging „auf Grund des Ermächtigungsgesetzes zum Zwecke der Produktionssteigerung und zur Befreiung der Wirtschaft von unproduktiven Hemmungen". Es sollten „ungesunde Hemmungen des freien Wettbewerbes beseitigt werden", wie eine amtliche, die Verordnung begründende Mitteilung damals besagte. Auch die weiteren Eingriffe erfolgten im Wege der Notverordnung. Die Notverordnung vom 26. Juli 1930 gab der Regierung noch weitergehende, direkte Eingriffs-Vollmachten und suchte die Schwächen der 1923er Verordnung zu beseitigen. Es wurden Kartellverträge mit anderen Wirtschaftsstufen ausdrücklich als Kartellverträge im Sinne der alten VO angesprochen, also der Möglichkeit von Regierungseingriffen unterworfen. Außerdem erhielt die Regierung das Recht, Eingangszölle für kartellierte Waren herabzusetzen oder aufzuheben. Sie soll dabei gehalten sein, vor Ergreifung von Auflösungs- und zollpolitischen Maßnahmen den Reichswirtschaftsrat gutachtlich zu befragen. Am 30. August v. J. ergänzte eine neue Verordnung diese Juli-Notverordnung noch dahin, daß Preisbindungen der Abnehmer für Waren oder Leistungen anderer Art oder Herkunft für nichtig erklärt wurden.

Trotz all dieser Vollmachten und Vorschriften sieht sich die deutsche Wirtschaft inmitten der schwersten Krise einer großen Zahl von ungesunden Hemmungen der Produktion in Gestalt überhöhter Kartellpreise gegenüber. „Gefährdung der Gesamtwirtschaft oder des Gemeinwohls unter Ausnutzung einer wirtschaftlichen Machtstellung" liegt längst in vielen Fällen vor. Woran liegt die Wirkungslosigkeit der Kartellgesetzgebung? Zunächst an der Handhabung. Es hat sich gezeigt, daß eine rein politische Instanz wie der Reichswirtschaftsminister in der rücksichtslosen Wahrnehmung der gesamtwirtschaftlichen Interessen, namentlich gegenüber den wirtschaftlich mächtigen Gruppen, in den letzten Jahren behindert ist. Bestrebungen gehen infolgedessen dahin, ein besonderes Kartellamt zur Beaufsichtigung der Kartelle zu schaffen, dessen Abhängigkeit von den politischen Faktoren natürlich schon deshalb notwendig wäre, weil auch die Kartellpolitik eine der wichtigsten Aufgaben der allgemeinen Wirtschaftspolitik darstellt. Aber nicht nur an der bisherigen Handhabung liegt der Mißerfolg der deutschen Gesetzgebung, sondern an der Mangelhaftigkeit der wirtschaftspolitischen Konstruktion. Auf der einen Seite hat die Wirtschaftspolitik durch Zölle und sonstige Interventionen die freie Marktbildung zugunsten der Kartelle und der Kartellbildung eingeschränkt, auf der anderen Seite bekundet das Kartellrecht eine gewisse kartellgegnerische Tendenz, indem es dem einzelnen Unternehmen in besonderer Weise die wirtschaftliche Freiheit gegen den Organisationszwang zu sichern versucht (mittels des Kartellgerichtes). Auf solche Weise Kartellübertreibungen zu bekämpfen reicht natürlich nicht aus und ist obendrein ungerecht. Ungerecht deshalb, weil von Kartell-Außenseitern und sich beschwerenden Mitgliedern keineswegs immer die Wiederherstellung der Marktfreiheit beabsichtigt wird, sondern zuweilen ein Sondernutzen, sei es durch Abfindung, höhere Quote usw.

Worauf es ankommt, ist, daß der Staat von vornherein davon absieht, die Voraussetzungen für die Bildung von Monopolen zu schaffen, daß er darauf verzichtet, die Monopolbildung zu begünstigen. Dann käme es nur darauf an, die ohne staatliche Förderung entstehenden Monopole durch Gesetz und Aufsicht an dem Mißbrauch der Machtstellung zu verhindern, so wäre die Aufgabe des Staates viel leichter zu lösen.

Erfahrungen mit der Kaligesetzgebung

Das Schicksal der deutschen Kaliindustrie wurde bereits vor dem Kriege auf Jahrzehnte hinaus festgelegt, als einem wilden Wettlauf der Gründungen, einer ungeheuerlichen Kapitalfehlleitung und Verschwendung statt des natürlichen Ausscheidungskampfes im Jahre 1910 die Bildung eines Zwangssyndikates folgte. Die Industrie selbst, unterstützt von einzelnen an der Ueberexpansion beteiligten Bundesstaaten, wünschte die Zwangswirtschaft, um den Auswirkungen des Preiszusammenbruches zu entgehen. Der Konsument hatte die Folgen dieser ersten großen „Sozialisierung der Verluste" zu tragen. Der Syndikatspreis wurde freilich schon damals öffentlicher Aufsicht unterstellt. Aber die Vorkriegsregelung vermochte dem weiteren Ausbau der Schächte nicht zu steuern und die Kosten wurden mit einer verringerten Kapazitätsausnützung belastet.

Erst nach dem Kriege kam das Abteufverbot und zugleich die große Stillegungsära. Den freiwillig ausscheidenden Werken wurde eine Abfindungsquote bis 1953 garantiert, die nunmehr aus dem Erlös der Industrie bestritten werden mußte. Die Zerreißung des deutschen Kalikomplexes in zwei konkurrierende Bezirke durch die Abtrennung des Elsaß konnte unter starken Konzessionen an den französischen Partner

ändert nichts an dem Prinzip —, sondern schuld ist in den meisten Fällen eine protektionistische Wirtschaftspolitik, die die Grenzen abriegelt, die inländischen Produzenten der betreffenden Waren zum Zusammenschluß zwecks Ausnützung dieser Monopolchance herausfordert und so bewirkt, daß der inländische Konsument und Weiterverarbeiter schlechter gestellt ist als der ausländische. Die Monopolkartelle haben ferner das elastische Preissystem weitgehend durch ein starres ersetzt. Die Vorstellung, daß auf diese Weise die Konjunkturschwankungen gemildert werden könnten, ist längst ad absurdum geführt worden. Der Mangel an Elastizität bei den Kartellpreisen hat zunächst die Preisschwankungen auf dem Gebiete der nichtkartellierten Produkte verschärft, und auch die Rückwirkungen auf den Absatz der Kartelle selbst sind natürlich nicht ausgeblieben. Es ist ganz abwegig, diese gefährliche Erstarrung des Preissystems als eine Wesenseigentümlichkeit unseres Wirtschaftssystems zu betrachten und die Kartellierung und die Preispolitik der Kartelle etwa als die notwendige Folge des Anwachsens der fixen Kosten anzusehen, wie es Schmalenbach in seinem vielbeachteten Vortrag getan hat. Gewiß, mit der Zunahme des Anteils langfristiger Investitionen ist das Konjunkturrisiko größer geworden, und das Interesse an der möglichst vollen Ausnützung der mit hohen fixen Kosten belasteten Betriebe kann möglicherweise zu einer Verstärkung des Konkurrenzkampfes in Depressionszeiten führen. Aber diese Faktoren werden selbstredend von den Unternehmern bei ihrer Anlagepolitik schon in Rechnung gestellt, und wo das Konjunkturrisiko so besonders groß ist, da wird man sich eben nur entsprechend schwerer zu diesen Investitionen entschließen und Neu- und Ersatzinvestitionen gegebenenfalls unterlassen mit der Konsequenz, daß bei einem Absatz über die Kapazität hinaus entsprechend höhere Preise die Nachfrage mit dem Angebot in Uebereinstimmung halten werden. Hohe fixe Kosten bedingen also ganz im Gegenteil stärkere Preisoszillationen. Keinesfalls aber sind hohe fixe Kosten schon die Legitimation für die Verleihung eines staatlichen Monopols durch Einräumung des Zollschutzes. Und ohne diesen Zollschutz nützen dem Unternehmer meist noch so hohe fixe Kosten nichts, er kann sich dann dem Konkurrenzkampf, bei dem der Leistungsunfähigere auf der Strecke bleiben wird, bei noch so hoch entwickelter Organisationstechnik nicht entziehen. Auch internationale Kartelle können sich, von den ganz seltenen und meist begrenzten natürlichen, patent- und frachtbedingten Monopolen abgesehen, in der Regel nur dort bilden, wo die einzelnen Länder einen Zollschutz gewähren. Andernfalls müssen sie sich, mögen sie noch so leidenschaftlich um Preishochhaltung bemüht sein, über kurz oder lang doch dem Markte anpassen, wie z. B. die sprunghafte Entwicklung des Kupferkartellpreises (Seite 30) zeigt. Wenn der Eisenpreis in Deutschland noch höher gehalten wurde, als Weltmarktpreis plus Fracht plus Zoll ausmachten, so deshalb, weil das deutsche Eisenkartell, begünstigt durch die Zölle, internationale Gebietsschutzabkommen hatte abschließen können und nun auch den Handelsapparat in seine Gewalt bekam. Ohne staatliche Begünstigung wäre beides nicht möglich gewesen, und obendrein hätte, falls noch nötig, durch Verbot der Ausschließlichkeitsklausel der freie Wettbewerb vollends sichergestellt werden können. Es bleibt also dabei: die Erstarrung der Preise ist nicht eine Wesenseigentümlichkeit unseres Wirtschaftssystems, nicht eine ökonomische, sondern eine politische Entwicklung, die der Staat am wirksamsten dadurch bekämpfen kann, daß er den Kartellen mit dem Schutzzoll das staatlich verliehene Monopol entzieht, nicht aber dadurch, daß er auf den einen staatlichen Eingriff, die Monopolverteilung, einen zweiten folgen läßt, indem er widersinnig die Ausnützung des verliehenen, teilweise in einer wirksamen Konvention überbrückt werden und die Entwicklung einer Eigenproduktion z. B. in Polen und Amerika steckt noch ganz in den Kinderschuhen. Der Einfluß, den die öffentliche Hand auf den Abbau der Läger, auf die Stillegung und Abfindung und auf die Preispolitik erhielt — bei dieser dürfte sie übrigens auf Grund ihrer ertragheischenden Eigenproduktion nicht immer hemmungsfrei gewesen sein — hat einen frühzeitig einsetzenden Rationalisierungsprozeß eingeleitet, der bis zu einem Höchstgrade des Zweckmäßigen in der Zusammenlegung, Stillegung und Konzentration der Werke führte. Der öffentliche Einfluß ließ dabei jedoch der privaten Initiative weiten Spielraum und beschränkte sich, wenn man von einer unzureichenden Preiskontrolle absieht, auf die Förderung einer außerordentlich starken Vertrustung, zu der die Tendenz zwar durch die Produktionsbedingungen bereits gegeben war, die sich aber unter dem Schutze der öffentlichen Hand auf Kosten der Verbraucher vollziehen konnte, während sie sich anderenfalls auf Kosten der schwächeren Erzeuger vollzogen hätte. Dabei gelang es nicht, neue Ueberinvestitionen im Kalibergbau selbst und in der Weiterverarbeitung, die im Laufe der Zeit immer stärkere Bedeutung gewonnen hat, zu verhindern. Riesenwerke, wie Merkers-Wintershall, machen die Industrie empfindlich gegen konjunkturelle und andere Schwankungen des Geschäftsganges. Die deutsche Industrie ist jetzt in drei großen Privat-Trusts: Wintershall, Salzdetfurth und Burbach organisiert neben weniger bedeutenden privaten und staatlichen Einzelbetrieben. Die Weiterentwicklung zum deutschen Gesamtkalitrust ist bis heute Idee geblieben, die Führer waren darüber nicht zu einigen. Schäden und Unzweckmäßigkeiten der finanziellen Konstruktion, überspannte Konzernverschachtelungen mit Scheinkapitalien wurden bei einzelnen Gruppen in neuerer Zeit in normalere Bahnen gelenkt.

Das natürliche Monopol hat die Konzentration erleichtert und die geringe Abwandlungsfähigkeit der Kaliverwendung hat vielleicht die Gefahren der Trustbildung geringer gestaltet als beispielsweise in der Kohlenindustrie mit ihren zahlreichen Nebenprodukten. Neuerdings könnte das unter dem Kali gefundene Erdöl ähnliche Entwicklungen anbahnen. Als positiven Erfolg der Kaligesetzgebung wird man allenfalls buchen können, daß eine Ueberfremdung dieser Exportindustrie unterblieb. Dieser Vorteil war freilich unvorhergesehen. Im übrigen hat die Allgemeinheit auch hier das Lehrgeld bezahlt wie auf anderen Gebieten der Zwangskartellierung.

Preisbindungen der zweiten Hand

Innerhalb des komplizierten Gebäudes von künstlichen Versteifungen, die man in den freien Marktmechanismus hineingebaut hat, nehmen die Preisbindungen der zweiten Hand eine besondere Stellung ein. Auf ihre große Bedeutung ist man erst in jüngster Zeit aufmerksam geworden. Die Vertragsfreiheit gestattet grundsätzlich den Fabrikanten, seinen Abnehmern einen bestimmten Wiederverkaufspreis vorzuschreiben und die Einhaltung der Vertragsbestimmung durch Konventionalstrafen zu erzwingen. In der praktischen Anwendung dieser Möglichkeit sind zwei verschiedene Fälle auseinanderzuhalten.

In vielen Fällen dienen die Preisbindungen der zweiten Hand dazu, dem monopolistischen Gefüge der Produzentenkartelle auch den Zwischenhandel anzuschließen, indem man ihn durch Reversverträge zur Einhaltung bestimmter Preise verpflichtet. Bis vor kurzem konnte diese Verpflichtung auch auf Waren ausgedehnt werden, die von dritter Seite stammten, wodurch naturgemäß das Aufkommen von Außenseitern außerordentlich erschwert wurde. Während in den genannten Fällen das System der vertikalen Preisbindungen in engem Zusammenhang steht mit dem Kartellproblem, hat es in anderen Fällen zu ganz selbständigen monopolistischen Erscheinungen geführt.

Bei Markenartikeln und verwandten Warengruppen gibt es dem Produzenten, der in der Regel in freiem Konkurrenzkampf steht, die Möglichkeit, durch Einräumung hoher Handelsspannen die Händlerschaft am Absatz seines Produktes zu interessieren. Der Händler gerät also in die Versuchung, seiner Kundschaft, die diesen Sachverhalt nicht kennt, nicht die beste, sondern jene Ware zu empfehlen, die ihm die höchste Gewinnspanne liefert. Bei stetiger Preisentwicklung treten die Nachteile dieser Erscheinung weniger zutage, bei anhaltendem Preisfall stellen sie dagegen eine starke Hemmung dar für die Anpassung der Detailpreise an die gesunkenen Großhandelspreise. Durch die Markenwarenverordnung hat die Regierung dieser Sachlage teilweise Rechnung getragen. Die Preisbindungen wurden für alle Markenwaren beseitigt, die seit einem bestimmten Termin nicht mindestens um 10 pCt. im Preise gesunken waren.

De lege ferenda wäre zu fordern, daß die Preisbindungen der zweiten Hand in die bestehende Kartellgesetzgebung einbezogen werden. Obwohl die Kartellverordnung und die Kartellnotverordnung den Willen des Gesetzgebers erkennen lassen, die vertikalen Preisbindungen zu erfassen, hat die Judikatur, die in Deutschland allzu stark Vorstellungen von einem „justum pretium" unterliegt, bisher den Bestimmungen regelmäßig eine Auslegung gegeben, die die Preisbindungen der zweiten Hand dem Einflußbereich der Kartellgesetzgebung entzieht.

KAPITALFEHLLEITUNG

von ihm selbst verschuldeten Monopols zu verhindern sucht. Lehrt uns nicht ein Blick auf die riesigen unausgenützten Zementfabriken, Stickstoffanlagen, Koksöfen oder zahlreiche andere Anlagen der privaten Wirtschaft, daß der Kapitalismus „abgewirtschaftet" hat, daß die Regeln, nach denen sich unter diesem System die Ersparnisse der Nationen über die einzelnen Produktionszweige ergießen und in der Form von festem oder beweglichem Realkapital niederschlagen, falsche Regeln sind, daß sie keineswegs eine optimale Verteilung der Produktivkräfte der Nation bewirken, sondern zu Fehlverwendungen führen mit dem Ergebnis, daß die Opfer an gegenwärtigem Konsum, auf die alle Spartätigkeit hinausläuft, umsonst gebracht worden sind, daß in ganz unsinniger Weise Kapitalien verschwendet worden sind? Und ergibt sich nicht daraus, daß dieses System reif ist, durch ein anderes ersetzt zu werden, unter welchem es nicht der Willkür der Unternehmer überlassen bleibt, die Ersparnisse anderer Leute dort zu investieren, wo sie — nach irrtümlichen Kalkulationen — den meisten privaten Nutzen versprechen, ersetzt zu werden durch ein System, in dem nach höherem Plan die Ersparnisse in einer Weise dirigiert werden, die solche Irrtümer ausschließen?

DIE KRISE — KEIN MASSTAB

Sucht man nach einer Antwort auf diese schwerwiegenden Fragen, so muß man sich zunächst freimachen von der Vorstellung, als sei über Bewährung oder Nichtbewährung von Investitionen mit technisch sehr langer Lebensdauer lediglich nach den Maßstäben zu urteilen, die sich im Zeitpunkt einer abnormen Krise dem Auge darbieten. Ob die jetzige große Krise eine zufällige historische Einmaligkeit darstellt oder ob sie eine aus dem System folgende naturnotwendige Störung ist, deren Wiederholung nicht nur möglich, sondern auch wahrscheinlich ist, das ist eine Frage für sich. Hier gilt es festzustellen, daß eine solche Krise, wenn sie einmal ausgebrochen ist, während ihrer Dauer alle Berechnungen weitgehend über den Haufen werfen muß. Denn einen solchen Unglücksfall kann niemand exakt in Rechnung stellen. Wie bei einem schweren Eisenbahnunglück, bei dem der Zugverkehr auf allen Linien stockt und zeitweise zahllose Wagen unbeschäftigt umherstehen und Gleisanlagen verödet sind, sich die Frage aufdrängt, ob das Risiko einer Wiederholung solchen Unglücks mit einer Gefährdung zahlreicher Existenzen nicht so groß ist, daß man auf die Anwendung des Eisenbahnsystems am besten überhaupt verzichtet und auf eine Rückkehr zu anderen primitiveren oder auf die Einführung neuer risikoloser Verkehrssysteme sinnt — ganz ähnlich kann man auch nach einer Krise wie der jetzigen das Problem aufwerfen, ob solche Opfer nicht zu groß sind, als daß die Aufrechterhaltung eines an sich sonst vielleicht vorteilhaften Systems gerechtfertigt werden könnte. Diese schon mehrfach gestreifte Frage wird noch gesondert zu behandeln sein. Hier soll zunächst nur der Versuch gemacht werden, unter Abstraktion von solchen Katastrophen die Wirtschaftlichkeit des Systems zu prüfen, also zu untersuchen, ob nicht, selbst abgesehen von solchen akuten, alles deroutierenden Störungen, Fehlinvestitionen vorgekommen sind. Diese Frage kann natürlich nicht nach dem Eindruck entschieden werden, der sich unmittelbar im Anschluß an

Kapitalverschwendung und Kartell-Quotenjagd

Ein Syndikatsvertrag, der zur Fehlinvestition zwingt

Im letzten Jahrfünft hat der Ruhrbergbau eine in seiner Geschichte beispiellos schnelle und umfassende Erneuerung seiner Kokereien vorgenommen. Anfang 1926 waren 140 Kokereien mit rund 16 200 Oefen und einer Jahresleistungsfähigkeit von 28 Mill. t im Ruhrgebiet vorhanden. Bis 1929 wurden rund 4000 neue Oefen mit 16.5 Mill. t Leistungsfähigkeit erbaut. 1930 kamen 181 Oefen mit 1.2 Mill. t Kapazität dazu, ein Teil der alten Anlagen wurde dafür abgebrochen. Die Koksverkaufsquoten des Ruhrkohlen-Syndikats stiegen — nach jeweiligem Nachweis der Leistungsfähigkeit — von 26.45 Mill. t am 1. Mai 1925 auf 42.10 Mill. t am 30. April 1931. In welchem Umfange für Eigenbedarfszwecke noch extra Kapazität neu erstellt wurde, ist nicht bekannt. Einen Anhalt für das Wachstum der Quoten auf Grund neuer Kapazität ergibt auch die Ziffer für die Ausnutzung der Koksverkaufsquote. Sie betrug Anfang 1925 — im Zeitpunkte ungünstiger Konjunktur — etwa 35 bis 39 pCt. und liegt jetzt bei ungefähr 20 bis 25 pCt., im April d. J. sogar nur rd. 16 pCt. (1913: 80.19 pCt.) Den formellen Anstoß zu dieser Erneuerung der Ruhrkokereien gaben neue Bestimmungen des Syndikatsvertrages von 1925, der u. a. mit der alten Bindung aufräumte, wonach eine Kokerei in Verbindung mit einer Schachtanlage errichtet werden mußte und für jede Schachtanlage nur eine Koksbeteiligung von 100 000 t gegeben wurde. Statt dieser Begrenzung der Koksbeteiligung sollte künftig die Koksbeteiligung nach dem tatsächlichen Feinkohlenanfall bis zur Höchstgrenze von 50 pCt. der gesamten Kohlenbeteiligung eines Syndikatsmitgliedes errechnet werden, vorausgesetzt, daß eine entsprechende Leistungsfähigkeit nachgewiesen wurde. Diese Freigabe des Standortes der Kokereien und die Ausweitung des Beteiligungsanspruches im Zusammenhang mit dem technischen Fortschritt auf den verschiedenen Gebieten der Kohlenverarbeitung führte zur allgemeinen Umstellung vom bisherigen System kleiner, dezentralisiert auf den Schachtanlagen stehender Kokereien auf große Zentralkokereien, die die Kokskohlen mehrerer Schachtanlagen in weit wirtschaftlicherer Weise als vorher verarbeiten sollten.

Die Berechnung der Quoten

Niemand wird dem Modernisierungsstreben der Ruhrkokereien Berechtigung abstreiten wollen. Aber ebenso unbestreitbar sind, trotz aller entgegenstehenden Meinungen der Beteiligten, ganz erhebliche privat- und volkswirtschaftliche Schäden durch Uebertreibung des Neubauprozesses entstanden, der teilweise direkt zu einer Quotenjagd durch Neuinvestitionen ausartete. Die Abgrenzung des Anspruches auf Koksbeteiligung nach dem natürlichen Feinkohlenanfall seit 1925 mußte einen starken Anreiz zum Quotenerwerb bieten, weil bei Beginn der Neubauperiode dieser Rahmen nicht annähernd ausgefüllt war. Verschärft wurde die

jene Katastrophe bietet. Wir können nicht von den Lokomotiven und Waggons, die nach dem Unfall zeitweise verwendungsunfähig sind, darauf schließen, daß, selbst bei glattem Verkehrsablauf, von der Bahn schlecht gewirtschaftet, überflüssige Anlagen hergestellt und dafür nützlichere nicht errichtet worden seien.

IDEAL UND WIRKLICHKEIT

Auch wenn es nicht zu einer Krise gekommen wäre, wie wir sie jetzt erleben, hätte es zweifellos an offensichtlichen Kapitalfehlleitungen nicht gefehlt. Zunächst ist es eine Illusion, zu erwarten, daß die Kapitalleitung nach den Gesetzen des Marktes, der mit dem Signal der geringeren oder höheren Rentabilitätschance Kapitalien hierhin und dorthin dirigiert, selbst bei vollendetem Funktionieren dieses Mechanismus Fehler mit absoluter Sicherheit vermeiden könnte. Immer wird es vorkommen, daß Unternehmer sich bei ihren Rentabilitätsberechnungen verkalkulieren, daß sie sich schon durch eine kleine Gewinnchance zur Investition verleiten lassen, obwohl sich bald herausstellen kann, daß die Nachfrage nach den mit diesen Anlagen herzustellenden Produkten sich nicht in der erwarteten Weise entfaltet, daß der Geschmack des Publikums bald wieder wechselt, daß ein Verfahren erfunden wird, welches die Herstellung desselben Produktes mit viel billigeren Kosten gestattet, daß vielleicht ein anderes Produkt dem Konsumenten denselben Dienst vollkommener leistet als dasjenige, für welches die Produktion soeben erst aufgenommen oder erweitert wurde, oder daß zu viele Unternehmer gleichzeitig dieselbe Produktion aufgenommen oder erweitert haben, oder daß ein anderer Produzent durch einen Glücksumstand in den Besitz billigerer Rohstoffe oder besserer Verfrachtungsmöglichkeiten gelangt. All solche Zwischenfälle liegen nicht nur im Bereiche der Möglichkeit, sondern sind durchaus an der Tagesordnung, und so muß damit gerechnet werden, daß in der freien Verkehrswirtschaft immer einige Samenkörner von Kapital auf steinigen Boden fallen und verdorren. Der Kapitalismus ist bestimmt kein System, in dem, selbst wenn man von akuten gesamtwirtschaftlichen Störungen absieht, alle Kapitalien mit hundertprozentiger Gewißheit einer vollproduktiven Verwendung zugeführt werden. Im Reiche der Gedanken könnte man sich vorstellen, daß ein nie irrender, alles überschauender, die Zukunft voraussehender Geist im Stande wäre, zahllose Umwege und Irrwege bei der Kapitalinvestition zu vermeiden. Und wenn trotzdem das keineswegs ideale System der freien Marktwirtschaft von vielen bevorzugt und vertreten wird, so deswegen, weil diese die Ueberzeugung haben, daß jede andere Form der Lenkung des Kapitals noch viel weiter von jenem vorstellbaren Ideal entfernt sein muß — eine Ueberzeugung, die durch jeden neuen planwirtschaftlichen Versuch meist aufs drastischste erhärtet wird.

IRRLICHTER

Doch selbst unter Berücksichtigung der Tatsache, daß dieses System naturnotwendig mit Unvollkommenheiten behaftet ist, läßt sich nachweisen, daß nach dem Kriege noch ganz besonders viele Umstände zusammengewirkt haben, um das Kapital in die Irre zu leiten und Fehlinvestitionen hervorzurufen. Schon die Inflation war eine solche gigantische Kapitalfehlleitung, weil bei dem Kauffieber, das sie erzeugte, die merkwürdigsten Unternehmungen rentabel zu

Wirkung dieser unheilvollen Syndikatsbestimmung noch durch eine spätere Auslegung, die bestimmte, daß nicht der tatsächliche Feinkohlenanfall der jeweiligen Förderung für die Errechnung des Koksquotenanspruchs maßgebend sein sollte, sondern der theoretisch nach der Gesamtbeteiligung der einzelnen Zeche sich ergebende Feinkohlenanfall, also eine fiktive Größe. Da die Kohlenbeteiligungen im Syndikat nur etwa zu 50 bis 65 pCt. ausgenutzt wurden, ergab sich beispielsweise, daß eine Zeche mit 1 Mill. t Beteiligung, also rund 500 000 t tatsächlicher Förderung, die einen Feinkohlenanfall von 40 pCt. hat, einen Anspruch auf die Koksbeteiligung von 400 000 t (40 pCt. von 1 Mill. t) hat. Die Zechen beeilten sich nach Kräften, diese ohne Rücksicht auf Absatzmöglichkeiten vom grünen Tisch aus beschlossene Möglichkeit außerordentlicher Erhöhungen der Koksbeteiligungen auszunutzen, als ihnen die Konjunktur infolge des englischen Kohlenstreiks 1926/27 die Mittel dazu in die Hand gab oder doch eine günstige Atmosphäre für Kreditaufnahmen geschaffen hatte. Während die reine Kohlenbeteiligung in den Hauptbaujahren einen Rückgang um rund 13 Mill. t erfuhr, stieg die Koksbeteiligung um eine noch größere Menge. Da, wie erwähnt, die Beteiligungserhöhung vom Leistungsnachweis abhängig ist, ist erkennbar, daß eine entsprechende Leistungskapazität der Kokereien neu geschaffen worden ist.

Die Beteiligungsbauten gehen weiter

Die technische Leistung, die die modernen Kokereien des Ruhrgebietes wieder zu den führenden in der Welt gemacht hat, darf über diese volkswirtschaftliche Seite nicht hinwegtäuschen. Noch heute hat eine große Zechengruppe trotz ihrer bereits vorliegenden starken kurz- und mittelfristigen Verschuldung die Absicht, zur Erlangung der ihr noch zustehenden Koksquotenerhöhung durch Umwandlung von Kohlen- in Koksbeteiligung eine neue Kokerei zu errichten, obwohl die vorhandenen modernen Anlagen der Gesellschaft auch die erhöhte Quote, selbst bei wesentlich besserem Absatz als heute, ausnutzen könnten. Hierin liegt der Kern des Problems: Ein Teil der Neubauten war von vornherein nicht Selbstzweck, sondern nur das Mittel zur Beschaffung einer Quotenaufbesserung, die zur besseren Ausnutzung bereits vorhandener, meist moderner Anlagen führen sollte, während die neue Kokerei nach dem Nachweis ihrer Leistungsfähigkeit wieder stillgelegt wurde. Diese überflüssigen, vielfach mit kurzfristigem Auslandsgeld finanzierten Neubauten sind ein Beispiel — vielleicht das krasseste — für die Kapitalverschwendung durch die Quotenjagd in den Monopolkartellen. Ein erheblicher Teil der für die Kokereineubauten aufgewandten Mittel (im Ruhrbergbau mindestens *RM.* 300 Millionen, wahrscheinlich aber wesentlich mehr) hätte gespart werden können. Zu einer solchen volkswirtschaftlich vernünftigen Regelung der Quotenwünsche vor Beginn der „Beteiligungsbauten" lag um so mehr Anlaß vor, als die Erleichterung für die Zechen aus den erhöhten Koksquoten ja immer geringer werden mußte, weil mit Zunahme der Koksbeteiligungen auch die Ausnutzungsquote automatisch sinken mußte. Es ergab sich zwangsläufig, unabhängig von der Absatzentwicklung, ein „abnehmender Ertrag" der für Kokereien neuinvestierten Mittel; denn nur die Kokereien, die zuerst gekommen waren, hatten einige Zeit aus ihrem Quotenzuwachs profitiert.

werden schienen und weil infolge der mehrere Jahre währenden Annullierung aller aufgenommenen Schulden jede Kalkulationsbasis verloren ging. Auch nachdem die Mark schon stabilisiert war — ähnlich wie in Deutschland lagen die Dinge in anderen Ländern, deren Währungen entwertet waren —, beeinflußte eine Umwälzung aller Werte, wie sie die Inflation hervorgerufen hatte, die Kapitallenkung in der nachteiligsten Weise. Erinnern wir uns, daß nach der Inflation eine Umstellung der Kapitalien nach freiem Ermessen erfolgen konnte. Welche Irrtümer bei der Berechnung der Wirtschaftlichkeit einer Unternehmung, welche fehlerhaften Kapitaldispositionen mußte das zur Folge haben! Die Schulden der Unternehmungen, der Landwirte, der öffentlichen Körperschaften waren ganz oder zum Teil annulliert. Ein ungeheurer Anreiz, nach der Expropriation der alten Gläubiger neue Schulden aufzunehmen! Und abgesehen von allen diesen Verlockungen zur Kapitalfehlverwendung, setzte nach dem Kriege und nach der Wiederherstellung fester Währungsverhältnisse eine solche Fülle sich hetzender Sonderkonjunkturen und Bedarfsschwankungen ein und verführte die Unternehmer dazu, ungeachtet der herrschenden Kapitalknappheit kurzlebigen Gewinnaussichten nachzujagen, daß sich auch daraus eine einzigartige Vermehrung der Verlustquellen ergab, zumal die Publizität kaum je schlechter gewesen ist als in jenen Jahren, so daß die Kontrolle der Kapitalgeber und die öffentliche Kritik weitgehend ausgeschaltet waren. Wenn sich schon in ruhigeren Zeiten das Fehlen solcher Kontrolle und Kritik störend bemerkbar machte, so erst recht in jener Periode höchst diskontinuierlicher Bedarfsentwicklung.

ÖFFENTLICHE KAPITALVERSCHWENDUNG

Es war kein Vorrecht der Privatwirtschaft, in diesen Jahren in großem Umfang Kapitalien falsch verwendet zu haben, sondern auch die öffentliche Wirtschaft in ihrem weitesten Umfange hat ihr Debetkonto mit Investitionen belastet, die entweder überhaupt unnütz waren, oder mindestens in Zeiten akuten Kapitalmangels unvertretbar erscheinen mußten. Ein Teil der 5.7 Milliarden Neuanlagen, die nach den Berechnungen des Instituts für Konjunkturforschung allein die öffentliche Verwaltungswirtschaft in Deutschland in den Jahren 1924 bis 1928 durchgeführt hat (ungerechnet öffentliche Wirtschaft, Verkehrsbetriebe, Wohnungsbau usw.), würden von ihren Urhebern wohl gerne ungeschehen gemacht werden, wenn es möglich wäre, einmal investiertes Kapital wieder in Bargeld zurückzuverwandeln. In welchem Umfange öffentliche Investitionen Fehlinvestitionen sind, kann freilich im Gegensatz zu den Kapitalfehlinvestitionen in der Privatwirtschaft selbst nachträglich kaum jemals exakt festgestellt werden, weil sich der Grad, in dem sich öffentliche Investitionen als gesamtwirtschaftlich produktiv erweisen, jeder Messung mit den Maßstäben der Rentabilität entzieht. Hochproduktive und unproduktive Kapitalinvestitionen rangieren einträchtig nebeneinander in der Position Zinsendienst der öffentlichen Etats. Und lediglich auf einigen Grenzgebieten der öffentlichen Betätigung, bei der die mit den Investitionen erzeugten Produkte wie etwa Gas, Wasser und Elektrizität direkt an den Konsumenten verkauft werden, kann notdürftig der Versuch einer exakten Erfolgsrechnung unter-

Der Protektionismus der Kapitalgeber

England

Umfang und Formen des Regierungseinflusses auf die Entwicklung des Kapital-Exports sind in den drei großen Kapitalgeber-Ländern England, U.S.A. und Frankreich sehr verschieden. In England verzichtet die Regierung seit der Aufhebung des Embargo auf die Auslandsanleihen auf jede direkte Beeinflussung des Kapitalverkehrs. Indirekt aber, auf dem Umwege über die Bank von England besitzt sie dennoch gewisse Eingriffsmöglichkeiten, wenn auch das englische Noteninstitut den City-Banken keine Weisungen, sondern nur „Ratschläge“ erteilen kann. Diese Ratschläge werden meistens befolgt, aber nicht immer, zumal das Noteninstitut gegen die führenden Emissionshäuser, die kaum Rediskontkredite in Anspruch nehmen, keine Vergeltungsmaßnahmen zu ergreifen vermag. Der Einfluß der Bank von England gründet sich auf ihre Autorität bei der City.

U. S. A.

Anders liegen die Dinge in U.S.A. Dort wird der Kapital-Export von dem Department of State (Auswärtiges Amt) kontrolliert. Die amerikanischen Banken pflegen das Department of State über die geplanten Auslandsemissionen zu unterrichten. Sie verzichten auf die Emission von Anleihen, welche das Department aus politischen oder anderen Gründen für unzweckmäßig erklärt. Eine gesetzliche Verpflichtung, die Genehmigung der Regierung einzuholen, besteht zwar nicht, aber die Uebung hat sich so stark eingebürgert, daß Ausnahmen praktisch nicht vorkommen. Die Waffe, die das Department of State gegenüber Wall-Street besitzt, besteht darin, daß es immer die Möglichkeit hat, eine ihm unerwünschte Emission in der Oeffentlichkeit zu beanstanden, was deren Erfolg angesichts der Einstellung des amerikanischen Publikums zweifellos in Frage stellen würde. Es ist sogar vorgekommen, daß das Department of State Sperren gegen bestimmte Länder verhängte, so z. B. 1924 bis 27 gegen solche Länder, die ihre Kriegsschulden an U. S. A. noch nicht konsolidiert hatten, d. h. vor allem gegen Frankreich. Auch das Department of Commerce greift manchmal ein. Es hat z. B. 1925 unter der Leitung von Hoover eine Anleihe für die Kaffeepflanzer in Brasilien unter der Begründung verhindert, daß U.S.A. keinen Anlaß hätten, ein für ihre Wirtschaft ungünstiges ausländisches Monopol zu finanzieren. Aus ähnlichen Ueberlegungen kam auch eine Anleihe des Deutschen Kali-Syndikats in New York nicht zustande. Der Einfluß der Regierung in U.S.A. ist mehr negativer Natur. Er vermag vor allem gewisse Auslandsanleihen zu verhindern. Es ist aber der Regierung selten möglich gewesen, den amerikanischen Kapitalexport unter politischen Gesichtspunkten nach bestimmten Ländern zu lenken.

Frankreich

Noch stärker ist der Einfluß der Regierung in Frankreich. Das Gesetz von 1916, das die Emissionen und Börseneinführungen von Auslandswerten untersagt (Ausnahmen sind nur mit Genehmigung des Finanzministeriums möglich), ist immer noch in Kraft, obwohl die übrige Kapitalflucht-Gesetzgebung inzwischen aufgehoben worden ist. An sich braucht die französische Regierung derartige gesetzliche Befugnisse nicht, wenigstens was Auslandsemissionen angeht (bei Börseneinführungen ist es etwas anders), da die französischen Banken seit jeher ausländische Anleihen nur mit ausdrücklicher Zustimmung der in Frage kommenden Regierungsstellen und der Bank von Frankreich zu übernehmen pflegen. Besonders seit dem Kriege ist die Haltung der französischen Banken auf dem Gebiete des Kapital-Exports völlig von den Weisungen der Regierung abhängig. Die Regierung vermag daher in Frankreich nicht nur ihr ungenehme Auslandsemissionen zu verhindern, sondern auch die Banken zur Uebernahme von Anleihen zu veranlassen, welche die allgemeinen Ziele der französischen Außenpolitik zu unterstützen geeignet wären. Diese Abhängigkeit der französischen Banken von der Politik erklärt sich vor allem durch die Vorherrschaft des kleinen Sparers auf dem französischen Kapitalmarkte, so daß dieser mehr gefühlsmäßigen als geschäftlichen Ueberlegungen zugänglich ist. Die gewaltigen Verluste, die Frankreich an seinen Auslandsinvestitionen aus der Vorkriegszeit (Rußland!) erlitten hat, stimmen das Publikum mißtrauisch und veranlassen die Banken zu besonderer Vorsicht. Die Banken sind daher nur dann bereit, neue Auslandsanleihen dem Publikum anzubieten, wenn die Regierung ihnen durch eine ausdrückliche Zustimmung sozusagen den Rücken deckt. Es ist unter diesen Umständen nicht verwunderlich, daß fast sämtliche, im Laufe der letzten Jahre in Frankreich emittierten Auslandsanleihen vornehmlich unter politischen Gesichtspunkten gewährt worden sind (namentlich Anleihen an französische Verbündete in Ost- und Südosteuropa). Eine Abkehr von dieser wirtschaftlich unrationellen Lenkung des französischen Kapitalexports wird sich wohl nur allmählich durchsetzen können.

nommen werden. Aber ob eine Reichswehrkaserne, ein Gerichtsgebäude, ein städtischer Hafen, eine Reichsbankfiliale oder ein Krankenhaus ökonomisch zu Recht oder zu Unrecht gebaut worden ist, dafür gibt es bekanntlich keinen eindeutigen Maßstab. Denn das „öffentliche Interesse", das allein über solche Investition, seien sie aus Steuer-, seien sie aus Anleihemitteln bestritten, zu entscheiden hat, entzieht sich der Nachprüfung durch den Rechenstift und unterliegt allein der Beurteilung durch die politische Willensbildung.

STAATLICHE KAPITALLENKUNG IN DER PRAXIS

So viel indessen auch auf dem Gebiete der privaten und öffentlichen Investitionen aus Schuld oder Schicksal gesündigt worden sein mag, so ist der Umfang der Fehlinvestitionen, volkswirtschaftlich gesehen, wahrscheinlich noch unendlich viel größer auf den Gebieten, in denen wirtschaftspolitische Eingriffe die produktiven Kräfte von dem Felde höchster Ergiebigkeit abgelenkt und zu Verwendungen gedrängt haben, die unter dem Gesichtspunkt der nationalen oder internationalen Arbeitsteilung minder ertragreich waren. Kein wirtschaftspolitischer Eingriff bleibt schließlich ohne Einfluß auf die Lenkung des Kapitalstroms. Der Zusammenhang ist nur am deutlichsten, aber damit nicht ohne weiteres am belangreichsten dort, wo die öffentliche Hand direkt durch Subventionen oder Zinszuschüsse die Rentabilität zu beeinflussen sucht. Auf dem Gebiete des Wohnungsbaus ist es ganz deutlich, zu welchen unsinnigen Ergebnissen die Zwangswirtschaft schließlich geführt hat. Als die Mietzinsbeschränkung den Wohnungsbau unrentabel zu machen begann, suchte man ihn bekanntlich — unter Aufrechterhaltung dieser Mietzinsbeschränkung — mit Hilfe eines zweiten Eingriffs wieder rentabel zu machen durch Gewährung von abnorm verbilligten Hauszinssteuerhypotheken oder anderen Zuschüssen mit dem Resultat, daß heute nicht nur Altwohnraum, sondern auch viele neugebaute Wohnungen leerstehen, während gleichzeitig an Kleinstwohnungen Mangel ist, für deren Bau allein doch öffentliche Mittel aus sozialen Gründen hätten eingesetzt werden dürfen. In anderen Fällen ist der Zusammenhang zwischen öffentlichem Eingriff und Kapitalfehlleitung weniger deutlich. Wenn mit hohen Mitteln unter Zurverfügungstellung erheblicher Zuschüsse große Kanäle errichtet worden sind, auf denen ab und zu ein Schiff entlangfährt, so erhebt zwar nicht, wie im Falle einer leerstehenden Fabrik, das äußere Sinnbild Anklage gegen das „System". Aber es ist gleichwohl möglich, daß unter Duldung und mit Mitwirkung des Staats hier Kapital in großem Stile unproduktiv festgelegt worden ist. Auch gegen die zahlreichen Milliarden, die nach der Stabilisierung unter Förderung und mit Zuschüssen der öffentlichen Hand hinter dem sich immer höher türmenden Walle von Schutzzöllen zu fehlerhafter Verwendung in die deutsche Landwirtschaft gepumpt wurden, ersteht kein Volkswirtschaftsanwalt, obwohl nachweislich drei Viertel dieser Kapitalien nur für konsumtive Zwecke oder zur Deckung von Betriebsverlusten verwendet worden sind. Und wer weist nach, wie industrielle Schutzzölle Kartelle gezüchtet und wie diese Kartelle mit ihren Quoten einen neuen Anreiz für wirtschaftliche Kapitalinvestition geboten haben, wie das an einem Beitrag auf Seite 39 für die Kokssyndikate — ein Beispiel nur für viele — gezeigt wird? In der Tat, wir sind mit dem kostbaren Elixier „Kapital" nach dem Kriege nicht sehr sparsam umgegangen, aber weitaus der geringere Teil der Kapitalfehlleitung entfällt auf Unvollkommenheiten des Systems

Kapitalverschwendung durch Wohnungszwangswirtschaft

„Die Störungen, die aus dem Wohnungsbau auf die übrige Wirtschaft hinsichtlich der Kapitalversorgung ausstrahlen mußten, blieben nicht allein darauf beschränkt, daß durch die Entnahme aus dem Kapitalmarkt und mittels der Steuergewalt das für die übrige Wirtschaft verfügbare Kapital gekürzt wurde, sondern wurden dadurch verstärkt, daß auf einem Gebiet, das einen so großen Teil der Kapitalbildung für sich beanspruchte, die Wirtschaftsrechnung, die sonst Geltung hat, außer Kraft gesetzt wurde. Im allgemeinen steht die deutsche Wirtschaft unter dem Zwang, eine Rente zu erzielen, die in einem üblichen Verhältnis zu dem geltenden Kapitalzinssatz steht... Die Bewirtschaftung der Neubauwohnungen erfolgt demgegenüber seit langem mit regelmäßigem Verlust, der durch öffentlichen Zinszuschuß ausgeglichen wird. Die Erstellung der Neubauwohnungen ist dabei von der Kaufkraft der Nachfrage am Wohnungsmarkt losgelöst und vor allem von der Erwägung bestimmt worden, eine gewisse Zahl von Wohnungen mit gegebener Größe jährlich zur Deckung des Wohnungsbedarfs zu errichten... Häufig wurde die Unrentabilität dabei nur deshalb nicht mit voller Schärfe empfunden, weil der Anteil des privaten Kapitals rentabel blieb und der Verlust ganz von der Oeffentlichkeit getragen wurde. Teilweise ist sogar die Rentabilität des privaten Kapitals hierbei gestiegen, denn die natürliche Kostenbegrenzung des Marktes wurde nur durch Kostennachrechnungen ersetzt. Der Bauunternehmer, der im heutigen Wohnungsbau nicht für eigene Rechnung baut, ist nicht oder nur begrenzt an niedrigen Baukosten interessiert. Sein Interesse besteht vor allem an einer möglichst ausgedehnten Bautätigkeit. Da sein Umsatz häufig weniger von den Preisen abhängt, die er für seine Bauten fordert, als von anderen Zusammenhängen, so ist er nicht in dem sonst üblichen Maße auf Kostenersparnis zur Förderung seiner Beschäftigung angewiesen. Vielfach wird sogar sein Gewinn als ein angemessener prozentualer Zuschlag auf die ihm entstandenen Kosten festgelegt, so daß mit steigenden Kosten auch der Gewinn steigt...

Die Sachverständigen waren nicht in der Lage, wirtschaftliche Ursachen anzugeben, aus denen die Berechtigung hervorgegangen wäre, daß das Produkt Wohnung mit weit höheren Herstellungskosten errichtet wird als der Hauptteil aller deutschen Gütererzeugung . . . Nichtsdestoweniger liegen die Preise der Baustoffe weit über den Preisen der meisten vergleichbaren Industrieerzeugnisse, ohne daß dies hinreichend erklärt werden könnte... Die Kalkulationsmethoden, die zumeist auf Grund von Empfehlungen der beteiligten Innungen und Wirtschaftsverbände angewendet werden, gehen im allgemeinen von einer Summe aus Lohnaufwand und Materialaufwand aus, der ein gegenüber der Vorkriegszeit erhöhter Regiezuschlag zugefügt wird. Da sich dieser Regiezuschlag auf bereits zum Teil bedeutend erhöhte Kostenfaktoren bezieht, hat die Verwendung eines erhöhten Zuschlagssatzes eine zweifache Erhöhung der Kosten zur Folge. Dabei bleiben etwaige Handelsgewinne am Material unberücksichtigt. Die Entwicklung der wichtigsten Kostenfaktoren des Wohnungsbaus war nur dadurch möglich, daß das Risiko zu teuren Bauens von dem privaten Kapital ganz oder nahezu vollständig genommen worden ist. Den Ausfall des Risikos sieht der Ausschuß in dem starken Anteil öffentlichen Kapitals an den bedrohten Stellen. Der Ausschuß hat nach seinen Verhandlungen nicht den Eindruck, daß lediglich durch Rationalisierungsmaßnahmen, durch Verbesserung von Bauweise und Bauverfahren oder durch die behördliche Selbstkostenkontrolle der Gestehungspreis der Wohnung auf das Maß zurückgeschraubt werden kann, das einen wirtschaftlichen Wohnungsbau erlaubt. Hierzu muß die Wohnungswirtschaft auf die eigene Rentabilität gestellt werden... Aus den Ausführungen der Sachverständigen entstand der Eindruck, daß nach einer Beseitigung der öffentlichen Zuschüsse starke Kostenermäßigungen im Wohnungsbau erfolgen müßten, und zwar Ermäßigungen der Materialpreise wie der Arbeitslöhne, wobei das Ausmaß im einzelnen heute kaum angegeben werden kann.

Dem Ausschuß scheint es beunruhigend, daß bei allgemeiner Anerkenntnis des nur zeitweiligen Charakters der bestehenden Verhältnisse in diese heutige Ordnung immer mehr Menschen eingefügt, unter dieser Ordnung immer mehr Kapitalien investiert werden. Dadurch müssen in dem Augenblick, in dem die geltenden Verhältnisse umgestaltet werden, die hierzu erforderlichen Eingriffe um so schmerzhafter sein, nicht nur für das Schicksal des Einzelnen, sondern vor allem für das Schicksal der Gesamtheit."

Aus dem Enquete-Bericht „Der deutsche Wohnungsbau" 1931, Seite 18 bis 32.

der freien Marktwirtschaft — mag von diesen Fehlern auch am meisten oder ausschließlich gesprochen werden —, der größere Teil entfällt auf solche Investitionen, die durch direkte oder indirekte Staatseingriffe hervorgerufen worden sind. Der Staat, dem man gerne die Allmacht über die Lenkung des Kapitalstroms einräumen möchte, hat in diesen Jahren, in denen er mehr denn je direkt oder indirekt sich an der Kapitalsleitung beteiligt hat, erst recht versagt. Die öffentliche Kapitalbewirtschaftung, die sich nicht etwa auf die dem Kommando der öffentlichen Banken unterstellten Kapitalien beschränkt, sondern sich auch auf die durch zahlreiche wirtschaftspolitische Eingriffe in diese oder jene Richtung gedrängte Kapitalbildung erstreckt, müßte ihren Befähigungsnachweis erst noch erbringen. Einstweilen erweckt die Kapitalwirtschaft des Staates durchaus den Eindruck einer Planwirtschaft ohne Plan, der die Lenkung nach den Gesetzen des Marktes trotz ihrer oben beschriebenen Unvollkommenheiten unendlich überlegen ist.

WANDERUNGSBESCHRÄNKUNGEN FÜR DAS KAPITAL

Durch interventionistische Maßnahmen aller Art ist natürlich auch die internationale Kapitalverteilung beeinflußt worden. Jeder Zoll, jede Subvention ist von Bedeutung auch für die Verteilung des Kapitals auf die verschiedenen Nationen, und jede staatliche Protektion, die an weltwirtschaftlich ungeeigneter Stelle eine neue Produktion züchtet, entwertet automatisch die Kapitalien, die an anderer geeigneterer Stelle für die Zwecke derselben Produktion schon investiert worden sind. Darüber hinaus aber haben wir in den Jahren nach dem Kriege noch eine Abart des Protektionismus sich entwickeln sehen, die unmittelbar auf die internationalen Kapitalwanderungen Einfluß zu nehmen versucht. Staatliche Eingriffe in die internationale Konkurrenz und das Kapitalangebot sind zwar keineswegs neu. Im vorigen Jahrhundert sind in zahlreichen Fällen Versuche gemacht worden, die Schließung oder die Eröffnung des eigenen Kapitalmarktes für Anleihen bestimmter Nationalität oder bestimmter Art zu bewirken. Diese Maßnahmen waren selten durch wirtschaftliche, gewöhnlich durch politische Rücksichten diktiert. Man braucht nur an die Sperrung des Berliner Marktes für russische Anleihen zu erinnern, die im Gefolge einer deutsch-russischen Spannung 1887 von Bismarck verhängt wurde und die Verlegung der russischen Emissionen nach Paris zur Folge hatte. Die staatlichen Eingriffe der Vorkriegszeit erfolgten jedoch nur sporadisch, in außergewöhnlichen Fällen, während die Regierungsstellen sich im übrigen mehr auf die Ueberwachung der Kapitalmärkte beschränkten. Erst im Weltkrieg, als es galt, die gesamten Kräfte in den Dienst des Krieges zu stellen (Kriegsanleihen), wurden in fast allen kriegführenden Ländern scharfe Kontrollmaßnahmen für den Kapitalverkehr getroffen, welche nicht zuletzt als Stütze für die Währung gedacht waren. Nach dem Kriege wurde die staatliche Kontrolle zwar gelockert, teilweise fiel sie mit der Stabilisierung der Währungen völlig weg, wenigstens soweit es sich um Gesetzesvorschriften handelte, aber in der Praxis verzichteten die Regierungen nicht gern auf das starke Mittel außenpolitischer Beeinflussung, welche ihnen die Lenkung des Kapitalexports ermöglicht. In der Tat stehen auch heute noch den Regierungen der Kapitalgeberländer Mittel zur Verfügung, die Konkurrenz um das Kapitalangebot mittelbar oder unmittelbar zu beeinflussen. Die Eingriffe der Regierungen zur Beeinflussung des Kapi-

Protektionismus der Kapitalnehmer

Formen

Ende 1924 begannen in Deutschland die Versuche, den Zufluß von langfristigem Auslandskapital zu reglementieren. Auf Betreiben der Reichsbank wurde eine „Beratungsstelle für ausländische Kredite öffentlicher Verbände" errichtet, in der die Stimme der Reichsbank praktisch den Ausschlag gab. Diese Stelle sollte die für das Ausland bestimmten Kreditgesuche der Gemeinden und Länder „unter Berücksichtigung der gesamten Wirtschafts- und Währungslage auf ihre Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit" prüfen. Der Aufgabenkreis der Beratungsstelle wurde allmählich immer weiter ausgedehnt, so daß die anfängliche Kontrolle der öffentlichen Anleihen allmählich in eine Reglementierung sämtlicher Auslandsanleihen mündete. Die dahingehenden Absichten wurden besonders deutlich, als im Dezember 1926 der Reichsfinanzminister auf Anraten der Reichsbank erklärte, bis auf weiteres für neue Auslandsanleihen eine Befreiung von der Kapitalertragssteuer nicht mehr befürworten zu wollen, eine Erklärung, die tatsächlich fast völlig prohibitiv wirkte. Etwa ¾ Jahre lang kamen nur in Ausnahmefällen neue Auslandsanleihen zustande. Nach Wiederaufhebung dieses Erlasses des Finanzministers verhinderte für Kommunen und Länder noch bis zum Mai 1928 eine bewußte Verzögerungstaktik der Beratungsstelle die Hereinnahme langfristigen Auslandskapitals. Von 1925 bis 1928 hat die Beratungsstelle für ℛℳ 2 512 Mill. Auslandsanleihen befürwortet und für ℛℳ 1 219 Mill. zurückgewiesen. In dieser offenen Guillotinierung erschöpfte sich jedoch ihr Einfluß bei weitem nicht. Wie der Enquete-Ausschuß festgestellt hat, sind, ganz abgesehen von ihrer monatelangen Untätigkeit, mit Rücksicht auf die von ihr geübte Praxis zahlreiche Anleihen überhaupt nicht vorgelegt worden. Andere Anleihen wurden durch die Langsamkeit der Prozedur zu spät bewilligt, so daß die Geldnehmer öfters entweder gar nicht mehr oder nur zu verschlechterten Bedingungen zum Zuge kommen konnten. Das passierte z. B. der Stadt Frankfurt, der daraus eine jährliche Mehrbelastung von fast ℛℳ 1 Mill. erwuchs.

Motive

Die Argumente der Reichsbank bezw. ihres damaligen Präsidenten zur Verteidigung der Beratungsstelle haben mehrfach gewechselt. Hinsichtlich der Kommunen und Länder wurde vor allem behauptet, daß bei ihrem Kredithunger ein unorganisierter Ansturm auf die Auslandsmärkte zu befürchten sei, der die Geldgeber verwirren, den deutschen Gesamtkredit schädigen und Industrie und Landwirtschaft die Kapitalversorgung erschweren könne. Auch sei zu befürchten, daß die öffentlichen Stellen das Kapital nicht produktiv und jedenfalls nicht „devisenproduktiv" verwendeten, vielmehr sich zu „Luxusausgaben" verleiten lassen würden. Daran war soviel richtig, daß die nahezu völlige Befreiung von Vorkriegsschulden zusammen mit politischen Einflüssen bei Ländern und Kommunen in den ersten Jahren nach der Inflation ganz allgemein häufig zu einer ungenügenden Sparsamkeit verleitete und daß es demgemäß auch in der Neuaufnahme von Kapital zuweilen an der notwendigen Zurückhaltung mangelte. Wenn es das Verdienst Dr. Schachts ist, rechtzeitig darauf hingewiesen zu haben, so waren jedenfalls seine Kampfmittel falsch und verhängnisvoll. Abhilfe schaffen konnte nur eine strengere Ueberwachung der gesamten Finanzgebarung und der gesamten Kreditwirtschaft der Kommunen. Dazu entschloß man sich aber erst 1930, also viel zu spät.

Wirkungen

Die von der Reichsbank erstrebte Erschwerung der Aufnahme von Auslandsanleihen erreichte dagegen gerade das Gegenteil von dem, was sie bezweckte. Sie drängte den Finanzbedarf der Kommunen und Länder auf den inländischen Kapitalmarkt ab, an dem er fast durchweg nur zu ungünstigeren Zinsbedingungen befriedigt werden konnte und an dem er außerdem den privaten Kreditnehmern die Finanzierung erschwerte und verteuerte. Gleichzeitig führte die Taktik der Beratungsstelle zu einer fortgesetzten Zunahme der schwebenden Schuld der öffentlichen Körperschaften, die, gepaart mit anhaltender Sorglosigkeit, für die Städte sowohl wie für die Allgemeinwirtschaft immer gefährlicher wurde. Gleichviel also, wie man die Zielsetzung der Reichsbank beurteilt, läßt sich jedenfalls das eine feststellen, daß die Reichsbank (und die in diesem Falle allzu folgsame Regierung) in ihrem Kampf gegen das Anwachsen der Auslandsverschuldung sich höchst mangelhafter Mittel bediente und geradezu unlogisch vorging. Wurde schon die Reglementierung der langfristigen Auslandsanleihen immer wieder durch Umgehungen der Beratungsstelle durchlöchert, so machte man gegenüber dem Anwachsen der viel gefährlicheren kurzfristigen Auslandsschuld überhaupt keine ernsthaften Anstrengungen, wenn man von dem episodenhaften Druck auf die Banken im Frühjahr 1927, der zu dem bekannten Börsenkrach führte, absieht. Die großenteils zwangsläufige Zunahme der kurzfristigen Auslandsverschuldung, die sich bei den Reparationsverhandlungen von 1929 und nach den Wahlen von 1930 bitter gerächt hatte und schließlich zur Verhängung des Moratoriums zwang, ist sicherlich z. T. der unglücklichen Auslandsanleihen-Politik von Reichsbank und Regierung zuzuschreiben. Wurde doch ein Teil dieser kurzfristigen Auslandsgelder direkt an die kredithungrigen Kommunen geleitet, während ein anderer Teil an die Stellen ging, denen die öffentliche Hand infolge ihrer erzwungenen Abdrängung vom Auslands- auf den Inlands-Markt die Kredite wegnahm. Ein planwirtschaftlicher Versuch, dessen Erfolg selbst bei konsequenter Durchführung höchst zweifelhaft gewesen wäre, erwies sich also hier infolge seiner Unzulänglichkeit als besonders verhängnisvoll.

talexportes, besonders, wenn sie in den in Frankreich üblichen schroffen Formen erfolgen, haben zur unmittelbaren Folge die Störung des internationalen Kapitalausgleichs und tragen zweifellos dazu bei, indem sie das internationale Kapitalangebot nach anderen als rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten erfolgen lassen, die Störungen der Weltwirtschaft zu vergrößern. Der vorstehende Beitrag zeigt, in welcher Art von den drei großen Hauptkapitalexportländern dieser Einfluß ausgeübt wird. Umgekehrt haben es auch die Kapitalnehmer nicht an Reglementierungsversuchen fehlen lassen. Und gleichviel, ob man das Ziel einer Eindämmung des Kapitalimports für einzelne oder für alle Schuldnerkategorien billigt, ist festzustellen, daß die Versuche jedenfalls mit untauglichen Mitteln unternommen worden sind. Darüber handelt ein weiterer Beitrag.

DER WIDERSINN DER REPARATIONEN

Kaum jemals ist der Kontrast zwischen kapitalreichen und kapitalarmen Ländern so drastisch hervorgetreten wie nach dem Kriege. Die Reparationsverpflichtungen haben die aus andern Gründen bestehende Kluft zwischen den Kapitalbedarfs- und den Kapitalüberschußländern noch ins Groteske verschärft. Deutschland hat, selbst wenn man von den niedrigen und wahrscheinlich zu niedrigen Schätzungen ausgeht, die von neutraler Seite aufgestellt worden sind, insgesamt 37 Milliarden Reichsmark für Reparationszwecke aufgebracht, davon unter dem Dawes-Plan 8 Milliarden und unter dem Young-Plan bis zum Inkrafttreten des Hoover-Plans 2.7 Milliarden. Und in der gleichen Zeit, seit 1924, in denen diese 10.7 Milliarden Reparationsleistungen aufgebracht wurden, hat Deutschland netto 17 Milliarden Auslandskapital importiert. Es wäre also, selbst wenn es keine Reparationszahlungen zu leisten gehabt hätte, kapitalimportbedürftig gewesen. Kein Wunder, daß die ausländische Bankwelt, auf die fast die Hälfte jener Kredite entfiel, in einer Zeit sich häufender wirtschaftlicher Schwierigkeiten kopfscheu wurde und nicht weiter die Neigung bekundete, Deutschland durch Gewährung immer neuer kurzfristiger Darlehen die Abtragung sinnlos gewordener Reparationsverpflichtungen zu ermöglichen. Zweimal, im April 1929 und im September 1930, hatte die Lawine, obwohl schon ins Rutschen geraten, gerade noch einen Halt gefunden. Das dritte Mal, im Juli 1931, stürzte sie zu Tal, und Deutschland war den sich häufenden Anforderungen auf plötzliche Rückzahlung seiner in langen Jahren aufgetürmten kurzfristigen Auslandsschuld nicht gewachsen und mußte am 13. Juli ein Moratorium verhängen. Die Krise, die jetzt in Deutschland und aller Welt ausbrach, bleibt der Ausdruck für die gewaltigste Kapitalfehlleitung dieser Nachkriegszeit: für die durch gleichzeitigen Kapitalimport kompensierte Abführung von 37 Reparationsmilliarden in kapitalreiche Länder, die sich obendrein durch hohe Zollmauern gegen die reale Abtragung dieser Verpflichtung in Warenform zu sträuben versuchten und die wegen Zurückhaltung im eigenen Kapitalexport einen Teil dieser Summe zur Aufstauung von barem Golde benützten, dadurch der übrigen Welt die Kreditgrundlage entzogen und zur Geldwertrevolutionierung der Jahre 1930 und 1931 beitrugen. Dieser Reparationseingriff in die Weltwirtschaft, die unmittelbarste Folge des Krieges, trägt einen Hauptteil der Schuld an der Zerrüttung und an der Schärfe, die die Krise angenommen hat, vor allem wenn man zu den unmittelbaren materiellen Wirkungen noch die psychologischen und mittelbaren hinzurechnet, die sich aus der Demütigung einer großen Nation und der unausbleiblichen Aufpeitschung nationalistischer Instinkte ergaben.

„Wir möchten nur betonen, daß, wenn man den Pelion auf den Ossa türmt und die alljährlichen Verpflichtungen zu der Schuld hinzukommen, die Last der Zins- und Tilgungsverpflichtungen aus kommerziellen Schulden ständig zunehmen muß und, wenn ein großer Teil der wachsenden Schuld kurzfristig aufgenommen ist, Deutschland in steigendem Maße Krisen der Art ausgesetzt sein wird, wie es gegenwärtig durchmacht.

... Das deutsche Problem ist ein Teil eines größeren Problems, welches auch viele andere Länder der Welt angeht. In diesem Zusammenhang wollen wir zweierlei bemerken.

Erstens: Um die Nachfrage wieder anzuregen und dadurch die ständige Abwärtsbewegung des Preisniveaus aufzuhalten, welche Schuldner- und Gläubigerländer in gleicher Weise in einen circulus vitiosus der Depression verstrickt, ist es wesentlich, daß die Unterbringung neuen Kapitals — mit einem wohlerwogenen wirtschaftlichen Ziel, nämlich einer Vermehrung der Kaufkraft der Welt — wieder normal in Gang kommt.

Zweitens: Wir möchten darauf hinweisen, daß das Beispiel Deutschlands die eindrucksvollste Illustration der Tatsache ist, daß die Welt in den vergangenen Jahren versucht hat, zwei verschiedene, sich widersprechende politische Prinzipien zu verfolgen, indem sie die Entwicklung eines internationalen finanzellen Systems zuließ, welches die jährliche Zahlung großer Summen von Schuldner- an Gläubigerländer mit sich bringt, demgegenüber aber gleichzeitig der freien Güterbewegung Hindernisse in den Weg legte. Solange diese Hindernisse bestehen bleiben, müssen derartige Kapitalbewegungen naturgemäß das internationale finanzielle Gleichgewicht stören. Finanzielle Hilfsmaßnahmen allein werden nicht imstande sein, die wirtschaftliche Prosperität der Welt wiederherzustellen, wenn nicht die auf Obstruktion gerichtete Politik eine gründliche Aenderung erfährt und der Welthandel, von dem ja der Fortschritt jeglicher Zivilisation abhängt, seine natürliche Entwicklung wiederaufnehmen kann ...

... Wir schließen daher mit der ernsten Mahnung an alle beteiligten Regierungen, in der Ergreifung der notwendigen Maßnahmen keine Zeit zu verlieren und unverzüglich eine Lage zu schaffen, die es ermöglicht, Finanztransaktionen durchzuführen, um Deutschland und dadurch der Welt die so dringend benötigte Hilfe zu bringen."

Aus dem Basler Gutachten über die deutsche Wirtschaftskrise (Layton-Bericht).

DIE KRISEN

Der aufkommende Sozialismus hat seine Kritik besonders gegen die periodischen Krisen gerichtet und das Massenelend, das immer wieder eintrat, als den Hauptbeweis für die Untauglichkeit des kapitalistischen Systems angesehen. Ja, er hat sich mit viel Scharfsinn um den Nachweis bemüht, daß periodische Krisen im Kapitalismus unausbleiblich seien und daß es sich gewissermaßen um einen organischen Konstruktionsfehler handele, der nicht anders als durch Ersetzung des ganzen Systems geheilt werden könne. Diese Kritik ist später in dem Grade verstummt, in dem die Krisen sich abschwächten, und als schließlich, wie in den Depressionen von 1902 und 1907, die Ermattungsperioden lediglich dadurch fühlbar wurden, daß die Produktion zeitweise weniger stürmisch ausgedehnt wurde als in Aufschwungszeiten, da wurde diese Kritik stiller, und man sah die Krisen nicht weiter als eine dem System „immanente" Erscheinung an, zumal da die frühere Beweisführung für diese These sich als wissenschaftlich unhaltbar erwiesen hatte. Jetzt haben wir nach dem ersten internationalen Rückschlag von 1920/21 zum ersten Male wieder eine große Krise, die an Heftigkeit die meisten früheren sogar übertrifft. Wir haben damit vor allem auch den Beweis, daß durch geldpolitische Manipulationen eine konjunkturlose Wirtschaft nicht gewährleistet werden konnte. Auf sie aber hatten in der Zwischenzeit manche, auch sozialistische Wirtschaftspolitiker große Hoffnungen gesetzt, in der Erwartung, der Schlüssel zum Paradies der konjunkturlosen Wirtschaft sei damit gefunden. In der Tat kann einstweilen, solange die Bevölkerung sich verändert und der Bedarf in seiner Zusammensetzung so stark schwankt wie gegenwärtig, nicht damit gerechnet werden, selbst bei noch so vollkommener Führung der Geldpolitik, daß die wirtschaftliche Entwicklung in eine Gleichform gebracht wird, die Schwankungen ausschließt. Zeiten schlechten Geschäftsganges, Zeiten der Arbeitslosigkeit und sogar großer Arbeitslosigkeit, magere Jahre nach fetten Jahren sind in der freien Marktwirtschaft zwar nicht naturnotwendig, aber möglich. Ein so großes Ausmaß wie gegenwärtig wird eine Krise freilich immer nur annehmen, wenn ganz außergewöhnliche Umstände sich unglücklich verketten, und wenn überdies so schwere wirtschaftspolitische Fehler hinzukommen, wie sie nach dem Kriege gemacht worden sind.

FEHLER DER NOTENBANKPOLITIK

Geldpolitische Maßnahmen haben die jetzige Krise nicht nur nicht verhindert, sondern sie sogar verschärft. An sich bedeutet ja, womit sich der nachstehende Beitrag näher befaßt, die Schaffung großer zentraler Notenbanken, die das Monopol der Notenausgabe besitzen, in gewissem Sinne schon ein wesensfremdes Element in der freien Marktwirtschaft. Alle Erfahrung zeigt, daß eine staatliche oder halbstaatliche Zentralinstanz trotz aller Bemühungen bisher nicht in der Lage ist, so rasch auf die Veränderungen der wirtschaftlichen Lage zu reagieren, daß sie nicht immer wieder zögerte, in Zeiten steigender Marktsätze den Diskont rechtzeitig und scharf genug heraufzusetzen. Nicht nur der Schrei der Wirtschaft nach billigem Geld, nicht nur die Opposition weitester Kreise gegen eine vermeintliche Erdrückung des Konjunkturanstiegs sind daran schuld, wenn die Notenbanken es immer wieder geschehen lassen, daß sie

„Aus der Erfahrung, daß Kreditpolitik an der Krisenentstehung und -erschwerung mit schuldig wurde, darf nicht etwa die Resignation entstehen, daß nun auf Kreditexpansion verzichtet werden müsse. Eine solche Anschauung übersähe völlig die wichtige Rolle, die der Kredit in der modernen Wirtschaft überhaupt, insbesondere als nützlicher Anreger der Wirtschaft gerade in einer Depressionsperiode spielen kann. Es überrascht deshalb nicht, daß gerade in neuerer Zeit aus fast allen Ländern immer lebhafter der Ruf nach einer kreditpolitischen Aktivität der Notenbanken, nach Kooperation und „Rationalisierung des Geldwesens" ertönt zur Befreiung aus der Krise. Kreditpolitik vermag natürlich keine Wunderdinge zu tun. Die durch den Kriseneintritt effektiv gewordene Illiquidität des Kreditapparates hat zunächst zu einem Streben nach besserer Liquidität und erhöhter Sicherheit geführt. Bevor ein gewisses Maß von Bereinigung und von neuer Vertrauensbildung nicht erreicht ist, kann auch anregende Notenbankpolitik materiell nur wenig ausrichten. Die Zentralbanken können aber, indem sie ihren Kredit zu den billigsten Bedingungen anbieten — warum nicht einprozentige Diskonte?! — diesem Streben dienen und indem sie das tun, auch die Vertrauensstimmung bessern helfen, von deren Wiederentstehung in der Krise Entscheidendes abhängt. In dieser Phase können kaum kreditpolitische Fehler gemacht werden. Die Zeit der Wachsamkeit hat erst mit dem Aufschwung zu beginnen, dann allerdings in ganz besonderem Maße."

Otto Hoffmann: Klippen der Kreditpolitik. Sonderabdruck aus der „Frankfurter Zeitung" Nr. 111 und 118, 1931.

Ergänzender Beitrag zu Seite 45 und Seite 47

Die Stellung der Notenbank im System der freien Verkehrswirtschaft

Die Verdrängung des Automatismus

Der Automatismus einer freien Verkehrswirtschaft kann, soweit die Geldversorgung in Frage kommt, am reinsten demonstriert werden unter der Voraussetzung eines Geldsystems, in dem es ausschließlich bares Metallgeld gibt. Es besteht dann ein unmittelbarer, wechselseitiger Zusammenhang zwischen den Produktionskosten des Goldes, der Geldmenge und dem Preisniveau. Diese drei Faktoren bilden ein geschlossenes System. Das gegenwärtig bestehende Geldsystem kennt einen solchen durchgängigen Automatismus nicht. Die Ausbildung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs in den beiden Formen der Note und des Giralgeldes hat in der Geldversorgung einen gewissen Spielraum für Willkür geschaffen. Er ist bei allen Banken vorhanden, die die Möglichkeit zur Notenausgabe oder zur Schaffung von Ueberweisungsguthaben besitzen. Dies bedeutet, daß auch unter der allen nationalökonomischen Ueberlegungen zugrunde liegenden Voraussetzung einer dem wohlverstandenen Selbstinteresse folgenden Handlungsweise die Geldversorgung der Wirtschaft nicht eindeutig festgelegt, sondern innerhalb gewisser Grenzen von dem Willen der Banken abhängig ist. Dem widerspricht nicht, daß die Eigengesetzlichkeit der Wirtschaft sich über kurz oder lang in bestimmten Reaktionen (Goldverluste, Liquiditätsstörungen und weiterhin Veränderungen im allgemeinen Wirtschaftsverlauf) geltend macht. Vielmehr sind es gerade diese Reaktionen, die allmählich zur Ausbildung bankpolitischer Grundsätze führen. Der Automatismus wird somit durch Politik ersetzt.

Die Entwicklung zu aktiver Bankpolitik

Die Ergänzung des Automatismus der Geldversorgung durch bankpolitische Grundsätze ist jedoch nur die erste Stufe der Entwicklung, ein Stadium, in dem die Bankpolitik durch Passivität gekennzeichnet ist. Die Banken suchen die Wirtschaftsentwicklung abzutasten und sich ihr anzupassen. Der Automatismus wird somit als Fiktion aufrechterhalten, weshalb auf dieser Stufe häufig die Erkenntnis fehlt, daß er tatsächlich nicht mehr in vollem Umfange vorhanden ist. In diesem Stadium befindet sich gegenwärtig noch die Politik der Kreditbanken. Die Politik der Notenbanken dagegen ist bereits zu einer bewußt aktiven Einflußnahme fortgeschritten. Dies erklärt sich z. T. aus der geschichtlichen Entwicklung. Historisch geht die Note dem Giralgeld voraus. Ihre Bedeutung für die Geldversorgung wurde daher frühzeitig erkannt und das Notenausgaberecht monopolisiert, wobei die in den Besitz des Monopols gelangende Bank die Verantwortung für seine Handhabung übernahm. Nur in England wurde mit der Peelschen Bankakte der Versuch gemacht, gleichzeitig den Automatismus des reinen Goldumlaufes künstlich wiederherzustellen durch die Vorschrift voller Golddeckung für jede über ein bestimmtes Kontingent hinaus ausgegebene Note. In den anderen Ländern begnügte man sich mit der Fiktion des Automatismus. Die Notenbank „konstatierte" die Sätze des freien Geldmarktes. Da diese Sätze ihrerseits vom Diskontsatz beeinflußt werden, handelt es sich dabei tatsächlich um eine Fiktion. Die Notenbank muß mindestens auch den Umfang ihrer Beanspruchung berücksichtigen. Dieser gibt ihr aber keinen Anhalt für die richtige Diskonthöhe. Die fiktive Passivität ist also de facto eine ungewollte Aktivität. Aus dieser Erkenntnis haben die Notenbanken die Konsequenz gezogen und sind zu einer gewollten Aktivität übergegangen. Die Schöpfung von Giralgeld verblieb den Kreditbanken auch nach der Monopolisierung des Notenausgaberechtes. Der Peelsche Versuch, den Automatismus wiederherzustellen, konnte deshalb keinen Erfolg haben. Zur Ausbildung einer bewußt aktiven Politik der Kreditbanken ist es bisher im ganzen nicht gekommen. Während die Banknote fast überall an Stelle des Bargeldes trat und der Spielraum der Notenbanken dadurch ungemein erweitert wurde, blieb das Giralgeld im allgemeinen auf die großen Umsätze beschränkt und der Spielraum der Kreditbanken daher verhältnismäßig eng. Eine Betrachtung des Geldsystems vom Standpunkte des Automatismus kann sich daher z. Zt. auf die Politik der Notenbanken beschränken.

Unvereinbare Gegensätze?

Es ist bemerkenswert, daß die Ausschaltung des Automatismus der Geldversorgung und die Entwicklung der Notenbank zu einer Stelle mit weittragender wirtschaftspolitischer Funktion verhältnismäßig unbemerkt vor sich ging, während auf dem Gebiete der Handels- und Preispolitik die Vertreter der freien und der gebundenen Wirtschaft ständig im Kampfe lagen. Es ist dabei doch augenfällig, daß die Bejahung des modernen Geldsystems mit dem Wunsche nach einem Wirtschaftssystem nicht vereinbar wäre, in dem ein durchgängiger Automatismus besteht. Wäre also der Begriff einer freien Verkehrswirtschaft mit dem Automatismus unlöslich verbunden, so müßte entweder die Stellungnahme zur Bankpolitik revidiert oder eine Ausnahme in einem wichtigen Punkte zugestanden werden; tatsächlich gibt es Liberalisten, die das Notenmonopol wieder beseitigen und die Banknotenschöpfung lediglich den Bestimmungen des Schuldrechtes unterwerfen möchten. Anders stellt sich die Sachlage dar, wenn man, wie dies hier geschehen ist, die freie Verkehrswirtschaft nicht in diesem dogmatischen Sinne, sondern nur als das im allgemeinen zur Erreichung eines maximalen Sozialproduktes betrachtet. Wirtschaftspolitik wird in diesem Falle nicht schlechthin unter allen Umständen als ein systemfremdes Element betrachtet, sondern ist, sofern sie mit den richtigen Mitteln arbeitet und ihre Aufgabe nicht in der Zerstörung, sondern in der Aufrechterhaltung des freien Marktmechanismus und in der Verbesserung seiner Wirkungen sieht, ein integrierender Bestandteil des Systems. Hinsichtlich der Notenbankpolitik ergibt sich gerade aus der Erkenntnis, daß innerhalb des modernen Geldsystems der reine Automatismus nicht mehr besteht und bestehen kann, die Aufgabe, das Geldsystem so zu gestalten, daß die freie Marktwirtschaft ihre Kräfte entfalten kann. Dazu ist erforderlich, daß gewisse Voraussetzungen erfüllt sind. Sie betreffen die Bank selbst, die Mittel, durch die sie ihren Einfluß ausübt, und die allgemeinen Ziele ihrer Politik.

Formen, Mittel und Ziele der Notenbankpolitik

Hinsichtlich der Bank selbst ist Unabhängigkeit von allen Interessenten erforderlich, wobei nicht nur die einzelnen Wirtschaftsgruppen, sondern in bestimmtem Sinne auch die Staatsverwaltung und die im parlamentarischen System jeweilig regierende Mehrheit als Interessentin betrachtet werden muß, was freilich nicht bedeutet, daß dem Staat bei der Ernennung der leitenden Persönlichkeiten in diesen unabhängigen Instituten nicht das entscheidende Wort gebührte. Mangelnde Unabhängigkeit von den momentanen Interessen der Regierung braucht sich nicht nur in Fällen zu zeigen, wo die Notenpresse für den staatlichen Finanzbedarf in Gang gesetzt wurde, sondern auch bei der Erleichterung staatlicher Emissionen durch entsprechende Diskontbemessung oder bei einer den Wünschen bestimmter politischer Parteien entsprechenden Diskontpolitik. Hinsichtlich der Mittel, deren sich die Notenbank zur Geltendmachung ihres Einflusses bedient, ist im wesentlichen die Beschränkung auf den Zins als Preis des Notenbankkredits notwendig. Nur in diesem Falle bleibt die freie Verkehrswirtschaft gewahrt, für die das Medium des Preises eine unerläßliche Voraussetzung ist. Kreditrestriktionen und Kontingentierungen müssen daher als Fremdkörper betrachtet werden. Aus dem gleichen Grunde ist es wünschenswert, daß der Notenbankkredit einem möglichst weiten Kreis offensteht, der die formalen Bedingungen erfüllt. In der direkten Einflußnahme auf die mit ihr in Verbindung stehenden Institute sollte die Notenbank größte Zurückhaltung üben. Bei Versuchen, die Effektenspekulation zu drosseln, wurde dieser Grundsatz in den letzten Jahren mehrfach verletzt. Am schwersten dürfte es sein, die allgemeinen Ziele der Diskontpolitik vom Standpunkt der Wirtschaftsfreiheit aus zu beurteilen. Die Konjunkturschwankungen hängen zu einem guten Teile mit der Ausschaltung des Automatismus im modernen Geldsystem zusammen. Man wird es daher nicht als unvereinbar mit der freien Verkehrswirtschaft empfinden, wenn die Notenbank bestrebt ist, durch eine geeignete Diskontpolitik, die die natürliche Bewegung der Zinssätze noch unterstreicht, diese Schwankungen zu mildern. Geht sie jedoch darüber hinaus und sucht der ganzen Wirtschaftsentwicklung eine bestimmte, aus den Tendenzen der freien Verkehrswirtschaft nicht erwachsende Richtung zu geben, so muß dies als monopolistischer Eingriff in den Mechanismus der freien Wirtschaft betrachtet werden, dem gegenüber alle Bedenken am Platze sind, die auch sonst gegen monopolistische Eingriffe in den Marktmechanismus erhoben werden.

in Zeiten des Aufschwungs infolge ihrer diskontpolitischen Passivität zur billigsten Kreditquelle des Landes werden, und wenn sie damit der Ueberexpansion der Investitionen, der Kapitalfehlleitung Vorschub leisten, sondern schuld ist daneben häufig auch ganz einfach das Trägheitsmoment. Die wirtschaftliche Entwicklung braucht eine gewisse Zeit, bis sie in den Köpfen der Notenbankleiter die erforderlichen Reaktionen auslöst, und wenn das in Zeiten rückgängiger Konjunktur anders ist, wenn in diesen Perioden sehr viel rascher — obwohl meist auch nicht rasch genug — die Diskontsätze wieder herabgesetzt werden, so nur, weil Wirtschaft und Staat in diesen Zeiten der Gefährdung einen starken Druck auf die Notenbankleitung ausüben und damit dem Trägheitsmoment entgegenwirken. In der Hochkonjunktur, die der großen Krise vorausging, kam noch hinzu, daß sich die amerikanischen Notenbanken von der Vorstellung fasziniert zeigten, man solle mit geldpolitischen Mitteln das Preisniveau stabilisieren, um auch die Konjunktur zu stabilisieren. Das ist der Grund, weswegen sie 1927, als bei einem langsamen Preisrückgang in den Vereinigten Staaten die ersten Anzeichen eines wirtschaftlichen Rückschlags sichtbar wurden, eine sehr intensive Geldverflüssigungspolitik einleiteten und diese auch späterhin nur zögernd revidierten, weil eben das Preisniveau stabil geblieben war. Was aber ist das „Preisniveau"? Es setzt sich aus zahlreichen Einzelpreisen zusammen, die mehr oder minder unvollkommen mit einem Index gemessen werden. Und in diesem Index kommen auch solche Verschiebungen zum Ausdruck, die nicht die Folge einer Veränderung des Geldwertes, sondern einfach die Folge veränderter Produktionsbedingungen sind. Wenn in zahlreichen Branchen infolge technischer Fortschritte mit niedrigeren Kosten produziert werden kann und die Preise entsprechend sinken, so kann dieser Prozeß sich vollziehen, ohne daß daraus im geringsten auf notenbankpolitische Beeinflussung des Geldwertes geschlossen werden dürfte. So war es in jener Zeit um 1927, und indem man diese natürliche Preissteigerung künstlich durch notenbankpolitische Maßnahmen verhinderte, steuerte man bei gleichbleibendem oder sinkendem oder nur mäßig sich erhöhendem „Preisniveau" in die schönste Inflation hinein. Indem man den Index stabilisieren wollte, verminderte man den Geldwert, während es doch die vornehmste Aufgabe einer Notenbankpolitik sein muß, den Geldwert stabil und neutral zu halten.

EIN UNGLÜCK KOMMT SELTEN ALLEIN

Das Unglück wollte es, daß gerade in jenen Jahren, ermöglicht durch die Bankkreditexpansion, aber nicht notwendig verursacht durch sie, eine aus dem Glauben an ewige Prosperität erwachsene Effektenüberspekulation in den Vereinigten Staaten und von dort her ausstrahlend auch in vielen anderen Ländern eingesetzt hatte, deren unausbleibliche Liquidation den Konjunkturumschwung verschärfen mußte. Es kam hinzu, daß die Fortschritte der industriellen Technik, die sich unter normalen Bedingungen vielleicht lautlos vollzogen hätten, wegen ihrer Häufung überaus heftige Uebergangsstörungen auslösten. Obendrein war dieser technische Fortschritt in der Industrie auch begleitet von einer Umwälzung der Agrartechnik, und alle Erfahrungen der Wirtschaftsgeschichte zeigen, daß immer dann, wenn Industriekrisen und Agrarkrisen zufällig gleichzeitig eintreten, die Gesamtwirtschaft

„Die Folgerungen, die sich aus der Erkenntnis des technischen Fortschritts als entscheidenden Wirtschaftsfaktors für die Beurteilung der amerikanischen Entwicklung und für die allgemeinen Grundsätze der Kreditpolitik ergeben, sind von größerer praktischer Bedeutung, als auf den ersten Blick scheinen mag. Kann nämlich auch eine starke Kostenverminderung Ursache einer Preissenkung sein, so folgt daraus, daß die Stabilhaltung des Preisniveaus nicht ohne weiteres Konjunkturstabilisierung bedeuten würde. Ist die Preissenkung überwiegend durch technische Entwicklung bedingt, so kann eine Ausdehnung des Geldumlaufs die in diesem Falle ohnehin erhöhten Unternehmergewinne weiter steigern und zu spekulativen Neuanlagen reizen."

„Frankfurter Zeitung" vom 17. August 1930.

besonders schwer in Mitleidenschaft gezogen wird. In Deutschland war die Krise früher und aus anderen Ursachen ausgebrochen als in der Welt, nicht ohne daß die Zuspitzung der Verhältnisse in Deutschland zunehmend auch auf die Weltwirtschaft zurückwirkte und die Weltkrise dann wiederum auf die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland zurückstrahlte. Was die besonderen Ursachen der Krise in Deutschland betrifft, so haben wir zunächst erfahren, daß eine Spezialkrise auch durch eine künstliche Ueberhöhung der Kosten der Wirtschaft herbeigeführt werden kann. Es ist klar, daß in einer Wirtschaftsordnung, die ihren Antrieb von den Profiten der Unternehmungen empfängt und deren geregelter Gang zum mindesten davon abhängig ist, daß die Unternehmungen auf ihre Kosten kommen, Störungen eintreten müssen, wenn diese Voraussetzungen bei einem großen Teile der Unternehmungen künstlich beseitigt werden. Zu dem Druck der Steuern und sozialen Lasten, der zu einem erheblichen Teile auf den Unternehmungen lastete, trat der Druck fast unbeweglicher Kartellpreise und schließlich der Druck steigender Löhne, da die amtliche Lohnpolitik nach der Wiederanpassung der Löhne, die nach der Inflation notwendig geworden war, in der Progression unentwegt fortschreiten zu können hoffte, auch als die maximale Produktivität bereits erreicht war und als die Konjunktur sich bereits im Rückgang befand. Von 1927 bis Mitte 1929 sind die tariflichen Realverdienste noch um annähernd 15 Prozent gestiegen, bei gleichzeitigem Anwachsen von Soziallasten und Unternehmungssteuern. Diese Steigerung der Löhne wurde erkauft mit einer zunehmenden Unverkäuflichkeit der Ware Arbeitsleistung. Die deutsche Sonderkrise ist daher zum Teil gewiß auch eine Kostenkrise gewesen, und davon wird in dem folgenden Abschnitt, der von den Versuchen, die Verteilung des Sozialprodukts zu ändern, handeln soll, noch näher zu sprechen sein. Zum andern war die deutsche Sonderkrise auch die Folge jener Zuckungen in den internationalen Kapitalbewegungen, von denen im vorigen Kapitel die Rede gewesen ist. Der Kapitalimport hat sich 1928, 1929, 1930 von 4.3 auf 2.7 und 0.7 Milliarden RM verringert und in der ersten Hälfte 1931 setzte per Saldo schon ein Kapitalabfluß von 1.2 Milliarden RM ein. Dieser Umschwung in der Kapitalbewegung verschärfte die Absatzstockung in der — vorher vom Kapitalimport in Nahrung gesetzten — Produktionsmittelindustrie, deren Absatzverringerung ohnehin das Kennzeichen jeder Depression ist, ins Ungemessene. Wir haben also eine vielfache Krise gehabt, eine Fülle von Teilkrisen, die sich zu der gewaltigen Erschütterung addiert haben. In diesen Jahren hatte die Welt die Fehler einer falschen Notenbankpolitik zu büßen, eine gigantische Effektenüberspekulation zu liquidieren, die Reibungsverluste, die jeder technische Fortschritt mitbringt, zu erdulden und eine Agrarkrise über sich ergehen zu lassen. Ein wichtiges Glied der Weltwirtschaft, Deutschland, wurde durch die abrupte Beendigung des Kapitalimports und durch folgenden Kapitalentzug aus diesem stark kapitalbedürftigen Lande in eine Sonderkrise gestürzt, die durch eine Kostenkrise noch verstärkt war. Und das alles in einer Zeit, in der die ganze Welt durch Protektionismus und widersinnige Reparationsleistungen chronisch in ihrer Wirtschaftskraft geschwächt war. Nur so war es möglich, daß die große Nachkriegskrise ein so groteskes Ausmaß annahm.

Rentabilitätskrise

„... Wie die Dinge heute liegen, würde eine weitere mechanische Heraufschraubung der Löhne bei dem gegenwärtigen Stande der Produktivität, die nicht mehr in gleichem Tempo wie in den letzten Jahren wird gesteigert werden können, eine Gefahr bedeuten. Die erheblich über das Saisonmaß hinausgehende Wiedererhöhung der Arbeitslosigkeit zeigt, daß zahlreiche Unternehmungen selbst bei dem gegenwärtigen, so ungewöhnlich günstigen Stande der international erzielbaren Preise auf der einen und dem Stande der Tariflöhne auf der anderen Seite nicht auf ihre Kosten kommen. Die Folge ist eine Einschränkung der Produktion. Man kann die Knappheit der Lebenshaltung, zu der weite Kreise der Bevölkerung trotz der in den letzten Jahren vorgenommenen Aufbesserungen noch immer verurteilt sind, auf das lebhafteste bedauern, man kann eine weitere Hebung des Standards mit allen Kräften anstreben und muß doch gerade im Interesse der Arbeiterschaft wünschen, daß die erwähnten Zusammenhänge, vor allem von den Unterhändlern der Gewerkschaften und der Schlichtungspraxis richtig gewürdigt werden. Nicht die Löhne, die man ersehnt, sondern die Löhne, die wirtschaftlich möglich sind, müssen die Richtschnur bilden. Auch im Kampfe um das Sozialprodukt gibt es für jede Partei optimale Grenzen, deren Ueberschreitung sich an ihr rächt. Sinkt bei vielen Unternehmungen der Ertrag auf längere Dauer unter den Aufwand für das investierte oder zu investierende Kapital, so ist die natürliche Reaktion schließlich eine Erdrosselung der Produktion, eine Freisetzung von Arbeitskräften, eine Verringerung des Sozialprodukts, die angesichts der großen auf dem Lande ruhenden Lasten als ein nationales Unglück anzusehen wäre und die arbeitenden Klassen selbst am meisten schädigen würde. Diejenigen, die ihrem Wohle dienen wollen, tun gut, den Bogen nicht zu überspannen, sondern in ihrer Lohnpolitik darauf bedacht zu sein, daß wenigstens den gut geleiteten, an sich konkurrenzfähigen Unternehmungen ein ausreichender Rentabilitätsspielraum gelassen wird. Stand und Bewegung der Kurzarbeit gehören für solche Lohnpolitik zu den wichtigsten Orientierungsmitteln.“

Aus der „Frankfurter Zeitung“ vom 30. Dezember 1928. Jahresrückblick 1928. III. Die Belastungsprobe.

DIE VERTEILUNG DES SOZIALPRODUKTS

Rein ökonomisch betrachtet kommt der Verteilung des Sozialprodukts auf die verschiedenen Einkommensgruppen eine geringere Bedeutung zu als dem Umfang des für die Verteilung verfügbaren Gesamtprodukts, und die ökonomische Auseinandersetzung zwischen den Anhängern der freien Verkehrswirtschaft und ihren Kritikern wird in erster Linie stets dieses Kernproblem der Gesamtproduktivität zum Gegenstand haben müssen. Die Verteilung auf die verschiedenen Einkommensstufen und Einkommenskategorien ist aus zwei Gründen ökonomisch von untergeordneter Bedeutung. Erstens: selbst bei völliger Einebnung der Einkommensunterschiede, die nicht einmal in einer kommunistischen Wirtschaft möglich wäre, und selbst bei völliger Beseitigung des arbeitslosen Einkommens würde, wenn man den bisherigen Aufbau der Einkommenspyramide in den kapitalistischen Ländern zugrundelegt, pro Kopf nur ein winziger, kaum fühlbarer Mehrbetrag den untersten Einkommensstufen zufallen, und schon dem gelernten Arbeiter würde wahrscheinlich ein Einkommensverzicht zugemutet werden. Sofern also die freie Verkehrswirtschaft einer Planwirtschaft an Gesamtergiebigkeit auch nur unbedeutend überlegen wäre, würde die breite Masse der Empfänger niedrigster Einkommen, absolut betrachtet, trotz der Einkommensdifferenzierung besser mit Gütern versehen werden können als im Falle einer Wirtschaftsordnung kommunistischen Gepräges, aber geringeren Gesamtertrages — eine oft angestellte und auch von Sozialisten nicht mehr bestrittene Rechnung. Zweitens aber kommt den Problemen der Verteilung im Vergleich zu denen der Gesamtproduktivität deshalb keine entscheidende Bedeutung zu, weil auch bei Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems die Verteilung, wenigstens soweit die Differenzierung eine extreme ist, modifiziert werden kann. Diese Eingriffe in die Verteilung können sowohl durch Steuer- wie durch Sozial- und Lohnpolitik bewirkt werden, und an Versuchen in dieser Richtung hat es namentlich im Kriege und danach nicht gefehlt. Zum ersten Male sind in dieser Zeit z. B. durch rigorose Vermögen- und Einkommenbesteuerung ganz drastische Eingriffe in die Verteilung des Sozialprodukts vorgenommen worden. Dabei hat sich freilich zugleich auch mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß, so unbestritten die Möglichkeit des Eingriffs an sich ist, doch Grenzen bestehen, deren Uebertretung sich empfindlich rächen und unter Umständen dazu führen kann, daß der Gesamtertrag der Wirtschaft in einem Maße geschmälert wird, welches auch den vermeintlichen Nutznießern der beabsichtigten Einebnung der Einkommensunterschiede nicht nur keinen Vorteil mehr läßt, sondern — mag ihnen auch ein höherer Anteil gesichert sein — ihr absolutes Einkommen sogar verringert.

GRENZEN DER BESTEUERUNG

Schon die Finanzierung des Kriegs, die Abtragung der inneren oder äußeren Kriegsschulden hat die öffentlichen Lasten in bedenklicher Weise vermehrt. Begünstigt durch das überraschend schnelle Wiederanwachsen der Staatseinnahmen kurz nach Beendigung der Inflation wurden obendrein unter dem Einfluß staatsinterventionistischer Ideen und in Nachwirkung einer durch Krieg und Inflation gezüchteten Großzügigkeit die Grenzen der Staatsbetätigung immer weiter vorgerückt, und die Erfüllung der erweiterten staatlichen Funktionen erfolgte schließlich noch mit üppigerem Aufwand als früher. Es war die Epoche, in der selbst ein Mann wie Rathenau dem Staat die Auf-

„... Die Spanne der Finanzreformen des Krieges und vornehmlich der jungen Republik ist gekennzeichnet durch den Sieg der optimistischen Steuerideologie, die eine höhere Gerechtigkeit und gesteigerte finanzielle Ergiebigkeit durch Progressivsteuern mit phantastischen Steuersätzen glaubte erreichen zu können. Entstanden in einer Zeit des Kapitalreichtums und der Kapitalsättigung, fand diese Ideologie, die man fast müde geworden war, umsonst zu predigen, und die zu überprüfen kein Anlaß bestand, ihre Anwendung in einer Zeit, da die Volkswirtschaft erschöpft, die Produktionsmittel abgewirtschaftet, die Kapitalien reproduktionsbedürftig waren. Sie sollten verwirklicht werden in einem wirtschaftlichen Zustande, auf den sie schlechter denn je paßte. Der erbitterte und vergebliche Kampf der Steuergewalten, die Substanz des Kapitals anzugreifen, der wirtschaftlich zum Unfug ward, als es nichts anderes galt, denn die Löcher im Staatshaushalt zu stopfen, ist bezeichnend für diese ganze Zeit.“
H. Ritschl: Wandlungen des Steuersystems 1913/1928. In Kapitalbildung und Steuersystem. Veröffentlichungen der Friedrich List Gesellschaft, Berlin 1930. 4. Band, II. Teil, Seite 283.

„... Es wäre falsch, die Frage Steuersystem und Kapitalbildung lediglich als unmittelbares Distributionsproblem anzusehen. Denn es gibt Steuern, die Unternehmungssteuern, die im dynamischen Prozeß unter Umständen einen nachhaltigen Einfluß auf den Umfang dessen ausüben, was zur Verteilung gelangen kann. Die Unternehmungsteuern fallen als Hemmnis der Kapitalbildung weniger deswegen ins Gewicht, weil sie die Gewinne der Unternehmungen und damit entweder die Dividenden oder die Unternehmungsakkumulation einengen, sondern weil sie — unter bestimmten Voraussetzungen — auch für den Umfang der Produktion, für die Höhe des Beschäftigungsgrades und somit auch für die Summe der Lohneinkommen von Bedeutung sind. Ausgehend von dieser Ueberlegung hat man gelegentlich sogar den Schluß gezogen, daß eine die Kapitalbildung begünstigende Steuerpolitik überhaupt überflüssig sei, sofern nur die steuerlichen Hemmungen für die Ausdehnung der Produktion fortfielen. Wir halten demgegenüber unter allen Umständen in Deutschlands Lage auch eine direkte steuerpolitische Rücksichtnahme auf die Ersparnisbildung für unerläßlich und stimmen gleichwohl — gerade unter dem Gesichtspunkt der Förderung der Kapitalbildung — dem Verlangen zu, daß vor allem die Befreiung der Produktion von den sie bedrängenden Hemmungen steuerlicher Art notwendig ist, um den dynamischen Kräften Rechnung zu tragen. Eine Lockerung der Unternehmungssteuern im ganzen wird unter dem Gesichtspunkt der Kapitalbildung um so dringlicher erscheinen, je mehr die Rentabilität der Unternehmungen durch außergewöhnliche Steigerung anderer Unkostenfaktoren eingeengt ist. Es besteht also die Möglichkeit, partielle oder allgemeine Lohnüberhöhungen in ihrer lähmenden Wirkung auf die Produktion in gewissem Grade auszugleichen. Denn für die Unternehmungen ist natürlich im allgemeinen gleichgültig, wie sie ihre Gesamtunkosten nach den verschiedenen Unkostenbestandteilen: Löhnen, Soziallasten und Steuern gliedern.“
E. Welter: Die Ursachen des Kapitalmangels in Deutschland. Tübingen 1931, Seite 89/90.

gabe setzte, er müsse mit seinen Mitteln dem Bedürfnis vorauseilen, nicht nachhinken, nicht die Frage stellen, „wie bringe ich auf", sondern „wie bringe ich unter", und ihm das Recht zubilligte, einzugreifen „in jeder Not, zu jeder Sicherung des Landes, zu jedem großen Werke der Kultur, zu jeder Tat der Schönheit und der Güte". Der Bürger sollte — nach Rathenau — „auf des Staates Macht, Reichtum und Ueberschwang mit stolzer Freude blicken, nicht auf seinen eigenen, bei Seite getragenen, gespeicherten Mammon". Diese Proklamation ist charakteristisch für eine Zeit, die einigermaßen blind war für die Grenzen, die der Besteuerung gezogen sind. An sich wäre es natürlich ökonomisch weitgehend gleichgültig, ob der einzelne sein Einkommen selbst verwendete oder es dem Staate zu einem hohen Prozentsatz übereignete, damit dieser es für die gemeinsame Bedürfnisbefriedigung aller, für Zwecke der Wohlfahrt, der Hygiene, der Kultur oder der Kunst aufwende. Es wäre gleichgültig, wenn eben nicht durch eine sehr scharfe Besteuerung der Erwerbstrieb des einzelnen reduziert, die Flucht in steuergünstigere Regionen beschleunigt und vor allem die Kapitalbildung behindert würde. Heute vollzieht sich die Vorsorge für die Zukunft, die Bereitstellung der notwendigen Mittel für die Einschlagung immer längerer und ergiebigerer Produktionsumwege, kurz die Kapitalbildung in erster Linie beim Individuum. Wenn diesem durch übermäßige Besteuerung der Spielraum für die Einkommensverwendung beschränkt wird, so muß die Kapitalbildung, auf die die Gesamtheit angewiesen ist, notleiden — es sei denn, daß der Staat selbst an Stelle des Individuums in genügendem Umfange sich dieser Aufgabe annimmt, wobei freilich zu beachten ist, daß die Verwendung des Kapitals unter obrigkeitlicher Regie in viel höherem Grade die Gefahr der Kapitalfehlleitung mit sich bringt als die Verwendung unter rein privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten.

STEUERSYSTEM UND KAPITALBILDUNG

Die Gefahr, daß die Kapitalbildung in volkswirtschaftlich schädlicher Weise gehemmt wird, wächst also mit zunehmender Gesamtlast, sie wächst besonders deshalb, weil nach der herrschenden Ideologie die Tendenz zur Heranziehung der steuerlich leistungsfähigeren Schichten mit zunehmender Gesamtlast sich zu verstärken pflegt. Es ist aber unzweifelhaft, daß von hohen Einkommen mehr gespart werden kann als von kleinen Einkommen, weil erst mit wachsendem Einkommen das physische und das soziale Existenzminimum seine Bedeutung verliert und der Spielraum für die Ersparnisbildung zunimmt. Abgesehen davon pflegt sich die Dauerhaftigkeit der Ersparnisse mit steigendem Einkommen zu verbessern, weil meist nur in den höheren Einkommenstufen der Zwang fortfällt, die Ersparnisse in naher Zeit wieder zu verzehren. Gewiß dürfen diese Feststellungen wirtschafts- und steuerpolitisch nicht uneingeschränkt und ohne Rücksicht auf die Schäden wirtschaftlicher, sozialer, hygienischer und kultureller Art fruktifiziert werden — schon deshalb nicht, weil durch starke Einkommensunterschiede auch die Konsumbedürfnisse in den unteren Schichten gesteigert werden. Auch darf die Bedeutung der Ersparnistätigkeit in Kreisen der Arbeiter und Angestellten nicht vernachlässigt werden, es muß vielmehr im Gegenteil auf die ausweislich der Zahlen der Sparkassen, Genossenschaften und Arbeiterbanken zeitweise stark fortschreitende Demokratisierung der Kapitalbildung der allergrößte Wert gelegt werden. Gleichwohl kann kein Zweifel bestehen, daß die Verwirklichung des Prinzips der Steuergerechtigkeit, die Einebnung der Einkommensunter-

Amerika und seine Arbeitslosen

Individualismus

Selbst in einem Lande, in dem man den wirtschaftlichen Individualismus zum nationalen Glaubensbekenntnis erhoben hat und jede Störung des „freien Spieles der Kräfte" grundsätzlich bekämpft, konnte man nicht ganz auf eine behördliche Arbeitslosenfürsorge verzichten. Die Unterstützung der amerikanischen Gemeinden für den stellungslosen Arbeiter wird freilich prinzipiell nicht in Geld geleistet. Auf Natural-Versorgungen, kostenlose Dienstleistungen, wie Verabreichungen von Lebensmitteln und Kleidern, Unterkunft, Gesundheits-, Berufsberatungen und Stellungsvermittlungen beschränkt man sich aus dem gleichen Grunde, aus dem man in der Fürsorge für den Stellungslosen nur ein Gebot der allgemeinen menschlichen Ethik sieht — nicht aber, wie in Deutschland und England, ein wirtschaftspolitisches Prinzip. Mit anderen Worten: man gibt Almosen, man übt die Dienst- und Naturalleistungen — notgedrungen — nur im Geiste der Mildtätigkeit aus, will aber dem Empfänger durch die Verweigerung von Geldunterstützungen jederzeit vor Augen führen, daß er keine Rentenansprüche an den Staat hat. Deshalb wird der privaten Initiative — wie überhaupt im ganzen Wirtschaftsleben — auch in der Sozialpolitik der Vortritt gelassen und von den Behörden nur das geleistet, was die überaus zahlreichen Wohltätigkeits-Organisationen nicht bieten wollen oder nicht bieten können. Weltanschauungsmäßig lehnt man die Verantwortung des Staates für den Erfolg oder Mißerfolg des Einzelnen ab und will diesem grundsätzlich die Sorge für sein eigenes Wohlergehen überlassen. Das europäische „dole system" wird als „unamerikanisch und staatssozialistisch" gebrandmarkt. Denn im Individual-Staat soll jeder seine eigene Vorsehung sein — nicht die Behörden.

Die Ansicht der Arbeitnehmer

So schwer das Los des amerikanischen Arbeitslosen namentlich in der heutigen Zeit auch ist, so hat man doch selbst in Arbeiterkreisen noch bis vor ganz kurzer Zeit keine ernsthaften Anstrengungen gemacht, das europäische System einzuführen. Ja, nicht einmal mit der Arbeitslosenversicherung, die ihm Prämienzahlungen auferlegen würde, möchte sich der dortige Arbeiter befreunden. Nicht nur der amerikanische Unternehmer, sondern sogar der Arbeiter selbst will also in der Arbeitslosigkeit keine chronische Begleiterscheinung des Kapitalismus sehen und weigert sich, ihr durch staatliche Zuwendungen gewissermaßen einen legalen Charakter zu geben. Solange das Land, das sich ja bisher immer noch im Alter des stürmischen Wachstums befand, nicht nur seinen eigenen Bevölkerungszuwachs, sondern auch einen Teil des europäischen aufnehmen konnte, lag in der Tat keine Ursache vor, sich wegen der immer wieder schnell aufgesaugten — allerdings auch immer wieder durch Einwanderungen usw. neu entstehenden — Arbeiterüberschüsse zu sorgen. Auch ist es trotz der gewaltigen Zunahme der Arbeitslosigkeit seit Einbruch der Depression bisher nirgends zu ernsten politischen Unruhen gekommen. Das liegt daran, daß auch dem Arbeiter, der in USA viel eher Ersparnisse machen kann als bei uns, zumeist das kapitalistische Erfolgsstreben in Fleisch und Blut übergegangen ist. Abgesehen von der Montanindustrie und dem jahrelang kränkelnden Textilgewerbe, hat die Industrie wenig mit Arbeitskonflikten zu tun gehabt. Die Gewerkschaftsbildung schritt nicht voran und bis heute ist der organisierte Arbeiter nicht „salonfähig" geworden. Diese Einstellung des Arbeiters ist nicht nur historisch zu erklären. Die Unternehmer haben vielmehr durch die Tat — und durch geschickte Propaganda immer wieder an den „Marschallstab im Tornister" des tüchtigen Arbeiters erinnert und so die Resignation und den Klassenhaß mit bemerkenswertem Erfolg bekämpft. Keine Literatur ist hier volkstümlicher als die sorgfältig gepflegte Erzählung vom Lehrling oder Arbeiter, der es zum Präsidenten seiner Firma gebracht hat, und der — vom hochbezahlten Chronisten mit Episoden reich ausgeschmückte — Lebenslauf Henry Fords, Thomas Edisons, Herbert Hoovers und so manchen zum Volksheros gewordenen Multimillionärs verfehlt nicht seinen Eindruck.

Immerhin, man studiert

Man kann also sagen, daß bis zum gegenwärtigen Augenblick der sozialpolitische Liberalismus in den Vereinigten Staaten noch in voller Blüte steht. Der Gedanke an die Chance des einzelnen, die in der amerikanischen Wirtschaft größer war als in Europa, überdeckte die Sorge um die Sicherheit der Existenz. Erst in allerletzter Zeit zeigen sich mit der wachsenden Not Ansätze zu einer Wandlung. Noch Anfang August bezeichnete der Präsident Hoover den Gedanken, daß die Arbeitslosen auf Staatskosten erhalten werden sollten, als „geradezu verheerend". Wenige Tage später aber mußte er sich zu dem Zugeständnis bequemen, daß man den Arbeitslosen im Winter eine unmittelbare Unterstützung zukommen lassen werde, wenn es sich als unumgänglich notwendig erweisen sollte. Seitdem wird diese Frage ernsthafter diskutiert als je bisher, und man hat sich sogar dazu entschlossen, das so viel geschmähte System der öffentlichen Arbeitslosenversicherung eingehend zu studieren. Was daraus werden mag, läßt sich freilich noch nicht übersehen.

schiede durch eine scharfe Steuerprogression dort ihre Grenzen finden muß, wo die Gesamtkapitalbildung, für deren Gewährleistung wenigstens in Zeiten hohen Kapitalbedarfs eine erhebliche Einkommensdifferenzierung unerläßlich ist, gefährdet würde. Freilich könnte dem Prinzip der Steuergerechtigkeit in weit höherem Umfange Genüge geleistet werden, wenn nicht alle Einkommensteile, ohne Rücksicht darauf, ob sie dem Konsum oder der Ersparnisbildung dienen, gleichmäßig besteuert würden; wenn nicht ein Bezieher hoher Einkommen im Falle der Verschwendung seines Geldes ebenso besteuert würde wie im Falle der Investition; wenn mit anderen Worten die soziale Funktion der Kapitalbildung, wie es schon John Stuart Mill und Lorenz von Stein gefordert haben und wie es neuerdings von einer wachsenden Zahl von Finanzpolitikern verlangt wird, durch Freilassung oder mäßigere Besteuerung ersparter Einkommensteile prämiiert würde. Vor allem in Zeiten chronischen Kapitalmangels ist eine solche Rücksichtnahme notwendig, wie überhaupt steuerpolitische Grundsätze nicht ohne Rücksicht auf die jeweilige wirtschaftliche Lage praktiziert werden dürfen, sondern eine Variation, eine Anpassung Platz greifen muß, sofern nicht die Ergiebigkeit der gesamten Wirtschaft Schaden erleiden soll. Das gilt auch für die Beschränkung des arbeitslosen Einkommens, wie sie am wirksamsten durch schärfere Anspannung der Erbschaftssteuer erzielt werden kann. Die Erbschaftssteuer — an sich eines der tauglichsten Mittel, um zu verhindern, daß sich neben den Bienen der Wirtschaft eine Klasse der Drohnen bildet — rührt an ein qualitativ besonders wertvolles Sparmotiv, weil sie gerade solche Ersparnisse angreift, die nicht von vornherein zu raschem Wiederverzehr bestimmt sind. In Zeiten reichlicher Kapitalversorgung besteht auch kein Bedenken, sich dieses Mittels in ziemlich rigoroser Weise zu bedienen. Nur in einer Zeit besonderer Kapitalnot, wie sie nach dem Kriege vorlag, ist die Anwendungsmöglichkeit dieses das soziale Empfinden stark befriedigenden Instruments beschränkt, weil die Entrichtung der Erbschaftsteuer, wenigstens soweit sie durch Verkauf von Erwerbsvermögensteilen bewirkt wird, eine ersparnisabsorbierende Wirkung ausübt. Weit wichtiger freilich als die Respektierung der Grenzen, die der Anwendung des Prinzips der Steuergerechtigkeit bei der Besteuerung physischer Personen gezogen sind, ist es, daß die Steuern nicht die Produktion selbst hemmen und damit schon das Gesamteinkommen, aus dem die Kapitalbildung abgezweigt wird, schmälern. Auch in dieser Beziehung hat die Nachkriegszeit uns empfindliche Lehren erteilt. Die Unternehmungssteuern üben im dynamischen Prozeß der Wirtschaft unter Umständen einen nachteiligen Einfluß auf den Umfang dessen aus, was zur Verteilung gelangen kann. Und da mit wachsendem Gesamtprodukt der für die Kapitalbildung verfügbare Teil progressiv wächst und mit sinkendem Sozialprodukt die Sparquote zurückgeht, bedeuten diese Steuern eine Hemmung nicht nur der Gesamtkaufkraft, sondern vor allem der Kapitalbildung und sind insofern volkswirtschaftlich noch gefährlicher als alle anderen Steuern, seien sie konsum-, seien sie ersparnishemmender Natur.

DIE SEGNUNGEN DER SOZIALPOLITIK

In der gleichen Richtung wie die Unternehmungssteuern wirken die sozialpolitischen Belastungen der Unternehmungen — mit der Besonderheit, daß sie speziell die Inanspruchnahme von menschlicher Arbeitsleistung belasten, sofern sie nach der Lohnsumme berechnet werden. Mit der starken Ausdehnung der Sozialversicherung nach dem Kriege haben wir auch auf diesem Gebiete neue Erfahrungen sammeln können. Es ist heute unbestritten, daß die Sozial-

Der ausgeträumte australische Traum

Die politische Machtentfaltung der australischen Gewerkschaften verhalf dem fünften Kontinent schon frühzeitig zu dem Ruhm, ein „Arbeiterparadies“ zu sein. Bei 40 bis 44stündiger, nur 5tägiger Arbeitswoche — in gesundheitsschädlichen Betrieben ermäßigt sich die Stundenzahl auf 36 — waren sehr hohe Löhne festgesetzt, die nicht unterschritten werden durften, ohne daß hierbei ein wesentlicher Unterschied zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern gemacht wurde. Trotz hoher Lebenshaltungskosten übertraf der allgemeine Lebensstandard weit das europäische Niveau. Neben dem reichen Genuß der ausgedehnten Freizeit gehörte auch der Besitz eines Hauses, eines Automobils und anderer Lebensgüter zu den Selbstverständlichkeiten des australischen Daseins. Hinzutrat, daß die direkte Besteuerung kaum in Frage kam, da das Einkommen bis zu 6000 *RM.* unversteuert blieb. Für das Alter (ab 65 Jahre für Männer, ab 60 für Frauen) war außerdem durch eine monatliche Staatsrente vorgesorgt, obgleich das Einkommen in Zeiten der Kraft für Rücklagen voll ausgereicht hätte. Die Vorstellung, den hohen Lebensstandard auf diese Weise halten zu können, hatte freilich die Arbeiterschaft gleichzeitig zu Vertretern des starrsinnigsten Protektionismus gemacht, sowohl hinsichtlich der Einwanderungsbeschränkung als auch der Aufrechterhaltung eines überspitzten industriellen Schutzzollsystems unter völliger Verkennung der weltwirtschaftlichen Bestimmung des Landes. Anstatt hinter den hohen Prohibititivzollmauern mit Intensität an die Erschließung der natürlichen Reichtumsquellen des Landes zu gehen, dessen Stärke vorerst noch im Export von Wolle und Weizen (95 pCt. von der Gesamtausfuhr) liegt, züchtete man, angeregt durch die günstige Kriegskonjunktur und beseelt von dem nationalen Wunsche, möglichst unabhängig von ausländischen Fabrikaten zu sein, wahre Treibhausgewächse von Industrien, die nur durch Riesensubventionen des Staates und immer höhere Schutzzölle aufrechterhalten werden konnten. Dazu trat ein wahrer Investitionstaumel der öffentlichen Hand, unwirtschaftlich gemacht durch partikularistische Eifersucht. Elektrizitätswerke, Straßen, Eisenbahnen, riesige Staudämme, ja ganze Städte wurden für Millionen und aber Millionen aus dem Erdboden gestampft.

Der Erfolg dieser Wirtschaftspolitik liegt jetzt offen: Heute steht Australien bei einer Bevölkerung von nur 6.5 Millionen mit einer Staatsschuld von rd. 23 Milliarden Mark da, wovon auf England 48 pCt., auf Amerika 6 pCt. und die restlichen 48 pCt. auf das Inland entfallen. Als zu der Zerrüttung der Staatsfinanzen noch die Warenbaisse trat, die Arbeiter sich aber mit allen ihnen zu Gebote stehenden politischen Mitteln einer Senkung ihres Lebensstandards widersetzten, erfolgten Massenentlassungen, die im Augenblick etwa 30 pCt. der Gewerkschaftsmitglieder bei rund ebensoviel Kurzarbeitern ausmachen. Der Versuch einer industriellen Exportforcierung mußte in Konkurrenz mit dem eingespielten Produktionsapparat der alten Länder mißlingen, da die Industrie, von jeder belebenden Konkurrenz abgeschlossen, mit weit über dem Weltmarktspreis liegenden Kosten arbeitete. Damit ist scheinbar Unmögliches Wirklichkeit geworden: Ein Kontinent von dem Umfang Europas, dessen riesige Reichtümer bisher nur zu einem Bruchteil erschlossen sind, kann für den größten Teil eines Volkes von 6 500 000 Menschen nicht mehr hinreichende Beschäftigung bieten.

Erst als Anfang dieses Jahres Stockungen der Zins- und Tilgungsleistungen zur Valutakrise führten, die das australische Pfund gegenüber dem englischen im Eiltempo um fast 25 pCt. entwertete, enthüllte sich schließlich auch den bisher einsichtslosesten Gegnern das Märchen von der „spendid isolation“. Nach etlichen gefährlichen und im Hinblick auf die Erfahrungen anderer Länder absurden Experimenten, die ökonomischen Schwierigkeiten durch politische Gewaltmaßnahmen zu überwinden (offene Inflation, Sperrung des Goldexports, Einstellung des Anleihedienstes usw. fanden sich National- und Labour-Party zusammen in der Ueberzeugung, daß nur eine radikale Sanierungsaktion den Staat und die Wirtschaft wieder auf die Beine bringen können. Außer einer generellen Kürzung der öffentlichen Ausgaben und Senkung der Staatsgehälter und Löhne bis zu 25 pCt., sieht das Programm für die Staatsschulden eine Herabkonvertierung des Zinsfußes der gesamten Inlandsschuld (£ 556 Mill.) von 5½ auf 4 pCt. bei gleichzeitiger Umwandlung in eine 40jährige Anleihe vor. Im Interesse der Erhaltung des Staatskredits hat man einstweilen von einer Zwangskonvertierung der Auslandsschuld abgesehen. Obgleich der Konversionsmaßnahme ein nahezu ganzer Erfolg beschieden war, ist dieser Schritt erst ein Anfang; denn die Lehren der Krise weisen tiefer. Nicht nur die Staatsfinanzen gilt es zu reorganisieren, sondern es heißt allgemein loszukommen von dem protektionistischen Wirtschaftsystem. Der Boden für eine gesündere Wirtschaftsauffassung beginnt sich immer mehr zu lockern. Auch „the man in the street“ erkennt allmählich, daß er im letzten Dezennium „lived in a fool's paradise“.

politik keineswegs eine Unterhöhlung des Systems der freien Wirtschaft bedeutet, sondern ihr notwendiges Korrelat darstellt, daß sie sogar ein sehr geeignetes Mittel bildet, die Schmerzen zu lindern, die sich aus dem freien Wettbewerb ergeben — ein unentbehrlicher Bestandteil des Systems, so unentbehrlich und selbstverständlich wie die Verwundetenfürsorge im Kriege. Ja, so stark sind heute sozialpolitische Grundsätze ins Bewußtsein der Oeffentlichkeit eingedrungen, daß ihre Anwendung selbst auf die Unternehmer und die Kapitalisten gefordert wird. Nichts anderes nämlich als den Versuch einer Ausdehnung der Fürsorge bedeutet die oben gekennzeichnete Liebesgabenwirtschaft, die Uebernahme der aus dem freien Wettbewerb sich ergebenden Unternehmungsverluste durch die Gesamtheit mit Hilfe von subventionistischen und protektionistischen Maßnahmen — und diese Art von falsch verstandener Fürsorge geschah unter Duldung von Kreisen, die sich in bezug auf die wirkliche Sozialpolitik reichlich reaktionär verhalten. Diese Abart der Sozialpolitik ist freilich ein Nonsens und stellt in der Tat eine schlimme, die schlimmste Gefährdung der kapilistischen Wirtschaft dar, denn diese hat die rücksichtslose Anwendung des Leistungsprinzips und des Grundsatzes der Selbstverantwortung zur Voraussetzung. Nur auf die wirklich Bedürftigen und in ihrer Existenz Bedrohten dürfen die sozialpolitischen Maßnahmen auf Kosten der Gesamtheit Anwendung finden, und auch für diese echte Sozialpolitik bestehen Grenzen, die nicht überschritten werden dürfen, wenn nicht der Gesamtertrag der Wirtschaft Schaden leiden soll. So ist es heute fraglich geworden, ob trotz der starken öffentlichen Zuschüsse die Fiktion der Versicherung auch auf dem Gebiete der Arbeitslosenfürsorge Geltung haben kann, da wichtige Voraussetzungen einer Versicherungskalkulation, nämlich gleichbleibender Bedarf und gleiche Gefahrenhöhe, auch nicht gegeben sind. Nichts hat auch die Sozialversicherung mehr diskreditiert als ihre Ausnützung durch Skrupellose und die Mißbräuche, die auf dem Gebiete der Saisonarbeit (durch Austausch von Bauernsöhnen usw.) vorgekommen sind. An sich aber ist die Sozialpolitik als Bestandteil des Systems mit Recht anerkannt, und es ist immerhin ein erfreuliches Zeichen des sozialen Charakters, den das geltende Wirtschaftssystem angenommen hat, wenn trotz der jetzigen Erschütterungen der Wirtschaft die sozialpolitischen Errungenschaften im wesentlichen unangetastet geblieben sind und die aus dem Produktionsprozeß Verdrängten wenigstens vor dem Gröbsten geschützt sind — geschützt sind dank tiefeinschneidender Eingriffe in die Verteilung des Sozialprodukts.

LOHNPOLITISCHE VERANTWORTUNG

Am wenigsten modifikationsfähig ist die Verteilung des Gesamtprodukts auf dem Wege der Lohnpolitik. Es braucht heute nicht mehr lange darüber diskutiert zu werden, daß es auch vom Standpunkt der Arbeitnehmer optimale Grenzen der Lohnpolitik gibt, deren Ueberschreitung sich an den Arbeitnehmern selber rächen muß, weil eine solche Uebertretung die Arbeitsleistung durch Verteuerung unverkäuflich macht. Unternehmer können Arbeiter in der Regel nicht zu Bedingungen in Dienst stellen, bei denen die Unternehmungen unter Berücksichtigung der für ihre Produkte am Binnen- oder Weltmarkt erzielbaren Preise nicht auf ihre Kosten kommen. Es war zweifellos ein Fehler, daß nach der Anpassung der Löhne, die in den ersten Jahren nach der Inflation einsetzte, die Lohnheraufschraubung schematisch fortgesetzt wurde, auch als die Konjunktur bereits im Rückgang begriffen war. Nicht die gewerkschaftliche Organisation als solche ist daran schuld, denn, wie an anderer Stelle schon ausgeführt wurde, ist ihr

Die naive und die verfeinerte Kaufkrafttheorie

Die naive Kaufkrafttheorie, die fordert, man müsse die Konsumfähigkeit der Massen durch Lohnerhöhung steigern, um die Absatzkrise auf den Warenmärkten zu beseitigen, verkennt, daß die Löhne nur einen Teil des Gesamteinkommens bilden, so daß, was ihnen zugewiesen wird, anderen Einkommensarten entzogen werden muß. Eigentliche Bedeutung hat die Kaufkrafttheorie für Deutschland erst dadurch erhalten, daß sie die Gewerkschaften zur gedanklichen Grundlage ihrer praktischen Wirtschaftspolitik gemacht haben. Sie erfuhr dabei eine Entwicklung und Vertiefung, die sie als entwickelte Kaufkrafttheorie grundsätzlich von der oben erwähnten naiven Kaufkrafttheorie unterscheidet.

Die Diskussion der letzten Jahre dürfte Klarheit darüber geschaffen haben, daß es bei der Beurteilung lohnpolitischer Schritte entscheidend darauf ankommt, wie die Dispositionen der Unternehmer dadurch beeinflußt werden. Der Unternehmer ist in der kapitalistischen Wirtschaft die Zentralstelle, die den Wirtschaftsablauf regelt. Er kauft die beiden Produktionsfaktoren Kapital und Arbeitsleistung, und was sich für die Lohn- und Zinsempfänger als ihr Einkommen darstellt, sind für ihn Produktionskosten. Warenangebot und Warennachfrage sind somit zwei Seiten des Produktionsprozesses und die Lohn- und Kapitaleinnahmen, die die Warennachfrage bilden, sind vom Standpunkt des Produzenten aus Kostenbestandteile der Produktion, die ihrerseits wieder das Warenangebot hervorbringt. Das Verhältnis, in dem die Unternehmer Kapital und Arbeit kombinieren, ist in gewissen Grenzen variabel. Im allgemeinen wird der Unternehmer bei hohem Lohn und billigem Kapital eine höhere, d. h. arbeitsparende Technik anwenden als bei umgekehrtem Preisverhältnis. Entsprechend den Angebots- und Preisverhältnissen auf dem Arbeits- und Kapitalmarkt bildet sich also ein bestimmter Stand der Technik heraus, der, einmal festgelegt, sich nur schwer ändern läßt. Es ist daher bei einer Steigerung der Zinssätze kaum möglich, zu einer kapitalextensiveren Technik überzugehen. Die Steigerung der Zinssätze setzt sich daher meist in eine Senkung der Löhne um. Nicht immer bleibt jedoch die Technik passiv. Tauchen Möglichkeiten für eine technische oder organisatorische Verbesserung des Produktionsprozesses auf, so erhält der Unternehmer einen Spielraum, der es ihm gestattet, höhere Löhne und Zinsen zu bezahlen.

Bemerkenswerterweise lassen sich die Argumente der entwickelten Kaufkrafttheorie, wie sie beispielsweise von Marschak vertreten wird, zusammenfassen unter dem Begriff der dynamischen Wirkung der Lohnsteigerung. Die Lohnerhöhung soll dadurch kaufkraftsteigernd wirken, daß durch den stärkeren Anteil der Massengüter am Verbrauch eine Produktionskostensenkung eintritt, die durch die frühere Abbremsung der Hochkonjunktur die Krisenverluste vermindert, oder daß andererseits die Unternehmer zu stärkerer Ausnutzung technischer Möglichkeiten genötigt werden. Marschak gibt zu, daß die Art der Wirkung je nach den Umständen, nach dem Ausmaß der Lohnsteigerung, nach der Entwicklung der Zinssätze und dem Grade der technischen Fortschrittsmöglichkeiten sowie auch je nach der psychologischen Einstellung der Unternehmer verschieden sein kann. Dabei berücksichtigt er indessen nicht die sehr reale Gefahr, die darin besteht, daß schematische und mit staatlichen Mitteln erzwungene Lohnerhöhungen die Unternehmer zur Anwendung einer wirtschaftlich nicht gerechtfertigten Technik anreizen, deren Ergebnisse nachher nicht realisiert werden können. Da auch bei späterer Lohnsenkung die Rückkehr zur Arbeitsintensität nicht ohne weiteres möglich ist, kommt es leicht zur Entstehung von Dauerarbeitslosigkeit. Das Wesentliche aber ist, daß diese Argumente überhaupt nicht zutreffen für eine Periode der Depression. Darin liegt die Schwäche, die auch die entwickelte Kaufkrafttheorie besitzt. In der Depression ist der Unternehmergewinn gering und deckt kaum die bisherigen Lohn- und Zinskosten. Die Einstellung der Unternehmer und ihrer Kreditgeber ist Neuinvestitionen nicht günstig. In dieser Situation fehlen somit die dynamischen Reserven, die Lohnsteigerung in der Senkung sonstiger Kosten auszugleichen. Es kommt deshalb zu Stillegungen und zu vermehrter Arbeitslosigkeit besonders dann, wenn die Lohnsteigerung einhergeht mit einer Steigerung der Zinssätze, wie dies 1928/29 in Deutschland der Fall war. Auch die entwickelte Kaufkrafttheorie bietet somit keine Stütze für die Ansicht, daß die Krise durch Lohnerhöhungen überwunden werden könne.

Die Argumente auch der entwickelten Kaufkrafttheorie, die in der Aufschwungszeit eine beschränkte Gültigkeit haben können, sind für eine Depression nicht anwendbar. Damit ist freilich die Frage noch nicht gelöst, ob etwa umgekehrt durch Lohnsenkungen die Ueberwindung der Depression beschleunigt werden kann. Ihre Beantwortung hängt weitgehend davon ab, auf welche Ursachen die Depression und die mit ihr verbundene Arbeitslosigkeit zurückzuführen ist. Die gegenwärtige Riesenarbeitslosigkeit beispielsweise ist das Produkt so verschiedener Faktoren, daß es vergeblich wäre, ihre Behebung allein von einer Lohnsenkung zu erwarten.

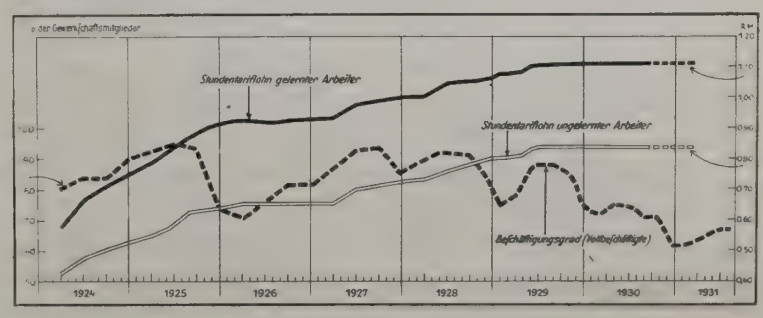
eine monopolistische Lohnfestsetzung im allgemeinen nicht möglich. Die Schuld tragen vielmehr die staatlichen Schlichtungsinstanzen, die aus Beharrungsvermögen, in der Annahme, es gehe immer so weiter wie bisher, auch in den Jahren 1928 und 1929 Schiedstarife mit steigenden Lohnsätzen für verbindlich erklärten und dadurch zwar den Beschäftigten eine höhere Entlohnung sicherten, aber das Heer der Unbeschäftigten und auf die Arbeitslosenversicherung, Krisenfürsorge oder Wohlfahrtspflege Angewiesenen vermehrt haben. Es kann Fälle geben, in denen eine gewisse Erhöhung des Lohnes über den Produktivitätspunkt auch vom Standpunkt der gesamten Arbeiterklasse einen Vorteil darstellt und eine Inkaufnahme geringer Arbeitslosigkeit diskutabel erscheint, weil eben die Gesamtlohnsumme wächst. Die Verlockungen zu einer solchen Politik sind für die Gewerkschaften um so größer, je ausgeprägter die Unterstützung ist, die ihren durch Lohnüberteuerung aus dem Produktionsprozeß ausgeschiedenen Mitgliedern zuteil wird. Aber dieser Spielraum ist eng begrenzt, und bei Ueberschreitung der Grenze sinkt die Gesamtlohnsumme um so rapider, je mehr der Lohn über den Produktivitätspunkt hinaufgeschraubt wird. Natürlich ist nicht unsere gesamte Arbeitslosigkeit auf Lohnübersteigerung zurückzuführen, und bei akuten Störungen im Gesamtgefüge der Wirtschaft mag es Arbeitslosigkeit geben, die durch Lohnanpassung nicht so rasch behoben werden kann, daß die Opfer der Lohnsenkung durch Einstellung neuer Arbeitskräfte aufgewogen würden. Aber insoweit die Arbeitslosigkeit durch Lohnsteigerungen vermehrt wurde, haben wir es mit einem verhängnisvollen Mißgriff der staatlichen Interventionstätigkeit zu tun, die der Wirtschaft und den Arbeitern unermeßlichen Schaden zugefügt hat. Der Staat hat als Schlichter wichtige Missionen zu erfüllen. Aber er muß sich darauf beschränken, überflüssige Reibungsverluste und Arbeitskämpfe auszuschalten, indem er sich als autoritativer, ehrlicher Makler den Parteien zur Verfügung stellt. Wenn er dazu übergeht, Tarife für verbindlich zu erklären und ihnen damit auch für die Unbeteiligten und Unorganisierten Zwangscharakter beilegt, wenn er damit den — an sich nicht monopolistischen — Kampfgewerkschaften monopolistischen Charakter verleiht und die Außenseiter den für die Gewerkschaften gültigen Tarifen gewaltsam unterwirft, sie damit verhindert, die Arbeitsleistung unter dem Mindestpreis (der kein Höchstpreis ist) anzubieten und den Arbeitgebern ebenso die Indienststellung zu nicht tarifarischen Bedingungen verwehrt, so belädt er sich unter Umständen mit einer ungeheuren Verantwortung. Er muß dann doppelt sorgsam versuchen, sich den Gesetzen der freien Wirtschaft anzupassen und den richtigen Lohn zu ertasten. Wäre nur die Bauernregel befolgt worden, daß bei steigendem Zins und wachsender Arbeitslosigkeit lohnpolitische Zurückhaltung geübt werden muß, während im Falle niedrigen Zinses und zunehmender Beschäftigung sehr rasch Steigerungen durchgeführt werden können, dann wären die Arbeitnehmer im ganzen wahrscheinlich um manche Milliarde reicher. Weniger (scheinbar) soziale Gesinnung wäre sozialer gewesen. So ist diese Nachkriegszeit für uns — und nicht minder für England mit seinen Lohnämtern — zu einem harten, aber lehrreichen Praktikum über die Grenzen der Lohnpolitik geworden, das, wie man hoffen darf, seine Früchte trägt, indem es uns für die Zukunft vor der Wiederholung solcher enttäuschender Experimente bewahrt. Eingriffe in die Verteilung sind nützlich und notwendig, aber es gehört nicht viel wissenschaftliche Spitzfindigkeit, sondern nur ein wenig gesunder Menschenverstand dazu, um einzusehen, daß sie nicht ohne Rücksicht auf das Verteilbare erfolgen können.

„Vor dem Kriege sahen die Arbeiter das Unternehmertum als einen übermächtigen Gegner vor sich. Das Problem, ob Löhne auch im Interesse der Arbeiter zu hoch sein können, drängte sich ihnen nicht auf. Heute sind die gewerkschaftlichen Machtmittel gewaltig gewachsen. Persönlichkeiten, die aus der Gewerkschaftsbewegung hervorgegangen sind, setzen als Funktionäre des amtlichen Schlichtungsapparates Löhne fest und verschaffen ihnen häufig durch Verbindlichkeitserklärung zwangsweise Wirksamkeit. Es erwies sich dabei, daß Lohnerhöhungen nicht unter allen Umständen einfach vom Kapitalisten übernommen werden, daß dieser sie vielmehr oft mit Stillegung der Betriebe oder jedenfalls mit Entlassung von Arbeitern beantwortet, so daß erhöhte Erwerbslosigkeit, möglicherweise auch eine Verringerung des Gesamteinkommens der Arbeiterklasse die Folge ist. So konnte niemand der Erkenntnis ausweichen, daß zwangsweise Festsetzung von Preisgrößen, wenn sie gegen die Marktgesetze vorgenommen wird, zum Schaden dessen ausschlagen kann, der durch sie beschützt und begünstigt werden soll.“

Carl Landauer: Planwirtschaft und Verkehrswirtschaft.

Tariflöhne und wirkliche Löhne

Die in dem untenstehenden Bilde graphisch dargestellte amtliche Tariflohnstatistik berücksichtigt weder den in vielen Industrien üblichen Akkordlohn, noch die Existenz verschiedener Lohnklassen, die Bevorzugung jugendlicher Arbeiter, die zahlreichen freien Vereinbarungen und übertariflichen Zuschläge. Mit Verschärfung der Krise haben alle diese Entgelte einen mehr oder minder starken Abbau erfahren, ohne daß die amtliche Tariflohnstatistik diese Bewegung zum Ausdruck brächte. Andererseits bezieht sich unsere Kurve nur auf die nominellen Tariflöhne. Nach Angaben des Reichsarbeitsministers sind die effektiven Stundenlöhne heute trotz des 1930 eingetretenen Abbaus der übertariflichen Zuschläge und trotz der 1931 vorgenommenen ca. 6proz. Tariflohnkürzung im Sommer 1931 noch etwa ebenso hoch wie in 1928 zu Zeiten noch sehr günstigen Geschäftsganges.



VOM MENSCHEN IM KAPITALISMUS

Der Mensch lebt nicht vom Brot allein, aber da er nicht ohne Brot leben kann und da die Zahl der Menschen infolge der rapiden Bevölkerungsvermehrung im letzten Jahrhundert und im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts wie nie zuvor gewachsen ist, so muß derjenige, der, aus welchen Motiven auch immer, zur Beseitigung des geltenden Wirtschaftssystems auffordert, sich und seinen Anhängern genaue Rechenschaft ablegen, mit welchen Kosten die Ersetzung dieses Systems durch ein anderes für die breiten Massen verbunden wäre. Niemand ist also der Mühe enthoben, auch rein wirtschaftlich die Leistungen dieses Systems mit den möglichen Leistungen eines anderen Systems zu vergleichen. Deshalb schien es uns in erster Linie notwendig, unabhängig von Weltanschauungsfragen, den Kapitalismus der Nachkriegszeit unter dem Gesichtspunkt der Produktivität zu kritisieren, zumal da die durch Steuer- und Sozialpolitik schon stark eingeebneten Einkommensunterschiede, wie im letzten Kapitel ausgeführt, das Ergebnis für die breiten Massen nur unwesentlich verändern. Diese Kritik des Nachkriegskapitalismus ist ziemlich vernichtend ausgefallen. Wenn die freie Marktwirtschaft die ergiebigste Form der Wirtschaft ist, die sich unter den heutigen Verhältnissen denken läßt — diese Annahme scheint uns erwiesen —, so ist demgegenüber der Liebesgaben- und Monopolkapitalismus der Nachkriegszeit von einer jedermann sichtbaren Unergiebigkeit. Aber diese unproduktiven Erscheinungen, die den Nachkriegskapitalismus kennzeichnen, der Subventionismus, der Protektionismus und Monopolismus, sind, wie wir gesehen haben, dem System der arbeitsteiligen Marktwirtschaft keineswegs wesenseigentümlich. Sie sind Entartungserscheinungen, die zum größten Teil der gemeinsamen Wurzel des Weltkrieges entstammen und die, wie man hoffen darf, in dem Maße wieder verschwinden werden, indem es gelingt, den Weltkrieg geistig und politisch zu überwinden. Daß aber der Weltkrieg, diese Quelle der meisten Übel, seinerseits wieder nur eine logische Folge der freien Marktwirtschaft gewesen sei, daß die Konkurrenten am Weltmarkt ihre wirtschaftlichen Gegensätze schließlich mit Waffen hätten austragen müssen, ist und bleibt — trotz des politischen Einflusses, den gewisse Rüstungsindustrielle in manchen Ländern ausgeübt haben mögen — ein Ammenmärchen, das durch die wirtschaftlichen Nöte auch der Sieger zur Genüge widerlegt ist, wenn es nicht schon durch einen Hinweis auf die großen Kriege vorkapitalistischer Zeit hinreichend gekennzeichnet wäre. Für kein Wirtschaftssystem sind — ganz im Gegenteil — friedliche Beziehungen zwischen den Nationen von so vitaler Bedeutung wie für die freie Marktwirtschaft, und es war für sie ein namenloses Unglück, daß entgegen den gemeinsamen Wirtschaftsinteressen aller Länder der Krieg ausbrach. Noch heute, nach 17 Jahren, erzittert die Wirtschaft der ganzen Welt unter seinen direkten und indirekten Auswirkungen. Wenn es sich aber so verhält, wenn der Krieg nicht aus dem Kapitalismus, wohl aber die gehäuften Degenerationserscheinungen des Kapitalismus aus dem Krieg zu erklären sind, und wenn ohne diese produktivitätshemmenden Begleiterscheinungen der Kapitalismus (trotz der Möglichkeit gelegentlicher Konjunkturstörungen) anderen Systemen an Produktivität und Ertragsfähigkeit auch für die breiten Massen weit überlegen ist, dann hat sich die ökonomische Kritik nicht gegen den Kapitalismus, sondern gegen seine Entstellungen aufzulehnen, dann hat die Forderung nicht Beseitigung, sondern Reinigung zu lauten — es sei denn, daß zwingende außerwirtschaftliche Er-

Qualität und Quantität

Die nationale Ideologie setzt oft die Quantität der Qualität gleich. Viele Menschen sind ihr, die in Armeekorps denkt, viel Ruhm und Macht. Das mittelalterliche Nürnberg aber, das den Handel Mitteleuropas beherrschte und die größten Kunstwerke schuf, war winzig gegenüber dem Nürnberg von heute. Die geistige Metropole des klassischen Altertums, Athen, hatte (ganz Attika einbegriffen) 431 vor Christi Geburt nur 250 000 Einwohner, die unbedeutende Hauptstadt des heutigen griechischen Kleinstaates aber zählt über eine Million. Wenn es nach der Zahl ginge, wäre China heute das mächtigste Land der Welt. Nicht die Menge hebt bald hier, bald dort eine Gruppe der Erdbevölkerung aus dem Strom der Geschichte, sondern der Geist.

„Wirtschaftsdemokratie"

„Die kapitalistische Marktwirtschaft ist eine Demokratie, in der jeder Groschen eine Wahlstimme gibt. Der Reichtum erfolgreicher Geschäftsleute ist das Ergebnis eines Plebiszits der Konsumenten. Und nur der kann einmal erworbenen Reichtum bewahren, der ihn immer wieder aufs neue durch Befriedigung der Wünsche der Konsumenten erwirbt. Die kapitalistische Gesellschaftsordnung ist mithin im strengsten Sinne des Wortes Wirtschaftsdemokratie."

Mises: Ursachen der Wirtschaftskrise.

wägungen den Kampf gegen das System rechtfertigen. Die damit zusammenhängenden Fragen, die außerhalb des Rahmens dieser wirtschaftlichen Betrachtung liegen, können hier nicht in ihrem ganzen Umfang aufgerollt werden. Nur einige kurze Hinweise in dieser Richtung seien zum Schluß noch gestattet.

DIE MECHANISIERUNG

Es ist heute üblich, jedwede Unzufriedenheit mit den Bitternissen dieses Erdendaseins, jedwede Lebensverdrossenheit am „Kapitalismus" abzureagieren, an jenem — für die meisten verstandesmäßig inhaltsleeren — Begriff, der geradezu erfunden zu sein scheint, um der Menschheit ein Reservoir zur Aufspeicherung aller Ressentiments zu schaffen. Kapitalismus, in welcher Form auch immer, setzen heute nicht wenige gleich mit einem Ausbeutungssystem, durch das die Arbeitnehmerschaft (die in Wirklichkeit doch gerade durch den sogenannten Kapitalismus aus dem Jammer der Feudalherrschaft ein gewaltiges Stück herausgehoben worden ist) von profitgierigen Unterdrückern an das laufende Band der Technik gekettet worden sei. Kapitalismus wird fälschlich mit Maschinisierung identifiziert. Wir verkennen gewiß nicht die Probleme, die mit der Entseelung der Arbeit und mit der Monotonie der arbeitsteiligen Kooperation verbunden sind. Aber wenn auch diese Gleichförmigkeit der Arbeit nicht überall und vor allem nicht in Zeiten einer einzigartigen Erschütterung wie der jetzigen Krise ihr Gegengewicht in einer Vermehrung des Arbeitsertrags und einer Steigerung der Freizeit gefunden hat, so ist es doch die Arbeitsteilung und die Technik, durch die allein einstweilen die Emanzipation der breiten Massen von der Kargheit der Natur herbeigeführt werden kann. Und ist es nicht gerade der Ehrgeiz der Sowjets, in ihren Fabriken die einst geschmähten Fordschen Methoden noch zu übertreffen? Die Mechanisierung ist eben, wie Rathenau erkannt hat, „nicht Eigensinn und Irrtum eines einzelnen noch einer Gruppe; Mechanisierung als Form des materiellen Lebens wird der Menschheit dienen müssen, solange nicht die Volkszahl auf die Norm der vorchristlichen Jahrtausende zurückgesunken ist. Kein ernster Vorschlag wird verlangen, kein ernstes Urteil wird vermuten, daß die Menschheit freiwillig auf die Beherrschung der Natur verzichte, um in falscher Naivität ein kärglich beschränktes Dasein, ein völliges Vergessen alles Wissens, einen künstlichen Urzustand zu bereiten."

DAS ERFOLGSSTREBEN

Aber leidet die freie Verkehrswirtschaft nicht an einem sozusagen ethischen Konstruktionsfehler, indem sie, selbst ihre ideale Funktionsfähigkeit vorausgesetzt, das glatte Zusammenspiel der freien Konkurrenz auf das Gewinnstreben des einzelnen basiert, auf den Egoismus, und muß nicht schon diese Grundkonstruktion die Menschen korrumpieren? Wieder ist es die Sowjet-Regierung gewesen, die bald eingesehen hat, daß sie das individuelle Gewinnstreben, welches sie als Motor der Marktregulierung ausschalten zu können geglaubt hat, als Ansporn zur Steigerung der Arbeitsleistung und zur Sichtung des Trägen vom Fleißigen nicht zu entbehren vermag. Die Akkordarbeit, gesteigert durch ein System von Lohnprämien, ist dort so gang und gäbe wie im Kapitalismus auch, nachdem man anfänglich, dem Prinzip noch treu, eine fast vollständige Nivellierung der Arbeitslöhne hatte eintreten lassen. Den Mitgliedern der Stoßbrigaden, die in die Betriebe geschickt werden, um den Sowjetarbeitern ein Beispiel davon zu geben, was Arbeitstempo heißt, sind bedeutende materielle Vergünstigungen der verschiedensten Art zugesichert, seit sich erwiesen hat, daß ideelle Triebkräfte nicht ausreichen, die Arbeitsleistung zu heben, seit man erkannt hat, daß es

Der Menschenprotektionismus

Die Staatstheorie und Geschichtschreibung des 19. Jahrhunderts hat uns daran gewöhnt, Staaten und Völker als starre, ewige Größen zu betrachten. Dem über weitere Zeiträume schweifenden Blick enthüllt sich jedoch ewiger Wandel, Siedeln und Veröden, Wachsen und Schrumpfen der Bevölkerung, Wanderung über den Erdball hin. Vor zweitausend Jahren noch war Nordeuropa fast menschenleer, Nordafrika, Kleinasien und der Balkan dicht bevölkert. Die Besiedlung Nordamerikas hat sich in der kurzen Spanne der Neuzeit vollzogen. Die Vereinigten Staaten, um 1500 nur von schwachen Indianerstämmen durchzogen, zählten 1800 schon 53,1 Millionen und 1920 106 Millionen Einwohner. Die Bevölkerung Europas stieg von 187 Millionen im Jahre 1800 auf 447 Millionen im Jahre 1910. Indessen verödete das Innere Afrikas.

Die Menschen wanderten zu allen Zeiten. Freiwillig oder unfreiwillig, organisiert oder unorganisiert. Die Vertreibung der Juden aus Aegypten entspricht der Vertreibung der Griechen aus Kleinasien. Der Völkerwanderung des frühen Mittelalters entspricht die Besiedlung Amerikas durch die Europäer. Man kann unterscheiden zwischen nationalen, religiösen und ökonomischen Wanderungen; die Motive vermischen sich oft. Staatlicher Zwang wird geübt bei der Auswanderung wie bei der Einwanderung. Die Vereinigten Staaten importierten zu Hunderttausenden die Neger Afrikas, die Griechen vertrieben zu Hunderttausenden die Mazedonier, die Türken die Griechen und Armenier, die Bolschewisten ihre andersgesinnten Landsleute, die Polen die Deutschen ihrer Westprovinzen usw. Die Auswanderung war in Japan bis 1868 verboten, im bolschewistischen Rußland ist sie ebenso untersagt wie einst im zaristischen. Das Italien der Vorkriegszeit förderte die Auswanderung, das fascistische Italien verbot sie, gab sie aber 1930 vorübergehend wieder frei. In Deutschland besteht die Auswanderungsfreiheit seit 1798.

Die Einwanderung war vor dem Kriege in den meisten europäischen Staaten und in Amerika frei, in den Kolonialländern vielfach auf die Angehörigen des Herrschaftsstaates mehr oder minder beschränkt. Nach dem Weltkrieg erließen die meisten europäischen Staaten Einwanderungsbeschränkungen; eine relative Ausnahme bildet Frankreich. Die südamerikanischen Staaten animierten zur Einwanderung bis 1930, erschweren sie seitdem. Die Vereinigten Staaten begannen 1882 mit einem Einwanderungsverbot für Chinesen. Nach dem Krieg führten sie eine Quotengesetzgebung auf Grund des Rassenprinzips ein. Kanada verhindert die Einwanderung von Negern, Südafrika die Einwanderung von Indern, Australien die Einwanderung von Chinesen. Die Weltwirtschaftskrise hat überall zu einer außerordentlichen Verschärfung der Einwanderungsbestimmungen geführt; es wurde nicht nur die dauernde sondern oft auch die vorübergehende Niederlassung (Saisonarbeit) unterbunden. Nach einer Statistik des Internationalen Arbeitsamtes betrug die Einwanderung (ohne Rückwanderung) in der Welt 1913 noch 4,3 Mill., 1921 aber nur 1,6 Mill. Aus diesen Zahlen erkennt man die Drosselung der Freizügigkeit nach dem Kriege, der im Namen der Befreiung der Völker geführt wurde.

Vor dem Krieg waren die wichtigsten Einwanderungsländer die Vereinigten Staaten, Frankreich und Deutschland. 1907 waren in Deutschland 4,48 pCt. aller in der Industrie Beschäftigten Ausländer. Die Verdichtung der Bevölkerung durch den Friedensvertrag, die Rationalisierung im Innern und die Industrialisierung ringsherum hat Deutschland aufnahmeunfähig gemacht. Die nordamerikanische Sperre hat die Wanderungsbewegung gestaut. Auf 100 italienische Auswanderer nach Uebersee entfielen 1913 40 Auswanderer nach europäischen Ländern, im Jahre 1925 jedoch 64. Weite Gebiete der französischen Provence wurden von Italienern besiedelt. Die starken Wanderungsbewegungen innerhalb der Habsburgermonarchie wurden durch die Errichtung der Nationalstaaten abgeschnitten. Die von der ungarischen Tiefebene ferngehaltenen slowakischen Saisonarbeiter verstreuten sich aber alle Erdteile bis nach Polynesien. Die wichtigsten europäischen Auswanderungsländer sind heute Italien, Großbritannien, Spanien, Polen, Tschechoslowakei, Portugal, Rumänien, Südslawien; außerhalb Europas China, Japan und Britisch-Ostindien.

Für Vorkriegszeiten konnte der Satz gelten, daß ein Staat mit freiem Land oder großen Produktionsmitteln der Einwanderung günstig gegenüberstand. Der Nationalismus der Nachkriegszeit hat diesen Satz umgeworfen. Die Weltwirtschaftskrise schließlich führte überall zur Abwehr von Waren und Arbeit. Die Einwanderungsbeschränkungen in vielfältiger Form (generelles Niederlassungsverbot, Auswahl durch Zentralen, Ausschaltung von 3. Klassen-Passagieren, Bedingung größeren Eigenbesitzes, nationaler Ausschluß usw.) dienen heute als Regulatoren der Konjunktur und elastischer Schutzzoll für das Lohnniveau. Bei freier Einwanderung in die Ver. Staaten hätten sich Rationalisierung und technischer Fortschritt nicht in dem bekannten Tempo entwickelt, wäre die Zuspitzung der Krise nicht so scharf geworden. Die deutsche Arbeitslosigkeit hätte auf dem amerikanischen Arbeitsmarkt ihren Ausgleich gesucht. Bei freier Auswanderung aus Rußland wäre die industrielle Hochkonjunktur des 5-Jahresplanes kaum möglich. Die Beschränkung der Bewegungsfreiheit ist nur ein kleiner, aber seltener beobachteter Ausschnitt aus dem Netz der Unfreiheiten, das heute Menschen und Wirtschaft überdeckt.

Der Markt der Arbeit ist noch viel mehr Beschränkungen unterworfen als der Markt der Waren. Wenn man vom Weltmarkt spricht, denkt man nie an einen Weltmarkt der Dienste und Leistungen. Menschen sind schwerer beweglich als Güter. Der Arbeitskraft fehlt die Anonymität der Ware. Die nationale Ideologie der Gegenwart gestattet und befördert wohl den Verkehr der Vergnügungsreisenden, hebt jedoch die Freizügigkeit der Arbeitsuchenden auf. Sogar Kellner und Musikanten wurden glebae adscripti. Dicke Bände des Internationalen Arbeitsamtes, Zeitschriften und Konferenzen behandeln ein Problem, das zumeist nach Katalogisierung der administrativen Schikanen aufgegeben wird.

nicht genügt, den faulen Arbeiter am schwarzen Brett als Saboteur am sozialistischen Aufbau anzuprangern. Wettbewerb als solcher wird immer unentbehrlich sein, auf diesem oder auf jenem Gebiet, und ob er den Charakter verdirbt, hängt nicht vom Wettbewerb, sondern vom Charakter ab. Es gibt ein fair play auch im Wirtschaftskampf, und wirtschaftliches Erfolgstreben und Gemeinsinn sind nur dann unvereinbare Gegensätze, wenn das Erfolgstreben roh, brutal und kurzsichtig ist. Muß es so sein?

FREIHEIT UND UNTERDRÜCKUNG

Die Rückgabe der dem Feudalherrn enteigneten Arbeitskraft an ihren Eigentümer hat den befreiten Arbeiter, der seine Arbeit dem Markte anbot, nicht aus allen Abhängigkeiten erlöst. Auch in den kapitalistischen Betrieben gibt es Unterdrückung der Freiheit, und es fehlt nicht an Fällen des Mißbrauchs der Macht und der menschenunwürdigen Behandlung. Aber sind alle diese Mißbräuche und Unzuträglichkeiten innerhalb der Betriebe wirklich dem „Kapitalismus" als solchem zur Last zu legen? Wer sich von der Uebertragung der Wirtschaftsgewalt an den Staat die Ueberwindung aller inhumanen Gesinnung verspricht, der hat wahrscheinlich nie das Leben einer Behörde von innen kennen gelernt, oder er hat vielleicht die Erfahrungen vergessen, die in diesem Punkte etwa beim preußischen Kommiß zu machen waren. Es hängt nicht vom System, sondern von den Menschen ab, die es handhaben, ob dieses System human ist oder nicht. Die Voraussetzungen aber für die persönliche Freiheit, die nicht Schrankenlosigkeit sein kann, sind in einem System der freien Marktwirtschaft, in dem der Arbeitnehmer auch die Freiheit hat, sich zu organisieren und sich politisch zu betätigen und auf dem Wege über die Politik an dem Ausbau der Sozial-Ordnung in den Betrieben mitzuwirken, bestimmt nicht geringer als etwa in Sowjetrußland oder in andern Ländern der Sehnsucht unserer wirtschaftspolitischen Proselyten. In Rußland ist nicht allein (durch die Brot-, Fleisch-, Butter-, Zucker- und Eierkarte) weitgehend bestimmt, was und wieviel man verzehren darf; dort ist der Arbeiter unter Aufhebung der Erwerbslosenunterstützung auch am Wechsel seiner Arbeitsstelle gehindert, weil der Uebergang für ihn eine Zeit völliger Subsistenzlosigkeit bedeutet. Dort mußten sich auf Vorschlag der bolschewistischen Parteizellen die Arbeiter in offener Abstimmung freiwillig verpflichten, ohne Rücksicht auf die Arbeits- und Lebensbedingungen bis zum Ende des Fünfjahresplans in ihrem Betrieb zu verbleiben; dort gibt es kein Streikrecht; und die Meinungsfreiheit ist unterdrückt wie nirgends sonst.

DIE MORAL DES LEISTUNGSPRINZIPS

Aber mögen auch alle diese Vergleiche geeignet sein, die Kritiker, die die Schuld an aller Misere dieser Welt dem Kapitalismus aufzubürden bereit sind, etwas skeptischer zu stimmen, so ist es doch klar, daß die Menschen in ihrer großen Mehrzahl für dieses System nur dann zu gewinnen oder wiederzugewinnen sein werden, wenn sie nicht zu der hoffnungslosen Resignation gezwungen sind, daß sie und ihre Nachkommen dauernd zu einem besitzlosen und — trotz aller Fortschritte — dürftigen Dasein verdammt sind, daß ihnen die Aussicht auf Aufstieg verbaut ist. Nur wenn die Ueberzeugung besteht, daß es in diesem System wirklich nach dem Leistungsprinzip geht, daß der Weg nach oben frei ist, besteht eine Chance, die Massen dafür zu interessieren. An sich hat die Einführung der Volksschule und die Brechung des Bildungsmonopols die Möglichkeit gegeben, daß auch der vermögenslose, tüchtige Unternehmer durch Erspähung neuer oder billigerer Mittel der Bedürfnisbefriedigung für die Konsumenten (die sinngemäß die Schiedsrichter über den

Die Entwicklung der Menschenzahl

Als um die Wende des 19. Jahrhunderts das bekannte, über der Sorge vor Uebervölkerung entstandene Werk von Malthus erschien, wurde die Gesamtbevölkerung der Erde auf nicht weniger als 650 Millionen geschätzt, am Ende desselben Jahrhunderts ging die Schätzung schon auf 1500 bis 1600, heute auf etwa 2000 Millionen. Seit den Anfängen des Kapitalismus ist also die Vermehrung der Menschenzahl auf etwa das Dreifache anzunehmen. Europa, das nur etwa $^1/_{14}$ der Erdoberfläche umfaßt, brauchte 500 Jahre (1350 bis 1820), um seine Menschenzahl von 100 auf 200 Millionen zu bringen; in den darauf folgenden 80 Jahren schnellte sie trotz Massenauswanderung auf 400 Millionen. 1913, also vor Beginn des Weltkrieges, wurde die Gesamtzahl der europäischen Bevölkerung auf 447 Millionen festgestellt, 1928 auf 470 Millionen. In dem Zeitraum von 15 Jahren hatte somit Europa einen Bevölkerungszuwachs von 5,1 pCt., d. i. die geringste Ziffer unter allen Erdteilen; für Nordamerika betrug dieser Zuwachs in der gleichen Zeit 16,2 pCt., für Asien 18,7 und für Südamerika nicht weniger als 32,7 pCt.

Diesem starken Zurückbleiben des europäischen Menschenzuwachses kommt symptomatische Bedeutung zu; sie ist, abgesehen von den Kriegsverlusten, eine Folge des wachsenden Rückganges der Geburtenhäufigkeit. Diese Bewegung kommt einem Stillstand, wenn nicht gar einem Rückschritt gleich. Von den europäischen Ländern zeigt Deutschland eine besonders ungünstige Gestaltung seiner Bevölkerungsbilanz. 1841, mit welchem Jahre die deutsche Geburtenstatistik beginnt, hatte Deutschland bei nur 33 Millionen Einwohnern mit 1,23 Millionen eine größere Geburtenziffer als 1929 mit 1,14 Mill. bei 64 Mill. Einwohnern, während noch vor zwei Jahrzehnten (1906 bis 1910) die Geburtenzahl sogar rd. 2 Millionen jährlich betragen hatte. Nachstehende Zusammenstellung gibt ein Bild von der Bevölkerungsbewegung der Welt, Europas und Deutschlands.

(in Mill.) Landfläche	Welt 146.5 Mill. qkm	Index	Europa 10.06 Mill. qkm	Index	Deutschland 0.47 Mill. qkm	Index
1800	650	= 100	180	= 100	24.8[1]	= 100
1850	1000	= 154	266	= 147	35 [1]	= 141
1910	1550	= 237	428	= 237	64.6[1]	= 261
1914	1620	= 250	452	= 251	67.8[1]	= 270
1928	1850	= 285	470	= 261	63.6[2]	= 256

1) altes Reichsgebiet 2) jetziges Reichsgebiet (ohne Saar)

Kein Land in Europa hat seit dem Weltkriege einen so scharfen Geburtenausfall auszuweisen wie Deutschland. Sein Geburtenzuwachs würde an sich schon nicht mehr ausreichen, auch nur seinen Bestand aufrecht zu erhalten, kämen ihm nicht die günstigeren Sterblichkeitsverhältnisse zustatten. Dabei ist die Zahl der Erwerbstätigen stark gewachsen. Nach den Ergebnissen der beiden letzten Berufszählungen entfielen 1907 von 55,55 Mill. Einwohnern 28,23 Mill. auf Erwerbstätige, 1925 von 62,41 Mill. 35,85 Mill. Einer Bevölkerungszunahme von 12,4 pCt. stand somit eine Steigerung der Erwerbstätigen um 26,9 pCt. gegenüber. Dieses Verhältnis hat sich neuerdings weiter verschoben, weil in den allerletzten Jahren die geburtenreichen Jahrgänge 1910 bis 1913 (3,23 Mill. Menschen) auf den Arbeitsmarkt gekommen sind, dies in einem Zeitpunkt ungünstiger Wirtschaftslage, wodurch tendenziell die Schwierigkeiten am Arbeitsmarkt zunahmen. Während Deutschland in den letzten Jahren einen jährlichen Zuwachs von 400 000 bis 500 000 Erwerbstätigen hatte (nach Berechnung des Statistischen Reichsamts 1924 342 000, 1926 421 000, 1928 432 000, 1930 396 000) wird, wenn die schwachen Kriegsgeburtenjahrgänge ins Erwerbsleben treten, die Zahl der Erwerbstätigen zunächst stagnieren. Nach Berechnung des Statistischen Reichsamts wird ab 1934 zwar die Zahl der Erwerbstätigen wieder anwachsen, aber nur etwa halb so stark wie in den letzten Jahren. Dazu wird eine zunehmende Ueberalterung der Erwerbstätigen und eine Vergreisung des ganzen Volkskörpers treten.

Zu ähnlichen Perspektiven für die künftige Bevölkerungsentwicklung in Deutschland kommt auch Ernst Kahn in seinem Buch über den internationalen Geburtenstreik. Unter der Annahme, daß in den kommenden 25 Jahren nur 10 Millionen Eheschließungen zu erwarten sein werden gegen 13 Millionen im vergangenen Vierteljahrhundert, und daß das Verhältnis zwischen Eheschließungen und Geburten (z. Zt. 1,93) im Durchschnitt der nächsten 25 Jahre rd. 1.74 sein wird, außerdem unter Berücksichtigung, daß die Sterblichkeitsziffer sich immer mehr bessert bei gleichzeitiger weiterer Senkung der Säuglingssterblichkeit, kommt Kahn zu dem Ergebnis, daß die Bevölkerung Deutschlands im weiteren Steigen bis 1935 den Höhepunkt mit 65 Millionen erreichen, dann etwa 5 Jahre auf diesem Stand verharren und ab 1940 zurückgehen wird, vorerst bis 46 Millionen im Jahre 1975. Weil eine Vielzahl von unbestimmten und unbestimmbaren Faktoren mitwirkt, können derartige Voraussagen naturgemäß nur einen vagen Annäherungswert haben. Sie können leicht durch Veränderungen in den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen eine Verschiebung oder Umstoßung erfahren. Aber interessant sind sie und verdienen Beachtung, weil sie eine Neuorientierung der wirtschaftlichen Entschlüsse bedeuten und Möglichkeiten herbeiführen können, die in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht zu großen Umwälzungen führen können.

Erfolg der Unternehmertätigkeit zu sein haben) sich hocharbeiten kann, und wenn es in den Vereinigten Staaten keinen Sozialismus gibt, so in erster Linie wegen der weitgehend ungehemmten Möglichkeiten des Aufstiegs für jedermann. Gerade in dieser Beziehung aber hat sich der Monopolkapitalismus der Nachkriegsperiode viele Chancen verscherzt. Wo freie Konkurrenz besteht, da ist auch eine gewisse Gewähr dafür gegeben, daß Arbeitnehmer wirklich nach dem Prinzip der Leistung ausgewählt werden, denn je mehr der Unternehmer selbst dem Wettbewerb ausgesetzt ist, um so weniger kann er es riskieren, nach persönlicher oder politischer Vorliebe seine Mitarbeiter auszuwählen, und gerade hierin beruht ein ungeheurer Vorzug, den das System der freien Marktwirtschaft beispielsweise vor dem bürokratischen Betrieb voraus hat, wo gar zu leicht die Gesinnungstüchtigkeit über das Avancement entscheidet. Aber wenn der Druck der freien Konkurrenz nachläßt, wenn es möglich wird, Profite auch bei unrationeller Wirtschaftsführung zu konservieren, dann fällt sowohl bei der Besetzung leitender Posten wie bei der Auswahl der nachgeordneten Kräfte dieser wohltuende, imponierende und versöhnende Zwang zur Sachlichkeit weitgehend weg. Wenn es gar möglich ist, daß Männer an verantwortlichen Posten aller Mißwirtschaft zum Trotz ihre Position nicht verlieren, sondern sich nach wie vor eines mit der Leistung kontrastierenden Mammut-Einkommens erfreuen, dann wird es niemand außer diesen Arrivierten einleuchten, daß dieses System gut und gerecht sein soll.

DIE MASSE NIMMT AB

Hoffen wir, daß die Krise des Nachkriegskapitalismus dazu führt, daß das System der freien Marktwirtschaft von seinen Schlacken wieder befreit wird, und daß es gelingt, dem System bei den Menschen, die in ihm leben, wieder den Kredit zu verschaffen, den es infolge dieser Entartungserscheinungen weitgehend verloren hat. Sonst könnte es geschehen, daß auf dem Wege über politische Aktionen der Unmut der Massen sich in einer Zerstörung, die niemand nützen wird, Luft zu schaffen versucht, in einem Augenblick, in dem der Kapitalismus wahrscheinlich vor seiner größten historischen Chance steht: hatte er bisher die große Doppelaufgabe zu bewältigen, den wechselnden Bedürfnissen einer wachsenden Bevölkerung zu genügen, so wird in absehbarer Zeit, wie das aus dem nebenstehenden letzten Beitrag hervorgeht, die eine dieser beiden Aufgaben künftig wegfallen. Die Bevölkerung wächst nicht weiter, und sie wird sich in naher Zeit beträchtlich vermindern. Noch ist nicht genügend erforscht, welche Begleiterscheinungen dieser wahrhaft gewaltige Umschwung in der neusten Geschichte hervorrufen wird. Aber die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß der Kapitalismus erst dann richtig in der Lage sein wird, seine wohlstandschaffende Kraft jedermann deutlich zu erweisen, wenn die erhöhte nationale Dividende nicht ständig durch das Anwachsen des Divisors (der Bevölkerungszahl) geschmälert wird. Mindestens in der Tendenz wird auch die Stellung des Menschen im Kapitalismus sich vermindern, wenn dank der Tatsache, daß die Menschen rarer werden, nicht mehr zwei Arbeiter einem Meister, sondern zwei Meister einem Arbeiter nachlaufen werden. Vielleicht wird es erst dann möglich sein, der Segnungen dieses Systems in vollem Umfange teilhaftig zu werden, und vielleicht wird auch im Urteil der Menschen, deren Schicksal dann nicht mehr Masse heißt, das System eine gerechtere Würdigung finden. Aber die Voraussetzung, daß es zur Ausnutzung dieser Chance kommt, ist, daß wir dem Nachkriegskapitalismus, der in dieser Krise zusammengebrochen ist, absagen, und daß wir, geläutert durch die Erfahrungen dieser Epoche, den wohltätigen Grundsätzen einer echten freien und damit zugleich sozialen Wirtschaft wieder zur Geltung verhelfen.

Freiheit

„... Grundsätzlich unvereinbar mit der Moral der freien Wirtschaft ist aber die Ausschaltung desjenigen Momentes, durch das das Leistungsprinzip verwirklicht wird: der Konkurrenz. Sicherung und Schutz von Besitz und Eigentum vor Ausschaltung und Vernichtung im Kampf auf dem freien Markt, demnach Protektionismus, Subventionismus, Monopolismus heben die Moral der freien Wirtschaft auf. Es ist wahrhaftig nicht dasselbe, ob jemand die Unterstützung der Arbeitslosenversicherung, Krisenfürsorge oder Wohlfahrtsfürsorge in Anspruch nimmt, oder ob jemand verlangt, auf Kosten der Allgemeinheit im Besitz seiner Fabrik oder seines Rittergutes erhalten zu werden. Ohne die moralische Grundlage des Leistungsprinzips kann das System der freien Wirtschaft sich auf die Dauer gegenüber seinen mannigfachen Angreifern nicht erhalten. Die Ausartungen in Schutzzöllen, Subventionen, Kartellen sind die eigentlichen Feinde dieses Systems. Die Entwicklung, die sich gerade auf diesen Gebieten speziell in Deutschland im letzten Jahrzehnt abgespielt hat, stellt in der Tat eine ernste Bedrohung dar. Gelingt es nicht, sie zum größten Teil rückgängig zu machen, so kann es nicht ausbleiben, daß dem Schutz die Kontrolle, der Kontrolle die Enteignung und dieser dann notwendig auch die verwaltungsmäßig organisierte Planwirtschaft folgt. Ob diese Entwicklung eintritt oder nicht, hängt davon ab, ob bei den eigentlichen Trägern der freien Wirtschaft, den Unternehmern, noch die mutige Gesinnung vorherrscht, sich zu der strengen Moral des Leistungsprinzips zu bekennen, auch wenn dieses Bekenntnis für sie harten Kampf bedeutet."

Dr. Hans Gestrich in der Schlußnummer der Industrie- und Handelszeitung.

Geschichtslos und barbarisch

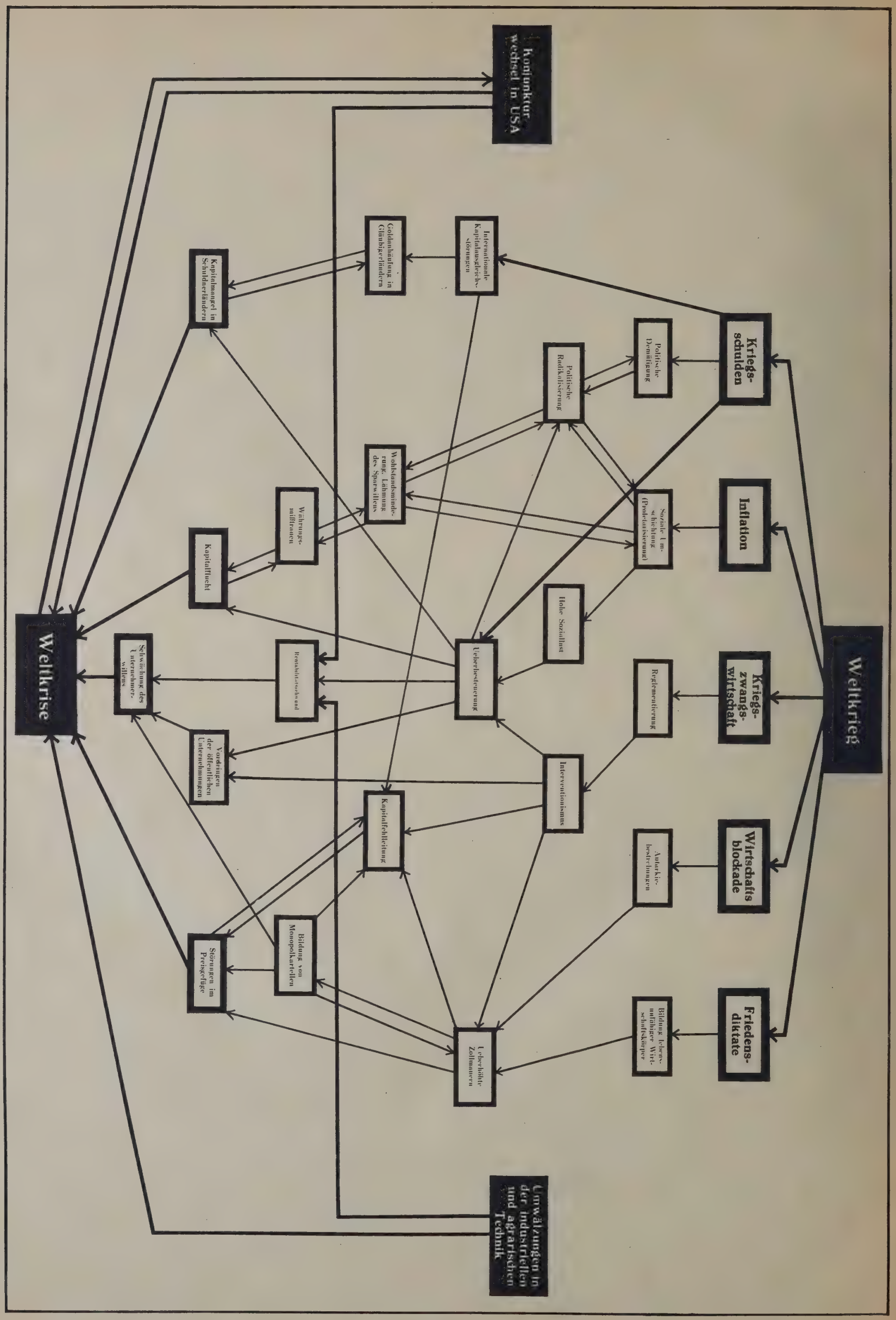
„... Bolschewismus und Fascismus, die beiden „neuen" politischen Versuche, die augenblicklich in Europa und seinen Grenzgebieten angestellt werden, sind deutliche Beispiele eines entschiedenen Rückschritts. Nicht so sehr wegen des positiven Inhalts ihrer Lehren, der für sich genommen natürlich ein Korn Wahrheit enthält, — wer auf der Welt hätte nicht ein klein wenig recht? —, als wegen der geschichtsfeindlichen, anachronistischen Art und Weise, mit der sie ihren Teil Wahrheit behandeln. Typische Massenbewegungen, die wie alle ihrer Art von mittelmäßigen, zeitfremden Männern ohne alles Gedächtnis und historischen Sinn geführt werden, benehmen sie sich von Anfang an, als wären sie schon Vergangenheit, als gehörten sie, die doch zu dieser Stunde vorfallen, einer verflossenen Fauna an ...

Bolschewismus und Fascismus sind einer wie der andere falsche Morgenröten; sie führen keinen neuen Morgen herauf, sondern den Morgen eines archaischen Tages, der schon allzuoft aufging; sie sind Rückfälle in die Barbarei. Und das werden alle Bewegungen sein, die, einfältig genug, einen Faustkampf mit diesem oder jenem Teil der Vergangenheit aufnehmen, anstatt sich dem Ganzen fortschreitend zu assimilieren ...

Bleibt dieser Menschentypus weiter Herr in Europa, gibt er endgültig den Ausschlag, so werden dreißig Jahre genügen, damit unser Erdteil in die Barbarei zurückfällt. Die technische Beherrschung der Materie und des Organisationsapparates wird mit derselben Leichtigkeit verloren gehen, mit der so oft im Laufe der Geschichte Herstellungsgeheimnisse in Vergessenheit geraten sind. Das ganze Leben wird schrumpfen. Der augenblickliche Ueberfluß an Möglichkeiten wird sich in ausgesprochenen Mangel, Not, beklemmendes Unvermögen, in einen wahrhaften Niedergang verwandeln.

Noch heute, trotz einiger Vorzeichen, die eine kleine Bresche in diesen runden Glauben zu schlagen beginnen, noch heute zweifeln sehr wenige Menschen daran, daß in fünf Jahren die Automobile noch viel bequemer und billiger sein werden als jetzt. Man glaubt daran wie an den letzten Sonnenaufgang. Das Gleichnis trifft. Denn der gewöhnliche Mensch, der sich in dieser technisch und gesellschaftlich so vollkommenen Welt vorfindet, glaubt in der Tat, daß die Natur sie hervorgebracht hat, und denkt niemals an die genialen Anstrengungen ausgezeichneter Männer, durch die sie geschaffen wurde. Noch weniger wird er zugeben, daß auch der Fortbestand dieser Errungenschaften von gewissen seltenen Tugenden des Menschen abhängt, deren geringster Ausfall den herrlichen Bau sehr rasch ins Wanken bringen würde ..."

Aus José Ortega y Gasset: Der Aufstand der Massen.


Konjunktur-wechsel in USA
Goldanhäufung in Gläubigerländern
Internationale Kapitalausgleichs-störungen
Kapitalmangel in Schuldnerländern
Kriegs-schulden
Politische Demilitisierung
Politische Radikalisierung
Inflation
Soziale Umschichtung (Proletarisierung)
Wohlstandsminderung, Lähmung des Sparwillens
Währungs-mißbrauch
Kapitalflucht
Weltkrise
Weltkrieg
Kriegs-zwangs-wirtschaft
Wirtschafts-blockade
Friedens-diktate
Hohe Sozialiast
Regimentierung
Autarkie-bestrebungen
Bildung lebens-unfähiger Wirt-schaftskörper
Überbesteuerung
Interventionismus
Kapitalfehlleitung
Selbstentmündigung
Selbstentmündigung des Unternehmer-willens
Vordringen der öffentlichen Unternehmungen
Störungen im Preisgefüge
Bildung von Monopolkartellen
Ueberhöhte Zollmauern
Umwälzungen in der industriellen und agrarischen Technik

NAMEN- UND SACHREGISTER

A

Abbe, Ernst 14
Adler jr., J. 14
Alsberg, Gebr. 14
Althoff, Theodor 14
American Telephone & Telegraph Co. 19
Anderson, Benjamin M. 33
Apfelstedt, Heinrich 21
Arbeitsamt, Internationales 54, 55
Arbeitslosigkeit 6, 9, 29, 45, 50, 53
Argentinien 16, 30, 34
Aristoteles 26
Aufstieg, sozialer 13, 15, 50
Außenhandel 7, 15, 30 ff.
Australien 16, 51

B

Balfour, Arthur 32
Bankwesen 6, 22 ff., 45 ff.
Bata, Thomas 14
Bauern 6, 32 ff.
Baumwollschlitten 16
Belgien 31
Benzin 16
Berckemeyer, Hans 14
Berger, Julius 14
Bergius, Friedrich 14
Betriebsgröße 13, 15, 24
Betriebsrat 12
Bevölkerung 6, 7, 54 ff.
Bildungsmonopol 56
Bismarck 43
Blumenstein, Joseph und Alfred 14
Bolschewismus 9, 55
Bonn, M. J. 35
Börse 6
Bosch, Carl 14
Bourgeoisie 5
Brandt, Karl 28
Branntweinmonopol 27
Brasilien 29
Bremen 12
Briand, Aristide 27
British Celanese 10
Brüssel 10
Bürokratie (Bürowirtschaft) 7, 9, 13, 24

C

Cellophan 16
Ceylon 36
Chase Economic Bulletin 33, 34
Chemie 16
China 19
Colm, Gerhard 7
Comptoir National d'Escompte 10
Crackverfahren 16
Crédit Mobilier 6

D

Daimler, Gottfried 14
Dampfmaschine 16
Dampfschiffahrt 6
Dänemark 7
Dawes-Plan 44
Defesa 29
Deutscher Industrie- und Handelstag 34
Deutscher Metallarbeiter-Verband 36
Diehl, Karl 16
Dierig, Wolfgang 14
Diesel, Rudolf 14
Diskontpolitik 46
Dreyfus, Harry 10
Duisberg, Carl 14
Dumcke, Paul 7, 11
Düsseldorf 17

E

Edison, Thomas 50
Effekten 6
Einkommen 49 ff., 57
Eisenbahn 6, 17, 21
Eisenindustrie 17, 38
Elektrizität 16, 18, 20, 21
England 20, 30, 31, 34, 43
Erbschaftssteuer 51
Erdöl 16
Erfolgsstreben 55 ff.
Eulenburg, Franz 19

F

Fascismus 9
Favag 10, 11
Federal Farm Board 29
Fehlinvestition 6, 8, 15, 19, 39 ff.
Feiler, Arthur 9
Finanzmeteore 10
Finanzwirtschaft 21, 41 ff., 49 ff.
Flick, Friedrich 14
Flotationsverfahren 16
Ford, Henry 14, 17, 50
Fordismus 9
Fordney-McKumber-Tarif 30
Frankfurt, Stadt 42
Frankreich 6, 30, 31, 41
Freihandel 30 ff.
Freiheit 7, 25, 56, 57
Freudenberg, Walter 14
Friedensverträge 7, 27
Frowein, Abraham 14
Fünfjahresplan 7, 8, 56

G

Gaswirtschaft 20, 21
Geburteneinschränkung und -regulierung 6, 56
Genossenschaften 35, 36, 50
Gerling, Robert 14
Gestrich, Hans 57
Gesundheitswesen 7
Getreide 16, 28, 29, 32 ff.
Gewerkschaften 35, 36, 52 ff.
Glasindustrie 17
Goldschmidt, Jakob 14
v. Gontard, Paul 14
Grade, Hans 14
Greffenius, Hugo 14
Großgrundbesitz 6, 32, 33
Gualino, Riccardo 10

H

Hackelsberger, Albert 14
Haecker, Fritz 14
Hansa-Bund 36
Harms, Bernhard 5
Hartmann, Wilhelm 14
Hatry, Clarence 11
Hauptmann, Gerhart 14
Heck, Ferdinand 14
Heilner, Richard 14
Heimann, Eduard 37
Henschel. Oscar R. 14
Hevemeyer 17
Hindenburg-Programm 20
Hochkapitalismus 5
Hoffmann. Otto 45
Holland 7, 31, 34
ten Hompel, Rudolf 14
Hoover, Herbert 31, 41, 50
Hoover-Plan 44
Huanchaca 10
Humanitas 7
Humboldt, Wilhelm v. 7
Hume, David 7
Hydrierverfahren 16

I

I. G. Farbenindustrie 16
Individualismus 6
Inflation 7, 9, 10, 11, 40 ff.
Institut für Konjunkturforschung 41
Interventionismus 8, 9, 20, 27 ff., 36, 43
Italien 9, 30

J

Jandorf, Adolf 14
Japan 19, 31
Jefferson, Thomas 7
Junkers, Hugo 14

K

Kabel-Funktrust 20
Kaffee 29, 30
Kahn, Ernst 56
Kali 37 ff.
Kanada 16, 29, 30, 31
Kapitalbildung 6, 23, 49 ff.
Kapital-Export 43
Kapitalfehlleitung 25 f., 39 ff.
Kapitalgeber 10, 41
Kapitalnehmer 42
Karstadt, Rudolf 14
Kartelle 35 ff.
Kartellgesetzgebung 37, 38
Katzenellenbogen, Ludwig 14
Kaufkrafttheorie 51
Kautschuk 18, 29, 36
Kleiner, Ernst 23
Klönne, August 14
Knickerbocker, H. R. 8, 9
Knopf, Max 14
Kohlenbergbau 17, 21, 36, 39 ff.
Kohlenwirtschaftsgesetz 36
Kommunalpolitik 20, 32
Kommunismus 7
Komnick, Automobilfabrik 33
Konjunkturschwankungen 6, 34, 38, 45 ff.
Konkurrenz 35 ff.
Konzentration 6
Korte, Carl 14
Krieg 54
Kriegsschulden 7
Kriegswirtschaft 20, 27, 34, 43
Krise 5, 29, 45 ff.
Krupp, Alfred 10
Küchenmeister, Heinrich J. 14
Kunsthorn 16
Kunstseide 16
Kupferkartellpreis 30, 38

L

Lahusen, Gustav Carl 12, 14
Lahusen, Heinz 12
Laissez faire 5, 24
Landauer, Carl 24, 53
Landmann, Julius 21
Landwirtschaft 6, 7, 21, 28, 34
Lange, Karl 13
Laufendes Band 17 ff.
Lavoro Fascista 9
Layton-Bericht 44
Lebensstandard 8, 51
Leistungsprinzip 56
Lenin 7
Lensch, Paul 1
Liberalismus, liberale Parteien 6, 30, 4[illegible]
Lingner, Oskar 14
Lira 9
Friedrich-List-Gesellschaft 49
Loewenstein, Alfred 10
Lohnpolitik 6, 19, 37, 52 ff., 55 ff.

M

Mähdrescher 16, 29
Malaya 36
Malthus, Robert 56
Mannesmann A.-G. 33
Margarine 17
Marschak, Jakob 52
Marschall, Alfred 31
Marx, Karl 5, 6
Mazzini, Giuseppe 7
McKenna-Zölle 31
Mechanisierung 55
Mechernicher Werke 33
Melchior, Carl J. 14
Merton, Richard 14
Metall 16
Michael, Jakob 14
Mill, John Stuart 7, 51
Mises, Ludwig 54
von Moellendorf, Wichardt 20

Monopol 21, 24, 35 ff, 53
Monopolkapitalismus 6, 37, 54
Mulert, Oskar 21
Müller-Oerlinghausen, Georg 14
Mussolini 9

N

Naphtali, Fritz 5
Nationalsozialismus 12
Nep 7
Neuerburg, Heinrich 14
Norddeutsche Wollkämmerei 10, 11, 12, 13
Notenbankpolitik 45 ff.

O

Oeffentliche Hand 20 ff., 41 f., 51
Oeffentliche Unternehmung 18, 20 ff.
Oelmühlenindustrie 17
Oesterreich 31
Orenstein, Benno 14
Organisationen 8, 20 ff.
Ortega y Gasset, José 57
Oustric, Albert 10

P

Passavant, H. 18
Petschek, Ignaz 14
Planwirtschaft 5, 7, 8, 18, 20, 33, 43
Polen 30, 31
Porzellan 17
Preis, Preispolitik 7, 10, 18, 34, 35 ff., 47
Privatagenturen 8, 26
Proletariat 5
Protektionismus 8, 20, 27 ff., 38, 51
Public Utility 20 ff.

Q

Quandt, Günther 14
Quotenjagd 39, 40

R

Radio 19
Raky, Anton 14
Rathenau, Emil 14
Rathenau, Walther 5, 12, 16, 20, 49, 50, 55
Rationalisierung 15, 16 ff., 55
Reemtsma, Bernhard 14
Reichsbahn 20, 21
Reichs-Kredit-Gesellschaft 24
Reichspost, Deutsche 19, 20
Reichsverband der Deutschen Industrie 34
Rentabilität 21, 25, 27 ff., 39 ff.
Rentnerpsychologie 6
Reparationen 6, 27, 44
Reusch, Paul 14
Ritschl, Hans 49
Röchling, Hermann 14
Roggenstützung 28
Rohde, Paul 14
Roselius, Ludwig 14
Rosenthal, Ernst 14
Rosterg, August 14
Rummel 17
Rußland 8, 9, 19, 56

S

Saitzew, Manuel 24
Salz, Arthur 15
Schacht, Hjalmar 13
Schapiro, Jakob 14
Schlichtung 37, 53
Schmalenbach, Eugen 5, 6, 38
Schmitt, Karl 14
Schmitz, Hermann 14
Schnur, David 14
Schocken, Salmann 14
Schöndorff, Hermann 14
Schulte 17
Schumpeter, Josef 15
Schutzzollpolitik 6, 30 ff.
Schweiz 7
Sering, Max 16
Siedlungspolitik 33
Silverberg, Paul 14
Smoot-Hawley-Tarif 31
Snia 10
Snia Viscosa 10
Sofina 10
Solmssen, Georg 14
Sombart, Werner 5, 16
„Soziales Dumping" 31
Sozialismus 12, 24, 45
Sozialpolitik 8, 19, 24, 50 ff., 54, 56
Spanien 30
Sparkassen 22 ff., 50
Spencer, Herbert 6
Staatskontrolle 8, 23, 24
Staatssozialismus (Staats-Kapitalismus) 5, 24
Stalin 7
Standort 18, 40
von Stein, Lorenz 51
Steuerpolitik 8, 23, 49 ff., 54
Stinnes, Hugo 14
Stock-Motor 33
Stoßbrigaden 53
Strauß, Ottmar 14
von Stumm, Ferdinand 14
Subventionismus 8, 10, 20, 27 ff.
Südafrika 19
Südamerika 16
Südwestdeutsche Bank 11

T

Tanari 9
Tardieu, André 10
Tarifvertrag, Tariflöhne 37, 53
Technik 16 ff., 55
Technischer Fortschritt 16 ff., 23, 47, 48
Telegraphie 19
Tengelmann, Ernst 14
Tiefbohrverfahren 16
Tietz, Alfred L. 14
Toepffer, Hellmut 14
Tolstoi, Leo 14
Traktor 16, 29
Trambahnen 20
Transportwesen 16, 19, 21
Tschechoslowakei 30

U

Ueberfremdungsschutz 13
Unfried, Ulrich 7
Unternehmen 11, 15
Unternehmer 10 ff.
Urproduktion 16

V

Valorisation 27 ff.
Verantwortung 8, 13, 24
Veredelungsproduktion 32
Verein für Sozialpolitik 21
Vereinigte Glanzstoff A.-G. 12
Vereinigte Staaten von Amerika 6, 16, 19, 29, 30, 41, 50
Verkehrswirtschaft, freie 6, 7, 10, 33, 46
Verteilung 49 ff.
Vertrauenserschütterung 6
Vielmetter, Johann 14
Vögele, Joseph 14
Vögler, Albert 14
Völkerbund 30
Voltaire 7
Vulkanwerke 33

W

Wanderungen 54 f.
Warburg, Max 34
Wassermann, Oscar 14
Wasserwirtschaft 20, 21 f.
Weber, Adolf 5
Weizen 29, 30, 32
Welter, Erich 49
Weltwirtschaftskonferenz 30
Wertheim, A. 14
Winzer-Kredit 33
Wirtschaftsdemokratie 13, 54
Wissel, Rudolf 20
Witt, Josef 14
Wohlfahrtswesen 7
Wohnungszwangswirtschaft 9, 42
Wolff, Adolf 21
Wolff, Otto 14
Wronker, Hermann 14

Y

Young-Plan 44

Z

Zellstofflacke 16
Zola, Emile 14
Zölle 27 ff., 38
Zucker 16
Zusammenbruchstheorien 5

SIEGEL
des Kaufvertrags vom 28. Juli 1587
des Grundstücks, auf dem heute die Gebäude der „Frankfurter Zeitung" stehen.

Verlagsgebäude der „Frankfurter Zeitung" aus der Zeit ihrer Gründung (1856) gegenüber dem Bundespalais

Anschließend an die vorstehende Abhandlung der Handelsredaktion anläßlich des 75jährigen Bestehens der Frankfurter Zeitung veröffentlichen in dem hier folgenden Teil Banken und Industriefirmen, Versicherungsgesellschaften, kommunale Betriebe und andere Unter-

nehmungen Monographien und Anzeigen, die über den unmittelbaren Anlaß ihres Erscheinens hinaus Einblicke in den Stand und die Entwicklung der Wirtschaft in Deutschland und in anderen europäischen und außereuropäischen Ländern gewähren.

Man erfährt Näheres über die Geschichte bedeutender Unternehmungen wie: Versicherungsgesellschaften, chemischer Industrien, über die Entwicklung der Elektrowirtschaft und viele andere. Man bereichert sein Wissen um die Entstehungsgeschichte und den Werdegang großer und mittlerer Geldinstitute: Staatsbanken, Groß- und Privatbanken, Sparkassen, Hypothekenbanken und Treuhandgesellschaften. Vereinigungen und Firmen, die sich mit dem Bau- und Siedlungswesen der Nachkriegszeit befassen, teilen ihre Erfahrungen mit. Aufschlüsse werden gegeben über das Verkehrswesen, insbesondere über Eisenbahn, Binnenschiffahrt, Post und Rundfunk. Neben vielen Einzeldarstellungen von Firmen, Verbänden, öffentlichen und privaten Unternehmungen finden sich wertvolle Zusammenstellungen über die wirtschaftlichen Verhältnisse einzelner Länder und Staaten.

Wir zweifeln nicht, daß dieses in Selbstanzeigen niedergelegte Material den Lesern wissenswerte und nützliche Informationen vermitteln wird. Gab der redaktionelle Teil Hinweise für die richtige Erkenntnis und Bewertung des heutigen Wirtschaftssystems und den Spielraum, den dieses der freien Unternehmerwirtschaft läßt, so bietet diese bunte Schau verschiedenartigster Zellen des modernen Wirtschaftslebens in ihrer Entwicklung bis zur Gegenwart und ihrem heutigen Wirken ergänzendes Anschauungsmaterial.

Auf einigen eingestreuten Seiten zeigen wir in interessanten Faksimiles aus den ersten Jahrgängen der Frankfurter Zeitung, wie sich damals Text und Anzeigenteil dem Leser präsentierten.

Bekanntmachungen.

Localveränderung.

DAS LOTTERIE- & BANKGESCHÄFT

von

E. & E. Friedberg

befindet sich jetzt

im **Engelthalerhof** Döngesgasse 5. 44

Deutsch-Schweizerische Credit-Bank in St. Gallen.

Laut Beschluss des Verwaltungsrathes der Deutsch-Schweizerischen Creditbank in St. Gallen soll die dritte Einzahlung von 15 pCt. auf ihre Actien vom 5. bis spätestens 15. Februar 1857 geleistet werden. Indem wir den Actien-Inhabern hievon Kenntniss geben, zeigen wir zugleich an, dass von deser Einzahlung der Ratazins auf den bis heute einbezahlten 125 Fr. per Actie vom 15. October bis 15. Februar mit 1 Fr. 66 C. per Actie in Abzug zu bringen und daher dielbe nur mit 73 Fr. 34 C. zu leisten ist.

Die Einzahlung kann geleistet werden:

In St. Gallen bei der Gesellschaftskasse, und in Zürich bei den Herren Kasp. Schulthess & Comp., in Francs neuer Schweizer-Währung.

In Augsburg bei den Herren Erzberger & Söhne mit 28 Gulden und 34 Kreuzer Augsburger Courant.

In Frankfurt a. M. bei den Herren Joh. Goll & Söhne mit 34 Gulden und 17 Kreuzer Reichs-Währung.

In Stuttgart bei den Herren Gebrüder Benedict mit 34 Gulden und 17 Kreuzer Reichs-Währung

In Karlsruhe bei den Herren Gebrüder Haas mit 34 Gulden und 17 Kreuzer Reichs-Währung.

Die Abstempelung für die Einzahlungen geschieht bei den Häusern, bei welchen dieselben geleistet werden.

Briefe und Gelder sind portofrei einzusenden.

Actien-Inhaber, welche bis zum 15. Februar die dritte Einzahlung nicht geleistet haben, treffen die in §. 11 der Statuten bezeichneten Folgen.

St. Gallen den 31 Januar 1757.

Im Namen des Verwaltungsrathes der Deutsch-Schweizerischen Credit-Bank.

Der Präsident **Wirth-Sand.** 46

Dessauer Wollengarn-Spinnerei.

Zeichnungen zur Actien-Betheiligung an der Dessauer Wollengarn-Spinnerei werden

bis 15. Februar d. J.

bei der **Anhalt-Dess. Landesbank** daselbst,
„ „ **Credit-Anstalt für Industrie und Handel** das.,
„ den Hrrn. **Gebr. Bethmann** in Frankfurt a. M.

entgegengenommen.

Statuten und Prospecte sind ebendaselbst zu haben.

Dessau, 30. Januar 1857.

Das provisorische Comite,

gez. *Nulandt. Dr. Braune. G. Jahn. J. Arendt. W. Oechelhäuser.*
(Sämmtlich in Dessau.)

G. Dinglinger. (in Berlin.) *A. Stephani.* (in Berlin.) *G. Zöppritz.* (in Heidenheim.) *E. Breitfeld.* (in Erla.)

Ein praktischer Chemiker offerirt sich zur Anlage von Photogen- und Paraffinfabaiken, worin er Erfahrung hat. Man bittet Briefe und Anfragen deshalb unter der Chiffer S. R. Dresden poste restante franko einzusenden. 45

Sächsisch-Thüringische Actien-Gesellschaft für Braunkohlen-Verwerthung zu Halle a. d. S.

Fünfte Einzahlung

Die Herren Actionäre ersuchen wir hierdurch, die fünfte Einzahlung von 10 pCt. bis zum 1. März dieses Jahres zu leisten. Die Gelder sind, nach Abzug von 5 pCt. Zinsen, an die Direction unserer Gesellschaft (Franckenstrasse Nr. 7 hierselbst) unter Beischluss der Quittungsbogen zu zahlen, resp. kostenfrei einzusenden. Im Uebrigen gelten die bei früheren Einzahlungen stattgefundenen Bedingungen.

Halle, den 31. Januar 1857.

36 ***Der Verwaltungsrath.***

Gutsverkauf.

Ein in der Nähe von Wörrstadt, Provinz Rheinhessen gelegenes Gut von 50 Morgen wozu auf Verlangen bis zu 100 Morgen abgegeben werden kann, nebst Wohn- und Oeconomie-Gebäulichkeiten, ist aus freier Hand zu verkaufen. Nähere Auskunft ertheilt der Grossherzoglich Hessische Notar Dr. Phildius zu Wörrstadt. 29

Ein junger militärfreier Mann von angenehmem Aeusseren, der Kenntnisse im Manufaktur-, Tuch-, Garn- und Mercerie-Fache besitzt, sowie mit allen Comptoir-Arbeiten hinlänglich vertraut ist, sucht eine Stelle, am liebsten einen Reiseposten. Gefällige Franco-Offerten nimmt die Exped. d. Bl. entgegen. 37

Herausgeber: H. B. Rosenthal. Druck von Reinhold Baist. Verantwortlicher Redacteur: Max Wirth.

Anzeigenseite
aus dem ersten Jahrgang der Frankfurter Zeitung (damals Frankfurter Handelszeitung)

Die von Leopold Sonnemann im Jahre 1856 gegründete Frankfurter Zeitung hieß in den ersten Wochen Frankfurter Geschäftsbericht, dann einige Jahre Frankfurter Handelszeitung

Frankfurter Börse, Montag d. 21. Juli 1856.

Cours der Staatspapiere (pr. comptant).

Gestrig. Cours.	No		Erster Cours.	Höchst. Cours.	Niedrig. Cours.	Letzter Cours. P.	Letzter Cours. G.
89 3/8	1	Oesterr. 5% Lb. i. S. b. R.					89 1/2
83 1/4	2	„ 5% N.-Anl. 1854					83 1/4
71 3/4	3	„ 4 1/2% Met.-Obl.					71 3/4
100 3/4	4	Bayern 5% O. 1850 b. R.					100 3/4
101	5	„ 4 1/2% ditto					101
94 1/4	6	„ 4% d° A.-R.					94 1/4
102 1/2	7	Würtb. 4 1/2% Obl. b. R.					102 1/2
90 3/4	8	„ 3 1/2% ditto					90 3/4
102 5/8	9	Baden 4 1/2 5% Obligat.					102 1/4
	10	Baden 3 1/2% Obl. 1845					—
	11	Kurhess. 4 1/2% Obl. b. R.					—
	12	Gr. Hess. 4% Obligat.					—
	13	„ 3 1/2% ditto					—
	14	Nassau 3 1/2% Obl. b. R.					—
	15	Frankf. 3 1/2% Obligat.					—
	16	Spanien 3% inl. Schuld	38			38 1/4	38 1/8
	17	„ 1 1/4%	23 13/16	24 1/8		24 1/16	24
	18	Belgien 4 1/2% O. i. F. 28k.				—	—

Gestrig. Cours.
89 1/8
101 1/4
100
91 1/4
90
92 3/4
37 3/4
23 5/8
98

Voll einbezahlte Actien und Prioritäten.

1280	19	Oesterr. Bank-Actien ex D				86	81	25	Frankf. Bank. m. 3% Z.				129	120
147 3/4	20	4% Ldw.-Bexb. E.-A.				47 1/2	47 1/4	26	Ldgr. Hess. Land.-B. b. E.		269	268	266	268
109 1/2	21	4 1/2% Pf. Max.-E.-A. b. R.				109 1/4	109	27	Taunusb.-Act. à 250 fl.			324	322	322
62 1/2	22	Friedr.-Wilh.-Nordb.-Act.				62 3/4	62 1/2	28	Frkft.-Han. Eisenb.-Act.			85 1/2	85	86
410	23	Darmst. B.-A. à 250 fl. ex D	411	414		414	412	29	Livorno-Florenz E.-A.			82 3/4	82 1/2	82 3/8
134	24	Weimar. Bank-Actien					133 1/2	30	3% Pr. österr. St. E. B.	58 5/8		58 1/2	58 3/8	58 3/4

Diverse Actien.

418	31	Oestr. Bank.-Interimssch.	417	417	414	415	414	38	Mitteld. Cred.-A. 105 Th.		108 3/4	108 3/4	108 1/2	108 1/2
234 1/2	32	Credit-Actien 30% Einz.	34 1/2	237	234	238	236	39	Act. d. Leipz. Cred.-Bank				118 1/4	118 3/4
215	33	5% Elisab. fl. 200 p. St. 5/6				214 1/4	213 3/4	40	Span. Hand. u. Industrie			576	575	575
276	34	Oester. St.-E.-A. m. 2 Einz.					278	41	Deutsche Phönix-Actien				143	143
104	35	4 1/2% Bayer. Ostbahn					104 5/8	42	Span. Credit. b. Pereire	691	695	689	693	691	683
355	36	Darmst. Actien 2. Serie.	356 1/2				357	43	Nahebahn, Rthlr. 200 . .	103 7/8	104 1/8	103 7/8		104	104
551	37	Luxemburger Cred.-Act.	553	555	551		552	44	Dtsch-Schweiz. Cr. fr. 500	542	543			542	543

Anlehens-Loose.

117	43	Oesterr. 250 fl. b. R. 1839				117 1/2	117	48	Kurh. 40 Thl. L. b. R.				39 1/4	39 3/8
102 1/2	44	„ 250 „ „ 1854				103	102 1/2	49	Gr. Hess. 50 fl. L. b. R.		116	114 116	115	114 1/2
112 1/2	45	3 1/2% preuss. Pr.-Act.				113	112	50	„ 25 „ „ „				47 3/4	47 3/4
82 1/2	46	Badische 50 fl. Loose				83 1/4	83	51	Nass. 25 fl. L. b. R. . .				32	32
47 3/4	47	„ 35 „ „		48		47 3/4	47 1/2	52	Sardin. 36 Fr. L. b. B.				42 3/4	42 3/4

Wechsel-Course.

		Papier.	Geld.	Längere Sichten.
99 7/8	Amsterdam, fl. 100 Holl. k. S.	100 1/8	99 7/8	3 1/2—4 1/2
119 7/8	Augsburg, fl. 100 Ct. . „	—	119 7/8	4—5 1/2
104 5/8	Berlin, Thlr. 60 Pr. Ct. „	—	104 1/2	3 1/2—4 1/2
96 1/8	Bremen, Thlr. 50 Louisd. „	—	96 1/8	5—6
104 1/2	Cöln, Thlr. 60 Pr. Ct. . „	104 3/4	104 1/2	4 1/2—5 1/2
88 7/9	Hamburg, 100 Mk. Bco. „	89 1/8	88 7/8	4—5
104 1/2	Leipzig, Thlr. 60 Pr. Ct. „	104 3/4	104 1/2	4 1/2—5 1/2
118 1/2	London, 10 Lst . . . „		118 5/8	4 1/2—5 1/2
101	Mailand, L. 250 Ast. i. Sb. „		101	4—6%
93 1/2	Paris, Frcs 200 . . . „		93 1/2	5 1/2—6 1/2
116 3/4	Wien, fl. 100 Ct. . . „		116 7/8	5—6
4%	Disconto für Wechsel . .		4%	
5%	„ f. Versatzgeschäfte		5%	

Gold und Silber.

	B.	G.
Pistolen	9 39	9 38
Preussische Friedrichsdor	9 55	9 54
Holländ. 10 fl. Stücke . .	9 48 1/2	9 47 1/2
Rand-Ducaten	5 35	5 34
20 Francs-Stücke . . .	9 23 1/2	9 22 1/2
Engl. Sovereigns . . .	11 52	11 47
Gold al Marco		377
Preuss. Thaler		1 44
5 Francs-Thaler	2·21	2 20 1/2
Hochhalt. Silber . . .		24
Preuss. Cassen-Scheine .	104 3/4	1 44 1/2
Sächsische ditto .		fehlen.
Diverse Kassen-Anweis. .		1 43
Dollars in Gold		—

Verfallene Coupons.	
Oesterreichische Papieren pr. 20 fl. 100	116 3/4
Spanische inländ. . . . „ Piaster	2 26
1 1/4% Spanisch Differes . „ „	2 29
Polnischen Papieren . . „ 6 fl. Poln.	99
Livorno-Florenz-Act. p. 1 Mai 1856 p. St.	8 18
5% National-Metall. p. 1. Juli d. J. à 120	100 3/8

— In Folge bedeutender Kaufsaufträge auf Spanier, wurden dieselben in grossen Posten von 23 13/16 bis 24 1/8 vom Markte genommen und blieben 24 Geld; der niedrige Cours und die Hoffnung, dass die Zustände Spaniens eine befriedigende Lösung finden werden, hat diese Kauflust die von angeführten Aufträgen unterstützt war, hervorgbracht. Ausser diesem Effecte wurden sp. Creditactien (Pereire) und junge Darmst. bedeutend umgesetzt: erstere konnten sich durch fortgesetzte Verkäufe eines Hauses, das sonst als sehr gut unterrichtet bekannt, auf dem Course von 95 wozu sie gemacht wurden nicht erhalten; junge Darmst. wurden für Berliner Rechnnng hier gegeben und fanden willig Nehmer; wie immer so ist meine Ansicht für dieses Papier günstig.

Oest. Bank-Interimsscheine wurden zu weichenden Coursen verhandelt und sind nur denen zu empfehlen, die eine Speculation auf längere Zeit hinaus machen wollen, für öst. Creditactien herrschte grosse Kauflust, doch ist wegen Versandt der Stücke nach Wien das Geschäft erschwert und wäre es wünschenswerth, wenn eine Bank oder ein grosses Banquierhaus die Abstempelung etc. gegen eine feste Provision besorgen würde.

Von Wechseln war Amsterdam sehr gesucht, während kurz Paris in Posten schwer anzubringen war.

Druck von Reinhold Baist.

Kurszettel
aus der ersten Nummer der Frankfurter Zeitung (damals Frankfurter Geschäftsbericht)

GEBR. ARNHOLD

BANKHAUS

GEGRÜNDET 1864

DRESDEN BERLIN

Ein Privatbankhaus, das seine beinahe siebzigjährigen Erfahrungen auf kommerziellem und industriellem Gebiet, seine engen Beziehungen zu allen bedeutenden Geldplätzen Europas und Amerikas, seinen Unternehmungsgeist, seine moderne Organisation und seinen Beamtenstab von mehr als 500 Personen in den Dienst seiner Kundschaft und der Wirtschaft stellt

ALLGEMEINE DEUTSCHE CREDIT-ANSTALT-SÄCHSISCHE STAATSBANK

Die Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt und die Sächsische Staatsbank, die beiden großen Bankinstitute, die in der intensiven Wirtschaft Sachsens wurzeln und ihr vorwiegend dienen, stehen in enger Verbindung. Ihre organisatorische Verschmelzung steht bevor. Bis dahin wird von beiden Anstalten das Geschäft unter der bisherigen Firma, aber unter gemeinsamer Leitung, Verantwortung und Haftung geführt.

ADCA

ALLGEMEINE DEUTSCHE CREDIT-ANSTALT
LEIPZIG

In einer Zeit höchsten wirtschaftlichen Aufschwunges wurde die Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt am 4. März 1856 in Leipzig ins Leben gerufen. Ein starkes wirtschaftliches Bedürfnis dieser aufstrebenden Handels- und Messestadt, gestützt auf die Bestrebungen der Zeit, durch Finanzgesellschaften, die sich an der Gründung industrieller Unternehmungen beteiligen, die starke Konjunktur der Wirtschaft weitgehend auszuwerten, gab den äußeren und unmittelbaren Anlaß. Zu den Gründern der Bank gehörten führende Persönlichkeiten der Leipziger Kaufmannschaft wie Gustav Harkort, Generalkonsul Hirzel-Lampe, Wilhelm Seyfferth und Generalkonsul A. Dufour-Feronce, die unter schwierigen Verhältnissen bereits die Leipzig-Dresdner Eisenbahn mitgeschaffen und damit ihren kaufmännischen und wirtschaftspolitischen Weitblick bekundet hatten. Schon im ersten Geschäftsjahre konnten nicht weniger als vierzehn größere Industrie- bzw. Kreditgesellschaften mitgegründet oder durch geldliche Beteiligung unterstützt werden, die zum Teil bis heute der ADCA nahestehen. Die im Anschluß an den Deutsch-Französischen Krieg 1870/71 einsetzende Wirtschaftsbelebung gab der ADCA weiter Gelegenheit, sich an der Errichtung führender Bankinstitute, wie der Deutschen Bank, der Deutschen Vereinsbank, sowie der Dresdner Bank und der Böhmischen Unionbank zu beteiligen.

Adca *Leipzig*

Stets wurden die Aufgaben des regulären Bankgeschäfts in den Vordergrund der Arbeit gestellt, und diese blieben für das Institut bis in die Gegenwart die Grundlage eines erfolgreichen Ausbaues seines Wirkungskreises, wenn auch die Förderung der Wirtschaft durch Neugründungen und Geschäftsumwandlungen in der vermittelnden Form der Emissionstätigkeit immer sorgsam gepflegt wurde. Unter anderem hat die ADCA durch Gründung der Kammgarnspinnerei Stöhr & Co. (1880), sowie der Leipziger Baumwollspinnerei (1884) und der Baumwollspinnerei Mittweida (1884) weitreichenden Anteil an der erfolgreichen Ausdehnung der für die gesamtwirtschaftliche Struktur Sachsens so überaus wichtigen Textilindustrie genommen. Die spätere Ausdehnung des eigenen Filialsystems und die finanziellen Beteiligungen an anderen, zum Teil alteingesessenen Bankunternehmungen, brachten es mit sich, daß die ADCA bald in der Kraft- und Verkehrswirtschaft, in den führenden Schlüsselindustrien, wie im Bergbau, in der Eisen-, Metall- und Maschinenindustrie, ferner in der chemischen und keramischen Branche, sowie im Versicherungs- und Braugewerbe und im Buchhandel, aber auch in dem die ganze Welt umspannenden Leipziger Rauchwarenhandel entscheidend mitarbeitete.

Auf diese Weise war sie in der Lage, auf die wirtschaftliche Weiterentwicklung des gesamten mitteldeutschen Wirtschaftslebens bis weit nach Thüringen hinein einen günstigen Einfluß auszuüben. Auch die Wiederaufnahme und Erweiterung wertvoller Auslandsverbindungen ermöglichten es der ADCA, ihre Tätigkeit erheblich über das engere Arbeitsgebiet hinaus auszudehnen, was sich besonders in Rücksicht auf die internationale Geltung Leipzigs als Messestadt günstig ausgewirkt hat.

SÄCHSISCHE STAATSBANK

LEIPZIG CHEMNITZ DRESDEN ZWICKAU AUE i. ERZGB.

Das ehemalige Ministerhotel in Dresden, Seestraße Nr. 18, das im Jahre 1756 als Palais des Geheimen Legationsrates v. Saul errichtet worden ist, dient nach mannigfaltigen Schicksalen seit 1923 als Geschäftsgebäude der Sächsischen Staatsbank.

Dieses Institut ist aus der seit 1862 bestehenden Lotteriedarlehnskasse in Leipzig hervorgegangen. Es hat die Aufgabe, den Geld- und Kreditverkehr im Lande zu fördern, insbesondere Handel, Industrie und Gewerbe sowie Landwirtschaft zu unterstützen und die Geldgeschäfte des Staates zu besorgen. Die Sächsische Staatsbank pflegt alle Zweige des Bankgeschäftes. Für ihre Verbindlichkeiten haftet neben ihrem eigenen Vermögen der Staat unbeschränkt. Einlagen bei ihr sind reichsmündelsicher.

Das See-Thor zu Dresden vor der Demolierung a.d. 1812

SÄCHSISCHE LANDESPFANDBRIEFANSTALT

gemeinnützige öffentlich-rechtliche Realkreditanstalt für Industrie, Handel und Gewerbe unter der vollen Gewähr des Freistaates Sachsen

Die Anstalt hat Goldpfandbriefe im Betrage von rund 60000000 GM ausgegeben. Sie sind reichsmündelsicher und bedeckt durch erststellige, vorsichtig bemessene Goldhypotheken, durch eine zusätzliche Gesamthaftung der Darlehnsnehmer und durch die Gewähr des Freistaates Sachsen. Die aufgenommenen Gelder dienen der Versorgung der Industrie, des Handels und Gewerbes Sachsens mit langfristigen Hypothekendarlehen.

BANK DER ARBEITER, ANGESTELLTEN UND BEAMTEN, A G

Berlin S 14, Wallstraße 65

Gegründet 1924

Aktienkapital und Reserven RM. 15 300 000.–

Aktionäre: Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund – Allgemeiner freier Angestelltenbund – Allgemeiner Deutscher Beamtenbund – Hauptverband Deutscher Krankenkassen e.V. – Konzentration A. G.

Die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten ist errichtet worden, um die Verwaltung und zweckentsprechende Verwendung der in den Gewerkschaften sich ansammelnden Kapitalien zu übernehmen. Gegen manche Widerstände ideeller und materieller Natur wurde die Gründung im Jahre 1923 endgültig beschlossen. Damals, am 26. März 1923, schritten der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine freie Angestelltenbund und der Allgemeine Deutsche Beamtenbund gemeinsam mit dem größten Teile der ihnen angeschlossenen Verbände zur Errichtung der „Deutschen Kapitalverwertungsgesellschaft m. b. H.", die mit einem Stammkapital von 90 Millionen Papiermark, gleich 18 000 Goldmark ins Leben trat. Trotz der Zerrüttung des Geldwesens und des Kapitalmarktes durch die Inflation wiesen die Einlagenbestände am Ende des Jahres 1923 bereits einen Goldmarkwert von 202 000 Mark auf. Nach erfolgter Währungsstabilisierung wurde die Umgründung der Vorgesellschaft in ein reines Bankinstitut möglich, am 31. Mai 1924 wurde dieses als Aktienbank unter der Firma „Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A. G." mit 750 000 GM. Gesellschaftskapital gegründet. Um die Verbundenheit der neuen Gesellschaft mit den Gründern und Gründerorganisationen zu wahren, wurden die Anteile als Namensaktien an die Zustimmung des Aufsichtsrats gebunden.

Als eigentlicher Geschäftsbeginn der neuen Bank ist der 1. Oktober 1924 anzusehen; am 31. Dezbr. desselben Jahres waren die Einlagen bereits auf 9.5 Millionen RM. angewachsen, Ende 1925 waren es über 21 Millionen. Im Jahre 1925 wurde ein Gewinn von 202 000 RM. erzielt, der wachsende Umfang der Geschäfte machte im November 1925 eine Kapitalerhöhung um 3 250 000 RM. auf 4 Millionen RM. erforderlich. Die neuen Aktien wurden im wesentlichen von den Gründerverbänden übernommen, als neue Kapitalgeber traten die Konzentration A. G. und der Hauptverband deutscher Krankenkassen e. V. hinzu.

Im Jahre 1926 stiegen die Einlagen auf über 36 Millionen RM. an; das Jahr erbrachte einen Reingewinn von RM. 887 000.—. Im Jahre 1927 wuchsen die Einlagen auf 79 Millionen und im Jahre 1928 auf 117 Millionen RM. Ende des Jahres 1928 wurde das Aktienkapital nochmals um 8 Millionen auf 12 Millionen RM. erhöht. Am Ende des Jahres 1929 war ein Einlagenbestand von 163 Millionen und Ende 1930 ein solcher von rund 168 Millionen RM. erreicht. Die Jahresgewinne stiegen entsprechend.

Nach dieser ständig ansteigenden Entwicklung des Bankinstituts läßt sich sagen, daß der Gedanke der Zusammenfassung der geldlichen Kräfte der Arbeitnehmerschaft zu einem guten Erfolge gebracht worden ist. Das wachsende Vertrauen der in Betracht kommenden Kreise ist aber nicht nur

die Wirkung des Konzentrationsgedankens, sondern auch das Ergebnis einer intensiven organisatorischen Tätigkeit der Bank. Das Institut hat ein Netz von Filialen und Zahlstellen im Reiche geschaffen; nacheinander wurden in Hamburg, Breslau, Frankfurt a. M., Bremen, Dresden, Bochum, Saarbrücken, München, Hannover, Magdeburg, Köln a. Rh., Essen, Braunschweig, Stuttgart, Liegnitz und Dortmund Zweigstellen errichtet. Ferner stellten sich die Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und einzelner Verbände in den Dienst der Sache, so daß alsbald über 30 Zahlstellen an den für die Gewerkschaftsbewegung wichtigsten Plätzen gegründet werden konnten. Im Laufe des Jahres 1925 entstand auch die eigene Sparkassenabteilung, die nach und nach insgesamt über 120 besondere Annahmestellen errichten konnte, darunter allein in Berlin 42. Heute hat sich die Bank mit ihren jetzt 16 Filialen und 243 Zahlstellen im Reiche bereits über die Gewerkschaften und ihren Kreis hinaus Anerkennung und Wertschätzung erworben, was namentlich aus den beträchtlichen Einlagen von Seiten nicht unmittelbar mit dem Unternehmen verbundener Sparer hervorgeht.

Was die Verwendung der Bankgelder angeht, so war natürlich das Interesse der Arbeitnehmerschaft dabei der Zeitgedanke. Ein weiteres Prinzip war die Flüssighaltung hinreichender Mittel, damit die eingelegten Gelder den Einlegern ohne Verzögerung wieder zur Verfügung standen und den Verbänden für ihre Zwecke bereitgestellt werden konnten. Um diesen Grundsatz der Flüssighaltung durchzuführen, ist die Bank genötigt, ihrerseits einen erheblichen Teil ihrer Mittel bei geeigneten Bankinstituten anzulegen, wobei sie solche bevorzugt, die ihrem Charakter nach stärker auf den Dienst am gemeinen als am privaten Interesse eingestellt sind. Im übrigen sind die gegebenen Anlagen für die Mittel der Arbeiterbank festverzinsliche und stets realisierbare Werte, wie Reichs- und Staatsschatzwechsel und erstklassige Handelswechsel, schließlich auch sonstige festverzinsliche und mündelsichere Schuldverschreibungen. Gänzlich außer Betracht bleiben spekulative Engagements irgendwelcher Art, namentlich im Effektengeschäft.

Die besondere Stellung der Bank im Wirtschaftsleben brachte es mit sich, daß ihre Beziehungen zu den Emissionshäusern und Konsortien sich allmählich immer enger gestalteten und daß sie trotz ihrer Eigenschaft als ziemlich junges Bankinstitut Aufnahme in ein so angesehenes Emissionskonsortium wie das Preußenkonsortium und weiterhin auch im Reichsanleihekonsortium fand.

Abgesehen von anderen gelegentlichen kurzfristigen Darlehen an die öffentliche Hand bot sich dem Institut auch Gelegenheit, sozialen Versicherungsanstalten, vor allem Krankenkassen, sowie anderen öffentlich rechtlichen Stellen, bei deren infolge von Sonderaufgaben auftretenden vorübergehenden Kreditbedarf entsprechende Mittel zur Verfügung zu stellen. Auch mit dem Zentralverband deutscher Konsumvereine wurden manche kurzfristigen Kreditgeschäfte mit gutem Erfolge durchgeführt. Ein besonders zu erwähnender Geschäftszweig der Arbeiterbank ist noch der Bauzwischenkredit, der bei lückenlos finanzierten Wohnungsneubauten gegen Abtretung der fest abgeschlossenen Beleihungsverträge in zahlreichen Fällen von der Bank gewährt wurde. Daraus ergab sich für die Bank auch der Ausbau eines eigenen Hypothekenbeschaffungsverkehrs, und die natürliche Entwicklung dieser Interessennahme am Hypothekenverkehr war die Angliederung eines eigenen Hypothekeninstituts, zu der sich im Jahre 1928 Gelegenheit bot. Im Frühjahr des Jahres wurde der maßgebliche Einfluß auf die **Hannoversche Bodenkredit-Bank, Hildesheim,** erworben, ein Realkreditinstitut, das sich eines guten geschäftlichen Rufes und einer soliden Geschäftsgrundlage erfreut und dessen Führung nunmehr die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten übernahm, indem sie die Aktienmehrheit aus den Händen des bisherigen Majoritätsträgers, eines Bankkonsortiums, erwarb.

Das Aktienkapital der Hannoverschen Bodenkredit-Bank beträgt RM 3 600 000.—. Der Gesamtumlauf an Emissionspapieren dieses Realkredit-Instituts betrug am 31. Dezember 1930 GM 80 146 730.—, und zwar entfielen auf Gold-Hypotheken-Pfandbriefe GM 61 396 630.— und auf Gold-Kommunal-Schuldverschreibungen GM 18 750 100.—. Die bisher mit diesem Geschäftszweig gemachten Erfahrungen und die Nutzbarmachung des Realkreditinstituts für die gewerkschaftlichen Interessen sind günstig verlaufen. Die weitere Entwicklungschance kann ebenfalls als aussichtsreich angesehen werden, wenn es natürlich auch nicht möglich ist, den gesamten Hypothekenbedarf der angeschlossenen Kreise durch dies eine Institut zu befriedigen. Die besondere Rolle, die dem Realkredit- und Pfandbriefgeschäft in Zukunft bei der Kredit- und Kapitalbewirtschaftung zukommt, wird eine weitere Ausnutzung der Verbindung mit dem Pfandbriefinstitut ermöglichen.

Die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten hatte sich schon 1927, der Notwendigkeit eigener Prüfungs- und Revisionsorgane Rechnung tragend, eine Treuhand- und Revisionsabteilung angegliedert. Die Geschäfte dieser Abteilung und die Inanspruchnahme durch nahestehende und sonstige Kreise wuchs so nachhaltig, daß die Abteilung unter der Firma **„Gesellschaft für Vermögenswahrung und -verwaltung (Treuhand u. Revision) m. b. H.", Berlin,** verselbständigt werden mußte. Diese Treuhandgesellschaft hat sich innerhalb der Gewerkschaften und weiter allgemeiner Kreise ein großes Vertrauen erwerben können.

Alles in allem ist zu sagen, daß die Vielfältigkeit der Betätigung des Bankinstituts aus einer organischen Entwicklung aller seiner Zweige heraus erwachsen und zu verstehen ist. Die kapitalistische Form hat hier dazu gedient, den wirtschaftlichen Bestrebungen der Gewerkschaften zum Werkzeug zu dienen, und das Werkzeug hat sich als geeignet dazu erwiesen. Nicht zu unterschätzen ist, daß die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten den großen Bevölkerungsteil, den sie repräsentiert, in nahe Verbindung brachte mit den Sorgen, Aufgaben und Fragen der Gesamtwirtschaft, so daß die verantwortlichen Stellen der Arbeitnehmerschaft aus den hierbei gemachten Erfahrungen für die eigenen Probleme Nutzen ziehen können. Die Grundlage für alle Arbeit auch in dieser Richtung bleibt aber die Zusammenfassung des gewerkschaftlichen und sonstigen interessierten Vermögens zu einer aktionsfähigen Einheit.

Depositenkasse: Berlin, Lindenstraße 3.
Filialen: Bochum, Braunschweig, Bremen, Breslau, Dortmund, Dresden, Essen, Frankfurt a. M., Hamburg, Hannover, Köln a. Rh., Liegnitz, Magdeburg, München, Saarbrücken, Stuttgart. 243 Zahlstellen in 193 verschiedenen Städten Deutschlands.

Am Jahresende	1925	1926	1927
Einlagen	21 000 000.—	36 000 000.—	79 000 000.—
Umsätze	448 000 000.—	716 000 000 —	1 351 000 000.—
Dividende	10 Prozent	10 Prozent	10 Prozent
Am Jahresende	**1928**	**1929**	**1930**
Einlagen	117 000 000.—	163 000 000.—	167 900 000.—
Umsätze	2 036 000 000 —	2 787 000 000.—	3 363 000 000.—
Dividende	10 Prozent	10 Prozent	8 Prozent

Die Bank für deutsche Industrie-Obligationen und ihre neue Aufgabe

Als im August 1924 die Dawes-Gesetze verabschiedet wurden, fiel der deutschen Industrie die Aufgabe zu, die dingliche Sicherung und die Verzinsung für eine Reparationsschuld in Höhe von 5 Milliarden Goldmark bereitzustellen. Jedes in die Industriebelastung einbezogene Unternehmen mit einem Betriebsvermögen von mehr als ℛ.ℳ 20 000.— war in Zukunft zur Verzinsung und Tilgung eines entsprechenden Teilbetrages der Gesamtschuld verpflichtet. Als Mittler zwischen der so belasteten deutschen Wirtschaft und den Reparationsgläubigern wurde auf Grund deutscher Initiative die Bank für deutsche Industrie-Obligationen eingeschaltet. Die Aufgabe der Bank bestand prinzipiell darin, die im allgemeinen auf ihren Namen lautenden, für jeden Betrieb besonders auszustellenden „Industrieobligationen" einzuziehen und durch Ausgabe von „Industriebonds" an einen Treuhänder der Gläubiger zu mobilisieren. Mit der Einfügung der Industriebank in den technischen Apparat der mit der Durchführung der Reparationszahlungen befaßten Instanzen war eine der größten Gefahren gebannt worden, welche die Institution der Industriebelastung überhaupt im Gefolge hatte. Mit Hilfe der Zwischenorganisation der Industriebank konnte nämlich, wie ursprünglich vorgesehen, die Schaffung frei veräußerlicher Einzelobligationen mit der wahrscheinlichen Folge einer schweren Kreditgefährdung für die deutsche Wirtschaft größtenteils vermieden werden, da nunmehr die durch Einzelobligationen fundierten, neutralen und einheitlichen Industriebonds dem allgemeinen Verkehr durch die Bank zugänglich gemacht werden mußten.

Die Bank für deutsche Industrie-Obligationen wurde unter Beteiligung deutscher Finanzinstitute nach vorwiegend privatrechtlichen Grundsätzen als Aktiengesellschaft mit dem Sitz in Berlin gegründet. Ihr Grundkapital betrug 10 Millionen Goldmark. Auf Ersuchen der Reichsregierung erfolgte ihre Eintragung in das Handelsregister. Der Vorstand der Bank bestand aus mehreren Direktoren, die kraft positiver Gesetzesvorschrift Deutsche sein mußten und die Geschäfte der Gesellschaft nach den Weisungen des Aufsichtsrats zu führen hatten. Auch für den Präsidenten des Aufsichtsrats war die deutsche Staatsangehörigkeit vorgeschrieben. Im übrigen bestand der Aufsichtsrat einschließlich des Präsidenten aus 15 Mitgliedern, von denen vier von den nichtdeutschen Mitgliedern des Generalrates der Reichsbank, drei von der Reparationskommission und sieben von der Reichsregierung zu ernennen waren. Einem von der Reparationskommission bestellten Treuhänder waren weitgehende Ueberwachungsrechte und -pflichten eingeräumt. Die durch ihre Aufgabe bestimmte und begrenzte Geschäftstätigkeit der Bank umfaßte im wesentlichen die Ausgabe der Industriebonds, die Regelung des Zinsen- und Tilgungsdienstes, die Entgegennahme, Verwahrung und Verwaltung der als Unterlagen für die Bonds dienenden Einzelobligationen sowie alle hiermit im Zusammenhang stehenden und dadurch veranlaßten Geschäfte.

Es ist der deutschen Wirtschaft in den schweren zurückliegenden Jahren wahrlich nicht leicht gewesen, die ihr auferlegten hohen Lasten zu tragen. Gerade dadurch war auch die Aufgabe der Bank für deutsche Industrie-Obligationen wenig erfreulich und durchweg recht schwierig. Wenn es der Bank dennoch trotz aller Schwierigkeiten gelungen ist, ihrer Aufgabe gerecht zu werden, so lag das in hohem Maße an dem guten Geiste vertrauensvoller Zusammenarbeit zwischen den ausländischen und deutschen Teilen des Aufsichtsrats. Aus dieser verständnisvollen Zusammenarbeit einsichtsvoller ausländischer und deutscher Vertreter entstand sehr bald die gemeinsame Erkenntnis, daß die Verbindung von Reparationen und Industriebelastung ein Fehlgriff war, eine Erkenntnis, der auch späterhin die Sachverständigen des Young-Planes folgten, als sie die Industriebelastung beseitigen und die Aufhebung der Industrie und Gewerbe einseitig treffenden Aufbringung empfahlen. Mit dem Inkrafttreten des Young-Plans fielen denn auch die Zahlungen der deutschen Industrie im Sinne einer Reparationsabgabe fort. Bei der angespannten Finanzlage des Reiches war es aber unvermeidbar, die Aufbringungsumlage zunächst weiter zu erheben. Die Aufgabe der Bank schien auf Grund der Neuregelung der Reparationsfrage somit erledigt zu sein. Zu einer Auflösung der Bank kam es jedoch in Verfolg neuer Ziele und Aufgaben nicht.

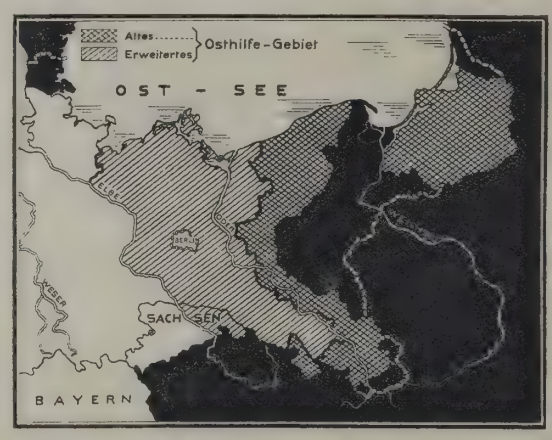
Die Ostnot und der Silverbergplan.

Die wirtschaftliche Lage der Ostprovinzen war seit der widersinnigen Grenzziehung im deutschen Osten und die dadurch bedingte Zerreißung wirtschaftlich zusammengehöriger Gebiete (vgl. Karte 1) Gegenstand größter Besorgnis geworden. Besonders in den letzten Jahren wurde die an sich allgemeindeutsche Erscheinung der Agrarnot gerade in diesen Landesteilen zu einer Gefahr für den Bestand der gesamten ostdeutschen Wirtschaft überhaupt. Die Verschuldung der Landwirtschaft stieg ins Unermeßliche. Das hieraus resultierende Problem der Beschaffung langfristiger Agrarkredite war daher schon seit geraumer Zeit in den Vordergrund wirtschaftspolitischer Erörterungen gerückt. Wie bekannt sein dürfte, handelte es sich dabei nicht um die Beschaffung erststelligen Hypothekenkredites, sondern im wesentlichen um die Befreiung der Landwirtschaft von den aufgehäuften kurzfristigen Verbindlichkeiten, welche für den Bestand des Betriebes eine stetig anwachsende Gefahr zur Folge hatten und die infolge ihrer hohen Verzinsung eine Rentabilität auf die Dauer unmöglich machten. Die Verwandlung der kurzfristigen Verbindlichkeiten in langfristige, niedrig verzinsliche Hypotheken zur zweiten Stelle erschöpfte aber die Aufgabe noch nicht, denn bei der Höhe der Belastung mußte auch eine allmähliche Tilgung vorgesehen werden, um dem Landwirt die Freude am Eigentum zu erhalten und ihn nicht in die Rolle eines Verwalters für Hypothekengläubiger herabzudrücken. Die Lösung einer solchen Aufgabe war nur

Karte 1

mit Geldern möglich, die zu außergewöhnlich niedriger Verzinsung und mit großem Verlustrisiko abgegeben werden konnten. Derartige Gelder können im allgemeinen nur vom Staat bereitgestellt werden, haben aber das Mißliche, daß sie leicht den Charakter einer Subvention annehmen und daß die Empfänger nicht ernsthaft an die Rückzahlung denken, weil der Zwang zur Anstrengung aller Kräfte und zur Verbesserung der Wirtschaft dadurch erheblich gemindert wird.

Es war daher ein ebenso glücklicher wie neuartiger Gedanke, den der bekannte Wirtschaftsführer Dr. Silverberg in seiner vielbemerkten Rede aussprach, als er auf einer Tagung des Reichverbandes der Deutschen Industrie am 12. Dezember 1929 den Vorschlag machte, die Industrieaufbringung für die Finanzierung des Agrarkredites zu benutzen. Die Einfügung der Aufbringungsumlage in den Etat seit dem Inkrafttreten des Young-Planes widersprach nämlich nicht nur ihrer Herkunft, sondern paßte darüber hinaus gar nicht organisch in das Steuersystem hinein, weil sie keinen allgemeinen Charakter hatte, vielmehr bestimmten, von den Reparationsgläubigern als besonders leistungsfähig angesehenen Volkskreisen auferlegt worden war. Entzog man diese Gelder dem Etat und sammelte man sie bei einer Stelle auf, die trotz einer öffentlich-rechtlichen Pflichtenstellung nach rein geschäftsmäßigen Grundsätzen arbeiten konnte, so entstand ein für bestimmte Aufgaben gebundenes Sondervermögen, das den Anforderungen entsprach, die oben für die Lösung des Problems der Sanierung der östlichen Landwirtschaft aufgestellt wurden. Aus diesem Vermögen konnten Kredite mit einer rein nominellen Verzinsung und



Karte 2

mit einem gewissen Risiko abgegeben werden. Der Umstand aber, daß es sich nicht um staatliche Gelder, sondern um Eigentum der aufbringungspflichtigen Wirtschaft handelte, das nach geschäftsmäßigen Grundsätzen zu verwalten war, bot eine Sicherung dagegen, daß die Ausleihungen Subventionscharakter annahmen oder von den Empfängern als à fonds perdu-Zahlungen angesehen wurden.

Mit einer Sanierung der östlichen Landwirtschaft allein war aber die wirtschaftliche Not nicht zu beheben. Da mit dem Leben der landwirtschaftlichen Betriebe des Ostens die Existenz zahlreicher gewerblicher Betriebe auf das engste verknüpft ist, war auch hier durch Kredithingabe Hilfe zu bringen.

Zur Durchführung dieser neuen und umfassenden nationalwirtschaftspolitischen Aufgaben wurde nach dem Vorschlag Dr. Silverbergs die Bank für deutsche Industrie-Obligationen in Aussicht genommen.

Die Osthilfegesetze.

Die Reichsregierung hat dann, nachdem sich frühere Pläne zur Durchführung der Osthilfe als unzulänglich erwiesen hatten, den Silverbergschen Plan aufgegriffen und nach gewissen vorgängigen gesetzgeberischen Maßnahmen zur Linderung der dringendsten Not in den östlichen Reichsteilen die als eine Einheit zu begreifenden Gesetze über Hilfsmaßnahmen für die notleidenden Gebiete des Ostens, zur Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung und über die Abwicklung der Aufbringungsumlage und die Neugestaltung der Bank für deutsche Industrie-Obligationen, alle vom 31. März 1931, im Reichstag zur Verabschiedung gebracht.

Der sachliche und in diesem Zusammenhang vornehmlich interessierende Gehalt der neuen Gesetze besteht darin, daß noch bis zum Jahre 1936 die Aufbringung, d. h. die besondere Leistungspflicht von Industrie, Handel und Gewerbe, aufrechterhalten bleibt. Etwa 12 000 Betriebe mit einem Betriebsvermögen von mehr als 500 000 Reichsmark werden im Lauf von fünf Jahren 500 Millionen Reichsmark zu dem bereits vorhandenen Vermögen der Bank für deutsche Industrie-Obligationen beisteuern, um die Bank in die Lage zu setzen, Kredite an die notleidende Landwirtschaft in den östlichen Gebieten unseres Reiches sowie an kleine und mittlere gewerbliche Betriebe zu gewähren. Das Gesetz sieht vor, daß allein für die landwirtschaftliche Entschuldung 850 Millionen Reichsmark bereitgestellt werden sollen. Abgesehen von den aus der Aufbringungsumlage fließenden 500 Millionen Reichsmark ist die Bank ermächtigt, die zur Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigen Mittel im Wege des Kredits zu beschaffen. Sie ist nach dem Gesetz berechtigt, mit Zustimmung der Reichsregierung Schuldverschreibungen auf den Inhaber bis zum sechsfachen Betrage ihres Grundkapitals, das eine Erhöhung von 10 auf 50 Millionen Reichsmark erfahren hat, auszugeben. Die restlichen Mittel werden aus mittelfristigen Kreditoperationen anderer Art, die auf Grund voller Reichsbürgschaft ausgeführt werden, beschafft.

Die aufbringungspflichtige Wirtschaft hat trotz größter Sorge um ihre eigene Existenz den Gedanken angenommen und sich das schwere Opfer auferlegt, weil sie das große Ziel des Gesetzgebungswerkes als richtig ansah und weil sie durchdrungen war von der Erkenntnis der inneren Verbundenheit des Geschicks von Landwirtschaft, Industrie und Handel innerhalb der deutschen Volkswirtschaft. Es muß als richtig anerkannt werden, daß, solange große Gebiete des Ostens, in denen die Landwirtschaft bestimmend ist für das Wohl aller Volksschichten, darniederliegen, ebenso lange die Entfaltung der in unserem Volke ruhenden und in ihrer Entwicklung von außen her leider so stark behinderten Kräfte nicht möglich ist. Im einzelnen geht es darum, Ordnung in die unübersehbar gewordene Schuldenverquickung der landwirtschaftlichen Betriebe des Ostgebietes zu bringen, die Sorge um die ständig drohenden Zwangsvollstreckungen zu beseitigen und die Zinslasten auf ein erträgliches Maß herabzudrücken. Es gilt aber auch darüber hinaus für die Landwirtschaft selber alles aufzubieten, was der Wiederherstellung der Rentabilität der Landwirtschaft förderlich und zweckdienlich sein kann.

Von der Wiederbelebung der Wirtschaft auch auf den gewerblichen Gebieten verspricht man sich eine Erstarkung des gesamten inneren Marktes, dessen Gesundung eine mindestens ebenso wichtige Voraussetzung für den Aufstieg unserer gesamten Volkswirtschaft darstellt wie die Förderung des Exports. Nicht zu vermeiden war, daß die gewerbliche Kredithilfe bei der schwierigen Lage der mittleren und kleinen Industrie insgesamt auf das ganze Reich ausgedehnt wurde.

Landwirtschaftliche Entschuldung.

In dem weitaus größeren Teil des deutschen Ostens ist die Landwirtschaft das Schlüsselgewerbe, von dessen Gedeihen die gesamte übrige Wirtschaft dieses Gebietes abhängig ist. Eine auf der Ausnutzung natürlicher Bodenschätze basierende Industrie spielt demgegenüber nur eine geringe Rolle. Es ist daher verständlich, wenn die Hauptmittel der Bank für die Umschuldung der Landwirtschaft vorgesehen sind.

Der örtliche Bereich der Hilfsaktion umfaßte zunächst die gesamte Provinz Ostpreußen, von der Provinz Pommern den Regierungsbezirk Köslin und den Kreis Regenwalde, die Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen, von der Provinz Brandenburg die Kreise Arnswalde, Friedeberg N. M., Landsberg a. W., Sternberg-Ost und Züllichau-Schwiebus, von der Provinz Niederschlesien die Kreise Grünberg, Freystadt, Glogau, Guhrau, Steinau, Wohlau, Militsch, Trebnitz, Groß-Wartenberg, Oels, Namslau sowie die rechts der Oder gelegenen Teile der Kreise Ohlau und Brieg, ferner die Kreise Waldenburg, Neurode, Glatz und Habenschwerdt und die Provinz Oberschlesien (altes Osthilfegebiet). Durch die Erste Durchführungsverordnung zum Osthilfegesetz wurden, da sich die Not auch außerhalb dieses Gebietes immer mehr steigerte, die Hilfsmaßnahmen erstreckt auf die noch nicht erfaßten Teile der Provinzen Pommern, Niederschlesien und Brandenburg, auf die

östlich der Elbe gelegenen Teile der Provinz Sachsen, des Freistaates Sachsen und des Freistaates Anhalt sowie auf die Freistaaten Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz (erweitertes Osthilfegebiet). Die Abgrenzung des alten und erweiterten Osthilfegebietes ist auf der zweiten Karte kenntlich gemacht.

In diesen am stärksten gefährdeten Gebieten wird die Bank für deutsche Industrie-Obligationen unter bevorzugter Behandlung des alten Osthilfegebietes die Entschuldungsaktion, d. h. — wie oben angedeutet — grundsätzlich die Umwandlung kurzfristiger und hoch verzinslicher Wechsel- und Kontokorrentschulden in langfristige, zweitstellige Tilgungshypotheken durchführen. Es war nur folgerichtig, wenn nach dem tragenden Gedanken der Osthilfe, der die Aufbringung in den Mittelpunkt der Finanzierung stellt, die maßgebende Entscheidung über die Durchführung in die Hand des Instituts gelegt worden ist, das die Aufbringungsmittel verwaltet. So hat denn die Bank für deutsche Industrie-Obligationen trotz der Einschaltung von am Verfahren beteiligten Vertretungen von Reich und Staat, den sogenannten Landstellen, und Vertretungen der Landwirtschaft das ausschlaggebende Votum bei der Vergebung der Mittel.

Der technische Ablauf des landwirtschaftlichen Entschuldungsverfahrens ist durch das Gesetz und die Durchführungsverordnungen in seinen Grundzügen für alle Arten von Betrieben und für alle Landesteile einheitlich geregelt. Wo Abweichungen vorhanden sind, erklären sie sich einmal aus der Verschiedenheit der landesrechtlichen Verhältnisse der einzelnen Umschuldungsteilgebiete, zum andern aus der Verschiedenheit von Betriebsart und Betriebsgröße der Umschuldungsbetriebe selbst. Der Gang des Verfahrens ist hiernach kurz folgender: möglichst unter Mitwirkung eines örtlichen Kreditinstitutes (Zubringerinstitut) reicht der Landwirt auf amtlichem Vordruck unter Beifügung eines beglaubigten Grundbuchauszuges, berichtigten Wehrbeitragswert und Einheitswert den Antrag bei der vom Land bestimmten Behörde — d. i. in Preußen der Landrat — ein. Nach einer formalen Prüfung von Zulässigkeit und Vollständigkeit des Antrages und einer Aeußerung des Finanzamtes über die im Gesuch enthaltenen steuerlichen Angaben wird der Antrag an die Landstelle weitergeleitet, wo die eigentliche und materielle Bearbeitung durch Prüfung der wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse des Antragstellers und der Entwicklungsmöglichkeit seines Betriebes beginnt. Um die vom Gesetz zur unbedingten Voraussetzung der Entschuldung erhobene Sanierungswürdigkeit und Sanierungsfähigkeit der Betriebe feststellen zu können, sind umfangreiche Untersuchungen über die Struktur der einzelnen Betriebe, die Art ihrer Bewirtschaftung und den Umfang ihrer Verschuldung notwendig. Erweist sich ein Betrieb hiernach als umschuldungsfähig, so wird ein Entschuldungsplan aufgestellt, der unter Einbeziehung aller Vorarbeiten einer nochmaligen Prüfung durch die Bank für deutsche Industrie-Obligationen unterzogen wird, die dann endgültig über die Gewährung des Darlehens entscheidet.

Naturgemäß hat die Bank, um jede Verzögerung bei der Abwicklung der laufenden Entschuldungsaktion zu vermeiden, an die wertvolle Vorarbeit, die die Landstellen bereits im Zusammenhang mit der „Ostpreußenhilfe“ geleistet haben, anknüpfen müssen. Inwieweit und in welchem Umfange Aenderungen herbeizuführen sein werden, muß die spätere Entwicklung zeigen. Bereits heute unterhält die Industriebank am Sitz der einzelnen Landstellen Vertretungen. Erst wenn deren Erfahrungen vorliegen und von der Bank ausgewertet sind und wenn die Arbeit zwischen der Bank, ihren Vertretungen und den Landstellen sich eingespielt hat, wird der Zeitpunkt gekommen sein, zu erwägen, ob das Umschuldungsverfahren einer Abänderung bedarf. Die Bank wird dabei die Herausbildung einer schnellen, sachlichen und insbesondere wirtschaftlich eingestellten Arbeit in den Vordergrund der Erörterung stellen.

Ausgesprochenes Ziel der landwirtschaftlichen Osthilfe ist die Erhaltung solcher Betriebe, die durch eine Erleichterung ihrer Kreditverhältnisse noch als gesunde Glieder unserer Wirtschaft bestehen bleiben können. Das bedingt eine im wesentlichen nach wirtschaftlichen Grundsätzen orientierte Handhabung und Durchführung aller Hilfsmaßnahmen. Man begegnet häufig der Vorstellung, daß der Sinn der Osthilfe gerade darin liege, die am tiefsten verschuldeten Betriebe zu subventionieren. Das ist irrig. Die Osthilfe will auf lange Sicht arbeiten. Ihr Ziel ist eine Sanierung auf Dauer der noch lebensfähigen Betriebe, nicht aber ist es das, kranken Betrieben eine nur augenblickliche finanzielle Erleichterung zu verschaffen. Kaufmännisch gesprochen bedeutet das, daß ein Betrieb nur dann entschuldet werden kann, wenn infolge der ihm gewährten Hilfe seine Rentabilität für die Zukunft gewährleistet erscheint.

Häufig wird sich bei der Untersuchung landwirtschaftlicher Betriebe herausstellen, daß ihre Basis an sich gesund ist, der Betrieb aber nach einer Umschuldung in seiner gegenwärtigen Organisation, die modernen Erfordernissen nicht gerecht wird, trotz allem nicht balancieren kann. Voraussetzung für die Umschuldung wird hier die Umstellung des Betriebes auf eine neuzeitliche Wirtschaftsmethode. Um dies zu erreichen, kann die Bank auf Grund gesetzlicher Ermächtigung den Anschluß an eine Wirtschaftsberatungs- und Kontrollstelle fordern. Unter der Leitung dieser Stelle wird dann der Betrieb umgestellt und hat sich auch ferner den Anregungen des Wirtschaftsberaters zu fügen. Von dieser Wirtschaftsberatung wird bei allen schwierigen Fällen Gebrauch gemacht werden müssen, während man sich bei einer weniger angespannten Lage mit einer Kreditkontrolle begnügen kann.

Alle diese Arbeiten, die sehr weit in die Einzelheiten der Betriebsführung hineingehen, können nur dann mit wirklichem Erfolge durchgeführt werden, wenn die praktischen Landwirte, die mit den speziellen Agrarverhältnissen ihrer Gegend vertraut sind, zur Mitarbeit herangezogen werden. Als Kristallisationspunkt für eine derartige Tätigkeit der praktischen Landwirte sind die „Haftungsverbände“ gedacht. Der etwas unglückliche Name, der leicht zu Irrtümern Anlaß geben kann, kennzeichnet nur ungenügend den Aufgabenkreis dieser auf dem Gedanken der Selbsthilfe ruhenden Organisationen. Treffender würde man von „landwirtschaftlichen Hilfsverbänden“ sprechen, da durch sie prinzipiell die notwendige Mitarbeit der Berufslandwirte bei der ganzen Umschuldungsaktion — Betriebsüberwachung, Bürgschaftsübernahme für andernfalls nicht zur Umschuldung gelangende Betriebe und begutachtende Tätigkeit beim Umschuldungsverfahren — geleistet werden soll.

Landwirtschaftliche Absatzkredite.

Nach § 7 Abs. 1 b des Industriebankgesetzes hat die Bank die zusätzliche Aufgabe erhalten, „zur Förderung der landwirtschaftlichen Gütererzeugung und des Absatzes landwirtschaftlicher Erzeugnisse Kredite zu gewähren“. Die Aufnahme dieser Tätigkeit durch die Bank ist an die Genehmigung der Reichsregierung und des Reichsrats gebunden, die bislang noch nicht erteilt worden ist. Die Ausmaße dieser Tätigkeit der Bank lassen sich im voraus schwer beurteilen. Sicherlich aber wird in Ergänzung und im Zusammenhang mit der Umschuldung die Hergabe von Krediten zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion und des Absatzes landwirtschaftlicher Güter das mit der Umschuldung verfolgte Ziel, wieder rentable Betriebe zu haben, wesentlich gefördert werden können.

Gewerbliche Kredite.

Neben der Mitwirkung an der Entschuldung der landwirtschaftlichen Betriebe im deutschen Osten gewährt die Industriebank in Erfüllung des § 7 des Industriebankgesetzes zur Förderung der Ertragsfähigkeit der deutschen Wirtschaft Kredite an gewerbliche Betriebe, insbesondere an solche kleinen und mittleren Umfanges. Im Gegensatz zu den auf landwirtschaftlichem Gebiet liegenden und im engsten inneren Zusammenhang mit dem deutschen Ostproblem stehenden Hauptaufgaben der Bank ist ihr Wirkungskreis im Falle der Gewerbekredite nicht auf die Osthilfegebiete beschränkt worden, sondern umfaßt das gesamte Reichsgebiet.

Die Mittel für die gewerbliche Kreditgewährung fließen der Industriebank in den Jahren 1932 bis 1936 in Höhe von insgesamt 150 Millionen Reichsmark aus der Aufbringungsumlage zu. Mindestens 50 Millionen Reichsmark hiervon hat die Bank zur Befriedigung des gewerblichen Kreditbedürfnisses im Osthilfegebiet zu verwenden. Da jedoch die ersten Eingänge aus der Aufbringung für die gewerbliche Kredithilfe erst im Herbst 1932, und zwar nur in Höhe von 15 Millionen Reichsmark zur Verfügung stehen und da andererseits die Möglichkeit eines Vorgriffs auf die künftigen Aufbringungsmittel in erster Linie für die vordringlichen Aufgaben der landwirtschaftlichen Entschuldung ausgenützt werden muß, wird die Durchführung der Gewerbekreditaktion bis zum Herbst 1932 nur dadurch ermöglicht, daß die Industriebank aus ihren Reserven 22 Millionen Reichsmark bereitstellt. Mit Rücksicht auf diese für Gewerbekredite zur Zeit nur beschränkt verfügbaren Mittel erfährt der Osten und dabei wieder besonders das alte Osthilfegebiet — Deutschland östlich der Oder mit ganz Schlesien — eine bevorzugte Behandlung. Der Niedergang der östlichen Landwirtschaft hat fast allen übrigen Gewerbezweigen der betroffenen Gebiete so harte Verluste zugefügt, daß es geboten ist, in erster Reihe der am schwersten kämpfenden Wirtschaft des Ostens zu helfen. Durch diese zunächst bevorzugte Vergebung von Gewerbekrediten in diesem Gebiet wird es zudem in gewissen Grenzen möglich sein, den Prozeß der landwirtschaftlichen Entschuldung zu erleichtern.

Das Problem der Kreditbeschaffung für das Klein- und Mittelgewerbe ist nicht neu, doch ist die Frage seiner Lösung bisher vielleicht noch nicht von so weittragender Bedeutung gewesen wie heute. Besonders nach der Stabilisierung trat der Mangel einer ausreichenden Real-Kreditversorgung für die kleine und mittlere Industrie mit dem durch den Umschwung der wirtschaftlichen Verhältnisse hervorgerufenen Verlust der Emissionsmöglichkeit für diese Wirtschaftsgruppen deutlich zu Tage. Die Zahl der kreditgebenden Institute nahm zwar im Laufe der Jahre stark zu, so daß auch an kurzfristigem Kredit ein Mangel nicht auftrat. Es fehlte jedoch für die bestehenden berechtigten Bedürfnisse nach langfristigem Kredit an genügenden Versorgungsmöglichkeiten. Zahlreiche Pläne beschäftigten sich im Laufe der Zeit mit der Frage der Linderung der Kreditnot der mittleren und kleineren Industrie. Unter anderem hatte es sich die 1926 aufgenommene Tätigkeit der Industrieschaften zur Aufgabe gesetzt, die fühlbare Lücke zu schließen, welche durch die besondere Entwicklung des deutschen Bankwesens in der gleichmäßigen Kreditversorgung der Wirtschaft entstanden war. Die Industrieschaften haben auch innerhalb der von ihnen bearbeiteten, allerdings verhältnismäßig kleinen Bezirke eine beachtenswerte Wirkung erzielen können. Von einer tatsächlich ausreichenden Befriedigung vor allem des dringenden langfristigen Kapitalbedarfs im Klein- und Mittelgewerbe kann jedoch trotz aller bisherigen Anstrengungen nicht die Rede sein. Während Großunternehmungen mit bekanntem Namen im allgemeinen eine Reihe von Möglichkeiten zur Verfügung steht, um den benötigten langfristigen Kredit zu beschaffen, sind kleineren Betrieben diese Wege, wie die Erfahrung zeigt, in der Regel verschlossen.

Hier setzt die Tätigkeit der Bank für deutsche Industrie-Obligationen ein. Nach Maßgabe der ihr zur Verfügung stehenden Mittel wird die Bank versuchen, den Kreditbedürfnissen der kleinen und mittleren Betriebe nachzukommen. Ihre Bestrebungen werden dabei darauf hinausgehen, den diesen Unternehmungen fehlenden langfristigen Kredit je nach Lage des Falles zu erträglichen Bedingungen zu verschaffen. Es ist wichtig, zu betonen, daß sich die Bank bei der Kreditgewährung durchaus von kaufmännischen Grundsätzen leiten läßt. Subventionen in Form von Reichsgarantien, Zins- oder Disagiozuschüssen sowie von Beihilfen können nicht gewährt werden. Für die Kreditgewährung im Einzelfall ist eine Höchstgrenze von ℛ.ℳ 300 000.— und eine Mindestgrenze von ℛ.ℳ 3000.— vorgesehen.

Das wesentliche Kennzeichen der auf dem Gebiet des gewerblichen Kredites gestellten Aufgabe der Bank liegt in der Verbindung zweier verschiedener Aktionen, deren eine und vorläufig wesentlichste, ähnlich dem Vorgehen bei der Landwirtschaft, auf eine Entschuldung und deren andere mehr auf eine reine Kreditbeschaffung gerichtet ist. So wird die Gewährung von Gewerbekrediten einmal den Zweck verfolgen, die schwere, den Bestand der Betriebe vielfach gefährdende Last drückender kurzfristiger Verbindlichkeiten, soweit sie aus der Betriebsführung erwachsen sind, in leichter tragbare langfristige Schulden zu verwandeln. Andererseits wird es in dringenden Fällen auch möglich sein, Mittel für gewisse der Hebung der Wirtschaftlichkeit dienende produktionstechnische oder organisatorische Maßnahmen herzugeben.

In der Regel werden nur die allerdringlichsten Fälle in Bearbeitung genommen werden können, wobei die Prüfung der Dringlichkeitsfrage im wesentlichen auch gerade unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten erfolgen wird. Ausgeschlossen von der Kreditgewährung sind die freien Berufe, auch wenn mit ihrer Ausübung der Betrieb eines Unternehmens wie z. B. einer Unterrichtsanstalt, eines Sanatoriums usw. verbunden ist. Nicht berücksichtigt werden ferner öffentlich-rechtliche Unternehmungen und solche Betriebe, die überwiegend der öffentlichen Hand gehören, ferner Grundstücksunternehmungen und reine Vermögensverwaltungen. Für Neugründungen, Betriebserweiterungen, die Schaffung von Neuanlagen sowie für die Wiederaufnahme seit längerer Zeit stillgelegter Betriebe werden ebenfalls Kredite grundsätzlich nicht ausgegeben.

Naturgemäß wird die Bank, die bei ihrer Tätigkeit, zumal unter den augenblicklichen Verhältnissen, mit einem erheblichen Risiko rechnen muß, Kredite nur gegen ausreichende Sicherheiten gewähren, wobei sie auf die Bestellung einer erstrangigen Hypothek Wert legen wird. In besonderen Fällen, vor allem z. B. bei reinen Handelsunternehmungen, werden auch andere nach kaufmännischen Grundsätzen ausreichende Sicherheiten als genügend angesehen werden können. Neben der Prüfung der Kreditfähigkeit wird der Frage der Kreditwürdigkeit besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Hinsichtlich der Dauer der Darlehensgewährung sind Laufzeiten zwischen drei und zehn Jahren, längstens jedoch von fünfzehn Jahren in Aussicht genommen. Der Zinssatz beträgt 8% bei 98prozentiger Auszahlung.

Die Erfahrung wird zeigen müssen, ob der unter großen Opfern seitens der aufbringungspflichtigen Wirtschaftskreise unternommene Versuch, durch Einschaltung der Bank für deutsche Industrie-Obligationen zur Lösung des Kreditproblems der kleinen und mittleren Industrie beizutragen, die erhoffte Wirkung haben wird.

Die Organisation der Bank.

Die Organisation der Bank ist in ihren Grundzügen erhalten geblieben und durch das Industriebankgesetz vom 31. März 1931 nur insoweit abgeändert worden, als es die neuen Aufgaben erforderlich machten. Die Aktien der Bank lauten auf den Namen und können nur mit Zustimmung der Gesellschaft übertragen oder verpfändet werden. Die auf Grund der Kapitalserhöhung von 10 auf 50 Millionen Reichsmark ausgegebenen neuen Aktien werden den Aktionären nach Maßgabe eines Beschlusses des Aufsichtsrates zugeteilt. Die Inhaber der Aktien — hierin kommt am deutlichsten die aus der Finanzierung der Industriebank resultierende Sonderheit zum Ausdruck — sind Treuhänder der Gesamtheit der Unternehmer, die nach dem Gesetz vom 30. August 1924 bisher zur Aufbringung verpflichtet waren oder in Zukunft noch verpflichtet sein werden.

Es ist selbstverständlich, daß, da die Bank hinfort eine rein innerdeutsche Aufgabe zu bewältigen hat, jede Beteiligung des Auslandes in Form einer Besetzung von Aufsichtsratsposten und ähnlichem nunmehr ausgeschlossen ist. Die Führung der Geschäfte liegt in den Händen des Vorstandes, der sich aus Herrn Dr. Bötzkes als Vorsitzendem sowie den Herren Dr. Keichel und Konsul Schroeder zusammensetzt. Der Aufsichtsrat der Bank, ein Gremium von 33 Mitgliedern, vereinigt in sich hervorragende Männer aus den Kreisen der Industrie, des Handels, des Gewerbes und der Landwirtschaft. Ihm gehören als Vorsitzende Herr Dr. Silverberg, als stellvertretende Vorsitzende die Herren Rittergutsbesitzer von Flemming und Oskar Wassermann, ferner die Herren Landwirt Ahrendt, Geheimrat Dr. Bachem, Landrat a. D. Rudolf von Bitter, Geh. Kommerzienrat Prof. Dr Carl Bosch, Dr. Dr. h. c. Brandes, Generallandschaftsdirektor von Grolman, Heinrich Grünfeld, Dr. Dr. ing. e. h. Grund, Reichsminister a. D. Dr. Hamm, Generalsekretär Carl Hermann, M. d. R., Reichsminister a. D. Dr. Hermes, Staatssekretär Dr. Heukamp, Bauergutsbesitzer A. Hillebrand, M. d. R., Geh. Regierungsrat Kastl, Präsident Klepper, Dr. Erich Keup, Ministerialdirektor Graf Schwerin von Krosigk, Staatsminister a. D. Theodor Leipart, Reichsbankpräsident Dr. Hans Luther, Konsul Dr. Ostermeyer, Generalsekretär Bernhard Otte, Generaldirektor Dr. Pietrkowski, Dr. ing. W. Reuter, Dr. von Schwabach, Dr. Dr. h. c. Carl-Friedrich von Siemens, Georg Stöhr, Dr. Szagunn, Unterstaatssekretär a. D. Dr. Hellmut Toepffer, Staatssekretär Dr. Trendelenburg, Generaldirektor Dr. Dr. Dr. h. c. Albert Vögler.

Besondere aus sachkundigen Persönlichkeiten zusammengesetzte Beiräte für das Gebiet der Landwirtschaft und des Gewerbes werden die Aufgaben der Bank durch ihre Mitarbeit wesentlich erleichtern.

BARMER BANK-VEREIN

HINSBERG, FISCHER & COMP.

Kommanditgesellschaft auf Aktien

Niederlassungen an allen größeren Plätzen in Rheinland und Westfalen

Kommanditen: von der Heydt-Kersten & Söhne, Elberfeld | Siegfried Falk, Düsseldorf

Kapital und Rücklage R.M. 54 Millionen

Bankgebäude in Düsseldorf

BANK FÜR BRAU-INDUSTRIE

Die Bank für Brau-Industrie in Berlin ist am 8. Juni 1899 errichtet worden. Ihr Vorkriegskapital betrug zuletzt 7 Mill. RM. Das gegenwärtige Kapital beläuft sich auf RM 13 100 000.—, worunter sich RM 100 000.— 6prozentige Vorzugsaktien befinden. Der Zweck der Gesellschaft und das bei der Gründung verfolgte Ziel sind der Betrieb von Geschäften und Unternehmungen, die sich auf dem Gebiete der Brau-Industrie, der Bierherstellung, des Biervertriebes und der Verarbeitung von Rohmaterialien für Brauereizwecke bewegen. Insbesondere ist Gegenstand des Unternehmens auch der Erwerb und der Wiederverkauf von Aktien, Anteilscheinen und Obligationen sowie sonstiger Werte von Brauereien und verwandten Unternehmungen. Die Bank ist das größte deutsche Holdingunternehmen für Brauereiwerte. Das Unternehmen hat seit dem Kriege mit großem Erfolge den von ihm angestrebten Zwecken gedient. Ein Beweis dafür ist der Umstand, daß es in der Lage war, vom Geschäftsjahre 1925/26 ab jährlich die gleiche Dividende in der stattlichen Höhe von 11 Prozent (auf die Stammaktien) auszuschütten. Auf die Vorzugsaktien entfielen statutengemäß 6 Prozent Dividende. Die Bank ist an einer großen Anzahl von Brauereigesellschaften durch Aktienbesitz beteiligt und in deren Aufsichtsrat entsprechend vertreten.

Unter diesen Beteiligungen sind u. a. zu nennen: Dortmunder Ritterbrauerei A.-G., Dortmund, Radeberger Exportbierbrauerei A.-G., Dresden, Schöfferhof-Binding-Bürgerbräu A.-G., Frankfurt a. M., Berliner Kindl-Brauerei A.-G., Berlin, Bayerische Aktien-Bierbrauerei, Aschaffenburg, Gorkauer Societäts-Bierbrauerei A.-G., Gorkau, Aktienbrauerei zum Hasen, Augsburg, usw. Die Gesellschaft wird geleitet von Stadtrat Dr. Johannes Krüger, Dresden, Oskar Thieben, Berlin, Alfred Behrend, Dresden, und Rechtsanwalt Dr. Hans Friedmann, Berlin. Vorsitzender des Aufsichtsrates ist Konsul Dr. Heinrich Arnhold in Dresden. Das Bankhaus Gebr. Arnhold, Dresden und Berlin, ist durch Großbesitz von Aktien an dem Unternehmen beteiligt. Aus dem Geschäftsbericht der Bank für 1931 ist zu entnehmen, daß trotz der sonstigen wirtschaftlichen Depressionen die Geschäftsentwicklung bei der Bank günstig fortgeschritten ist. Es wurde ein Reingewinn von 1,576 Mill. RM gegen im Vorjahre 1,569 Mill. RM erzielt. Bemerkt wird dazu, daß dieses Ergebnis namentlich deswegen zustande gekommen ist, weil die angeschlossenen Brauereien sich fast durchgehend infolge der inzwischen ergriffenen Rationalisierungs-Maßnahmen ebenfalls befriedigend entwickeln konnten und angemessene Dividenden zur Ausschüttung gebracht haben.

BAYERISCHE HANDELSBANK

BODENKREDITANSTALT

MÜNCHEN

Die 1869, also vor 62 Jahren, gegründete Bayerische Handelsbank betreibt seit der im Jahre 1920 erfolgten Zusammenlegung ihrer Bankabteilung und ihrer Filialen mit denen zweier anderer bayrischer Institute des gemischten Systems nur noch das Pfandbrief- und Hypothekengeschäft nach den Vorschriften des Hypothekenbankgesetzes. Ihr Aktienkapital beträgt gegenwärtig RM. 14 Millionen, wozu RM. 4,8 Millionen Reserven kommen. Seit der Neuordnung der Wirtschafts- und Währungsverhältnisse hat sie auf dem Wege des Wiederaufstieges unter Aufrechterhaltung der guten alten Tradition besonders zwei Hauptgesichtspunkte im Auge behalten: einmal die Emission ihrer Pfandbriefe vor allem durch eine systematische Kurspflege zu fördern, zum anderen in ihrer Darlehensgewährung namentlich die Stützung des Klein- und Mittelbesitzes sich zur Aufgabe zu machen.

Ihren Pfandbriefumlauf hat die Bayerische Handelsbank seit 1923 auf GM. 283 Mill. wieder steigern können. Hierin sind rund GM. 65 Mill. Liquidationspfandbriefe enthalten, die auf alten Aufwertungshypotheken basiert sind, welche die Bayerische Handelsbank als Restbestand der Vergangenheit aus der Teilungsmasse übernommen hat. Diese Pfandbriefe sind in bisher drei Teilausschüttungen zu 26 Prozent des Goldwertes als Ablösung an die alten Pfandbriefgläubiger verabfolgt worden. Hierzu kommt ein Aufwertungsbestand von GM. 2.3 Mill. übernommener früherer Kommunaldarlehen, auf Grund dessen 15 Prozent in Liquidationsschuldverschreibungen und 4 Prozent in bar den alten Obligationsgläubigern kürzlich ausgefolgt werden konnten.

Der Umlauf an den Neugeschäfts-Goldhypothekenpfandbriefen hat demnach trotz der zeitweise sehr schwierigen Kapitalmarktverhältnisse der letzten sieben Jahre auf rund GM. 218 Mill. gebracht werden können. Seit Juli 1930 gibt die Bank nur noch 7prozentige Pfandbriefe aus. Sie ist bestrebt, den Kurs ihrer Emissionen so lange als irgend möglich zu halten und Kursausschläge nach oben wie nach unten tunlichst zu vermeiden, um den Besitzern ihrer Pfandbriefe, falls deren Veräußerung notwendig wird, soweit es in ihren Kräften steht, Verluste zu ersparen.

In der Pflege ihres Hypothekendarlehensgeschäftes, das sich sowohl auf den landwirtschaftlichen wie auf den städtischen Realkredit erstreckt, ist die Bayerische Handelsbank bestrebt gewesen, sich den volkswirtschaftlichen Bedürfnissen, soweit als es die Verhältnisse des privaten Kapitalmarktes zuließen, anzupassen. Einschließlich der aus der Teilungsmasse übernommenen Aufwertungshypotheken verwaltete die Bayerische Handelsbank Ende 1930 22016 Hypotheken, welche auf 19 963 Grundstücken lasten, nahezu ausschließlich ihrerseits unkündbare Amortisationshypotheken, mit einem Gesamtbestand von GM. 285 Mill. Die durchschnittliche Belastung des beliehenen Grundstücks betrug demnach GM. 14 280.

Unter diesen Hypotheken befanden sich GM. 32 Mill. Darlehen, welche auf 6733 landwirtschaftlichen Anwesen, im Durchschnitt also mit GM. 4753, ruhten. Die Auszahlungen auf Hypotheken an landwirtschaftlichen Grundstücken haben betragen:

	in 1000 GM
1925	5829.8
1926	8563.3
1927	7038.9
1928	5304.3
1929	3515.8
1930	2152.5

Die Bank hat sich auch in den Dienst der großen Kredittransaktionen gestellt, welche die Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt mit ihren Amerika-Anleihen und der Gewährung von Darlehen aus Mitteln der Golddiskontbank im Interesse der heimischen Landwirtschaft unternommen hat. Das Guthaben der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt beträgt rund GM. 5 Mill., dem landwirtschaftliche Darlehen in entsprechendem Umfange gegenüberstehen.

Daß im städtischen Darlehensgeschäft in der Gegenwart starke Veränderungen in der Beleihung infolge der Zwangswirtschaft eingetreten sind und daß die Beleihungshöhe des Hausbesitzes gegen früher erheblich eingeschränkt ist, ist allgemein bekannt. War die Bank infolgedessen in der Beleihung von Vorkriegsobjekten zur Zurückhaltung gezwungen, so konnte sie um so mehr das Hauptgewicht ihrer Arbeit auf die Förderung des Kleinwohnungs-Neubaues legen. Es sind diesem Zwecke in den letzten sieben Jahren von GM. 200 Mill. städtischen Beleihungen rund 71 Prozent (GM. 141 Mill.) zugeflossen und dadurch die Finanzierung von rund 29 000 Wohnungen mit rund 98 900 Wohnräumen bewerkstelligt worden. Es entfiel hiervon nahezu die Hälfte auf Wohnungen bis zu drei Räumen einschließlich Küche, der Rest zu ungefähr gleichen Teilen auf mittlere und größere, letztere vier bis fünf Räume enthaltende Wohnungen. In der Auswahl und Höhe der Neubaubeleihungen wurde von Anfang an den zu erwartenden Rückschlägen auf dem Wohnungsmarkte weitgehend Rechnung getragen.

Insgesamt hat die Bayerische Handelsbank an städtischen Wohnungshypotheken gewährt

Auszahlungen auf städtische Beleihungen überhaupt in 1000 GM		Bewilligte Darlehen an Baugenossenschaften, Bauvereine, Siedlungsbauten usw. in 1000 GM.
1925	12,515,0	4,605,2
1926	29,784,1	15,717,5
1927	35,049,6	31,164.7
1928	34,203,5	30,402.1
1929	27,137,5	21,970.5
1930	54,653,2	37,562,6

Die Tabelle zeigt, daß neben dem Kleinwohnungsbau auch der allgemeine Realkredit, trotz der durch die Zeitumstände gebotenen Einschränkungen, nicht vernachlässigt worden ist.

Da für die Sicherheit der auf der Grundlage des Hypothekenstocks ausgegebenen Pfandbriefe dessen Verteilung nach Größenklassen von besonderer Wichtigkeit ist, war die Bank auch aus diesem Grund bestrebt, bei der Auswahl der Beleihungsobjekte auf möglichste Risikoverteilung zu achten. Von der Gesamtzahl von beliehenen Grundstücken, die zu rund 75 Prozent in Bayern, zu 25 Prozent außerhalb Bayerns lagen, waren beliehen:

10 037	mit	Darlehen	bis	5 000 GM.
3 664	„	„	„	10 000 GM.
5 246	„	„	„	50 000 GM.
730	„	„	„	100 000 GM.

und nur auf 286 Grundstücken ruhten größere Darlehen von 100 000 GM. und mehr. Die sorgfältige Schätzung, die allen diesen Hypotheken zugrunde liegt, gewährleistet, daß Zinsendienst und regelmäßige Auslosung der Pfandbriefe auch in schwierigen Zeiten in vollem Umfange gesichert bleiben.

Gegr. 1835

Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank

Aktienkapital und Reserven 65 Millionen Reichsmark

München

Pfandbrief-Umlauf 720 Millionen Goldmark

Mit Ablauf des Jahres 1930 blickte die Bank auf eine 95jährige Tätigkeit zurück. In ausdauernder, von Stufe zu Stufe gleich erfolgreicher Arbeit hat sie sich diese 95 Jahre hindurch einem der wichtigsten Zweige unserer Volkswirtschaft zur Verfügung gestellt. Eine konservative, von allem Sprunghaften sich möglichst fernhaltende Bankpolitik erweiterte und vertiefte während dieses Zeitraums die starken Fundamente, auf denen sich die Bank gegenwärtig als gemischtes Institut (reines Bankinstitut und Hypothekenbank) in breitester Entfaltung ihrer wirtschaftlichen Funktionen aufbaut, und kam so den Interessen der Bankaktionäre, wie rückschauend wohl mit Genugtuung gesagt werden kann, in ausgedehntem Maße zustatten.

Die Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank schuf bereits 1835, also zu einer Zeit, in welcher die ausgereifte volkswirtschaftliche Theorie noch lange nicht ihre Aufklärungsarbeit über den klassischen Typ des Realkredits begonnen hatte, für ihr Beleihungsgeschäft das Annuitätensystem. Ende 1913 hatte die Hypotheken-Abteilung des Instituts ihrem Wirtschaftsbezirk ca. 1165 Millionen Hypothekenkredite vermittelt. Die Bank war also das größte Realkreditinstitut Deutschlands. Am Wiederaufbau des langfristigen Kredits nach der Zerstörung durch die Inflation hat sie sich in hervorragendem Maße beteiligt. Die Summe der Hypothekdarlehensgewährungen der Bank ist per Ende Juli 1931 auf die Höhe von rund 735 Millionen Reichsmark (567 Millionen Neugeschäft und 168 Millionen Altgeschäft) angestiegen. Das Ziel der Weiterarbeit im Hypothekengeschäfte ist die Fortsetzung des Wiederaufbaus des Kredits — getreu den Traditionen des Institutes — auf sicherster Basis unter vorzugsweiser Befriedigung der Bedürfnisse der engeren Heimat und da wieder der Bedürfnisse aller Schichten des Grundbesitzes, wobei der Pflege des kleinen und mittleren Beleihungsgeschäftes besonderes Augenmerk zugewendet wird.

Früheres Bankgebäude (Preysing-Palais)

In ihrer kaufmännischen Abteilung betreibt die Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank alle Bank- und Finanzgeschäfte. Neben den Hauptstellen München, Nürnberg und Augsburg unterhält sie ein ausgedehntes Netz von Zweigstellen an über 150 größeren und kleineren Plätzen des rechts- und linksrheinischen Bayerns; auf diese Weise kam sie in immer engere Berührung sowohl mit allen Wirtschaftskreisen wie auch mit den übrigen Bevölkerungsschichten Bayerns. Der Geschäftsumfang der Bank, welche heute wie in früheren Jahren das größte bayerische Privatbankunternehmen darstellt, hat seit der Umstellung auf Goldmark in ansehnlichem Maße zugenommen. Bei einem Aktienkapital von RM. 45'012,500.— und offenen Reserven von Reichsmark 20'393,071.64 beläuft sich die Bilanzsummation per 31. Dezember 1930 auf Reichsmark 1,034'906,467.79. Seit Durchführung der Kapitalerhöhung 1927 betragen Aktienkapital und Reserven zusammen RM. 65 Millionen. Zur Zeit sieht die Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank ihre Aufgabe darin, im Rahmen ihres Tätigkeitsgebietes nach Kräften mitzuwirken am Wiederaufbau der durch Krieg und Inflation geschwächten heimischen Wirtschaft.

Es ist dem Institut trotz der seit Kriegsbeginn bestehenden ungeheuren Schwierigkeiten gelungen, seine Selbständigkeit und seinen rein bayerischen Charakter voll zu bewahren.

Jetziges Bankgebäude, Front an der Theatinerstraße

Bilanz per 31. Dezember 1930

Aktiva	RM	₰
Kasse, Schecks, Wechsel, Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken, Nostroguthaben bei Banken etc.	69'595,777	06
Wertpapiere und Beteiligungen	60'545,570	69
Debitoren in laufender Rechnung	198'951,183	42
Hypothek-Darlehen	680'854,741	28
Teilungsmasse der Pfandbriefe	15'633,195	34
Immobilien	9'326,000	—
Aval- und Bürgschaftsdebitoren .....RM. 22'778.689.74		
	1'034'906,467	79

Passiva	RM	₰
Aktienkapital	45'012,500	—
Reserven	20'393,071	64
Kreditoren	242'873,138	11
Akzepte	28'049,200	20
Hypotheken-Pfandbriefe in Umlauf	655'466,278	19
Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt, Berlin	22'666,174	22
Aufwertungsmasse für Pfandbriefe	15'633,195	34
Ueberschuss	4'812,910	09
Aval- und Bürgschaftsverpflichtungen ....RM. 22'778,689.74		
	1'034'906,467	79

BAYERISCHE LANDWIRTHSCHAFTSBANK

GEMEINNÜTZIGE GRUNDKREDITANSTALT

E. G. M. B. H.

MÜNCHEN

Die Bayerische Landwirthschaftsbank in München wurde im Dezember 1896 als E. G. m. b. H. unter Mitwirkung der Staatsregierung, des Landtags, des Landwirtschaftlichen Vereins in Bayern und unter Beteiligung führender bayerischer Landwirte gegründet. Die Aufgabe der Bank ist die Pflege des landwirtschaftlichen Bodenkredits innerhalb Bayerns und zwar in erster Linie die Darlehensgewährung für den klein- und mittelbäuerlichen Besitz, ferner die Ausgabe von Hypothekenpfandbriefen, gesichert durch Hypotheken auf land- und forstwirtschaftlichem Grundbesitz. Dazu kommt noch die Gewährung von Gemeindedarlehen an bayerische ländliche Gemeinden und die Ausgabe von Kommunalobligationen, ein Geschäftszweig, den die Bank seit Stabilisierung der Währung nicht wieder aufgenommen hat. Schließlich gibt die Bank auch in beschränktem Umfang ihren Mitgliedern gegen Sicherheit kurzfristige Kredite.

Die Bank ist die einzige genossenschaftliche Hypothekenbank Deutschlands und untersteht, da vor Inkrafttreten des Hypothekenbankgesetzes gegründet, diesem Gesetz nicht. Durch Sondergesetze und die Satzung der Bank sind aber alle Bestimmungen des Hypothekenbankgesetzes für die Bank maßgebend, die die Beleihungsgrundsätze und die Sicherung der Pfandbriefe betreffen. An Stelle des Aktienkapitals der Aktienhypothekenbanken treten die Genossenschaftsanteile; jeder Darlehensnehmer muß Mitglied werden und hat für je angefangene 10 000 GM des Darlehensbetrages einen Geschäftsanteil zu 50 RM einzubezahlen. Die Haftsumme beträgt für jeden Geschäftsanteil 500 RM. Am 30. Juni 1931 hatte die Bank 31 016 Mitglieder mit 34 940 Geschäftsanteilen. Die Haftsumme war also 17 470 000 RM.

Die Bayerische Landwirthschaftsbank ist ein gemeinnütziges Institut. Die Geschäftsanteile werden nach der Satzung mit höchstens 5 % verzinst. Das Vermögen der Bank wäre im Falle der Liquidation für gemeinnützige landwirtschaftliche Zwecke zu verwenden. Die Gemeinnützigkeit der Bank drückt sich schon allein in der Gewährung kleiner und kleinster Darlehen aus. Der Hypothekenstock von 107 470 000 GM setzt sich zusammen aus 37 067 Darlehen; die Durchschnittsbeleihung ist also nur rund 2900 GM. Trotz der großen Spesen, die die Vielzahl der Darlehen mit sich bringt, konnte das Institut die Darlehensbedingungen immer günstig stellen, weil der Verwaltungsapparat bescheiden und billig gehalten ist und keine Dividende herauszuwirtschaften ist. Dabei wird immerhin auf die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens Bedacht genommen. Das zeigen die bilanzmäßigen Jahresgewinne, die von der Gründung bis zur Inflation von 20 000 M auf 370 000 M stiegen und seit 1924 von rund 300 000 RM auf rund 500 000 RM anwuchsen. Die Reserven der Bank betrugen am 30. Juni 1931 etwa 5 Millionen RM.

Die bayerische Staatsregierung hat dem Institut um der Kreditversorgung der Landwirtschaft willen stets ein dankenswertes Interesse entgegengebracht, insbesondere in der Gründungszeit durch Gewährung eines Darlehens von 5 Millionen M der Bank eine wertvolle Unterstützung zuteil werden lassen. Die Aufsicht über die Bank führt das Bayerische Staatsministerium für Landwirtschaft und Arbeit, Abteilung Landwirtschaft, dem die Genehmigung der Satzung und der Geschäftsordnung für den Darlehensverkehr zusteht. Das Ministerium stellt den Staatskommissar der Bank, der die ordnungsgemäße Deckung der Pfandbriefe überwacht, sich über die Geschäftsführung der Bank unterrichtet und berechtigt ist, an allen Sitzungen des Aufsichtsrats und der Unterausschüsse des Aufsichtsrats teilzunehmen.

Ueber die Geschäftsentwicklung der Bank geben folgende Zahlen Aufschluß:

Ende 1897 betrug d. Darlehensstock	5,7 Mill. M. in	769	Posten
Ende 1908 betrug d. Darlehensstock	98,7 Mill. M. in	15879	Posten
Ende 1914 betrug d. Darlehensstock	143,8 Mill. M. in	24383	Posten

Der Wiederaufbau des Hypothekdarlehensgeschäftes nach Stabilisierung der Währung hat sich bei der Bank erfreulich rasch vollzogen:

Ende 1924 betrug d. Darlehensstock	9,3 Mill. GM in	3281	Posten
Ende 1927 betrug d. Darlehensstock	79,6 *) Mill. GM in	32536	Posten
Ende 1930 betrug d. Darlehensstock	100,5 *) Mill. GM in	36599	Posten
am 30.6.31 betrug d. Darlehensstock	107,5 *) Mill. GM in	37067	Posten

*) (einschließlich der Darlehen der Rentenbank-Kreditanstalt)

Der Pfandbriefumlauf betrug am 30. Juni 1931 82 471 888 M.

Die von der Bank gewährten Hypothekdarlehen verteilen sich auf ganz Bayern. Infolge der günstigen Besitzverteilung war die Lage der bayerischen Landwirtschaft in den ersten Jahren nach der Stabilisierung noch verhältnismäßig günstig; der Darlehensnachfrage konnte entsprochen werden. Infolge der weichenden Konjunktur, insbesondere der Viehpreise, der Milch und Milchprodukte und des Holzes hat sich die Darlehensnachfrage in den letzten Jahren gesteigert. Es wird immer deutlicher, wie schwer die Landwirtschaft in den Gebieten mit ungünstigen Boden- und Klimaverhältnissen, schlechter Verkehrslage und geringer Bevölkerungsdichtigkeit leidet.

Bemerkenswert ist, daß die Bank infolge ihrer bewährten vorsichtigen Beleihungsgrundsätze in den 35 Jahren ihres Bestehens noch keine Verluste aus dem Darlehensgeschäft erlitt.

BAYERISCHE STAATSBANK

DIREKTORIUM UND HAUPTSITZ IN MÜNCHEN

WEITERE NIEDERLASSUNGEN IN AMBERG, ANSBACH, ASCHAFFENBURG, AUGSBURG, BAMBERG, BAYREUTH, COBURG, ERLANGEN, FREISING, FÜRTH, HOF, INGOLSTADT, KAISERSLAUTERN, KEMPTEN, LANDSHUT, LUDWIGSHAFEN A. RH., NÜRNBERG, PASSAU, PIRMASENS, REGENSBURG, ROSENHEIM, SCHWEINFURT, STRAUBING UND WÜRZBURG

GEGRÜNDET 1780

Die Bayerische Staatsbank ist eine unter der Aufsicht und der obersten Leitung des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen stehende Staatsanstalt mit kaufmännischer Geschäftsführung. Sie besitzt die Eigenschaft einer juristischen Person des öffentlichen Rechtes. Der Bayerische Staat leistet für die Bank volle Gewähr.

Nach der Verordnung über die Bayerische Staatsbank vom 24. März 1920 hat sie als Depositen- und Kreditbank die Aufgabe, Handel, Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft in Bayern zu unterstützen und zu fördern. Die Leitung und Vertretung der Bank obliegt dem Staatsbank-Direktorium. Dieses ist eine dem Staatsministerium der Finanzen unmittelbar untergeordnete Verwaltungsstelle mit Kollegialverfassung. Es besteht aus dem Präsidenten der Bayerischen Staatsbank und neun weiteren Mitgliedern. Die Ueberwachung der Geschäftsführung liegt in den Händen eines vom Staatsministerium der Finanzen bestellten Bankkommissärs. Präsident der Bayerischen Staatsbank ist seit 1. Januar 1928 Staatsrat Dr. Wilhelm von Wolf; Bankkommissär ist Ministerialrat August Mader.

Die Bayerische Staatsbank ist mit der K. Bank zu Berlin (jetzt Deutsche Reichsbank) und der Seehandlung eine der aus den Gedankengängen des Merkantilismus entsprungenen Bankgründungen des 18. Jahrhunderts. Wie die Schwestergründungen zu Berlin hat sie sich den veränderten Umständen glücklich anzupassen vermocht und ist ihrer Aufgabe, die Privatwirtschaft ihres Wirkungskreises zu unterstützen und zu fördern, auch in den späteren Zeiten treu geblieben, als Merkantilismus und merkantilistische Wirtschaftspolitik längst überwunden waren.

Staatsbankgebäude in München

Die Bank wurde 1780 von dem Markgrafen Alexander von Ansbach-Bayreuth, einem Neffen Friedrichs des Großen, als Hochfürstliche Hofbanco in Ansbach gegründet. Sie konnte somit im vorigen Jahre auf ein hundertfünfzigjähriges Bestehen zurückblicken. Aus diesem Anlaß hat das Staatsbankdirektorium im Verlag R. Oldenbourg, München-Berlin, eine Geschichte der Bank herausgegeben. Die Bank teilte das Schicksal der Markgrafschaften: 1792 ging sie mit ihnen an Preußen und 1806 an Bayern über. In ihrer preußischen Zeit wandte ihr Hardenberg, der als Statthalter von Ansbach-Bayreuth auch Chef der Bank war, seine besondere Fürsorge zu. Er verlegte die Bank von Ansbach nach Fürth; die Verbindung mit den Fürther und Nürnberger Handelshäusern kam ihrer Entwicklung sehr zustatten. 1807 wurde der Hauptsitz der Bank nach Nürnberg verlegt; er blieb dort bis 1920.

Staatsrat Dr. v Wolf,
Präsident der bayr. Staatsbank

Bis etwa 1850 war die Verbindung der Bank mit den Staatskassen in München sehr locker; von der Besorgung der staatlichen Geldgeschäfte und der Mitwirkung bei der Begebung von Staatsanleihen blieb sie so gut wie ausgeschlossen. Um so eifriger bemühte sie sich, als Wechsel- und Leihbank der Privatwirtschaft ihres fränkischen Wirkungskreises, vor allem dem Gewerbefleiß und dem Landesproduktenhandel in Nürnberg und Fürth dienstbar zu sein. In den vierziger Jahren entstanden in Bamberg und Würzburg die ersten Zweigniederlassungen; der ursprüngliche Hauptsitz Ansbach war schon seit 1795 als Zweigniederlassung weitergeführt worden.

Mit dem Jahre 1850 setzte ein neuer Abschnitt in der Geschichte der Bank ein. Ihr Wirkungskreis wurde auf das ganze bayerische Staatsgebiet ausgedehnt. Durch Zuweisung staatlicher Gelder und eine fast gleichzeitig eintretende erhebliche Vermehrung der privaten Einlagen erhielt sie ein stattliches Betriebskapital. Von da an begann ein der allgemeinen Entwicklung der bayerischen Wirtschaft vorauseilender, fast ununterbrochener Aufstieg der Bank. Sie löste bei der Besorgung der staatlichen Geldgeschäfte allmählich die auf diesem Gebiete bisher tätig gewesenen Privatbankiers ab. Durch Begebung staatlicher Eisenbahnanlehen, Beteiligung an den pfälzischen Eisenbahngesellschaften und der Ostbahngesellschaft, ferner durch Uebernahme einer Reihe von privaten Eisenbahnanlehen wirkte sie maßgebend bei der Geldbeschaffung für den Bau des bayerischen Eisenbahnnetzes mit. Neben der Kreditgewährung an Handel, Industrie und Gewerbe, der ihre Tätigkeit bis dahin fast ausschließlich gewidmet war, konnte sie auch den wichtigsten Wirtschaftszweig Bayerns, die Landwirtschaft, mit Darlehen unterstützen. Endlich gründete sie eine Reihe von weiteren Niederlassungen. In den siebziger Jahren war die Bank an allen wichtigeren Handels- und Industrieplätzen Bayerns vertreten.

In den Jahren nach der Reichsgründung vergrößerten sich mit dem Aufschwung der gesamten Wirtschaft auch die Geschäfte der Bayerischen Staatsbank. Ungeachtet des nun einsetzenden Wettbewerbes der Privatbanken konnte sie ihre bereits nach 1850 errungene Stellung als größte Depositen- und Kreditbank Bayerns behaupten und befestigen. Um die Jahrhundertwende richtete die Bank einen Giroverkehr zwischen den Kassen der Eisenbahnverwaltung, Postverwaltung und allgemeinen Finanzverwaltung, später auch der übrigen Verwaltungszweige ein, und diese Kassen legten ihre vorübergehend verfügbaren Bestände verzinslich bei ihr an. So wurde durch Vermittlung der Bank das volkswirtschaftlich bedeutungsvolle Ziel der Nutzbarmachung der öffentlichen Gelder für die Privatwirtschaft erreicht, und die Bank selbst gelangte durch das Zusammenströmen staatlicher und privater Gelder und die darauf begründete Kreditgewährung, nicht zuletzt auch durch einen regen Guthaben- und Schuldverkehr mit Gemeinden und öffentlichen Sparkassen und durch die günstige Entwicklung des seit den neunziger Jahren betriebenen Verwahrungs- und Verwaltungsgeschäfts (offene und verschlossene Depots, Schrankfächer) im letzten Friedensjahr 1913 zu einem Umsatz von 30,6 Milliarden, einer Abschlußsumme von 343,7 Millionen und zu einem Reingewinn von 6,9 Millionen. Die Zahl der Niederlassungen war bis 1913 auf 23 vermehrt worden.

Mit dem Ausbruch des Weltkrieges sah sich die Bank völlig neuen Aufgaben gegenübergestellt; hervorgehoben seien die Gewährung von Krediten an Lieferungs- und Kommunalverbände, um diesen die Unterstützung der Kriegerfamilien und die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln zu ermöglichen, ferner die erfolgreiche Mitwirkung bei der Unterbringung der Kriegsanleihe und die Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs.

Wie die Bank in den fünfziger und sechziger Jahren bei der Geldbeschaffung für den Ausbau des bayerischen Eisenbahnnetzes mitgewirkt hatte, so oblag ihr in den Jahren 1919 bis 1923 die Geldbeschaffung für den Ausbau der bayerischen Wasserkräfte. Die Geldentwertung mit allen ihren Folgeerscheinungen stellte auch an die Bayerische Staatsbank große Anforderungen; sie bemühte sich, ihnen mit Aufgebot aller Kräfte gerecht zu werden. Die Zeit nach der Befestigung der Währung diente dem Wiederaufbau. Er gestaltete sich für die Bayerische Staatsbank besonders mühevoll, weil sie unter anderem den Verlust oder doch die Gefährdung wichtiger Geldquellen durch den Uebergang der bayerischen Finanz-, Eisenbahn- und Postverwaltung an das Reich und die Bestrebungen zur Zusammenballung der Reichsgelder in Berlin zu überwinden hatte. Trotzdem war sie in der Lage, schon während der Uebergangskrise durch Gewährung von Krediten aus den ihr verbliebenen öffentlichen Geldquellen und den sich langsam wieder ansammelnden privaten Einlagen, ferner durch Vermittlung von Krediten aus Mitteln des Reiches, des bayerischen Staates und der Rentenbankkreditanstalt in vorderster Linie bei der Behebung der Kreditnot von Landwirtschaft, Handel, Industrie mitzuwirken und bei der Begebung von Staats- und Gemeindeanleihen die vor dem Krieg gewohnte Stellung wieder einzunehmen.

Der Geschäftsumfang der Vorkriegszeit wurde bald erreicht und teilweise weit überschritten. Nach dem Stand vom 31. Dez. 1930 betrugen in RM: der Umsatz rund 48 Mdn., die Abschlußsumme 406,96 Mill., das eigene Kapital 34,51 Mill., die Wechselanlage 86,53 Mill., die Ausleihungen in laufender Rechnung 227,47 Mill.; der Reingewinn des Jahres 1930 erreichte 4,8 Mill. Nach alter Ueberlieferung pflegt die Bank auch heute neben der Besorgung der staatlichen Geldgeschäfte das unmittelbare Kundengeschäft; sie verfolgt dabei das Ziel, die in Bayern anfallenden öffentlichen Gelder und die bei ihr angelegten privaten Gelder durch Kreditgewährung der privaten Wirtschaft zuzuführen.

BAYERISCHE VEREINSBANK
MÜNCHEN-NÜRNBERG

Die Bayerische Vereinsbank wurde im Jahre 1869 gegründet. 1871 nahm sie neben dem eigentlichen Bankgeschäft auch den Betrieb des Bodenkredit- und Kommunalkreditgeschäftes in ihren Geschäftskreis auf, indem im April 1871 mit der Gewährung von Kommunaldarlehen gegen 5% Kommunalobligationen und im September 1871 mit der Gewährung von Hypothekdarlehen gegen 4½% Bodenkreditobligationen begonnen wurde. Seit dieser Zeit ist die Bayerische Vereinsbank eine Bank des „gemischten Systems", d. h. zugleich Kreditbank und Hypothekenbank.

Das Aktienkapital, das bei der Gründung Gulden 5 250 000.— betrug, und bei dem Wechsel der Währung im Jahre 1876 auf ℳ 9 000 000.— festgesetzt wurde, wurde entsprechend der Erweiterung des Geschäftes zunächst 1880, sodann in weiteren Erhöhungen bis zu Kriegsbeginn allmählich auf ℳ 51 000 000.— und in den Jahren 1920—1923 weiter auf ℳ 800 000 000.— St.-A. und ℳ 70 000 000.— Vorzugs-Aktien vermehrt. Bei der Reichsmark-Umstellung auf den 1. Januar 1924 wurde das Grundkapital auf Reichsmark 13 050 000.— festgesetzt und in ℛℳ 12 000 000.— Stamm-Aktien und ℛℳ 1 050 000.— Vorzugs-Aktien eingeteilt unter Bildung einer gesetzlichen Reserve von ℛℳ 6 500 000.— und eines Pensions- und Unterstützungsfonds von ℛℳ 1 000 000.—. Gleichzeitig wurde die Erhöhung des Grundkapitals durch Ausgabe von Reichsmark 8 000 000.— neuen Stamm-Aktien beschlossen. Seit 1928 beziffert sich das Aktienkapital auf ℛℳ 30 000 000.— Stamm-Aktien und ℛℳ 1 050 000.— Vorzugs-Aktien. Da die offenen Reserven gegenwärtig ℛℳ 15 360 000.— betragen, arbeitet die Bank zur Zeit mit insgesamt rund ℛℳ 46 400 000.— ausgewiesenen eigenen Mitteln.

Vom Jahre 1898 an begann die Bank, nach früheren kurzlebigen Versuchen, Zweigniederlassungen zu errichten und ihr Filialennetz nach und nach auf das ganze bayerische Arbeitsgebiet auszudehnen. 1908 erfolgte die Uebernahme der Würzburger Volksbank und der Nürnberger Bank. Die Zweigniederlassung Nürnberg wurde später zu einer Hauptniederlassung ausgebaut. Mitte 1931 bestanden selbständige Niederlassungen an 57 größeren und kleineren Orten Bayerns, außerdem wurde eine größere Anzahl von Depositenkassen und Vermittlungsstellen in anderen wichtigeren Orten Bayerns unterhalten.

Im Jahre 1920 übernahm die Bayerische Vereinsbank das kaufmännische Geschäft der seit dem Jahre 1869 bestehenden Bayerischen Handelsbank in München (einschließlich ihrer sämtlichen Filialen) und der Vereinsbank in Nürnberg. Zwischen der Bayerischen Handelsbank, der Vereinsbank in Nürnberg und der Bayerischen Vereinsbank wurde ein Interessengemeinschaftsvertrag geschlossen, demzufolge sich die erstgenannten Banken fortan auf das Hypothekengeschäft beschränken.

1922 erfolgte der Abschluß eines Freundschaftsverhältnisses mit den Bankhäusern Mendelssohn & Co. in Berlin und Mendelssohn & Co. Amsterdam in Amsterdam und im Zusammenhang hiermit die Beteiligung an der Firma Kux, Bloch & Co., Wien, und an der Maatschappij voor Bank en Handelsondernemingen in Amsterdam.

Die Bank, die seit mehr als 60 Jahren mit der bayerischen Wirtschaft eng verbunden ist, hat getreu ihrer Tradition auch nach der Stabilisierung der Währung den besonderen Bedürfnissen dieser Wirtschaft weitestgehend Rechnung getragen und ihr alle ihr zufließenden Gelder zugute kommen lassen.

Die Abschlüsse für die Geschäftsjahre 1924 mit 1930 ermöglichten die Ausschüttung von je 10 % Dividende und die Erhöhung der Reserven.

Die Bank besitzt eine eigene Hypotheken-Abteilung, deren Darlehensbestand nach dem allgemeinen Zerfall des Papiermark-Geschäftes neu aufgebaut werden mußte. Am 30. Juni 1931 betrug der Darlehensbestand einschl. Rentenbank-Darlehen rund Gℳ 430 Millionen, der Pfandbriefumlauf Gℳ 420 Millionen.

Auch die Hypotheken-Abteilung betrachtet es als vornehmliche Aufgabe, die ihr aus dem Pfandbriefverkauf zufließenden Gelder der bayerischen Wirtschaft zuzuführen. Berücksichtigt werden vor allem mittlere und kleinere Betriebe — landwirtschaftliche und gewerbliche — sowie entsprechend der Hausbesitz. Ein ganz erheblicher Teil der Neuausleihungen floß dem Wohnungsneubau zu und diente vorzugsweise der Erstellung kleiner und mittlerer Wohnungen.

Dank dem Vertrauen, das die Bank genießt, und der sorgfältigen Pflege, die sie dem Markt ihrer Pfandbriefe angedeihen läßt, haben sich die Pfandbriefe der Bayerischen Vereinsbank auch in schweren Krisen gut im Kurse gehalten. Sie sind gemäß Verordnung der Bayerischen Staatsregierung zur Anlage von Mündelgeldern zugelassen.

Die Bayerische Vereinsbank gewährt auch langfristige Darlehen an bayerische Gemeinden, auf Grund deren sie Goldkommunalobligationen ausgibt. Diese Kommunalobligationen sind durch die Darlehensforderungen an bayerische Gemeinden gedeckt. Sie sind gemäß Verordnung der Bayerischen Staatsregierung zur Anlage von Gemeinde- und Stiftungsgeldern zugelassen.

BERLINER BANK *für* HANDEL *und* GRUNDBESITZ
AKTIENGESELLSCHAFT

ZENTRALE UND HAUPTKASSE:
BERLIN C2, KAISER-WILHELM-STR. 56-59
Zweigstellen in allen Stadtteilen Groß-Berlins
BANK ALLER MITTELSTÄNDISCHEN KREISE

In Personalunion mit dem Deutschen Verband
für Hausbesitzergenossenschaften (Revisionsverband) und in Arbeitsgemeinschaft mit der
Deutschen Hausbesitzerbank e. G. m. b. H., (Verbandskasse)

Rund 90 Institute an 70 Plätzen im Reich stehen mit der Berliner Bank für Handel und Grundbesitz A.-G. in Arbeitsgemeinschaft.
48 berichtende Bank-Institute weisen am 31. 12. 1930 aus:

	1930	(1929)	(1928)	
Bilanzsummen	**RM 371,7**	(312,0)	(186,5)	Millionen
Garantiemittel	**RM 50 3**	(47,4)	(38,1)	Millionen
Einlagen	**RM 337,9**	(280,7)	(166,2)	Millionen
Ausleihungen	**RM 299,0**	(247 6)	(151,1)	Millionen

Entwicklung der Berliner Bank für Handel und Grundbesitz A.-G. 1924—1930

Bilanzsummen:		Einlagen:		Ausleihungen:		Kundenanzahl:	
1930	RM **91,4 Mill.**	**1930**	RM **88 0 Mill.**	**1930**	RM **62,0 Mill.**	**1930**	**36600 Kunden**
1929	„ 82,3 „	1929	„ 79.1 „	1929	„ 54 2 „	1929	34830 „
1928	„ 73,9 „	1928	„ 70,9 „	1928	„ 41,9 „	1928	31454 „
1927	„ 42,1 „	1927	„ 40,3 „	1927	„ 26,3 „	1927	21925 „
1926	„ 23,0 „	1926	„ 21 6 „	1926	„ 15,5 „	1926	12394 „
1925	„ 14,7 „	1925	„ 13.5 „	1925	„ 10,8 „	1925	4219 „
1924	„ 4,9 „	1924	„ 3,8 „	1924	„ 2,7 „	1924	954 „

BERLINER HANDELS-GESELLSCHAFT

KOMMANDITGESELLSCHAFT AUF AKTIEN

GEGRÜNDET 1856

BERLIN W 8

BEHRENSTRASSE 32-33 / CHARLOTTENSTRASSE 33

*

TELEGRAMM-ADRESSE: „HANDELSCHAFT"

*

KAPITAL UND RESERVEN 43 000 000 RM.

BERLINER HYPOTHEKENBANK AKTIENGESELLSCHAFT

BERLIN W 56, TAUBENSTRASSE 22

Privilegiert zur Ausgabe von Inhaberpapieren am 1. Oktober 1866
Staatsaufsicht durch die Preußische Staatsregierung

Gewährung von Darlehen auf städtischen und landwirtschaftlichen Grundbesitz und an Körperschaften des öffentlichen Rechts
Verkauf von Gold-Hypotheken-Pfandbriefen
und Gold-Kommunal-Schuldverschreibungen

AKTIENKAPITAL RM. 5,000,000.— ⋆ RESERVEN RM. 4,800,000.—

AUFSICHTSRAT:

Dr. Arthur Rosin, Geschäftsinhaber der Darmstädter und Nationalbank, Kommanditgesellschaft auf Aktien Berlin, Präsident;

Georg von Simson, Berlin. 1. stellvertretender Präsident;

Georg Mosler, Direktor der Dresdner Bank, Berlin, 2. stellvertretender Präsident;

Ludwig Berliner, Direktor der Commerz- und Privat-Bank Aktiengesellschaft, Berlin;

Kurt Martin Hirschland, Bankier in Firma Simon Hirschland, Essen (Ruhr);

Dr. Paul Hofmann, Universitätsprofessor, Berlin-Nikolassee;

Arnold Holzer, Fabrikbesitzer, Berlin;

Gustaf Schlieper, Direktor der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft, Berlin;

Dr. Max Schoeller, Düren (Rhld.)

Dr. Herbert Simons, Bankier in Firma B. Simons & Co., Düsseldorf;

Dr. Albert Weil, Kommerzienrat, Präsident der Handelskammer in Görlitz, Görlitz.

Braunschweigische Staatsbank

(Leihhausanstalt)

Gegründet 1765

Mit einer Ueberlieferung von mehr als 165 Jahren ist die Braunschweigische Staatsbank (Leihhausanstalt) nicht nur eine der ältesten deutschen Banken, sondern das älteste Bodenkreditinstitut und die älteste Staatsbank Deutschlands. Das Institut wurde durch landesherrliche Verordnung vom 9. März 1765 gegründet. Die Ausgestaltung zur bankgeschäftlichen Organisation im eigentlichen Sinne beginnt mit dem Jahre 1914. Die entscheidende Rechtsgrundlage für die Entwicklung zu einer modernen Bank ist im Staatsbankgesetz vom 20. Dezember 1919 geschaffen worden. Im gleichen Jahre ist an die Stelle der nicht mehr zeitgemäßen Bezeichnung „Leihhausanstalt" der Name „Braunschweigische Staatsbank" getreten. Aus traditionellen Gründen wird die alte Benennung in Klammern weitergeführt.

Die Braunschweigische Staatsbank, unter deren Verwaltung gleichzeitig die Braunschweigische Landessparkasse, die älteste Sparkasse Deutschlands, und die öffentlichen Feuer-, Mobiliar-, Lebens- und Unfallversicherungsanstalten stehen, ist eine staatlich garantierte Anstalt selbstständigen Rechts mit eigenem Grundvermögen. In ihrer Struktur entspricht sie dem Banktyp des gemischten Systems und vereinigt somit den Geschäftsbetrieb eines Grundkreditinstituts und einer Kreditbank.

PRÄSIDENT Dr. O. STÜBBEN

Bodenkreditabteilung.

Bereits die Errichtungsurkunde gibt der früheren Leihhausanstalt die Berechtigung zur Geldausleihung gegen hypothekarische Sicherstellung und begründet gleichzeitig das Emissionsprivileg. Nach bewährten langjährigen Erfahrungsgrundsätzen findet das Bodenkreditgeschäft sorgfältige Pflege, indem die Bank erststellige Hypotheken auf städtischen und ländlichen Grundbesitz gewährt. Im Vordergrunde der Emissionstätigkeit steht neben der Ausgabe von Gold-Kommunal-Obligationen die Ausgabe von Gold-Hypotheken-Pfandbriefen, die durch erststellige Hypotheken gedeckt sind und deren Gläubiger reichsgesetzliche Sicherungsvorrechte genießen. Die Pfandbriefe und Kommunalobligationen sind reichsmündelsicher, reichsbanklombardfähig und außerdem staatlich garantiert. Infolge ihrer unbedingten Sicherheit bieten die Emissionswerte der Braunschweigischen Staatsbank eine erstklassige Kapital- und Vermögensanlage.

Bankabteilung.

Das Schwergewicht der Entwicklung des Instituts lag lange Zeit in der Pflege des Depositen- und Spareinlagenverkehrs. Die Gründungsakte der Leihhausanstalt weist ihr bereits die „Annahme verzinslicher Gelder" als besonderen Geschäftszweig zu, der auch heute im Depositengeschäft seine besondere traditionelle Pflege findet. Die Braunschweigische Staatsbank, der gleichzeitig die Abwicklung des staatlichen Kassenverkehrs obliegt, sieht ihre vornehmste Aufgabe in der Förderung des Geld- und Kreditverkehrs im Lande Braunschweig; das Kontokorrent- und Wechseldiskontgeschäft gehört daher zu den bevorzugten Geschäften. Die Bank vermittelt weiterhin den An- und Verkauf von Wertpapieren, besorgt deren Verwaltung und betreibt alle wesentlichen Arten des soliden, modernen Bankgeschäfts.

In ihrer neuen Gestalt hat sich die Braunschweigische Staatsbank, die an allen größeren Plätzen im Lande Braunschweig Zweigkassen unterhält, zum führenden Landeskreditinstitut entwickelt, das für alle Teile der braunschweigischen Wirtschaft, für Landwirtschaft, Handel, Gewerbe und Industrie im Personal- wie im Realkreditgeschäft eine wesentliche Stütze ist. Die Bilanzsumme, die sich seit der Währungsstabilisierung mehr als verzwölffacht hat, überschreitet gegenwärtig nicht unerheblich den Betrag von 200 Millionen Reichsmark.

Das Berliner Pfandbrief-Amt.

Das Berliner Pfandbrief-Amt, durch Königlichen Erlaß vom 8. Mai 1868 als Berliner Pfandbrief-Institut gegründet, ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit den Rechten einer juristischen Person, die vermögensrechtlich selbständig ist. Die staatliche Aufsicht übt der Magistrat von Berlin durch seinen Kommissar, die Oberaufsicht das Preußische Wohlfahrtsministerium bzw. der Oberpräsident der Provinz Brandenburg und von Berlin aus. Die dem Berliner Pfandbrief-Amt creditverbundenen Eigentümer sind in genossenschaftlicher, dem Landschaftssystem entlehnter Art an der Verwaltung des Amtes weitgehend beteiligt. Der Geschäftsbereich des Amtes erstreckt sich über das gesamte Gebiet der neuen Stadtgemeinde Berlin. Der dem öffentlichen Wohle dienende satzungsmäßige Zweck des Berliner Pfandbrief-Amtes ist, den Grundeigentümern und Erbbauberechtigten in der Stadtgemeinde Berlin einen dauernden Realkredit durch Gewährung erststelliger und mündelsicherer Tilgungsdarlehen, welche auf Seiten des Amtes grundsätzlich unkündbar sind, mittels Ausgabe von Pfandbriefen zur Verfügung zu stellen.

Die von dem Pfandbrief-Amt ausgegebenen Pfandbriefe sind in Preußen mündelsicher und in Klasse A reichsbanklombardfähig. Der Bruttoumlauf der Berliner Goldpfandbriefe betrug am 31. Dezember 1930 113 065 450 GM.

Berliner Hypothekenbankverein (Stadtschaft).

Um dem starken Bedürfnis nach langfristigem nachstelligen Kredit abzuhelfen, ging man daran, auch diesen Grundkredit durch ein dem Berliner Pfandbrief-Amt angegliedertes behördliches Institut, den Berliner Hypothekenbankverein, zu fördern. Vorläufer hierfür waren, allerdings nur in Gestalt privatrechtlicher Vereine, der Berlin-Schöneberger Hypothekenbankverein und der Charlottenburger Hypothekenbankverein, die man unter Führung des Amtes als Berliner Hypothekenbankverein (Stadtschaft) für den nachstelligen Realkredit mit Ausdehnung des Geschäftsbereiches über das gesamte Gebiet der neuen Stadtgemeinde Berlin zusammenfaßte. Der Berliner Hypothekenbankverein steht in Verwaltungsgemeinschaft mit dem Berliner Pfandbrief-Amt. Seine Struktur gleicht im wesentlichen der des Berliner Pfandbrief-Amtes. Zweck des Berliner Hypothekenbankvereins ist es, Hauseigentümern und Erbbauberechtigten in Berlin einen dauernden Realkredit durch Gewährung von nachstelligen Hypothekendarlehen mittels Ausgabe verzinslicher von der Stadt Berlin verbürgter Pfandbriefe (Berliner Goldstadtschaftsbriefe) auf Grund von Hypotheken oder Grundschulden zu beschaffen. Am 31. Dezember 1930 hatte der Berliner Hypothekenbankverein einen Bruttoumlauf an Goldstadtschaftsbriefen von 20 710 800 GM.

Berliner Stadtschafts-Bank A.-G.

Die Berliner Stadtschafts-Bank, Aktiengesellschaft, zu Berlin W. 9, Eichhornstraße 5, ist hervorgegangen aus der am 26. Juli 1923 als bankliches Hilfsorgan des Berliner Pfandbrief-Amtes gegründeten Bank für wertbeständige Finanzierungen Aktiengesellschaft. Ihr derzeitiges Aktienkapital beträgt RM. 1 100 000,—. Zu den hauptsächlichsten Aufgaben der Berliner Stadtschafts-Bank, Aktiengesellschaft, gehört neben der Börseneinführung die Unterbringung der vom Berliner Pfandbrief-Amt bezw. vom Berliner Hypothekenbankverein (Stadtschaft) auf Grund hypothekarischer Beleihungen von Grundstücken in Groß-Berlin ausgegebenen Pfandbriefe, von denen zurzeit 10-, 8-, 7- und 6prozentige im Umlauf sind.

Im Zusammenhang damit liegt der Berliner Stadtschafts-Bank, Aktiengesellschaft, auch die Kurspflege der zur amtlichen Notierung zugelassenen vorerwähnten Pfandbriefe ob. — Sie gewährt Lombardkredite auf Pfandbriefe, ferner kurzfristige Zwischenkredite für Wohnungsneubauvorhaben (bisher für 6103 in Groß-Berlin errichtete Wohnungen) oder zur Erhaltung und Wiederherstellung von Altbauten. Sie steht schließlich für die banklichen Nebengeschäfte bei etwaigen Hypothekenablösungen zur Verfügung.

Die Berliner Stadtschafts-Bank, Aktiengesellschaft, betreibt im übrigen das allgemeine Bankgeschäft in allen üblichen Sparten des Bankgewerbes; sie gewährt an seriöse Industrie- und Handelsunternehmungen sowie an Private gegen einwandfreie Sicherheiten kurzfristige Kredite, pflegt das Depositen- und Kontokorrent-Geschäft und ist Einlösungsstelle der Zinsscheine und ausgelosten Stücke der von vorerwähnten Instituten ausgegebenen Pfandbriefe.

Der Bank sind seinerzeit das Depot- und Depositenrecht sowie das Devisen-Kommissionsrecht verliehen worden.

Aus Vorstehendem ergibt sich, daß die Berliner Stadtschafts-Bank, Aktiengesellschaft, ein wesentlicher Faktor im Rahmen der Gesamtorganisation des Berliner Pfandbrief-Amts ist mit dem Zweck, als bewegliches Mittelglied das behördliche und gemeinnützige Pfandbrief-Amt mit dem verwickelten Komplex des freien Wirtschafts-, Geld- und Kapitalmarktverkehrs zu verbinden.

„Roland"

Gemeinnützige Wohnungsbau- und Verwaltungs-Gesellschaft m. b. H.

Um sich noch intensiver an der Finanzierung der Neubauten als einer volkswirtschaftlich dringenden und öffentlichen Aufgabe zu beteiligen, gliederte sich das Berliner Pfandbrief-Amt in Gemeinschaft mit seinem Bankinstitut im Juli 1926 die „Roland", Gemeinnützige Baugesellschaft für Klein- und Mittelwohnungen m. b. H. (seit 1930: „Roland" Gemeinnützige Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft m. b. H.) an. Die „Roland" hatte im Jahre 1926 an Wohnungen nur 224 hergestellt. Nach dem Stande vom 31. Dezember 1930 hat die Gesellschaft in Groß-Berlin bereits einen Bestand an neu erstellten Wohnungen von 2569 Wohnungen mit 4538 Zimmern und 1713 halben Zimmern. In der Ausführung begriffen sind Neubauten mit weiteren rund 220 Wohnungen.

Diese Bank hat sich aus der im Jahre 1870 von angesehenen Hamburger Kaufleuten und bekannten Bankiers gegründeten „Commerz- und Diskonto-Bank" in Hamburg entwickelt. Das Aktienkapital betrug zunächst 20 Millionen Banco-Mark = 30 Millionen Mark. In den folgenden Jahren machten günstige Entwicklung und schnelle Ausdehnung des Geschäftsumfanges eine Erhöhung des Aktienkapitals erforderlich, zumal bei der Gründung der „London and Hanseatic Bank" in London, die 1873 mit einem Kapital von 800 000 £ Sterling erfolgte, die Hälfte des Kapitals übernommen und somit für den Hamburger Ueberseehandel ein wichtiger Stützpunkt geschaffen wurde, der im Jahre 1914 bei Kriegsausbruch verloren ging. Die freundschaftlichen Beziehungen zu dieser Bank, die jetzt den Namen „The London Merchant Bank Ltd." trägt, wurden bereits 1920 wieder aufgenommen.

Die allgemeine Wirtschaftskrise in der Mitte der 70er Jahre brachte nach den ersten recht guten Jahresabschlüssen auch für die junge Bankgründung eine schwierige Zeit. Erst mit dem Aufschwung der deutschen Volkswirtschaft Ende der 80er Jahre setzte auch für die Commerz- und Diskonto-Bank eine lebhafte Tätigkeit ein, die beträchtliche Erfolge aufzuweisen vermochte. So wurde 1898 beschlossen, in Berlin eine Niederlassung und zu gleicher Zeit eine Filiale in Frankfurt a. M. zu eröffnen, wobei das Bankhaus J. Dreyfus & Co. übernommen wurde. Die bedeutenden Fortschritte der Bank und ihrer Filialen machten es erforderlich, daß im Jahre 1897 das Kapital um 20 Millionen Mark und 1905 um weitere 35 Millionen Mark erhöht wurde. Im gleichen Jahre wurde die Berliner Bank angegliedert, 1907 das Bankhaus Magnus in Hannover und vier Jahre später die Leipziger Kredit- und Sparbank. In den nächsten Jahren folgte noch eine Reihe von Filialgründungen, so z. B. in Kiel und Altona. Auch die Zahl der Depositenkassen in Berlin und Hamburg war bis 1914 auf 44 bzw. 18 angewachsen. Zusammen mit anderen führenden Bankinstituten übernahm die Commerzbank die Unterbringung von Anleihen des Reiches und Preußens, auch verschiedener Bundesstaaten und zahlreicher Kommunen. Bei wichtigen Industrieemissionen war die Bank gleichfalls in hervorragendem Maße beteiligt. Seit Ausgang der 90er Jahre war sie bestrebt, mit angesehenen ausländischen Bankfirmen Beziehungen anzubahnen, um so durch Schaffung von Verbindungen in Europa und Uebersee die Entwicklung des deutschen Außenhandels zu fördern. Der Krieg brachte eine Unterbrechung auf dem ausländischen Arbeitsgebiet, und erst seit 1920 sind die alten überseeischen Geschäftsbeziehungen wieder aufgenommen und durch neue erweitert worden. Durch den Krieg wurden die Börsengeschäfte sehr eingeschränkt. Der ausländische Handel hörte fast ganz auf, wodurch auch der Handelswechsel aus dem Geschäft verschwand. — In den Kriegsjahren wurden neue Geschäftsstellen, so z. B. in Nürnberg, Fürth, Recklinghausen, Gelsenkirchen, Mülheim und Oberhausen, errichtet und besonders nach dem Krieg das Netz der Filialen stark vergrößert (Essen, Köln, Dortmund, Duisburg, München und Stuttgart). 1920 erfolgte die Fusion mit der angesehenen „Mitteldeutschen Privatbank" in Magdeburg, deren Kapital und Reserven 70,3 Millionen Mark ausmachten, und die eine Firmenänderung in „Commerz- und Privat-Bank" mit sich brachte. Bedeutende Privatbanken wie der Chemnitzer Bankverein, die Löbauer Bank und der Hessische Bankverein wurden in den nächsten Jahren von der Commerzbank übernommen. Daran schlossen sich die Verschmelzungen mit der Thüringischen Landesbank, der Vogtländischen Kreditanstalt und dem Bankverein Göttingen.

Nach der Stabilisierung der deutschen Währung betrug bei der Goldmarkeröffnungsbilanz im Frühjahr 1924 das Aktienkapital 42 Millionen RM. 1927 trug die aufsteigende Konjunktur zu einer bedeutenden Belebung und Erweiterung des Geschäftes bei, so daß eine Kapitalerhöhung auf 60 Millionen RM (bei rund 34 Millionen RM Reserven) beschlossen wurde. Anfang 1929 wurde die altangesehene „Mitteldeutsche Creditbank" übernommen unter gleichzeitiger Erhöhung des Kapitals auf 75 Millionen RM. Die Reserven betragen 40 Millionen RM. Im gleichen Jahre wurden auch die Aachener Bank für Handel und Gewerbe und die Braunschweigische Bank und Kreditanstalt A. G. dem Institut angegliedert.

Die Jahre 1924 und 1925, die unter dem Druck einer schweren Wirtschaftskrise standen, erbrachten eine Dividende von 8 %, während in den folgenden Jahren eine erhöhte Dividende von 11 % zur Verteilung gelangte. Für das Jahr 1930, das besonders schwer unter der internationalen Wirtschaftskrise zu leiden hatte, wurde eine Dividende von 7 % ausgeschüttet.

DEUTSCHE BAU- UND BODENBANK
AKTIENGESELLSCHAFT

AKTIENKAPITAL UND RESERVEN 40 MILLIONEN RM.
BERLIN W 8, TAUBENSTRASSE 48/49
FERNSPRECHER:
SAMMELNUMMER A 2 FLORA 0028

Zweigniederlassungen in Breslau, Dresden, Essen, Frankfurt am Main, Hamburg, Karlsruhe, München, Stuttgart, Weimar

Deutsche Bau- und Bodenbank Aktiengesellschaft

Die Deutsche Bau- und Bodenbank Aktiengesellschaft wurde am 20. Juli 1923 gegründet. Ihre Aufgabe besteht darin, die Herstellung und Erhaltung von gesunden und zweckmäßigen Wohn- und Heimstätten für die minderbemittelte Bevölkerung und jede Art von Bautätigkeit und Bodenerschließung, die dem allgemeinen Besten dient, durch Hergabe von Darlehen zu fördern.

Das Aktienkapital der Bank beträgt Reichsmark 34 300 000,—. Das Deutsche Reich besitzt die Mehrheit der Aktien. Ferner sind die Länder Bayern, Sachsen, Baden, Mecklenburg-Schwerin und Oldenburg, die Reichspost, Reichsbahn, Reichsbank, einige Großbanken und mehrere der Förderung des Wohnungsbaues dienende Organisationen beteiligt.

Die Bank gewährt Kredite für die Bauwirtschaft, insbesondere für den Wohnungsbau. Die Kredite für den Wohnungsbau werden in der Regel als Vorschüsse auf I. Hypotheken, Hauszinssteuerdarlehen oder sonstige Dauerbeleihungen gewährt. Daneben stellt die Bank auch Kredite an Gemeinden, Gemeindeverbände und Länder zur Bevorschussung der Hauszinssteuermittel zur Verfügung. Auch die Gewährung kurz- und mittelfristiger Kredite für andere Gebiete der Bauwirtschaft, insbesondere für den Straßenbau, gehört zu den Aufgaben der Bank.

Durch die Baukreditgesetze 1929 und 1930 ist der Reichsarbeitsminister ermächtigt worden, im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen für Darlehen, die von der Bank aufgenommen werden, Bürgschaften bis zum Betrage von RM. 400 000 000,— zu übernehmen, die als Kredite für den Wohnungsbau und den Straßenbau weiterzuleiten sind.
Die Bank untersteht der Aufsicht des Deutschen Reiches, die durch einen Reichskommissar ausgeübt wird.

Die Bank unterhält Zweigniederlassungen in Breslau, Dresden, Essen, Frankfurt a. M., Hamburg, Karlsruhe, München, Stuttgart und Weimar. Für die auf dem Gebiete der Baufinanzierungen erforderlichen bautechnischen Arbeiten und Kontrollen verfügt die Bank über eine besondere technische Organisation.

Übersicht über die Entwicklung der Bank

	Aktienkapital	Bilanzzahl	Hauptbuchumsatz	Gewinn
31. 12. 1924	1 300 000	16 500 000	71 800 000	96 703,55
31. 12. 1925	1 500 000	30 500 000	204 700 000	148 934,08
31. 12. 1926	12 800 000	45 400 000	310 000 000	207 948,83
31. 12. 1927	12 800 000	51 000 000	800 000 000	763 852,28
31. 12 1928	24 300 000	162 000 000	2 750 000 000	2 014 585,58
31. 12. 1929	24 300 000	194 000 000	5 200 000 000	3 203 457,69
31. 12. 1930	24 300 000	243 000 000	5 400 000 000	3 756 786,40
31. 3. 1931	34 300 000	—	—	—

Deutsche Wohnstätten-Hypothekenbank Aktiengesellschaft

Die Deutsche Wohnstätten-Hypothekenbank Aktiengesellschaft wurde zur Pflege des langfristigen Beleihungsgeschäftes für den Wohnungsbau von der Deutschen Bau- und Bodenbank Aktiengesellschaft im Jahre 1924 gegründet. Sie ist eine Hypothekenbank im Sinne des Hypothekenbankgesetzes und untersteht der Aufsicht des Preußischen Staates. Außerdem untersteht sie der Aufsicht des Deutschen Reiches, die durch einen Reichskommissar ausgeübt wird.

Das Aktienkapital der Deutschen Wohnstätten-Hypothekenbank Aktiengesellschaft beträgt Reichsmark 7 000 000,— und befindet sich in den Händen des Deutschen Reiches, einiger deutscher Länder und der Deutschen Bau- und Bodenbank Aktiengesellschaft.

Der Bestand an Hypotheken- und Kommunaldarlehen betrug bei der Gesellschaft Ende 1930 rd. GM. 44 000 000,—. Der Umlauf an Goldpfandbriefen und Goldkommunalobligationen stellte sich zur gleichen Zeit auf rd. GM. 40 000 000,—.

Deutsche Baurevision

REVISIONS- UND TREUHAND-AKTIENGESELLSCHAFT FÜR DIE BAUWIRTSCHAFT, BERLIN

Die Gesellschaft wurde für die besonderen Bedürfnisse der Bauwirtschaft von der Deutschen Bau- und Bodenbank Aktiengesellschaft gegründet und mit einem Aktienkapital von RM. 250 000,—ausgestattet. Gegenstand des Unternehmens sind: Durchführung von Revisionen, Organisationen und Betriebskontrollen aller Art, Beratung und Vertretung in Wirtschaftsfragen, sowie auf dem Gebiete des Steuer- und Handelsrechts, Ausübung von Treuhandgeschäften jeder Art.

Deutsche Bau- und Grundstücks-Aktiengesellschaft Berlin

Die Gesellschaft wurde von der Deutschen Bau- und Bodenbank Aktiengesellschaft als Hilfsgesellschaft mit einem Aktienkapital von RM. 500 000,— gegründet.

Ihr Zweck ist der Erwerb, die Verwaltung und Verwertung von Grundstücken, die Vermittlung von Grundstücksbeleihungen und alle anderen der Bau- und Bodenwirtschaft dienenden Geschäfte.

Die Gesellschaft erwarb vom Reich die reichseigenen Wohnungsbauten in den ehemals besetzten Gebieten in Westdeutschland im Werte von etwa Reichsmark 130 000 000,— zur treuhänderischen Verwaltung und Verwertung.

Wiener Baukredit-Bank

Die Wiener Baukredit-Bank ist eine Aktiengesellschaft und hat ihren Sitz in Wien. Ihr Aktienkapital beträgt S 800 000,— und befindet sich fast ausschließlich in den Händen der Deutschen Bau- und Bodenbank Aktiengesellschaft.

Die Gesellschaft ist berechtigt, Baukreditdarlehen und Hypothekendarlehen zu gewähren. Sie ist ferner berechtigt, verzinsliche Kassenscheine auszustellen und eigene Schuldverschreibungen auszugeben. In Ausübung dieser Rechte betreibt sie alle bankmäßigen Geschäfte.

Die Gesellschaft ist im Einvernehmen mit der österreichischen Bundesregierung beauftragt worden, die finanzielle und technische Durchführung der österreichischen Wohnbauförderungsaktion zu überwachen.

DARMSTÄDTER UND NATIONALBANK

KOMMANDITGESELLSCHAFT AUF AKTIEN

Verzeichnis der Zweigstellen:

Aachen
Altona (Elbe)
Augsburg
Bad Kreuznach
Bad Oeynhausen
Bamberg (Oberfranken)
Barmen (Wuppertal-)
Beuthen (Oberschles.)
Bielefeld
Bingen (Rhein)
Blumenthal (Hannover)
Braunschweig
Bremen
Bremerhaven
Breslau
Bünde (Westf.)
Cannstatt (Stuttgart-)
Celle
Chemnitz
Cottbus
Darmstadt
Dortmund
Dresden
Düsseldorf
Duisburg
Duisburg-Ruhrort
Elberfeld (Wuppertal-)
Erfurt
Essen (Ruhr)
Feuerbach (Württ.)
Forst (Lausitz)
Frankfurt (Main)
Frankfurt (Main)-Höchst
Frankfurt (Oder)
Freiburg (Breisgau)
Fürstenwalde (Spree)
Fürth (Bayern)
Gelsenkirchen
Gera
Gießen
Glatz
Gleiwitz
Glogau
Göppingen
Görlitz
Greiz
Grünberg (Schles.)
Guben
Hagen (Westf.)
Halberstadt
Halle (Saale)
Hamburg
Hanau
Hannover
Heilbronn (Neckar)
Hemelingen b. Bremen
Hirschberg (Riesengeb.)
Hof (Bayern)
Hohenstein-Ernstthal
Iserlohn
Kaiserslautern
Karlsruhe (Baden)
Kassel
Kattowitz (Katowice)
Kehl
Kiel
Koblenz
Köln
Königsberg (Pr.)
Krefeld
Leipzig
Liegnitz
Ludwigshafen (Rhein)
Lübbecke (Westf.)
Lübeck
Lünen
Magdeburg
Mainz
Mannheim
Minden (Westf.)
Mülheim a. d. Ruhr
München
M.-Gladbach
Neumünster
Neuß
Neustadt (Haardt)
Neuwied
Nürnberg
Offenbach (Main)
Offenburg (Baden)
Oppeln
Osnabrück
Pforzheim
Pirmasens
Potsdam
Quedlinburg
Ratibor
Regensburg
Remscheid
Reutlingen
Rheydt
Rinteln
Schweinfurt
Senftenberg (N.-Lausitz)
Sorau (N.-Lausitz)
Spandau
Spremberg (N.-Lausitz)
Stettin
Stuttgart
Stuttgart-Cannstatt
Tegernsee
Trier
Uerdingen (Niederrhein)
Vegesack
Vlotho
Wandsbek
Wesermünde-Geestemünde
Wesermünde-Lehe
Wiesbaden
Wiesbaden-Biebrich
Würzburg
Wuppertal-Barmen
Wuppertal-Elberfeld
Zwickau (Sachsen)

Hauptniederlassung Berlin W 8, Behrenstr. 68-70

Filiale Frankfurt a. M. Neue Mainzer Str. 59

DEUTSCHE GENOSSENSCHAFTS-HYPOTHEKENBANK

Aktiengesellschaft

BERLIN

Die Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank ist eine mit dem deutschen Genossenschaftswesen eng verbundene Hypothekenaktienbank. Das voll eingezahlte Aktienkapital beträgt 5 Millionen Reichsmark. Sämtliche Aktien gehören der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse. Die Aktien lauten auf den Namen und sind nur mit Zustimmung des Aufsichtsrats übertragbar. Sitz der Gesellschaft ist Berlin. Die Bank darf alle nach dem Hypothekenbankgesetze zulässigen Geschäfte betreiben. Sie arbeitet seit dem Jahre 1924. Das Beleihungsgeschäft der Deutschen Genossenschafts-Hypothekenbank erstreckt sich hauptsächlich auf den kleinen und mittleren Haus- und Grundbesitz in Stadt und Land. Nach der Satzung ist insbesondere das Bedürfnis nach Anlagekredit derjenigen Kreise zu befriedigen, die ihren Betriebskredit bei Genossenschaften decken. Die Bank bedient sich daher bei ihren Hypothekengeschäften in erster Linie der Vermittlung von Genossenschaften, die ihrerseits den Darlehnsnehmern bei der Beschaffung der Beleihungsunterlagen, der Bereinigung des Grundbuchs und der Abwicklung der einzelnen Zahlungsgeschäfte behilflich sind. Diese Mitwirkung der Genossenschaften bedeutet für die Darlehnsnehmer eine Verbilligung der sonst üblichen Vermittlungsprovisionen sowie der Bankspesen.

Auf die Ermittlung des Wertes der Beleihungsobjekte haben die Genossenschaften keinen Einfluß. Die Wertermittlung erfolgt vielmehr mit Hilfe unabhängiger beeidigter Sachverständiger. Die den Grundbesitzern von der Bank gewährten Darlehen werden grundsätzlich durch erststellige Goldmarkhypotheken gesichert.

Die Bank verschafft sich die für das Beleihungsgeschäft erforderlichen Geldmittel durch Ausgabe von Goldpfandbriefen und Gold-Kommunal-Schuldverschreibungen. Die Emissionen der Bank gelangen an den Börsen in Berlin und Frankfurt a. M. zur Notierung und sind bei der Reichsbank lombardfähig. Die Gold-Kommunal-Schuldverschreibungen der Bank sind in Preußen mündelsicher.

Ferner sind der Deutschen Genossenschafts-Hypothekenbank aus den Amerika-Anleihen und der Golddiskontbankanleihe der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt größere Beträge zugeflossen, die an die Landwirtschaft, und zwar hauptsächlich an den kleineren Besitz, weitergeleitet wurden.

Am 31. Dezember 1930 betrug der Hypothekenbestand der Bank 3344 Hypotheken mit insgesamt GM 37 854 302.39. Hiervon entfielen 2547 Stück mit insgesamt GM 11 594 890.31 auf Hypotheken bis zu GM 10 000.—. Der Bestand an Kommunal-Darlehen betrug 26 Stück mit insgesamt GM 9 233 422.03.

Der Vorstand setzt sich zusammen aus den Herren

Fritz Jahn, Berlin
Paul Albert, Berlin
Dr. Josef Grünewald, Berlin
Dr. Ernst Steinbock, Berlin, stellvertretend.

Dem Aufsichtsrat gehören an:

Otto Klepper, Präsident der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse, Berlin, Vorsitzender.

Ludwig Hohenegg, Geheimer Landesökonomierat, Präsident des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften — Raiffeisen — e. V., München, stellvertretender Vorsitzender.

Direktor Friedrich Albert, Geschäftsführer der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg.

Dr. Fritz Baade, M. d. R., Reichskommissar, Berlin.

Dr. Heinrich Bachem, Geheimer Regierungsrat, Direktor der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G., Berlin.

Hans Draguhn, Direktor der Brandenburgischen Provinzial-Genossenschafts- und Raiffeisenbank e. G. m. b. H., Berlin.

Otto Gennes, Regierungsrat, Generalanwalt des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften — Raiffeisen — e. V., Berlin.

Dr. Richard Göhmann, Geheimer Regierungsrat, Staatsfinanzrat a. D., Berlin.

Dr. Andreas Hermes, M. d. R., Reichsminister a. D., Präsident des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften — Raiffeisen — e. V. und der Vereinigung der deutschen Bauernvereine, Berlin.

Ernst Possel, Direktor bei der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse, Berlin.

Rudolf Siedersleben, Direktor bei der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse, Berlin.

Dr. Carl Snay, Oberregierungsrat a. D., Berlin.

DEUTSCHE BANK
UND
DISCONTO-GESELLSCHAFT

Gegründet 1870 und 1851

HAUPTSITZ BERLIN

Die Generalversammlungen der Deutschen Bank und der Disconto-Gesellschaft beschlossen am 29. Oktober 1929 die Verschmelzung beider Institute unter der Firma **DEUTSCHE BANK UND DISCONTO-GESELLSCHAFT,** der sich die Norddeutsche Bank in Hamburg, die Rheinische Creditbank, der A. Schaaffhausen'sche Bankverein A.-G., die Süddeutsche Disconto-Gesellschaft und im Laufe des Jahres 1930 die Bankhäuser L. Pfeiffer, Kassel, J. Frank & Cie., Krefeld, sowie Doertenbach & Cie., Stuttgart, anschlossen. Die Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft besitzt 300 Niederlassungen im In- und Auslande.

Die **Deutsche Bank** wurde im Jahre 1870 mit einem Aktienkapital von 5 Millionen Taler ins Leben gerufen. Neben dem Betriebe der allgemeinen Banktätigkeit wurde in ihrem Gründungsprotokoll als Sonderaufgabe die Förderung und Erleichterung der Handelsbeziehungen zwischen Deutschland, den europäischen Ländern und überseeischen Märkten angegeben. Um das überseeische Geschäft mit Erfolg betreiben zu können, hat sie sehr bald als erste der Großbanken Niederlassungen an den deutschen Seeplätzen errichtet, Bremen im Jahre 1871, Hamburg zu Beginn des Jahres 1872. Die ehemalige Londoner Niederlassung wurde 1873 gegründet.

Bahnbrechend wirkte die Deutsche Bank in der Geschichte des modernen deutschen Bankbetriebes durch die Einführung des Scheckverkehrs in Verbindung mit der Annahme verzinslicher Bardepositen und die Errichtung eigener Niederlassungen im In- und Auslande. Durch Übernahme großer Provinzinstitute, die bereits ein ausgedehntes Filialnetz besaßen, erweiterte die Deutsche Bank ständig ihren Wirkungskreis. Entsprechend der Bedeutung des Handels und der Industrie im Westen Deutschlands ist das Filialnetz im Westen am dichtesten. Im Laufe der Jahre wurden übernommen die Bergisch-Märkische Bank, der Schlesische Bankverein, die Norddeutsche Creditanstalt, die Hannoversche Bank, die Privatbank zu Gotha, die Braunschweiger Privatbank, die Württembergische Vereinsbank, die Essener Credit-Anstalt, die Siegener Bank, die Lübecker Privatbank, die Hildesheimer Bank und die Osnabrücker Bank.

Im Ausland eröffnete die Deutsche Bank noch Filialen in Amsterdam, Konstantinopel und Sofia. Die Errichtung der Amsterdamer Niederlassung im Jahre 1921 hatte vor allem den Zweck, den Kunden in weitgehendem Maße diejenigen Finanzierungen zu vermitteln, für die vor dem Kriege die Niederlassungen in Brüssel und London zur Verfügung standen. Die Geschäfte der Filiale Amsterdam wurden nach der Fusion mit der Disconto-Gesellschaft auf die Handel-Maatschappij H. Albert de Bary & Co. N.V., Amsterdam, und die der Filiale Sofia auf die Kreditbank, Sofia, übertragen. Eigene Vertretungen bestehen in New-York, Paris, Stockholm und Zürich. Ferner ist die Deutsche Bank maßgeblich an ihrem Tochterinstitut, der Deutschen Überseeischen Bank, beteiligt, die, im Jahre 1893 mit dem Sitz in Berlin errichtet, in Argentinien, Brasilien, Chile, Peru und Uruguay 22 eigene Niederlassungen unterhält und auch in Barcelona, Madrid und Sevilla Filialen besitzt.

Die **Direction der Disconto-Gesellschaft** wurde 1851 als Kreditgenossenschaft ins Leben gerufen und 5 Jahre später in eine Kommanditgesellschaft auf Aktien umgewandelt. Mit der machtvollen Entfaltung der deutschen Wirtschaft und ihrer kommerziellen und finanziellen weltwirtschaftlichen Verflechtung ist die Disconto-Gesellschaft zur modernen deutschen Großbank geworden.

Am Ausbau der rheinisch-westfälischen Kohlen- und Eisen-Industrie ebenso auf anderen industriellen Arbeitsgebieten (Kali, Braunkohle, Elektrizität, Maschinenbau und Schiffahrt) hat die Disconto-Gesellschaft besonders tätigen Anteil genommen. In gleicher Weise wie für die ihr nahestehenden privaten Unternehmungen hat sie für deutsche und ausländische Staaten eine große Zahl Anleihen emittiert. Ihr Name ist weiter mit großen Unternehmungen außerhalb der Grenzen unseres Vaterlandes eng verknüpft.

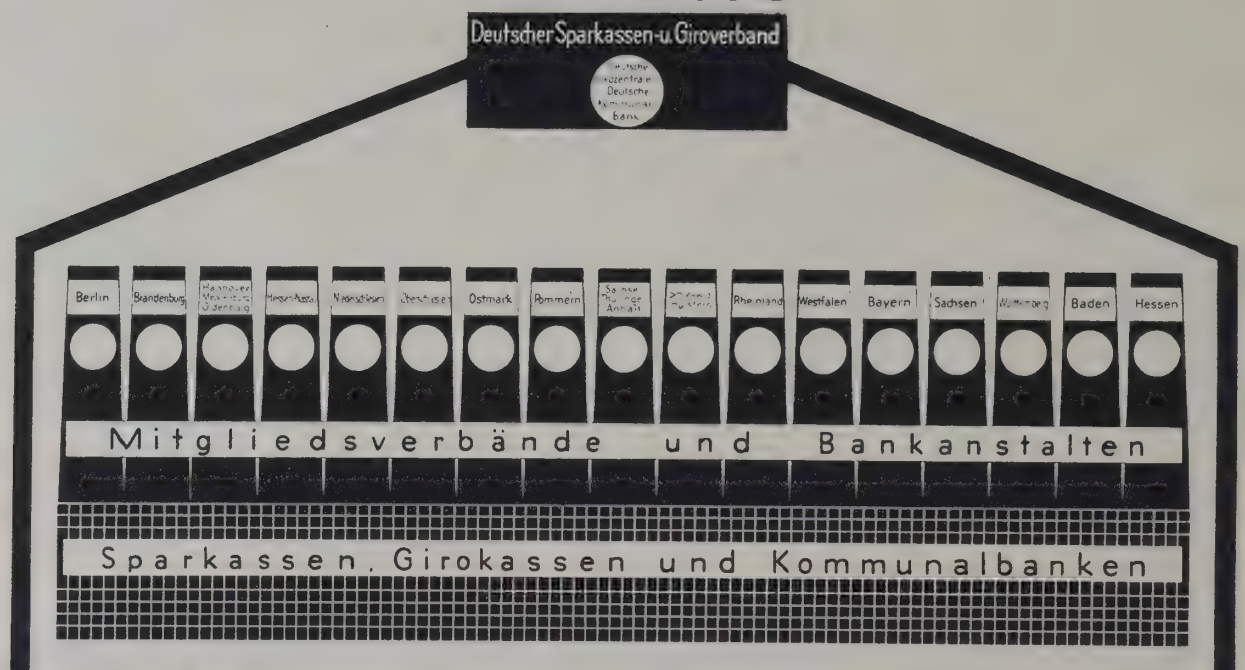
Auch mit Bankgründungen wagte man sich frühzeitig über die deutschen Grenzen. Auf europäischem Boden wurden Tochterbanken, in Bukarest die Banka Generala Romana und in Sofia die Kreditbank, gegründet. Nach dem Kriege erwarb die Disconto-Gesellschaft maßgebliche Beteiligungen bei der Handel-Maatschappij H. Albert de Bary & Co. N.V. in Amsterdam und dem Bankhaus Ephrussi & Co. in Wien. Auf überseeischem Gebiet wurden gemeinsam mit der Norddeutschen Bank die Brasilianische Bank für Deutschland gegründet und einige Jahre später die Bank für Chile und Deutschland in Valparaiso. Nach der Fusion mit der Deutschen Bank wurde die Brasilianische Bank für Deutschland mit der Deutschen Überseeischen Bank vereinigt.

Die Ausdehnung der laufenden Kreditgewährung an Handel und Industrie setzte eine engmaschige Organisation über das ganze Reichsgebiet voraus. 1895 erfolgte die Übernahme des gesamten Aktienkapitals der Norddeutschen Bank in Hamburg. In gleicher Weise wurde 1914 der A. Schaaffhausen'sche Bankverein in Köln angegliedert. Im Laufe der Jahrzehnte sind weiter zahlreiche Provinzbanken und Provinzbankiers durch Aufsaugung dem Bankkonzern einverleibt worden (Rheinische Bank in Essen, Mittelrheinische Bank in Koblenz, Westdeutsche Vereinsbank, Westfälisch-Lippische Vereinsbank, Königsberger Vereinsbank, Schlesische Handelsbank, Magdeburger Bankverein, Stahl und Federer A.-G., Stuttgart, die Bank für Thüringen in Meiningen u. a.). Eine weitere Ergänzung erfuhr die Ausdehnung des Interessenbereiches durch dauernde Kapitalbeteiligungen (Süddeutsche Disconto-Gesellschaft A.-G. in Mannheim, L. Pfeiffer in Kassel u. Philipp Elim eyer in Dresden

DAS IST DAS ZEICHEN

der 12621 öffentlichen Sparkassen und Sparstellen
ihre Arbeit dient der heimischen Wirtschaft!

AUFBAU



DATEN	
1765	1. öffentliche Sparkasse
1838	Erlaß des preußischen Sparkassenreglements
1881/84	Deutscher Sparkassenverband
1908/09	Giro- und Scheckverkehr
1916	DeutscherZentral-Giroverband
1918	Deutsche Girozentrale
1924	Deutscher Sparkassen- und Giroverband
1927	Mustersatzung für Sparkassen

ZIFFERN (Ende 1930 in Milliarden Reichsmark)	
Kapitalkraft der Sparkassenorganisation	18,2
davon: **Spar- u. Giroeinlagen** der **Sparkassen**	12,3
Hypothekarkredite der Sparkassen seit 1924	4,9
Sparkassenkredite an Mittelstand u. wirtschaftl. schwächere Erwerbskreise	2,7
Kommunale Sammelanleih. der Girozentralen (Umlauf)	1,6
Zahl der Sparkonten	18,2

Die Sparkassen- und Giroorganisation ist die Zusammenfassung der Sparkassen, Kommunalbanken und Girozentralen bzw. Landesbanken zu einer Bankengruppe öffentlich-rechtlichen Charakters zwecks Pflege des Spar- und Ueberweisungsverkehrs und Befriedigung des Kreditbedarfs von Kleinwirtschaft und Kommunen nach dezentralistischen, gemeinnützigen Grundsätzen.

Der Aufgabenkreis:

Die Sparkassen

bilden als örtliche, mit der Garantie ihrer kommunalen Gewährsträger ausgestattete Institute die breite Grundlage der Organisation. Ihre vornehmste Aufgabe bleibt die Förderung des Sparsinns und der Kapitalbildung. Ihr Aufgabenkreis im einzelnen ist in den „Mustersatzungen" umrissen, die in Preußen und anderen Ländern im Benehmen mit der staatlichen Aufsichtsbehörde aufgestellt wurden. Die Geschäftstätigkeit beschränkt sich grundsätzlich auf den Bereich des Garantieträgers, vor allem auch im Kreditgeschäft, um so eine ausreichende Kreditversorgung der heimischen Wirtschaft, besonders der Kleinwirtschaft, sicherzustellen. Das Schwergewicht ruht dabei auf den langfristigen Anlagen, vor allem auf dem städtischen und landwirtschaftlichen Hypothekarkredit. Der Spargiroverkehr ermöglicht durch das dichte, über das ganze Reich ausgedehnte Netz von Zahlstellen der Sparkassenkundschaft die Teilnahme an einem modernen Zahlungsverkehr in den Formen des Spargiro-Eilüberweisungs-, Scheck- und Wechseleinzugs- und Reisekreditbriefverkehrs.

Die Girozentralen

(Landesbanken, Provinzialbanken) sind die „Zentralbanken" der Sparkassen zur Durchführung der notwendigen überörtlichen Geschäfte und des Geldausgleichs unter den Sparkassen. Gleichzeitig stellen sie den Liquiditätsrückhalt der Sparkassen zur Wahrung einer ständigen Zahlungsbereitschaft dar. Des weiteren sind sie Spèzialbanken für den kurz- und langfristigen Kommunalkredit (Ausgabe von Sammelanleihen). In enger Verbindung mit ihnen stehen die Oeffentlichen Bausparkassen, die das kollektive Bausparen (Gemeinschaftssparen) auf der Grundlage eines gerechten und günstigen Zuteilungssystems bei völliger Sicherheit der Bauspareinlagen pflegen und so die örtliche Unterstützung der Wohnungsbaufinanzierung durch die Sparkassen ergänzen.

Das Spitzengeldinstitut der gesamten Sparkassenorganisation ist die

Deutsche Girozentrale
— Deutsche Kommunalbank —

Berlin, die den Geldausgleich der Organisation für das ganze Reichsgebiet durchführt und die Stellung einer zentralen Kommunalbank einnimmt.

Sparkassen, Girozentralen und Landesbanken sind zusammengeschlossen im

Deutschen Sparkassen- und Giroverband,

der sich seinerseits auf den einzelstaatlichen und provinziellen Sparkassen- und Giroverbänden aufbaut.

Deutsche Sparkassen- und Giroorganisation

DEUTSCHE HYPOTHEKENBANK (ACTIEN-GESELLSCHAFT)

BERLIN NW 7, DOROTHEENSTRASSE 44

Die Deutsche Hypothekenbank (Actien-Gesellschaft) verdankt ihr Entstehen den Wirtschaftskräften, welche aus dem Boden des geeinten Deutschlands nach dem deutsch-französischen Kriege emporwuchsen; das Privileg wurde ihr am 3. April 1872 erteilt.

Die Bank ist zu allen Geschäften berechtigt, die nach dem Hypothekenbankgesetz und den Gesetzen über wertbeständige Schuldverschreibungen und wertbeständige Hypotheken gestattet sind. Sie untersteht der Aufsicht des preußischen Staates.

Die Bank gehört keiner der großen Gruppen von Hypothekenbanken an, sondern hat sich ähnlich der Berliner Handels-Gesellschaft, die in der Person des Carl Fürstenberg den Vorsitz im Aufsichtsrat inne hat, ihre Selbständigkeit bewahrt und nimmt in der Reihe der Hypothekenbanken eine gewisse Sonderstellung ein. Die Bank hat nach Ueberwindung der Inflationszeit lebhaften Anteil an der Förderung des Realkredites durch Gewährung wertbeständiger Hypotheken an Stadt und Land sowie durch Darlehn an Kreise, Städte, Landgemeinden usw. genommen. Bei den hypothekarischen Beleihungen werden nicht nur der Großgrundbesitz, sondern auch der kleine Landwirt, Mittelstand und Handwerker in gleicher Weise berücksichtigt.

Januar-Juli-Zinsen 7% • G.-M. 100.–

7%

100

Serie XXXIX Lit. D 7%

GOLDPFANDBRIEF

DER

DEUTSCHE HYPOTHEKENBANK (ACTIEN-GESELLSCHAFT)

Die Deutsche Hypothekenbank (Actien-Gesellschaft) schuldet dem Inhaber dieses Goldpfandbriefes den Wert von

EINHUNDERT GOLDMARK

gleich 35,842 Gramm Feingold

nebst 7% Zinsen.

Die Zinsen sind in halbjährlichen Raten nachträglich am 2. Januar und 1. Juli zahlbar. Der Geldwert von Kapital und Zinsen wird nach dem Preise des Feingoldes gemäss den umseitig abgedruckten Bedingungen berechnet und ist in deutscher Reichswährung zu zahlen. Der Goldpfandbrief ist von seiten des Inhabers unkündbar und wird von der Deutsche Hypothekenbank (Actien-Gesellschaft) nach Massgabe der umseitig abgedruckten Bedingungen zurückgezahlt.

BERLIN, im August 1930.

Deutsche Hypothekenbank (Actien-Gesellschaft)

Der Aufsichtsrat — Der Vorstand

Für diesen Goldpfandbrief ist die vorschriftsmässige Deckung vorhanden und sind die für denselben diesendes Unterlagen in das Goldhypothekenregister eingetragen.

BERLIN,

Eingetragen im Register — den

Der Kontrollbeamte — Der staatlich bestellte Treuhänder

100

7%

Leipzig – GIESECKE & DEVRIENT – Berlin

Die von der Deutschen Hypothekenbank (Actien-Gesellschaft) verausgabten Goldhypothekenpfandbriefe und Goldkommunalobligationen erfreuen sich von jeher einer besonderen Beliebtheit.

AKTIENKAPITAL RM 8000000 RESERVEFONDS RM 3200000

UMLAUF AN GOLDPFANDBRIEFEN UND GOLDKOMMUNALOBLIGATIONEN GM 145000000

AUFSICHTSRAT:

Carl Fürstenberg, Berlin, Vorsitzender des Verwaltungsrates der Berliner Handels-Gesellschaft, Vorsitzender;
Max Boeszoermeny, Bankdirektor a. D., Berlin, stellvertretender Vorsitzender;
Eugen Fabisch, Breslau (E. Heimann);
Dr. **Theodor Frank,** Kommerzienrat, Berlin, Direktor der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft;
Hans Fürstenberg, Berlin, Geschäftsinhaber der Berliner Handels-Gesellschaft;
Georg Helfft, Berlin (N. Helfft & Co.);
Dr. **Richard Kohn,** Kommerzienrat, Nürnberg (Anton Kohn);
Theodor Marba, Justizrat, Berlin (Darmstädter und Nationalbank Kommanditgesellschaft auf Aktien);
Dr. **Alfred Meyer,** Berlin (Gebr. Arnhold);
Max Salinger, Berlin (Gust. Salinger);
Dr. **Curt Sobernheim,** Berlin, Direktor der Commerz- und Privat-Bank Aktiengesellschaft;
Alfred Zielenziger, Kommerzienrat (Alfred Zielenziger), Berlin.

TREUHÄNDER:

Lehmann, Ministerialrat im Preußischen Ministerium für Volkswohlfahrt;
Dr. **von Heusinger,** Ministerialrat im Preußischen Finanzministerium, Stellvertreter.

VORSTAND:

Dr. **Gustav Hirte,** Justizrat; Dr. **Wilhelm Lippelt;** **Carl Hirte.**

DEUTSCH-ASIATISCHE BANK

ZENTRALE IN SCHANGHAI

Filialen in:

Berlin NW 7, Mittelstr. 2-4

Hamburg 1, Alsterdamm 41

Hankau, Kanton, Kobe, Peking, Tientsin, Tsingtau

AKTIENKAPITAL TAELS 4600000.—

Die Bank wurde am 12. Februar 1889 mit dem Sitz in Schanghai von einem Konsortium deutscher Großbanken und Bankfirmen, an dem auch die Preußische Staatsbank beteiligt war, gegründet, die, abgesehen von letzterer, soweit sie als selbständige Bankinstitute noch bestehen, auch heute im Aufsichtsrat der Bank vertreten sind. Die der Bank zugewiesenen Aufgaben sind der Betrieb von Bankgeschäften in und die Förderung des Handelsverkehrs mit Ostasien. Das von den Gründern übernommene Aktienkapital betrug anfänglich 5 Millionen Schanghai Taels und wurde späterhin auf 7½ Millionen Schanghai Taels erhöht.

Die Geschäfte wurden zunächst in Schanghai aufgenommen, später wurden Filialen in Tientsin, Hankau, Tsingtau, Tsinanfu, Peking und Kanton; in Yokohama und Kobe; in Calcutta, Hongkong und Singapore; in Berlin und Hamburg eröffnet. Von diesen Niederlassungen wurden infolge des Weltkrieges dauernd geschlossen diejenigen in englischen Kolonien, infolge des Erdbebens am 1. September 1923 die Filiale Yokohama zerstört, und nach dem Kriege die Filiale in Tsinanfu nicht wieder eröffnet, so daß die Bank zur Zeit neun Niederlassungen hat. Eigene Gebäude besitzt sie in Schanghai, Hankau, Peking und Berlin.

Im Jahre 1896 konnte die Bank zum ersten Male als Emissionshaus in Tätigkeit treten, in Gemeinschaft und je zur Hälfte mit der Hongkong and Shanghai Banking Corporation wurde eine Chinesische Staatsanleihe im Betrage von £ 16 000 000.— übernommen.

Späterhin nahm die Bank in einem erweiterten internationalen Konsortium an der Ausgabe chinesischer, japanischer und siamesischer Staatsanleihen im Gesamtbetrage von ca. £ 140 000 000.— teil.

Im Jahre 1898 gründete die Bank zum Zwecke der Verwertung des von China an Deutschland überlassenen exterritorialen Grundbesitzes in Hankau und Tientsin deutsche Niederlassungsgesellschaften und in 1899 in Gemeinschaft mit ihren Konsortialbanken die Schantung-Eisenbahn- und Bergbau-Gesellschaft.

Die der Bank von der deutschen Regierung für das Schutzgebiet Kiautschau und die Konsulargerichtsbezirke in China im Jahre 1906 verliehene Banknoten-Konzession und die ihr in 1910 erteilte Konzession für die Ausgabe von Hypothekenpfandbriefen sind durch die Aufhebung der deutschen Exterritorialität gegenstandslos geworden.

Am 17. April 1923 wurde die Ausgabe von Schanghai Taels 100 000.— Vorzugsaktien mit 50fachem Stimmrecht beschlossen, die von dem genannten Konsortium übernommen wurden. Da der Bank die Bücher noch viele Jahre nach dem Kriege vorenthalten wurden, konnte die erste Nachkriegsbilanz erst in 1928 fertiggestellt werden. Das Stammaktienkapital wurde auf Schanghai Taels 4 500 000.— herabgesetzt. Für die seither abgelaufenen Geschäftsjahre 1928, 1929 und 1930 wurde eine Dividende von je 5 % auf die Stammaktien ausgeschüttet.

DEUTSCHE ORIENTBANK AKTIENGESELLSCHAFT

ZENTRALE: BERLIN W 56, FRANZÖSISCHE STRASSE 29

Im Jahre 1906 wurde seitens der Dresdner Bank, des A. Schaaffhausen'schen Bankvereins und der Nationalbank für Deutschland die Deutsche Orientbank Aktiengesellschaft mit dem Sitz in Berlin und einer Zweigniederlassung in Hamburg errichtet, um die Handelsbeziehungen mit dem

nahen Orient zu pflegen. Die Entwicklung der Bank hat dazu geführt, daß sie einen bestimmenden Faktor im türkischen und ägyptischen Wirtschaftsleben bildet. Sie verfügt über ein Eigenkapital von Rmk. 13.600.000.— und unterhält Filialen in der

TÜRKEI: ISTANBUL (CONSTANTINOPEL), IZMIR (SMYRNA)

DEUTSCHE LANDESBANKENZENTRALE A.-G.

Die Deutsche Landesbankenzentrale Aktiengesellschaft ist Konzernbank der im Verbande deutscher öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten zusammengeschlossenen Institute (staatliche, provinzielle oder kommunale Kreditanstalten, Landschaftliche Kreditanstalten, Stadtschaften und ähnliche Pfandbriefanstalten). Das Aktienkapital in Höhe von 5 Millionen RM., von denen 2 Millionen eingezahlt sind, befindet sich ausschließlich im Besitze dieser Institute; die Deutsche Girozentrale ist mit 40 % beteiligt.

Die Bedeutung der öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten für das deutsche Wirtschaftsleben, namentlich für die langfristige Kreditversorgung, ergibt sich schon aus der Tatsache, daß ihre langfristigen Ausleihungen sich Ende 1930 auf rund 5.5 Milliarden GM. beliefen.

Die Aufgabe der Deutschen Landesbankenzentrale A.-G. besteht ausschließlich darin, die im Verbande deutscher öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten zusammengeschlossenen öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute sowie die mit diesen Anstalten in Verbindung stehenden Finanzverwaltungen auf ihrem Tätigkeitsgebiete zu fördern. Zur Erreichung dieses Zweckes darf sie Bankgeschäfte aller Art betreiben.

Mit der Deutschen Girozentrale ist eine Arbeitsteilung in der Weise vereinbart, daß im Verkehr mit den sowohl bei dieser, als auch bei der Deutschen Landesbankenzentrale beteiligten Instituten letzterer vor allem die Förderung der Kreditemission auf dem Gebiete des Realkredits einschließlich des Meliorationskredits mit allen sich daraus ergebenden Nebengeschäften obliegt.
Von der der Deutschen Landesbankenzentrale A.-G. satzungsmäßig zugewiesenen Aufgabe, Gelder durch Ausgabe von Inhaberschuldverschreibungen zur Weitergabe an die Konzernbanken anzuleihen, hat sie bisher in zwei Fällen Gebrauch gemacht, und zwar ist von ihr im Jahre 1927

1. für Zwecke des Kleinwohnungsbaues eine Anleihe von fünf Millionen Dollar (First Mortgage Secured Gold Sinking Fund Bonds 6 % Serie A) an die Firma Lee Higginson & Co., Boston, New York, verkauft, an deren Erlös elf staatliche und kommunale Bankinstitute beteiligt werden konnten. Diese Anleihe wurde den Bauherren zu 6 % Zinsen plus ½% Verwaltungskostenbeitrag bei einer Auszahlung von rund 90 % zur Verfügung gestellt. Gesichert ist die Anleihe durch erststellige Hypotheken an städtischem Grundbesitz, deren treuhänderische Verwaltung die Preußische Zentral-Genossenschafts-Kasse übernommen hat; die Beleihungsgrenze lag bei 40 % des getaxten Wertes;

2. hat die Deutsche Landesbankenzentrale an das vorgenannte amerikanische Bankhaus eine 10-Millionen-Dollar-Anleihe (Mortgage Secured Gold Sinking Fund Bonds 6 % Serie B) verkauft, an deren Erlös zwölf staatliche und kommunale Bankinstitute beteiligt werden konnten. Der Erlös dieser Anleihe hat dazu gedient, der mittleren und kleineren Industrie billige langfristige Kredite zuzuführen. Die von den letzten Kreditnehmern zu entrichtenden Leistungen beliefen sich auf 6 % Zinsen plus ¾% Verwaltungskostenbeitrag bei einer Auszahlung von ebenfalls 90 %. Die zur Darlehnssicherstellung zu bestellenden Hypotheken durften 30 % des getaxten Wertes nicht überschreiten. Auch für diese Anleihe hat die Preußenkasse die Treuhänderschaft übernommen.

Im Auftrage der Reichs- und Staatsbehörden hat die Deutsche Landesbankenzentrale im Jahre 1928 außerdem die Führung für die Aufnahme einer Auslandsanleihe zum Zwecke der Umschuldung kurzfristiger landwirtschaftlicher Verbindlichkeiten übernommen. Träger dieser in Höhe von 25 Millionen Dollar aufgenommenen Anleihe waren 14 kommunale Kreditinstitute. Für diese Anleihe hat die Deutsche Landesbankenzentrale durch Vertrag mit der Lee Higginson Trust Co., Boston, die Funktion eines Zentralagenten für den Anleihedienst übernommen.

Die Entwicklung der Deutschen Landesbankenzentrale A.-G. seit dem Jahre 1925 (im April 1924 wurde der Geschäftsbetrieb aufgenommen) zeigt folgendes Bild:

Bilanzstand	1925	47 675 614.—
„	1930	147 008 823.—
Umsätze	1925	1 289 937 446.—
„	1930	5 016 000 000.—
Kreditoren	1925	14 250 991.—
„	1930	67 233 706.—
Debitoren	1925	6 455 392.—
„	1930	28 755 142.—

Mit der Deutschen Landesbankenzentrale A.-G. ist organisatorisch die im Jahre 1929 als Körperschaft des öffentlichen Rechts errichtete

ZENTRALE FÜR BODENKULTURKREDIT

verbunden.

Sie ist eine von zehn provinziellen und staatlichen Kreditanstalten gebildete Vereinigung, deren gegenwärtiges Stammkapital RM. 1 200 000.— beträgt. Der ausschließliche Zweck der Zentrale für Bodenkulturkredit besteht in der Beschaffung langfristiger Geldmittel für Bodenkulturzwecke, insbesondere durch Ausgabe von Inhaberschuldverschreibungen und die Weiterleitung dieser Gelder an die Mitgliedschaften.

Die Zentrale für Bodenkulturkredit hat ihre Emissionstätigkeit im Mai 1930 aufgenommen und zunächst durch ein unter Führung der Preußischen Staatsbank stehendes Konsortium fünf Millionen 8%ige Bodenkulturkreditbriefe am freien Markt untergebracht. Im Dezember 1930 hat sie weitere 5 Millionen 7%ige Bodenkulturkreditbriefe zur Zeichnung aufgelegt.

Die aus dem Verkauf der Bodenkulturkreditbriefe gewonnenen Mittel werden durch die Mitgliedsanstalten an öffentlich-rechtliche Wasser- und Bodenverbesserungsgenossenschaften oder ähnliche öffentlich-rechtliche Gemeinschaften ausgeliehen, die das Recht haben, Umlagen zu erheben und aus den ihnen angeschlossenen Grundstücken zwangsweise beizutreiben. Die Ausleihung kann außerdem bis zu 20 % der Gesamtausleihungen an sonstige Körperschaften des öffentlichen Rechts erfolgen, welche Aufgaben der Bodenkultur übernommen haben.

Die von den Mitgliedsanstalten erworbenen Darlehnsforderungen werden an die Zentrale für Bodenkulturkredit abgetreten zur Eintragung in das nach dem Gesetz vom 21. Dezember 1927 angelegte Deckungsregister.

DEUTSCHE UEBERSEEISCHE BANK

BERLIN NW 7, FRIEDRICHSTRASSE 103

Aktienkapital und Reserven ... RM 45100000.—

Gegründet 1886 von der Deutschen Bank, Berlin, jetzt Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft

FILIALEN UNTER DER FIRMA:

BANCO ALEMÁN TRANSATLÁNTICO
BANCO ALLEMÃO TRANSATLANTICO

in

ARGENTINIEN: Bahia Blanca, Buenos Aires, Córdoba, Mendoza, Rosario de Santa Fé

BRASILIEN: Bahia, Curityba, Porto Alegre, Rio de Janeiro, Santos, São Paulo.

CHILE: Antofagasta, Concepción, Iquique, Santiago, Temuco, Valdivia, Valparaiso.

PERU: Arequipa, Callao, Lima. URUGUAY: Montevideo.

SPANIEN: Barcelona, Madrid, Sevilla.

DEUTSCH-SÜDAMERIKANISCHE BANK

AKTIENGESELLSCHAFT

BANCO GERMANICO

BERLIN

Unter den Banken, welche es sich zur Aufgabe gestellt haben, die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und den latein-amerikanischen Ländern zu fördern, nimmt die in engen Beziehungen zur Dresdner Bank und Darmstädter und Nationalbank stehende Deutsch-Südamerikanische Bank einen hervorragenden Platz ein. Die im Jahre 1906 gegründete Bank verfügt über ein Eigenkapital von 24,5 Millionen Reichsmark. Außer einer Zweigniederlassung in Hamburg bestehen Filialen in Buenos Aires, Rio de Janeiro, São Paulo, Santos, Valparaiso, Santiago (Chile), Mexico und Asunción (Paraguay), sowie eine von ihr als spanische Aktiengesellschaft gegründete Niederlassung in Madrid.

ZENTRALE: BERLIN W 8, MOHRENSTRASSE 20/21

DEUTSCHE RENTENBANK-KREDIT-ANSTALT

(LANDWIRTSCHAFTLICHE ZENTRALBANK)

*

Kapital . . . . . 445 000 000 RM.
Hauptrücklage . . . 41 000 000 RM.
Anleihen: . . . . . 618 000 000 RM.

Aufgabe der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt ist die Beschaffung und Gewährung von Krediten für Zwecke der deutschen Landwirtschaft in allen ihren Zweigen unter Einschluß der Förderung der Bodenkultur und der landwirtschaftlichen Siedlung

BERLIN W 8 / WILHELMSTRASSE 67

DEUTSCHE UNIONBANK

AKTIENGESELLSCHAFT

BERLIN W8, UNTER DEN LINDEN 17-18

Telephon-Anschluß: A 2 Flora 6001

Ferngespräche: A 2 Flora 3131

Telegramm-Adresse: Aktunibank Berlin

Telegramm-Adresse für Direktion und Sekretariat: Aktunichef Berlin

---

KAPITAL UND RESERVEN: RM 13 500 000.–

DER AUFSICHTSRAT:

Justizrat Albert Pinner, Berlin, als Vorsitzender, Se. Exzellenz Reichsminister a. D. Dr. Friedrich Rosen, Berlin, als stellv. Vorsitzender, Graf Hans Albrecht Harrach, Oberhofen-Schweiz, Generaldirektor Ivar Kreuger, Stockholm.

DER VORSTAND:

Otto Hallström, Berlin, Dr. iur. Graf Georg Conrad v. d. Goltz, Berlin, Alfred Horwitz, Berlin.

Die Bank betreibt Bankgeschäfte aller Art und Finanzierungsgeschäfte

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Abonnement-Preis in Frankfurt einschliessl. Stempel fl. 8 jährlich; im Postverein fl. 9.45 kr.

Insertionsgebühren für die 2spaltig Petitzeile 2½ Sg. oder 9 kr. pr. Zeile. Expedition sowie Annahme von Inseraten: **Bornheimerstrasse 9.**

Frankfurter Handelszeitung.

№ 82. **Mittwoch den 29. October** **1856**

Die Crisen von 1855 und 1856.

Eine Parallele ihrer Ursachen.

Die Lage der Bank von England und der Bank von Frankreich, so wie die Umstände auf dem Geldmarkt der beiden Länder gleichen so sehr der alarmirenden Situation in welcher sie sich im verflossenen Jahre befanden, dass der Economist zu einem Vergleich herausgefordert wird. Man muss sich erinnern, dass die Ursachen, welche in beiden Ländern zu der gegenwärtigen Flauheit geführt haben, in jedem wesentlichen Punkt gänzlich verschieden sind von denjenigen, welche vor dem Herbst 1855 gewirkt haben. Zu jener Zeit hatte eine grosse Erschöpfung an Capital stattgefunden für die Führung des Krieges, dessen Resultate, wie schätzbar auch vom Standpunkt der Politik, doch trostlos und betrübt vom rein finanziellen Standpunkt sind. Die geringste Summe, welche England und Frankreich für den Krieg an ausserordentlichen Ausgaben aufwenden musste, waren 600 Mill. Gulden jährlich für jedes. Welche segenbringende Folgen für den Handel der Krieg in der Zukunft auch haben mag für den Augenblick verschlingt er Capital, das aus Geschäften, wo es productiv angelegt ist, entnommen werden muss. Es mag im Hinblick auf eine lange Reihe von Jahren für ein Land sehr vortheilhaft gewesen sein, einen langen kostspieligen Krieg zu führen, aber zur Zeit des Krieges selbst ist es unstreitig um das ärmer, was derselbe kostet. Das verschossene Pulver und die Transport- und Verpflegungskosten kehren nicht zurück in Gestalt von reproducirtem Capital. Dies war der Charakter der grossen Capitalentziehung welche die Geldmärkte in England und Frankreich zwei Jahre lang bis vor einem Jahr zu erleiden hatten. Das Schlimmste dabei war noch, dass man nicht wusste, wie lange die Opfer fortdauern sollten.

Jetzt ist Alles geändert. Die Ursachen der gegenwärtigen Flauheit und die Aussichten auf die Zukunft sind gänzlich verschieden. Allerdings hatten wir im gegenwärtigen Jahr noch einen Rest von den Kriegskosten zu zahlen; allein es war nicht viel und jetzt ist alles überwunden und von nun an sind nur commercielle Betrachtungen in Allem was die Nachfrage nach Capital betrifft in Erwägung zu ziehen.

Nun ist es gewiss, dass, wir wollen nicht sagen in Folge des Krieg's doch zusammentreffend mit demselben, der Handel und die Speculation Englands und Frankreichs einen solchen Aufschwung im gegenwärtigen Jahre genommen haben, dass so viel Kapital absorbirt worden ist, als wenn der Krieg noch mit der äussersten Energie fortgeführt worden wäre. Worauf wir aber aufmerksam machen möchten, ist der verschiedene Charakter der Ausgabe und die Wirkung welche diese Verschiedenheit haben muss.

In England kann die Speculation nicht viel Kapital über die gewöhnlichen Gegenstände des Geschäfts hinaus absorbirt haben. Aber unser Handel hat eine rasche Ausdehnung gewonnen. Der Import der Hauptartikel hat bedeutend zugenommen: namentlich der von Baumwolle, Wolle, Zucker, Thee, Getreide u. s. w. Die Schiffsladungen, welche im Laufe der ersten 8 Monate dieses Jahres in englischen Häfen gelandet wurden, betrugen 5,130,000 Tonnen, gegen 4,408,000 des vorigen Jahres. Auf der anderen Seite scheint sich unser Ausfuhrhandel in noch grösserem Massstabe vermehrt zu haben. Es wurden in derselben Periode dieses Jahres 6,343,000 Tonnen ausgeführt gegen 5,446,000 des Jahres 1855. Bis Ende August d. J. betrug unsere Ausfuhr 74,689,000 Pfund St. gegen 60,154,000 Pfd. St. des v. J. und bis zu diesem Augenblick kann der Ueberschuss zu Gunsten dieses Jahres nicht weniger, als 20,000,000 Pfd. St. sein. So seltsam es auch klingen mag, diese beiden Thatsachen wirken zuerst darauf hin, die Nachfrage nach Kapital auf unserem Markte zu vermehren. Export, wie Import absorbirt, wenigstens für einige Zeit, unser Kapital. Zufolge der Handelspraxis werden die Einfuhrbeträge in unser Land durch Wechsel dargestellt, welche an den Plätzen der Production im Augenblick der Einschiffung gegen dasselbe gezogen sind. Und die so gezogenen Wechsel sind, wenn nicht sofort zahlbar bei Ankunft der Waaren oder kurz darauf, nachdem sie acceptirt, vollkommene Werthpapiere, die an der englischen Bank oder anderswo discontirt werden. Jeder Zuwachs der Einfuhr in unser Land ist also unmittelbar begleitet von einer Verwendung von ebensoviel Kapital, oder von Werthpapieren, welche dessen Stelle vertreten.

Was den Export betrifft, so will es unser Handelsgebrauch, dass unsere Waaren in alle Welt auf Credit versendet werden, den entweder der Fabrikant oder der Kaufmann gibt. Es mag sein, dass der Letztere einen Vorschuss in Baar oder in Wechseln von dem Zwischenagenten erhält, welcher den Handel zwischen Jenen und den Antipoden vermittelt; das macht aber in Hinsicht des Geldmarktes des ganzen Landes keinen Unterschied. Mag also die Einfuhr oder die Ausfuhr wachsen; es wird jedesmal mehr Kapital verlangt. Aber ungleich den Kriegskosten kehrt es nach einer bestimmten Zeit mit Gewinn zurück; die Kapitalnoth kann also nur kurze Zeit bestehen.

Die Lage in Frankreich ist ein wenig anders, aber auch verschieden von der des vorigen Jahres. Die reinen Börsenspeculanten übergehen wir, weil ihre Verluste und Gewinne, seien sie noch so gross, dem Nationalkapital weder etwas nehmen, noch hinzufügen. Anders verhält es sich aber mit den grossen Summen, welche vom Publikum gezeichnet und eingezahlt sind um die zahlreichen Pläne auszuführen, die eben Gegenstand jener Speculation sind; und die Wirkung, welche das Kapital des Landes davon verspürt, ist für den Augenblick fast gleich, ob sie auf die Länge gelingen oder nicht. Nehmen wir eine Eisenbahn in Frankreich, oder eine solche in Oesterreich, welche mit französ. Kapital gebaut wird. Hier verwenden die Actionaire zu ihren Einzahlungen entweder Geld, das sie bis dahin im Handel beschäftigt hatten, oder sie ziehen es von ihren Banquier's zurück, welche es ihrerseits zur Unterstützung des Handels verbraucht hatten oder sie verkaufen Werthpapiere, welche das Geld anderer Personen absorbiren. Wenn diese dauernden Werke, wie erfolgreich sie auf die Dauer sein mögen, etwas mehr Kapital erfordern, als die jährlichen Ersparnisse des Landes ausmachen, so muss Kapital auf einem anderen Wege herangezogen werden, um das Bedürfniss zu befriedigen; und in der Regel reisen dann die Leute mit ihren verkäuflichsten Effecten ab, um das Geld anzuschaffen. Wenn man erwägt, was die Franzosen alles in diesem Jahre in Frankreich, wie in anderen Theilen Europa's unternommen haben, so kann es uns nicht Wunder nehmen, dass eine Stockung auf dem Geldmarkt eingetreten ist. Der Unterschied zwischen der Crisis im verflossenen Jahre liegt aber darin, dass der Aufwand für den Krieg für alle Zeiten verloren ist; während die Kapitalanlagen dieses Jahres mit Gewinn wiederkehren; wesshalb die gegenwärtige Stockung nur eine Sache der Zeit ist. Der Markt muss sich nach einer gewissen Frist bestimmt wieder erholen, wenn auch manche der Speculationen fehlschlagen mögen.

Wenn auch die Ursachen der Klemme also tiefer liegen und seit Monaten sich vorbereitet haben, so wird in der Regel die Verlegenheit doch erst zum Rang einer Crisis erhoben durch die Panique, welche sich der Geschäftswelt bemächtigt. Alle Banquiers und Kaufleute suchen sich zu decken, verkaufen Effecten und machen dadurch gerade die Verlegenheit grösser als sie wirklich ist. Das Hauptheilmittel in solchen Zeiten ist daher gerade die Wiederkehr des Vertrauens und dieses muss sich einstellen, sobald man einmal weiss, dass die Klemme keiner schlimmeren Ursache beizumessen ist, als den Nachwehen des Krieges und dem gesteigerten Unternehmungsgeist. Wir müssen daher bald eine Wiederbelebung des Geldmarktes sehen — grösser und dauernder als in den ersten Monaten des laufenden Jahres.

In der Nummer der „Frankfurter Handelszeitung" vom 29. Oktober 1856 erschien der obige Artikel über die Krisen von 1855 und 1856 als Bericht aus London. Er ist heute, nach fünfundsiebzig Jahren, noch „aktuell".

Napoleon liegt außerordentlich viel daran, den Vermittler zu spielen; und es ist immer noch wahrscheinlicher, daß die Sache beigelegt wird. Bundesrath Furrer ist in einer Friedensmission nach Frankfurt gereißt. Außerdem soll er bei den Höfen von Baden, Würtemberg und Baiern gegen die Genehmigung des Durchmarsches preußischer Truppen remonstriren; eventuel soll er verlangen, daß der Schweiz gestattet werden muß, im Fall des Durchmarsches preußischer Truppen, diejenigen badischen Gebietstheile zu besetzen, deren es zur strategischen Deckung Schaffhausen's und Basel's bedarf. Oesterreich ist der Schweiz günstig und hat in Berlin gegen die Anwendung von Waffengewalt Vorstellungen gemacht. Die Rüstungen der Schweiz gehen in großem Maßstabe fort, Dufour wird Oberbefehlshaber, Frei-Herosé Chef des Generalstab's. Die Haltung der Bevölkerung ist besonnen, aber einig und entschlossen. Der König von Würtemberg ist gegen die Genehmigung des Durchmarsches der Preußen und will der Kammer Vorlage dahin machen. Baiern ist der Schweiz weniger hold; doch wirken in München einflußreiche Persönlichkeiten zu Gunsten der Schweiz. Es war sehr gut, daß ich hierher kam. Näheres mündlich. Ihr M. Wirth.

Stelle aus einem Briefe, den Max Wirth, der erste Redakteur der „Frankfurter Handelszeitung", an den damals noch als Herausgeber der jungen Gründung firmierenden H. B. Rosenthal aus Bern als Ergänzung zu einer telegraphischen Depesche des gleichen Tages am 20. Dezember 1856 schickte.

DRESDNER BANK

DIREKTIONSGEBÄUDE BERLIN W, FRONT BEHRENSTRASSE

Die Gründung der Bank erfolgte am 12. November 1872 unter Uebernahme des altangesehenen Dresdener Bankhauses Michael Kaskel mit einem eingezahlten Aktienkapital von 9,6 Mill. Mark. In dem industriell hochentwickelten Sachsen erwarb sich die Bank in kurzem eine angesehene Stellung innerhalb der sächsischen Geschäftswelt und trat auch mit dem benachbarten Böhmen in rege Beziehungen. Im Jahre 1881 wurde in Berlin eine Filiale eröffnet und im Jahre 1884 auch die Leitung der Bank hierher verlegt, während der juristische Sitz bis auf den heutigen Tag in Dresden geblieben ist, wo auch noch immer die Generalversammlungen stattfinden. Von Berlin aus dehnte die Bank ihre Tätigkeit durch Gründung von zahlreichen Filialen und Aufnahme verschiedener anderer Banken über das ganze Reich aus und entwickelte sich rasch zu einer der maßgebenden Großbanken Deutschlands von internationaler Geltung. Zur Zeit verfügt die Bank über mehr als 200 eigene Niederlassungen und Depositenkassen in etwa 100 deutschen Städten. Unter den Banken und Bankgeschäften, welche die Dresdner Bank im Laufe ihrer Entwicklung in sich aufnahm, seien nur erwähnt die Anglo-Deutsche Bank in Hamburg (1892), die Bremer Bank in Bremen (1895), die Deutsche Genossenschaftsbank von Soergel, Parrisius & Co., Berlin und Frankfurt a. M. (1904), die Rheinisch-Westfälische Disconto-Gesellsch. in Aachen, die Märkische Bank in Bochum (1917) und die Ostbank für Handel und Gewerbe in Berlin und Königsberg (1929). Durch die Uebernahme der Deutschen Genossenschaftsbank wurde eine große Anzahl von Kreditgenossenschaften in allen Teilen Deutschlands in den Kundenkreis der Dresdner Bank einbezogen. Diese Funktion einer geldlichen Zentrale für die deutschen gewerblichen Kreditgenossenschaften bildet seitdem eine Spezialität der Dresdner Bank. Den beiden Genossenschaftsabteilungen der Bank in Berlin und Frankfurt a. M. sind etwa 1200 deutsche Kreditgenossenschaften angeschlossen, der genossenschaftliche Giro- und Inkassodienst erstreckt sich auf über 3000 Plätze Deutschlands.

Die Beziehungen zum Auslande, die durch den Krieg zum größten Teil zerrissen waren, sind inzwischen wieder hergestellt und weiter ausgebaut worden. Eigene Niederlassungen im Auslande unterhält die Dresdner Bank zur Zeit in Danzig, Polnisch-Oberschlesien und Aegypten; in New York ist sie durch die Firma George Nathan, in Paris durch die Banque Ehrlich S. A., in Holland durch die Firma Proehl & Gutmann in Amsterdam vertreten, die namentlich in der Finanzierung internationaler Geschäfte Bedeutung erlangt hat. Die Bukarester Filiale der Dresdner Bank ist 1929 unter der Firma Rumänische Bank-Anstalt in ein selbständiges Unternehmen unter maßgebender Beteiligung der Bank umgewandelt worden. Die Dresdner Bank ist ferner an zwei Auslandsbanken maßgebend beteiligt, an der Deutsch-Südamerikanischen Bank in Berlin mit Niederlassungen in Hamburg, Madrid und den wichtigsten süd- und mittelamerikanischen Plätzen und an der Deutschen Orientbank in Berlin mit Niederlassungen in Istanbul und Izmir. Weitere Beteiligungen bestehen bei der Dürener Bank in Düren, bei der Hardy & Co. G. m. b. H., Berlin, der Rostocker Bank in Rostock, der Oldenburgischen Landesbank in Oldenburg, der Spar- und Kreditanstalt für Deutsche Beamte und Angestellte AG. Berlin, Flemming & Co. in Magdeburg, der Internationalen Bank in Luxemburg und der Rigaer Internationalen Bank in Riga.

Die Dresdner Bank pflegt alle Zweige des Bankgeschäfts, insbesondere das Kontokorrentgeschäft. Sie ist in erster Linie Kredit- und Depositenbank und hat sich seit jeher besonders auch der Finanzierung des Außenhandels gewidmet. Ihre Beziehungen erstrecken sich auf alle Zweige der Industrie und des Handels.

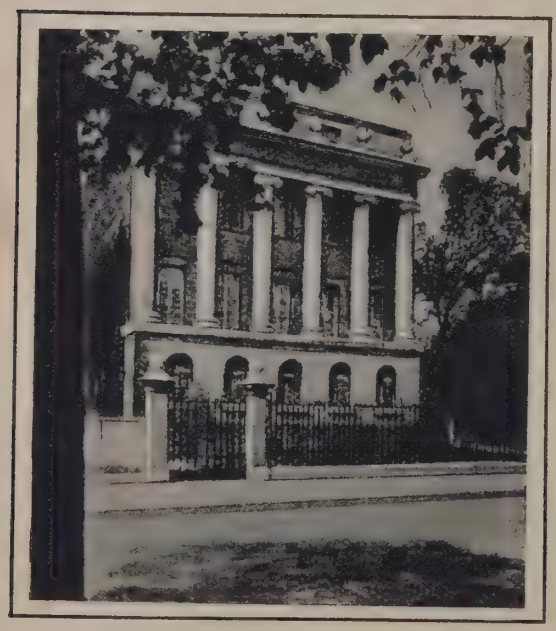
In den seit der Währungsstabilisierung verflossenen Geschäftsjahren hat die Bank eine recht günstige Entwicklung genommen und folgende Dividenden verteilt: 1924 und 1925 je 8 %, 1926 bis 1929 je 10 %. Für das Geschäftsjahr 1930, das unter dem Einfluß der Weltwirtschaftskrise stand, wurde eine auf 6 % ermäßigte Dividende gezahlt. Im Jahre 1926 wurde das Aktienkapital von RM. 78 Mill. auf RM. 100 Mill. erhöht. Durch Generalversammlungsbeschluß vom 29. August 1931 erfolgte eine Kapitalserhöhung um RM 300 Mill. 7%ige Vorzugsaktien, die vom Deutschen Reich übernommen wurden, so daß das Eigenkapital der Bank einschließlich der offenen Reserven in Höhe von RM 34 Mill. nunmehr RM 434 Mill. beträgt.

DELBRÜCK SCHICKLER & Co.

BERLIN

TELEGRAMM-ADRESSE:
DELBRÜCKBANK

J. DREYFUS & CO., FRANKFURT A. M.-BERLIN



Unter der Firma „Dreyfus-Jeidels" wurde am 1. Dezember 1868 zu Frankfurt a. M. eine „Handlung" ins Leben gerufen, aus der das heutige Bankgeschäft: J. Dreyfus & Co., Frankfurt a. M.-Berlin, seinen Ursprung herleitet. Der Gründer dieser Handlung war Herr Jacques Dreyfus-Jeidels, bis dahin Teilhaber der Schweizer Bankfirma Isaac Dreyfus Söhne in Basel. Ihm zur Seite trat sein damals 19jähriger Sohn, Herr Isaac Dreyfus, der zunächst als Prokurist und ab März 1872 als Gesellschafter an der Geschäftsführung teilnahm. Die Firma, die schon zu Beginn ihrer Tätigkeit fast sämtliche Zweige des Bankgeschäftes bearbeitete, nahm besonders auf dem Gebiet der Effekten- und Devisenarbitrage nicht nur in Deutschland, sondern auf dem ganzen Kontinent bald eine anerkannte Stellung ein. Sie nahm im Juli 1883 Herrn Carl Brettauer als weiteren Teilhaber auf. Dagegen schied Herr Jacques Dreyfus-Jeidels im Januar 1888 aus der Firma aus. An seine Stelle trat als Teilhaber Herr Lucien Picard. Bald darauf erfolgte die Umwandlung der offenen Handelsgesellschaft in eine Kommanditgesellschaft, die am 1. April 1890 unter der noch heute gültigen Firma „J. Dreyfus & Co." in das Handelsregister eingetragen wurde.

Die Erkenntnis von der zunehmenden Bedeutung der Reichshauptstadt für das geschäftliche Leben Deutschlands führte zu dem Entschluß der Firma, durch Eröffnung einer Zweigniederlassung in Berlin ihren Wirkungskreis zu erweitern. Die im Jahre 1891 ins Leben getretene Berliner Filiale, die unter der Leitung des Herrn Lucien Picard und des gleichfalls als Teilhaber aufgenommenen Herrn W. Risch stand, nahm rasch einen großen Aufschwung. Als eine kurze Zwischenperiode in der Entwicklungsgeschichte der Firma stellt sich der Zeitabschnitt von 1897 bis 1904 dar, in dem die Geschäfte der Firma J. Dreyfus & Co. in Frankfurt und Berlin auf die Commerz- und Discontobank in Hamburg, die Vorgängerin der heutigen Commerz- und Privat-Bank, übergegangen waren. Herr Isaac Dreyfus, der in den Aufsichtsrat der Hamburger Aktienbank eingetreten war, entschloß sich 1903, dem Institut sein Mandat wieder zur Verfügung zu stellen und seine Firma neu aufleben zu lassen. Am 2. Januar 1904 wurde die Firma J. Dreyfus & Co., Frankfurt a. M., erneut ins Handelsregister eingetragen.

Im Frühjahr 1909 traten nach dem Ableben des Herrn Isaac Dreyfus dessen Sohn, Herr Willy Dreyfus, sowie Herr Jules Dreyfus-Brodsky aus Basel als Teilhaber in die Firma ein. Im Jahre 1913 übernahm diese die Geschäfte des Frankfurter Bankhauses M. W. Koch & Co. Als weiterer Gesellschafter trat ferner am 17. November 1914 Herr Friedrich J. Kraemer ein. Dagegen sah sich Herr Jules Dreyfus-Brodsky Ende Januar 1918 aus Gründen, die mit dem Krieg zusammenhingen, gezwungen, aus der Firma auszuscheiden. Am 25. Februar 1919 trat Herr Werner Mankiewitz, der Sohn des inzwischen verstorbenen Direktors der Deutschen Bank, Herrn Paul Mankiewitz, in die Firma ein.

Im Oktober 1919 errichtete die Firma J. Dreyfus & Co. unter Uebernahme der Geschäfte des im Jahre 1817 begründeten Berliner Bankgeschäftes S. L. Landsberger in Berlin eine Zweigniederlassung. Durch diese Verschmelzung traten die Herren Kurt Landsberg und Robert Landsberg, Berlin, als Teilhaber in die Firma J. Dreyfus & Co. ein. Gleichzeitig wurden als weitere Teilhaber der frühere Geschäftsinhaber der Berliner Handels-Gesellschaft, Herr Dr. Paul Wallich, Berlin, und Herr Dr. Friedrich Flersheim, Frankfurt a. M., aufgenommen. Herr Friedrich J. Kraemer ist im Juni 1930 ausgeschieden, bleibt aber der Firma freundschaftlich verbunden.

Mit der Eröffnung des Berliner Hauses begann ein neuer Abschnitt in der Geschichte der Firma J. Dreyfus & Co. Auf der Grundlage des Geschäftes der Firma S. L. Landsberger übernahm die Berliner Niederlassung den Ausbau der Berliner und der norddeutschen Interessen der Firma, während die Bearbeitung der nach Süd- und Westdeutschland gravitierenden Geschäfte bei dem Frankfurter Hause verblieb. Beide Häuser widmen sich dem seit dem Bestehen besonders gepflegten, sehr ausgedehnten internationalen Geschäft.

DEUTSCHE VERKEHRS-KREDIT-BANK AKTIENGESELLSCHAFT

BERLIN W. 56, MARKGRAFENSTRASSE 46

Die vornehmlichsten Aufgaben der Deutschen Verkehrs-Kredit-Bank A. G., der Bankabteilung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, liegen auf dem Gebiete der Bewirtschaftung der Reichsbahngelder und der Durchführung einer besonderen Eisenbahnfrachtstundung, des sogenannten Bankstundungsverfahrens.

Dieses Verfahren, das als alleinige langfristige Stundung bei der Reichsbahn zugelassen ist, besteht im Wesentlichen darin, daß den Verfrachtern eine halbmonatliche Stundung gewährt wird. Der Verfrachter erhält für die beiden Monatshälften ein oder mehrere Anweisungshefte, die zur Zahlungsleistung an allen Güter-, Eilgut- und Expreßgutkassen der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft verwandt werden können. Auch eine große Anzahl von Privatbahnen, Hafenverwaltungen*) und die Deutsche Luft-Hansa in ihrem Fracht- und Fleiverkehr nimmt die Anweisungshefte der Deutschen Verkehrs-Kredit-Bank A. G. zur Frachtstundung entgegen. Das Frachtsystem der Bank ermöglicht die zentrale Zahlung aller Frachten an einer Stelle, ohne daß den Verfrachtern Ueberweisungsspesen entstehen oder daß — wie es früher bei Frachtstundungen notwendig war — Sicherheiten an jeder einzelnen Verfrachtungsstelle hinterlegt werden müssen. Die Freizügigkeit der Frachtanweisungshefte ermöglicht also eine unbeschränkte Verwendung bei allen Güterabfertigungen. Die Verfrachter begleichen die Frachten zuzüglich der halbmonatlichen Gebühr von 1¼ vom Tausend des Frachtbetrages am 1. und 16. des Monats entweder an den Kassen der Bank, durch Reichsbankgiro, Postschecküberweisung oder bei den Bankstellen, mit denen die Deutsche Verkehrs-Kredit-Bank Kontobeziehungen unterhält. Solche Bankverbindungen — mehr als 2500 im Deutschen Reich — bestehen mit den meisten namhaften Stellen des öffentlichen und privaten Bankgewerbes. Die Bewährung des Bankstundungsverfahrens prägt sich in der ständig zunehmenden Zahl der Verfrachter aus.

Die Bank führt neben den notwendigen Bankgeschäften der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft die Vereinsabrechnung durch, das ist das Abrechnungsverfahren, zu dem sich der größte Teil der europäischen Bahnen im Verein Deutscher Eisenbahnverwaltungen zusammengeschlossen hat.

Die Deutsche Verkehrs-Kredit-Bank A. G. unterhält 22 Zweigniederlassungen und zwar in:

Breslau	Essen	Hamburg
Dresden	Frankf. a. M.	Hannover
Erfurt	Halle	Karlsruhe
Kassel	Mainz	Schwerin
Köln a. Rh.	München	Stettin
Königsberg	Münster	Stuttgart
Ludwigshafen	Nürnberg	Wuppertal
	Oldenburg	

sowie eine Agentur in Bremen.

Die Bank unterhält weiter an den wichtigsten Bahnhöfen der Großstädte und Grenzübergänge eigene Wechselstuben. Diese betreiben das Geldwechselgeschäft für den Reiseverkehr auf den Bahnhöfen und an den Grenzübergängen auch in den Zügen. Außerdem ermöglichen sie an verschiedenen Orten den Frachtkunden der Bank die Einzahlung auf ihre Frachtkonten.

Die Bahnhofswechselstuben der Deutschen Verkehrs-Kredit-Bank A. G. sind die folgenden:

Aachen, Hauptbahnhof
Basel, Badischer Bahnhof
Bentheim, Bahnhof
Berlin, Anhalter Bahnhof
„ Bahnhof Charlottenburg
„ Bahnhof Friedrichstraße
„ Lehrter Bahnhof
„ Potsdamer Bahnhof
„ Schlesischer Bahnhof
„ Stettiner Bahnhof
„ Bhf. Zoologischer Garten
Beuthen O/S., Hauptbahnhof
Breslau, Hauptbahnhof
Düsseldorf, Hauptbahnhof
Emmerich, Bahnhof
Eydtkuhnen, Bahnhof
Flensburg, Reichsbahnhof
Frankfurt a. M., Hauptbahnhof
Garmisch-Partenkirchen, Bahnhof
Gleiwitz, Hauptbahnhof
Hamburg, Hauptbahnhof
Hindenburg, Bahnhof
Karlsruhe, Hauptbahnhof
Kehl, Bahnhof
Köln, Hauptbahnhof
Königsberg, Hauptbahnhof
Kreuz, Bahnhof
Leipzig, Hauptbahnhof
Marienburg, Bahnhof
Mittenwald, Bahnhof
München, Hauptbahnhof
Neu Bentschen, Bahnhof
Schneidemühl, Bahnhof
Stettin, Hauptbahnhof
Stuttgart, Hauptbahnhof
Warnemünde, Zollschuppen

*) für Hafen-, Kanal- und Schleusengebühren

DIE FRANKFURTER SPARKASSE VON 1822

(POLYTECHNISCHE GESELLSCHAFT)

Aelteste Sparkasse in Frankfurt am Main und der Provinz Hessen-Nassau

14. März 1822 Genehmigung der Frankfurter Sparkasse als öffentliche Sparkasse durch den Senat der Freien Reichsstadt Frankfurt am Main unter Verleihung der Rechtsfähigkeit und Mündelsicherheit.

6. Dez. 1825 Genehmigung der Ersparungsanstalt (Wochenkasse) mit Abholsystem durch den Senat der Freien Reichsstadt Frankfurt am Main.

Die Ueberschüsse der Frankfurter Sparkasse kamen zugute:

1824 der Errichtung einer Modell-Schule;
1825 der Errichtung der Schule der Mechanik;
1830 dem Verein zur Unterstützung Notleidender;
1831 dem Institut zur Beförderung, Erhöhung und Vervollkommnung der Garten- und Feldkultur;
1832 der Gründung des Vereins zur Beförderung des Wohles der dienenden Klasse;
1833—1839 populären Kursen für Chemie;
1835 der Gründung des Gewerbevereins und einer Blumen- und Pflanzen-Ausstellung;
1837 der Errichtung einer Unterrichtsanstalt für Blinde und ferner der Errichtung des Grindbrunnens am Main;
1861—1862 der Gründung des Stenographischen Vereins und der Handelsschule;
1871 den vereinigten Wöhler-, Gewerbe- und Handelsschulen;
1876—1919 der Gründung des Mitteldeutschen Kunstgewerbe-Vereins, der Unterhaltung der Kunstgewerbeschulen, der Einrichtung des Kunstgewerbe-Museums, der Kunstgewerbe-Bibliothek, der Gründung der Pfennigsparanstalt und anderen gemeinnützigen Zwecken.

Die Ueberschüsse, welche die Sparkasse im Laufe der Zeit für ausschließlich gemeinnützige Zwecke der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt hat, betragen RM 7 337 812.38.

Die Zinsen, welche die Sparkasse in den 109 Jahren ihres Bestehens an ihre Sparer gezahlt hat, erreichen die Höhe von rund RM 138 848 000.—.

Die Frankfurter Sparkasse von 1822 ist seit 1907 Mitglied des Sparkassenverbandes für Hessen-Nassau und damit des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes. Sie bedient sich neben den Revisionen durch den Vorstand und die Revisoren der Polytechnischen Gesellschaft der ordentlichen Revisionseinrichtungen des Sparkassenverbandes. Die Frankfurter Sparkasse von 1822 ist, wie die alten hanseatischen Sparkassen und wie die ältesten Sparkassen in Oesterreich (so namentlich in Altona, Hamburg, Bremen, Lübeck, Stuttgart, Wien, Innsbruck, Graz usw.), eine freie Sparkasse und mit diesen verbunden im Verband der Deutschen Freien und Oesterreichischen Vereinssparkassen e. V., der wiederum Mitglied des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes ist. Der Einlagenbestand der Sparkassen des Verbandes der Deutschen Freien und Oesterreichischen Vereinssparkassen betrug am 1. Januar 1931 rund eine Milliarde Reichsmark.

Die Belegung von Mündelgeld und Nachlaßmassen ist durch Beschluß der Vormundschaftsgerichte vom 18. Januar 1930 erneut bestätigt worden.

Die Frankfurter Sparkasse von 1822 hat dem Frankfurter Reakredit Hypotheken in Höhe von rund RM 50 000 000.— (einschließlich Aufwertungshypotheken) zur Verfügung gestellt.

Der Reingewinn der Frankfurter Sparkasse von 1822 betrug in den letzten Jahren:

1929 RM 900 000.—
1930 RM 800 000.—

Die Kontenzahl betrug am 1. September 1931 im Spar- und Giroverkehr zusammen 170 208. Hiervon entfallen 163 711 Konten auf Sparverkehr und 6497 Konten auf Giroverkehr. Die durchschnittliche Höhe des Sparkontos beträgt RM 465.—. Diese Zahlen sprechen für das Vertrauen der gesamten Bevölkerung zu ihrer ältesten gemeinnützigen Sparkasse.

Die Gesamteinlagen betrugen am 1. September 1931 rund RM 83 720 000.—.

Die Belegung der Gelder erfolgt mündelsicher auf Grund der von den preußischen Ministerien des Innern und der Justiz genehmigten Sparkassensatzung.

Der Betrieb der Frankfurter Sparkasse von 1822 umfaßt außer der Hauptstelle in der Neuen Mainzer Straße 49/51 22 Nebenstellen im Stadtgebiet. Der Betrieb ist, soweit dies bei einer gemeinnützigen Sparkasse zweckmäßig und geboten ist, auf modernste Buchungs- und Kontrollmaschinen eingestellt. Der Verkehr zwischen Hauptstelle und Nebenstellen ist automobilisiert.

Zweck und Aufgabe der Sparkasse sind in den 109 Jahren ihres Bestehens, in den Zeiten wirtschaftlichen Hochstandes und Niederganges, in Kriegen und Krisen nach ihrer ältesten Satzung und nach dem Geist des preußischen Sparkassenreglements von 1838 immer dieselben geblieben, nämlich Schutz und Hilfe an dem wirtschaftlich Schwachen aller Bevölkerungskreise sowie Gemeinnützigkeit. Tradition und neue Zeit sind für die Frankfurter Sparkasse von 1822 keine Gegensätze. Es kommt nicht auf die Arbeitsmethoden an, mit denen eine gemeinnützige Aufgabe im Wandel der Zeiten gelöst wird, sondern darauf, ob dieselbe große Aufgabe immer besser bewältigt wird. Diese Aufgabe der Hilfe dem wirtschaftlich Schwächeren gegenüber ist aber zugleich die Veredelung der Kapitalbildung in gemeinnützigem Sinne durch Verbilligung und Vermehrung des Kapitals in den Händen möglichst vieler.

FRANKFURTER HYPOTHEKENBANK

IN FRANKFURT AM MAIN

GALLUSANLAGE 8

ZWECK DER ANSTALT

Die im Jahre 1862 gegründete Bank ist eine reine Hypothekenbank im Sinne des Reichsgesetzes vom 13. Juli 1899. Hauptgeschäftszweig der Bank ist die Gewährung von erststelligen Goldmarkhypotheken und von Goldkommunaldarlehen, sowie die Ausgabe von Goldpfandbriefen und Goldkommunalobligationen.

Die Frankfurter Hypothekenbank, mit der die Frankfurter Pfandbrief-Bank Aktiengesellschaft (früher Frankfurter Hypotheken-Kredit-Verein) mit Wirkung vom 1. Januar 1930 durch Fusion vereinigt ist, gehört mit anderen Hypothekenbanken der Gemeinschaftsgruppe Deutscher Hypothekenbanken an.

AKTIENKAPITAL UND RESERVEN

Das Aktienkapital beträgt z. Zt. . . . . RM 12 005 000.—, die offenen Reserven betragen insgesamt RM 12 000 000.— = 100 % des Stammaktienkapitals.

DIVIDENDEN

An Dividenden auf die Stammaktien wurden für die Jahre 1926 8 %, 1927 9 %, 1928 und 1929 10 % und für das Jahr 1930 12 % gezahlt.

BELEIHUNGSGESCHÄFT

Die von der Bank ausgeliehenen Hypothekendarlehen ruhen auf städtischen und landwirtschaftlichen Grundstücken. Dabei wird seitens der Bank die Beschaffenheit und Rentabilität des zu beleihenden Grundstücks sowie die Güte des Schuldners sorgfältig nachgeprüft. Daneben wird, um einen weitestgehenden Ausgleich zu schaffen, auf eine gesunde Mischung von Darlehen aller Größenstufen und entsprechende örtliche Verteilung der Kredite innerhalb Deutschlands gesehen. Die städtischen Hypotheken sind in einem angemessen erscheinenden Verhältnis auf alte und neue Wohn- und Geschäftshäuser verteilt.

Die Gewährung von Kommunaldarlehen erfolgt nur an preußische Körperschaften des öffentlichen Rechtes oder gegen Uebernahme der Gewährleistung durch eine solche Körperschaft.

Der Gesamtdarlehensbestand beträgt z. Zt.

rund 416 Millionen Goldmark,

von denen 364 Millionen Goldmark auf Goldhypotheken und 52 Millionen Goldmark auf Goldkommunaldarlehen entfallen.

AUSGABE VON SCHULDVERSCHREIBUNGEN

Auf Grund der Hypotheken und der Kommunaldarlehen gibt die Bank Goldpfandbriefe und Goldkommunalobligationen aus. Diese Goldschuldverschreibungen sind bei der Reichsbank jeweils in der höchsten Klasse beleihbar.

Die Goldpfandbriefe der Bank sind in Hessen zur Anlage von Mündelgeldern zugelassen, während die Goldkommunalobligationen in Preußen mündelsicher sind.

SCHULDVERSCHREIBUNGS-UMLAUF

Der Gesamtumlauf, der

Ende	1925	GM	7 760 300.—
„	1926	„	27 665 000.—
„	1927	„	97 433 900.—
„	1928	„	182 243 540.—
„	1929	„	203 392 350.—

betrug, stellte sich einschließlich des Umlaufes der mit der Bank fusionierten Frankfurter Pfandbrief-Bank Aktiengesellschaft

Ende 1930 auf GM 395 338 344.96.

AUSLANDSANLEIHEN

Im Laufe der Jahre 1928 und 1929 konnte die Bank vier Auslandsanleihen abschließen, durch die es ermöglicht wurde, dem Wohnungsbau und der Landwirtschaft langfristige Hypothekenkredite zu einem besonders niedrigen Zinssatz zur Verfügung zu stellen. Diese Auslandsanleihen (7%ige Goldpfandbriefe) sind in Amsterdam und Rotterdam zum amtlichen Börsenhandel zugelassen.

AUFWERTUNG

Auf die Papiermarkpfandbriefe der Frankfurter Hypothekenbank sind bis jetzt in drei Teilausschüttungen an die Gläubiger 22 % in 4½%igen Liquidationsgoldpfandbriefen und 1 % in bar verteilt; die Auschüttung der Schlußquote, die nach dem Stande der Teilungsmasse am 30. Juni 1931 etwa ½% betragen würde, steht noch aus.

Die Gläubiger der Vorkriegskommunalobligationen sind mit einer Gesamtquote von 20 % (davon 5 % in bar und 15 % in 4½%igen Liquidationsgoldpfandbriefen) abgefunden.

Von diesen Liquidationsgoldpfandbriefen sind bisher rund GM 4.7 Millionen, rückzahlbar zum Nennwert, ausgelost worden.

Die Frankfurter Pfandbrief-Bank Aktiengesellschaft hat den Gläubigern ihrer Vorkriegspfandbriefe und Kommunalobligationen mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde bereits Ende 1927 eine einmalige Gesamtabfindung von 22½% des Goldmarkbetrages in 4½%igen, ab 1. Januar 1928 zinstragenden Liquidationspfandbriefen gewährt, von denen bis jetzt ein Betrag von rund GM 6.5 Millionen, rückzahlbar zum Nennwert, ausgelost worden ist.

BANKHAUS
BASS & HERZ
GEGRÜNDET 1862

FRANKFURT A. M.
NEUE MAINZER STR. 23

Deutsche Effecten- und Wechsel-Bank
vormals L. A. Hahn

Gegründet 1821
A.-G. seit 1872

Frankfurt a. M. — Berlin

Lincoln Menny Oppenheimer
Bankhaus

Frankfurt am Main

Telegramm-Adresse:
Openhym

HARDY & CO

G. M. B. H.

BERLIN

*

Das Bankhaus Hardy & Co. G. m. b. H. in Berlin, das im Jahre 1881 als offene Handelsgesellschaft gegründet wurde, arbeitet mit einem Kapital von 22½ Millionen Reichsmark in Form einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Neben einem ausgedehnten Kontokorrentgeschäft und dem Handel in Wertpapieren wird das internationale Bankgeschäft betrieben. Es bestehen lebhafte Beziehungen zum Ausland, insbesondere mit der Schweiz, mit Holland, Frankreich, England und Amerika.

Daneben werden die wertvollen Verbindungen mit der deutschen Industrie gepflegt, die eine starke Ausdehnung genommen haben.

Die Firma, die der Berliner Stempel-Vereinigung angehört, ist durch ihre leitenden Persönlichkeiten sowohl in der Verwaltung maßgebender industrieller Gesellschaften, als auch in den wesentlichen wirtschaftlichen Organisationen, wie dem Zentralausschuß der Reichsbank, der Zulassungsstelle an der Börse zu Berlin usw. vertreten.

GEMEINSCHAFTSGRUPPE DEUTSCHER HYPOTHEKENBANKEN

AKTIENKAPITALIEN UND RESERVEN 173 MILLIONEN

Deutsche Centralbodenkredit-Aktiengesellschaft
Berlin NW 7, Unter den Linden 48/51

Deutsche Hypothekenbank
Meiningen, Leipziger Straße 4
Hauptverwaltung Weimar, Coudraystraße 13

Frankfurter Hypothekenbank
Frankfurt am Main, Gallusanlage 8

Mecklenburgische Hypotheken- und Wechselbank
Schwerin i. M., Arsenalstraße 20

Sächsische Bodencreditanstalt
Dresden, Ringstraße 50

Westdeutsche Bodenkreditanstalt
Köln, Kaiser-Wilhelm-Ring 17/21

NIEDERLASSUNGEN:

Schlesische Boden-Credit-Actien-Bank
Zweigniederlassung der Deutschen Centralbodenkredit-Aktiengesellschaft,
Breslau, Schloßstraße 4

Deutsche Hypothekenbank (Meiningen)
Berlin NW 7, Unter den Linden 50/51

Leipziger Hypothekenbank
Niederlassung der Sächsischen Bodencreditanstalt,
Leipzig, Schillerstraße 3

UMLAUFENDE GOLDPFANDBRIEFE U. GOLDSCHULDVERSCHREIBUNGEN
(einschließlich Rentenbankkredit)
3,2 MILLIARDEN
GESAMTDARLEHENSBESTAND 3,3 MILLIARDEN

GEMEINSCHAFTSGRUPPE DEUTSCHER HYPOTHEKENBANKEN

Vor dem Kriege waren in Deutschland 39 private und 35 öffentlich-rechtliche Bodenkreditinstitute tätig, um die jährlich wachsende Kapitalbildung des Landes auf dem Gebiete des Realkredits zu verteilen. Obwohl die Kapitaldecke nach dem Kriege erheblich knapper geworden ist, hat sich die Zahl der Bodenkreditinstitute, insbesondere durch die Neugründung öffentlich-rechtlicher Anstalten, auf 104 erhöht.

Hierdurch ist gerade unter Berücksichtigung der Tatsache, daß das zu verteilende Kapital sehr viel geringer geworden ist, eine Konkurrenz entstanden, die wohl dem einzelnen Kapitalanleger höhere Verzinsung, aber nicht dem Realkredit Nutzen gebracht hat, der die höheren Lasten tragen mußte. So war es ein natürlicher Gedanke, zur Beschränkung dieses allzu großen Angebots eine Zusammenfassung von Instituten vorzunehmen. Eine Reihe von Hypothekenbanken wurde im Wege der Fusion zu starken Einzelinstituten vereinigt, die den Vergleich mit der Vorkriegszeit nicht zu scheuen brauchen. Dabei konnte aber in erster Linie nur dort eine Zusammenfassung erfolgen, wo sich die Interessengebiete nahezu vollständig überschnitten; denn auch die Aufrechterhaltung von Einzelinstituten bietet besondere Vorteile. Diese liegen darin, daß sich die einzelnen Banken in ihrem Wirkungskreis im Laufe ihrer jahrzehntelangen Tätigkeit Absatzgebiete für die Pfandbriefe geschaffen haben, die unter ihrem altbewährten Namen eingeführt sind. Diese Absatzgebiete würden einem fusionierten Gesamtunternehmen teilweise verloren gehen, wenn Banken, die in verschiedenen Gebieten arbeiten, zusammengefaßt werden. Hierzu kommt, daß das deutsche Publikum den Wunsch hat, seine Kapitalanlagen zu „mischen". Aus diesen Gedankengängen heraus ist die **Gemeinschaftsgruppe Deutscher Hypothekenbanken** entstanden. Sie besteht aus sechs einzelnen Hypothekenbanken, die in verschiedenen Gegenden Nord- und Mitteldeutschlands ihren Sitz haben und selbständige Aktiengesellschaften sind. Die Gemeinschaftsgruppe hat dagegen keine eigene Rechtsfähigkeit, sondern ist nur der Name für eine Interessengemeinschaft. Als Zweck erstrebt die Interessengemeinschaft, die Vorteile von Einzelinstituten mit denen einer großen fusionierten Bank zu vereinigen. Wer Pfandbriefe der sechs Banken der Gemeinschaftsgruppe kauft, erwirbt damit den Anspruch auf sechs getrennte Hypothekenmassen, von denen jede durch besondere staatliche Aufsichtsstellen überwacht wird.

Daneben bietet die Konstruktion der Gemeinschaftsgruppe auch die Vorteile einer fusionierten Bank, da für den vertraglich vorgesehenen Gewinn- und Verlustausgleich die Jahresergebnisse der sechs Banken ganz in der gleichen Weise zusammengefaßt werden, wie bei einer einheitlichen Bank. In dieser Beziehung gewinnt die Gemeinschaftsgruppe den Charakter einer Rückversicherung. Außerdem ermöglicht die Gemeinschaftsgruppe eine Vereinfachung allgemeiner Verwaltungsarbeiten, die Wahrnehmung der gemeinschaftlichen Interessen nach außen sowie den Abschluß größerer Geschäfte, deren Durchführung einer einzelnen Bank nicht möglich wäre.

Die Gemeinschaftsgruppe Deutscher Hypothekenbanken umfaßt nahezu die Hälfte des Geschäfts der privaten deutschen Hypothekenbanken und ist damit, ohne eine Monopolstellung einzunehmen oder auch nur zu erstreben, ein ausschlaggebender Faktor im deutschen Realkredit geworden.

HYPOTHEKENBANK IN HAMBURG

Gegründet 1871

*

Die Geschäftsführung steht unter Aufsicht des Senates der Freien und Hansestadt Hamburg. Die Bank pflegt das Pfandbriefgeschäft im Rahmen des Reichshypothekenbankgesetzes. Als Sicherheit für die Goldhypotheken-Pfandbriefe dienen Goldhypotheken von mindestens gleichem Wert und gleichem Ertrage auf städtischem Grundbesitz. Daneben haftet das ganze Vermögen der Bank. Die Goldhypotheken-Pfandbriefe werden an der Hamburger und Berliner Börse notiert. Sie werden von der Reichsbank in Klasse I beliehen.

Aktienkapital	RM. 9 005 400
Sichtbare Reserven und Vorträge . .	RM. 5 800 000

Entwicklung des Pfandbriefumlaufes:

1924	GM.	3 245 025
1925	GM.	6 983 252
1926	GM.	31 355 344
1927	GM.	107 692 386
1928	GM.	150 891 404
1929	GM.	151 893 654
1930	GM.	180 599 328
1931 Anfang Mai	rund GM.	186 500 000

Aufsichtsrat:

Botschafter von Berenberg-Goßler, Hamburg, Vorsitzender,
Alfred Blohm in Firma G. H. & L. F. Blohm, Hamburg, stellvertretender Vorsitzender,
George Eduard Behrens in Firma L. Behrens & Söhne, Hamburg,
Dr. Georg Hirschland in Firma Simon Hirschland, Essen,
Staatsminister Hermann Kühn, Exzellenz, Berlin,
Konsul Gustav Müller, Hamburg,
Rudolf Philippi in Firma J. Magnus & Co., Hamburg,
Max M. Warburg in Firma M. M. Warburg & Co., Hamburg.

Vorstand:

Dr. Gelpcke. Saucke. Güssefeld.

A·LEVY

BANKHAUS

KÖLN

GEGR. 1858

*

MERCK, FINCK & CO.
MÜNCHEN

Das Bankhaus wurde im Jahre 1870 unter der Firma **Merck, Christian & Co.** gegründet. Nach dem Erlöschen der kommanditistischen Beteiligung der Bank für Handel und Industrie in Darmstadt und des Freiherrn von **Cramer-Klett** in Nürnberg sowie nach dem Ausscheiden der Herren Dr. **Heinrich Merck** und **Adolf Christian** lag die Leitung des seit 1879 unter der Firma **Merck, Finck & Co.** als offene Handelsgesellschaft fortgeführten Bankhauses in den Händen des nachmaligen Reichsrates Dr. ing. h. c. **Wilhelm von Finck,** der dem Hause seit der Gründung, seit 1872 als Teilhaber, angehörte. Unter seiner Führung hat sich das Bankhaus zu seiner heutigen Stellung unter den deutschen Privatbanken entwickelt. Seiner Initiative verdankt eine Reihe namhafter Gesellschaften, wie Brauereien, Elektrizitätswerke und andere industrielle Unternehmungen, Entstehung und Förderung. Auch die Verbindung der Inhaber mit der bayerischen Forst- und Landwirtschaft durch Großgrundbesitz in Oberbayern hat das Haus stets aufs engste mit der bayerischen Wirtschaft verknüpft. Durch vielgestaltige Beziehungen, unter anderem zu bedeutenden in- und ausländischen Versicherungskonzernen, an deren Errichtung und Entwicklung es sich führend beteiligt hat, ist das Bankhaus auch mit der übrigen deutschen Wirtschaft und der des Auslandes verflochten. Das Bankhaus befaßt sich mit allen Sparten des modernen Bankwesens und verfügt über alle hierzu gehörenden Einrichtungen und Verbindungen im In- und Auslande. Der derzeitige geschäftsführende Inhaber ist Herr **August von Finck,** der im Jahre 1924 an die Stelle seines Vaters getreten ist.

MENDELSSOHN & Co.
BERLIN

Die Firma ist im Jahre 1795 von Joseph Mendelssohn gegründet worden, der im Jahre 1804 seinen Bruder Abraham Mendelssohn-Bartholdy als Partner aufnahm; seitdem waren bezw. sind Nachkommen von ihnen Teilhaber der Firma. In Hamburg besaß das Bankhaus bis zum Jahre 1887 unter der Firma Paul Mendelssohn-Bartholdy eine Filiale. Im Jahre 1920 wurde in Amsterdam die Firma Mendelssohn & Co. Amsterdam gegründet. Im Verein mit dieser, der Londoner Firma Kleinwort, Sons & Co. und der Bayerischen Vereinsbank, München, mit welcher im Jahre 1922 ein Freundschaftsverhältnis geschaffen worden war, beteiligte sich die Berliner Firma im gleichen Jahre kommanditarisch bei der neugegründeten Bankfirma Kux, Bloch & Co. in Wien.

Die vertretungsberechtigten Inhaber des Berliner Bankhauses sind die Herren:
Franz von Mendelssohn, Paul von Mendelssohn-Bartholdy,
Rudolf Löb, Dr. Fritz Mannheimer, Dr. Paul Kempner,
Robert von Mendelssohn

JOSEPH MENDELSSOHN, DER BEGRÜNDER DER FIRMA

BANKHAUS PAUL KAPFF STUTTGART

Das Bankhaus wurde im Jahre 1887 von Herrn Paul Kapff gegründet, dem dann bald Generalkonsul Rueff als Teilhaber beitrat.

Von jeher bestand eine Reihe von Privat-Bankgeschäften in Stuttgart, von denen eine große Zahl in den letzten Jahrzehnten aufgehört hat oder in Filialen von Aktienbanken aufgegangen ist. Das Haus hat seine volle Selbständigkeit bewahrt, wie es sich auch in den Inflationsjahren von Gründungen und Finanzierungen fengehalten hat. Dagegen hat sich die Firma seit alters angelegen sein lassen, in einem besonderen Vertrauensverhältnis zu ihrer Kundschaft zu stehen und ihr bei der Vermögensanlage an die Hand zu gehen. Sie ist dazu besonders in der Lage durch Beteiligung an der Uebernahme von staatlichen und städtischen Emissionen, wie durch freundschaftliche Beziehungen zu Hypothekenbanken.

Ferner stellt sie ihre Dienste dem Handel und der Industrie zur Verfügung, mit der sie jahrzehntelange Beziehungen verbinden, so der Württ. Baumwollspinnerei und Weberei bei Eßlingen a. N., der Gebr. Junghans A.-G. Schramberg, der Württ. Feuerversicherung A.-G., der Bleicherei, Färberei und Appretur-Anstalt Stuttgart, Uhingen u. a. m.

Das Bankhaus befaßt sich mit allen Sparten des modernen Bankwesens und gewährleistet durch seine Verbindungen eine rasche Erledigung aller Geschäfte mit dem In- und Ausland.

MITTELDEUTSCHE BODENKREDIT-ANSTALT

Greiz * Berlin W 56
Carolinenstraße 42 Schinkelplatz 1-2

Aktienkapital RM 5 000 000 / Reservefonds I u. II RM 3 050 000 / Agiokonto RM 1 300 000

GOLDHYPOTHEKEN-PFANDBRIEFE
GOLDKOMMUNAL-OBLIGATIONEN
GOLDHYPOTHEKEN-DARLEHEN
GOLDKOMMUNAL-DARLEHEN

UMLAUF IN MILLIONEN GOLDMARK

NASSAUISCHE LANDESBANK

Geschichte der Nassauischen Landesbank.

Die Tätigkeit der Nassauischen Landesbank reicht bis in das Jahr 1840 zurück. Damals waren im Herzogtum Nassau schwere Zeiten für den Mittelstand, die Kleingewerbetreibenden und die Kleinbauern, die mangels ausreichender Kredithilfe nicht in der Lage waren, mit der wirtschaftlichen Entwicklung Schritt zu halten. Um diesem Mangel abzuhelfen, wurde durch landesherrliches Edikt vom 22. Januar 1840 eine Landes-Creditkasse für das Herzogtum Nassau ins Leben gerufen, welche ihre Tätigkeit am 1. April 1840 aufnahm. Sie gewährte Darlehen gegen hypothekarische Sicherstellung bei mäßiger Verzinsung und unter Berücksichtigung gemeinnütziger Gesichtspunkte. Diese Darlehen sollten in erster Linie zur Ablösung von Reallasten und von kurzfristigen Verbindlichkeiten dienen. Ferner gab die Landes-Creditkasse auch Darlehen an die nassauischen Gemeinden. Der Zinsfuß beider Arten von Darlehen konnte deswegen niedrig gehalten werden, weil der Landessteuerfiskus für die Verbindlichkeiten der Kasse haftete und die von ihr ausgegebenen verzinslichen Schuldverschreibungen ebenso leicht Absatz fanden wie die damals vom Anlage suchenden Publikum bevorzugten Staatsanleihen. Neben dem Recht zur Ausgabe von Schuldverschreibungen besaß die Landes-Creditkasse auch ein Notenausgaberecht, das während des Bestehens des Herzogtums Nassau auf insgesamt 2½ Millionen Gulden erhöht wurde. Die Kasse hatte ferner die Berechtigung zur Aufnahme kleinerer und größerer „Anlehen", die heute als Spar- und Kontokorrenteinlagen bezeichnet werden.

Im Jahre 1849 wurde die Bezeichnung „Landes-Creditkasse für das Herzogtum Nassau" in „Nassauische Landesbank" abgeändert und die Verfassung der Landesbank auf eine volkstümlichere Grundlage gestellt.

Durch Gesetz vom 28. Juli 1863 erhielt die Nassauische Landesbank das Recht zur Ausgabe von Pfandbriefen, deren Umlauf die Höhe der Gesamtsumme der von der Bank gewährten Hypothekendarlehen erreichen durfte, und deren Inhaber das Recht auf Sonderbefriedigung aus den Eingängen der Deckungsdarlehen besaßen.

Der im Jahre 1866 erfolgte Uebergang des Herzogtums Nassau auf das Königreich Preußen war von größter Bedeutung für die Nassauische Landesbank, weil der preußische Staat, der bereits über eine Staatsbank verfügte, die öffentliche Garantie für die Verbindlichkeiten der Bank nicht übernahm. Um das im Wirtschaftsleben Nassaus unentbehrliche Institut in seiner bisherigen Form zu erhalten, wurde es gemäß Gesetz vom 25. Dezember 1869 auf den neu gegründeten kommunalständischen Verband des Regierungsbezirks Wiesbaden (den späteren Bezirksverband) übertragen und dieser Verband übernahm die öffentliche Garantie für die Bank. Durch das gleiche Gesetz wurde eine besondere mit der Nassauischen Landesbank in Personalunion stehende Nassauische Sparkasse errichtet, die ihre Tätigkeit am 1. Januar 1870 aufnahm.

Der starke wirtschaftliche Aufschwung Deutschlands nach dem Kriege 1870/71 brachte für die Nassauische Landesbank und die Nassauische Sparkasse eine erhebliche Ausdehnung der Geschäfte, so daß die im ganzen Regierungsbezirk verbreitete Außenorganisation, die sich bis dahin auf die nassauischen Rezepturbeamten und später auf die preußischen Steuerkassenbeamten gestützt hatte, verselbständigt wurde.

1898 wurde der Landesbank das Recht zur sofortigen Zwangsvollstreckung auf Grund der zu ihren Gunsten eingetragenen Hypotheken verliehen.

Das Jahr 1902 brachte eine erhebliche Erweiterung der Befugnisse von Landesbank und Sparkasse in bankgeschäftlicher Hinsicht und im Jahre 1918 wurde dem Kommunallandtag des Reg.-Bez. Wiesbaden das Recht verliehen, Einrichtung und Geschäftsbetrieb beider Institute durch eine Satzung zu regeln; diese Satzung wurde noch im gleichen Jahr erlassen und trat an Stelle der bisherigen die Nassauische Landesbank und die Nassauische Sparkasse betreffenden Gesetzesbestimmungen.

Organisation.

Die Nassauische Landesbank und die Nassauische Sparkasse werden von der **Direktion der Nassauischen Landesbank** für Rechnung und **unter unbeschränkter Haftung des Bezirksverbandes des Regierungsbezirks Wiesbaden** verwaltet

Die Direktion besteht aus dem **Generaldirektor** und den **Landesbankdirektoren,** denen Hilfsarbeiter zugeordnet und Beamte und Angestellte unterstellt sind. Der Generaldirektor leitet und überwacht den gesamten Geschäftsbetrieb, der in einzelne den Landesbankdirektoren nach sachlichen Gesichtspunkten zugewiesene Dezernate eingeteilt ist. Die

Nassauische Landesbank, Centrale Wiesbaden, Rheinstr. 42-44

Beschlußfassung über Kredit- und Darlehensgesuche erfolgt in besonderen Kommissionen unter dem Vorsitz des Generaldirektors.

Besonders wichtige Fragen werden vom **Verwaltungsrat** entschieden, dessen Beschlüsse in einigen Fällen der Genehmigung des **Landesausschusses** unterliegen.

Die allgemeine Aufsicht über die Nassauische Landesbank und die Nassauische Sparkasse wird vom Landesausschuß bzw. in letzter Linie vom **Kommunallandtag** ausgeübt. Als staatliche Aufsichtsorgane fungieren der **Oberpräsident** bzw. der **Preußische Minister des Innern.**

Die Geschäfte der Nassauischen Landesbank und der Nassauischen Sparkasse; ihre Entwicklung.

Aktivgeschäfte.

Beide Institute befassen sich mit der Gewährung von **Hypothekendarlehen.** Ganz besonderer Wert wird dabei auf die richtige Beurteilung der **dinglichen** und **persönlichen Sicherheit** des Darlehens gelegt, was durch das Vorhandensein von **Ortsgerichten** im ganzen Regierungsbezirk und die genaue **Ortskenntnis** der einzelnen **Filialleiter** und **Lokalbeiräte** wesentlich erleichtert wird. Der Grundstücksnettoertrag spielt bei der Bewertung

Nassauische Landesbank.
Landesbankstelle Frankfurt (Main) Zeil 127

eine ausschlaggebende Rolle, und auch der **Darlehenszweck** wird zur Untersuchung mit herangezogen, da eine produktive Verwertung des Darlehensbetrages in privat- und volkswirtschaftlichem Interesse geboten scheint. Die Eintragung der Hypothek erfolgt regelmäßig **an erster Stelle** und immer innerhalb der **mündelsicheren Beleihungsgrenze** des nach obigen Gesichtspunkten vorsichtig ermittelten Wertes.

Kommunal-Darlehen werden aus Mitteln der Landesbank und Sparkasse an Gemeinden und öffentliche Körperschaften des Regierungsbezirks Wiesbaden gewährt. Die **Kreditwürdigkeit** der Antragstellerin, insbesondere ihr **Vermögen** und **Steueraufkommen** und ihre bisherige **Geschäftsführung,** werden einer eingehenden Prüfung unterzogen. Erforderlichenfalls muß die **aufsichtsbehördliche Genehmigung nachgewiesen** und eine **Realsicherheitserklärung** beigebracht werden.

Ende 1913 betrugen die von der Nassauischen Landesbank verwalteten Hypotheken- und Kommunaldarlehen insgesamt **168 Millionen Mark.**

Das erst nach der Währungsstabilisierung auf diesem Gebiet einsetzende **Neugeschäft** hat heute schon die stattliche Ziffer von **134 Millionen RM** erreicht.

Personal- und Kommunalkredite werden aus Mitteln der Nassauischen Sparkasse an Einwohner bzw. Gemeinden des Regierungsbezirks Wiesbaden gewährt. Die Bewilligung von Privatkrediten erfolgt gegen **Sicherstellung.** (Grundbucheintrag, Wertpapierverpfändung, Bürgschaft, Forderungsabtretung u. a.)

Für die Bewilligung von Darlehen und Krediten sind vorwiegend **gemeinnützige Gesichtspunkte** maßgebend. Infolgedessen beläuft sich der **Durchschnittsbetrag** der aus Mitteln beider Institute Ende 1930 gegebenen **Hypothekendarlehen** auf **RM 3721.—** und der Ende 1930 aus Mitteln der Nassauischen Sparkasse bewilligten **Privatkredite auf RM 2790.—.**

Passivgeschäfte.

Ausgabe und Verkauf von Landesbank-Goldpfandbriefen und -Kommunalobligationen.

Die von der Nassauischen Landesbank ausgegebenen Schuldverschreibungen sind in dreifacher Weise sichergestellt:

1. Durch Vermögen und Rücklagen der Landesbank.
2. Durch die unter vorsichtigster Bewertung der Deckungsgrundlagen bewilligten Darlehen und ihre Sicherstellung. (Goldhypotheken bzw. Schuldscheine von Gemeinden mit Goldklausel.)
3. Durch die unbeschränkte Garantie des Bezirksverbandes des Regierungsbezirks Wiesbaden.

Sie sind infolgedessen zur Anlegung von **Mündelgeldern im ganzen Reich zugelassen.**

Ende 1913 betrug der **Umlauf** beider Gattungen von Schuldverschreibungen **164 Millionen Mark.** Trotz der durch die Inflation hervorgerufenen starken Widerstände gegen Vermögensanlage in festverzinslichen Papieren konnte das nach der Währungsstabilisierung aufgenommene **Neugeschäft** auf einen Gesamtumlauf von zirka **130 Millionen Reichsmark** gebracht werden.

Aehnliche Widerstände hatte die Nassauische Sparkasse bei der Wiederaufnahme des **Spargeschäfts** nach der Währungsstabilisierung zu überwinden. Ihr Spareinlagenbestand betrug **Ende 1913 146 Millionen Mark** und war durch Inflation vollkommen entwertet. Durch aufklärende Vorträge und persönliche Einwirkung auf die Kundschaft gelang es allmählich, das tief eingewurzelte Mißtrauen zu überwinden. **Heute** verwaltet die Nassauische Sparkasse wieder zirka **110 Millionen Reichsmark** Spareinlagen. Das günstige Ergebnis ist auch zum Teil auf die den Sparern durch **Abholung der Spareinlagen und Ausgabe von Heimsparbüchsen** gewährten Erleichterungen sowie auf die Einrichtung von **Schulsparkassen,** durch die der Sparsinn bei der Jugend geweckt wird, zurückzuführen.

Allgemeines.

Jeder sechste Einwohner des Regierungsbezirks Wiesbaden besitzt ein **Sparkassenbuch** der Nassauischen Sparkasse, und **jeder dreißigste Einwohner** des Regierungsbezirks hat die Hilfe des Gesamtinstituts bei der Gewährung eines **Hypothekendarlehens** in Anspruch genommen. Diese intensive Durchdringung ihres Geschäftsbereichs hat die Landesbank in erster Linie ihrem ausgedehnten Filialnetz zu verdanken, das **40 Landesbankstellen** und -zweigstellen sowie **286 Zweigstellen der Nassauischen Sparkasse** umfaßt und die direkte Fühlungnahme mit allen Bevölkerungsschichten des Regierungsbezirks wesentlich erleichtert.

Die scharfe Zahlungsmittelverknappung im **Juli 1931** fand die Nassauische Landesbank in jeder Beziehung gerüstet, da sie dank vorsichtiger Disposition über eine starke Liquidität verfügte. Sie war infolgedessen in der Lage, **allen Ansprüchen gerecht zu werden** und noch über ihre eigentlichen Verpflichtungen hinaus zahlreiche Wünsche zu erfüllen.

Pfälzische Hypothekenbank

HAUPTNIEDERLASSUNG LUDWIGSHAFEN AM RHEIN

FILIALEN: MÜNCHEN, KÖLN

Die Pfälzische Hypothekenbank ist am 29. Mai 1886 ins Leben gerufen worden. Der Gründungsakt bildete den Abschluß von langjährigen Bestrebungen, die auf Schaffung einer den pfälzischen Sonderverhältnissen gerecht werdenden Bodenkreditorganisation gerichtet waren. Die Bank hat daher jederzeit in der Befriedigung des pfälzischen ländlichen und städtischen Realkredits ihre nächste Aufgabe erblickt, in der Folge jedoch ihren Wirkungskreis auch auf das rechtsrheinische Bayern und das übrige Deutschland ausgedehnt. Sie unterhält zu diesen Zwecken Filialen in München und Köln und Zweigbüros in Nürnberg und Berlin.

Ihre Pfandbriefe und Kommunalobligationen sind an den Börsen zu München und Augsburg, Frankfurt a. M., Mannheim und Köln eingeführt. Mit Bekanntmachung des Bayerischen Ministeriums der Justiz vom 9. September 1899 sind ihre Pfandbriefe und Kommunalobligationen zur Anlegung von Mündelgeld für geeignet erklärt. Ebenso ist die Anlage von Gemeinde- und Stiftungsgeldern durch Ministerialbekanntmachung vom 13./17. Mai 1905 in beiden Wertpapiergattungen gestattet.

Die Inflation hat wie die gesamte Wirtschaft so auch die Pfälzische Hypothekenbank in ihrer Entwicklung zurückgeworfen. Immerhin ist gegenüber einem Vorkriegsaktienkapital von rund 19 Millionen Mark bei Gesamtreserven von rund 18 Millionen Mark gegenwärtig wieder ein Stammaktienkapital von RM. 10 Millionen, bei offenen Reserven und Vorträgen von RM. 4. 420. 000.— vorhanden. Während die Bank Ende 1913 einen Hypothekenbestand von M. 474 Millionen aufzuweisen hatte, hat ihr Gesamtbestand an Hypotheken am 30. Juni 1931 wieder einen Betrag von nahezu GM. 210 Millionen, der Bestand an Kommunaldarlehen rund GM. 8,5 Millionen erreicht.

Die Bank führt in Personalunion die Geschäfte der im Jahre 1926 unter Mitwirkung des Kreises Pfalz, der unmittelbaren pfälzischen Städte und der kreditnehmenden Erwerbsgruppen gegründeten Pfälzischen Wirtschaftsbank Gemeinnützige Aktiengesellschaft, die sich die Gewährung von Krediten an die mittlere und kleinere Industrie und das Gewerbe der Pfalz zur Aufgabe gesetzt hat.

PREUSSISCHE LANDESPFANDBRIEFANSTALT

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Berlin W 8

Breslau Essen Frankfurt am Main München

Die Anstalt ist vom Preußischen Staat zur Förderung des Wohnungsbaues gegründet worden. Die staatliche Aufsicht wird durch das Volkswohlfahrtsministerium ausgeübt. Außerdem ist ein Staatskommissar bestellt, der vor allem darüber zu wachen hat, daß der Umlauf an Wertpapieren zu jeder Zeit durch Darlehen in gleicher Höhe und von mindestens gleichem Zinsertrag gedeckt ist.

Zur Erfüllung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben gewährt die Anstalt erststellige

Hypotheken und Kommunaldarlehen,

die durch Zwischenkredite bevorschußt werden können.

Der Deckungsbestand an Darlehen belief sich Mitte 1931 auf

GM 338 000 000

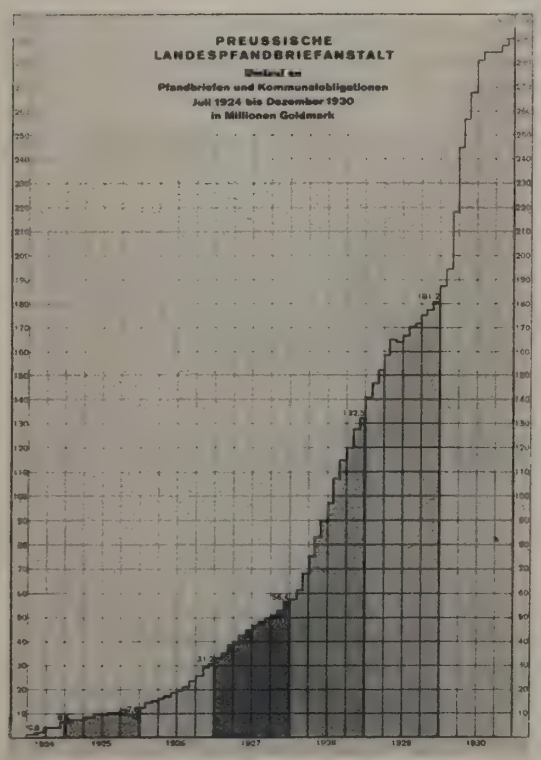
Die Mittel für ihre Beleihungstätigkeit verschafft sich die Anstalt durch die Ausgabe von reichsmündelsicheren

Pfandbriefen und Kommunal-Obligationen,

die auf Goldmark lauten und bei der Reichsbank lombardfähig sind.

Der Gesamtumlauf an diesen Wertpapieren betrug Mitte 1931

GM 323 000 000

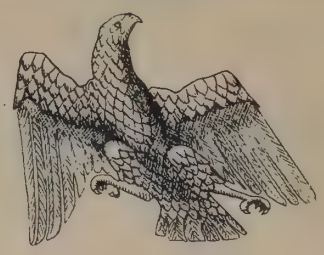


Die von der Anstalt ausgeliehenen Darlehen finden Verwendung zur Herstellung und Erhaltung von Klein- und Mittelwohnungen. Bis Mitte 1931 sind mit langfristigen Darlehen rd.

91 600 Neubauwohnungen

beliehen worden.

Grundkapital und Reserven über 34 Millionen Reichsmark



Preußische Staatsbank

(SEEHANDLUNG)

Die Preußische Staatsbank (Seehandlung) wurde von Friedrich dem Großen durch Patent vom 14. Oktober 1772 unter dem Namen „Seehandlungs-Gesellschaft" gegründet mit der Aufgabe, Handels- und Bankgeschäfte und „Seeschiffahrt unter preußischer Flagge" zu treiben. Sie sollte dazu beitragen, „Wohl und Wohlstand der Untertanen zu heben". Zur Erfüllung ihrer Aufgaben wurde sie mit dem Salzmonopol und anderen Privilegien ausgestattet. Schiffe der Seehandlung zeigten damals die preußische Flagge in den Häfen der ganzen Welt. Von 1820 bis etwa 1850 — in der Aera Rother — betätigte sie sich vorübergehend stark auf dem Gebiete der gewerblichen Erzeugung, um die damals beginnende Industrialisierung zu fördern. Später konzentrierte sie sich allmählich auf die Pflege des Bankgeschäfts. Für ihre Geschäftstätigkeit sind zur Zeit das Gesetz vom 22. Februar 1930, das im wesentlichen die bisher verstreut gewesenen Erlasse und Verfügungen über die Preußische Staatsbank zusammenfaßt, und die am 18. März 1930 verordnete Satzung maßgebend. Für die Verbindlichkeiten der Staatsbank haftet der Staat unbeschränkt.

Die Hauptaufgabe der Staatsbank besteht in der Wahrnehmung der Interessen des Preußischen Staates auf dem Kapital- und Geldmarkt und in der Verwaltung und Nutzbarmachung seiner und anderer öffentlichen Gelder zu Gunsten der Wirtschaft. Sie hat die preußischen Anleihen und Schatzanweisungen unterzubringen, die sonstigen Kredit- und Wertpapiergeschäfte der Staatsbehörden zu erledigen und emittiert auch festverzinsliche Anleihen anderer öffentlichen Stellen (Provinzen, Städte usw.). Im Zusammenhang damit übt sie kursregulierende Tätigkeit am Markt der öffentlichen Anleihen aus. Nach der Stabilisierung hat die Ausleihung von Geldern im Auftrag oder auf Befürwortung öffentlicher Stellen zeitweise eine große Ausdehnung angenommen. Zahlreiche finanzielle Hilfsmaßnahmen der öffentlichen Hand, auch des Reichs, werden auf dem Wege über die Staatsbank durchgeführt. Nach ihren Geschäftsbedingungen erledigt sie alle bankmäßigen Geschäfte, auch für Privatkunden. Ausgeschlossen sind nur der Realkredit und der sonstige langlaufende Anlagekredit, die Lombardierung von Warenbeständen und das Rembourgeschäft. Ungedeckte Kredite dürfen nur unter bestimmten Voraussetzungen gewährt werden. Die Preußische Staatsbank ist amtliche Hinterlegungsstelle für Mündelgelder und -wertpapiere und Hinterlegungskasse für Fideikommißvermögen. Ende 1930 betrug die Bilanzsumme 1182 Mill. RM., der Personalbestand 793 Beamte, Angestellte und Lohnempfänger.

Durch die Ausleihung öffentlicher Gelder an Banken (gegen Lombardunterpfand, durch Ankauf von Privatdiskonten und bankgirierten Warenwechseln und auch als Nostrogeld) und durch die Bereitwilligkeit, auch von nichtöffentlichen Stellen, insbesondere von Banken, verzinsliche Einlagen anzunehmen, übt die Preußische Staatsbank am Geldmarkt die Funktion einer Ausgleichstelle aus.

Die Preußische Staatsbank bemüht sich auch um die Verbesserung des Geldausgleichs der einzelnen Wirtschaftsbezirke mit Berlin, indem sie flüssige Mittel je nach dem Geldbedarf auf die verschiedenen Bankplätze verteilt oder dort hereinnimmt. Zu diesem Zweck und zur engeren Verbindung mit ihrer Bankenkundschaft unterhält sie Vermittlungsstellen an den wichtigsten deutschen Bankplätzen. Die erste dieser Vermittlungsstellen wurde 1925 in Frankfurt a. M. (bei der Frankfurter Bank) errichtet. Später folgten Hamburg (Liquidations-Casse in Hamburg A.-G.), Köln (Kölner Kassenverein A.-G.), Düsseldorf (Landesbank der Rheinprovinz), München (Bayerische Staatsbank) und Dresden (Sächsische Staatsbank.

Durch das Abkommen mit der Frankfurter Bank haben die dortigen Banken die Möglichkeit erhalten, bei Geldbedarf ihr Wechselmaterial bei der Frankfurter Bank als der Vermittlungsstelle der Preußischen Staatsbank zur Diskontierung einzureichen und noch am selben Tage über den Gegenwert zu verfügen. In derselben Weise werden dem Frankfurter Bankplatz durch die Preußische Staatsbank Tages- und Monatsgelder zur Verfügung gestellt. Andererseits können die Frankfurter Banken auf das Konto der Preußischen Staatsbank bei der Frankfurter Bank flüssige Mittel einzahlen, die vom Einzahlungstag ab nach den Sätzen des Berliner Geldmarkts verzinst werden und schon am nächsten Tage wieder abgerufen werden können. Auf diese Weise ist eine ständige enge Verbindung des Frankfurter Geldplatzes mit Berlin gesichert. Der Geldausgleich zwischen Berlin und Frankfurt hat zur Folge gehabt, daß die früheren Zinsdifferenzen zwischen den beiden Plätzen stark verringert wurden, zeitweise fast ganz verschwunden sind.

In teilweiser Verwaltungs- und Personalunion mit der Preußischen Staatsbank arbeitet die

Preußische Landesrentenbank.

Sie ist die neue Zentralstelle für die Versorgung der ländlichen Siedlung mit langfristigem Kredit. Die Landesrentenbank wurde am 1. Februar 1928 auf Grund des Gesetzes vom 29. Dezember 1927 errichtet und übernahm die Aufgaben der früheren provinziellen Rentenbanken, die noch 1928 aufgelöst worden sind. Sie ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts und untersteht der Aufsicht des Preußischen Finanzministers und des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten. Durch Gesetz vom 31. Juli 1931 ist das Institut in ein gemeinsames Unternehmen Preußens und des Reichs mit eigener Anstaltsversammlung und eigenem Verwaltungsrat umgewandelt worden. Das eigene Vermögen ist auf 20 Millionen RM. Grundkapital und 20 Millionen RM. Rücklagen festgesetzt worden. Die Gold-Landesrentenbriefe der Landesrentenbank besitzen ebenso wie die von ihr zur Ablösung der alten Rentenbriefe ausgegebenen Liquidationsgoldrentenbriefe doppelte Sicherheit. Als Deckung stehen ihnen die im Grundbuch an erster Stelle eingetragenen Verpflichtungen der bäuerlichen Siedler gegenüber. Außerdem hat der Preußische Staat Verzinsung und Tilgung der Gold - Landesrentenbriefe garantiert. Sie sind reichsmündelsicher und bei der Reichsbank in Klasse I mit 75 Prozent beleihungsfähig. Die Tilgung erfolgt nur durch Auslosung. Ende Juni 1931 waren Landesrentenbankrenten im kapitalisierten Betrag von 165 Millionen GM. übernommen; ihnen gegenüber waren 99 Millionen GM. Gold-Landesrentenbriefe und 66 Millionen Barabfindungen ausgegeben. Insgesamt sind von der Landesrentenbank von 1928 bis Ende Juni 1931 10 783 Rentengüter mit einer Fläche von 142 776 ha mit Dauerkredit versehen worden.

Preußische Zentralgenossenschaftskasse

– Preußenkasse –

Die Preußische Zentralgenossenschaftskasse — kurz Preußenkasse genannt — ist auf Grund des Gesetzes über die Errichtung einer Zentralanstalt zur Förderung des genossenschaftlichen Personalkredits vom 31. Juli 1895 als Anstalt des öffentlichen Rechts errichtet. Sie steht unter Aufsicht und Leitung des preußischen Staates. Von dem eingezahlten Grundkapital der Anstalt in Höhe von rund 141.6 Millionen RM. entfallen 75 Millionen RM. auf den preußischen Staat, 50 Millionen RM. auf das Deutsche Reich und rund 16.6 Millionen RM. auf genossenschaftliche Organisationen, die mit der Anstalt in Geschäftsverkehr stehen. Die offenen Reserven des Instituts betragen 27.2 Millionen RM.

Der Geschäftsverkehr zwischen der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse und den einzelnen Genossenschaften wickelt sich im allgemeinen nicht unmittelbar ab, sondern durch genossenschaftliche Zentralkassen, zu denen der größte Teil der Genossenschaften bezirks-, provinz- oder länderweise zusammengeschlossen ist. Die Zentralkassen dienen dem Geldausgleich innerhalb ihres Geschäftsbereichs; die Verbindung zwischen ihnen wird durch die Preußenkasse hergestellt, die hierdurch den organischen Abschluß im Aufbau des genossenschaftlichen Geld- und Kreditorganismus bildet.

Der Geschäftsbereich der Preußenkasse umfaßt das Deutsche Reich. Ihr Sitz ist in Berlin. Anfang 1924 wurde eine Zweigstelle in Frankfurt a. M. errichtet. Von den rund 52 000 Genossenschaften, die im Reiche vorhanden sind, stehen rund 39 500 Institute, vorwiegend ländlichen Charakters, mit der Preußenkasse in Geschäftsverkehr.

Die Preußische Zentralgenossenschaftskasse ist befugt, im regelmäßigen Geschäftsverkehr zinsbare Darlehen zu gewähren an:

1. genossenschaftliche Vereinigungen und Verbandskassen, die die Rechtsform einer juristischen Person besitzen,
2. Einzelgenossenschaften, deren Kreditbedarf nach Art und Umfang von den Verbandskassen nicht gedeckt wird oder von deren Eingliederung in solche aus wirtschaftlich berechtigten Gründen abgesehen ist,
3. die den Landschaften angegliederten Personalkreditinstitute,
4. die Provinzialbanken sowie
5. Unternehmugen, an denen Mittel des Reiches oder der Länder beteiligt sind.

Zur Erfüllung ihrer Aufgaben kann sie Bankgeschäfte aller Art betreiben.

Die Preußische Zentralgenossenschaftskasse wird durch ein Direktorium, das die Eigenschaft einer Behörde hat, verwaltet sowie nach außen vertreten. Das Direktorium besteht aus dem Präsidenten als Vorsitzendem, seinem Stellvertreter und der erforderlichen Anzahl von Mitgliedern. Der Präsident und die übrigen Mitglieder des Direktoriums werden vom preußischen Staatsministerium bestellt und abberufen. Die Anstellung erfolgt durch Privatdienstvertrag auf die Dauer von vier Jahren.

Die Inhaber der Stammeinlagen der Preußenkasse wählen den Ausschuß der Anstalt. Den Inhabern der Stammeinlagen steht für jede Einzahlung von 50 000 RM. eine Stimme im Ausschuß zu. Der Inhaber der Einlage kann so viel Bevollmächtigte zum Ausschuß ernennen, wie er Stimmen hat. Die Gesamtheit der Stimmen ist einheitlich abzugeben. Für jedes Mitglied des Ausschusses kann ein Stellvertreter bestellt werden. In dem Ausschuß führt der Präsident der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse den Vorsitz. Den stellvertretenden Vorsitzenden wählt der Ausschuß aus seiner Mitte. Der Ausschuß tritt mindestens einmal im Jahre zusammen. Er kann von seinem Vorsitzenden jederzeit einberufen werden. Er ist dann zu berufen, wenn ein Viertel der Ausschußmitglieder es beantragt.

Der Beschlußfassung des Ausschusses unterliegen die Bilanz und die Gewinnverteilung sowie der Abschluß von Verträgen zwecks Uebernahme von Stammeinlagen. Der Ausschuß ist gutachtlich zu hören über die Grundsätze für die Kreditgewährung, namentlich die Höhe des Zinsfußes, die Fristen und die Sicherheitsleistung, die Grundsätze für die Annahme von Spareinlagen, die Besetzung erledigter oder neu einzurichtender Stellen der Mitglieder des Direktoriums und die Maßnahmen der Staatsregierung zur Abänderung der die Anstalt betreffenden Gesetze und Verordnungen. Die allgemeinen Geschäftsanweisungen und Dienstinstruktionen sind dem Ausschuß zur Kenntnisnahme mitzuteilen.

Der Ausschuß der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse wählt einen engeren Ausschuß, der aus dem Präsidenten der Preußenkasse als Vorsitzendem und siebzehn Mitgliedern besteht. Bei der Wahl sollen die verschiedenen am Genossenschaftswesen interessierten Gruppen angemessen berücksichtigt werden. Der engere Ausschuß ist zu berufen, so oft nach dem Ermessen des Vorsitzenden die Lage der Geschäfte es erfordert oder ein Viertel der Mitglieder die Einberufung beantragt.

Ueber die Abhaltung von Sitzungen des Ausschusses und des engeren Ausschusses sind der preußische Finanzminister, der preußische Landwirtschaftsminister, der preußische Handelsminister und der preußische Volkswohlfahrtsminister zu unterrichten. Die Beauftragten dieser Minister können, soweit sie nicht Mitglieder des Ausschusses sind, mit beratender Stimme an den Sitzungen teilnehmen. Zur Vorbereitung für besondere Zwecke können von dem Gesamtausschuß wie auch von dem engeren Ausschuß Unterausschüsse gebildet werden, zu denen Sachverständige mit beratender Stimme zugezogen werden können, die dem Ausschuß nicht angehören.

Die Grundlagen des Kreditgeschäfts der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse beruhen in dem Vermögen der haftsummenmäßig über die Einzelgenossenschaften in den genossenschaftlichen Zentralorganisationen verbundenen Mitglieder. Soweit es von einem Zentralkreditinstitut aus möglich ist, werden, dem Wesen des Personalkredits entsprechend, die individuellen Verhältnisse als Maßstab für die Vertretbarkeit der übernommenen Haftsummen herangezogen, um ihren materiellen Wert als Kreditunterlage festzustellen. Zusätzlich dient das im allgemeinen geringe Eigenvermögen der Genossenschaften neben bankmäßigen Sicherheiten als Kreditunterlage. Ein umfangreicher Kreditkontrollapparat ermöglicht die Vertiefung der bei der Zentrale allein nicht zu ermittelnden Unterlagen über die Bonität der Kreditnehmer.

Die Preußenkasse ist an einigen Unternehmungen beteiligt, deren Tätigkeit den Aufgabenkreis der ihr angeschlossenen Genossenschaften, insbesondere der landwirtschaftlichen Organisation, ergänzt. Sie hat ferner zur Förderung des genossenschaftlichen Geldverkehrs den Deutschen Genossenschafts-Ring für den Giro-, Inkasso- und Reisekreditbriefverkehr mit etwa 3500 Plätzen eingerichtet.

Preußische Zentralstadtschaft Berlin

Die Preußische Zentralstadtschaft ist eine öffentlich-rechtliche Pfandbriefanstalt, die nach Maßgabe der Satzung vom Preußischen Staatsministerium am 23. Jan. 1922 staatlich genehmigt worden ist; ihr gehören von den in Preußen bestehenden Stadtschaften die Stadtschaft der Provinz Brandenburg, die Pommersche Stadtschaft, die Ostpreußische Stadtschaft, die Stadtschaft der Provinz Hannover, die Stadtschaft der Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen, die Oberschlesische Stadtschaft, die Stadtschaft der Provinz Sachsen und die Stadtschaft der Provinz Niederschlesien als Mitglieder an. Die Anstalt hat die Aufgabe, zur Förderung des Kredits des Hausbesitzes für die Einzelstadtschaften auf Grund der von diesen für sie erworbenen Hypotheken unter Ausschluß des Erwerbszweckes einen gemeinsamen Pfandbrief auszugeben und ihn einheitlich zu vertreiben.

Die Zentralstadtschaft ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und steht unter der Aufsicht des Staates, die durch den Preußischen Minister für Volkswohlfahrt ausgeübt wird. Für die unmittelbare Aufsicht über die laufende Geschäftsführung sind ein Staatskommisar und ein Stellvertreter bestellt. Der Staatskommissar hat darauf zu achten, daß die vorschriftsmäßige Deckung für die Pfandbriefe jederzeit vorhanden ist und daß die zur Deckung der Pfandbriefe bestimmten Hypotheken und Wertpapiere in das Hypothekenregister eingetragen werden; er hat die Pfandbriefe vor der Ausgabe mit einer Bescheinigung über das Vorhandensein der vorschriftsmäßigen Deckung und über die Eintragung in das Hypothekenregister zu versehen. Eine in das Deckungsregister eingetragene Hypothek sowie ein in das Deckungsregister eingetragenes Wertpapier können nur mit Zustimmung des Staatskommissars in dem Deckungsregister gelöscht werden.

Die Verwaltung der Zentralstadtschaft erfolgt durch eine Direktion, die aus je einem Mitglied der Vorstände der Einzelstadtschaften besteht und durch einen hauptamtlich tätigen Vorsitzenden ergänzt ist. Neben der Direktion besteht ein Ausschuß, der sich aus je einem Mitglied des für die Einzelstadtschaft zuständigen Verwaltungsrates zusammensetzt; er prüft die Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung und erteilt der Direktion Entlastung.

Die Zentralstadtschaft verfolgt den Zweck, durch die Ausgabe eines einheitlichen Pfandbriefes gegenüber der Ausgabe zahlreicher lokaler Pfandbriefe Vorteile für die Darlehensnehmer der Einzelstadtschaften herbeizuführen. Mit dem Einheitspfandbrief wird erstrebt, daß durch die Ausschaltung der gegenseitigen Konkurrenz und die Vermeidung einer Zersplitterung der Pfandbriefausgabe, durch die Verbreiterung der Emissionsbasis und die Verbesserung der Emissionstechnik sowie durch die Verbilligung der Emissionskosten ein höherer Abrechnungskurs für die Darlehensnehmer und damit eine Verbilligung des Hypothekarkredits erzielt wird.

Die Zentralstadtschaft gibt Goldpfandbriefe aus, die gesichert sind durch:

1. erststellige Goldhypotheken gemäß § 1 des Gesetzes über wertbeständige Hypotheken vom 23. Juli 1923,
2. das eigene Vermögen der Preußischen Zentralstadtschaft und der ihr angeschlossenen Stadtschaften,
3. die anteilige Haftung der beteiligten acht preußischen Provinzen mit ihrer gesamten Steuerkraft.

Die Goldpfandbriefe der Zentralstadtschaft sind bei der Reichsbank in Klasse I beleihbar und durch Beschluß des Reichsrates vom 15. Februar 1926 (R. G. Bl. I, S. 102) gemäß § 1807 Abs. 1 Nr. 4 BGB reichsmündelsicher; sie können seitens des Inhabers nicht und seitens der Zentralstadtschaft nur in dem Umfange gekündigt werden, wie die Stadtschaftsdarlehen zur Tilgung oder Rückzahlung gelangen. Die Goldpfandbriefe werden an der Börse zu Berlin, teilweise auch an den Börsen zu Breslau, Essen, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Hamburg, Hannover, Königsberg und Stettin sowie in Amsterdam und Stockholm gehandelt.

Der Umlauf an Goldpfandbriefen der Zentralstadtschaft stellte sich

am	31.	12.	1924	auf	GM 4 604 950.—
„	„	„	1925	„	„ 32 159 340.—
„	„	„	1926	„	„ 81 158 060.—
„	„	„	1927	„	„ 143 671 840.—
„	„	„	1928	„	„ 181 793 650.—
„	„	„	1929	„	„ 206 616 200.—
„	„	„	1930	„	„ 277 294 350.—

Der Bestand an Deckungshypotheken belief sich am 31. 12. 1930 ohne Abzug der Tilgungsbeiträge in Höhe von GM 6 552 100.— auf GM 285 153 575.23; hiervon entfallen auf Altbauten GM 104 953 698.36 = 37 Prozent und auf Neubauten GM 180 199 876.87 = 63 Prozent.

Seit dem Jahre 1924 konnten bis zum 31. 12. 1930 dem Wohnungsmarkt Mittel zur Errichtung von 37 864 Wohnungen zugesichert werden. Rechnet man die am 31. 12. 1930 von den acht Einzelstadtschaften bevorschußten Wohnungsneubauten von insgesamt 2768 hinzu, so erhöht sich die Zahl auf 40 632 Wohnungen.

Ansicht des Bankgebäudes Behrenstraße 21-22

Ansicht des Bankgebäudes Französischestraße 53-56

REICHS-KREDIT-GESELLSCHAFT

AKTIENGESELLSCHAFT

BERLIN W 8 BEHRENSTRASSE 21-22

SAMMELNUMMER A 1 JÄGER 0021 TELEGRAMMANSCHRIFT: REICHSKREDIT BERLIN

ENTWICKLUNG SEIT DER MARKSTABILISIERUNG:

	Aktienkapital RM	Reserven RM	Gläubiger RM	Akzepte RM	Umsätze in Milliard. RM	Dividende in %
1924	30 000 000	5 600 000	335 366 629.01	—	22.3	6
1925	30 000 000	8 000 000	397 418 822.63	—	28.6	6
1926	30 000 000	10 000 000	457 927 552.63	10 964 389.24	45.2	8
1927	40 000 000	17 000 000	487 534 543.52	14 676 117.53	52.6	8
1928	40 000 000	19 000 000	584 277 626.97	18 350 401.56	66.5	8
1929	40 000 000	20 000 000	626 469 498.74	21 034 971.78	73.7	8
1930	40 000 000	20 000 000	597 010 752.39	30 307 253.74	73.1	7

KAPITAL UND RESERVEN: 60 MILLIONEN REICHSMARK

RHEINISCHE HYPOTHEKENBANK MANNHEIM

Unter Aufsicht der Badischen Staatsregierung
Gegründet 1871

Aktienkapital ..... RM 12 005 000.–

Bilanzmäßig ausgewiesene Reserven und sonstige Vortragsposten ..... über RM 10 000 000.–

Gesamter Darlehensbestand und Gesamtumlauf der Goldpfandbriefe und Goldschuldverschreibungen Mitte Juni 1931 ..... über RM 345 000 000.–

Gewährung erststellig sichergestellter Darlehen im Rahmen des Hypothekenbankgesetzes sowie von Kommunaldarlehen. Auf Grund dieser Darlehen werden in Baden und Hessen mündelsichere

Goldpfandbriefe und Goldschuldverschreibungen

ausgegeben, die als eine erstklassige, wertbeständige Kapitalanlage emptohlen werden. Bestellungen werden von allen Banken und Bankiers, Spar- und Girokassen, sowie von uns selbst entgegengenommen, woselbst auch jederzeit nähere Auskuntt hierüber erteilt wird.

Entwicklung des Umlaufs an Goldhypothekenpfandbriefen und Goldschuldverschreibungen

Ende des Jahres	Neugeschäft			Liquidations-Goldpfandbriefe	Gesamt-Umlauf
	Goldhypothekenpfandbriefe	Goldschuldverschreibungen	Zusammen		
1926	34.207.000.-	—	34.207.000.-	—	34.207.000.-
1927	76.190.000.-	—	76.190.000.-	63.633.000.-	139.823.000.-
1928	120.819.000.-	13.291.000.-	134.110.000.-	90.129.000.-	224.239.000.-
1929	141.176.000.-	18.277.000.-	159.453.000.-	85.627.000.-	245.080.000.-
1930	214.950.000.-	29.879.000.-	244.829.000.-	81.693.000.-	326.522.000.-

Entwicklung von Aktienkapital und Reserven

Ende d. Jahres	Eingezahltes Aktienkapital	Dividende	Reserven und Vortragsposten			
			Kapital-Reservefonds	Pfandbrief-Sicherungs-Reservefonds	Bilanzmäßig ausgewiesene sonst. Reserven u. Vortragspost.	Summe der Reserven und Vortragsposten
1926	6.005 000.-	8%	2.900.000.-	—	794.000.-	3.694.000.-
1927	6.005.000.-	9%	3.994.000.-	—	2.820.000.-	6.814.000.-
1928	6.005.000.-	10%	4.000.000.-	1.000.000.-	über 4.000.000.-	über 9.000.000.-
1929	12.005.000.-	10%	5.428.000.-	1.000 000.-	über 4.000.000.-	über 10.500.000.-
1930	12.005.000.-	10%	5.500.000.-	1.000.000.-	über 4.000.000.-	über 10.500.000.-

Der Sitz der Bank befindet sich seit September 1901 in dem kunsthistorisch bedeutungsvollen ehemaligen Fürstlich Bretzenheimschen Palais lit. A. 2 Nr. 1 (erbaut von P. A. von Verschaffelt für den Kurfürsten Karl Theodor von der Pfalz in den Jahren 1781—1788)

RHEINBODEN

RHEINISCH-WESTFÄLISCHE BODEN-CREDIT-BANK

GEGRÜNDET 1894

KÖLN AM RHEIN, UNTER SACHSENHAUSEN 2

Zweigniederlassung: BERLIN W 8, FRANZÖSISCHESTRASSE 15

Aktienkapital . . . RM 9000000
Offene Reserven . . RM 6350000

DIVIDENDEN:

1924: 6%, 1925: 7%, 1926: 8%, 1927: 9%, 1928: 10%, 1929: 11%, 1930: 12%

UMLAUF UND DECKUNG:

a) Goldpfandbriefe . . . . . rd. GM 228 000 000.—
Hypotheken-Darlehen . . . . . rd. GM 230 000 000.—
in ca. 7000 Posten, davon rd. 6100 unter GM 50 000;
Durchschnittsbeleihungsbetrag: GM 32 800.
Verhältnis der Hypotheken-Darlehen zu erzielten Verkaufspreisen beliehener Grundstücke:
1928: 35.65% / 1929: 37.38% / 1930: 36.79%

b) Gold-Kommunal-Obligationen . . . . . rd. GM 28 000 000.—
Gold-Kommunal-Darlehen . . . . . rd. GM 32 000 000.—

GESCHÄFTSBEREICH:

Ausgabe festverzinslicher Gold-Pfandbriefe und Gold-Kommunal-Obligationen zur Kapital-Anlage.

Gewährung erststelliger Hypotheken auf ertragsfähigen Grundbesitz und Gewährung von Kommunal-Darlehen.

Schwarz, Goldschmidt & Co.

BERLIN W 8
MOHRENSTRASSE 54/55

Ausführung aller bankgeschäftlichen Transaktionen

FERNSPRECHER:	TELEGR.-ADRESSE:
SAMMELNUMMER	SCHWAGOLD
A. 1 JAEGER 0024	BERLIN

Brandenburgischer Sparkassen- und Giroverband
Brandenburgische Provinzialbank und Girozentrale

Berlin S W. 68, Alte Jakobstraße 130/32

Der im März 1914 ins Leben gerufene **Verband brandenburgischer Kommunalverbände für das kommunale Spar-, Bank- und Kassenwesen (Brandenburgischer Sparkassen- und Giroverband)** ist ein auf Grund des Preußischen Zweckverbandsgesetzes vom 19. Juli 1911 errichteter Zweckverband. Er ist eine öffentlich-rechtliche Körperschaft und vereinigt in sich alle brandenburgischen Stadt- und Landkreise und die größeren Stadt- und Landgemeinden mit ihren Sparkassen, Kommunalbanken und deren Zweigstellen, Girokassen und Kämmereikassen. Der Verband bezweckt die Vermittlung des Geldausgleichs seiner Mitglieder, die Wahrnehmung der gemeinsamen geldlichen Interessen seiner Mitglieder und deren Kassen, insbesondere die Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs und die allgemeine Durchführung des Spargiroverkehrs bei den Sparkassen, Kommunalbanken und Kommunalverbänden, ferner die Förderung des Sparkassenwesens und des kommunalen Geld- und Kreditwesens sowie die Vertretung der finanziellen Belange der angeschlossenen Sparkassen, Kommunalbanken und sonstigen kommunalen Kassen. Weitere Aufgabe des Verbandes ist die Beratung der kommunalen Kassen und Banken in bezug auf ihre Einrichtungen, die treuhandliche Prüfung der Kassen, Banken und gewerblichen Betriebe sowie die Prüfung der Jahresrechnungen der Kommunalverbände, endlich die Förderung der Ausbildung und Fortbildung der Kassen- und Bankbeamten der ihm angeschlossenen Kommunalverbände.

Zur Erfüllung dieser Aufgaben unterhält der Verband neben seiner Geschäftsstelle zur Erledigung der Verwaltungsgeschäfte eine besondere Treuhandabteilung für die Ausführung der Kassen-, Rechnungs- und Betriebsprüfungen sowie der damit in Verbindung stehenden Geschäfte. Zur Erfüllung seiner Aufgaben im kommunalen Geldausgleich und Spargiroverkehr beteiligt sich der Verband in Gemeinschaft mit dem Provinzialverband von Brandenburg an der Brandenburgischen Provinzialbank und Girozentrale, über die nachstehend noch besondere Ausführungen folgen.

Der Brandenburgische Sparkassen- und Giroverband steht seit dem Jahre 1916 unter der Leitung des Verbandsvorstehers Bürgermeister i. R. Machowicz, der auch schon von der Verbandsgründung an in den Jahren 1914—1916 in Vertretung des zum Kriegsdienst eingezogenen Ersten Verbandsvorstehers des Verbandes, des inzwischen verstorbenen Oberbürgermeisters Fischer-Forst, in der Hauptsache die Verbandsvorstehergeschäfte als stellvertretender Verbandsvorsteher geleitet hatte. Seit dem Jahre 1920 ist mit Rücksicht auf die fortschreitende Entwicklung des Verbandes und die sich hiermit häufenden Amtsgeschäfte die Stellung des Verbandsvorstehers eine hauptamtliche.

Die **Brandenburgische Provinzialbank und Girozentrale,** die Rechtsnachfolgerin der früheren Bankanstalt des Brandenburgischen Sparkassen- und Giroverbandes, der Brandenburgischen Girozentrale — Brandenburgischen Kommunalbank —, besitzt auf Grund ministerieller Verleihung die Eigenschaft einer juristischen Person des öffentlichen Rechts. Sie hat ihre Tätigkeit am 1. Juli 1927 aufgenommen. Für die Verbindlichkeiten der Bank haftet in erster Reihe ihr Eigenvermögen, darüber hinaus haften der Provinzialverband von Brandenburg und der Brandenburgische Sparkassen- und Giroverband, die auch gleichmäßig das Stammvermögen der Provinzialbank mit 10 Mill. RM. und eine besondere Sicherheitsrücklage mit zwei Mill. RM. aufgebracht haben. Die Provinzialbank unterhält eine Zweigstelle in der Stadtgemeinde Spremberg, an der im Innenverhältnis die Kommunalverbände Stadt und Kreis Spremberg beteiligt sind.

Nach ihrer Satzung dient die Brandenburgische Provinzialbank und Girozentrale als Bankanstalt des Provinzialverbandes und des Sparkassen- und Giroverbandes sowie als Girozentrale. Die Bank hat das kommunale Geld- und Darlehnswesen zu pflegen, den bargeldlosen Zahlungsverkehr, insbesondere die allgemeine Durchführung des kommunalen Spargiroverkehrs bei den Sparkassen, Kommunalbanken und Kommunalverbänden zu fördern und nach Kräften für die Befriedigung der Darlehnsbedürfnisse des Provinzialverbandes und seiner Einrichtungen und Anstalten, des Sparkassen- und Giroverbandes, sowie der Gemeinden und Gemeindeverbände der Provinz Brandenburg, soweit diese Mitglieder des Brandenburgischen Sparkassen- und Giroverbandes sind, gleichmäßig zu sorgen. Zur Förderung dieser Bestrebungen darf sie sich auch in der Pflege des Personal- und Realkredits betätigen. In den letzten Jahren, die das besondere Merkmal der Notlage der mittleren und kleineren Landwirtschaft und des gewerblichen Mittelstandes trugen, widmete die Provinzialbank der Pflege des billigen Personal- und Realkredits eine gesteigerte Aufmerksamkeit, um den notleidenden Mittelstandskreisen die von diesen dringend benötigten Kreditmittel über die örtlich zuständigen Sparkassen zur Verfügung zu stellen. Diese Kredite wurden zum Teil aus eigenen Mitteln, zum Teil aus von dem Provinzialverband von Brandenburg geleisteten Zuschüssen, letzten Endes auch aus vom Reich und vom Staat zur Verfügung gestellten Sondermitteln an den gewerblichen Mittelstand und die Landwirtschaft weitergeleitet. Aus Mitteln der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt, die für die Zwecke der Erntefinanzierung, für Abzahlung anderweitig aufgenommener Kredite, für die Aufnahme von Hypotheken und für weitere Sonderzwecke zur Verfügung gestellt waren, hat die Provinzialbank nach ihrem Geschäftsbericht für das Jahr 1930 rd. 15,2 Mill. RM. durch die örtlichen Sparkassen an die Kreditnehmer zur Auszahlung gebracht. Aus eigenen Mitteln sowie aus vom Provinzialverband von Brandenburg mit zur Verfügung gestellten Mitteln für Sonderkredite an die gewerblichen und landwirtschaftlichen Kleinbetriebe, für Darlehen zur Förderung des Wohnungsbaues und zwei Sonderkreditaktionen, nämlich für den Mittelstand der östlichen Teile der Provinz Brandenburg und für Notstandsaktionen anläßlich der Niederschlagsschäden im Jahre 1927 in den hierdurch am meisten betroffenen drei Kreisen Prenzlau, Templin und Angermünde, stellte die Provinzialbank insgesamt 6,5 Mill. RM. zur Verfügung. Bei der Abwicklung der bereits im Jahre 1928 auf Grund des landwirtschaftlichen Notprogramms der Reichsregierung begonnenen landwirtschaftlichen Umschuldungsaktion, für die die Provinzialbank als Umschuldungskreditinstitut bestellt worden war, konnten bis zum Schlusse des Geschäftsjahres 1930 insgesamt 7,3 Mill. RM. zur Verteilung gebracht werden. Ende 1929 errichtete die Brandenburgische Provinzialbank und Girozentrale, um auch dem Wohnungsbau in der Provinz Brandenburg eine besondere Förderung angedeihen lassen zu können, die „Oeffentliche Bausparkasse für die Provinz Brandenburg", die von der Provinzialbank mit einem Stammkapital von RM. 200 000.— ausgerüstet wurde. Diese Oeffentliche Bausparkasse ist als eine Sonderabteilung der Provinzialbank angegliedert. Die Zahl der bis zum 31. Dezember 1930 abgeschlossenen Bausparverträge betrug insgesamt 669 mit einer Gesamt-Vertragssumme von RM. 3 616 000.—. Davon lauten 627 Bausparverträge, also die überwiegende Mehrzahl, auf eine Vertragssumme unter RM. 10 000.—, ein Zeichen dafür, daß die Oeffentliche Bausparkasse sich in ganz besonderem Maße der Förderung des Kleinwohnungsbaues zuwendet.

Trotz der durch die allgemeine Wirtschaftslage der letzten Jahre bedingten besonderen Fürsorge der Provinzialbank für den notleidenden Mittelstand und die Landwirtschaft hat die Hauptaufgabe der Bank, nämlich die Befriedigung der Kommunalkreditbedürfnisse des Provinzialverbandes von Brandenburg und seiner Einrichtungen und Anstalten sowie der dem Brandenburgischen Sparkassen- und Giroverband angeschlossenen Kommunalverbände, eine Beeinträchtigung nicht erfahren. Die ständigen Bemühungen der Provinzialbank, die hierbei eine weitgehende Unterstützung seitens der brandenburgischen Sparkassen, Kommunalbanken und Kommunalverbände fand, den kommunalen Spargiroverkehr weiterzufördern, haben erfreuliche Ergebnisse gezeigt, denn die Zahlen zeigen ein ständiges Aufwärtsschreiten. Im Spargiroverkehr wurden im Jahre 1930 insgesamt 1 706 000 Ueberweisungen (im Vorjahr 1 472 000) im Betrage von 2 855 Mill. RM. (im Vorjahr 2 118 Mill. RM.) erledigt. Der Scheckeinzugsverkehr steigerte sich im Jahre 1930 auf 1 669 000 Einzugsschecks (im Vorjahr 1 604 000) mit einer Gesamtsumme von 754 Mill. RM. (im Vorjahr 701 Mill. RM.). Auch der Wechsel- und Quittungseinzugsverkehr sowie der Sparkassenreisekreditbriefverkehr hat gegenüber den Ergebnissen des Jahres 1929 eine erfreuliche Aufwärtsentwicklung erfahren.

Die Brandenburgische Provinzialbank und Girozentrale wird von einer aus mehreren Mitgliedern bestehenden Direktion geleitet, die die Bank gerichtlich und außergerichtlich zu vertreten hat. Der Vorsitzende der Direktion ist zur Zeit Generaldirektor Friedrich.

Aufsichts- und Beschlußorgane der Provinzialbank sind der Verwaltungsrat und der Hauptausschuß. In beide Organe haben entsprechend ihrer Beteiligung am Stammvermögen und an der eingebrachten Sicherheitsrücklage der Bank der Provinzialverband von Brandenburg und der Brandenburgische Sparkassen- und Giroverband die gleiche Anzahl von Vertretern entsandt. Vorsitzender des Verwaltungsrats ist zur Zeit der Verbandsvorsteher des Brandenburgischen Sparkassen- und Giroverbandes, Bürgermeister i. R. Machowicz, während den Vorsitz im Hauptausschuß der derzeitige Landesdirektor der Provinz Brandenburg, Landesdirektor Dr. Swart, führt.

SÜDDEUTSCHE BODENCREDITBANK
MÜNCHEN

LUDWIGSTRASSE 9—10 / GEGRÜNDET 1871

empfiehlt als Daueranlage ihre

GOLD-HYPOTHEKENPFANDBRIEFE

stiftungs- u. mündelmäßig, lombardfähig, in Stücken zu 100, 200, 500, 1000, 2000, 5000 u. 10000 GM

GEWÄHRUNG VON FEINGOLD-HYPOTHEKEN

an erster Stelle auf städtischen und landwirtschaftlichen Grundbesitz.

GESAMTUMLAUF AN GOLDHYPOTHEKPFANDBRIEFEN . . RUND 234 MILLIONEN RM
GESAMTHYPOTHEK-DARLEHENSSTAND . . . . . RUND 241 MILLIONEN RM

WÜRTTEMBERGISCHE HYPOTHEKENBANK STUTTGART

Beredter als langatmige Darlegungen zeugt das untenstehende Zahlenwerk von der Entwicklung des seit 1867 bestehenden Unternehmens, das von seiner Gründung an reine — d. h. auf das Pfandbrief- und Hypothekengeschäft beschränkte — Hypothekenbank gewesen ist. In die Augen springt der außerordentlich ruhige und gleichmäßige Aufbau vor dem Kriege, die schmerzliche Wunde, welche Geldentwertung und eine zum Nachteil der Aktionäre einseitig auf die Interessen der Pfandbrief-Inhaber zugeschnittene Aufwertungsgesetzgebung geschlagen haben, und endlich der steile Wiederaufstieg der letzten Jahre.

Die Pfandbriefe der Bank sind in Württemberg mündelsicher; daß sie auch außerhalb Württembergs und außerhalb Deutschlands Vertrauen genießen, beweist die Unterbringung einer 4-Millionen-Emission in Holland. Als Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Süddeutscher Hypothekenbanken (Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank in München, Pfälzische Hypothekenbank in Ludwigshafen a. Rh., Rheinische Hypothekenbank in Mannheim und Süddeutsche Bodencreditbank in München) steht die Württembergische Hypothekenbank der 1930 gegründeten Internationalen Bodencredit-Bank in Basel nahe.

Die Aufwertung der Pfandbriefe alter Währung ist durch eine 1931 vollzogene Generalabfindung beendet worden. Den alten Gläubigern sind 23.5 Prozent des Goldwertes ihrer Pfandbriefe, d. h. mehr als die aus den Ausweisen errechnete sogenannte Maximal-Quote, zugeflossen.

Daten und Zahlen aus der Geschichte der Bank.

	Aktienkapital Mill. RM	Reserven Mill. RM	Pfandbr.-Umlauf Mill. RM	Reingewinn Mill RM	Dividenden %	Steuern Mill. RM
1870	1,4	0,017	9,3	0,12	7,5	0,005
1880	6,3	0,8	56	0,56	7.5	0,05
1890	9	1,8	79	0,62	6,5	0,05
1900	11	2.7	126	1,2	7,5	0,08
1910	11	4.4	178	1,4	7,5	0,23
1918	13	8.1	206	1,7	8	0,25
1925	3	0,2	13	0,3	4,5	0,13
1926	3	0,4	53	0,8	8	0,50
1927	6	1,2	116 [1]	1,3	9	0,64
1928	9	2	154 [2]	1,6	10	0,71
1929	9	2,4	161 [3]	1,7	10	0,75
1930	9	3	177 [4]	1,7	10	0,58

[1]) worunter 18 Millionen 4½% Liquidations-Goldpfandbriefe
[2]) „ 38 „ 4½% „ „ u. Mobilisierungs-Goldpfandbr.
[3]) „ 36 „ 4½% „ „ „
[4]) „ 33 „ 4½% „ „ „

Stand Mitte Juni 1931:

Aktienkapital ..... 9 000 000.— RM
Offene Reserven ..... 3 500 000.— RM
Pfandbrief-Umlauf ..... 187 000 000.— RM
worunter 32,5 Millionen Liquidations- und Mobilisierungspfandbriefe

MITGLIEDER DES AUFSICHTSRATS:

Hans Remshard
Dr. h. c., Geheimer Kommerzienrat, Direktor der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank in München, Vorsitzender;

Franz Intelmann
Geheimer Hofrat, Stuttgart, Mitglied des Aufsichtsrats der Deutschen Bank u. Disconto-Gesellschaft, Berlin, Stellvertreter des Vorsitzenden;

Heinrich Blezinger
Dr., Kaufmann, Stuttgart;

Friedrich Cronmüller
Oberfinanzrat, Stuttgart;

Georg v. Doertenbach
Dr. jur., Stuttgart;

Alfred Federer
Stuttgart, Mitglied des Aufsichtsrats der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft, Berlin;

Philipp Helbing
Stuttgart, Direktor der Dresdner Bank, Filiale Stuttgart;

Gustav Nollstadt
Stuttgart, Direktor der Württ. Zweiganstalten der Darmstädter und Nationalbank, Kommanditgesellschaft auf Aktien;

Franz Schenk Freiherr von Stauffenberg
Dr., zu Schloß Risstissen O/A. Ehingen, M. d. R.

Josef Schreyer
Geheimer Justizrat, Direktor der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank in München.

VORSTAND:

Direktoren: *Dr. Karl Gutbrod / Wilhelm Bonnet / Dr. Gerhard Geßler.*

BANKHAUS S. SCHOENBERGER & CO. • BERLIN

ist im Jahre 1919 aus dem 1906 gegründeten Bankhaus Joachimssohn, Schoenberger & Co., Berlin, hervorgegangen.

Im Jahre 1922 hat sich das Bankhaus S. Bleichröder, zu dem bereits früher engere Beziehungen bestanden, kommanditistisch beteiligt.
Persönlich haftende Gesellschafter des Bankhauses S. Schoenberger & Co. sind die Herren S. Schoenberger und Otto Herzfelder.

Die Firma widmet sich allen Sparten des Bankgeschäftes, hat aber verschiedenen Zweigen ihre spezielle Aufmerksamkeit zugewandt. So betreibt sie ein ausgedehntes und international orientiertes Effekten-Arbitrage- und -Placierungs-Geschäft; sie befaßt sich weiter in umfangreichem Maße mit dem internationalen Devisenhandel und bearbeitet das Diskont-, Dokumenten-, Kredit- und Finanz-Geschäft.

In diesem Zusammenhang ist noch der von dem Bankhaus S. Schoenberger & Co. seit August 1922 wöchentlich herausgegebene Ostdevisen- und Wirtschafts-Bericht zu erwähnen, welcher über die wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Lage der in Betracht kommenden Länder orientiert und dessen Material regelmäßig von führenden Finanzblättern der In- und Auslandspresse übernommen wird.

Mitte 1923 wurde unter Mitwirkung des Bankhauses S. Bleichröder, der Gruppe Petschek, Aussig, und anderer ausländischer Freunde zur Pflege der gleichen Geschäftszweige als holländische Kommanditgesellschaft die Firma S. Schoenberger & Co. Amsterdam, Amsterdam, Heerengracht 487, gegründet.
Persönlich haftende Gesellschafter sind die Herren S. Schoenberger, Otto Herzfelder und Ernst Lemberger.
Die Firma S. Schoenberger & Co. ist in der Verwaltung nachstehender Gesellschaften vertreten:

Acten-Gesellschaft für Pappen-Fabrikation, Berlin;
Aktienbrauerei Kaufbeuren, Kaufbeuren;
Anglo-Cechoslovakische und Prager Creditbank, Prag;
Bau-Kredit Aktiengesellschaft, Berlin;
Brotfabrik Schönhausen Aktiengesellschaft, Berlin;
Deutsche Papierflaschen Aktiengesellschaft, Berlin;
Engelhardt-Brauerei Aktiengesellschaft, Berlin;
Anton & Alfred Lehmann Aktiengesellschaft, Berlin;
Liquidationskasse Aktiengesellschaft, Berlin;
Maschinenbau-Aktiengesellschaft vormals Ehrhardt & Sehmer, Saarbrücken;
Tobis Tonbild-Syndikat Aktiengesellschaft, Berlin;
Tobis-Industriegesellschaft m. b. H., Berlin;
Vereinigte Korkindustrie Aktiengesellschaft, Berlin;
Werkzeugmaschinenfabrik Gildemeister & Comp. Aktiengesellschaft, Bielefeld;

STÄDTISCHE SPARKASSE ZU FRANKFURT AM MAIN

HAUPTSTELLE: DOMSTRASSE 9—11

Wie jetzt die Frankfurter Zeitung, so kann die Städtische Sparkasse in etwa drei Jahren auf ein 75jähriges Bestehen zurückblicken.
Am 11. 1. 1860 wurde von der damals kurfürstlich-hessischen Stadt Bockenheim eine öffentliche Sparkasse errichtet, aus der dann infolge Eingemeindung der Stadt Bockenheim im Jahre 1895 die Städtische Sparkasse zu Frankfurt am Main hervorging. Die Geschäftsräume der Sparkasse befanden sich bis zur Eingemeindung im Bockenheimer Rathaus, von diesem Zeitpunkt ab bis zum Juli 1927 im Südbau des Frankfurter Rathauses und nach dieser Zeit im Sparkassengebäude Domstraße 9—11. Bis zum Beginn des Weltkrieges 1914 verfügte die Städtische Sparkasse über einen Spareinlagenbestand von rund 36 Millionen Mark.

Hauptstelle Domstraße 9—11

Während des Krieges mußte von der Städtischen Sparkasse wie von allen Geldinstituten das Kriegsanleihegeschäft gepflegt werden. Die Inflation brachte die Vernichtung aller Werte. Nach ihrer Beendigung setzte die Aufwertungsbewegung ein, die infolge stets sich steigernder Aufwertungssätze für die Sparkasse die Pflicht zur dreimaligen Neuberechnung der 85 000 alten Konten mit sich brachte. Leider konnte der Gedanke der individuellen Aufwertung nach dem Bestand der einzelnen Sparkassen nicht durchgesetzt werden. So mußte auch die Städtische Sparkasse ihren Sparern den allgemeinen Aufwertungssatz von 17 Prozent auszahlen bzw. gutschreiben und einen recht erheblichen Betrag dem Aufwertungsstock der Provinz ausliefern.

Nach Beendigung der Inflation — vom Jahre 1924 ab — nahm die Sparkasse wieder einen neuen erfreulichen Aufschwung. Der Spareinlagenbestand Ende 1924 betrug nur ℛℳ 841 000.—. Er ist in den 6 Jahren bis Ende 1930 um mehr als das fünfzigfache auf ℛℳ 43 572 000.— gestiegen.
In zunehmendem Maße hat sich die Einwohnerschaft daran gewöhnt, ihr verfügbares Geld manchmal auch auf kürzere Zeit zur Sparkasse zu bringen und es dort zum allgemeinen Nutzen arbeiten zu lassen. Die Sparkasse hat, um den Verkehr mit den Sparern leichter und bequemer zu gestalten, in allen Stadtteilen insgesamt 20 Zweigstellen eingerichtet. Auf Wunsch wird bei den Sparern wöchentlich oder monatlich ein Sparbetrag je nach Können abgeholt. Durch Anschaffung neuzeitlicher Maschinen kann die Abfertigung des einzelnen Sparers in den Verwaltungsräumen sehr stark beschleunigt werden. Außerdem hat die Städtische Sparkasse wie alle anderen Sparkassen sich nach dem Kriege eine besondere Girokasse (Bankabteilung) angegliedert, der es möglich war, auch den Scheck- und Kontokorrentverkehr für die Kundschaft zu pflegen und eine Reihe von bankmäßigen Geschäften im Rahmen der Satzungen durchzuführen.
Bei der Eingemeindung der Stadt Höchst wurde auch die selbständige Sparkasse dieser Stadt mit der Städtischen Sparkasse vereinigt, behielt aber einen Teil ihrer Selbständigkeit mit einem örtlichen Beirat.

Eine weitere Vergrößerung erfuhr die Städtische Sparkasse im Jahre 1930 durch die Angliederung des Sparkassengeschäfts des früheren Frankfurter Bankvereins. Durch das schnelle Eingreifen der Städtischen Sparkasse war es möglich, den Frankfurter Bankverein vor dem Zusammenbruch zu retten und seinen weit über 20 000 Sparern ihre Guthaben in voller Höhe zu erhalten. Gleichzeitig brachte diese Vereinigung durch Zusammenlegung der Zweigstellen der beiden früheren selbständigen Institute eine erhebliche Verwaltungsersparnis.

Die Städtische Sparkasse hat die Gewinne, die sie in den vergangenen Jahren erzielte, zur Erhöhung ihres Reservefonds benutzt und damit die Sicherheit für ihre Einleger erhöht. Sie war dadurch auch in der Lage, bei dem Zusammenbruch einer Genossenschaftsbank in einem Vorort ihrerseits einzuspringen und gegen satzungsmäßige Sicherheit Gelder vorzustrecken, um im Verein mit mehreren Konsortialbanken eine ruhige Abwicklung der Geschäfte herbeizuführen.
Die Wirtschaftskrise mit ihren unvorhersehbaren schweren Auswirkungen ging auch an der Städtischen Sparkasse nicht spurlos vorüber, doch hat sie, da sie stets auf ausreichende Bereithaltung flüssiger Mittel bedacht war, allen Anforderungen im gesetzlichen Rahmen entsprechen können.

Girokasse (Bankabteilung) Börsenplatz 5

Württ. Sparkassen- und Giroverband in Stuttgart

Entwicklung, Aufgaben und Anstalten, insbesondere

Württ. Girozentrale / Württ. Landeskommunalbank / Stuttgart

Entwicklung und Aufgaben.

A

Am 29. Juni 1885 gründeten die Sparkassen in Württemberg, die ihre Geschäfte bis dahin — jede unabhängig von der anderen — beschränkt auf ihren örtlichen Bezirk betrieben hatten, den

Württ. Sparkassenverband

mit dem Sitz in Stuttgart. Ihm schlossen sich außer der Württ. Landessparkasse in Stuttgart bald alle damals bestehenden 49 Oberamtssparkassen und die Städt. Sparkasse Stuttgart wie auch die später noch gegründeten Oberamts- und städtischen Sparkassen an. Dieser Verband war nach seiner Satzung eine freie, nicht mit den Eigenschaften einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft ausgestattete Vereinigung der öffentlichen Sparkassen in Württemberg mit dem Zweck, „die gemeinsamen Interessen der öffentlichen Sparkassen zu fördern, die Sparkasseneinrichtungen durch entsprechende Vorschläge an die Sparkassenverwaltungen möglichst zu verbessern und auszudehnen, insbesondere die Uebertragbarkeit der Spareinlagen von einer Sparkasse auf eine andere bei allen Verbandssparkassen einzuführen." Der 1904 aufgestellten Mustersatzung ist vor allem die frühzeitige Vereinheitlichung des Sparkassenrechts in Württemberg zu verdanken. Trotz mancherlei Widerstände und durch den Kriegsausbruch aufgehalten, wurde am 3. August 1916 der

Württ. Giroverband

gegründet, dem bald alle damals im Württ. Sparkassenverband vereinigten Körperschaften beitraten. Der Württ. Giroverband war im Unterschied von dem zunächst neben ihm bestehen gebliebenen Württ. Sparkassenverband eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Sein Zweck war „die Einrichtung eines Giroverkehrs unter den Verbandsmitgliedern und mit anderen öffentlichen Anstalten". Der Giroverkehr wurde am 1. November 1916 eingeführt. Die württembergischen Sparkassen übernahmen die Aufgaben von Girokassen. Der Verband errichtete eine eigene Geschäftsstelle, deren Geschäfte vorläufig die Städt. Spar- und Girokasse Stuttgart besorgte. Am 1. Januar 1920 übertrug er diese Geschäfte einer eigenen Anstalt, der „Württ. Girozentrale — Württ. Landeskommunalbank —". Durch Beschlüsse der zuständigen Verbandsorgane vom 4. Mai/15. November 1920 wurde der Württ. Sparkassenverband aufgehoben und die Satzung des Württ. Giroverbands dahin erweitert, daß der neu entstehende

Württ. Sparkassen- und Giroverband

außer den Aufgaben des Giroverbands auch die des Sparkassenverbands übernahm. Der Verband umfaßt heute sämtliche 61 württembergischen Amtskörperschaften mit ihren 61 Oberamtssparkassen. Außerdem sind ihm die 8 württembergischen Gemeinden, die für sich Spar- und Girokassen betreiben, sowie die Württ. Landessparkasse Stuttgart, seit kurzem auch die Hohenzollerische Landesbank Spar- und Leihkasse f. d. H. L. in Sigmaringen durch Vertrag angeschlossen.

Die Mitglieder des Verbandes sind nach der Satzung einerseits berechtigt zur Mitwirkung in den Verbandsorganen, zur Benützung aller vom Verband getroffenen Einrichtungen und zur Beteiligung am Gewinn, andererseits verpflichtet zur anteiligen Aufbringung des Betriebskapitals und zur anteiligen Tragung der durch die Geschäftsführung erwachsenden Kosten. Sie haften mit ihrem Vermögen und mit ihrer Steuerkraft dem Verband für die nicht durch den Gewinn und das eigene Vermögen des Verbands gedeckten Verbindlichkeiten; für den Ausfall, den der Verband bei einem Mitglied erleidet, haften die übrigen Mitglieder.

Nach den Bestimmungen der Bezirksordnung führt die Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperschaftsverwaltung die staatliche Aufsicht über den Verband, soweit die Aufsicht nicht vom Württ. Innenministerium selbst ausgeübt wird. Dieses hat einen Staatskommissar aufgestellt, der jederzeit Einsicht in den gesamten Geschäftsbetrieb des Verbands nehmen und sich an den Sitzungen der Verbandsversammlung und des Verbandsvorstandes mit beratender Stimme beteiligen kann.

Seit 1918 ist der Württ. Sparkassen- und Giroverband dem Deutschen Sparkassen und Giroverband in Berlin angeschlossen, mit dem er in enger Fühlung steht.

B

I. Die Aufgaben des Württ. Sparkassen- und Giroverbandes sind nach seiner Satzung zunächst, abgesehen vom eigentlichen Geldverkehr (unten II) solche, die sich auf die ihm angeschlossenen Sparkassen, die Verbandssparkassen, beziehen.

Hierher gehört die Pflege des öffentlichen Sparkassenwesens im allgemeinen und die Förderung der Verbandssparkassen im besonderen, die Förderung der Ausbildung und die Hebung der Stellung der Sparkassenbeamten, die Prüfung des Rechnungs- und Kassenwesens der Verbandssparkassen, ihrer Organisation und Geschäftstätigkeit.

Die Prüfung des Rechnungs- und Kassenwesens der Verbandssparkassen hat der Verband schon im Jahre 1920 als satzungsmäßige Aufgabe übernommen. Die Prüfung besteht in der Vornahme fachmännischer Untersuchungen der Verbandssparkassen, Prüfung ihres Kassen- und Rechnungswesens, ihrer Organisation und Geschäftstätigkeit und Förderung derselben durch Erteilung von Rat und Aufschluß. Zur Durchführung dieser Aufgaben ist eine besondere Prüfungsabteilung eingerichtet. Die Prüfungen bei den einzelnen Kassen werden seit 1925 alljährlich vorgenommen. Die Verbandsmitglieder sind verpflichtet, ihre Sparkassen den vom Verband eingerichteten fachmännischen Prüfungen zu unterziehen, sofern sie nicht eigene gleichwertige Prüfungseinrichtungen besitzen. Der Verband hat für diese Prüfungen eine Revisionsordnung erlassen.

Aus der Entwicklung der württembergischen Spar- und Girokassen:

		per 31. Dezember 1930
1. Sparverkehr.		
Spareinlagen		502,7 Millionen *RM*
Zahl der Sparbücher	840 435	
Aufwertungsspareinlagen		79,3 Millionen *RM*
Aufwertungssparbücher	804 419	
2. Depositenverkehr.		
Kontenzahl	16 794	
Depositeneinlagen		91,6 Millionen *RM*
3. Spareinlagen und Depositen zusammen		594,3 Millionen *RM*
4. Giro-, Scheck- und Kontokorrentverkehr.		
Kontenzahl	126 152	
Guthaben der Kunden		77,8 Millionen *RM*
Schulden der Kunden		106,9 Millionen *RM*

II. Zu den Aufgaben des Württ. Sparkassen- und Giroverbands unmittelbar auf dem Gebiet des Geld- und Kreditverkehrs gehören satzungsgemäß die Pflege des Geldausgleichs unter den Sparkassen und des bargeldlosen Zahlungsverkehrs, insbesondere des Giroverkehrs der Sparkassen, sowie die Pflege des kommunalen Geld- und Kreditwesens. Er betreibt zu diesem Zweck an seinem Sitz in Stuttgart eine öffentliche Bankanstalt unter der Bezeichnung Württ. Girozentrale — Württ. Landeskommunalbank —. Für das württembergische Oberland unterhält die Bankanstalt eine Zweigstelle in Ravensburg.

Im Passivgeschäft nimmt der Spargiro- und Scheckverkehr die erste Stelle ein. Im Jahre 1930 sind allein bei der Girozentrale 2 208 000 Spargiroanweisungen im Betrag von 1012 Millionen *RM* sowie 1 130 000 Schecke im Betrage von 403,3 Millionen *RM* erledigt worden. Die Umsätze des Spargiroverkehrs bei den Spar- und Girokassen des Landes sind hierbei nicht erfaßt. In ganz Württemberg werden zur Zeit 129 261 Spargirokonten geführt, wobei die reinen Sparkonten nicht mitgezählt sind. Es entfällt also in Württemberg auf je 20 Einwohner ein Spargirokonto. Der Spargiro- und Scheckverkehr hat auch im Jahr 1931 trotz des allgemeinen Konjunkturrückgangs weiter zugenommen. Die Gründe für den durchschlagenden Erfolg des württembergischen Spargiroverkehrs beruhen zweifellos auf dem in der Sparkassenorganisation durchgeführten System einer guten Mischung von Zentralisation und Dezentralisation und auf der Behandlung des Spargiroverkehrs nach dem Grundsatz der Gemeinnützigkeit. Die Giroguthaben werden verzinst. Die Zahlungsaufträge sind gebührenfrei. Der Kleinverkehr wird mit der gleichen Sorgfalt wie der bei den größten Umsatzkonten behandelt. Den Girokunden stehen eine Reihe von Bequemlichkeiten zur Verfügung, z. B. Daueraufträge für alle Zahlungsverpflichtungen wie Mieten usw. Für Großkunden werden Erleichterungen durch Sammelanweisungen zugestanden. Eiligen Ueberweisungsaufträgen dient ein besonderes Eilüberweisungsverfahren.

Im Aktivgeschäft der Girozentrale herrscht ganz überwiegend das Kommunalkreditgeschäft vor. Am 31. Dezember 1930 waren 1164 Kommunaldarlehen und -kredite im Betrage von 132.8 Millionen *RM* zugesagt und mit rund 116.1 Millionen *RM* ausbezahlt. Das Kommunalkreditgeschäft wird etwa zur Hälfte in kurzfristiger Form auf Grund der Guthaben der Verbandssparkassen, zur anderen Hälfte in langfristiger Form auf Grund der von der Girozentrale ausgegebenen Schuldscheinanleihen und Inhaberschuldverschreibungen betrieben. Die Württ. Girozentrale gewährt Kommunalkredite in der Regel nur für dringende und wirtschaftlich sich selbst tragende Zwecke; von den bis Ende 1930 gewährten Darlehen sind verwendet worden:

27.74 % für Neubau und Erweiterung von Elektrizitäts- und Gaswerken, Gasfernversorgung u. ä.;
17.60 % für Straßen- und Brückenbau, Wasserleitungsbau u. ä.;
16.78 % für Erwerb von Grundstücken, öffentliche Gebäude, Krankenhaus-, Schulhausbauten u. ä.;
16.58 % für Notstandsarbeiten, Unterstützungs- und Notstandsdarlehen u. ä.;
14.08 % für Wohnungsbau;
7.22 % für Betriebskredite, Bau von Schwimmbädern, Sportplätzen, Turnhallen, Gemeindehaus- und Kirchenbau sowie verschiedenes.

100 %

Neben den vorerwähnten Kommunaldarlehen und -krediten sind noch rund 3.6 Millionen *RM* Wechselkredite an die Verbandssparkassen zur Verfügung gestellt worden.

Das Privatkreditgeschäft, das in der Hauptsache nur bei der Zweigstelle in Ravensburg betrieben wird, bewegt sich in engen Grenzen. Es stehen Privatdarlehen und -kredite mit rund 3 Millionen *RM* aus. Hypothekarkredite werden fast ausschließlich über den Württ. Kreditverein A.-G. in Stuttgart geleitet, an dessen Aktienkapital der Verband maßgebend beteiligt ist. Der Pfandbriefumlauf beim Kreditverein hat die 100-Millionen-Reichsmark-Grenze erreicht.

Im Wechseldiskont- und Einzugsgeschäft sind im Jahre 1930 rund 158 000 Wechsel im Betrag von rund 72.1 Millionen *RM* bearbeitet worden.

Am 31. Dezember 1930 hat die Vermögensaufstellung der Württ. Girozentrale mit einer Bilanzsumme von 153.3 Millionen *RM* bei rund 9½ Millionen *RM* eigenen Mitteln abgeschlossen. Bis Ende Mai 1931 ist die Bilanzsumme auf 171.3 Millionen *RM* angewachsen.

III. Zu den satzungsmäßigen Aufgaben des Württ. Sparkassen- und Giroverbands gehört ferner die Förderung der öffentlichen Versicherung. Diese Aufgabe wird zwar vorläufig nicht durch eine eigene Anstalt des Verbands bearbeitet, sondern durch eine Aktiengesellschaft, an der der Verband ausschlaggebend beteiligt ist: die Deutsche Versorgungsanstalt, Versicherungsbank A.-G. Stuttgart. Die Deutsche Versorgungsanstalt ist als gemeinnützige Lebensversicherungsanstalt Mitglied des Verbands öffentlicher Lebensversicherungsanstalten in Deutschland; sie führt ihre Geschäfte nach den für die öffentlichen Versicherungsanstalten geltenden Grundsätzen. Der Beschränkung ihres Arbeitsgebiets auf Württemberg und Hohenzollern entspricht es, daß auch die Prämienreserven und sonstigen Mittel der Anstalt ausschließlich in Württemberg und Hohenzollern ihre Anlage finden, so daß auch hier dem die Sparkassen und ihre Organisation beherrschenden Grundsatz Genüge geleistet ist, die Sparkapitalien zum Nutzen derjenigen Gebiete und Bevölkerungskreise zu verwenden, die sie aufgebracht haben. Der Versicherungsbestand der Anstalt betrug zu Ende 1930 15 207 Versicherungen mit *RM* 65 029 706.— Versicherungssumme. Hiezu kommen noch 3803 in Rückdeckung genommene Versicherungen mit *RM* 3 110 751.— Versicherungssumme.

Die Geschäftsräume der Deutschen Versorgungsanstalt befinden sich im Neubau des Württ. Sparkassen- und Giroverbands an der Lautenschlagerstraße in Stuttgart (Zeppelinbau).

IV. Endlich hat der Württ. Sparkassen- und Giroverband noch die Pflege des öffentlichen Bausparwesens übernommen. Im Jahre 1928 hatte die Städtische Sparkasse in Stuttgart die erste öffentliche kollektive Bausparkasse im Deutschen Reich eingerichtet. Unter Benützung ihrer Erfahrungen wurde am 1. November 1929 für die übrigen Sparkassen von Württemberg und Hohenzollern die Oeffentliche Bausparkasse Württemberg als eine Anstalt des Württ. Sparkassen- und Giroverbands gegründet nach den vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband für alle öffentlichen Bausparkassen des Reichs einheitlich aufgestellten Bedingungen. Die Sicherheit der Geldanlage und die Vorteile ihrer Einrichtung führten ihr bis zum 1. Juli 1931 1850 Bausparer mit einer Vertragssumme von 19½ Millionen *RM* zu. Zusammen mit der Oeffentlichen Bausparkasse der Städt. Sparkasse Stuttgart sind 3850 Bausparverträge über 39.5 Millionen *RM* abgeschlossen und davon bereits 5 800 000.— *RM* als Darlehen zu billigem Zins zugeteilt worden.

C.

Die stärkere Entwicklung der Aufgaben, Anstalten und Einrichtungen des Württ. Sparkassen- und Giroverbands hat sich im wesentlichen erst in den letzten zehn Jahren vollzogen; die Geschäfte haben sich sehr rasch, manchmal sprunghaft vermehrt, sie sollen in vorsichtiger Anpassung an die eigenen Bedürfnisse und die allgemeine wirtschaftliche Lage planmäßig weitergeführt werden. Mit dieser Entwicklung hatte die räumliche Unterbringung des Verbands entfernt nicht Schritt gehalten. Die dringende und allmählich den Geschäftsbetrieb gefährdende Raumnot konnte nur durch einen Neubau behoben werden, der vor einigen Monaten bezogen werden konnte. Die entbehrlichen Räume des — „Zeppelinbau" genannten — Gebäudes sind bereits durch Vermietung ausgewertet.

Damit sind für den Württ. Sparkassen- und Giroverband die Aufbaujahre abgeschlossen. An den bewährten Grundsätzen einer zuverlässigen und vorsichtigen Geschäftsgebarung wird der Verband auch künftig festhalten, und so steht zu hoffen, daß ihm auch in den schweren Nöten dieser Zeit eine gedeihliche Weiterentwicklung beschieden sein wird.

Kassenhalle mit Blick gegen die Galerie

WÜRTTEMBERGISCHE NOTENBANK

Hinterlegungsstelle für Mündelgelder

STUTTGART

Die Württembergische Notenbank wurde als jüngste der heute noch bestehenden vier Privatnotenbanken im Jahre 1871 auf Grund eines württembergischen Staatsgesetzes mit einem Aktienkapital von 5 250 000.— südd. Gulden = 9 000 000.— Mark gegründet.

Nach der Umstellung in Reichsmark beträgt das Kapital RM 7 000 000.—, an dem der württembergische Staat durch einen größeren Aktienbesitz beteiligt ist. Der Reservefonds beläuft sich nach dem Abschluß des Jahres 1930 auf RM 2 441 000.—.

Die Bank, die keinem Großbank-Konzern angehört, pflegt neben dem Diskontgeschäft das Effekten- und Devisenkommissionsgeschäft.

Durch Verordnung des Württembergischen Ministeriums als **Anlagestelle für Mündelgelder** zugelassen, widmet sie ihre besondere Aufmerksamkeit auch dem **Depositen- und Sparverkehr.**

Ihre Hauptaufgabe aber sieht die Bank darin, durch **Diskontkredite** mittlere und kleinere Betriebe des Landes zu unterstützen.

WÜRTTEMBERGISCHER KREDITVEREIN

AKTIENGESELLSCHAFT

BODENKREDITANSTALT IN STUTTGART

Der Württembergische Kreditverein, Aktiengesellschaft, in Stuttgart wurde im Jahr 1923 gegründet und ist eine Hypothekenbank im Sinne des deutschen Hypothekenbankgesetzes.

Ihren Ursprung leitet diese Bodenkreditanstalt auf den im Jahr 1826 in Form eines Vereins von Grundstückseigentümern zum Zweck der Beschaffung erststelliger Hypotheken durch Ausgabe von Schuldverschreibungen errichteten Württ. Kreditverein zurück, der im Jahr 1924 wegen seiner den jetzigen Bedürfnissen einer Bodenkreditanstalt nicht mehr Rechnung tragenden Rechtsform in Liquidation trat.

Die Aktiengesellschaft hat sich, getreu der Ueberlieferung des Württ. Kreditvereins, die Aufgabe gestellt, in erster Linie die Interessen der württembergischen Wirtschaft und dabei im besonderen die Kreditbedürfnisse des württembergischen Mittelstandes, der kleinen Gewerbetreibenden und der Landwirtschaft zu berücksichtigen. Die Entwicklung des Pfandbriefabsatzes hat die Notwendigkeit mit sich gebracht, das Ausleihgeschäft auch außerhalb Württembergs zu pflegen.

Am 1. Januar 1931 betrug das Aktienkapital 6 Millionen RM, der Reservefonds 1 550 000 RM, der Bestand an Hypothekendarlehen einschließlich derjenigen aus Mitteln der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt 100 823 913 GM.

Die in den Verkehr gebrachten Goldhypotheken-Pfandbriefe — ohne Liquidations-Goldpfandbriefe — beliefen sich

Ende 1924 auf . .	GM 1 953 300.—
Ende 1925 auf . .	GM 10 439 300.—
Ende 1926 auf . .	GM 30 247 700.—
Ende 1927 auf . .	GM 45 480 600.—
Ende 1928 auf . .	GM 64 024 100.—
Ende 1929 auf . .	GM 75 407 800.—
Ende 1930 auf . .	GM 94 738 900.—

Extra-Beilage zur Frankfurter Handelszeitung.

Frankfurt 5. Januar 1857. (Nachmittags 4 Uhr 20 Min.)

Telegraphische Depesche.

Mannheim, 5. Januar (4 Uhr 10 Minuten Nachmittags.)

In der heutigen Generalversammlung der Ludwigshafen Bexbacher Eisenbahngesellschaft wurde die Dividende für 1856 auf 25 Gulden per Actie festgesetzt der Antrag des Verwaltungsraths auf eine Tantieme mit Majorität verworfen.

Telegraphische Depesche
als Extra-Beilage zur „Frankfurter Handelszeitung".
Eine solche Extra-Beilage, damals ein Novum, ist die Vorgängerin der heutigen „Letzten Meldung".

Original des Kopfes eines Depeschenformulars aus den fünfziger Jahren, gerichtet an Leopold Sonnemann nach Uebernahme des väterlichen Geschäftes.

K. K. Oesterreichisches Staats-Anlehen

von L. Sterl. 3,500,000.

Im Auftrage des Hohen **K. K. Oesterreichischen Finanz-Ministeriums** bringen wir das Resultat der nachstehenden Verloosung zur allgemeinen Kenntniss.

Frankfurt a. M., den 3. Juli 1856.

M. A v. Rothschild & Söhne.

Verzeichniss

über die in der achten am 1. Juli 1856 vorgenommenen Verloosung gehobenen Obligations-Nummern des in England aufgenommenen 5procentigen Anlehens vom Jahre 1852.

Schuldverschreibungen à 100 £ Sterling.

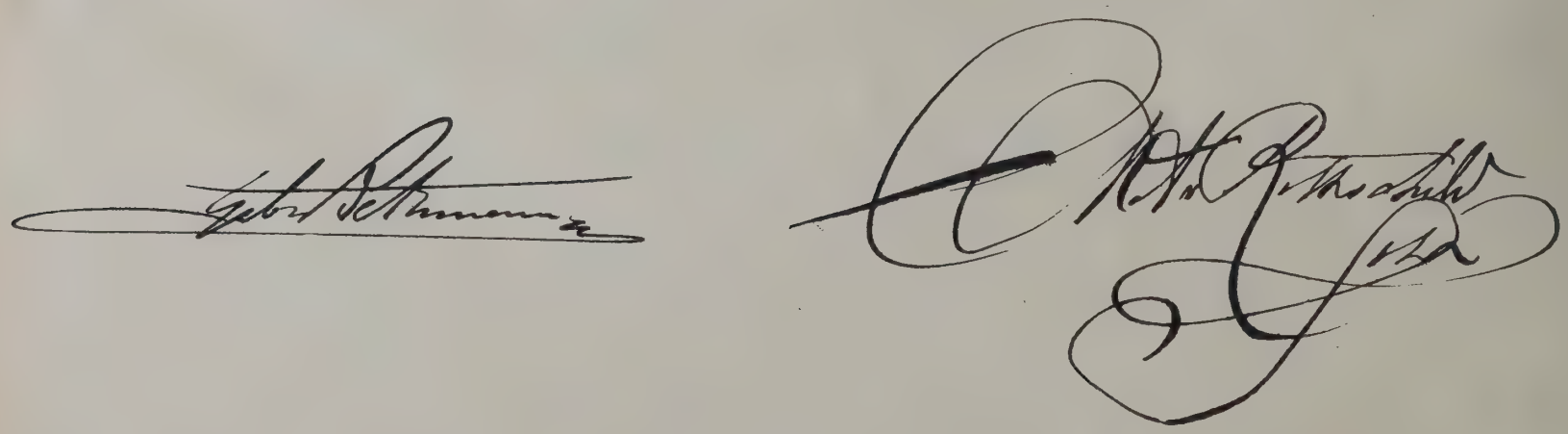
Nummer									
240	4178	6452	10895	13699	16948	21279	26173	28978	31626
890	4273	6630	11026	14409	17204	22563	26422	28981	32234
1004	4321	7217	11262	14677	17678	22569	26633	28990	32411
1261	4427	7919	11326	14840	17752	22801	27150	29060	32833
1324	4581	8198	11490	14851	17849	22860	27307	29094	32888
1820	4721	8703	11688	14951	18133	23055	27333	29560	32934
2055	4728	8845	11696	14976	18506	23618	27475	29638	33003
2583	4762	8898	11868	15105	18801	23875	27591	29727	33224
2793	4972	9114	11886	15193	18927	24522	27619	29743	33590
2807	5140	9386	11906	15323	19081	24582	27789	30272	33706
2843	5280	9457	12184	15747	19241	24966	27803	30412	33918
3136	5442	9517	12389	16047	19404	25328	27886	30683	33965
3308	5504	9933	12405	16089	19473	25341	28308	30798	34135
3422	5622	10116	12480	16365	19809	25595	28472	31211	
3435	5840	10354	12513	16646	20308	25773	28565	31292	
3490	5981	10494	13101	16827	20955	25971	28763	31298	
4163	6343	10551	13357	16829	21239	26114	28902	31428	

Schuldverschreibungen à 50 £ Sterling.

Nummer					
21714 A	22205 A	22500 A	34589 A	34682 A	34896 A
21714 B	22205 B	22500 B	34589 B	34682 B	34896 B
21760 A	22391 A	34462 A			
21760 B	22391 B	34462 B			

Druck von Reinhold Baist in Frankfurt am Main.

Anzeige des Bankhauses Rothschild
aus dem ersten Jahrgang der „Frankfurter Handelszeitung".



Faksimile der Unterschriften der beiden großen Frankfurter Bankhäuser aus dem Jahre 1855.

WÜRTTEMBERGISCHE WOHNUNGSKREDITANSTALT

ÖFFENTLICH-RECHTLICHE KREDITANSTALT

STUTTGART / FRIEDRICHSTR. 24

Gewährung von Darlehen zu Wohnungsneubauten und Siedlungen.
Ausgabe von Goldhypothekenpfandbriefen, die zur Anlage von Mündelgeldern
im ganzen Deutschen Reich zugelassen sind.

EIGENKAPITAL 60000000 RM / RESERVEN 12000000 RM

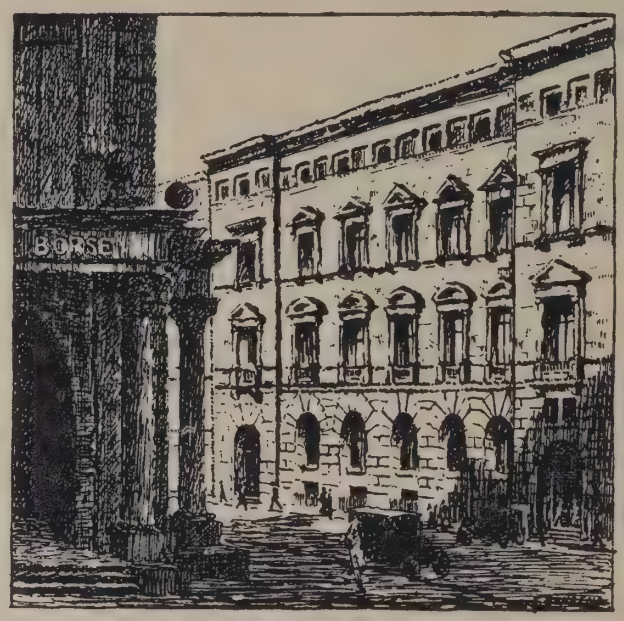
Bisherige Entwicklung der Anstalt:

Jahr	Geförderte Wohnungen:	Gewährte Darlehen in GM:
1924	4 736	13 328 800
1925	6 439	22 308 400
1926	8 955	38 563 750
1927	10 734	37 500 000
1928	7 698	22 557 400
1929	8 886	25 867 600
1930	10 567	28 485 800

VEREINSBANK IN HAMBURG

HAMBURG

ALTERWALL 20-30 / GEGRÜNDET 1856



Aktienkapital . . RM 15 000 000.–
Offene Reserven RM 5 000 000.–

Filialen in Altona, Cuxhaven, Flensburg, Kiel

Die Vereinsbank in Hamburg, die älteste Aktien-Bank Hamburgs, ist im Jahre 1856 gegründet worden. Der Erleichterung und Vereinfachung des Zahlungsverkehrs hat sie seit Beginn ihre Dienste gewidmet, die Bank hat einen wesentlichen Anteil an der frühzeitigen Entwicklung des bargeldlosen Giroverkehrs in Hamburg. Alle Zweige des Bankgeschäfts werden gepflegt. Mit dem Handel und der Industrie Hamburgs ist die Vereinsbank in Hamburg aufs engste verbunden. Darüber hinaus bestehen vielfache Beziehungen zu führenden Unternehmungen des übrigen Deutschland. Die Bank unterhält enge und freundschaftliche Beziehungen zu den internationalen Geldplätzen, die sie in den Dienst ihrer Kundschaft stellt. Besonderer Wert wird seitens der Bank auf ein individuelles Eingehen auf die Wünsche der mit ihr verbundenen Kundschaft gelegt. Tradition, Erfahrung und eine gute und übersichtliche Organisation verbinden sich in der Vereinsbank in Hamburg und stehen im Dienste ihrer Kunden und der Gesamtwirtschaft.

BERLINISCHE BODEN-GESELLSCHAFT

Die Berlinische Boden-Gesellschaft ist mit dem Aufstieg und dem Wachstum der Reichshauptstadt seit mehr als 40 Jahren eng verknüpft. Die am 24. Februar 1890 erfolgte Gründung war aus dem Gedanken heraus vorgenommen worden, daß der lebhafte Zuzug nach der Reichshauptstadt als Folge des wirtschaftlichen Aufschwungs Deutschlands ein erhebliches Wohnungsbedürfnis und daher eine lebhafte Bautätigkeit hervorrufen würde. Die Gründer **S. Haberland** und **Arthur Booth** erblickten in der planmäßigen Erschließung unbebauter Gelände und in der Veräußerung der entstehenden Bauparzellen unter Gewährung von Baugeldkrediten direkt an die Baugewerbetreibenden eine wesentliche Förderung der Wohnungsversorgung und einen Gewerbezweig, für den eine wirtschaftliche Notwendigkeit vorlag. Vier Jahrzehnte hindurch hat sich die Gesellschaft, in erster Linie unter der Leitung des jetzigen Vorstandsmitgliedes **Georg Haberland,** in zielbewußter Weise dieser Aufgabe gewidmet, und ganze Stadtviertel von Berlin sind auf diese Weise entstanden. Leitsatz ist für die Gesellschaft immer gewesen, den Rentabilitätsgesichtspunkt bei der Erstellung der Häuser in erster Linie im Auge zu behalten, und die Folge hiervon war, daß Rückschläge so gut wie nicht zu verzeichnen waren. In der Zeit bis zum Beginn des Weltkrieges sind 1650 Bauparzellen mit Bauverpflichtung an einzelne Unternehmer veräußert worden. Allein im sogenannten Bayerischen Viertel wurden so im Laufe von 10 Jahren auf 501 Bauparzellen Häuser erbaut. Gerade in diesem Falle ist es der Gesellschaft mit besonderem Erfolg gelungen, einem ganzen Stadtteil durch seine Ausgestaltung einen besonderen Reiz als ruhiges Wohnviertel zu verleihen; aber auch bei ihren anderen Projekten hat die Gesellschaft stets versucht, darauf hinzuwirken, daß sich bei der Aufstellung der Bebauungspläne reizvolle und abwechslungsreiche Städtebilder ergaben.

Von kaum geringerer Bedeutung als die Erbauung des Bayerischen Viertels war für die bauliche Entwicklung Groß-Berlins, besonders auf dem Gebiete der Mittel-Wohnungen, die teilweise Freigabe des Tempelhofer Feldes zur Bebauung. Es wurde durch die Gesellschaft ein völlig neuer Bebauungsplan aufgestellt. Besondere künstlerische Durchbildung in architektonischer und gärtnerischer Hinsicht erfuhr der Parkgürtel. Neben diesen beiden sowie einigen anderen größeren zusammenliegenden Geländeerschließungen hat die Berlinische Boden-Gesellschaft eine Anzahl anderer Parzellierungen teils für eigene, teils für fremde Rechnung durchgeführt.

Der Ausbruch des Weltkrieges führte zu einer völligen Umwälzung der Verhältnisse in der Wohnungswirtschaft. Die Einschränkung der Produktion auf den verschiedensten Gebieten sowie der Mangel an Arbeitskräften führten allmählich zu einem völligen Stillstand des Wohnungsbaues, so daß die Gesellschaft zunächst genötigt war, sich auf die Verwaltung und Erhaltung ihres Grundbesitzes zu beschränken. Im späteren Verlauf des Krieges ergaben sich für die Gesellschaft wieder eine Reihe von Gelegenheiten zu baulicher Betätigung. So ist vor allem darauf zu verweisen, daß sie an dem Wiederaufbau Ostpreußens beteiligt war, und ferner durch sie eine Reihe für die Kriegswirtschaft sowie für militärische Zwecke notwendige Baulichkeiten errichtet worden sind. Besondere Erwähnung verdienen in diesem Zusammenhang der Bau der Siedlung des Stickstoffwerkes Piesteritz und die Durchführung der Siedlungsbauten für die Lautawerke.

Mit dem Kriegsende und der Rückkehr der Kriegsteilnehmer aus dem Felde trat ein großes Wohnungsbedürfnis ein, das jedoch aus einer ganzen Reihe von Gründen nicht ohne weiteres befriedigt werden konnte. Zunächst fehlte es in der ersten Zeit an Baumaterial und dazu kam, daß die Baukosten im Jahre 1919 etwa das Vierfache des Friedenspreises betrugen. Unter diesen Umständen wurde die Bautätigkeit mehr und mehr eine öffentliche Angelegenheit, da die Privatwirtschaft sich von der Betätigung auf dem Gebiete des Wohnungsbaus immer mehr zurückzog, weil die wirtschaftliche Grundlage, die Rentabilität, nicht gegeben war. Infolge der Entwertung der deutschen Währung wurden die Verhältnisse auch in der Bauwirtschaft immer unübersichtlicher und erst nach der Stabilisierung trat eine Klärung ein. Die alten Wege, die auf diesem Gebiet vor dem Kriege mit so großem Erfolg beschritten worden waren, mußten freilich verlassen werden. Die Baukosten hatten stetig steigende Tendenz, und dazu kamen die grundlegenden Veränderungen, die die Dinge auf dem Hypothekenmarkt erfahren haben. An eine Bautätigkeit ohne behördliche Unterstützung war also nach der Währungsstabilisierung kaum zu denken.

An der Fortsetzung der Siedlungstätigkeit in und um Berlin hatte die Gesellschaft regen Anteil. Besonders war es die weitere Aufschließung des Tempelhofer Feldes sowie eine Reihe von Neuerschließungen im Norden der Stadt, die von der Tätigkeit der Gesellschaft beredtes Zeugnis ablegen. Besondere Erwähnung verdient auch die bauliche Erschließung des sogenannten Südwestgeländes, auf welchem in wenigen Jahren mehr als 3000 Wohnungen für fremde Rechnung erstellt wurden. Ein ganzer Stadtteil ist hier entstanden, dessen Charakter in entscheidender Weise bestimmt wird durch die den Hausgruppen vorgelagerten breiten Gartenterrassen. Schließlich sei in diesem Zusammenhang auch die Groß-Siedlung Steglitz-Lankwitz genannt, die ein erfreuliches Bild städtebaulichen Wirkens bietet.

Eine von den gleichen Grundsätzen ausgehende Tätigkeit wie sie die Berlinische Boden-Gesellschaft in der Reichshauptstadt entfaltete, wurde von ihren Tochtergesellschaften an anderen Orten ausgeübt. So hat die Tochtergesellschaft in Hamburg, die Baugesellschaft Norddeutschland, eine größere Anzahl von geschlossenen Siedlungen für die verschiedenen gemeinnützigen Gesellschaften errichtet. Die Baugesellschaft Westdeutschland hat sich u. a. auf dem Gebiete des Stahlhausbaues beteiligt. Bemerkenswert ist ferner die Siedlungstätigkeit des holländischen Tochterunternehmens der Berlinischen Boden-Gesellschaft, der Bouwmaatschappij Haberland in Amsterdam, die verschiedene Baublocks für diese Stadt und für gemeinnützige Gesellschaften errichtet hat.

Eine besondere Aufgabe der Gesellschaft war der Umbau des Hauptgebäudes der Dresdner Bank in Berlin, der unter voller Aufrechterhaltung des Betriebes durchgeführt werden mußte. In gleicher Weise wurden die Gebäude der Dresdner Bank in Dresden, Hamburg, Stuttgart, Frankfurt a. M. und Köln erweitert. Der Bau eines Krankenhauses für die Kongregation der Grauen Schwestern zur Heiligen Elisabeth auf dem Tempelhofer Feld und der Bau einer evangelischen Kirche ebenfalls auf dem Tempelhofer Feld, neue Verwaltungsgebäude für Industriegesellschaften, Lagerhäuser, Warenhausbauten und vieles anderes mehr runden das Bild von der für die bauliche Entwicklung Berlins einschneidend wichtigen Tätigkeit der Gesellschaft.

Der wesentlichste Zug in der Entwicklung der Gesellschaft war offenbar die Einstellung der Parzellierungstätigkeit und die Ausgestaltung ihrer Baubetriebe. Die Schwierigkeiten der Finanzierung, insbesondere die Knappheit an Hypothekenkapital, die Höhe der Aufschließungskosten und zugleich die starke Abhängigkeit des Wohnungsbaues von den öffentlichen Zuschüssen ließen eine eigene Geländeerschließung zunächst weniger ratsam erscheinen. Daher erfolgte die Umstellung auf die Bautätigkeit in den letzten Jahren in noch stärkerem Maße. Trotz der schon stark eingeschränkten Arbeitsmöglichkeiten besaß das Unternehmen 1930 noch während des ganzen Jahres ausreichende Aufträge und hat allein in Berlin durchschnittlich etwa 3000 Arbeiter beschäftigt, dies gegenüber einem Höchststand von über 4000 Mitte 1929.

Das deutsche Bausparwesen und die Gemeinschaft der Freunde

Von Beigeordneter a. D. Dr. H. Schuon,
Direktor der Bausparkasse Gemeinschaft der Freunde Wüstenrot
gemeinnützige G. m. b. H. in Ludwigsburg/Württ.

„Ich glaube, daß wir einen neuaufkommenden Zweig der Wohnungsbautätigkeit nicht vernachlässigen dürfen: ich meine die in den letzten Jahren sehr stark gewordene Bausparkassen-Bewegung. Ich bin der Ueberzeugung, daß wir im letzten Jahrzehnt in Deutschland zu viel Menschen zu Mietern gemacht und daß wir zu wenig Eigenheim-Besitzer geschaffen haben. Die Bausparkassen können für außerordentlich viele Menschen ein gutes, wenn nicht das einzige Mittel darstellen, um zu einem Eigenheim zu kommen. Und so, wie wir in den letzten Jahren bestrebt gewesen sind, eine bessere Verteilung unserer Bevölkerung auf Stadt und Land herbeizuführen, die Menschen auf dem Lande wieder mehr seßhaft zu machen, so müssen wir unsere städtischen und Industriebezirke wieder in viel stärkerem Maße als bisher mit Eigenheimen durchsetzen. Ich bin davon überzeugt, daß das für den Wiederaufbau unseres deutschen Volkes von außerordentlicher Bedeutung ist."

Diese Worte sprach der preußische Minister für Volkswohlfahrt, Dr. h. c. Hirtsiefer, auf der deutschen Tagung für Wohnungswesen, die im Sommer vergangenen Jahres in Frankfurt a. M. stattfand. Sie galten dem jungen deutschen Bausparwesen, das erst auf wenige Jahre seines Bestehens zurückblicken kann.

Die ersten Anfänge der Bausparbewegung liegen in den 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts, wo der bekannte Philanthrop Friedrich von Bodelschwingh seine „Bausparkasse für Jedermann" eröffnete. So erfolgreich auch sein Werk an Ort und Stelle zu wirken berufen war, so hat es sich doch nicht über den Rahmen engerer lokaler Bedeutung hinaus entwickelt. Starken Aufschwung nahm das Bausparwesen erst, als die Nachkriegszeit mit ihrer ungeheuren Wohnungsnot und ihrem Kapitalmangel den Boden für die propagandistische Ausbreitung des Bauspargedankens legte. Mit der Gründung der Gemeinschaft der Freunde, die im Jahre 1924 in dem kleinen schwäbischen Pfarrdorf Wüstenrot erfolgte, nahm das deutsche Bausparwesen in der ihm eigenen Gestalt seine eigentliche Entwicklung. Eine Entwicklung, die dem Unternehmen einen außerordentlichen Erfolg brachte und damit das Bausparen zu einem öffentlichen Problem machte. Es ist bekannt, in welch starker Weise wirtschaftliche Erwägungen und glaubensstarke Ueberzeugungen für und wider das Bausparen kämpften.

Heute, nach den ersten Jahren einer zum Teil recht stürmischen Anfangsentwicklung, läßt sich das geschaffene Werk in seiner Bedeutung erkennen. Die Gemeinschaft der Freunde besaß am 31. Dezember 1930 45 491 reichsdeutsche Bausparer, zu denen noch 11 928 österreichische Bausparer hinzukommen. Insgesamt sind es also 57 419 Bausparer. Darunter sind naturgemäß viele Tausende mit noch kleinem Sparguthaben, auch Bausparer, die noch nicht zuteilungsberechtigt sind. Zuteilungsberechtigt sind von diesen 57 419 Bausparern 24 577. Von diesen 24 577 zuteilungsberechtigten Bausparern haben nun 10 832* Bausparer die Zuteilung erfahren. Das sind 44.07 %. Mit anderen Worten: Nahezu die Hälfte aller zuteilungsberechtigten Bausparer ist, zum Teil schon seit Jahren, zugeteilt. In diesem Verhältnis der zugeteilten zu den zuteilungsberechtigten Bausparern liegt das wahre Kriterium des Erfolges einer Bausparkasse. Die Entwicklungsziffern der Gemeinschaft der Freunde werden immer ein sprechendes Zeugnis für das rasche Wurzelfassen eines lebensfähigen Gedankens sein. Jeweils bis Ende des einzelnen Jahres erhielten zum Bau oder Kauf eines Eigenheimes oder zur Hypothekenablösung:

1924:	1	Bausparer ℛℳ	10 000.—
1925:	138	„ „	2 392 244.—
1926:	723	„ „	12 799 951.—
1927:	2204	„ „	36 322 889.—
1928:	4781	„ „	74 547 125.—
1929:	7889	„ „	118 824 573.—
1930:	10735*	„ „	161 646 478.—

Zusammen bis Mitte des Jahres 1931 11 755 Bausparer mit 176.7 Millionen ℛℳ.

Nahezu parallel mit der Entwicklung der Gemeinschaft der Freunde ging die Zahl der Gründungen von Bausparkassen. Bezeichnend ist, daß eine Reihe von Gegnern sich angesichts der Erfolge zu Verfechtern des neuen Gedankens bekehrten und selbst Bausparkassen gründeten. Nicht zu leugnen ist jedoch, daß das Gründungsfieber, das sich im Laufe der Jahre breit macht und immer mehr geschäftsbeflissene Unternehmer anlockte, zu einer Gefährdung des Bauspargedankens führte.

* Der zahlenmäßige Unterschied ist auf Aenderungen zurückzuführen, die durch Nichtinanspruchnahme zugeteilten Baugeldes eingetreten sind.

Verwaltungsgebäude der Gemeinschaft der Freunde in Ludwigsburg/Württ.

Beim Bausparen handelt es sich, was sowohl von Bausparkassen als auch von Bausparern gar zu leicht übersehen wird, um einen besonderen Zweig der Spartätigkeit. Es ist selbstverständlich, daß die Kreise des deutschen Volkes, die sich zur Erreichung eines Eigenheimes des Bausparens bedienen, nicht zu jenen bemittelten Schichten gehören, die sich aus eigenem Vermögen ein Eigenheim erstellen können. Es sind vielmehr zum großen Teil Kreise, denen, neben den beruflichen Zielen, die Erlangung eines Eigenheimes geradezu Lebensaufgabe und Inhalt ist, die auf Grund bewußter stark konzentrierter Spartätigkeit auf dem Wege des kollektiven Zwecksparens zu einem Ziel gelangen wollen, das ihnen allein nahezu unerreichbar ist.

Bei den Beträgen, die in den deutschen Bausparkassen als Spargelder investiert sind, handelt es sich um bedeutende Summen. Insgesamt dürften schätzungsweise — genaue Zahlen liegen noch nicht vor — den heute bestehenden rund 250 deutschen Bausparkassen, unter denen das am 1. Oktober in Kraft tretende Bausparkassen-Gesetz eine gewisse Auslese schaffen wird, mehr als 200 000 Bausparer mit rund 2½ Milliarden Mark angeschlossen sein. Auf die Gemeinschaft der Freunde als führende deutsche Bausparkasse entfällt davon fast ⅛, d. h. bis Ende 1930 betrugen bei ihr die abgeschlossenen Bausparverträge über 840 Millionen Mark. Die Höhe der Vertragssummen — das Ergebnis einer erst 7jährigen Entwicklung — hat eine eminent wichtige wirtschaftliche Bedeutung. Besagt sie doch, daß in den nächsten 10 bis 15 Jahren, selbst ohne jeden weiteren Zugang an neuen Sparern, große und bedeutende Beträge dem Baugewerbe zufließen werden. Bei der universalen Rolle der Bauwirtschaft für Industrie, Handel und Handwerk ein Erfolg, dem kein Einsichtiger seine Anerkennung versagen wird.

Einige Abbildungen der von der GdF finanzierten insgesamt 11755 Eigenheime

Eschersheimer Landstraße, Frankfurt am Main (Architekt: L. Bernoully)

Eschersheimer Landstraße, Frankfurt am Main (Architekt; L. Bernoully)

Grafenstraße, Frankfurt am Main (Architekt: L. Bernoully)

An der Friedlebenstraße, Frankfurt am Main (Architekt: Gagfah)

GAGFAH

Gemeinnützige Aktien-Gesellschaft für Angestellten-Heimstätten, Berlin

Das Bedürfnis nach einer gesunden Wohnung, das vor dem Kriege unter der Herrschaft unzweckmäßiger Bauordnungen durch die private Bautätigkeit nicht immer befriedigend erfüllt wurde, hat zahlreiche Wohnungsuchende auf den Weg der Selbsthilfe gewiesen und zur Entwicklung der deutschen Baugenossenschaften geführt. Besonders nach dem Kriege hat infolge der Wohnungsnot diese Bewegung einen starken Aufschwung genommen. Neben den Baugenossenschaften, deren Tätigkeit sich im allgemeinen auf einen örtlich begrenzten Bewerberkreis stützt und deren Leistungen größte Beachtung verdienen, haben sich auch Baugesellschaften — vielfach in der Form der Aktiengesellschaft — entwickelt, die ihre Tätigkeit über das ganze Reich ausdehnen. Sie stützen sich dabei weniger auf den einzelnen Interessenten als auf große Bewerbergruppen, wie es z. B. die gewerkschaftlichen Verbände sind, die sich in diesen Gesellschaften eine Organisation geschaffen haben, um für ihre Mitglieder Wohnungen zu bauen. Eine besondere Stellung nimmt unter diesen Gesellschaften die Gagfah Gemeinnützige Aktien-Gesellschaft für Angestellten-Heimstätten Berlin ein, die im Jahre 1918 von den Angestellten-Verbänden aller politischen Richtungen gegründet wurde.

Die Gagfah hat sich die Befriedigung des Wohnbedarfs der Angestellten, vornehmlich des der Versicherungspflicht bei der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte unterliegenden Personenkreises, zum Ziele gesetzt. Bei der Gründung wurde ihr die Aufgabe zugewiesen, preiswerte und gesunde Wohnungen für Angestellte herzustellen, insbesondere Heimstätten, in denen der Angestellte sich wohlfühlen, sich im Garten betätigen und Kinder aufziehen kann.

Die Gagfah hat daher den Heimstättenbau als ihr eigentliches Aufgabengebiet betrachtet und durch sorgsame Typisierung ihrer Entwürfe Grundrisse herausgearbeitet, die sowohl einfachen Ansprüchen wie auch weitgehenden Anforderungen gerecht werden. Es war daher auch gering besoldeten Angestellten möglich, mit verhältnismäßig bescheidener Anzahlung ein Eigenheim zu erwerben. Im Laufe der letzten Jahre zwang allerdings die Verschlechterung der Wirtschaftsverhältnisse die Gagfah, mehr zum Bau von Mietwohnungen überzugehen, da die Angestellten vielfach nicht in der Lage waren, die für ein Eigenheim erforderliche Anzahlung aufzubringen. Insgesamt hat die Gagfah bisher den Bau von rd. 9000 Einfamilienhäusern und 18 000 Wohnungen in Miethäusern, zusammen 27 000 Wohnungen in die Wege geleitet. Im Jahre 1930 hat die Gagfah mit dem Bau von rd. 6100 Wohnungen begonnen, die einen Kapitalbedarf von Reichsmark 84 000 000 erforderten. Diese Leistungen machen die Gagfah nächst der öffentlichen Hand zu einem der bedeutendsten Auftraggeber des Baugewerbes.

Die Gagfah unterhält drei Zweigniederlassungen: für Ostdeutschland in Berlin, für Westdeutschland in Essen und für Süddeutschland in München. Den Zweigniederlassungen sind eine Reihe Bezirksgeschäftsstellen, u. a. für Hessen und Hessen-Nassau eine Bezirksgeschäftsstelle in Frankfurt a. M. angegliedert. In verschiedenen Orten bestehen auch, um die Beziehungen zu den örtlichen Stellen zu pflegen und um die Bauvorhaben der örtlichen und landsmannschaftlichen Eigenart anzupassen, Tochtergesellschaften. Infolge der engen Verbindung, die die Gagfah mit den örtlichen Vertretungen der Angestellten-Verbände besitzt, pflegt sie das Wohnbedürfnis in den Orten, in denen sie zu bauen beabsichtigt, vorsichtig zu prüfen, so daß sich ihre Bautätigkeit auch wirklich der vorhandenen Nachfrage anpaßt.

Die Finanzierung ihrer Bauten bewerkstelligt die Gagfah in erster Linie durch erst- und zweitstellige Hypotheken der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, die der Arbeit der Gagfah besondere Förderung angedeihen läßt. Die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte erblickt in der Beleihung von Wohnungsbauten einerseits eine sichere und einträgliche Kapitalanlage zugunsten der Versicherungsnehmer, andererseits einen Akt vorbeugender Fürsorge, da durch Verbesserung des Wohnungswesens in den Kreisen der Angestellten auch der Gesundheitszustand gehoben und die durch Krankheit verursachten Rentenleistungen gemindert werden. Es soll in diesem Zusammenhang noch einmal betont werden, daß die Gagfah bei der Anlage ihrer Wohnungen die Anforderungen neuzeitlicher Hygiene in jeder Hinsicht berücksichtigt. Alle Wohnungen erhalten Bad und nach Möglichkeit Balkon. Bei größeren Anlagen gruppieren sich die Häuser um weite lichte Wohnhöfe, die mit Grünanlagen ausgestattet sind. Das Aeußere der Häuser ist in freundlichen hellen Farben gehalten, die Formgebung ist schlicht aber gediegen, so daß sie auch ästhetisch befriedigt.

In Frankfurt a. M. hat die Gagfah bzw. deren Tochtergesellschaft, die Gemeinnützige Heimstätten Aktien-Gesellschaft Frankfurt a. M., bisher 72 Heimstätten und 405 Wohnungen in Miethäusern errichtet, die an der Eschersheimer Landstraße und der Hansa-Allee liegen.

»Heimat«

Gemeinnützige Bau- und Siedlungs-Aktiengesellschaft, Berlin

Die 1925 gegründete Gesellschaft hat sich rasch zu einer der größten deutschen Siedlungsgesellschaften für Eigenheime und Mietwohnungen entwickelt. Ihre Spezialaufgabe ist die Beschaffung von Neubauwohnungen für Angestellte. Es besteht ein enges Freundschaftsverhältnis zum Gewerkschaftsbund der Angestellten und den ihm nahestehenden Organisationen und Unternehmungen sowie eine maßgebliche Finanzierungsstützung durch die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin-Wilmersdorf, aus deren Hypothekendarlehen die Baukapitalien der „Heimat" in erster Linie aufgebracht werden.

Entsprechend ihrer Aufgabe und ihren Grundsätzen einer nüchternen und rein wirtschaftlichen Betrachtung der Wohnungsneubau- und Siedlungswirtschaft versucht die „Heimat", die Auswahl ihrer Grundstücke, die Wohnungstypen, die Wohnungsausstattung und ihre sonstigen technischen und kaufmännischen Richtlinien so zu gestalten, daß zwischen den Erfordernissen der Schaffung erträglicher Raumgrößen und qualitativer Hochwertigkeit unter Berücksichtigung der modernen bautechnisch-hygienischen Anschauungen einerseits und der Notwendigkeit erträglicher Mietbedingungen andererseits ein gesunder Ausgleich erfolgt. — Die „Heimat" ist sich der Fehler und Unzulänglichkeiten der Wohnungsneubauwirtschaft der letzten Jahre wohl bewußt und glaubt, vom Zeitpunkt ihrer Gründung an bis heute alles in ihren Kräften Stehende getan zu haben, um sich davon fernzuhalten. Sie ist sich auch des großen Zukunftsrisikos ihres Geschäftszweiges bewußt und versucht, ihm durch eine gewissenhafte und streng kaufmännische Betriebsführung entgegenzuarbeiten.

Die Verbindungen der „Heimat" mit maßgeblichsten deutschen Bauausführungsfirmen und Großbanken sowie der Ruf, den sie bei diesen und bei allen behördlichen und Regierungsstellen genießt, dürften im Verein mit ihren aus der nachfolgenden Aufstellung ersichtlichen Kräfteverhältnissen, insbesondere auch in Verbindung mit ihrer für die gemeinnützige Bauwirtschaft erheblich zu nennenden Eigenkapitalskraft eine gesunde Zukunftsentwicklung verbürgen.

	Aktienkapital	Offene Reserven	Bilanzzahl	Abschreibungen a/Hauseigentum
31. 12. 1925	250 000.—	12 500.—	1 141 259.71	—
31. 12. 1926	1 000 000.—	65 000.—	7 096 241.06	6 768.70
31. 12. 1927	2 000 000.—	265 877.40	25 752 814.56	7 000.—
31. 12. 1928	4 000 000.—	511 980.13	48 674 938.10	280 656.59
31. 12. 1929	4 000 000.—	762 466.54	86 931 342.29	535 511.—
31. 12. 1930	5 000 000.—	933 619.36	116 225 001.45	973 740.—

	Hypothekentilgungen	Gewinn	Dividende
31. 12. 1925	—	19 318.21	—
31. 12. 1926	—	83 473.99	5 %
31. 12. 1927	19 337.96	250 877.40	5 %
31. 12. 1928	120 115.25	346 102.73	5 %
31. 12. 1929	276 379.88	430 486.41	5 %
31. 12. 1930	412 337.43	266 302.82	5 %

Die Deutsche Genossenschafts-Revisions- und Treuhandgesellschaft m. b. H. in Berlin.

Nachdem die Preußische Zentralgenossenschaftskasse sich im Laufe der Jahre 1924 und 1925 zu einer gegenüber der Vorkriegszeit vervielfachten Kredithergabe veranlaßt gesehen hatte, ergab sich das Bedürfnis, die Kreditkontrollen in der Form örtlicher Revisionen auszubauen. Die schon früher seitens des Sekretariats der Anstalt gelegentlich vorgenommenen Prüfungen bei einzelnen Kreditnehmern der Anstalt wurden daher systematisiert und auf die Mitte 1925 gegründete Deutsche Genossenschafts-Revisions- und Treuhandgesellschaft m. b. H. übergeleitet. Die Ueberleitung auf ein selbständiges Institut in privatwirtschaftlicher Form ergab sich aus der Notwendigkeit, die Arbeiten der Prüfer zu objektivieren und die Revisionsinstanz von dem Träger der Revisionsaufträge zu distanzieren.

Die Reorganisation der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse seit Beginn des Jahres 1928 führte zu einem Ausbau der Deutschen Genossenschafts-Revisions- u. Treuhandgesellschaft m. b. H., welche seitdem ihren Revisionsstab etwa versechsfachte und ihre Organisation den Einrichtungen bekannter großer Treuhandgesellschaften anpaßte. Bei dem Ausbau der Firma wurde ein Aufsichtsrat eingesetzt, welchem neben den Vertretern der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse und Behördenvertretern Repräsentanten der Hauptgruppen der mit der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse in Verbindung stehenden Genossenschaften angehören.

Die Prüfungsmethoden der Deutschen Genossenschafts- Revisions- u. Treuhandgesellschaft m. b. H. sind darauf abgestellt, den besonderen Verhältnissen der Genossenschaftswirtschaft, insbesondere der genossenschaftlich organisierten Landwirtschaft, gerecht zu werden und gleichzeitig betriebswirtschaftlich-materielle Grundsätze zur Geltung zu bringen. Die Auswahl der Revisionskräfte wurde dementsprechend getroffen; es wurden neben mit dem Genossenschaftswesen vertrauten Revisoren solche mit Bank- und allgemeiner Revisions-Praxis sowie wissenschaftlicher Ausbildung an betriebswirtschaftlichen Hochschul-Seminaren herangezogen.

Ausbau und Entwicklung der Deutschen Genossenschafts-Revisions- und Treuhandgesellschaft m. b. H. seit dem Jahre 1928 wurden insbesondere durch die seit dem Jahre 1928 in Angriff genommene Rationalisierung des ländlichen Genossenschaftswesens bestimmt. Die Gesellschaft wurde damit zum Werkzeug der Genossenschaftsrationalisierung. Die Verflochtenheit des Genossenschaftswesens, sowohl der ländlichen Organisationen als auch der sogenannten gewerblichen (Schulze-Delitzsch) und anderer Richtungen, mit mannigfachen Wirtschaftsgebieten erweiterte den Aufgabenkreis des Revisionsorgans der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse, so daß seine Beanspruchung bald an Vielseitigkeit nicht hinter dem Aufgabenkreis allgemeiner Revisionsgesellschaften zurückblieb. Hinzukam mit zunehmendem Hervortreten der Deutschen Genossenschafts-Revisions- und Treuhandgesellschaft m. b. H. ihre Beanspruchung durch weitere Wirtschaftskreise.

Die Bemühungen, mit den seit 1928 rapide gestiegenen Aufgaben der Gesellschaft Schritt zu halten, ließen eine systematische Verwertung der gewonnenen Erfahrungen nur langsam zu. Bisher konnten nur diejenigen Arbeiten zum Abschluß gebracht werden, welche dem am dringendsten fühlbaren Mangel abhelfen sollten. Es wurden in den Jahren 1929 und 1930 Revisionsrichtlinien herausgegeben, welche zum ersten Mal eine Systematik zur Vornahme betriebswirtschaftlich-materieller Prüfungen bei genossenschaftlichen Organisationen im allgemeinen und bei Kreditgenossenschaften im besonderen begründeten. Weitere Arbeiten sind in Vorbereitung und sollen insbesondere die Anwendbarkeit betriebswirtschaftlicher Methoden, wie beispielsweise des Betriebsvergleichs, im genossenschaftlichen Revisionswesen dartun. Schließlich kann der Apparat der Deutschen Genossenschafts-Revisions- und Treuhandgesellschaft m. b. H. in größerem Umfang, als es bisher geschehen ist, zur Ausbildung von Kräften benutzt werden, welche die hier gesammelten Erfahrungen und erarbeiteten Methoden im Genossenschaftswesen selbst zur Anwendung bringen sollen.

Schon jetzt scheint bei noch fehlender Systematik eine nachhaltige erzieherische Wirkung der Tätigkeit der Deutschen Genossenschafts-Revisions- und Treuhandgesellschaft m. b. H. feststellbar zu sein, da die revidierten Stellen durch die Zusammenarbeit mit den Revisoren und durch die Prüfungsberichte veranlaßt werden, betriebswirtschaftlich-materielle Grundsätze in verstärktem Maße zur Anwendung zu bringen, selbst zu ähnlichen Prüfungsmethoden gegenüber den eigenen Kreditnehmern überzugehen und ihre Betriebe entsprechend umzustellen. Die Notwendigkeit zentraler und unabhängiger Revisionen im Genossenschaftswesen wie an anderen Stellen wird gerade in letzter Zeit allgemein erkannt und findet in fortgesetzter öffentlicher Diskussion über die bisherige Unzulänglichkeit der Revisionsmethoden ihren Niederschlag. Die Deutsche Genossenschafts-Revisions- und Treuhandgesellschaft m. b. H. leistet einer Reform der gesetzlichen Revisionsordnung für Genossenschaften Vorarbeit.

Deutsche Kreditsicherung Aktiengesellschaft

Berlin W 8, Mohrenstrasse 10

I. Vorstand:

Dr. jur. **Georg Ebers**, Berlin, Rechtsanwalt und Notar.
Kurt Boeszoermeny, Berlin, Bankier.

II. Verwaltungsrat:

Dr. Dr. oec. publ. h. c. **Hermann Bücher**, Berlin, Wirkl. Legationsrat a. D., M. d. R.-W.-R., Mitglied des Generaldirektoriums der Allgemeinen Elektricitäts-Gesellschaft.
Ludwig Kastl Berlin, Geh. Regierungsrat, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Reichsverbandes der dtsch. Industrie.
Hans Kraemer, Berlin, M. d. R.-W.-R., Vorsitzender des Wirtschaftspolitischen Ausschusses d. Reichswirtschaftsrats.
Dr. **Alexander Kreuter**, Berlin, Geh. Regierungsrat, Ministerialrat a. D., M. d. R.-W.-R.

III. Aufsichtsrat:

Vorsitzender: Prof. Dr. phil. Dr. ing. e. h. Dr. Dr. h. c. **Carl Duisberg**, Leverkusen bei Köln a. Rhein, Geh. Regierungsrat, Vorsitzender des Präsidiums des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Vorsitzender des Verwaltungsrats der I. G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft.
Stellv. Vorsitzender: Dr. **Alexander Kreuter**, Berlin, Geh. Regierungsrat, Ministerialrat a. D., M. d. R.-W.-R.
Dr. ing. **Robert Bosch**, Stuttgart.
Dr. Dr. oec. publ. h. c. **Hermann Bücher**, Berlin, Wirkl. Legationsrat a. D., M. d. R.-W.-R., Mitglied des Generaldirektoriums der Allgemeinen Elektricitäts-Gesellschaft.
Julius Epstein, Berlin, Direktor der Treuhandverwaltung für das deutsch-niederländische Finanzabkommen G. m. b. H.
Abraham Frowein, Elberfeld, M. d. R.-W.-R.
Ludwig Kastl, Berlin, Geh. Regierungsrat, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Reichsverbandes der dtsch. Industrie.
Hans Kraemer, Berlin, M. d. R.-W.-R., Vorsitzender des Wirtschaftspolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrats.
Dr. **Kurt Kuntze**, Garmisch (Oberbayern).
Clemens Lammers, Berlin.
Dr. **Arnold Langen**, Köln-Deutz, Generaldirektor der Motorenfabrik Deutz Aktiengesellschaft.
Geh. Kommerzienrat **Otto Lindenmeyer**, Augsburg, Direktor der Mech. Baumwoll-Spinnerei und Weberei, Augsburg.
Georg Müller-Oerlinghausen, Oerlinghausen, M. d. R.-W.-R.
Theodor Schwartz, Bocholt.
Dr. ing. h. c. **Carl Friedrich v. Siemens**, Siemensstadt b. Berlin.
Dr. jur., Dr. ing. e. h., Dr. rer. pol. h. c. **Paul Silverberg**, Köln.
Dr. jur. **Willy Springorum**, Elberfeld, Direktor der Vereinigten Glanzstoff-Fabriken A.-G.
Kommerzienrat **Carl Uebelen**, Hannover-Linden, Generaldirektor der Mechanischen Weberei zu Linden.
Dr. ing., Dr. phil. h. c. **Albert Vögler**, Dortmund, Generaldirektor der Vereinigten Stahlwerke Aktiengesellschaft.
Dr. **Erich Will**, Berlin.

Gegenstand des Geschäftsbetriebes der Gesellschaft ist die Sicherung von Krediten. Die Kreditsicherung, noch vor einem Jahrzehnt im Kreditgeschäft als selbständiger Geschäftszweig unbekannt, ist heute in den Vordergrund des Interesses gerückt und kann als notwendige Voraussetzung gewissenhafter Kreditgewährung angesehen werden, da die durch Kriegs- und Inflationsjahre sowie durch die sich heute noch auswirkenden Nachkriegswirren hervorgerufene Undurchsichtigkeit der Wirtschafts- und Vermögensverhältnisse die Gefahren der Kreditgewährung ohne Kreditsicherung stark vergrößert hat. Insbesondere bei Auslandskrediten spielt daher eine gut geordnete Kreditsicherung eine ausschlaggebende Rolle. Eine solche Kreditsicherung erfordert heute eine dingliche Sicherung durch Spezialsicherheiten. Hierfür kamen in der Vorkriegszeit als übliche Formen in erster Linie die Grundstücks-Hypothek und der Warenlombard in Frage. Die Grundstücks-Hypothek scheidet aber bei vielen Kreditfällen mangels Grundeigentums des Kreditnehmers ohne weiteres aus. Das übliche Lombardverfahren ist wegen der Behinderung des Kreditnehmers in der freien Bewirtschaftung der lombardierten Ware nur vereinzelt anwendbar. Es ist der Gesellschaft gelungen, Formen zu finden, auf welchem Wege selbst wechselnde Warenbestände eines Kreditnehmers zur Sicherung des Kreditgebers herangezogen werden können. Bei Anwendung ihres Sicherungssystems, welches zweckmäßig mit einer hierfür ausgebauten, nur mäßige Prämien erfordernden Art der Kreditversicherung verbunden wird, erhält der Kreditgeber denselben Schutz wie bei den seit altersher bekannten Lombardkrediten, welche die Wegnahme und Einlagerung der Lombardwaren zur Voraussetzung hatten, obwohl der Kreditgeber bei unserem Sicherungssystem die Ware im Besitz und in der freien Bewirtschaftung des Kreditnehmers belassen kann.

Der internationale Kreditverkehr rief in steigendem Maße die Notwendigkeit hervor, die schutzbedürftigen Interessen des Geldgebers auf solchen Gebieten, in denen der Geldnehmer die Entscheidung nicht unmittelbar dem Geldgeber überlassen kann, einem unabhängigen Institut zu übertragen. Die mit der Verwaltung der uns anvertrauten Sicherheiten verbundene Aufgabe hat in dieser Entwicklung uns als vollständig unabhängige Kreditsicherungsgesellschaft immer mehr und mehr einen Aufgabenkreis zugewiesen, der über die Kreditsicherung im engeren Sinne hinausgeht und all das umfaßt, was zur Tätigkeit des im englisch-amerikanischen Wirtschafts- und Rechtsleben bekannten, in Deutschland jedoch noch wenig bekannten „Trustee" gehört.

Die Deutsche Kreditsicherung Aktiengesellschaft hat die Bedeutung dieser neuen Aufgaben frühzeitig erkannt und ihren Geschäftsbetrieb gerade auch auf diesen Zweig eingestellt. Sie hat insbesondere da, wo es sich um die Bestellung eines Treuhänders für die großen Auslandsanleihen der deutschen Industrieunternehmungen handelte, die Aufmerksamkeit der ausländischen Geldgeber gefunden und wurde hier in weitestem Umfang mit den verschiedenartigsten einem Anleihetreuhänder zufallenden Aufgaben betraut. So wurde sie auf Veranlassung mehrerer erster amerikanischer Emissionshäuser für die Bondsgläubiger der von diesen Emissionshäusern emittierten Bondsemissionen neben den bekannten New Yorker Trustgesellschaften wie z. B. Central Hanover Bank & Trust Company, Irving Trust Company, The Chase National Bank of the City of New York, Bank of Manhattan Trust Company, zum deutschen Treuhänder bestellt. So ist unsere Gesellschaft zum deutschen Treuhänder neben vielen anderen bei folgenden amerikanischen Emissionen bestellt:

$ 24.000.000.—	Twenty-five Year 6½% Sinking Fund Gold Debentures der Siemens & Halske Aktiengesellschaft und Siemens-Schuckert-Werke Gesellschaft mit beschränkter Haftung.
$ 30.000.000.—	Participating Debentures der Siemens & Halske Aktiengesellschaft.
$ 15.000.000.—	Six-Year 6% Secured Notes der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft.
$ 5.000.000.—	First Mortgage Twenty-five Year Sinking Fund 6% Gold Bonds External Loan of 1928 der Märkisches Elektrizitätswerk Aktiengesellschaft.
$ 15.000.000.—	Thirty-Year 6½% Sinking Fund Debentures der Berliner Städtische Elektrizitätswerke Aktiengesellschaft.
$ 12.500.000.—	Ten-Year 7% Gold Notes der Hugo Stinnes Corporation.
$ 12.000.000.—	6½ % Secured Sinking Fund Bonds Series A der Ruhrgas Aktiengesellschaft.
$ 4.000.000.—	6% Sinking Fund Mortgage Bonds Series A der Ruhrchemie Aktiengesellschaft.
$ 3.600.000.—	7% Serial Gold Bonds der Kommunale Landesbank in Darmstadt.

In den Bereich unserer Treuhandschaft fällt vorzugsweise die treuhänderische Wahrnehmung von Hypothekenrechten, die Ueberwachung, Verwaltung und Auszahlung von Anleihe- und Darlehnsfonds, welche für bestimmte Zwecke errichtet sind, die Ueberwachung von Krediten, bei denen die Gelder nur unter bestimmtem Verwendungszweck oder zur Durchführung spezieller Transaktionen zur Verfügung gestellt werden, die Ueberwachung und Durchführung der Ausübung von Aktienbezugsrechten, die Wahrnehmung der Rechte der Obligationäre schlechthin, insbesondere auch bei Kapitalerhöhungen und sonstigen finanziellen Transaktionen der Schuldnergesellschaften, die Mitwirkung bei Fusionen, bei Sanierungsarbeiten usw.

Die Gesellschaft verfügt auf Grund ihrer Erfahrungen und der sorgfältigen Beobachtung aller wirtschaftlichen und rechtlichen Vorgänge heute über eine vollständig ausgebaute Organisation und einen für ihren Spezialdienst hervorragend ausgebildeten Personalbestand, so daß sie in den Stand gesetzt ist, allen an die Uebernahme und die Durchführung von zur Kreditsicherung im weitesten Sinne gehörigen Geschäften zu stellenden Anforderungen zu entsprechen.

Der ausstehende Betrag, der zurzeit unter unserer Treuhandschaft stehenden Anleihen und Kredite beläuft sich in Reichsmark umgerechnet auf annähernd 1 Milliarde Reichsmark.

»ALBINGIA«

VERSICHERUNGS-AKTIENGESELLSCHAFT

IN HAMBURG

Prämien-Einnahme 1930 über RM 30,000,000.–

Voll eingezahltes Kapital, ordentliche und außerordentliche Reserven RM 15,695,135.–

Marksteine der Entwickelung:

1901 Gründung der Gesellschaft. Aktienkapital 2 000 000.— Mark. Zweige: Transport, Einbruch/Diebstahl, Unfall und Haftpflicht.

1907 Uebernahme der Transatlantischen Feuer-Versicherungs-Actien-Gesellschaft in Hamburg und damit Ausdehnung des Geschäftes auf die Zweige Feuer- und Wasserleitungsschaden-Versicherung; Erhöhung des Aktienkapitals auf 6 000 000.— Mark.

1913 Uebernahme der Düsseldorfer Feuerversicherungs-Aktiengesellschaft, Erhöhung des Aktienkapitals auf 9 000 000.— Mark.

1914 Uebernahme der Glas-Versicherungsgesellschaft „Halensia", Halle a. S. mit gleichzeitiger Ausdehnung des Geschäftsbetriebes auf die Glas-Versicherung, Uebernahme des deutschen Bestandes der National-Provinzial-Spiegelglas-Versicherungs-Gesellschaft Ltd., London.

1923 Zusammenlegung des während der Inflation nochmals auf Mark 15 000 000.— erhöhten Aktienkapitals im Verhältnis 10:1, also auf 1 500 000.— Goldmark und gleichzeitige Erhöhung auf 3 000 000.— Goldmark. Herausgabe der ersten Goldmarkeröffnungsbilanz.

1926 Erhöhung des Aktienkapitals auf Reichsmark 5 000 000.— bei 100prozentiger Einzahlung.

Europa-Haus

Das Direktionsgebäude der „Albingia" Versicherungs-Aktiengesellschaft in Hamburg, Alsterdamm 39. Erbaut im Jahre 1906 auf dem Grund und Boden des früheren Hotels de l'Europe

In- und ausländische Bankverbindungen:

Deutschland:

Hamburg: Norddeutsche Bank in Hamburg, Filiale der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft.
Berlin: Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft.
Dresden: Philipp Elimeyer.
Köln: Deichmann & Co.
Mannheim: Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, Filiale Mannheim.

Ausland:

Nord-Amerika: J. Henry Schroder Banking Corporation, New York; Guaranty Trust Company of New York, New York.
Argentinien: Banco Aleman Transatlantico, Buenos Aires.
Brasilien: Banco Germanico da America do Sul, Rio de Janeiro; Banco Allemão Transatlantico, Rio de Janeiro.
Chile: Banco Aleman Transatlantico, Valparaiso.
Danzig: Danziger Privat-Actien-Bank, Danzig.
Dänemark: Akt. Kjøbenhavns Handelsbank, Kopenhagen.
England: J. Henry Schröder & Co., London.
Finnland: A. B. Nordiska Foreningsbanken, Helsingfors.
Holland: Amsterdamsche Bank, Amsterdam.
Norwegen: Den Norske Creditbank, Oslo.
Schweden: A. B. Svenska Handelsbanken, Stockholm.
Schweiz: Schweizerische Kreditanstalt, Basel.
Spanien: Banco Alemán Transatlántico, Barcelona.

Versicherungszweige der „Albingia":

Feuer-	**Unfall-**	**Transport-**
Einbruch / Diebstahl-	**Haftpflicht-**	**Reisegepäck-**
Beraubungs-	**Glas-**	**Wertsachen-**
Wasserleitungsschäden-	**Kraftfahrzeug-**	**Garderoben-**

Versicherung

Entwicklung der „Albingia" bis Ausbruch des Krieges:

	1901 RM.	1907 RM.	1914 RM.
Brutto-Prämien-Einnahme	1,530,000.—	5,340,000.—	24,790.000.—
Kapital	2,000,000.—	6,000,000.—	9,000,000,—
Kapital-Reserve	5,000,—	200,000.—	1,260.000.—
Technische Reserve	205,000 —	2,530,000.—	5.910,000.—

Fortschritte der inneren Stärke der „Albingia" in den letzten Jahren:

	1929 RM.	1930 RM.
Bankguthaben	1,580,000,—	3,236,072.—
Wertpapiere	1,650,000.—	2,968.947.—
Grundstücke	3,388,933.—	3,708,190.—

Entschädigungszahlungen der Albingia seit Stabilisierung der Währung

bis Ende 1924	RM.	10,400,000.–
bis Ende 1925	„	28,600.000.–
bis Ende 1926	„	51,500,000.–
bis Ende 1927	„	69,800,000.–
bis Ende 1928	„	87,600,000.–
bis Ende 1929	„	112,900,000.–
bis Ende 1930	„	**131,500,000.–**

Allianz und Stuttgarter Verein Versicherungs-A.G.

AKTIVA: ÜBER 234 MILLIONEN RM.

Allianz und Stuttgarter Lebensversicherungsbank A.G.

GESAMTVERSICHERUNGSSUMME: ÜBER 3000 MILLIONEN RM.

Bayerische Versicherungsbank A.G., München

Badische Pferdeversicherungs-Anstalt A.G. Karlsruhe i. B.

Globus Versicherungs-Aktien-Gesellschaft Hamburg

Hermes Kreditversicherungsbank A.G., Berlin

Kraft Versich. A.G. des Automobilclubs von Deutschland, Berlin

Neue Frankfurter Allgem. Versicherungs A.G. Frankfurt a. M.

Union, Allgem. Deutsche Hagel-Vers. Ges., Weimar

Zu den Versicherungsgesellschaften, die trotz des Krieges und seiner Nachwehen sich im In- und Auslandsgeschäft nicht nur erhalten, sondern sogar eine fortlaufende Entwicklung nehmen konnten, gehörte die Allianz-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft in Berlin. Im Jahre 1890 mit einem Grundkapital von vier Millionen Mark gegründet, beschränkte sie sich ursprünglich auf den Betrieb der Unfall- und Haftpflicht-, der Transport- und Garantie-(Kautions-)Versicherung sowie der Rückversicherung in diesen Zweigen. Bald nahm sie auch die Feuer- und Einbruchdiebstahl-Versicherung hinzu, und heute umfaßt ihr und der ihr angeschlossenen Gesellschaften Geschäftsgebiet sämtliche Versicherungszweige.

Nachdem schon früher einige kleinere Versicherungsgesellschaften ganz übernommen waren, wurde 1918 eine enge Interessengemeinschaft mit der **Kraft Versicherungs-Aktiengesllschaft des Automobilclubs von Deutschland** in Berlin eingegangen. In späteren Jahren schlossen sich an: **Globus Vers.-A.-G.** in Hamburg, **Hermes Kreditversicherungsbank A.-G.** in Berlin, **Union Allgemeine Deutsche Hagel-Versich.-Gesellschaft** in Weimar, **Badische Pferdeversicherungsanstalt A.-G.** in Karlsruhe i. B., **Bayerische Versicherungsbank A.-G.** in München u. a. 1922 wurde die **Allianz Lebensversicherungsbank AG** in Berlin gegründet, die ihrerseits bald nach ihrer Gründung sich mit der Deutschen Lebensversicherungsbank Arminia Aktien-Ges. in München verschmolz.

Generaldirektionsgebäude Berlin

Nachdem schon 1923 die Freia Bremen-Hannoversche Lebensversicherungsbank A.-G. in Berlin übernommen war, wurde 1926 eine Reihe nahestehender Gesellschaften fusioniert, so u. a. Deutscher Phönix Vers. A.-G. in Frankfurt a. M., Providentia Frankfurter Vers. A.-G., Wilhelma in Magdeburg, deren alte Namen und Traditionen in den Zweigniederlassungen und Verwaltungsstellen weitergeführt werden.

Zu Ende 1927 fand dann der Zusammenschluß des Stuttgarter Vereins Vers. A.-G. und der Stuttgart-Berliner Vers. A.-G. mit der Allianz Vers. A.-G. unter der Firma **Allianz und Stuttgarter Verein Versicherungs-Aktien-Gesellschaft,** und der Zusammenschluß der Stuttgart-Lübecker Lebensversicherungs-A.-G., der Stuttgarter Lebensversicherungsbank A.-G. und der Bayerischen Lebens- und Unfallversicherungsbank A.-G. mit der Allianz Lebensversicherungsbank A.-G. unter der Firma **Allianz und Stuttgarter Lebensversicherungsbank Aktiengesellschaft** statt. Besonders der Stuttgarter Verein, der namentlich auf dem Gebiete der Haftpflichtversicherung führend war, und die Stuttgarter Lebensversicherungsbank, die Geschäftsnachfolgerin der einst größten Gegenseitigkeitsgesellschaft Europas, hatten eine große Tradition.

Durch keinerlei Schwierigkeiten auf den Weg des Zusammenschlusses gewiesen, ist der freie Entschluß aus dem Gedanken geboren, durch Zusammenfassung der bisher getrennt arbeitenden und divergierenden Kräfte sowie durch Austausch der gewonnenen Erfahrungen alle Vorteile eines einheitlich geleiteten Großbetriebes auszuschöpfen.

Im Juni 1928 wurde weiter die Oberrheinische Versicherungsgesellschaft in Mannheim mit der Allianz und Stuttgarter Verein Vers. A.-G. verschmolzen.

Das Jahr 1929 brachte unerwartete Erweiterungen. Als im August 1929 der Zusammenbruch der Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-A.-G. erfolgte, glaubte die Allianz und Stuttgarter Verein Vers.-A.-G. im Interesse der deutschen Gesamtwirtschaft, der deutschen Privatversicherer und im eigenen Interesse hier helfend einspringen zu müssen. Hunderttausenden von Versicherten ist dadurch der gewohnte Versicherungsschutz, und den Mitarbeitern der „Frankfurter" die Existenz erhalten, so daß das Vertrauen zu der deutschen Privatversicherung nicht erschüttert wurde. Der Sachversicherungsbestand der notleidenden Gesellschaft wurde auf die von der Helferin neu gegründete Neue Frankfurter Allgemeine Versicherungs-Aktien-Gesellschaft übertragen, die das Geschäft unter ausdrücklicher Garantie der „Allianz und Stuttgarter Verein" weiterführt. Die Frankfurter Lebensversicherungs-Aktien-Gesellschaft wurde dagegen von der Allianz und Stuttgarter Lebensversicherungsbank Aktien-Gesellschaft mit allen Aktiven und Passiven voll übernommen. Die weitere Entwicklung entspricht den gehegten Erwartungen.

Bayerische Beamtenversicherungsanstalt

Versicherungsverein a. G.

München

Dachauer Straße 9

Die Bayerische Beamtenversicherungsanstalt V. a. G. ist hervorgegangen aus einem kleinen Versicherungsverein, den sich eine bayerische Staatsbeamtengruppe von Post und Eisenbahn geschaffen hatte in der richtigen Erkenntnis, daß die Sorgen, die bei Tod oder Dienstunfähigkeit auftreten, durch die Bereitstellung eines, wenn auch kleinen Kapitals gelindert werden können.

Im Jahre 1902 hat der Bayerische Verkehrsverein für seine Mitglieder eine Pensions- und Sterbekasse eingerichtet, die nach ihrer im Jahre 1903 erfolgten Vereinigung mit der Sterbekasse bayerischer Staatsdiener unter dem Namen „Pensions- und Sterbekasse bayerischer Staatsdiener V. a. G." sich zur Aufgabe gemacht hat, beim Ableben oder bei Dienstunfähigkeit von Mitgliedern die versicherte Summe auszuzahlen. Dieser Verein war der erste, der die Versicherungsart, für den Dienstunfähigkeitsfall statt einer Rente, wie es sonst üblich ist, ein Kapital zu versichern, eingeführt hat und damit bei seinen Mitgliedern sehr großen Anklang fand. Schon nach zehnjähriger Tätigkeit war ein Bestand von 9000 Mitgliedern mit einer Versicherungssumme von 8,8 Millionen Mark erreicht und ein Vermögen von über einer Million vorhanden. Im Jahre 1915 hat die Kasse nach Uebernahme des Allgemeinen Beerdigungsvereins für Beamte und Gehilfen der k. b. Staatseisenbahnen in Nürnberg ihren Namen in „Bayerische Beamtenversicherungsanstalt" umgeändert.

Eine sehr bedeutende Vergrößerung hat die Anstalt im Jahre 1917 durch die Uebernahme des Versicherungsbestandes des Bayerischen Verkehrsverbandes in München erfahren. Dadurch haben sich die Mitgliederzahl, der Versicherungsbestand, das Vermögen der Anstalt mit einem Schlage um mehr als das Doppelte erhöht.

Mit Riesenschritten ging dann die Entwicklung der Anstalt vorwärts. Außer einem beträchtlichen Zugang an neuen Mitgliedern wurde von der Anstalt noch eine Reihe von kleineren Versicherungskassen übernommen. Ende 1922 konnte die Anstalt einen Bestand von 79 450 Mitgliedern mit einer Versicherungssumme von 114 Millionen Mark und einem Vermögen von 34 Millionen Mark verzeichnen. Dieser Erfolg wurde durch den katastrophalen Sturz der deutschen Mark im Jahre 1923, von dem die Anstalt wie alle anderen Lebensversicherungsunternehmungen nicht verschont geblieben ist, zum größten Teil vernichtet.

Die im Jahre 1924 eingetretene Wiederbefestigung der deutschen Währung und die durch die Entwertung entstandene allgemeine Kapitalnot waren für den Wiederaufbau des Versicherungsgeschäftes von bestimmendem Einfluß. Dank dem unerschütterlichen Vertrauen ihrer Mitglieder gelang es der Anstalt mit erstaunlicher Schnelligkeit, einen neuen Versicherungsstock zu schaffen, und zwar in einem Umfang, der den Bestand der Vorkriegszeit vervielfacht hat.

Ueber die Wiederaufbauarbeit der Anstalt geben die nachstehenden Zahlen den besten Aufschluß:

Geschäftsjahr:	Mitgliederzahl:	Versicherungssumme:
1924	85 840	20 300 000 RM
1925	92 340	42 300 000 „
1926	114 569	68 200 000 „
1927	133 636	104 700 000 „
1928	156 648	153 700 000 „
1929	176 052	196 200 000 „
1930	190 014	225 900 000 „

Das Vermögen der Anstalt betrug Ende 1930 bereits 22,1 Millionen Reichsmark und ist in der Hauptsache in erststelligen Hypotheken auf Feingoldbasis angelegt. Auch hat die Anstalt einen wertvollen Grundbesitz.

Die Beitragseinnahme belief sich im Jahre 1930 auf 9 Millionen Mark.

Die Anstalt hat stets erhebliche Ueberschüsse in den einzelnen Geschäftsjahren erzielt; derjenige im Jahre 1930 betrug 1,7 Millionen Mark. Aus den Ueberschüssen konnte trotz der niedrigen Beiträge außer der Bildung und Stärkung von Sicherheitsrücklagen der Anstalt der weitaus größte Teil — bisher 4,15 Millionen — den Versicherten in Form von erheblichen Gewinnanteilen zurückgegeben werden.

Das Geschäftsgebiet der Anstalt erstreckt sich auf das Deutsche Reich mit dem Saargebiet.

Die Höhe der Versicherungssumme ist unbegrenzt, da die Anstalt mit der Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft im Vertragsverhältnis steht.

Die Anstalt betreibt die Kapitalversicherung auf den Todes-, Dienstunfähigkeits- und Erlebensfall mit und ohne ärztliche Untersuchung, sowie die Brautaussteuerversicherung. Sie hat sich zum Grundsatz gemacht, den Versicherungsschutz so billig als möglich zu gewähren, ohne dabei die Sicherheit der Anstalt außer acht zu lassen.

Die Anstalt hat als einziges Unternehmen in Deutschland nur monatliche Beiträge, die bereits erlöschen mit dem Monat, in dem die Versicherungssumme fällig wird.

Aufnahmefähig sind die im Dienste des Reichs, der Länder, der Kreise, der Gemeinden und sonstiger öffentlich-rechtlicher Körperschaften stehenden Personen und deren Familienangehörige sowie auch Angehörige anderer Berufe.

Die bisherige Entwicklung der Anstalt ist ein Beweis dafür, daß im einmütigen Zusammenwirken aller Organe ein großes Unternehmen sich nicht nur in der A.-G., sondern auch auf genossenschaftlicher Grundlage aufbauen und durchführen läßt.

Orig.-Radg. F. Staeger, München

Bayerische Rückversicherungsbank

Aktiengesellschaft

München

Aufsichtsratsvorsitzender:
Hofrat E. Drumm, Generaldirektor a. D.

Vorstand:
Dr. Wertheimer, Direktor; Dr. Münch, stellvertr. Direktor

Die Bayerische Rückversicherungsbank, Aktiengesellschaft, München, wurde im Jahre 1911 gegründet. Das Aktienkapital beträgt RM 6,000,000.—, wovon 25% eingezahlt sind. Die Gesellschaft arbeitet in allen Versicherungszweigen. Über die Entwickelung seit Beendigung der Inflation geben die folgenden Zahlen Aufschluß.

Geschäftsjahr	Prämien-Einnahme Brutto	Prämien-Einnahme Netto (nach Abzug der Retrozession)	Kapital-Erträgnisse	Garantiemittel
	RM	RM	RM	RM
1924	4,641,704.—	4,147,790.—	176,867.—	8,783,831.—
1926	13,793,198.—	8,917,987.—	474,298.—	12,743,050.—
1928	18,679,384.—	11,322,805.—	745,651.—	16.441,100.—
1930	23,545,839.—	13,945,514.—	751,903.—	18,971,810.—

Dividende seit 1926 unverändert 8%.

Berlinische Feuer-Versicherungs-Anstalt

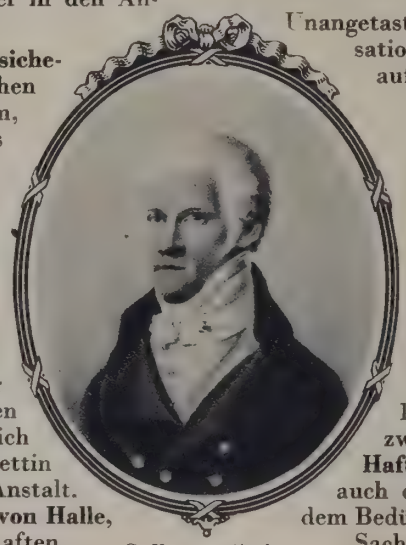
gegründet 1812

Die älteste Versicherungs-Aktiengesellschaft Deutschlands.

Bis zur Errichtung der ersten Feuerversicherungs-Anstalten gegen Ende des 18. Jahrhunderts war jeder Abgebrannte, soweit er kein Vermögen besaß, auf die Mildtätigkeit seiner Mitbürger angewiesen. Im Laufe der Zeit hatte sich der „Brandbettel" unter Mitwirkung der Obrigkeit zu einer solchen Landplage entwickelt, daß verschiedene Landesfürsten zur Errichtung staatlicher Gebäude-Brandversicherungs-Anstalten schritten, um dem Uebelstand zu begegnen. Fast gleichzeitig angestellte Versuche zur Gründung privater Feuerversicherungs-Institute nach dem englischen Vorbild blieben aber in den Anfängen stecken.

Mit der Gründung der **Berlinischen Feuer-Versicherungs-Anstalt** im Jahre 1812, der **ersten** deutschen Privat-Feuerversicherungs-Anstalt in Aktienform, wurde ein lange empfundenes nationales Bedürfnis befriedigt, weil vordem zur Deckung gegen Feuerschäden nur einige im 18. Jahrhundert entstandene englische Versicherungs-Gesellschaften, die zudem nur in Hamburg Agenturen unterhielten, zur Verfügung standen.

Die Anstalt nahm deshalb von vornherein eine für damalige Verhältnisse recht befriedigende Entwicklung. Sie erfuhr allenthalben eine freundliche Aufnahme bei der Kaufmannschaft, zu welcher lebhafte Beziehungen entwickelt wurden. Zu den ersten Versicherungsnehmern zählte die Königlich Preußische Seehandlung, die ihre Salzläger in Stettin bei der Anstalt abdeckte. Die Gründer der Anstalt, **W. C. Benecke, H. F. Fetschow, H. Hotho, F. G. von Halle,** sämtlich Berliner Bankiers, unterhielten einen lebhaften Verkehr mit den Preußischen Häfen und stellten ihre Verbindungen dem jungen Unternehmen zur Verfügung. Die ersten Geschäftsstellen, damals Agenturen genannt, wurden in **Königsberg, Danzig und Stettin** errichtet und angesehenen Handelsfirmen übertragen, die in einem regen Warenaustausch mit den Ostseeländern und Rußland standen.



G. F. Averdieck
Erster Direktor der Anstalt

Der Preußische Staat förderte das Unternehmen durch die Verleihung eines **15jährigen Monopols,** und der Preußische Hof, an der Spitze König Friedrich Wilhelm III. und der Staatskanzler von Hardenberg, bekundete sein Interesse durch Uebernahme von Aktien der jungen Anstalt.

Die Vermeidung spekulativer Geschäfte und die Beschränkung auf die Versicherung der Güter der Kaufmannschaft und des häuslichen Mobiliars von Privatpersonen verbürgte zwar die Sicherheit des Unternehmens, ließ aber gleichzeitig nur eine langsame Entwicklung zu. Jahrzehnte dauerte, gehemmt durch eine engherzige Konzessionspolitik der deutschen Länder, der Ausbau einer über das Reich sich erstreckenden Organisation. In manchen deutschen Bundesstaaten konnte der Geschäftsbetrieb erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts aufgenommen werden.

Die Entwicklung bis zur Jahrhundertwende zeigen folgende Zahlen:

Prämieneinnahme

1813	M 138 184	1893	M 2 162 075
1863	„ 770 514	1903	„ 4 975 285

Die Brüderstraße in Berlin um 1812

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts wurde die Geschäftspolitik insofern grundlegend geändert, als man sich entschloß, auch **industrielle Feuerversicherungen** zu übernehmen. Die Prämieneinnahme wuchs infolgedessen zusehends und stellte sich nach weiteren 10 Jahren im Jahre 1913 auf M 6 256 616.

Inzwischen war der Aufbau der Organisation in Deutschland vollendet, und es war darüber hinaus gelungen, erfolgversprechende Generalagenturen in den skandinavischen Ländern, in Holland und in der Schweiz einzurichten. Die Prämieneinnahme dieser fünf außerdeutschen Geschäftsstellen erreichte schon bald 1 Million Mark, als der Krieg ihre Entwicklung hemmte und der Verlauf der Inflation sie schließlich völlig zum Erliegen brachte.

Krieg und Inflation konnten die Ergebnisse der Arbeit eines Jahrhunderts wohl einschränken, die festen Grundlagen der Anstalt aber nicht erschüttern. Die Goldbilanz zeigte eine Zusammenlegung von 6¼ zu 1, also ein vergleichsweise recht günstiges Verhältnis. Zudem wurde das Aktienkapital durch Ausgabe von RM 3 600 000 mit 25% eingezahlten Aktien bereits im Jahre 1924 wieder auf eine dem Geschäftsumfang angemessene Höhe gebracht.

Unangetastet blieb vor allem aber die alte erfahrene Organisation, deren Treue und Anhänglichkeit sich beim Wiederaufbau auf das beste bewährte.

Die Entwicklung seit der Inflation zeigt folgende Uebersicht:

Am 31. 12.	Prämien-Bruttoeinnahme RM	Aktienkapital, gesetzliche und freie Rücklagen RM	Prämien- und Schaden-rücklagen RM
1924	4 656 457	4 723 534	1 274 519
1927	6 165 439	5 528 839	2 902 878
1930	8 688 440	6 523 410	4 150 103

Die Anstalt hat sich der Entwicklung der Versicherungs-Wirtschaft angepaßt und im Jahre 1927 neben den seither betriebenen Versicherungszweigen, Feuer und Einbruchdiebstahl, auch noch die **Haftpflicht-, Unfall- und Kraftfahrzeugversicherung,** 1930 auch die **Glasversicherung** aufgenommen. Sie trug damit dem Bedürfnis ihrer Kundschaft und ihrer Vertreter, in allen Sachversicherungszweigen nur mit einer Gesellschaft zu arbeiten, Rechnung.

Die schwierigen Verhältnisse in den Jahren nach der Inflation bedingten eine anpassungsfähige Organisation und Geschäftsführung. Die erzielten Erfolge zeigen, daß die Leitung der Anstalt mit ihrer Geschäftspolitik auf dem richtigen Wege war. Es wurde nicht nur der einseitige Aufbau des Versicherungsbestandes vermieden, also eine gesunde Risikenmischung herbeigeführt, sondern auch davon abgesehen, die Zeichnungskraft in allen Fällen voll auszuschöpfen, so daß der Anstalt Erschütterungen erspart blieben.

Die Organisation ist jetzt auf 18 deutsche Geschäftsstellen und 2 Generalvertretungen im Auslande (Amsterdam und Kopenhagen) und mehr als 5000 Vertreter an allen wichtigen Plätzen des Reiches angewachsen. Den weiteren Ausbau des Vertreternetzes läßt sich die Anstalt besonders angelegen sein.

Von versicherungsfremden Geschäften hat sich die Anstalt stets ferngehalten, auch niemals Bürgschaften oder dergleichen übernommen.

Die Anstalt konnte ihren Aktionären seit 1924 eine steigende Dividende ausschütten; seit 1927 jeweils 15%.

Aus den Aufwertungsgewinnen wurde außerdem im Jahre 1930 ein Betrag von RM 375 000 an sie zur Auskehrung gebracht und als Kapitaleinzahlung auf junge Aktien verrechnet, wodurch das Aktienkapital sich auf RM 5 250 000 bei RM 1 875 000 Einzahlung erhöhte. Die gesetzliche Rücklage wurde von RM 600 000 auf RM 1 000 000 gesteigert. Die gesamten Garantiemittel stellen sich somit am 1. Januar 1931 auf RM **10 673 513.**

Neben ihrer gesunden finanziellen Ausrüstung sieht die Anstalt ihre Stärke in erster Linie darin, daß sie ihr Geschäft noch bis ins geringste Detail übersieht und dadurch große Beweglichkeit besitzt. Ihre weitverzweigte Organisation kann die Bedürfnisse der Versicherungsnehmer erkennen und sorgsam pflegen und sich durch prompte Arbeit und Zuverlässigkeit auszeichnen. Gestützt auf diese Organisation und ihre internationalen Rückversicherungsverbindungen darf die Anstalt auf eine gesunde und stetige Fortentwicklung hoffen.

GEGR. C 1839.

COLONIA

Kölnische Feuer- und Kölnische Unfall-Versicherungs-Aktiengesellschaft

IN KÖLN

Die Gesellschaft wurde im Jahre 1839 als Feuerversicherungs-Gesellschaft unter der Firma: **Kölnische Feuerversicherungs-Gesellschaft Colonia** von ersten Kölner Handels- und Finanzkreisen gegründet und änderte nach der 1919 erfolgten Fusion mit der 1880 gegründeten **Kölnische Unfall-Versicherungs-Aktiengesellschaft** den Namen der Firma in **„Colonia Kölnische Feuer- und Kölnische Unfall-Versicherungs-Aktiengesellschaft".**

Die Colonia betreibt alle Versicherungszweige mit Ausnahme der Kredit-, Glas-, Hagel- und Maschinenbruchversicherung.

Der Krieg sowie die nachfolgende Inflation und Wiederaufrichtung der Währung bedingten im Jahre 1924 einen völlig neuen Aufbau des Geschäfts und der Organisation. Die günstige Entwicklung und Kapitalbildung der Gesellschaft ergibt sich aus nachstehenden Zahlen:

	Brutto-Prämie RM	Eigen-Prämie RM	Bezahlte und reservierte Schäden des Geschäftsjahres brutto RM	Bezahlte und reservierte Schäden des Geschäftsjahres netto RM	Prämienüberträge und Prämienreserven RM	%-Satz zur Eigen-Prämie	Freie Reserven RM	%-Satz zum eingez. Aktien-Kapital
1924	12 483 121	6 214 445	4 304 364	1 802 528	2 769 895	44,6	800 000	40
1925	13 550 006	7 014 776	7 403 285	3 492 984	3 741 522	53,3	800 000	40
1926	14 475 003	6 934 978	7 368 194	3 116 740	4 019 851	58,0	800 000	40
1927	16 616 230	6 273 199	9 147 974	2 861 806	3 974 202	63,4	4 000 000	200
1928	17 896 326	7 029 287	11 412 912	3 460 945	4 850 008	69,0	4 400 000	220
1929	19 227 568	7 661 971	10 259 849	3 982 528	5 364 936	69,9	4 800 000	240
1930	20 542 369	8 174 824	10 389 849	4 222 935	5 712 543	69,9	5 200 000	260

	Ausgewiesene Gewinne RM	Dividende	Garantiemittel der Gesellschaft	am 1. 1. 1924 RM	am 31. 12. 1930 RM
1924	257 690	10 %	Aktienkapital	7 706 000	8 000 000
1925	370 533	10 %	Kapitalreservefonds	800 000	1 000 000
1926	400 087	12 %	Reserve für unvorhergesehene Fälle	–	4 200 000
1927	564 478	18 %	Prämienreserve	206 989	398 915
1928	1 110 968	20 %	Prämienüberträge	1 026 827	5 313 628
1929	1 019 462	20 %	Schadenreserve	1 008 274	3 222 533
1930	1 045 642	20 %	Vortrag auf neue Rechnung	–	78 843
				10 748 090	22 213 919

Die Colonia schloß 1921 mit der im Jahre 1825 gegründeten Aachener und Münchener Feuerversicherungs-Gesellschaft in Aachen einen Interessengemeinschafts-Vertrag, mit dem ein gegenseitiger Aktienaustausch verbunden war (Rheinische Interessen-Gemeinschaft). Die beiden Interessengemeinschafts-Gesellschaften erwarben im Jahre 1929 die Aktienmehrheit der Schlesischen Feuerversicherungs-Gesellschaft in Breslau (Gründungsjahr 1848) und ferner im Jahre 1931 die der Nordstern und Vaterländische Allgemeine Versicherungs-Aktiengesellschaft in Berlin (Gründungsjahr 1866) sowie der Nordstern Lebensversicherungsbank Aktiengesellschaft in Berlin (Ursprungsjahr 1867). Im Jahre 1930 schloß die Colonia einen Interessengemeinschafts-Vertrag mit der im Jahre 1845 gegründeten National Allgemeine Versicherungs-Aktien-Gesellschaft in Stettin, mit dem ein gegenseitiger Aktienaustausch ebenfalls verbunden war. Die Colonia besitzt ferner maßgebenden Einfluß bei verschiedenen erstklassigen deutschen Versicherungs-Gesellschaften, denen sie zum Teil ihre Organisation für die von ihr nicht betriebenen Geschäftszweige zur Verfügung gestellt hat.

Deutscher Versicherungskonzern

Deutsche Lebensversicherung Gemeinnützige Aktien-Gesellschaft / Deutsche Feuerversicherung Aktien-Gesellschaft / Erste Allgemeine Spar-Versicherungsbank Akt.-Ges. (Saarbrücken)

Hauptsitz des Konzerns:
BERLIN

Die **Deutsche Lebensversicherung Gemeinnützige Aktien-Gesellschaft** in Berlin, der Ursprung des Deutschen Versicherungskonzerns, besteht seit dem Jahre 1913; sie ist auf zwei eigenartigen und bedeutungsvollen Grundgedanken aufgebaut. Einmal soll sie ihren Versicherten einen möglichst wohlfeilen und stabilen Versicherungsschutz bieten, und zwar in der beweglichen Form einer gemeinnützigen Aktiengesellschaft. Wohlfeil, indem sie ihr Ziel als gemeinnütziges Unternehmen verfolgt und darum alle Gewinne immer wieder ihren Versicherten zugute kommen läßt, wobei sie die Schattenseite einer Gegenseitigkeitsgesellschaft, nämlich die Nachschußpflicht, vermeidet. Sie dokumentiert ihre Gemeinnützigkeit in ihren Satzungen durch Beschränkung der Aktionärdividende auf 4 Prozent des (mit 25 Prozent) eingezahlten Grundkapitals im Nennbetrage von 2 Millionen Reichsmark, durch das Verbot der Tantiemenzahlung an Vorstand und Aufsichtsrat und durch die Bildung eines Wohlfahrtsfonds, der im Interesse aller Versicherten zu verwenden ist. Die Bedeutung dieser

Hauptverwaltungsgebäude Berlin-Wilmersdorf, Hohenzollerndamm 174—177

Arbeitsgrundsätze ist von dem ausgezeichneten Sozialpolitiker Staatsminister a. D. Graf von Posadowsky-Wehner in so hohem Maße anerkannt worden, daß er als erster Vorsitzender des rein ehrenamtlichen Aufsichtsrates an die Spitze des Unternehmens trat. Bekannte und hervorragende Vertreter großer privater Versicherungsgesellschaften sowie der hauptsächlichsten Rekrutierungskreise der Gesellschaft bilden noch heute den Aufsichtsrat, dessen Vorsitzender jetzt Reichsarbeitsminister Dr. h. c. Adam Stegerwald, M. d. R., ist.

Das System der Gemeinnützigkeit hat gleichzeitig den Vorzug, daß bei der Prämienbemessung die Frage der Sicherheit in den Vordergrund gestellt werden und bleiben kann; denn Ueberschüsse müssen nach dem Dividendenplan der Gesellschaft den Versicherten automatisch wieder zufließen. Insofern hat der Grundsatz der Gemeinnützigkeit auch als Sicherheitsfaktor zu gelten.

In gleich günstiger Weise wirkt die zweite Eigenart des Unternehmens, die schon bei der Gründung in den Vordergrund gestellt wurde, nämlich die Sicherung eines stabilen Fortschrittes durch einen großen Stamm von Rekrutierungskreisen, den es als überaus wertvollen Ausgangspunkt, keineswegs aber als Grenze betrachtet. Die Gesellschaft erstreckt ihre Tätigkeit im allseitigen Interesse auf alle Kreise und auf die große und kleine Lebensversicherung einschl. der Sterbegeldversicherung. Infolgedessen ist die Zahl der Versicherungsnehmer groß und die Risikoverteilung entsprechend günstig. Eine allgemeine Uebersicht über die Entwicklung der Gesellschaft geben die nachstehenden Zahlen seit dem Jahre 1924:

	Zahl der Versicherten	Versicherungssummen	Zahlungen für Versicherungsverpflichtungen RM
1924	36 100	23 279 000	49 555
1925	66 221	51 461 000	144 970
1926	110 685	76 906 000	335 392
1927	265 420	129 572 000	562 847
1928	395 669	180 357 000	967 318
1929	475 979	221 701 000	1 521 071
1930	533 756	245 914 000	1 728 023

	Gewinnreserve der Versicherten RM	Prämienreserve für Kapitalversicherungen RM
1924	158 879	555 896
1925	456 288	1 371 402
1926	665 691	2 403 846
1927	881 321	4 663 576
1928	1 286 124	7 660 293
1929	1 690 898	11 038 437
1930	1 935 541	15 133 091

Sachliche innere Gründe, nämlich die bessere Ausnutzung vorhandener Verwaltungsstellen bei der Zentrale und bei der Außenorganisation, haben die Gesellschaft veranlaßt, ihren Aufgabenkreis durch die Sachversicherung zu erweitern, um durch möglichst weitgehende Personalunion, durch gemeinschaftliche Vermögensverwaltung, Kassenführung, Drucksachenverwaltung usw. bei der Hauptverwaltung sowie durch eine bessere Auswertung der außenorganisatorischen Kräfte die gesamten Verwaltungskosten im Interesse der Versicherten zu mindern. So ist auf ihre Veranlassung von ihren Aktionären im Jahre 1920 die **Deutsche Feuerversicherung Aktien-Gesellschaft** als Schwestergesellschaft ins Leben gerufen worden. Diese betreibt das Feuer-, Einbruchdiebstahl-, Unfall-Haftpflicht- und Autokasko-Versicherungsgeschäft. Im gleichen Geiste wie die Deutsche Lebensversicherung Gemeinnützige Aktien-Gesellschaft geführt, ist sie in erster Linie bestrebt, sich durch eine besondere Kulanz bei der Schadenregulierung auszuzeichnen. Auch sie stellt die Sicherheit in den Vordergrund und hat sich daher seinerzeit von den Gefahren freigehalten, die eine schrankenlose Prämienunterbietung in der Inflationszeit nach sich ziehen mußte. Ihr 1924 auf 3 Millionen Reichsmark umgestelltes Aktienkapital ist auf 4 Millionen Reichsmark erhöht worden: zusammen mit den Reserven bietet es im Vergleich zu der Prämie mehr als die dreifache und mit der Prämie mehr als die vierfache Sicherheit, die somit als außerordentlich hoch bezeichnet werden darf.

Der **Deutsche Versicherungskonzern** als besondere Gesellschaft m. b. H. in Berlin bearbeitet gemeinsame Fragen der beiden Versicherungsgesellschaften und gibt das monatlich erscheinende eigene Nachrichtenblatt „Deutscher Versicherungskonzern" für die Außenvertreter der Konzerngesellschaften in einer Auflage von z. Zt. 7000 Stück heraus.

Die gegenwärtig noch im Hause Hähnelstraße 15a in Berlin-Friedenau untergebrachte Hauptverwaltung wird Ende Oktober ein weit ausgedehntes neues Gebäude moderner Gestaltung beziehen, dessen Modell (nach dem Entwurf des bekannten Düsseldorfer Architekten Professor E. Fahrenkamp) wir hier veröffentlichen.

In engster Beziehung zum Deutschen Versicherungskonzern steht die **Erste Allgemeine Spar-Versicherungsbank Aktien-Gesellschaft** in Saarbrücken, die 1924 gegründet worden ist. Diese Gesellschaft hat ein Aktienkapital von 1 Million Frs. und betreibt eine besondere Form des Sparzwanges mit monatlicher Gewinnauslosung, die französische Gesellschaften im Saargebiet eingeführt haben. Die Erste Allgemeine Sparversicherungsbank Aktien-Gesellschaft soll der deutschen Bevölkerung des Saargebietes Gelegenheit geben, sich bei einem deutschen Unternehmen versichern zu können.

DEUTSCHER LLOYD

VERSICHERUNGS-ACTIEN-GESELLSCHAFT
BERLIN W9 / LINKSTRASSE 17

Die Gesellschaft wurde im April 1870 unter der Firma Deutscher Lloyd Transport - Versicherungs - Actien - Gesellschaft in Berlin mit einem Aktienkapital von 500.000 Talern gegründet. Ursprünglich als reine Transport-Versicherungs-Gesellschaft ins Leben gerufen, nahm sie Anfang der 80er Jahre als weiteren Zweig die Glasversicherungs-Branche auf. Im Jahre 1917 dehnte die Gesellschaft unter Uebernahme der Altonaer Feuerversicherungs-Gesellschaft von 1830 den Betrieb auf die Feuer-, Einbruchdiebstahl- und Wasserleitungsschaden-Versicherung aus und änderte ihren Namen in Deutscher Lloyd Versicherungs - Actien - Gesellschaft. Mit Uebernahme der Altonaer Feuer-Versicherungs-Gesellschaft von 1830 wurde in Altona eine Zweigdirektion errichtet.

Die Gesellschaft zeigte auch auf diesem ihr neuen Gebiet bald ihre Leistungsfähigkeit, schon im Jahre 1919 ergab sich eine Prämieneinnahme von über 6 Millionen Mark. Eine weitere, wesentliche Ausdehnung des Geschäftsbetriebes erfolgte im Jahre 1919 durch Uebernahme der Unfall-, Haftpflicht- und Kraftfahrzeug-Versicherung; auch in diesen Sparten zeigte das Geschäft eine recht gute Entwicklung. Zugleich mit der Unfall-, Haftpflicht- und Kraftfahrzeug-Versicherung wurde auch die Wertsachen-Versicherungs-Branche (Juwelen, Pelze) aufgenommen.

Die Tätigkeit der Gesellschaft erstreckt sich nunmehr auf die Zweige:

See-, Fluß und Landtransport - Versicherung
Valoren - Versicherung
Feuer- (einschl. Mietverlust- und Betriebsverlust) - Versicherung
Einbruchdiebstahl - Versicherung
Wasserleitungsschaden - Versicherung
Unfall - Versicherung
Haftpflicht - Versicherung
Kraftfahrzeug - Versicherung
Glas - Versicherung
Wertsachen- (Juwelen-, Pelze) - Versicherung
Reisegepäck - Versicherung

Die Gesellschaft verfügt über ein Aktienkapital von 5 Millionen Reichsmark. Die Reserven betrugen Ende 1929 RM 5.781.639,43, die gesamten Garantiemittel RM 10.781.639,43. Die Prämieneinnahme belief sich im Jahre 1929 auf RM 13.697.211,59.

Die Gesellschaft unterhält an allen größeren Plätzen Generalvertretungen und besitzt in Berlin, Altona und München eigene Geschäftshäuser.

GERLING-KONZERN

HAUPTVERWALTUNG: KÖLN

Aus dem Geschäftsbericht für 1930

Prämieneinnahme

1. Sach- und Rückversicherungsgruppe	RM 34 739 906		
2. Lebensversicherungsgruppe	RM 72 546 415	**RM 107 286 321**	*(1929: RM 98 902 899)*

Kapitalerträge

1. Sach- und Rückversicherungsgruppe	RM 4 683 049		
2. Lebensversicherungsgruppe	RM 14 310 632	**RM 18 993 681**	*(1929: RM 16 664 520)*

Prämienreserven und Prämienüberträge

1. Sach- und Rückversicherungsgruppe	RM 18 716 409		
2. Lebensversicherungsgruppe	RM 188 284 005	**RM 207 000 414**	*(1929: RM 175 343 656)*

Kapitalreserven und freie Reserven

1. Sach- und Rückversicherungsgruppe (einschl. Dividenden aus 1930 auf eigene Aktien)	RM 19 610 237		
2. Lebensversicherungsgruppe	RM 1 072 782	**RM 20 683 019**	*(1929: RM 16 768 452)*

Gewinnrücklagen für die Lebensversicherten

(Lebensversicherungsbestand 1 Milliarde und 399 Millionen RM) — **RM 31 814 661** *(1929: RM 27 132 699)*

Vermögenswerte

1. Sach- und Rückversicherungsgruppe	RM 64 193 781		
2. Lebensversicherungsgruppe	RM 227 991 232	**RM 292 185 013**	*(1929: RM 251 735 631)*

davon:			
Hypotheken	RM 170 631 514	Grundstücke	RM 13 142 060
Wertpapiere	RM 28 404 836	Gemeindedarlehen	RM 32 601 273
Bankguth. u. Kasse	RM 30 576 355	sonstige Darlehen	RM 15 595 606
		Guth. bei and. Ges.	RM 1 233 369

Gewinn 1930

1. Sach- und Rückversicherungsgruppe	RM 6 140 660		
2. Lebensversicherungsgruppe	RM 15 226 745	**RM 21 367 405**	*(1929: RM 18 874 657)*

Verteilung des Gewinns

an die Gewinnrücklagen für die Lebensversicherten		RM 14 327 349	
an die Kapitalreserven	RM 751 778		
an die Ausgleichsreserven der Sachversicherungsgruppe	RM 3 215 254	RM 3 967 032	
an die Aktionäre der Sach- und Rückversicherungsgruppe	RM 1 722 676		
der Lebensversicherungsgruppe	RM 672 360	RM 2 395 036	
Tantiemen bei der Sach- und Rückversicherungsgruppe	RM 344 480		
bei der Lebensversicherungsgruppe	RM 117 258	RM 461 738	
Vortrag auf neue Rechnung		RM 216 250	**RM 21 367 405** *(1929: RM 18 874 657)*

(In den Zahlen sind gegenseitige Verrechnungen im Konzern nicht enthalten.)

Frankona
Rück- und Mitversicherungs-Aktien-Gesellschaft

BERLIN NW 40, KRONPRINZEN UFER 7

Die Gesellschaft wurde 1886 als „Badische Rück- und Mitversicherungs-Gesellschaft" in Mannheim gegründet. Sie siedelte 1907 nach Frankfurt a. M. über und änderte ihren Namen in „Frankona Rück- und Mitversicherungs-Aktien-Gesellschaft". 1915 wurde der Sitz nach Berlin verlegt.

Während der ersten 15 Jahre ihres Bestehens hatte die Gesellschaft unter der Ungunst des Feuer-Rückversicherungs- und des direkten und indirekten Transport-Versicherungsgeschäfts zu leiden. Besonders verschiedene große Brand- und auch Erdbeben-Feuerkatastrophen stellten die Widerstandskraft der Gesellschaft auf eine harte Probe. Einige Verlustjahre mußten hierbei überwunden werden. — Alsdann nahm die Gesellschaft in den hauptsächlich von ihr betriebenen Branchen, nämlich Feuer, Unfall, Haftpflicht, Einbruch-Diebstahl, eine kräftige und günstige Weiterentwicklung, durch die ihre finanzielle Situation eine bedeutende Stärkung erfuhr.

Bis vor einigen Jahren betrieb die „Frankona" fast alle Rückversicherungszweige. In den letzten Jahren jedoch hat sie den Betrieb der Transport-, Hagel-, Vieh-, Kautions- und Kredit-Rückversicherung infolge des dauernd ungünstigen Verlaufes dieser Geschäfte vollkommen aufgegeben. Den stärksten Geschäftszweig der Gesellschaft bildet zur Zeit die Lebens-Rückversicherung mit einer Jahresprämieneinnahme von rund 20 Millionen Reichsmark. Die von der „Frankona" jetzt noch betriebenen Sachversicherungszweige (Feuer, Einbruch-Diebstahl, Unfall, Haftpflicht und Autoversicherung) repräsentieren eine Jahresprämieneinnahme von ungefähr 17 Millionen Reichsmark. Der Ertrag der Lebens-Rückversicherung ist befriedigend; die Sach-Rückversicherung, besonders Feuer- und Haftpflichtversicherung, leidet unter ungesunden Konkurrenzverhältnissen im direkten Versicherungsgewerbe und unter der ungünstigen Wirtschaftslage.

Die „Frankona" gehört — im Gegensatz zu vielen anderen Rückversicherungs-Gesellschaften — keinem Konzern an. Sie ist frei und unabhängig und besitzt nur eine Tochtergesellschaft, die von ihr im Jahre 1923 gegründete „Universeele Reassurantie Maatschappij" in Amsterdam. Diese hat sich als reine Rückversicherungs-Gesellschaft in steter und vorteilhafter Weise entwickelt.

Die „Frankona" hat heute ein voll einbezahltes Aktienkapital von rund 2.5 Millionen Reichsmark; ihre Gesamtsicherheitsmittel betragen per Ende 1930 rund 41 Millionen Reichsmark.

HAMBURGER ALLGEMEINE
Versicherungs- Aktiengesellschaft
HAMBURG
NEUE GRÖNINGERSTRASSE 28

Fernruf: Roland 200-206
Telegramme: Schrösuduve
Postscheckkonto: Hamburg Nr 19422

Bankkonten: Norddeutsche Bank in Hamburg, Filiale der Deutschen Bank u. Disconto-Gesellschaft Hansmann & v. Zimmermann, Berlin NW 7

Gesamtgarantiemittel Ende 1930 einschließlich Aktienkapital RM 575384093
Gesamtprämieneinnahme im Jahre 1930 RM 10330345.23.
Dividende: 1924 und 1925 je 8 %; 1926, 1927, 1928 je 10 %; 1929 0; 1930 5 %

See-, Fluß-, Land-, Lufttransport- und Valoren-Versicherung
Land-Baurisiken- (Montage-) Versicherung
Einheits-Versicherung — Veredelungspolice
Versicherung von Kundeneigentum in Färbereien, Reinigungs- und Waschanstalten
Garderobe-Versicherung
Film-Versicherung
Reisegepäck- und Reiselager-Versicherung
Kraftfahrzeug- einschließlich Haftpflicht- und Unfall-Versicherung

AUFSICHTSRAT:

Otto Riedel, Hamburg, Direktor der Deutschen Handels- und Plantagen-Gesellschaft der Südsee-Inseln, Vorsitzender.
Bruno Richter, Hamburg, in Firma Rob. M Sloman jr, stellvertr. Vorsitzender.
Otto Harms, Hamburg.
Carl Illies, Hamburg, in Firma C. Illies & Co.
Franz Schröder, Hamburg, in Firma Anth. Schröder & Co.
Freiherr Frederic von Schröder, Hamburg, in Firma H. J. Merck & Co.
Kurt von Sydow, Hamburg.
Heinz Borchardt, Berlin, in Firma Hansmann & v. Zimmermann.
Philipp Farnsteiner, Köln a. Rh., General-Direktor der „Agrippina" See-, Fluß- und Landtransport-Versicherungs-Gesellschaft in Köln a. Rh.
Wilh. Hochreuter, Konsul, Flensburg, in Firma W. C. Frohne.

VORSTAND:
J. Duve

Verwaltungsgebäude der Gothaer Lebensversicherungsbank a. G.

Gothaer Lebensversicherungsbank auf Gegenseitigkeit

Diese im Jahre 1827 lediglich zum Vorteil ihrer Versicherungsnehmer auf dem Grundsatze der **Gegenseitigkeit** errichtete älteste deutsche Lebensversicherungsgesellschaft darf für sich geltend machen, daß sie die Lebensversicherung in Deutschland eingeführt und auch weiterhin wesentlich an ihrer Entwicklung, namentlich im Hinblick auf die Versicherungsmathematik und Versicherungsmedizin, schöpferisch und weiterbildend mitgewirkt hat.

Sie betreibt die **Lebensversicherung in allen zweckmäßigen und gangbaren,** den Bedürfnissen der Wirtschaft wie des Familienlebens entsprechenden **Formen zum Selbstkostenpreise** und günstigsten, allen berechtigten Anforderungen entsprechenden Bedingungen. Gerade auch an der **Ausgestaltung der Allgemeinen Versicherungsbedingungen** zum Nutzen der Versicherungsnehmer hat sie starken, fördernden Anteil.

Ihre Tochtergesellschaft, die

Gothaer Allgemeine Versicherungsbank A.-G.

arbeitet nach den Grundsätzen, die das Ansehen ihrer Mutterbank und das Vertrauen zu ihr seit mehr als hundert Jahren begründet haben.

Die Gothaer Allgemeine bietet **Unfall-, Haftpflicht-, Auto-, Reisegepäck-, Valoren-, Transport**-Versicherungen aller Art. Daß für sie nicht die Form der Gegenseitigkeit gewählt worden ist, erklärt sich durch die Eigenart ihrer Versicherungszweige. Der gemeinnützige Charakter der Bank ist aber durch Begrenzung der Aktionärdividende ausdrücklich in der Satzung festgelegt.

Beide Banken betrachten es als Pflicht, in dieser schweren Zeit alles zu tun, um den Abschluß von Versicherungen, insbesondere aber ihren Versicherten Beibehaltung des Versicherungsschutzes zu erleichtern, — getragen von dem Gedanken, daß das Versicherungswesen gerade in dieser wirtschaftlichen Notzeit berufen ist, der Volks- und Einzel-Wirtschaft eine Stütze zu sein.

DELCREDERE HERMES KAUTIONEN

KREDITVERSICHERUNGSBANK A.-G.

BERLIN W 56, JÄGERSTRASSE 27

DER HERMES KREDITVERSICHERUNGSBANK A.-G., BERLIN ist die älteste deutsche und derzeit auch die einzige deutsche Kreditversicherungs-Gesellschaft. Gegründet 1917 in enger Anlehnung an die Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft und unter Mitwirkung führender Kreise von Industrie und Handel, hat der Hermes, gestützt auf internationale Rückversicherungs-Verbindungen, sein Geschäft aufgebaut. Das Interesse an der Kreditversicherung hat in Deutschland von Jahr zu Jahr zugenommen, sodaß die Prämieneinnahme im Jahre 1930 über 16 Millionen Mark betrug. — Zu den Hauptgeschäftsgebieten des Hermes gehört neben der Warenkreditversicherung die Übernahme von Zoll-, Steuer-, Fracht-, Prozeß-, Lieferungs- und Leistungs-Kautionen, sowie von Personal-Kautionen für Angestellte zu Gunsten der Arbeitgeber. In Gemeinschaft mit dem Deutschen Reich betreibt der Hermes die Exportkredit-Versicherung.

DEUTSCHE AUSKUNFTEI (vormals R. G. Dun & Co.) G. m. b. H.

ZENTRALBÜRO: BERLIN SW 68, FRIEDRICHSTRASSE 210

Die Deutsche Auskunftei (vormals R. G. Dun & Co.) G. m. b. H., Berlin hat das mitteleuropäische Geschäft der weltbekannten Auskunftei R. G. Dun & Co., New York im Jahre 1918 vom Deutschen Reich übernommen und betreibt es in Deutschland unter ihrem Namen weiter, während das Auslandsgeschäft von den ihr gehörenden Gesellschaften bearbeitet wird, nämlich:

Handelsauskunftei vormals R. G. Dun & Co., Gesellschaft m. b. H., Wien I, Rotenturmstraße 27
Handelsauskunftei vormals R. G. Dun & Co. Gesellschaft m. b. H., Prag II, Landesbank-Neugebäude, Nekazanka 1 und Brünn, Beethovena 4
Kereskedelmi tudakozoda ezelött R. G. Dun & Co. k. f., Budapest VI, Deakter 6 (Anker-Palais)
Aktiebolaget Kreditkontroll, Stockholm, Regeringsgatan 5
Trgovacki Obavjestajni Zavod A. D. predje R. G. Dun & Co., Belgrad, Knez Mihajlova ul. 39 und Zagreb, Berislaviceva ulica 7
Lettländische Informations A. G. „Globus", Riga, Andreja Pumpura iela 5

Für die Auskunftserteilung auf das übrige Ausland steht der Deutschen Auskunftei (vormals R. G. Dun & Co.) G. m. b. H. die Organisation der Firma R. G. Dun & Co., New York zur Verfügung, die in ihrem Arbeitsgebiet ca. 250 Filialen unterhält.
Die Deutsche Auskunftei besitzt Filialen in allen wichtigen Handelszentren und arbeitet mit einem großen Stab von ständigen Angestellten, sowie mit einem Netz von mehreren zehntausend dauernd mit ihr verbundenen Gewährsleuten, die zum Teil schon seit über 30 Jahren für das Institut tätig sind, wodurch ein rascher und zuverlässiger Auskunftsdienst gewährleistet ist.

LEIPZIGER
FEUER-VERSICHERUNGS-ANSTALT
IN LEIPZIG
GEGRÜNDET 1819

TOCHTERGESELLSCHAFTEN:

LEIPZIGER TRANSPORT- UND RÜCKVERSICHERUNGS-AKTIEN-GESELLSCHAFT

„LEBENSWACHT" LEBENS-VERSICHERUNGS-ANSTALT IN LEIPZIG A.-G.

VERSICHERUNGEN ALLER ART!

VERWALTUNGSSITZ:
LEIPZIG
DITTRICHRING 24

HAMBURG-MANNHEIMER
Versicherungs-Aktien-Gesellschaft
Hamburg

Im Jahre 1899 in Mannheim gegründet, siedelte die Gesellschaft 1912 nach Hamburg über und baute von hier ihre Organisation über ganz Deutschland aus. Der Wiederaufbau des Lebensversicherungsbestandes brachte in der Zeit von 1924-1931 eine Versicherungssumme von über 300 Millionen Reichsmark, bei einer jährlichen Prämieneinnahme von mehr als 13 Millionen Reichsmark und über 35 Millionen Reichsmark Gesamtaktiva. Durch gesunde Prämienpolitik, zweckentsprechende und hohe Gewinnbeteiligung der Versicherten sowie weitgehende Bedingungen bietet die Hamburg-Mannheimer Lebensversicherungsschutz in zeitgemäßer Form. Der Pflege der Beamten-Lebensversicherung dient die Sonder-Abteilung „LEBEA“ (Lebensversicherungs-Verband für Beamte und deren Angehörige). So ist durch die Vielseitigkeit ihrer Tarife die Hamburg-Mannheimer

die Lebensversicherung für den

vorsorgenden Familienvater

den rechnenden Kaufmann

die berufstätige Frau

die deutsche Beamtenschaft

Jduna-Germania

Versicherungs-Gesellschaften

Berlin

Nirgends auf der Welt wurde das Versicherungswesen einer stärkeren Belastungsprobe unterworfen als in Deutschland. Viele Milliarden Mark an Volksvermögen, die den deutschen Versicherungsgesellschaften anvertraut waren, wurden infolge der immer unaufhaltsameren Inflation zu einem Nichts.

Noch nicht ein Jahrzehnt trennt uns heute von jener Zeit schwerster wirtschaftlicher Erschütterungen. Aber diese wenigen Jahre haben genügt, um das deutsche Versicherungswesen in seinen Grundlagen so zu festigen, daß seinem heutigen Wirken kaum noch die Spuren früherer Krisen anzumerken sind. Mit Genugtuung ist festzustellen, daß der Versicherungsgedanke jetzt wieder so fest im deutschen Volke wurzelt wie in der Vorkriegszeit, daß die Versicherungssummen den entsprechenden Zahlen aus den letzten Jahren vor dem Weltkriege kaum noch nachstehen.

Einer der größten deutschen Versicherungskonzerne wird durch die Jduna-Germania Versicherungs-Gesellschaften dargestellt. Entstanden ist er aus der Vereinigung von zwei der angesehensten und ältesten deutschen Versicherungsgruppen.

Die Jduna-Gruppe reicht in ihrem Ursprung bis auf den 28. April 1854 zurück. Damals wurde in Halle a. d. S. die „Jduna" Lebens-, Pensions- und Leibrenten-Versicherungsgesellschaft auf Gegenseitigkeit ins Leben gerufen; bei diesem Unternehmen handelt es sich um die erste und älteste Lebensversicherungsgesellschaft auf der Grundlage der Gegenseitigkeit im preußischen Staatsgebiet. Bei der Namensgebung dachte man an die Göttin Jduna (eigentlich „Idhun"), die der Sage nach die den Göttern ewige Jugend verleihenden goldenen Aepfel hütet. Mit seinem Namen wollte das Institut zum Ausdruck bringen, daß „die Lebensversicherung durch Erfüllung ihrer Fürsorgepflicht, die über das Grab hinaus denkt und wirkt, die Spenderin neuer Jugend sei".

Die Jduna verfolgte von Beginn an das Ziel, die Arbeitsgrundlage möglichst breit auszugestalten, um auf diese Weise nicht nur in Preußen, sondern auch in den übrigen deutschen Ländern Fuß zu fassen. Daß dieses Vorhaben richtig fundiert war, weil es von einer immer weiter ausgreifenden Organisation stärkste Unterstützung fand, drückt sich darin aus, daß die Gesellschaft die Wende zum zwanzigsten Jahrhundert mit den für damalige Verhältnisse erstaunlich hohen Zahlen von 150 000 Versicherten und 164 500 000 Mark Versicherungssumme überschritt. — 1907 setzte ein neuer Aufschwung von Bedeutung ein: Die Jduna übernahm die „Hamburger Militärdienst-, Aussteuer- und Lebensversicherungs-Gesellschaft auf Gegenseitigkeit" mit dem Sitz in Hamburg und erhöhte durch diese Transaktion ihren Versicherungsbestand auf etwa 270 000 000 Mark.

Von entscheidender Bedeutung für die spätere Entwicklung wurde der Beschluß, auf Grund der bisherigen Erfahrungen und Erfolge auch die Sachversicherung aufzunehmen. Zu diesem Zwecke wurde im Dezember 1912 die Jduna Allgemeine Versicherungs-Aktiengesellschaft ins Leben gerufen, sie betreibt die Feuer-, Einbruch-Diebstahl-, Unfall-, Haftpflicht- und Kasko-Versicherung sowie die Lebens-Rückversicherung. Die kurze Entwicklungszeit bis zum Ausbruch des Weltkrieges führte diese Gesellschaft zu großen Erfolgen, die die stärksten Erwartungen für die Zukunft rechtfertigten.

Nach der Kriegszeit, die den Ausbau der Jduna-Gesellschaften naturgemäß beschränkte, wurde der erste Fortschritt 1920 durch die Gründung der Jduna Transport- und Rückversicherungs-Aktiengesellschaft in die Wege geleitet. Das Institut nahm die seither noch nicht betriebene Transportversicherung und das Rückversicherungsgeschäft in allen Zweigen auf.

Die schwersten Aufgaben entstanden für die Jduna-Gruppe in der Inflation. Die Verhältnisse zwangen zu umfangreichen Sparmaßnahmen und auf der anderen Seite zu einem bedeutenden Ausbau der Außenorganisation, um das erheblich zurückgegangene Versicherungsgeschäft zu beleben.

Sofort nach Wiedereinführung einer stabilen Währung war die Jduna trotzdem so weit gerüstet, daß sie mit der noch im Jahre 1923 unter der Beteiligung führender Kreise der deutschen Wirtschaft und unter der Mitwirkung befreundeter Rückversicherer gegründeten Jduna Lebensversicherungs-Bank Aktiengesellschaft die durch die veränderten Verhältnisse vollkommen neuen Aufgaben in Angriff nehmen konnte. Die auf breiter Basis vorhandene Organisation wurde ohne Störung fortgeführt und bewährte sich auf das vorteilhafteste.

1926 übernahm die Jduna-Gruppe die „Steine und Erden", Allgemeine Versicherungsgesellschaft mit dem Sitz in der Reichshauptstadt und vergrößerte dadurch ihren Versichertenkreis beträchtlich. Im Jahre 1927 verlegte sie den Sitz ihrer Gesellschaften nach Berlin.

Mit der Uebernahme der Aktienmajoritäten der Jduna-Versicherungs-Gesellschaften im Februar 1929 durch die Rossia Insurance Company of America in Hartford, bzw. deren Holdinggesellschaft, aus dem Besitz der Michael-Gruppe begann der Auftakt zur heutigen Gemeinschaftstätigkeit Jduna-Germania. Denn Anfang 1930 erwarb die Rossia Insurance Company of America in Hartford auch die Aktienmajoritäten der Germania- Gesellschaften in Stettin, die unter die einheitliche Leitung des Generaldirektors Walter Klein von der „Jduna" gestellt wurden.

Die Germania-Gruppe reicht in ihren Anfängen etwa auf die gleiche Zeit zurück wie die Jduna-Gesellschaften. Der 3. Juni 1857 ist der Gründungstag der Germania Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft zu Stettin. Die verschiedenen Wirtschaftskrisen, die Kriege der Jahre 1864, 1866 und 1870/71 stellten die „Germania" vor schwere Aufgaben, die sie jedoch zu meistern vermochte.

Mit einem Versicherungsbestand von nahezu einer Milliarde Mark und einem Vermögen von 400 Millionen Mark schloß die Germania ihre in späteren Jahren immer erfolgreichere Vorkriegsentwicklung ab. Sie war damit zu einer der ersten und größten Lebensversicherungsgesellschaften im Reich aufgerückt. Der Ausgang des Weltkrieges und die Inflationsverhältnisse stellten dann auch die Germania vor die Notwendigkeit, das Neugeschäft einzustellen.

Als Nachfolgerin der alten Germania wurde auf vollkommen unabhängiger Grundlage Ende des Jahres 1922 die Germania von 1922 Versicherungs-Aktiengesellschaft zu Stettin gegründet. Bewußt aber knüpfte das neue Unternehmen an die Traditionen der alten Germania an. — Zur gleichen Zeit wurden die Germania Unfall- und Haftpflichtversicherungs-Aktiengesellschaft sowie die Germania Allgemeine (letztgenannte für die Feuerversicherung und verwandte Zweige) ins Leben gerufen.

Am 14. Juni 1930 fand der bereits erwähnte Zusammenschluß Jduna—Germania mit rückwirkender Kraft vom Ultimo 1929 statt. Für die Bedeutung der Gemeinschaftsgruppe Jduna-Germania mögen folgende Zahlen sprechen, die dem Geschäftsbericht für das Jahr 1930 entnommen sind:

1. Jduna-Germania Lebens-Versicherungs-Aktiengesellschaft.
   Gesamtprämieneinnahme: ca. 31.15 Millionen Reichsmark bei einem Gesamtüberschuß von ca. 3.30 Millionen Reichsmark, wovon ca 3 Millionen Reichsmark der Gewinnreserve der Versicherten überwiesen wurden. — Aktionärdividende 6 %.
   Versicherungsbestand: 730 Mill Reichsmark.
2. Jduna - Germania Allgemeine Versicherungs - Aktiengesellschaft.
   Gesamtprämieneinnahme: ca. 27.85 Millionen Reichsmark bei einem Gesamtüberschuß von ca. 403 900.— Reichsmark; Aktionär-Dividende 5 %.

Die Jduna-Germania Lebens-Vers.-Akt.-Ges. ist mit einem Aktienkapital von 4 Millionen Reichsmark, die Jduna-Germania Allgemeine Vers.-Akt.-Ges. mit einem solchen von 10 Millionen Reichsmark ausgerüstet.

Eine sehr wichtige Transaktion nahmen die Jduna-Germania Versicherungsgesellschaften im Dezember 1930 in Angriff. Das Aktienkapital der der Gruppe zugehörigen Jduna Transport- und Rückversicherungs-Aktiengesellschaft wurde zunächst von 250 000 Reichsmark um 9.75 Millionen Reichsmark auf 10 Millionen Reichsmark und dann später auf 30 Millionen Reichsmark erhöht. In der letzten Generalversammlung wurde der Name der Jduna Transport- und Rückversicherungs-Aktiengesellschaft in „Jduna-Holding Aktiengesellschaft" umgeändert. Gegenstand des Unternehmens ist jetzt die Beteiligung an bestehenden oder zu gründenden Versicherungsunternehmungen oder sonstigen Unternehmungen aller Art.

Zum Zwecke der Weiterführung des bisherigen Transport-Versicherungsgeschäftes wurde die „Jduna-Germania Transport - Versicherungs - Aktiengesellschaft" mit einem volleingezahlten Aktienkapital von 1 Million Reichsmark gegründet.

Durch diese Transaktion sind zweifellos wichtige Grundsteine für die zukünftige Entwicklung der Jduna-Germania-Gruppe gelegt worden.

Ein Denkmal der Größe und Bedeutung der Jduna-Germania Versicherungsgesellschaften ist das neue Verwaltungsgebäude in Berlin SW 68, Kochstraße 57-58. Das Gebäude ist schlicht und monumental zugleich: Zeichen einer Zeit, die schaffen will und Kraft zur Zukunft hat.

KARLSRUHER LEBENSVERSICHERUNGSBANK A.-G.

Wer die Entwicklung der Lebensversicherung in unserem Vaterlande verfolgt, kann an der Geschichte derjenigen Unternehmungen nicht vorbeigehen, die für den Lebensversicherungsgedanken — auch über die Grenzen des Deutschen Reiches hinaus — bahnbrechend gewirkt haben.

Zu diesen Pionieren des Lebensversicherungsgewerbes gehört die „Karlsruher Lebensversicherungsbank A. G.", die ihren Ursprung auf die „Karlsruher Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit vormals Allgemeine Versorgungsanstalt" auf das Jahr 1835 zurückführen darf.

Die Geschichte der alten und neuen „Karlsruher" mit ihrer rund 100jährigen Tradition birgt ein gutes Stück deutscher Wirtschaftsgeschichte in sich.

Während ursprünglich die „Karlsruher" ihren Geschäftsumfang als Rentenanstalt auf Baden beschränkte, wurde im Jahre 1864 mit Aufnahme der Kapitalversicherung in den verschiedensten Formen und durch den Ausbau der Rentenversicherung das Geschäftsgebiet auf die einzelnen deutschen Länder und schließlich auch auf das Ausland (Schweiz und Belgien) erweitert.

Zuerst machte das Publikum in der Kapitalversicherung allgemein nur von der sog. reinen Todesfallversicherung Gebrauch, nach der das Kapital beim Tode fällig wurde. Es handelte sich hier also um eine klar umgrenzte Vorsorge für die Hinterbliebenen. Erst allmählich gewann die nicht nur beim Tode, sondern auch zu Lebzeiten des Versicherten fällige Kapitalversicherung an Boden, die neben der Existenzsicherung der Hinterbliebenen gleichzeitig die Versorgung für das eigene Alter regeln kann. Diese Grundversicherungsform ist heute die gebräuchlichste. Der Gedanke, den Versicherungsschutz immer umfassender zu gestalten und so allen praktischen Wünschen des Publikums gerecht zu werden, führte mit der Zeit zur Einführung neuer Versicherungsarten, unter denen wir kurz hervorheben:

1. Die Kapitalversicherung mit festem Auszahlungstermin, auch falls der Versicherte vorzeitig sterben sollte; hiernach kann man vor allem die Kosten für die Berufsausbildung der Kinder sicherstellen.
2. Die Töchteraussteuerversicherung, die am Hochzeitstage das Kapital zur Verfügung stellt.
3. Die Versicherung verbundener Leben, die z. B. als Teilhaberversicherung auf das Leben von zwei oder mehr Teilhabern usw. abgeschlossen und deren Kapital beim Tode des zuerst Sterbenden z. B. für die Erbauseinandersetzung mit den Hinterbliebenen des verstorbenen Teilhabers usw. verwendbar ist.

Zur weiteren Ergänzung und Vervollkommnung des Versicherungsschutzes dient außerdem die sog. „Zusatzversicherung", die nicht selbständig abgeschlossen, sondern der Hauptversicherungsart „zugesetzt" wird. Hier sei aufgeführt:

1. Die Invalidenzusatzversicherung, durch die bei Invalidität Prämienfreiheit der Hauptversicherung und gegebenenfalls auch eine Rente bis zur Kapitalfälligkeit versichert werden kann.
2. Die Unfallzusatzversicherung, durch die beim Tode durch Unfall die Versicherungssumme bis zu einer bestimmten Höhe doppelt ausgezahlt wird.
3. Die Sterbegeldversicherung beim Tode der Ehefrau des Versicherten.

Für Vereine, Verbände, Firmen usw. bestehen besondere Kollektiv-Tarife, sowohl für die Kapitalversicherung wie auch Sterbegeldversicherung.

Allen Tarifeinrichtungen liegt das besonders günstige System der steigenden Dividende für die Versicherten zugrunde, das die Karlsruher als erste Gesellschaft mit Erfolg in die deutsche Lebensversicherung einführte.

Eine nach soliden, kaufmännischen Grundsätzen geführte Geschäftspolitik schuf ein Wirtschaftsgebilde, das heute wie ehedem mit an führender Stelle im Lebensversicherungsgewerbe steht, nachdem die gewaltigen Stürme der Nachkriegszeit erfolgreich überwunden worden sind.

Die Entwicklung der „Karlsruher" nach dem Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft ergibt sich aus folgenden Zahlen:

Es wurden abgeschlossen:

bis zum Jahr	Stückzahl	Versicherungssumme
1924	33 644	172 684 900
1930	83 456	ca. 600 000 000

Ein Beweis für die Bedeutung der „Karlsruher" innerhalb der deutschen Wirtschaft.

Ein Beweis für das Vertrauen, das ihr allseitig entgegengebracht wird.

KÖLNISCHE RÜCKVERSICHERUNGS-GESELLSCHAFT

Köln am Rhein, Breitestraße 161

AUFSICHTSRAT:

Vors.: Konsul H. C. Leiden; Stellv.: Freiherr S. A. von Oppenheim; sonst. Mitglieder: Kommerzienrat Dr. jur. A. Ahn, Dr. jur. C. von Joest, Bankdirektor Dr. rer. pol. h. c. R. Pferdmenges, E. von Rautenstrauch, Freiherr K. von Schröder, Dr. jur. P. Seligmann.

VORSTAND:

Generaldirektor H. Gruenwald, Direktor Dr. M. Bloch, stellv. Direktor Rechtsanwalt W. Labes.

Die Idee, den Betrieb der Rückversicherung zum ausschließlichen Geschäftszweck eines selbständigen und unabhängigen Unternehmens zu machen — zum ersten Male nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt —, entstand am 28. Dezember 1842, an welchem Tag von den Kölner Herren C. Joest, Aug. Camphausen, C. F. Heimann, P. Mülhens und G. Mevissen die Vorarbeiten zur Gründung der Kölnischen Rückversicherungs-Gesellschaft in Angriff genommen wurden. Die Gründung selbst wurde bestätigt durch die königliche Bestätigungs-Urkunde vom 8. April 1846. Das erste Geschäftsjahr war das Jahr 1853. Der Geschäftsbetrieb beschränkte sich zunächst auf die Feuer- und Transportversicherungs-Branche und erstreckte sich zuerst vorwiegend auf den europäischen Kontinent, nämlich Deutschland, Oesterreich, Schweiz, Belgien, Holland und Frankreich und wurde im Jahre 1855 auch auf England ausgedehnt. Im Jahre 1854 wurde die Hagel- und Lebensrückversicherung aufgenommen, welche beiden Branchen aber im Jahre 1860 bzw. 1861 wieder eingestellt wurden. Die Lebensrückversicherung wurde dann erst 1885 wieder aufgenommen. 1873 erfolgte die Aufnahme des Unfallgeschäfts. Die Ausdehnung der Geschäftsbeziehungen auf die Vereinigten Staaten von Nordamerika erfolgte zunächst gemeinsam mit einer anderen deutschen Versicherungsgesellschaft, später im Anschluß an die German American Insurance Company in New York, die ihre Firma später in Great American Insurance Company änderte und mit der auch heute noch enge Geschäftsbeziehungen bestehen. Heute betreibt die Gesellschaft die Rückversicherung in sämtlichen Versicherungszweigen des Inlandes und Auslandes.

Im Jahre 1886 wurde die Tochtergesellschaft Minerva Retrocessions- und Rückversicherungs-Gesellschaft in Köln mit einem Kapital von 2 400 000.— ℳ mit 25 Prozent Einzahlung gegründet und durch Personal-Union des Vorstandes und Aufsichtsrates mit der Mutteranstalt verbunden. In derselben Weise und mit demselben Kapital erfolgte 1911 die Gründung der zweiten Tochtergesellschaft Mercur Rückversicherungs-Aktien-Gesellschaft in Köln, gleichzeitig wurde das Kapital der Minerva auf 4 000 000.— ℳ mit 25 Prozent Einzahlung erhöht.

Das Aktienkapital der Kölnischen Rückversicherungs-Gesellschaft betrug ursprünglich 3 000 000.— Taler oder 9 000 000.— ℳ mit 20 Prozent Einzahlung. Die einzelne Aktie lautete über 1500.— ℳ. Während der Inflationszeit ausgegebene mehrstimmige Vorzugsaktien wurden gelegentlich der Goldmarkeröffnungsbilanz wieder eingezogen und das Aktienkapital der Gesellschaft im Verhältnis von 1:1 auf Reichsmark umgestellt.

Die o. und ao. Generalversammlung vom 30. Juni 1928 beschloß die Fusion der beiden Tochtergesellschaften Minerva und Mercur mit Wirkung vom 1. Januar 1928 ab. Gleichzeitig wurde das Kapital der Muttergesellschaft auf 12 200 000.— RM erhöht durch Ausgabe von 3 200 000.— Aktien zu 1000.— RM mit 25prozentiger Einzahlung. In Verbindung hiermit wurde auch die bare Einzahlung auf die alten Aktien auf 25 Prozent erhöht. Im Jahre 1929 erhielt die Gesellschaft den größten Teil ihres früheren in Amerika beschlagnahmten Vermögens zurück, das zum Ausbau der amerikanischen Geschäftsverbindungen Verwendung fand.

Das Schwergewicht des Geschäfts der Gesellschaft liegt heute auf dem Gebiet der Feuerversicherung, der Unfall- und Haftpflicht-Versicherung und vor allem der Lebensversicherung. Es betrugen die Prämieneinnahmen:

	Elementar-Abteilung	Lebens-Abteilung
1925	RM 15 518 422.33	RM 10 730 810.34
1926	„ 19 942 761.95	„ 12 335 129.52
1927	„ 24 882 870.80	„ 16 236 888.71
1928	„ 28 416 880.29	„ 22 138 276.71
1929	„ 31 119 156.82	„ 25 603 266.53
1930	„ 31 605 885.16	„ 26 941 247.—

In der Lebensversicherung zeigt der Bestand an versichertem Kapital und Renten folgende Entwicklung:

	Kapital	Rente
1925	RM 235 593 057.—	RM 118 324.37
1926	„ 291 264 249.—	„ 130 955.77
1927	„ 326 956 965.—	„ 139 420.76
1928	„ 496 413 587.—	„ 174 146.93
1929	„ 568 554 632.—	„ 203 174.83
1930	„ 599 102 564.—	„ 256 983.51

Die Prämien-Reserve und Prämien-Ueberträge für eigene Rechnung zeigen folgende Entwicklung:

1925	RM 18 394 206.—
1926	„ 23 726 074.—
1927	„ 29 500 442.—
1928	„ 47 674 940.—
1929	„ 56 061 017.—
1930	„ 64 055 362.—

Die Gesamt-Garantiemittel der Gesellschaft, die sich aus dem Grundkapital, den Prämienreserven und -Ueberträgen sowie den Schadensreserven als ordentlichen Reserven, ferner der Kapitalreserve, der Sonderreserve und dem Gewinnvortrag als außerordentlichen Reserven zusammensetzen, sind in folgender Weise gestiegen:

1925	RM 30 078 412.20
1926	„ 35 953 244.60
1927	„ 42 367 337.57
1928	„ 71 131 406.22
1929	„ 82 078 892.65
1930	„ 92 033 996.72

„KRAFT"

Versicherungs-Aktien-Gesellschaft des Automobilclubs von Deutschland

Die „Kraft" Versicherungs-Aktien-Gesellschaft des Automobilclubs von Deutschland wurde im Jahre 1919 als Spezialgesellschaft für Kraftfahrzeug-Versicherungen durch den Automobilclub von Deutschland gemeinschaftlich mit der „Allianz Versicherungs-Aktien-Gesellschaft" und der „Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft" gegründet. Sie betreibt die Kraftfahrzeug-Haftpflicht- und Fahrzeug-Versicherung sowie die einschlägigen Unfallversicherungen von Kraftfahrzeugbesitzern, Insassen und Chauffeuren. In den wenigen Jahren ihres Bestehens hat sie eine außerordentlich starke Entwicklung genommen, die auch durch die Hemmnisse der Inflationszeit und die schweren Krisen, die der Automobilversicherungsmarkt durchzumachen hatte, nicht aufgehalten werden konnte. Während am Schlusse des ersten Geschäftsjahres der Versicherungsbestand erst 1126 Polizen umfaßte, stieg derselbe bis zum 31. Dezember 1930 auf über 161 000 Versicherungen. Die Prämieneinnahme betrug im Jahre 1930 rund 28½ Millionen Mark.

Das Aktienkapital der „Kraft" ist mit Absicht niedrig gehalten, da die solidarische Mithaftung der „Allianz und Stuttgarter Verein Versicherungs-Aktien-Gesellschaft" und der „Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft" größte finanzielle Sicherheit der „Kraft" verbürgt.

Die „Kraft" hat sich von Prämienschleuderpolitik von jeher ferngehalten und ließ sich auch durch alle Wirrnisse auf dem Automobilversicherungsmarkt in dem Festhalten an soliden Grundsätzen und in ihrer vorsichtigen Geschäftsgebarung nicht beirren. Sie ging in ihrer Prämienpolitik stets von dem überall geltenden Grundsatz aus: „Das Beste ist das Billigste" und nicht umgekehrt. Gerade bei dem so schadensreichen Automobilversicherungsrisiko kann, wie die Ereignisse der letzten Zeit erneut gezeigt haben, eine falsche, die finanzielle Leistungsfähigkeit beeinträchtigende Geschäftspolitik einer Gesellschaft für die Masse der Versicherten besonders schwerwiegende wirtschaftliche Folgen mit sich bringen. Für die „Kraft" ist das vornehmste Prinzip eine loyale und schnelle Schadensregulierung. Den Beweis hierfür liefert die Tatsache, daß von den im Jahre 1930 angemeldeten Kaskoschäden am 31. März 1931 bereits über 99% abgewickelt waren und daß es bei den in den Jahren 1925-1930 angefallenen rund 95 000 Fahrzeugschadensfällen in nur 46 Fällen zu einer gerichtlichen Austragung gekommen ist, wobei die Gesellschaft in nur 5 von diesen Streitfällen unterlegen ist.

Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft

Die am 2. September 1844 mit einem Aktienkapital von 1 Million Talern als elfte der deutschen Feuerversicherungs-Aktiengesellschaften gegründete Gesellschaft bildete von Beginn ihres Bestehens an ihre Eigenart heraus, die sie zu ihrer Bedeutung geführt hat und die in dem Grundsatz ihres ersten Leiters Friedrich Knoblauch ihren Ausdruck fand: „daß jedes Risiko versicherbar sei, wenn eine angemessene Prämie dafür bezahlt werde". Besonderes Interesse brachte sie den hauptsächlichen Wirtschaftszweigen ihrer Heimatprovinz entgegen, indem sie eigene Versicherungseinrichtungen für die Rübenzuckerfabriken und die Landwirtschaft schuf, die sie bald über das ganze Deutsche Reich ausdehnte. So wurden im Jahre 1850 im Anschluß an die Gesellschaft der Versicherungsverband für Rübenzuckerfabriken und in den Jahren 1876 und 1877 in den verschiedenen Landesteilen Deutschlands 39 landwirtschaftliche Versicherungs-Verbände gegründet. Im Jahre 1851 kam es zur Gründung des Versicherungs-Verbandes für Mühlenbesitzer, dem bald eine große Anzahl von Mühlen angehörte. Diese Verbände bestehen noch heute. Schon früh nahm die Gesellschaft auch außerhalb Deutschlands und von 1851 ab auch außerhalb Europas das Geschäft auf. Sie erweiterte ihr Geschäft ferner durch die Uebernahme von Versicherungen im Wege von Rückversicherungen durch Verträge mit bedeutenden in- und ausländischen Versicherungsgesellschaften. Sehr bald verstand es die Gesellschaft, ihren Einfluß dadurch auszudehnen, daß sie Tochtergesellschaften gründete oder Aktien anderer bereits bestehender Gesellschaften erwarb, die ihr teilweise maßgebenden Einfluß auf die betreffende Gesellschaft sicherten. Sie ist heute an 16 Versicherungsgesellschaften des In- und Auslandes durch Aktienbesitz beteiligt. Von diesen Gesellschaften domizilieren in Magdeburg die im Jahre 1854 gegründete Magdeburger Hagelversicherungs-Gesellschaft, die mit einem Aktienkapital von 2.2 Millionen Reichsmark und einer Prämieneinnahme von rund 3.0 Millionen Reichsmark im Jahre 1930 mit an erster Stelle der Hagelversicherungs-Aktien-Gesellschaften steht, die im Jahre 1862 gegründete Magdeburger Rückversicherungs-Actien-Gesellschaft, welche ein Aktienkapital von 3 Millionen Reichsmark besitzt und deren Prämieneinnahme sich im Jahre 1930 auf rund 7.6 Millionen Reichsmark belief, sowie die im Jahre 1928 mit einem Aktienkapital von 3 Millionen Reichsmark gegründete Magdeburger Allgemeine Lebens- und Rentenversicherungs-Aktiengesellschaft.

Das Aktienkapital der Gesellschaft beträgt seit der Goldumstellung (voll eingezahlt) RM. 5 000 000.—; am Schlusse des Geschäftsjahres betrug ihre Kapitalreserve Reichsmark 2 500 000.—, ihre technischen Reserven beliefen sich zu diesem Zeitpunkt auf RM. 7 975 434.17.

Sie betreibt neben der Feuerversicherung seit dem Jahre 1901 die Einbruchdiebstahl-Versicherung und hat im Laufe der letzten zehn Jahre die Transport-, Reisegepäck- und Valoren-, Unfall-, Haftpflicht-, Kraftfahrzeug- und Maschinenversicherung aufgenommen.

Ihre Prämieneinnahme betrug im Jahre 1930 Reichsmark 25 711 688.35. In den Jahren 1844 bis 1915 und 1924 bis 1929 (die Summen der Inflationszeit sind fortgelassen, da sie ein falsches Bild ergeben würden) wurden an Prämie insgesamt brutto vereinnahmt M. 1 286 123 861, für Schäden wurden in der gleichen Zeit brutto gezahlt M. 843 968 925.

MANNHEIMER VERSICHERUNGSGESELLSCHAFT MANNHEIM

Gegr. 1879

Transport-, Auto-, Reisegepäck-, Valoren-, Musikinstrumenten-, Unfall-, Haftpflicht-, Feuer-, Sturmschaden-, Einbruchdiebstahl-, Glas-, Wasserleitungsschäden-, Aufruhr-Versicherungen

---

Rückversicherung in allen Zweigen

Geschäftsgebiet: Deutschland und fast das gesamte Ausland

Ende 1930: Prämieneinnahme: RM 30.868.252.-
Garantiemittel: RM 22.336.855.-

Vertreter an allen größeren Plätzen

Angegliedert:

MANNHEIMER LEBENSVERSICHERUNGSBANK A.-G. BERLIN

MÜNCHENER RÜCKVERSICHERUNGS-GESELLSCHAFT

Die Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft wurde im Jahre 1880 gegründet. Hauptgründer waren das Bankhaus Merck, Finck & Co. und die Bank für Handel und Industrie. Das Kapital betrug drei Millionen Mark mit 40 pCt. Einzahlung.

Die Initiative zur Gründung war ausgegangen von Carl Thieme, der zum Vorstand der Gesellschaft bestellt wurde und die Geschicke der Gesellschaft bis zu seinem im Alter von 80 Jahren erfolgten Ableben leitete. Bis dahin gab es in Deutschland fast nur kleinere Rückversicherungsunternehmungen, die von direkten Versicherungsgesellschaften abhängig waren; die Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft dagegen war eine selbständige Rückversicherungs-Gesellschaft. Die Prämien, die zur Deckung des Rückversicherungsbedürfnisses eines im Zusammenhang mit der übrigen Wirtschaft stark aufblühenden Versicherungswesens ins Ausland gegangen waren, flossen zu einem guten Teil der Gesellschaft zu.

Zunächst wurde die Feuer-, die Hagel- und die Unfall-Branche betrieben. Daran schloß sich die Transportversicherung, von 1890 an auch die Lebens-Rückversicherung, ferner die Kredit- und die Einbruchdiebstahl-Rückversicherung. An neuen Versicherungszweigen hat die Gesellschaft die Maschinenversicherung ins Leben gerufen.

Die Geschäftspolitik der Gesellschaft ging dahin, direkte Versicherungsgesellschaften zu gründen oder sich anzugliedern. Auf diese Weise blieb sie nicht auf die Uebernahme von Spitzen beschränkt, sondern erwarb auch einfaches und mittleres Geschäft, das den nötigen Ausgleich gab. Unter den von ihr gegründeten Gesellschaften haben einige, wie die im Jahre 1890 gegründete Allianz Versicherungs-Aktien-Gesellschaft in Berlin, im Laufe der Jahre eine führende Stellung errungen.

Gleichfalls im Jahre 1890 nahm die Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft das Geschäft in England auf und Ende der neunziger Jahre dehnte sie ihre Wirksamkeit auf die Vereinigten Staaten von Nordamerika aus.

Die breite Basis des Geschäftes ermöglichte es der Gesellschaft, auch schwere Schäden, wie den Brand von Baltimore von 1904 mit einem Schadenaufwand von rund vier Millionen Mark und die Katastrophe von San Franzisko im Jahre 1906 mit einem Schadenaufwand von elf Millionen Mark für eigene Rechnung ohne Erschütterung zu überstehen.

Im letzten Jahre vor dem Kriege war die Prämieneinnahme der Gesellschaft auf über 200 Millionen Mark gestiegen; damit hatte die Gesellschaft in der Rückversicherung die führende Stellung erlangt.

Der Krieg und sein unglücklicher Ausgang mußte für das auf internationaler Basis aufgebaute Geschäft der Gesellschaft von größter Bedeutung werden. Das Geschäft in den ehemals feindlichen Staaten ging verloren und nur in einem Teile gelang es, nach dem Kriege wieder festen Fuß zu fassen; das russische Geschäft blieb endgültig verloren.

Hemmend kam weiter die Inflation in Deutschland und in anderen Ländern dazu.

Auch diese Schwierigkeiten wurden überwunden und seit der Währungsstabilisierung hat die Gesellschaft einen ununterbrochenen Aufstieg genommen. Heute hat sie in der Prämieneinnahme die höchste Friedensziffer überschritten. Das zeigt die nachstehende Aufstellung:

Geschäftsjahr	Grundkapital	Prämieneinnahme	Pr.Reserve, Pr. Uebertr. u. Schadenreserve	Gesetzl.Reservefonds u.sonst.Res.	Reingewinn einschl. Vortrag
1913/14	30	204,5	196,2	34,9	4,98
1923/24	12	64,8	48,2	10,0	0,70
1929/30	20	240,7	237,4	15,15	2,31

In der Verteilung des Geschäftes auf die einzelnen Branchen sind gegenüber der Vorkriegszeit wesentliche Verschiebungen eingetreten. Im Vordergrund steht die Lebensbranche mit einer Prämieneinnahme von 91 Millionen Reichsmark und einem Versicherungsbestande von fast zwei Milliarden Reichsmark. Die Feuerbranche und die Transportbranche zeigen einen Rückgang. In der Transportbranche hat die Gesellschaft systematisch das Geschäft verkleinert, was ihr bei dem katastrophalen Verlaufe dieser Branche in allen Ländern große Verluste ersparte. In der Feuerversicherung hat sie, besonders im deutschen Geschäft mit seinen vielfach unzureichenden Prämien, Zurückhaltung geübt.

Die Gewinnhaltigkeit des Geschäftes ist gegenüber der Vorkriegszeit zurückgegangen. Das vielfach ungenügende Prämienniveau, die infolge ungesunder Konkurrenz überhöhten Rückversicherungsbedingungen sowie die Wirtschaftskrise in vielen Ländern tragen daran Schuld. Die Bilanzgewinne fließen in der Hauptsache aus den Zinsen des Kapitals und der Reserven.

Von den Erschütterungen, wie sie im letzten Jahre auf dem Versicherungs- wie dem Rückversicherungsmarkte zu verzeichnen waren, ist die Gesellschaft innerlich unberührt geblieben; im Gegenteil konnte sie durch Uebernahme des Geschäftes zusammengebrochener Unternehmungen ihre Position erheblich verstärken.

An Dividende hat sie in den Jahren seit der Währungsstabilisierung 8, 8, 10, 12, 12, 12 pCt. verteilt.

NATIONAL-VERSICHERUNG STETTIN

„National" Allgemeine Versicherungs-Akt.-Ges., Stettin
Stettiner Rückversicherungs-Aktien-Ges., Stettin
„National" Lebensversicherungs-Aktien-Gesellschaft, Stettin
„Orion" Versicherungs-Aktien-Gesellschaft, Hamburg

Schutz zu bieten gegen die Wechselfälle des Lebens, ist das Wesen der Versicherung. Sie wird überall dort zur Notwendigkeit, wo es gilt, einen Ausweg zu schaffen für die Schäden, die in mannigfachster Form Gesamtwirtschaft und Existenz des einzelnen bedrohen; in gesteigertem Maße dann, wenn die vielseitigen Verkehrsbeziehungen einer aufstrebenden Volkswirtschaft die Schadensmöglichkeiten anwachsen lassen. Diese Erkenntnis war es, die Stettiner Kaufleute veranlaßte, im Jahre 1845 die Preußische National Versicherungs-Gesellschaft zu gründen. Der Stettiner Hafen mit seinem auch damals schon sehr umfangreichen Seeverkehr, die hervorragenden Verbindungen, die durch Regulierung des Oderstromes und neuerrichtete Eisenbahnlinien entstanden waren und dadurch dem Verkehr das weite preußische Hinterland öffneten, gaben die Vorbedingungen für den Aufbau eines erfolgverheißenden Geschäfts. Mit 3 000 000 Talern Kapital wurde die Gesellschaft gegründet bei einer Bareinzahlung von 25 v. H. Beteiligt waren vornehmlich Stettiner Bürger, deren klangvolle Namen beste Sicherheit für solide Geschäftsgebarung abgaben. Daher auch die allgemeine Anerkennung, die das neue, an erster Stelle auf Vertrauen aufgebaute Unternehmen finden durfte.

Die Tätigkeit der Gesellschaft beschränkte sich in den ersten Jahrzehnten auf den Betrieb der Transport- und Feuerversicherung. Die Anfangsjahre brachten zwar einen wechselvollen Verlauf, doch blieben zu starke Beteiligungen, die größere Zahlungen hätten erforderlich werden lassen, dank der umsichtigen Zurückhaltung der Direktion vermieden. Die Verbreiterung und Ausdehnung, die das Geschäft in den Folgejahrzehnten nahm, ermöglichten zusammen mit steigender Prämieneinnahme eine günstigere Risikoverteilung. Darüber hinaus gelang es einer weitausschauenden, zähen Geschäftspolitik, die Grundlagen des Unternehmens durch Aufbau eines weitgreifenden Auslandsgeschäftes stetig zu festigen und die Jahresumsätze beträchtlich zu heben. Die ersten Anfänge dieses später höchst bedeutungsvollen Zweiges datieren bereits vom Jahre 1849. Damals begann die junge Gesellschaft ihre Tätigkeit in Rußland, Oesterreich, Skandinavien und in der Schweiz, um dann auch amerikanische Risiken aufzunehmen. Parallel mit der Aufwärtsentwicklung der gesamten deutschen Volkswirtschaft seit den 70er Jahren konnte auch das Versicherungswesen einen ungeahnten Aufschwung nehmen, da mit der Zunahme der Wirtschaftstätigkeit und dem Anknüpfen weiterer Verkehrsbeziehungen notwendig auch das Arbeitsfeld der den Gefahrenausgleich anstrebenden Unternehmungen eine Verbreiterung erfuhr. Um die Wende des Jahrhunderts umspannten die in Stettin zusammenlaufenden Fäden des weitmaschigen Arbeitsfeldes nahezu den gesamten Erdball. In seinem Transport- und Feuerversicherungsgeschäft arbeitete das in bewährter Tradition bekanntgewordene Unternehmen in den Ländern diesseits und jenseits des Ozeans, vornehmlich in den nordischen Staaten, in Holland, Belgien, England, Spanien, der Türkei, in Indien und nicht zuletzt in den lateinischen Ländern Südamerikas. Einen wesentlichen Bestandteil bildete das nordamerikanische Geschäft, das in stetem Vorwärtsdringen reiche Erfolge versprach.

Trotz der ständig wachsenden Ausdehnung, die das In- und Auslandsgeschäft auf dem Boden einer wohlfundierten aufblühenden Wirtschaft nehmen konnte, war die Leitung der Gesellschaft sich stets darüber klar, daß bei einem ausschließlich auf Risiko eingestellten Unternehmen nur die vorsichtigste Handhabung alterprobter Grundsätze vor Enttäuschungen sicherstellen konnte. Das galt sowohl bezüglich Auswahl der Risiken als auch bezüglich Vornahme einer allen Umständen Rechnung tragenden Rückdeckung, wie auch hinsichtlich einer gesunden und soliden Finanzpolitik. Trotz reichlichster Dotierung der technischen und offenen Reserven war die Gesellschaft in der Lage, ihren Aktionären eine stetige Dividende zu sichern, die in den Jahren stabiler Währung 1910—1918 sich zwischen 30 und 35 Prozent bewegte, so daß die Aktien einen Kurs von durchschnittlich 580 Prozent des Einzahlungsbetrages erreichten. Und als das Jahr 1906 aus der Erdbebenkatastrophe von San Franzisko Verpflichtungen von rund 3 000 000 Mark für eigene Rechnung brachte, konnten diese ohne Störung des Gesamtbetriebes glatt geregelt werden, ein Beweis für den gesunden Aufbau und die Bonität der Gesellschaft.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts, mehr noch in den Folgejahrzehnten, verschärften sich in Deutschland die vorher nicht so sehr bemerkbaren Wettbewerbsverhältnisse durch viele neugegründete Unternehmungen. Auch diesem Umstande galt es Rechnung zu tragen durch Verbreiterung der Arbeitsmöglichkeiten. 1891 schon war die Unfall-Versicherungs-Abteilung ins Leben gerufen worden, nach 1900 traten hinzu die Abteilungen für Einbruch-Diebstahl- und Wasserleitungsschäden-, für Haftpflicht- und Fahrzeug-Versicherung. Im Anschluß an die bereits vorhandene tiefgliedrige Organisation brachte der Ausbau dieser Zweige sehr ansehnliche Erfolge.

Durch den Ausbruch des Krieges wurde für die Gesellschaft naturgemäß eine vollkommen neue Situation geschaffen. Es konnte nicht verhindert werden, daß das in emsig vorwärtsstrebender Arbeit erworbene Auslandsgeschäft zum größten Teil verloren ging. Dafür gelang es, zum Ausgleich größere Erfolge im Inland zu erzielen. Daher war es möglich, nicht nur eine gleichbleibende Dividende zu gewähren, sondern es konnte darüber hinaus die auf das Kapital geleistete Einzahlung von 25 Prozent aus dem Gewinn des Jahres 1918 auf 33⅓ Prozent erhöht werden. Die folgenden Jahre der Inflation mit ihren mannigfaltigen Schwierigkeiten stellten an die Gesellschaft, die seit 1919 die Firma „National" Allgemeine Versicherungs-Aktien-Gesellschaft führt, hohe Anforderungen. Gerade diese Zeit hat aber bewiesen, daß ihre gesicherten Grundlagen und gediegenen Grundsätze der Geschäftsführung alle Einengungen und Hemmungen zu überwinden in der Lage waren. Die im Jahre 1924 durchgeführte Umstellung auf Goldmark gestattete die Erhaltung des alten Stammkapitals mit 9 000 000 Mark ohne jede Zusammenlegung. Jede Stammaktie, die bisher über 1200 Papiermark lautete, konnte auf 1200 Reichsmark abgestempelt werden. Daneben wurden noch 8 693 832.64 Reichsmark Reserven ausgewiesen einschließlich des unten erwähnten Amerikaguthabens.

Seit der Stabilisierung der Mark wurde der Wiederaufbau des ausgedehnten Geschäfts im Inland mit höchster Spannkraft und großem Erfolg durchgeführt. Auch die durch den Krieg zerrissenen Fäden und Beziehungen zu den Ländern des europäischen und transatlantischen Auslandes sind allerseits wieder aufgenommen worden. In England und in Britisch-Indien, in den Niederlanden und ihren indischen Besitzungen, in der Türkei, in Aegypten, in Griechenland, in Frankreich, Spanien und in den Nordstaaten Europas, besonders aber in den Ländern Südamerikas wird wieder erfolgreich gearbeitet. Trotz der hohen Ausgaben für die Wiedergewinnung einer straff gegliederten Organisation haben die Reserven der Gesellschaft mit der Ausdehnung des Geschäfts stets gleichen Schritt gehalten. Am 31. Dezember 1930 beliefen sie sich auf 14 200 000 Reichsmark, worunter sich ein z. Zt. in Amerika noch beschlagnahmtes Guthaben von 245 000 Dollars befindet. Seine Freigabe ist für die allernächste Zeit zu erwarten.

Geleitet von dem Gedanken, daß die in sich geschlossene, nach einheitlichen Grundsätzen arbeitende Organisation der „National" sehr wohl auch für die Zweige erfolgversprechend arbeiten könne, für welche die „National-Allgemeine" keine Konzession besitzt, hatte man im Jahre 1924 die „National" Lebensversicherungs-Aktien-Gesellschaft unter maßgeblicher Beteiligung ihrer Muttergesellschaft mit einem Kapital von 1 000 000 Reichsmark gegründet. Durch die Ausnutzung der vorhandenen Organisation konnten die Aufbaukosten möglichst niedrig gehalten werden. Die bisher erzielten Erfolge können immerhin befriedigen.

Bereits im Jahre 1879 war die Stettiner Rückversicherungs-Aktien-Gesellschaft mit einem Kapital von 1 800 000 Mark bei 25prozentiger Einzahlung in enger Anlehnung an die „National" gegründet worden. Obwohl auch für sie die Inflationszeit eine harte Zeit der Prüfung bedeutete, hat sie diese gut überstanden. Das Kapital blieb in voller Höhe erhalten und wurde auch hier im Verhältnis von 1:1 auf Reichsmark umgestellt.

Im Jahre 1927 ist dann die „Orion" Versicherungs-Aktien-Gesellschaft, Hamburg, die ein Kapital von 1 000 000 Reichsmark aufweist, auf das 300 000 Reichsmark eingezahlt sind, dem Konzern angegliedert worden, hauptsächlich aus der Erwägung heraus, am ersten Seehafenplatz Deutschlands über eine eigene Platzgesellschaft zu verfügen, die sich dem dortigen Transport-Versicherungs-Geschäft besonders widmen kann. Die weitgehende Aktienbeteiligung der „National" und die von ihr gepflegten Geschäftsprinzipien werden eine hinreichende Garantie für eine ersprießliche Geschäftsgestaltung dieser seit 1919 bestehenden Gesellschaft bieten.

So können heute die im National-Versicherungs-Konzern vereinigten Gesellschaften mit Stolz auf ihre erfolgreiche Vergangenheit blicken, und auch die kommenden Jahre werden zeigen, daß Gesellschaften alter Tradition mit anerkannten Grundsätzen einer soliden Geschäftsgebarung mit Erfolg ihren Platz zu behaupten und ihre Stellung zu fördern wissen.

Bekanntmachungen.

Frankfurter Lebens-Versicherungs-Gesellchsaft.

Eilfte ordentliche General-Versammlung.

In Gemässheit §. 36. der Statuten werden die Actionäre der **Frankfurter Lebens-Versicherungs-Gesellschaft** zu der

Dienstag den 28. April, Vormittags 10 Uhr,

in dem auf den Einlasskarten bezeichneten Locale dahier stattfindenden ordentlichen General-Versammlung eingeladen.

Diejenigen Actionäre oder deren Bevollmächtigte, welche in dieser Versammlung zu erscheinen gedenken, haben sich **am 22. und 23. April, in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr,** über ihre statutenmässige Qualification (§. 37.) auf dem Bureau der Gesellschaft (Börsengebäude) zu legitimiren (§. 38.) und die Bescheinigung hierüber in Empfang zu nehmen.

Diese Legitimation wird zu bewirken sein: **von den Actionären** durch Angabe der Nummern der auf ihren Namen in die Register der Gesellschaft eingetragenen Actien; **von den Bevollmächtigten** ausserdem durch Einreichung ihrer Vollmachten.

Am 25. und 27. April, in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr, können sodann von den Berechtigten die, zum Eintritt in die Versammlung erforderlichen, nur für ihre Person gültigen Einlasskarten, gegen Rückgabe der obgedachten Legitimationsbescheinigung, auf dem Bureau der Gesellschaft in Empfang genommen werden. — Ebendaselbst liegen, von heute an, die in dem Beschlusse der dritten Generalversammlung erwähnten Mittheilungen zur Einsicht der Actionäre auf.

Frankfurt, a. M., den 14. April 1857.

178 ***Der Verwaltungsrath***
der Frankfurter Lebens-Versicherungs-Gesellschaft.

Hessische Ludwigsbahn.

In Gemässheit des §. 29 der Statuten beehrt sich der unterzeichnete Verwaltungsrath, die sämmtlichen Besitzer von Actien Lit. A. zur regelmässigen jährlichen

Generalversammlung
auf
Montag 27. April d. J., Vormittags 10 Uhr

hiermit einzuladen.

Die Präsentation und Anmeldung der Actien-Documente findet am 14., 15. und 16., die Empfangnahme der Eintrittskarten am 24. und 25. April im Bureau-Locale der Verwaltung statt.

Auf den Eintrittskarten wird sowohl die den Anmeldungen nach §. 12 der Statuten zukommende Stimmzettel, als auch das Local der Versammlung bezeichnet sein.

Mainz, den 10 März 1857.

105 ***Der Verwaltungsrath.***

Ein junger Mann, welcher seine Lehre in einem Eisen- u. Colonialwaaren-Geschäft bestanden, später noch 2 Jahre als Commis daselbst servirte, sucht unter bescheidenen Ansprüchen eine ähnliche Stelle. Die besten Referenzen stehen demselben zur Seite.

Gefällige Franco-Offerten besorgt unter No. 776-78 die Expedition d. Bl. 776-78

Ein junger Mann, der seit 7 Jahren im Manufacturwaarengeschäfte arbeitet, sucht eine Stelle als Buchhalter in einem ähnlichen Geschäfte. Franco-Offerten unter Chiffre K. S., besorgt die Expedition d. Bl. 799—800

---

216 Benachrichtigung.

Gegen die von uns bis zum 20. Februar 1857 abgestempelten Talons zu den K. K. Oesterr. Metallique Obligationen à 4½% d. d. 1. November 1818 können die betreffenden neuen Zins-Couponsbogen täglich in den Vormittagsstunden bei uns in Empfang genommen werden.

Frankfurt a. M., den 30. April 1857.

Gebrüder Bethmann.

---

196 Es werden gut empfohlene Personen gesucht, die in Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien, und in der Schweiz reisen oder sich niederlassen können.

Fixer Gehalt und Reisekosten werden bewilligt. Caution ist zu leisten und werden dafür 4% Zinsen bezahlt.

Nähere Auskunft ertheilt auf französisch geschriebene Briefe Herr Leopold Richard, per Adresse Herrn R. Baist, Bornheimer Strasse Nr. 9 in Frankfurt a. M.

Kaufleute.

Ein junger Mann, der seine Lehrzeit in einem hiesigen mit bedeutenden Agenturen verbundenen Colonialwaaren-Geschäft en gros bestanden, 1½ Jahre in demselben als Kommis servirte und über 1 Jahr in einem bedeutenden Fabrikgeschäfte thätig war, mit der englischen und französischen Sprache ziemlich vertraut ist und gut empfohlen wird, sucht ein anderes Engagement. — Offerten nimmt die Exped. d. Bl. unter No. 935 entgegen 233

Ein Franzose

ist als Lehrer seiner Sprache in ein Knabeninstitut des Herzogthums Nassau gesucht und kann sogleich eintreten. Franco-Offerten unter No. 985 bei der Expedition. 234

Anzeige.

Die von den Unterzeichneten gestempelten Coupons à Rouble 10 in Silber pr. 1—13 Februar 1857 von Hope'schen Certificaten über 4% Russ. Inscriptionen, werden à fl. 18. 29 im fl. 24 Fuss pr. St. bei denselben eingelöst.

Frankfurt a. M. den 5. Mai 1857.

222 **Grunelius & Comp.**

Mastochsenversteigerung.

205 Von mehreren Gräflich Solms-Laubach'schen Gütern werden **Donnerstag den 14. Mai 24 Stück Mastochsen** Vormittags 11 Uhr in dem Oeconomie-Hofe zu Utphe öffentlich versteigert. Gegen angemessene Gebote erfolgt der Zuschlag und sind die Ochsen innerhalb der nächsten 10 Tage nach der Versteigerung abzuholen und bei der Abholung zu bezahlen.

Obernhofen, am 25. April 1857.

In Auftrag:
der Gräfliche Gutsverwalter, Röth.

Für ein mit dem 1. Januar 1858 in einer grösseren Stadt ins Leben tretendes Bankgeschäft wir ein tüchtiger deutscher Correspondent, der auch in der französischen Correspondenz etwas erfahren, mit dem Bankwesen aber durchaus vertraut sein muss, und der zugleich einen guten Styl und eine hübsche Hand schreibt unter vortheilhaften Bedingungen gesucht. Näheres unter No. 976 bei der Expedition. 228

Herausgeber: H. B. Rosenthal. Druck von Reinhold Baist. Verantwortlicher Redacteur: Max Wirth.

Anzeigenseite
aus dem ersten Jahrgang der „Frankfurter Zeitung" (damals „Frankfurter Handelszeitung").

Der Transport leicht feuerfangender Gegenstände, als Schießpulver, Streichfeuerzeuge ꝛc. findet nicht statt. Wer dergleichen Gegenstände in die Bahnhöfe verbringt, oder mit falscher Declaration aufgibt, ist für allen etwa daraus entstehenden Schaden verantwortlich. Scharfätzende oder gährende Flüssigkeiten werden nur nach vorausgegangener Uebereinkunft zum Transport angenommen.

Mannheim, Buchdruckerei des k. Bürgerhospitals, Febr. 1852.

Ordnungs-Nr. 44.

Mannheim

Voto

Nachnahme . . . . . fl. kr.

Fracht nach der Klasse 38

Zusammen 1 02

Herrn M. Stumm

in

Faksimile
eines Frachtbriefes der Main-Neckarbahn aus dem Jahre 1852.

Nord-Deutsche Versicherungs-Gesellschaft

HAMBURG

AUFSICHTSRAT:

Dr. e. h. Richd. C. Krogmann, i. Fa. Wachsmuth & Krogmann, Vorsitzender.
Herm. Münchmeyer, i. Fa. Münchmeyer & Co.
Dr. jur. C. J. Melchior, i. Fa. M. M. Warburg & Co.
Geheimrat Dr. Wilhelm Cuno, Reichskanzler a. D., Hamburg.
Karl Deters, Mitglied des Direktoriums der Hamburg-Amerika Linie.
Hofrat Ernst Drumm, München.
Dr. Fritz Jessen, Direktor der Norddeutschen Bank in Hamburg, Filiale der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft
Albrecht O'Swald, i. Fa. Wm. O'Swald & Co.
J. F. Schröder, i. Fa. J. F. Schröder Bank K. a. A., Bremen.

VORSTAND:

A. Bornhuse.
H. Brandt.
W. Reinhold.
A. Schrameyer.
Walter Schües.
Dr. jur. A. Klingemann, stellv. Direktor.

Kapital	**RM. 10 000 000.—**	**Schaden-Reserven .**	**RM. 4 972 621.—**
Prämien-Ueberträge	**„ 3 619 836.—**	**Sonder-Reserven .**	**„ 3 340 000.—**

„Der starke Andrang, welcher in den letzten Jahren von auswärtigen Assecuranzen nach Hamburg Statt gefunden, hat die Summe des hier jährlich versicherten Capitals in wenigen Jahren verdoppelt, ja verdreifacht. — Es wurde dadurch — da die Zahl der Compagnien sich nur wenig vergrößerte — jeder einzelnen Compagnie gewissermaßen die Verpflichtung auferlegt, (um das Geschäft nicht von hier fortzuweisen) sich in der Uebernahme des Risicos ebenfalls auszudehnen, und so den jährlich übernommenen Betrag an Capital zu einer Höhe heranwachsen zu lassen, welche mit dem Grund-Capital der Compagnie kaum mehr in einem Verhältnisse steht. So hat die „neue dritte Versicherung-Gesellschaft von 1816" ebenfalls in den verflossenen Jahren den Risico eines sehr bedeutenden Capitals getragen, welcher, auf die einzelne Actie vertheilt, dieser eine unverhältnißmäßige Gefahr aufbürdet, wenn man sich den Fall eines unglücklichen Verlaufes des Geschäftes (welchen Gott verhüte!) denkt."

Mit diesen Worten wurde ein Werbeschreiben eingeleitet, mit dem Joh. Wilh. Duncker, Bevollmächtigter der neuen 3ten Versicherungs-Gesellschaft von 1816, am 28. Februar 1857 zur Gründung der Nord-Deutschen Versicherungs-Gesellschaft als Nachfolgerin der neuen 3ten Versicherungs-Gesellschaft von 1816 aufforderte. Die neue Gesellschaft begann am 1. Mai 1857 ihre Tätigkeit und zeichnete bereits während des ersten, nur 8 Monate umfassenden Geschäftsjahres eine Prämie in Höhe von über ℳ 1 500 000.—.

Nach Ablauf der ersten 25 Jahre mußte die Gesellschaft eine Periode ungünstigen Geschäftsganges erleben, doch sprechen Mut und Entschlossenheit aus dem derzeitigen Geschäftsbericht, der gelegentlich des Jubiläums-Jahres mit den Worten schloß:

„Wenn wir auf die Thätigkeit unserer Gesellschaft zurückblicken, so haben wir, wie es im See-Versicherungs-Geschäft fast nicht anders möglich, die Resultate wechseln und schlechte Jahre auf gute und gute auf schlechte folgen sehen.

Ein Zug ist es jedoch, der bemerkenswerth hervortritt; wir meinen die stetige Rührigkeit in dem Geschäftsbetriebe und das Vorwärtsschreiten mit den Verhältnissen und Zeiten.

Wir sehen, wie die Prämien-Einnahme von ca. 1½ Millionen auf 8½ Millionen angewachsen ist, darin Schritt haltend mit dem wechselnden Handel und der mehr und mehr emporblühenden Schiffahrt Hamburgs und dieser Zug weist uns besonders in schlechten Zeiten darauf hin, die an uns gestellte Aufgabe mit ganzer Kraft und Energie fortzuführen im Interesse unserer Herren Actionaire und des versicherten Publikums."

Arthur Duncker, der diesen Bericht als alleiniges Vorstandsmitglied verantwortlich zeichnete, sah sich in seinen Hoffnungen nicht getäuscht. Zwar war die Prämieneinnahme zuerst rückläufig (1888 nur Mark 4 800 000.—), doch dann begann ein neuer Aufstieg, und das fünfzigste Geschäftsjahr (1906) verzeichnet in einer langen Folge von Gewinn-Jahren einen Ueberschuß von ℳ 400 000.— bei einer Prämieneinnahme von fast ℳ 11 000 000.—.

Nachdem die Gesellschaft während der ersten 50 Jahre ihres Bestehens fast ausschließlich das Transport-Versicherungs-Geschäft gepflegt hatte, wurde im Jahre 1907 durch Fusion der Hanseatischen Feuer-Versicherungs-Gesellschaft und Bestandsübernahme der Norddeutschen Feuer-Versicherungs-Gesellschaft auch der Betrieb der Feuer-, Einbruch-Diebstahl- und Wasserleitungs-Versicherung aufgenommen; im Jahre 1913 trat die Automobil-Versicherung und Glas-Versicherung hinzu. Inzwischen war die Gesamtprämieneinnahme auf ℳ 36 000 000.— und der Jahresgewinn auf ℳ 1 275 000.— gestiegen. Außerdem hatte die Geschäftsbasis durch Gründung von Tochter-Gesellschaften eine weitere Verbreitung erfahren. — Der Ausbruch des Weltkrieges, der unglückliche Verlauf desselben und die folgende Inflation mußten zwangsläufig auch die Nord-Deutsche Versicherungs-Gesellschaft stark beeinflussen, wenn auch frühzeitig seitens der Leitung das Valutaproblem erkannt war.

Die Jahre von der Goldumstellung (1924) bis jetzt waren erfolgreiche Jahre des Wiederaufbaues, trotz der wirtschaftlichen Nöte und des allgemein als unbefriedigend empfundenen Verlaufs des Transport-Versicherungs-Geschäfts. Durch Aufnahme des Unfall- und Haftpflicht-Versicherungs-Geschäftes sowie durch Gründung der Nord-Deutschen Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft wurde das Tätigkeitsgebiet weiter abgerundet und andererseits durch Fusionierung der Nord-West-Deutschen Versicherungs-Gesellschaft, der Hanseatischen Versicherungs-Aktien-Gesellschaft von 1877 und der Cöln-Hamburger Versicherungs-Aktiengesellschaft eine im Zuge der Zeit liegende rationelle Zusammenfassung der Arbeit vorgenommen. Die wichtigsten Ziffern der Bilanzen einiger Jahre stellen sich wie folgt:

		Brutto-Prämie all. Branchen	Netto-Prämie all. Branchen	Nominal-Kapital	Eingezahltes Kapital
1.	Geschäftsjahr 1857	1 657 500.—	1 620 000.—	4 500 000.—	900 000.—
25.	„ 1881	8 634 000.—	3 397 000.—	2 250 000.—	450 000.—
50.	„ 1906	10 878 000.—	5 727 000.—	7 500 000.—	1 875 000.—
	„ 1913	36 212 000.—	17 783 000.—	16 000 000.—	4 000 000.—
	„ 1924	14 455 000.—	4 388 000.—	2 000 000.—	2 000 000.—
	„ 1930	22 567 000.—	9 907 000.—	10 000 000.—	4 165 000.—

		Technische Reserven	Extra-Reserven	Zinsen	Gewinn
1.	Geschäftsjahr 1857	835 500.—	—	33 000.—	—
25.	„ 1881	1 844 000.—	—	31 524.—	—
50.	„ 1906	4 882 000.—	2 065 000.—	236 000.—	400 000.—
	„ 1913	12 130 000.—	4 765 000.—	724 000.—	1 275 000.—
	„ 1924	4 346 000.—	1 450 000.—	342 000.—	117 000.—
	„ 1930	8 591 000.—	3 340 000.—	866 000.—	518 000.—

Aus diesen Zahlen ergibt sich, daß die Gesellschaft das durch den Krieg und seine Folgen verlorene Terrain hinsichtlich des Geschäftsumfanges noch nicht wieder gewonnen hat, in bezug auf innere Stärke jedoch die besten Friedensjahre übertroffen hat. Jeder Zeichnung in Höhe von ℳ 100.— Eigenprämie standen als Deckung gegenüber:

	durch technische Reserven und Extra-Reserven allein	durch technische Reserven plus Extra-Reserven plus eingezahltes Kapital
1857	Mk. 51.—	Mk. 107.—
1881	„ 54.—	„ 68.—
1906	„ 121.—	„ 154.—
1913	„ 95.—	„ 118.—
1924	„ 132.—	„ 177.—
1930	„ 120.—	„ 162.—

Nordstern

Lebensversicherungsbank Aktiengesellschaft

Berlin-Schöneberg

Aktienkapital und Kapitalreserve 4,8 Millionen RM

*

Aus dem Geschäftsbericht für 1930:

1. Gesamtbestand rund 190000 Versicherungen; Versicherungssumme	**559 Millionen RM**
im Vorjahre:	*389 Millionen RM*
2. Einnahmen an Prämien und Zinsen	**27 Millionen RM**
im Vorjahre:	*22,8 Millionen RM*
3. Prämienreserven	**84 Millionen RM**
im Vorjahre:	*60,5 Millionen RM*
4. Überschuß der Einnahmen über die Ausgaben	**4 Millionen RM**
5. Davon an die Gewinnrücklage der Versicherten	**3,7 Millionen RM**
6. Gewinnrücklage der Versicherten	**12 Millionen RM**
im Vorjahre:	*9,5 Millionen RM*
7. Gesamtvermögen	**115 Millionen RM**
im Vorjahre:	*82,4 Millionen RM*

*

Union und Rhein
Versicherungs-Aktien-Gesellschaft
Berlin SW 11

Stresemannstraße 48 / 50 / 52

Errichtet 1873

Grundkapital RM 4 400 000.—

Mit der im Jahre 1871 durchgeführten Verbindung der deutschen Stämme zur politischen Einheit im Deutschen Reiche wurde der Grundstein zum wirtschaftlichen Aufstieg der deutschen Nation gelegt. Ueberall rankte am Baume der Einigung kraftvolles Wirtschaftsleben empor und gab dem jungen Reiche eine feste Struktur für seinen weiteren Aufbau.

Der Entfaltung der Wirtschaft entsprechend, wuchs auch das allgemeine Bedürfnis nach erhöhtem Schutze gegen die Gefahren von Rückschlägen infolge von Elementarereignissen, Unglücksfällen, Fahrlässigkeiten oder verbrecherischen Gewalten.

Die Deutsche Privatversicherung, die es sich zur Aufgabe gesetzt hat, der Volkswirtschaft den unentbehrlichen Rückhalt gegen Schäden und Verluste solcher Art in möglichst vollkommener Form zu bieten, erhielt durch diese Entwicklung ebenfalls neue Anregung.

Um jene Zeit, im Jahre 1873, wurde unter maßgebender Führung des damaligen Direktors der Deutschen Bank, Herrn Dr. Georg von Siemens, die **Union Allgemeine Versicherungs-Aktien-Gesellschaft zu Berlin** errichtet.

Die Gesellschaft betrieb zunächst die **Feuerversicherung,** später auch die **Glas-** und **Einbruchdiebstahlversicherung.** Im Jahre 1926 übernahm sie im Wege der Fusion die Ende 1920 gegründete **Der Rhein, Versicherungs-Aktien-gesellschaft in Köln,** änderte in Verbindung damit ihre Firma in

Union und Rhein
Versicherungs-Aktien-Gesellschaft

und dehnte gleichzeitig ihren Geschäftsbetrieb auf die **Transport-, Kraftfahrzeug-, Haftpflicht- und Unfallverscherung aus.**

Bei einem **Grundkapital** von **RM 4 400 000.—** betrugen ihre Gesamtaktiven Ende 1930 über **RM 9 046 000.—**

Der **Grundbesitz** der Gesellschaft, umfassend die Grundstücke in **Berlin SW 11,** Stresemannstraße 48/50/52 und W 35, An der Apostelkirche 12, sowie in **Köln,** Neumarkt 36 und 38, Hohenstaufenring 48/50/52 u. 54, stand lt. Bilanz 1930 mit insgesamt **RM 2 000 000.—** zu Buch.

Die **Prämienüberträge** (Reserven) und **Schädenrücklagen** sind nach der vernichtenden Wirkung der Inflation bis Ende 1930 bereits wieder auf **RM 3 069 233.—** angewachsen. In Verbindung mit dem **Grundkapital** von **RM 4 400 000.—,** der **Kapitalrücklage** von **RM 440 000.—,** der **Organisationskostenrücklage** von **RM 100 000.—,** der **Sonderrücklage** von **RM 150 000.—,** der **Steuerrücklage** von **RM 100 000.—** und gestützt auf eine leistungsfähige, auf In- und Ausland verteilte **Rückversicherungs-Organisation,** bietet die Gesellschaft, gemessen an ihrem Risikobestand, eine außerordentlich starke finanzielle Sicherheit für die getreue Erfüllung aller von ihr eingegangenen Verbindlichkeiten.

Schnelle, entgegenkommende Schädenregelung ist erster Grundsatz der Gesellschaft!

Hauptverwaltung: Berlin, SW 11. Stresemannstr. 48-50-52

Köln a. Rh., Hohenstaufenring 48-50-52-54

Vereinigte Berlinische und Preußische Lebens-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft

(Alte Berlinische von 1836)

Als eine der ersten Lebens-Versicherungs-Gesellschaften in Deutschland und als erste Gesellschaft dieser Art in Preußen wurde im Jahre 1836 die Berlinische Lebens-Versicherungs-Gesellschaft gegründet und von ihren ersten Direktoren Heinrich Lobeck und Heinrich Busse die Grundlagen der umfangreichen Organisation geschaffen, die sich heute über das ganze Deutsche Reich erstreckt. Die Gesellschaft entwickelte sich schnell zu einer der angesehensten ihres Zweiges, wobei sie durch Aufnahme weiterer Versicherungsarten, wie der Risiko-Versicherung, der Kapital-Versicherung, der Studiengeld- und Aussteuer-Versicherung sowie der Renten-Versicherung ihre gute ausgebaute Organisation mit Erfolg in weitestem Maße auszunutzen verstand.

Ende 1913 betrug das Aktienkapital drei Millionen Mark, der Gesamtbesitz 125 Millionen Mk. und der Versicherungsbestand 305 Millionen Mk.

Im Jahre 1915 wurde die „Deutsche Militärdienst- und Lebens-Versicherungs-Anstalt a. G." in Hannover angegliedert und dem bisherigen Tätigkeitsgebiet noch die Kinder-Lebensversicherung hinzugefügt.

Im Jahre 1921 wurde der „Thuringia Versicherungs-Gesellschaft" in Erfurt das vorübergehend betriebene Unfall- und Haftpflicht-Versicherungsgeschäft gegen Austausch des der gleichen Gesellschaft gehörenden Lebensversicherungsbestandes von 370 Millionen Mk. überlassen.

Von grundlegender Bedeutung wurde das Jahr 1923, in dem die Fusion mit der gleichfalls sehr angesehenen, seit 1865 bestehenden „Preußischen Lebens-Versicherungs-Actien-Gesellschaft" in Berlin erfolgte unter gleichzeitiger Aenderung der Firma in „Vereinigte Berlinische und Preußische Lebens-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft" in Berlin.

Das Aktienkapital der „Vereinigten Berlinischen und Preußischen Lebens-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft", das voll eingezahlt ist, beträgt 3.2 Millionen RM. Das Gesamtvermögen betrug Ende 1930 149.3 Millionen RM., der Versicherungsbestand weit über 1/2 Milliarde RM.

Vereinigte Krankenversicherungs-Aktiengesellschaft in Berlin.

Für die private Krankenversicherung war vor dem Kriege ein ausreichendes Bedürfnis nicht vorhanden. Zunächst fehlte die große Schicht der Versicherungsnehmer, die für die private Krankenversicherung immer nur in den Reihen des Mittelstandes zu finden sein wird.

Der Krieg und die Inflation, die in erster Linie den Mittelstand um seinen Besitz brachten, erzeugten für diesen ein elementares Bedürfnis, sich vor den Schäden der Krankheit durch Versicherung zu schützen. Der Mittelstand strömte einigen damals vorhandenen kleinen Gegenseitigkeitsvereinen in Scharen zu. Die zuvor völlig unbedeutenden kleinen Gegenseitigkeitsvereine wurden rasch zu mächtigen Versicherungsanstalten, die Hunderttausende von Mitgliedern zählten. Noch niemals hat sich ein Zweig in der Versicherungsgeschichte derart rasch entwickelt wie die private Krankenversicherung nach der Inflation.

Die Gedevag, Gemeinnützige Deutsche Versicherungs-Aktiengesellschaft, die Ende 1924 mit einem Aktienkapital von einer Million Reichsmark gegründet wurde, brachte der Krankenversicherung einen neuen Gedanken: die Gewinnbeteiligung für diejenigen Versicherten, welche die Gesellschaft im Laufe des Geschäftsjahres nicht in Anspruch genommen haben. Damit war ein wesentliches Gefahrenmoment der Krankenversicherung richtig erkannt und, wie es scheint, zum großen Teil ausgeschaltet. Auf jedem anderen Gebiet der Versicherung ist der den Schaden verursachende Vorgang ein von außen eintretendes, vom Versicherten nicht willkürlich herbeizuführendes Ereignis. Dagegen spielt bei einer leichten Erkrankung das subjektive Gefühl eine ausschlaggebende Rolle. Eine unnötige Schadenverursachung konnte nur dadurch verhindert werden, daß der einzelne Versicherte daran interessiert wurde, die Gesellschaft nicht unnötig in Anspruch zu nehmen, um selbst einen großen Teil seiner eingezahlten Prämien zurückzuerhalten.

In der Mitte des Jahres 1928 erfolgte die Fusion zwischen der Gedevag und dem Kosmos, Kranken- und Sterbegeld-Versicherungsbank A.-G., der in der Mitte des Jahres 1927 mit einem Aktienkapital von drei Millionen Reichsmark gegründet worden war. Im Herbst des Jahres 1928 wurde von dem vereinigten Unternehmen „Gedevag & Kosmos" auch noch die Selbsthilfe, Krankenversicherung für den Mittelstand a. G. übernommen, wonach die Gesellschaft ihre Firma dann in „VEREINIGTE KRANKENVERSICHERUNGS - AKTIENGESELLSCHAFT (VORM. GEDEVAG, KOSMOS UND SELBSTHILFE)" umwandelte. Das Aktienkapital, das durch die Vereinigung der Gedevag mit dem Kosmos vier Millionen Reichsmark betrug, wurde um eine weitere Million auf fünf Millionen Reichsmark erhöht.

Die Führung des Unternehmens blieb in den Händen des Vorstandes der Gedevag, der durch je einen Direktor des Kosmos und der Selbsthilfe erweitert wurde. Die Entwicklung des neuen Unternehmens war günstig. Die Versichertenzahl beläuft sich Ende 1930 auf rund 400 000 Personen, so daß die „VEREINIGTE" bei weitem an der Spitze der deutschen Krankenversicherungs - Gesellschaften marschiert. Aus dieser großen Personenzahl wird am deutlichsten ersichtlich, wie außerordentlich dringend das Bedürfnis, sich gegen die Schäden der Krankheit zu versichern, im deutschen Mittelstand ist.

In der heutigen Ungeklärtheit des wirtschaftlichen Lebens kann daher jedem nur dringendst nahegelegt werden, sich in gesunden Tagen durch Abschluß einer Krankenversicherung vor den Schäden der Krankheit zu schützen. Bei der Frage, bei welcher Gesellschaft ein solcher Schutz gesucht werden soll, wird sich der einzelne naturgemäß die Gesellschaft wählen, die ihm am günstigsten erscheint und vor allem am kapitalkräftigsten ist, weil er da ja die größte Sicherheit hat, daß die versprochenen Leistungen erfüllt werden. Die „Vereinigte" verfügt über ein Aktienkapital von fünf Millionen Reichsmark.

Die „Vereinigte" hat in landschaftlich schönster Gegend, anderthalb Stunden von Berlin entfernt, in Lehnin (Mark) ein Kinder-Erholungsheim (siehe Bilder) errichtet. Hier finden erholungsbedürftige Kinder der Versicherten unentgeltlichen Aufenthalt auf die Dauer von vier Wochen. Es ist somit etwas geschaffen, was auch über den Rahmen der Versicherungs-Leistungen hinaus dem Wohle der Versicherten dient.

Versichern Sie sich daher, ehe es zu spät ist, bei der Vereinigten Krankenversicherungs-A.-G., Berlin W 50, Neue Ansbacher Straße 7.

PROVIDENTIA

ALLGEMEINE VERSICHERUNGS-AKTIENGESELLSCHAFT

Berlin W 9, Friedr. Ebertstr. 2-3 / Telefon Kurfürst B I 5311, 5312

Die PROVIDENTIA Allgemeine Versicherungs-Aktiengesellschaft ist eine Gründung des Phönix-Konzerns, dessen beide Stammunternehmen, Allgemeine Versicherungsgesellschaft Phönix und Lebensversicherungsgesellschaft Phönix in Wien in 19 europäischen und 3 außereuropäischen Staaten arbeiten.

Die Gründung der Providentia als selbständige deutsche Versicherungsgesellschaft wurde im Jahre 1929 vollzogen, um das in drei Jahrzehnten mit starker und erfolgreicher Aktivität in Deutschland durch die Providentia, Allgemeine Versicherungsgesellschaft in Wien, Direktion für das Deutsche Reich in München aufgebaute **Unfall-, Haftpflicht-, Auto-** und **Maschinen**-Versicherungs-Geschäft in eine selbständige Rechtsform zu bringen. Damit sollten die deutschen Interessen besser betreut werden.

Das Grundkapital beträgt RM. 4,000,000.—; die gesamten Aktiven belaufen sich auf RM. 6,000,000.— und die Prämieneinnahmen auf RM. 4,000,000.—.

Die Providentia Allgemeine Versicherungs-Aktiengesellschaft hat ihrem Geschäftsbetrieb durch zwei Momente besonderes Gepräge verliehen: durch straffe Konzentrierung auf **wenige Versicherungszweige,** um diesem Geschäft eine individuelle Behandlung angedeihen lassen zu können und durch die betonte Pflege der **Maschinen-Versicherung gegen Reparatur- u. Demolierungsschäden.** Dieser Spezialzweig, seit 25 Jahren betrieben, verleiht dem Versicherungsbestand der Providentia starke industrielle Färbung und gibt ihr und dem Aufbau ihrer Einrichtungen, die überwiegend auf einen Verkehr mit Großkunden abgestellt sind, eine besondere Note. Dieser betont industrielle Einschlag spiegelt sich auch in der Zusammensetzung des Aufsichtsrates.

Durch ihre Konzernverbindungen hat die Providentia Anschluß an verschiedene europäische Wirtschaftsgebiete und fremde Versicherungszweige.

HOVAD

ALLGEMEINE VERSICHERUNGS-AKTIENGESELLSCHAFT
LEBENSVERSICHERUNGS-BANK-AKTIENGESELLSCHAFT
TRANSPORTVERSICHERUNGS-AKTIENGESELLSCHAFT

Der Ursprung der Gesellschaften liegt im Jahre 1913.
Sie wurden gegründet durch namhafte Führer mittelständischer Verbände.
Ihre Aufgabe ist die Pflege des Versicherungsgeschäftes in allen
für den Mittelstand wichtigen Sparten.

VERSICHERUNGSZWEIGE:

Feuer-, Einbruch-Diebstahl-, Wasserleitungsschäden-,
Aufruhr-, Unfall-, Haftpflicht-, Kraftfahrzeug-, Lebens-, Sterbegeld-,
Reisegepäck-, Transport-Versicherungen aller Art.

BESONDERE EINRICHTUNGEN:

Versicherung auf I. Risiko, listenweise Versicherung für Verbände
und Vereine, Vereins-Sterbekasse, Kupon-Policen.

AKTIENKAPITAL: RM 7 300 000.—

DIE VERSICHERUNGSGESELLSCHAFT THURINGIA

IN ERFURT

Für das deutsche Versicherungswesen hat Erfurt eine nicht zu unterschätzende Bedeutung. Hier befindet sich schon seit bald 80 Jahren der Sitz der Versicherungsgesellschaft Thuringia. Sie wurde im Jahre 1853 unter dem Namen „Thuringia, Eisenbahn- und Allgemeine Rückversicherungs-Gesellschaft", gegründet, nahm aber bereits im Jahre 1856 infolge Ausdehnung des Geschäftsbereiches auf die unmittelbare und allgemeine Feuer-, Lebens- und Transportversicherung den Namen „Die Versicherungsgesellschaft Thuringia in Erfurt" an.

In den ersten zwanzig Jahren des Bestehens hatte die Gesellschaft bei der Ausbreitung des Geschäftes mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen, die man aber durch die immer tatkräftiger betriebene Organisation des deutschen Feuerversicherungsgeschäftes überwinden konnte.

Der ununterbrochene Aufstieg der Gesellschaft wurde nur noch einmal, während der Zeit der Geldentwertung, aufgehalten.

Gegenwärtig betreibt die Thuringia auf mittelbarem oder unmittelbarem Wege: Feuer-, Einbruchdiebstahl-, Glas-, Wasserleitungsschaden-, Unfall-, Haftpflicht-, Kraftfahrzeug-, Transport-, Einheits-, Valoren- und Reisegepäck-Versicherung.

Das Grundkapital der Gesellschaft betrug zuerst 2 Millionen Taler mit 20% Einzahlung, wurde dann auf 3 Millionen Taler und im Jahre 1923 auf 60 Millionen Mark erhöht. Nach Einziehung von nom. 18 Millionen Mark wurde im Jahre 1924 das Grundkapital auf 1 400 000 RM mit voller Einzahlung umgestellt. Im Jahre 1925 erfolgte die Erhöhung um 1 600 000 RM mit 25% Einzahlung und im Jahre 1928 die Wiederherstellung des Vorkriegskapitals von 9 000 000 RM mit durchweg 25% Einzahlung.

Die Kapitalrücklage ist voll gestellt mit 900 000 RM. Außerdem ist eine Sonderrücklage in Höhe von 2 080 683 RM vorhanden.

Im Jahre 1917 nahm die Thuringia die Allgemeine Versicherungsgesellschaft Fortuna in Berlin in sich auf und errichtete dort mit deren Bestand eine Zweigstelle: „Transport-Abteilung Berlin".

1920 gründete die Thuringia eine Tochtergesellschaft, die Fortuna Rückversicherungs-Aktiengesellschaft, mit dem Sitz in Erfurt. 1924 trat sie in die Aachener und Münchener Gruppe ein und schuf mit ihr gemeinsam die Aachener und Münchener Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft in Potsdam. Beteiligt ist sie auch mit der A. u. M. und einigen anderen Gesellschaften an der argentinischen Versicherungs-Gesellschaft La Protectora.

Die Prämieneinnahme aller Abteilungen betrug Ende des Jahres 1930: 23 414 133.08 RM.

An Dividenden wurden gezahlt für die Jahre 1928, 1929 und 1930: RM 60.— für die Aktien über RM 1000.— und RM 6.— für die Aktien über RM 100.—.

Der Vorstand besteht aus den Herren Direktor M. Stock in Erfurt und Direktor E. Schnell in Berlin und aus den stellvertretenden Vorstandsmitgliedern Direktor J. Halfstad und Direktor Dr. K. Rabenau in Erfurt.

Der Aufsichtsrat besteht aus folgenden Herren:

Bankherr Max Stürcke in Erfurt, Vorsitzender,
Regierungs-Vizepräsident a. D. Robert von Görschen in Aachen, Stellvertreter des Vorsitzenden,
Gerichtsassessor a. D. Hans Wiedemann in Erfurt,
Fabrikbesitzer Georg Thieme in Zeitz,
Generaldirektor Wilhelm Spans in Aachen,
Geh. Justizrat Dr. jur. h. c. Karl Springsfeld in Aachen,
Direktor a. D. Franz Josef Dorst in Aachen,
Fabrikbesitzer Fritz Wolff in Erfurt.

Im Besitze eines gesunden Geschäfts, gestützt durch reichliche Rücklagen und ausgestattet mit einer gut ausgebauten Organisation, hofft die Thuringia auf eine gedeihliche Fortentwicklung ihres Versicherungsgeschäftes.

VICTORIA

VERSICHERUNGEN

ALLER ART

Victoria zu Berlin, Allgemeine Versicherungs-A.-G.

Victoria Feuer-Versicherungs-Actien-Gesellschaft

Victoria am Rhein, Allgemeine Versicherungs-A.-G.

Victoria am Rhein, Feuer- und Transport-Vers.-A.-G.

Victoria Rückversicherungs-A.-G.

Deutsch-Atlantische Telegraphengesellschaft

Berlin W 30 / Viktoria Luise-Platz 7

Die Deutsch-Atlantische Telegraphengesellschaft, die nach dem Kriege die übrigen deutschen Kabelgesellschaften (Deutsch-Südamerikanische Tel.-Ges., Deutsch-Niederländische Tel.-Ges. und Osteuropäische Tel.-Ges.) in sich aufnahm, hatte beim Wiederaufbau des durch den Friedensvertrag verloren gegangenen deutschen Kabelnetzes erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden. Die Gesellschaft besitzt heute

1. für den Verkehr mit Nord- und Mittelamerika:

a) ein Hochleistungskabel Emden—Azoren, das mittels einer automatischen Uebertragung an ein gleichartiges amerikanisches Kabel Azoren—New York anschließt. Dieses Kabel wird in fünf Kanälen mit beiden großen, amerikanischen Kabelgesellschaften (Western Union Tel. Co und Commercial Cable Co) betrieben;

b) zwei Aushilfs- bzw. Ersatzverbindungen zwischen Emden bzw. Berlin und den Londoner Stationen der Commercial und Western Union. Ueber die eine dieser Leitungen ist eine unmittelbare Verbindung zwischen Berlin und New York (Western Union Tel. Co) hergestellt, die den eiligen Berliner Verkehr außerordentlich schnell und sicher vermittelt.

2. Für den Verkehr nach Spanien, und — in Verbindung mit der Eastern Telegraph Co — nach Portugal und den Mittelmeerländern, nach Südamerika, Afrika, Asien und Australien:

a) ein Kabel Emden—Vigo (Spanien), mit Anschluß an das spanische Landnetz und an das Kabelnetz der Eastern Telegraph Co;

b) als Ersatzweg ein Kabel Emden—Dumpton Gap—London, welches in die Londoner Station der Eastern Telegraph Co eingeführt ist.

Die Leistungsfähigkeit der Kabelverbindungen hat sich in den letzten zehn Jahren durch Verbesserung der Kabelkonstruktion und der Apparate außerordentlich erhöht, und die Laufzeit der Telegramme auf den Kabeln, die schon vor dem Kriege allgemein gering war, hat sich weiter verkürzt. So ist z. B. auf dem unter 1 a aufgeführten Kabel Emden—Azoren die Telegraphiergeschwindigkeit ein Vielfaches der Geschwindigkeit auf den Vorkriegskabeln. Während der Hauptbetriebszeit laufen in jeder Sekunde zwei bezahlte Wörter durch dieses Kabel. Durch weitere Verbesserungen in der Konstruktion werden von zukünftigen Kabeln noch weit höhere Leistungen erwartet.

Handel und Industrie stellen heute an die Schnelligkeit und Zuverlässigkeit des Telegramm-Beförderungsdienstes weit höhere Ansprüche als vor dem Kriege. Die jetzt gebräuchlichen Codewörter sind im Gegensatz zu früher unaussprechbar, wodurch der Betrieb bedeutend erschwert worden ist. Trotzdem haben die Betriebsleistungen der Deutsch-Atlantischen Telegraphengesellschaft mit den erhöhten Anforderungen Schritt gehalten, und die Gesellschaft ist ständig bemüht, Schnelligkeit und Sicherheit des Betriebes noch weiter zu steigern. Auf der direkten Verbindung Berlin—New York werden von der Auflieferung der Telegramme bis zu ihrer Zustellung an den Empfänger Durchschnittslaufzeiten von 5 Minuten erzielt. Im Einvernehmen mit der Gesellschaft sind von der Deutschen Reichspost an den wichtigsten Plätzen Deutschlands Ueberseezentralen eingerichtet worden, durch die der Ueberseeverkehr eine Sonder- und Vorzugsbehandlung erfährt.

Die nachstehenden Zahlen geben ein Bild von der stetigen Zunahme des Verkehrs der Gesellschaft in den letzten Jahren:

im Jahre		1925	13.1	Millionen	Wörter
„	„	1926	15.5	„	„
„	„	1927	19.5	„	„
„	„	1928	22.8	„	„
„	„	1929	27.6	„	„
„	„	1930	29.7	„	„

Ansicht der Stadt Horta, auf der Insel Fayal, Landungspunkt des Kabels auf den Azoren.

DIE AKTIENGESELLSCHAFT FÜR VERKEHRSWESEN-BERLIN

VON

ERICH COLLANI, VOLKSWIRT R. D. V.

In seinem Werdegang ist der Konzern Aktienges. für Verkehrswesen eines der deutschen Verkehrsunternehmen, in dem sich die Entwicklungsphasen des deutschen Privatbahnwesens vom Bauunternehmertum bis zur Konzernbildung widerspiegeln. Bekanntlich herrschte um die Mitte des 19. Jahrhunderts in den größeren Staaten des deutschen Bundes zunächst das Privatbahnsystem.

Erst nach dem Scheitern des Bismarckschen Projekts (1876), die privaten Eisenbahnen sowie die Staatsbahnen zu verreichlichen, erfolgten die großen Verstaatlichungen in Preußen und Mecklenburg, sie wurden in den Jahren 1879 bis 1895 gründlich durchgeführt.

Schon während der Verstaatlichungs-Aktion wurden die Bahnunternehmen vor neue Aufgaben gestellt. Der Staat baute und betrieb nunmehr die Hauptbahnen selbst und überließ den privaten Unternehmungen nur Bahnen von untergeordneter Bedeutung, die als Kleinbahnen bezeichnet wurden.

In diese Entwicklungsperiode fällt die Gründung der Lenz & Co. G. m. b. H.

Es war den Baufirmen zu dieser Zeit nicht immer leicht wegen der unsicheren Rentabilität der meist nur lokalen Bedürfnissen entsprechenden Bahnunternehmungen, die Finanzkräfte zu mobilisieren. Banken und Baufirmen hatten somit ein Interesse daran, besondere Gesellschaften zu errichten, deren Zweck es war, die Effekten der neuen Eisenbahnen zu übernehmen. Demzufolge errichteten der kürzlich verstorbene Bauunternehmer, der mecklenburgische Geheime Kommerzienrat Friedrich Lenz (später auch preußischer Geheimer Baurat und Dr. ing. h. c.) und ein Bankkonsortium unter Führung der Berliner Handels-Gesellschaft am 30. Juli 1892 zu Stettin die Lenz & Co. G. m. b. H.

Geheimrat Lenz brachte in die Gesellschaft seine bestehende Organisation und seinen reichen Schatz an Erfahrungen ein. Lenz hatte in den Jahren 1881 bis 1887 in Pommern und Mecklenburg ein umfangreiches Bahnnetz ausgebaut.

Lenz & Co. G. m. b. H., deren Sitz im Jahre 1899 aus Zweckmäßigkeitsgründen nach Berlin verlegt worden ist, wurde als Baugesellschaft, Betriebsgesellschaft und Finanzierungsgesellschaft gegründet. Um eine breitere Basis für die Kapitalaufnahme zu schaffen, wurde in Verbindung mit der Berliner Handels-Gesellschaft am 4. Juni 1901 eine besondere Aktiengesellschaft: Die Aktiengesellschaft für Verkehrswesen gegründet.

Diese Tochtergesellschaft übernahm zunächst nur die Anteile ihrer Muttergesellschaft, entwickelte sich aber nach und nach zu einer Holdinggesellschaft, indem sie auch die in den Händen von Lenz & Co. G. m. b. H. befindlichen Effekten der Eisenbahngesellschaften aufkaufte.

Das Aktienkapital betrug:

bei der Gründung . . . . . 10 000 000 ℳ.
wurde im Jahre 1922 auf . . . 15 000 000 ℳ.
erhöht und 1924 im Verhältnis
von 5:3 auf . . . . . 9 000 000 ℛℳ.
umgestellt.

Eine weitere Erhöhung erfolgte

im Jahre 1926 auf . . . 10 500 000 ℛℳ.
" " 1927 " . . . 24 000 000 ℛℳ.
" " 1928 " . . . 30 000 000 ℛℳ.
" " 1929 " . . . 50 000 000 ℛℳ.

Als der Eisenbahnbau in den deutschen Schutzgebieten begann, wurde das Tätigkeitsgebiet der Lenz & Co. G. m. b. H. auch auf die deutschen Kolonien ausgedehnt. Zur Durchführung des kolonialen Eisenbahnbaues und -betriebes gründete die Aktiengesellschaft für Verkehrswesen am 31. Dezember 1904 die Deutsche Kolonial-Eisenbahn-Bau- und Betriebs-Gesellschaft zu Berlin.

Von den bis 1914 insgesamt erbauten afrikanischen Kolonialbahnen — das sind 4348 km — hatten diese beiden Gesellschaften allein 1702 km gebaut und 1588 km betrieben.

Die Uebernahme der Leitung des Konzerns durch Dr. jur. Erich Lübbert im Jahre 1924 führte zu Neuerwerbungen und schließlich zu straffen Konzentrationen im Konzern. Zur Finanzierung seiner Pläne erfolgten die eingangs aufgeführten Erhöhungen des Aktienkapitals der Aktiengesellschaft für Verkehrswesen.

Der Eingliederung des zweitgrößten Eisenbahnkonzerns Deutschlands, der Allgemeinen Deutschen Eisenbahn-Aktien-Gesellschaft-Berlin, diente die Kapitalserhöhung im Jahre 1927, der die Fusion des Konzerns Westdeutsche Eisenbahn-Gesellschaft-Köln im Jahre 1926 voranging. Schließlich wurde auch noch im Jahre 1929 die Deutsche Eisenbahn-Gesellschaft A.-G.-Frankfurt a. M. aufgenommen. Alle diese Gesellschaften gaben ihre Selbständigkeit auf.

Von dem Netz der Klein- und Nebenbahnen Deutschlands, das eine kilometrische Länge von 14 092 km aufweist, hatten Lenz & Co. allein 4590.3 km (das sind 30 pCt.) gebaut.

Nach dem Kriege nahm die Lenz & Co. G. m. b. H. einen bis dahin von ihr nicht forcierten Zweig der Bauindustrie, den Hoch- und Eisenbetonbau, auf. Die Baugeschäfte nahmen mit der Zeit einen Umfang an, der es ratsam machte, eine Arbeitsteilung zwischen Betrieb und Bau vorzunehmen. — Zu diesem Zweck wurde der nach dem Verlust der Kolonien fast stillgelegten Deutschen Kolonial-Eisenbahn-Bau- und Betriebs-Gesellschaft das gesamte Hoch- und Tiefbaugeschäft des In- und Auslandes abgetreten unter Erhöhung des Kapitals dieser Gesellschaft und gleichzeitiger Aenderung der Firma in: Allgemeine Bau-Gesellschaft Lenz & Co. (Kolonial-Gesellschaft). Der Sitz blieb in Berlin.

Die Interessen des Konzerns umfassen in der Eisenbahngruppe folgende Betriebsgesellschaften:

1. Lenz & Co. G. m. b. H. - Berlin
(Betriebsabteilungen in Breslau und Halle a. S.)
mit 32 Bahnen, kilometrische Länge 1157.11 km
(Reparaturwerkstätten in Herzfelde (Mark) und Jauer).
2. Ostdeutsche Eisenbahn-Gesellschaft-Königsberg
mit 19 Bahnen, kilometrische Länge 1068.55 km
3. Vereinigte Kleinbahnen-Aktiengesellschaft-Frankfurt a. M. (früher Westdeutsche Eisenbahn - Gesellschaft)
mit 12 Bahnen, kilometrische Länge 519.49 km
4. Allgemeine Deutsche Eisenbahnbetriebs-Gesellschaft m. b. H. - Berlin
mit 19 Bahnen, kilometrische Länge 1043.72 km
5. Deutsche Eisenbahn-Gesellschaft, Aktiengesellschaft - Frankfurt a. M.
mit 21 Bahnen, kilometrische Länge 318.09 km

Diese Gesellschaften betreiben insgesamt 103 Bahnen mit 4106.96 km.

Vergegenwärtigt man sich, daß das gesamte Bahnnetz von den Niederlanden nur eine Länge von 3445 km, das von Norwegen 3456 km umfaßt, so erkennt man die Größe der Aufgaben, die allein die Eisenbahngruppe des Konzerns in der deutschen Volkswirtschaft zu erfüllen hat.

UNIVERSITY OF ILLINOIS

DIE DEUTSCHE REICHSBAHN IM WIRTSCHAFTSGEBIET FRANKFURT A•M

Das Frankfurt umgebende Wirtschaftsgebiet ist ein Gebilde der Neuzeit, in dem die Stadt Frankfurt a. M. den wirtschaftlichen und geistigen Mittelpunkt bildet. Die ihm im Mittelalter wohl vielfach zuerkannte Eigenschaft, Stadt der Straßen und Brücken zu sein, läßt auf seine Bedeutung als Verkehrsmittelpunkt schon in alter Zeit schließen. Nicht zuletzt sind hierin die Grundlagen zu finden, auf denen im mittelalterlichen Raum Europas Frankfurt sich zu einer der wichtigsten Messestädte erheben und seine Bedeutung als einer noch in die neueste Zeit wirkenden Handelsmetropole begründen konnte.

Kein Wunder, wenn in der Zeit der Umwälzung der Verkehrsmittel vor fast hundert Jahren schnell die Schiene und Lokomotive den Verkehrswegen folgte, die nach der alten Kaiserstadt führten. So wurden in Betrieb genommen im Jahre 1838/40 die Taunusbahn (Frankfurt (M) - Wiesbaden), 1842 die noch heute in Betrieb befindliche Lokalbahn (Frankfurt (M) - Sachsenhausen - Offenbach (M), 1846 die Main-Neckarbahn (Frankfurt (M) - Heidelberg), 1847 Höchst- Bad Soden, 1848 die Linie Frankfurt (M) Ost - Hanau Hbf., 1849/52 die Strecke Frankfurt (M) - Gießen - Kassel, 1854 Hanau - Aschaffenburg, 1860 Frankfurt (M) - Bad Homburg, 1863 Frankfurt - Goldstein - Mainz, Goldstein - Sachsenhausen (beides ehemalige Hessische Ludwigsbahn), 1866/68 Bebra-Fulda-Hanau, 1869/70 Gießen-Hungen-Gelnhausen und 1873 Sachsenhausen-Hanau Ost.

Nach einem halben Jahrhundert war **Frankfurt (M)** zu einem **Eisenbahnknotenpunkt erster Ordnung** gediehen. Daraus erklärt sich folgerichtig die Gründung einer Eisenbahndirektion an diesem Platz (7. 4. 1874). In diesem Knotenpunkt kreuzen sich die Linien Stockholm - Berlin - Frankfurt (M) - Basel - Mailand - Rom, England - Frankfurt (M) - Wien - Balkan, England - Rheinlinie - Frankfurt (M) - Schweiz - Italien, Breslau/Leipzig - Frankfurt (M) - Saargebiet - Paris. Zur Erfüllung dieser dem Frankfurter Eisenbahnknoten zufallenden Verkehrsaufgaben verfügt er über einen der größten Personenbahnhöfe Deutschlands. Der **Personenverkehr** ist so stark, daß acht Luxuszüge und Fernschnellzüge, 48 Schnellzüge, 39 Eilzüge und beschleunigte Personenzüge, 1145 Personenzüge täglich im Frankfurter Bezirk verkehren. Ein starker Berufs- und Arbeiterverkehr besteht namentlich im Zusammenhang mit dem Wirtschaftsleben Frankfurts.

Wichtige **Güterverkehrs**ströme laufen im Bezirk Frankfurt einmal zwischen Mitteldeutschland über Bebra mit Frankfurt und Elm-Gemünden, dann auf der Siegbahn über Dillenburg - Gießen mit Aschaffenburg und zwischen Koblenz - Gießen - Niederwalgern. Auf all diesen Strecken besteht ein reger Inlands- und internationaler Verkehr.

KRAFTPOSTFAHRTEN

bieten überall die beste Gelegenheit, den bunten Wechsel der deutschen Landschaft, die Stätten deutscher Kunst und Kultur, die Schönheit mittelalterlicher Städte und Burgen, Deutschlands vorzügliche Bäder und Heilstätten kennenzulernen.

FERNKRAFTPOSTEN
mit beschleunigtem Gang zwischen großen Orten kürzen die Beförderungszeiten über weite Strecken.

SONDER- UND GESELLSCHAFTSFAHRTEN
(Kraftsonderposten) jederzeit auf Wunsch.

MÄSSIGE PREISE
Preisermäßigungen für Gesellschaftsfahrten, Monats-, Wochen-, Zehnfahrten- und Rückfahrkarten bis zu 50 v H Preisnachlaß, für Schülerkarten bis zu 60 v H.

ALLE FAHRGÄSTE SIND KOSTENLOS GEGEN UNFALL VERSICHERT.

AUSKÜNFTE,
Fahrplanbücher, illustrierte Faltblätter durch die Postanstalten und Vertretungen des Mitteleuropäischen Reisebüros.

DIE LUFTPOST

sichert den schnellsten Postverkehr bei geringen Gebühren nach fast allen Ländern der Welt.

ZUGELASSEN
sind überall sämtliche Arten von Briefsendungen (gewöhnliche und eingeschriebene), nach vielen Ländern auch Postanweisungen, Zeitungen, Päckchen und gewöhnliche Pakete.

LUFTPOSTZUSCHLÄGE
für Postkarten, andere Briefsendungen bis 20 g und Postanweisungen

a) im Inland (einschließlich Saargebiet), nach Danzig, Litauen (mit Memelgebiet) und Österreich 10 Rpf;
b) nach den sonstigen europäischen Ländern (außer Rußland) 20 Rpf;
c) nach dem übrigen Ausland besondere Gebühren (seit 1. 3. 31 erhebliche Gebührenermäßigung im außereuropäischen Verkehr durch Zugrundelegung der Gewichtsstufen von je 10 g).

AUFLIEFERUNG BEI ALLEN POSTANSTALTEN,
Briefsendungen auch durch die besonderen Luftpostbriefkasten.

NÄHERE AUSKUNFT AM POSTSCHALTER

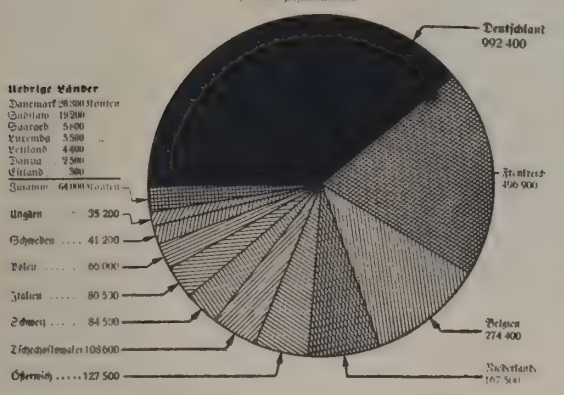
POSTSCHECKVERKEHR

Der Geldverkehr hat von jeher einen wichtigen Bestandteil der Tätigkeit der Reichspost gebildet. Wertbrief und Wertpaket, Postanweisung, Nachnahme und Postauftrag sind seit Jahrzehnten die Formen und technischen Mittel dieses Verkehrs gewesen. Die Entwicklung Deutschlands zum Industriestaat und der damit ständig wachsende Bedarf an Zahlungsmitteln führten zwangsläufig dahin, eine grundlegende Verminderung des Bargeldumlaufs und eine Veredlung des Zahlungsverkehrs anzustreben. Es lag nahe, sich hierzu des

Bild 1

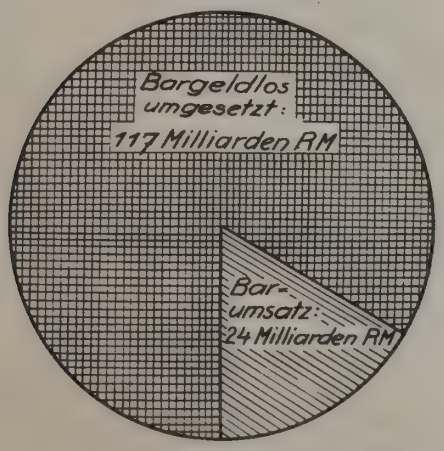
(Stand Dezember 1930)

Zahl der Postscheckkonten



groß angelegten und feinmaschigen Verkehrsnetzes der Reichspost zu bedienen und nach dem erfolgreichen Vorgehen der österreichischen Postverwaltung, die schon 1884 einen Postscheck- und Clearing-Verkehr eingeführt hatte, auch in Deutschland einen Postscheckverkehr zu begründen. Die erste Vorlage der Reichsregierung an den Reichstag im Jahre 1899 scheiterte an mancherlei Bedenken. Die schwierigen Geldmarktverhältnisse des Jahres 1907 veranlaßten dann die Reichsregierung, sich erneut für die Einrichtung des Postscheckdienstes einzusetzen. Die von ihr mit einer Denkschrift über die Einführung des Postscheckverkehrs vorgelegte Ergänzung des Haushalts für 1908 wurde vom Reichstag angenommen. Der Postscheckverkehr trat am 1. Januar 1909 ins Leben. Am Ende des ersten Betriebsjahres waren 43 929 Postscheckkonten vorhanden. Innerhalb dieses Jahres wurden 28.8 Millionen Buchungen vorgenommen, der Gesamtumsatz bezifferte sich auf 11.8 Milliarden Reichsmark. Heute, nach 22jähriger, durch Weltkrieg und Inflation gehemmter, aber nicht unterbrochener Entwicklung steht der deutsche Postscheckverkehr an der Spitze aller europäischen Postscheckeinrichtungen (Bild 1). Die Zahl der Konten, die im Mai d. J. die erste Million überschritten hat, ist seit 1909 auf das 23fache, der Umsatz auf das 12fache gestiegen. Von den jetzt in Deutschland bestehenden 19 Postscheckämtern wurde im Kalenderjahr 1930 mit 752.8 Millionen

Bild 2



Gesamtumsatz im Postscheckverkehr 1930: 141 Milliarden RM

Buchungen ein Gesamtumsatz von 141.4 Milliarden Reichsmark erzielt. Hiervon wurden 82.4 v H oder 116.6 Milliarden Reichsmark bargeldlos abgewickelt (Bild 2).

Diese Entwicklung zeigt, daß die Absicht, der Wirtschaft und dem einzelnen ein billiges, schnell und sicher arbeitendes Zahlungsmittel zur Verfügung zu stellen und den bargeldlosen Verkehr in Deutschland zu fördern, durch den Postscheckverkehr erreicht worden ist. Seine Hauptvorzüge sind Billigkeit, Sicherheit und Bequemlichkeit.

Dem Postscheckkonto können im Inland durch Zahlkarte, im Inland und Ausland durch Ueberweisung von einem anderen Postscheckkonto Beträge in beliebiger Höhe zugeführt werden. Zur Gutschrift kommen auf Antrag auch die eingehenden Post- und Zahlungsanweisungen und die durch Nachnahme oder Postauftrag eingezogenen Beträge. Ueber das Guthaben, soweit es die Stammeinlage von 5 *RM* übersteigt, kann der Kontoinhaber jederzeit in beliebigen Beträgen verfügen. Die Ueberweisung eines Betrags durch buchmäßige Uebertragung auf ein anderes Konto ist dabei die gegebene und auch am meisten angewandte Zahlungsform, zumal da sie im Inland, einschließlich Saargebiet, gebührenfrei ist. Barauszahlungen werden durch Postschecke getätigt. Für bar auszuzahlende Postschecke wird eine feste Gebühr von 15 Rpf und eine Steigerungsgebühr von 1 Rpf für je 20 *RM* erhoben und vom Konto des Auftraggebers abgebucht. Dagegen beträgt die Gebühr für bargeldlos beglichene Postschecke nur 1 Rpf für je 100 *RM*. Personen ohne Postscheckkonto können durch Zahlkarte Beträge auf ein Postscheckkonto einzahlen. Der Vorteil gegenüber der Postanweisung liegt in der z. T. um mehr als 50 v H geringeren Gebühr und der unbegrenzten Höhe des Betrags. Die Gebührenersparnis bei Benutzung des Postscheckverkehrs im Vergleich zum Postanweisungs- und Wertbriefverkehr veranschaulicht die nachstehende Uebersicht.

Die Übermittlung von	kostet im Postverkehr durch: Postanweisung Rpf	Wertbrief von 80 g im Fernverkehr Rpf	kostet dagegen im Postscheckverkehr durch: Überweisung (von Postscheckkonto auf Postscheckk.) Rpf	Zahlkarte (zur Gutschrift auf ein Postscheckkonto) Rpf	Postscheck (zur Barzahlung aus einem Postscheckk.) Rpf
10 RM	20	80	nichts	10	16
25 „	30	80		15	17
40 „	40	80		20	17
200 „	60	90		25	25
400 „	80	90		30	35
800 „	120	100		50	55
1500 „	200	110		70	90
3000 „	360	140		100	165

Gebühren-Ersparnis durch ein Postscheckkonto

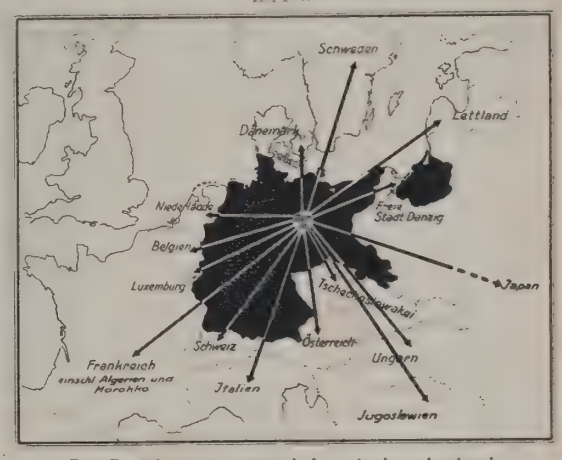
Einzahlungen, Ueberweisungen und Barauszahlungen werden im Postscheckverkehr auf Antrag auch telegraphisch oder als Eilaufträge ausgeführt.

Auch im internationalen Verkehr hat der Postscheckdienst mehr und mehr Bedeutung erlangt. Es besteht Ueberweisungsverkehr mit Danzig, Belgien, Dänemark, Frankreich (einschl. Algerien), Italien, Japan und japanische Nebengebiete, Jugoslawien, Lettland, Luxemburg, Marokko (ohne spanische Zone), den Niederlanden, Oesterreich, Schweden, der Schweiz, der Tschechoslowakei und Ungarn. Die Gebühr für Ueberweisungen im Auslandsverkehr ist wesentlich geringer als für Postanweisungen und beträgt nur 5 Rpf für je 100 *RM*, mindestens 20 Rpf. In dem ständig steigenden Verkehr nach und von dem Auslande wurde 1930 mit rund 1.5 Millionen Ueberweisungen ein Umsatz von 251 Millionen *RM* erzielt (Bild 3).

Um den Postscheckverkehr auch für die Bedürfnisse des reisenden Publikums nutzbar zu machen, wurde 1914 der Postkreditbrief eingeführt, der am 1. Juni 1930 durch das einfachere und billigere Postreisescheckheft ersetzt worden ist. Dieses hat sich vermöge seiner Vorzüge in weiten Kreisen der Bevölkerung schnell eingebürgert. Die Zahl der vom 1. Juni bis zum 31. Dezember 1930 abgesetzten Postreisescheckhefte ist rund sechsmal so groß gewesen als die Zahl der im Vorjahr während der gleichen Zeit ausgestellten Postkreditbriefe. Außer einer Einheitsgebühr von 1 *RM* entstehen dem Inhaber eines Postreisescheckhefts keinerlei weitere Kosten, alle Abhebungen sind gebührenfrei. Auszahlungen leisten alle Postanstalten im Reich und im Gebiet der Freien Stadt Danzig sowie die Bahnhofswechselstuben der Deutschen Verkehrs-Kredit-Bank A.-G. Postreisescheckhefte werden auch von den deutsch-amerikanischen Seeposten auf den Fahrten von New York nach Hamburg verkauft. Die Einführung des Postreisescheckhefts im internationalen Verkehr ist ins Auge gefaßt.

Infolge der starken Entwicklung des Postscheckdienstes

Bild 3



Der Postüberweisungsverkehr mit dem Auslande

sind die Postscheckämter zu Großbetrieben herangewachsen. So wurden beim Postscheckamt Berlin, das Ende 1930 mehr als 150 000 Konten führte, i. J. 1930 werktäglich i. D. nahezu 500 000 Gut- und Lastschriften ausgeführt. Beim Postscheckamt Frankfurt (Main) mit rund 77 000 Konten beträgt die Werktagsleistung i. D. 163 000 Gut- und Lastschriften. Es liegt auf der Hand, daß ein derartiger Verkehr nur unter Verwendung modernster technischer Hilfsmittel schnell, sicher und wirtschaftlich bewältigt werden kann. Durch Einführung von Buchungsmaschinen usw. ist die Maschinisierung des Buchungsbetriebs soweit fortgeschritten, daß am 1. April 1931 bereits 16 von den vorhandenen 19 Postscheckämtern auf Maschinenbuchung umgestellt waren. Daneben werden zur Beschleunigung und Sicherung des Betriebs Rohrposten, Druck- und Anschriftenmaschinen, Briefschließ- und Stempelmaschinen und sonstige bewährte Einrichtungen modernster Bürotechnik verwendet (Bild 4).

Der Postscheckverkehr ist in Deutschland zu einem wichtigen Glied des Gesamtwirtschaftskörpers geworden. Er hat seine Eignung auch in Krisenzeiten bewiesen. Seine fortschreitende Ausbreitung in allen Berufs- und Erwerbsgruppen zeugt für seine Leistungsfähigkeit und Unentbehrlichkeit. Angesichts der großen Vorteile müßte die Zahl der Postscheckkunden aber noch erheblich größer sein. Industrie und Handwerk, Land- und Forstwirtschaft, Handel und Verkehr stellen nur wenig mehr

Bild 4

Maschinenbuchhalterei des Postscheckamts Hamburg

als ½ Million der Postscheckkunden, obgleich die Zahl der selbständigen Berufstätigen und Unternehmungen aus diesen Berufsgruppen erheblich höher ist. Jeder, der einen regelmäßigen Geldverkehr unterhält, sollte dem Postscheckverkehr beitreten, er nützt sich und der Volkswirtschaft.

DIE NECKAR-AKTIENGESELLSCHAFT

Staustufe Neckarsulm der Neckarkanalisierung.
Blick auf Kraftwerk und Schleuse vom Oberwasser

in Stuttgart, die im Jahr 1921 vom Deutschen Reich und den Ländern Württemberg, Baden und Hessen sowie von privatwirtschaftlichen Unternehmungen von ganz Südwestdeutschland gegründet worden und deren Aufgabe der Ausbau des Neckars von Mannheim bis Plochingen als Teil der Neckar-Donau-Großschiffahrtsstraße sowie der Bau und Betrieb von Wasserkraftwerken an der Neckarwasserstraße ist, hat mit der Neckarbaudirektion Stuttgart und den Neckarbauämtern Heidelberg, Heilbronn und Stuttgart von den insgesamt 26 Staustufen des Neckarkanals bisher zwölf fertiggestellt, nämlich Ladenburg, Wieblingen, Heidelberg, Neckargemünd, Neckarsteinach, Neckarsulm, Horkheim, Münster, Cannstatt, Untertürkheim, Obertürkheim und Obereßlingen. Im Bau befinden sich zur Zeit die Staustufen Hirschhorn, Rockenau und Heilbronn. Von der 114 Kilometer langen Strecke des ersten Bauabschnittes Mannheim—Heilbronn sind 56 Kilometer für Großschiffahrt und Kraftnutzung völlig ausgebaut, im Bauabschnitt Heilbronn—Plochingen mit 87 Kilometer sind 28 Kilometer so fertiggestellt, daß in der Hauptsache nur noch die Großschiffahrtsschleusen einzufügen sind. In insgesamt zehn Neckarwasserkraftwerken wird elektrische Energie — zusammen 175,5 Millionen Kilowattstunden im Jahr — erzeugt und an Großverteilungsunternehmungen geliefert. Insgesamt sind annähernd 1200 Hektar Grundflächen vor Ueberschwemmungen geschützt, einer besseren Ertragsfähigkeit zugeführt und für sonstige Zwecke — Industrie und Wohnsiedlung — freigemacht worden.

Es dürfte interessieren, über Organisation und Finanzierung dieses Unternehmens Näheres zu erfahren. Als die Neckar-Aktiengesellschaft gegründet wurde, bestand bereits seit dem Jahr 1920 die Neckarbaudirektion als eine dem Reichsverkehrsministerium unmittelbar nachgeordnete, obere Baubehörde mit örtlichen „Neckarbauämtern" in Stuttgart, Heilbronn und Heidelberg. Diese Behörden blieben als Baubehörden weiter bestehen, doch wurde bestimmt, daß ihre Gliederung und Beamtenzahl nach Anhörung der Neckar-Aktiengesellschaft zu regeln und ihre leitenden Beamten im Benehmen mit der Neckar-Aktiengesellschaft zu ernennen sind. Sie wurde außerdem dadurch in engste Verbindung mit der Neckar-Aktiengesellschaft gebracht, daß ihr Vorstand zugleich Vorstandsmitglied der Neckar-Aktiengesellschaft ist, die neben diesem bautechnischen Direktor zwei weitere Vorstandsmitglieder, nämlich einen Fachmann der Elektrotechnik und einen Verwaltungsdirektor, hat. Diese Verbindung hat sich in den zehn Jahren des Bestehens der Neckar-Aktiengesellschaft durchaus bewährt. Sie ist ihrer Aufgabe der Durchführung der Neckarkanalisierung im Zusammenwirken von Reich und Ländern, von Behörden und freier Wirtschaft, von Beamtentum und kaufmännischem Geist, von Technik und Verwaltung, von Schiffahrtsförderung, Wasserkraftnutzung und Dienst an der Landeskultur gerecht geworden. Für ihre Finanzierung — die gesamten Baukosten von Mannheim bis Plochingen sind auf rund 270 Millionen Reichsmark zu berechnen — ist der doppelte Aufgabenkreis der Gesellschaft von Bedeutung. Derjenige Teil der Gesamtkosten, der auf die Schiffahrtsanlagen entfällt und der Gesellschaft privatwirtschaftlich keinen Nutzen bringt, wird durch langfristige Darlehen des Reiches und der Länder Württemberg, Baden und Hessen finanziert. Der größte Teil dieser Darlehen steht für Verzinsung und Rückzahlung im Rang hinter allen übrigen Verbindlichkeiten der Gesellschaft einschließlich angemessener Abschreibungen und einer 5prozentigen Verzinsung des Grundkapitals der Goldmark-Eröffnungsbilanz von 1924 mit Goldmark 1 200 000.— und kann deshalb neben dem jetzt RM 13 000 000.— betragenden Aktienkapital der Gesellschaft als Eigenkapital gewertet werden. Der Betrag dieser langfristigen Darlehen belief sich Ende 1930 auf rund RM 60 000 000.—.

Anders steht es mit den Kosten der Kraftwerke, die auch privatwirtschaftlich rentabel sind und deren Ueberschüsse von Anfang an zur Deckung eines Teils der Kosten der Schiffahrtsstraße bestimmt waren. Diese Kraftwerke bilden eine geeignete Grundlage für die Inanspruchnahme des privaten Geldmarkts auf dem Wege der Ausgabe öffentlicher Anleihen. Die Neckar-Aktiengesellschaft hat bisher drei solcher Anleihen aufgelegt. Zunächst wurde unmittelbar nach ihrer Gründung im Jahr 1921 die 5prozentige „Neckar-Anleihe" aufgenommen, deren Erlös von über 450 Millionen Papiermark später auf Grund des Aufwertungsgesetzes auf rund RM 3 233 000.— umzustellen war. Im Jahr 1923 folgte die 5prozentige „Neckar-Goldanleihe" mit einem Erlös von rund fünf Millionen Goldmark, mit der ein neuer Typus wertbeständiger — vom Dollar der Vereinigten Staaten von Amerika abhängiger — Anleihen geschaffen wurde. Endlich gelang es im Jahre 1930, einen Betrag von sieben Millionen holländischen Gulden noch zu günstigen Bedingungen im Ausland unterzubringen. Trotz der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse darf die Gesellschaft hoffen, auf derselben Grundlage wie seither ihr volkswirtschaftlich bedeutsames Unternehmen weiter finanzieren und ohne Stockung zu Ende führen zu können.

DIE GROSZSCHIFFAHRTSSTRASSE RHEIN—MAIN—DONAU

wird den Rhein über den Main mit der Donau verbinden und eine in allen Teilen gleich leistungsfähige Wasserstraße darstellen. Infolge ihrer ausgezeichneten verkehrsgeographischen Lage wird sie ihr Einflußgebiet weit über des Deutschen Reiches Grenzen erstrecken und den industriell hochentwickelten Westen in neue, höchst entwicklungsfähige Verkehrsbeziehungen zu dem vorwiegend land- und forstwirtschaftlich tätigen Südosten Mitteleuropas bringen. Die zahlenmäßig längst erwiesene verkehrswirtschaftliche Bedeutung der Großschiffahrtsstraße Rhein—Main—Donau wird in ihrer günstigen Auswirkung auf unsere deutsche Volkswirtschaft noch verstärkt durch den Ausbau der in ihrem Zuge anfallenden Wasserkräfte, deren Leistung im Jahresmittel 242 000 PS entsprechend einer erzeugbaren Jahresarbeit von 1423 Millionen KWSt. betragen wird.

Den Ausbau der rd. 600 km langen Wasserstraße Aschaffenburg—Passau sowie den Bau und Betrieb der hier zu errichtenden Wasserkraftwerke hat die im Jahre 1921 gegründete **„Rhein-Main-Donau-Aktiengesellschaft"** übernommen. Von dem derzeitigen Bauprogramm, das die 155 km lange Donaustrecke Regensburg—Passau und die 160 km lange Mainstrecke Aschaffenburg—Würzburg umfaßt, ist heute nahezu die Hälfte fertiggestellt. Fünf Kanalisierungs-Staustufen mit den zugehörigen Kraftwerken sind bereits im Betrieb, drei weitere sind im Bau begriffen, umfangreiche Verbesserungsarbeiten sind auch bereits in der Niederwasserregulierungs-Strecke Regensburg—Vilshofen durchgeführt worden. Die ausgebauten Wasserkraftwerke weisen eine mittlere Jahresleistung von 58 600 PS und eine erzeugbare Jahresarbeit von 358 Millionen Kilowattstunden auf. Bis zum Jahre 1937 wird der Main bis Würzburg und die Donau bis Regensburg für die Binnengroßschiffahrt erschlossen und damit die Hälfte der ganzen Wasserstraße ausgebaut sein.

KACHLETSTUFE an der Donau, bei Passau

RHEINSCHIFFAHRT

MANNHEIM **Rheinschiffahrt Actiengesellschaft vorm. Fendel**
Badische Actiengesellschaft für Rheinschiffahrt und Seetransport
Mannheimer Lagerhaus-Gesellschaft
Rhenus Transportgesellschaft m. b. H.

BASEL	Rhenus Aktiengesellschaft für Schiffahrt und Spedition
KEHL	Badische Actiengesellschaft für Rheinschiffahrt und Seetransport Mannheimer Lagerhaus-Gesellschaft m. b. H. Rhenus Transportgesellschaft m. b. H.
STRASSBURG	Rhenus Société de Transports a. r. l.
KARLSRUHE	Karlsruher Schiffahrts-Aktiengesellschaft Mannheimer Lagerhaus-Gesellschaft m. b. H.
LUDWIGSHAFEN A. RH.	Bayerische Transportgesellschaft vorm. Theod. Fügen G. m. b. H. Mannheimer Lagerhaus-Gesellschaft
MAINZ	Rhein- und See-Speditions-Gesellschaft m. b. H. Rhenus Transportgesellschaft m. b. H.
FRANKFURT A. M.	Rhein- und See-Speditions-Gesellschaft m. b. H. Rhenus Transportgesellschaft m b. H.
HANAU	Rhenus Transportgesellschaft m. b. H.
ASCHAFFENBURG	Rhenus Transportgesellschaft m. b. H.
KÖLN	Rhenus Transportgesellschaft m. b. H. Rhein- und See-Speditions-Gesellschaft m. b. H.
DÜSSELDORF	Rhenus Transportgesellschaft m. b. H. Niederrheinische Dampfschleppschiffahrts-Gesellschaft m. b. H.
DUISBURG-RUHRORT	Rhenus Transportgesellschaft m. b. H.
ROTTERDAM	N. V. Standaard Transport Maatschappij N. V. Rijn en Zee Transport Maatschappij
ANTWERPEN	Scaldia Société Anonyme de Transports et d'Expeditions Phénix Rhénan Société Anonyme Belge

Aktiengesellschaft Sächsische Werke

Die Entwicklung der Landesenergie-Versorgung Sachsens

Vor 15 Jahren wurde in Sachsen damit begonnen, eine einheitliche Elektrizitätswirtschaft zu entwickeln. Der im Verhältnis zu heute geringe Bedarf an elektrischer Arbeit betrug damals noch nicht 300 Mill. kWh/Jahr. Diese Elektrizitätsmenge verteilte sich auf nicht weniger als 105 selbständige Elektrizitätswerke. Die Stromlieferung erfolgte in der Hauptsache für Licht- und Kraftzwecke an Kleinabnehmer. Große Industriewerke kamen für den Anschluß an Elektrizitätswerke nur vereinzelt in Frage, waren doch die Gestehungskosten für den in Industriezentralen erzeugten Strom in der Regel wettbewerbsfähig mit denen der bestehenden Elektrizitätswerke, deren Anlage- und Betriebskosten damals nicht wesentlich geringer als bei vielen industriellen Kraftanlagen waren.

In diesen Verhältnissen trat im Laufe der Zeit eine durchgreifende Aenderung ein, nachdem sich der sächsische Staat entschlossen hatte, die im Osten und Westen Sachsens liegenden reichen Braunkohlenfelder für eine einheitliche Landesenergie-Versorgung und für

Braunkohlenkraftwerk Hirschfelde

Braunkohlenkraftwerk Böhlen

die Brikettfabrikation in bestmöglicher Wirtschaftlichkeit zu verwerten.

Die geförderte Rohbraunkohle gestattet bei ihrem Heizwert von rd. 2000 Wärmeeinheiten und bei 50 bis 60 Prozent Wassergehalt keinen Transport auf größere Entfernungen. Wohl aber ist eine Verwertung in unmittelbar am Fundort errichteten Kraftwerken wirtschaftlich, so daß die in derartigen Anlagen erzeugte elektrische Arbeit auf große Entfernungen übertragen und zu Preisen geliefert werden kann, daß selbst große Industriezentralen in den weitaus meisten Fällen nicht mehr wettbewerbsfähig sind, abgesehen von Industriewerken, in denen sich Abdampfverwertungsmöglichkeiten größeren Umfanges ergeben.

Die Braunkohlenlager von Böhlen und Hirschfelde sind so umfangreich — sie betragen rd. 4 Milliarden t —, daß sie, die heutige Abbaugeschwindigkeit vorausgesetzt, noch etwa 600 bis 700 Jahre reichen werden.

Die Verwertung der Braunkohlenfelder und die Energiewirtschaft wurden zunächst von 2 staatlichen Dienststellen bearbeitet, bis dann im Jahre 1924 diese Unternehmen in die **Aktiengesellschaft Sächsische Werke** umgewandelt wurden.

Nach und nach wurden bestehende größere und kleinere Elektrizitätsunternehmen erworben oder durch Aktienkauf unter den Einfluß des Staates bzw. der ASW gebracht. Im übrigen erfolgt die Stromlieferung im Großen am kommunale und private Elektrizitätswerke, die ihrerseits die Weiterlieferung an die Abnehmer vermitteln. Mit dem Wachsen des Bedarfes an elektrischem Strom in Sachsen, der 1929 bereits das 4fache des obengenannten Betrages, also rd. 1200 Mill. kWh/Jahr ausmachte, wurden die beiden **Großkraftwerke Böhlen** und **Hirschfelde** weiter ausgebaut. **Hirschfelde** hat heute eine Maschinenleistung von **145 000 kW** und **Böhlen** eine solche von **210 000 kW.** Nebenher wurden auch in beiden Werken **umfangreiche Briketterzeugungsanlagen** errichtet, und zwar in Böhlen für etwa 700 000 t und in Hirschfelde für rd. 150 000 t Jahresleistung. Die beiden Bilder zeigen die Gesamtansichten der beiden Kraftwerke.

Durch den Ausbau der beiden Großkraftwerke konnte nach und nach eine ganze Anzahl bestehender Elektrizitätswerke, deren Betriebsführung unwirtschaftlich wurde, stillgelegt und der Absatz an elektrischer Arbeit auch bei diesen Werken ganz wesentlich erhöht werden.

Um die Wirtschaftlichkeit der beiden Großkraftwerke weiter zu erhöhen, die natürlich um so größer ist, je länger die Betriebsdauer und je gleichmäßiger die Inanspruchnahme der Leistung ist, und auch zur Erhöhung der Betriebssicherheit der Gesamtanlagen wurde gemeinsam mit der Stadt Dresden das **Pumpspeicherwerk Niederwartha** erbaut. Dieses Werk hat die Aufgabe, die nachts in den Dampfkraftwerken freiwerdende elektrische Arbeit zum Hochpumpen von Wasser zu verwenden und tagsüber bei auftretenden Belastungsspitzen die in diesen hochgepumpten Wassermengen aufgespeicherte Energie zur Erzeugung von elektrischem Strom zu verwenden und damit die Dampfkraftwerke von den Leistungsspitzen zu entlasten und eine ständige Betriebsreserve zu bieten.

Parallel zum Ausbau der Großkraftwerke wurde ganz Sachsen mit einem Netz von **Uebertragungs- und Verteilungsleitungen** überspannt — so beträgt z. B. die gesamte Streckenlänge der mit 100 000 Volt betriebenen Hauptübertragungsleitungen 700 km — und über das ganze Versorgungsgebiet Umspannwerke verteilt, von denen die weitverzweigten und vermaschten Verteilungsleitungen ausgehen. Die **Hauptumspannwerke** sind Gößnitz, Silberstraße, Zwönitz, Chemnitz-Nord, Chemnitz-Süd, Niederwartha, Dresden-Süd und Rodewitz. Außerdem wurden zwei 100-kV-Verbindungen mit den Elektrowerken geschaffen, und zwar über Lausen bei Leipzig mit dem Großkraftwerk Zschornewitz und über Großenhain mit dem Großkraftwerk Lauta. Durch reichliche Auslegung der Anlagen, wodurch diese auch Ueberbeanspruchungen in genügendem Maße gewachsen sind, weiter durch die ebenerwähnte Netzvermaschung sowie durch die Verbindung mit dem mitteldeutschen Netz der Reichselektrowerke und schließlich durch modernste Schutzeinrichtungen ist eine große, allen Anforderungen genügende **Betriebssicherheit der Stromversorgung** erreicht worden.

Heute ist die Ausbreitung der Landesenergie-Versorgung so weit vorgeschritten, daß nur noch ein verhältnismäßig geringer Teil Sachsens nicht entweder unmittelbar durch eigene Verteilungsbetriebe der ASW oder mittelbar durch von der ASW beziehende Elektrizitätswerke mit elektrischem Strom versorgt wird. Ueber den Freistaat Sachsen hinaus erfolgen umfangreiche Lieferungen an das Thüringenwerk sowie in Randgebiete von Schlesien und der Tschechoslowakei.

Welche Fortschritte der Anschluß der Industrie an die Landesenergie-Versorgung gezeitigt hat, geht daraus hervor, daß im Jahre 1929 71 Prozent der gesamten von der ASW gelieferten elektrischen Arbeit Industriebelieferung darstellte, während von dem Rest 7 Prozent auf öffentliche Beleuchtung und elektrische Bahnen und 22 Prozent auf Kleinabnehmer entfielen. Auch die Kleinabnehmerwerbung hat in den letzten Jahren große Erfolge erzielt. Die Anwendungsmöglichkeiten elektrischer Verbrauchsapparate aller Art werden immer vielseitiger. Die zielbewußte Werbung auf dem Gebiete der Anschlußbewegung wird noch besonders durch die Eltgas G. m. b. H., die ein gut organisiertes Kreditsystem ins Leben gerufen hat, unterstützt. Auf diese Weise wird nicht nur für Kleinabnehmer die Beschaffung größerer elektrischer Apparate wie Kocheinrichtungen und ähnliches, sondern auch die Finanzierung von Anschlußanlagen für Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft erleichtert. Wie günstig sich dieses System ausgewirkt hat, zeigt die Tatsache, daß im Jahre 1930 die Eltgas G. m. b. H. einen Umsatz von nicht weniger als 4 Mill. *RM* erzielen konnte.

Welch beträchtlichen Anteil schon im Jahre 1929 die ASW an die Energieversorgung Sachsens gewonnen hatte, geht aus der folgenden Tabelle hervor:

	Gesamtabgabe in Mill. kWh	Einwohnerzahl	Abgabe per Einw. in kWh
Gebiete, in denen die ASW unmittelbar an Verbraucher liefert ..	334.8	713.250	469
Gebiete, in denen die Tochtergesellschaft d. ASW unmittelbar an Verbraucher liefert ..	199,5	732.600	272
Gebiete der Werke, die von der ASW im ganzen Strom beziehen u. selbst verteilen	447.8	2084.200	215
Gebiete der Werke, die überwiegend selbst erzeugen.....	201.4	1464.100	137

Diese Tabelle zeigt, daß die Stromabgabe je Einwohner in den Gebieten besonders gestiegen ist, in denen die ASW auch die Verteilung der Elektrizität bis zum Verbraucher durchführt, also Erzeugung und Verteilung in einer Hand sind.

CONCORDIA

Lebens-Versicherungs-Bank Aktien-Gesellschaft, Köln, Maria-Ablaß-Platz 15

Lebens-, Kinderversorgungs-, Studiengeld-, Aussteuer-, Pensions-Zuschuß-, Leibrenten-, Bausparlebens- und Kollektiv-Sterbegeld-Versicherung.

Die bisherigen Geschäftsergebnisse seit 1924 zeigen ein Bild erfreulicher Weiterentwicklung:

Versicherungsbestand Ende 1930 . . .	355,0 Millionen RM
Vermögenswerte	76,5 Millionen RM
Rücklagen	74,1 Millionen RM
Gewinnrücklagen der Versicherten rund	16,0 Millionen RM

Seit 1924 wurden insgesamt rund

20 MILLIONEN RM

an Versicherungsleistungen ausgezahlt

ADREMA

Das Fundament

jeder nach neuzeitlichen Grundsätzen durchgeführten Betriebsumstellung auf maschinelle Arbeit. Adrema liefert Ihnen den lückenlosen Nachweis Ihrer Kunden und Lieferanten unter Berücksichtigung Ihrer jeweiligen Forderungen und Verpflichtungen. Adrema macht Ihre Massen-Propaganda zu individueller Einzelwerbung, gibt Ihrer Buchhaltung und Expedition die zuverlässigen Unterlagen für Buchung und Versand.

Das Adrema-System greift in alle Abteilungen jedes Unternehmens arbeitsparend und kontrollierend ein. Wie das auch bei Ihnen geschehen könnte, dafür machen wir unverbindliche Vorschläge. Druckschrift C 23 kostenlos.

ADREMA

Maschinenbauges. m. b. H.

Berlin NW. 87, Alt-Moabit 62-63

HANAU
AM MAIN

die aufstrebende Industrie-Stadt in waldreicher Umgebung

ÖSTLICHER
VERKEHRSKNOTENPUNKT DES
RHEIN-MAINISCHEN
WIRTSCHAFTSGEBIETES

MAINHAFEN

INDUSTRIEGELÄNDE
in jeder Größe und Lage

GLEISANSCHLUSS

Auskunft: Magistrat, Abtlg. W., Hafen-Amt, Fernr.: 3941

MAINZ AM RHEIN

das Kultur- und Wirtschaftszentrum

Historische Altstadt / Dom / Kirchen / Patrizierhäuser

Völkerpädagogisches Institut mit Heim der Nationen

Lehrmittelhaus und übernationaler Schulausstellung

Gutenberg-Museum und -Werkstatt

Naturhistorisches Museum mit prähistorischen Funden

Römisch-Germanisches Zentral-Museum

Altertums-Museum

Stadt des Wassersports

Das erfolgreich zum Abschluß gekommene große Berliner Ausstellungsjahr 1931 brachte in der Zeit von Ende Januar bis Mitte September über 4000 Aussteller und rund 2,2 Millionen Besucher an insgesamt 132 Ausstellungstagen auf das Ausstellungsgelände rund um den Funkturm. Dabei wurden 28 Hallen mit einer bedeckten Hallenoberfläche von über 200000 qm und einer Freigelände-Ausstellung von rund 75000 qm von 6 großen Ausstellungen in Anspruch genommen. Es waren dies die:

6. Grüne Woche Berlin 1931 vom 31. Januar bis 8. Februar ● Internationale Automobil-Ausstellung vom 19. Februar bis 1. März ● 9. Reichsgastwirtsmesse und Kochkunst-Ausstellung vom 14. bis 19. März ● Deutsche Bauausstellung Berlin 1931 vom 9. Mai bis 2. August ● 8. Große Deutsche Funkausstellung und Phonoschau Berlin 1931 vom 21. bis 30. August ● Internationale 7. Büroausstellung Berlin 1931 vom 4. bis 13. September.

Im Zusammenhang mit diesen Fachausstellungen fanden zur selben Zeit in der Reichshauptstadt 262 nationale und internationale Kongresse und Tagungen statt, 191 Gesellschaftsfahrten und Sonderzüge zum Besuch der Veranstaltungen gelangten zur Durchführung. In Verbindung mit den internationalen Tagungen und Kongressen wurde eine große Anzahl Deutschlandreisen von der Reichshauptstadt ausgehend veranstaltet.

Aus dem großen Fachausstellungs-**Programm des Jahres 1932** stehen bis heute fest: Die große alljährlich wiederkehrende landwirtschaftliche Fachschau **„Grüne Woche Berlin 1932" 30. Januar bis 7. Februar ● die große Sommerschau Berlin 1932 „Sonne, Luft und Haus für Alle"**, eine Ausstellung für Anbau-Haus, Kleingarten und Wochenende, **14. Mai bis 7. August** und die alljährlich wiederkehrende **„Große Deutsche Funkausstellung Berlin 1932 vom 19. bis 28. August.** Prospekte und Auskünfte über diese und weitere, erst Ende 1931 terminmäßig festgelegte Fachausstellungen in Berlin erteilt das Ausstellungs-, Messe- und Fremdenverkehrs-Amt der Stadt Berlin, Bln.-Charlottenburg 9

IM SOMMER 1932

Festaufführungen Goethe'scher Werke

Neueröffnung des erweiterten Goethe-Museums · Ausstellungen: Im Städel: „Kunst im Zeitalter Goethes" · Im Historischen Museum: „Frankfurter Klassizismus" sowie „Porzellan und Fayence der Goethezeit" gemeinsam mit dem Kunstgewerbe-Museum

VOM 21. JULI BIS 25. JULI 1932

DEUTSCHES
SÄNGERBUNDESFEST

Auskunft erteilt:
Frankfurter Verkehrsverein - Wirtschaftsamt - Reisebüros

Die Badische Landes-Elektrizitätsversorgung A.-G.

(Badenwerk)

mit dem Sitz in Karlsruhe i. Baden

Das Badenwerk ist am 6. Juli 1921 gegründet worden. Die Dauer der Gesellschaft ist nicht beschränkt. Ihr Aktienkapital beträgt RM 27 000 000.—. Es befindet sich ganz im Besitze des Landes Baden. Gegenstand des Unternehmens ist, in Baden vorhandene Kraftquellen für wirtschaftliche Bedürfnisse, insbesondere des Landes Baden, nutzbar zu machen, für eine ausreichende und preiswerte Lieferung elektrischer Arbeit zu sorgen und auf möglichst vollkommene Kraftwirtschaft hinzuwirken.

Das Badenwerk ist mit 17,33 % an der **Großkraftwerk Mannheim A.-G.,** an der **Kraftwerk Ryburg-Schwörstadt A.-G.** in Rheinfelden mit 25 %, an der **Schluchseewerk A.-G. in Freiburg** mit 37,5 %, an der **Badischen Kraftlieferungsgesellschaft m. b. H. in Freiburg** mit 50 %, an der **Kraftwerk Albbruck-Dogern A.-G. mit 1** % und an der **Westdeutschen Elektrizitätswirtschaft A.-G.** mit 10 % beteiligt. Mit den Kraftwerk- und Verteilungs-Gesellschaften abgeschlossene Stromlieferungsverträge sichern dem Badenwerk entsprechende Anteile an der Erzeugung der Kraftwerke bzw. an der Deckung des Energiebedarfes.

Mit dem **Elektrizitätswerk Mittelbaden A.-G., Lahr,** welches das Gebiet Offenburg-Lahr versorgt, wurde 1929 ein Stromlieferungsvertrag abgeschlossen; mit dem **Elektrizitätswerk Achern,** welches das Gebiet um Achern versorgt, besteht ein solcher seit 1925.

Im Besitze des Badenwerkes befindet sich das **Murgwerk** mit einer installierten Turbinenleistung von 35 000 PS und einer Jahreserzeugung von durchschnittlich 67 Millionen Kilowattstunden. Durch Angliederung einer hydraulischen Speicheranlage, der **Schwarzenbachsperre,** mit einer Leistung von 62 000 PS, wurde die Leistung auf insgesamt 97 000 PS und eine durchschnittliche Jahreserzeugung von 125 Millionen Kilowattstunden gebracht. Das Staubecken der Speicheranlage hat 14 300 000 cbm Nutzinhalt. Zwei Hochdruckspeicherpumpen von 2,2 und 4,8 cbm/sec Förderleistung dienen zum Hochpumpen von Ueberschußwasser der Murg in das Schwarzenbachbecken.

Auf Grund eines Vorrechtes des Landes Baden hat sich das Badenwerk vertraglich die im Jahresdurchschnitt 33 Millionen Kilowattstunden betragende Erzeugung der Neckarstufe Wieblingen bei Heidelberg zu günstigen Bedingungen gesichert. Aus dem badischen Kraftanteil des den Nordostschweizerischen Kraftwerken gehörenden **Rheinkraftwerkes Eglisau** bezieht das Badenwerk Energie zur Versorgung seines im Bodenseekreis gelegenen oberbadischen Versorgungsgebietes.

Das Badenwerk besitzt und betreibt das ca. 508 km lange 110 000 Volt-Hauptlandesnetz mit vier Groß-Schalt- und Transformatorenstationen, welches das Rückgrat für die Versorgung des Landes Baden bildet und ein wichtiges Glied einer von den schweizerischen Zentralalpen nach der rheinischen Braun- und Steinkohle führenden Süd-Nordverbindung, sowie einer Ost-Westverbindung von den bayerischen Wasserkräften zum Saargebiet ist. Durch das Hauptlandesnetz läßt sich ein weitgehender Absatz von überschüssiger Energie aus schweizerischen und badischen Wasserkräften bezw. eine vorteilhafte Ergänzung derselben in wasserarmen Zeiten bewerkstelligen.

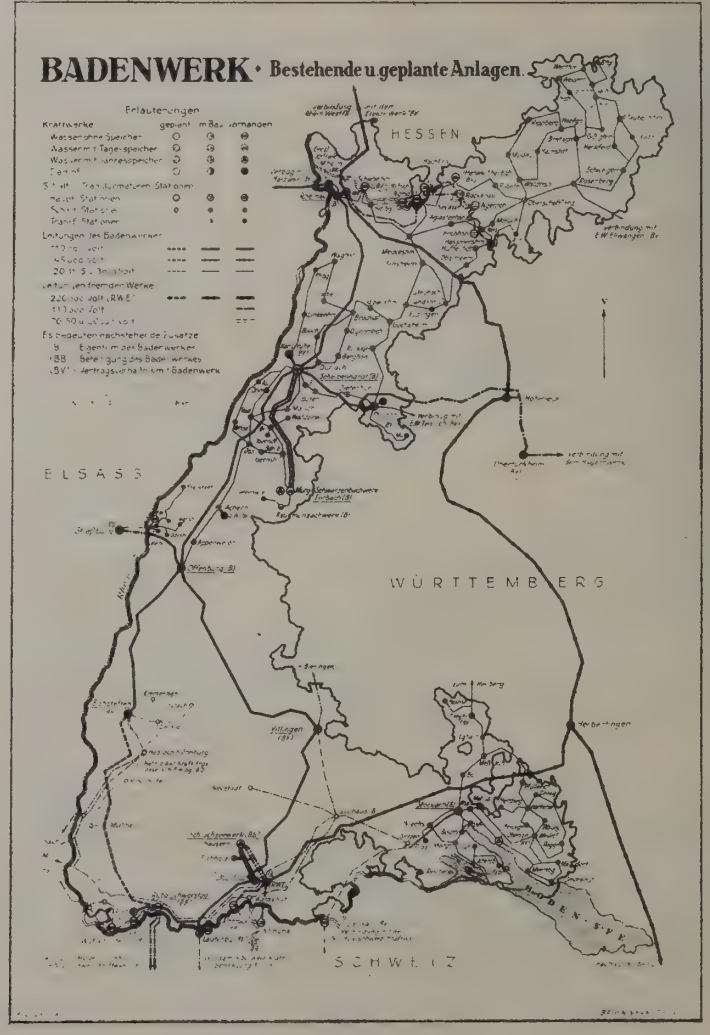
Von den Hauptschaltestationen des Landesnetzes aus wird die Energie über ein Verteilungsnetz (vorwiegend 20 000 Volt) von 1950 km Länge nach 803 Transformatorenstationen geleitet, von denen 597 dem Badenwerk gehören und zur Speisung von 567 dem Badenwerk gehörigen Ortsnetzen dienen. Zur Zeit werden beliefert:

direkt: 611 Gemeinden mit rd. 810 000 Einwohnern, von denen 44 Gemeinden mit rd. 425 000 Einwohnern die Unterverteilung an die einzelnen Abnehmer selbst vornehmen;

indirekt: 330 Gemeinden mit rd. 456 520 Einwohnern zusammen mit örtlichen Ueberlandversorgungsunternehmen.

Die Zahl der unmittelbar versorgten Haushaltungen beträgt rd. 85 000.

Die Stromabgabe war im Geschäftsjahr 1930/31 über 320 Millionen kWh.



Walchenseewerk mit Rohrbahn und Wasserschloß

Energiequellen des Bayernwerkes

Speicherkraftwerke u. Dampfkraftwerk:

	Inst. KW
Walchenseewerk	116 000
Laufkräfte mit Speicherung an der Mittleren Isar:	
Finsing 13 000	
Aufkirchen 32 000	
Eitting 31 000	
Pfrombach 37 000	
	113 000
Achenseewerk und Sillwerk (Tirol)	40 000
Dampfkraftwerk Schwandorf	55 000

Niederdrucklaufkraftwerke:

Laufkräfte an der Unteren Iller:	
Au-Untereichen	20 000
Staustufe bei Passau:	
Kachletkraftwerk	50 000
Mainstaukraftwerke:	
Viereth	4 000
Obernau	3 000
Kleinwallstadt	3 000
Klingenberg	3 000
Kleinheubach	3 000

BAYERNWERK AKTIENGESELLSCHAFT MÜNCHEN

Drehstrom-Verteilung für die Landesversorgung

Leitungsnetz

Betriebsspannung 110 000 Volt

Trassenlänge 1287 km

mit

16 Umspannwerken

Install. Transformatorenleistung 500 MVA

Karlsfeld b. München	Aschaffenburg
Landshut	Schweinfurt
Regensburg	Bamberg
Schwandorf	Kulmbach
Amberg	Meitingen b. Augsbg.
Arzberg	Au b. Illertissen
Nürnberg	Krünn b. Mittenw.
Würzburg	Kachlet b. Passau

Einphasen-Energielieferung an die Deutsche Reichsbahngesellschaft

ab Kraftwerke:
Walchenseewerk, Aufkirchen, Eitting, Pfrombach

DIE ELEKTRICITÄTS-LIEFERUNGS-GESELLSCHAFT BERLIN

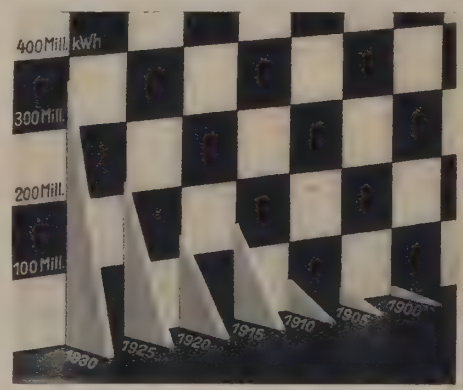
Das erste öffentliche Elektrizitätswerk Deutschlands wurde im Jahre 1884 in Berlin dank der Initiative Emil Rathenaus ins Leben gerufen. Im Laufe des folgenden Jahrzehnts spielte die Frage der Elektrizitätsversorgung bei allen deutschen Großstädten, aber auch schon bei Mittel- und Kleinstädten eine große Rolle. Zunächst wurde die Elektrizität nur für Beleuchtungszwecke verwendet und hatte, da das elektrische Licht vorerst nur als Luxus betrachtet wurde, ein beschränktes Absatzgebiet. Der Betrieb eines Elektrizitätswerkes war für den Unternehmer mit einem großen Wagnis verbunden, das die öffentliche Hand nur in seltenen Fällen auf sich nehmen wollte. Sie hielt sich daher auf diesem Gebiet zunächst zurück und überließ die mühevolle und gefährliche Pionierarbeit dem Privatkapital. Trotz dieser Schwierigkeiten erkannte Emil Rathenau frühzeitig die Zukunftsaussichten der zentralen Elektrizitätsversorgung und gründete zu einer großzügigen Verwirklichung seiner Pläne gemeinsam mit seinem Mitarbeiter Paul Mamroth im Jahre 1897 die

Elektricitäts-Lieferungs-Gesellschaft.

Die E. L. G. setzte sich als Aufgabe den Betrieb von Elektrizitätswerken, die sie auf Grund von Konzessionsverträgen auf eigene Kosten errichtete, erwarb oder in Pacht nahm. Der Betrieb dieser Unternehmungen sowie auch anderer Elektrizitätswerke, an denen die E. L. G. sich maßgeblich beteiligte, wurde kaufmännisch und technisch von der Hauptverwaltung der Gesellschaft in Berlin geleitet und überwacht. Durch diese Organisation konnten die in bestehenden Betrieben gesammelten Erfahrungen und erprobten Neuerungen für alle Unternehmungen der E. L. G. nutzbar gemacht werden. Dieser Erfahrungsaustausch trug wesentlich zur schnellen Entfaltung der Betriebe bei und ebnete der Elektrizitätswirtschaft, die Ingenieure und Kaufleute zunächst in unbekanntes Neuland führte, den Weg zu ihrer heutigen Bedeutung.

In dem ersten Jahrzehnt ihres Bestehens beschränkte die Gesellschaft ihr Tätigkeitsgebiet entsprechend den damaligen technischen Möglichkeiten auf das engere Gebiet der Städte. Fortschreitende Entwicklung der Stromerzeugungs- und Verteilungsanlagen gestattete es der E. L. G. als einer der ersten Unternehmungen Deutschlands, ihr Augenmerk bald der Versorgung des flachen Landes durch Erweiterung städtischer Anlagen zu Ueberlandzentralen zuzuwenden. Während die E. L. G. kleinere Elektrizitätswerke zunächst aus eigenen Mitteln finanzierte, gab sie später den größeren Unternehmungen meist die Form einer besonderen Aktiengesellschaft, an deren Kapital befreundete Gesellschaften beteiligt wurden; die Betriebsführung verblieb jedoch meist in den Händen der E. L. G.

In mehr als 30jähriger Tätigkeit hat die E. L. G. die Elektrizitätsversorgung von über 2000 Städten und Gemeinden in Deutschland und im Ausland aufgebaut und zur Blüte gebracht. Es sei hier nur auf Altona, Königsberg, Magdeburg, Plauen, Schweidnitz, Brandenburg, Gotha, Fürstenwalde, Rostock, Abo, Craiova, Angora, Adana und die vielen größeren und kleineren Städte und Gemeinden in Thüringen, Bayern, Mecklenburg, Sachsen und anderen



„Die Entwicklung der Stromabgabe bei der Elektricitäts-Lieferungs-Gesellschaft"

Ländern und Provinzen hingewiesen, deren Elektrizitätsversorgung durch E. L. G. Betriebe durchgeführt wurde. Die Entwicklung brachte Veränderungen in den Versorgungsgebieten der E. L. G. mit sich. Auf der einen Seite übernahmen manche Konzessionsgeber die von der E. L. G. geschaffenen und zur Blüte gebrachten Werke in eigene Verwaltung. So gingen namentlich die Anlagen in größeren und mittleren Städten, wie Altona, Königsberg, Plauen usw., aber auch große Ueberlandzentralen, wie das Märkische Elektrizitätswerk, das Elektrizitätswerk Wesertal, in den Besitz der öffentlichen Hand über. Auf der anderen Seite wurden neue Unternehmungen gegründet oder die Betriebsführung und Entwicklung bestehender Werke der Gesellschaft übertragen. Heute liegt die Elektrizitätsversorgung von fast zwei Millionen Menschen in den Händen der E. L. G. In Deutschland sind unter der Führung der Gesellschaft acht eigene Werke und elf selbständige Gesellschaften vereinigt, die einen Kapitalwert von etwa RM 130 000 000.— darstellen. Hierzu kommt eine Reihe von ausländischen Unternehmungen. Der Gesamtstromabsatz der eigenen Betriebe, Pachtungen und der Gesellschaften, an denen die E. L. G. maßgeblich beteiligt ist, beträgt heute jährlich etwa 400 Millionen kWh. Die Entwicklung des Unternehmens zeigt die nebenstehende statistische Darstellung.

Das Aktienkapital wurde 1927 von 20 Millionen Reichsmark auf 30 Millionen Reichsmark, im Jahre 1928 auf 40 Millionen Reichsmark erhöht. Die Reserven stiegen von 1.975 Millionen Reichsmark im Jahre 1924 auf 12.65 Millionen Reichsmark im Jahre 1930. Die Dividende betrug 8% im Jahre 1924, 9% im Jahre 1925 und 10% in den folgenden Jahren.

In der Erkenntnis, daß nur weitgehende Ausnutzung der Kraftwerke und Verteilungsnetze auf die Dauer die Wirtschaftlichkeit der Elektrizitätsunternehmungen gewährleisten kann, hat die E. L. G. neben der Werbung der Industrie in den letzten Jahren ihr besonderes Interesse auch der Steigerung des Stromabsatzes in den Haushaltungen zugewandt. Da die Elektrizität in der Industrie eine scharfe Konkurrenz in Dampfkraftanlagen und Verbrennungsmotoren, im Haushalt im Leucht- und Kochgas hat, konnte die E. L. G. ihre Erfolge auf diesem Gebiet nur durch eine wohldurchdachte Strompreispolitik erreichen. Auch sonst verstand es die E. L. G. immer, ihre eigenen Interessen mit denen ihrer Abnehmer in Uebereinstimmung zu bringen, ein wesentlicher Grund für die Erfolge des Unternehmens.

Diese Erfolge sind auch der Grund, daß sich seit Kriegsende die öffentliche Hand, begünstigt durch die politische Konstellation, in steigendem Maße für die Unternehmungen der E. L. G. interessiert, nachdem durch privaten Unternehmergeist der Weg geebnet und die anfänglichen Hindernisse beseitigt sind. Dieses Bestreben der öffentlichen Hand wird durch ungerechtfertigte Erleichterungen in steuerlicher und finanzpolitischer Hinsicht, die die öffentlichen Körperschaften genießen, gestützt. Oft werden hierbei politische über wirtschaftliche Gesichtspunkte gestellt. Diese Entwicklung ist keineswegs unbedenklich und birgt unleugbare Gefahren für die gesamte deutsche Volkswirtschaft in sich. Die finanzielle Ueberlastung der Kommunen und ihre dadurch verursachte Bedrängnis sind zu einem großen Teil auf die Expansionspolitik der öffentlichen Hand in bezug auf die sogenannten Versorgungsbetriebe zurückzuführen. Diese Erkenntnis scheint neuerdings auch in den Kreisen führender Kommunalpolitiker allmählich Platz zu greifen. Die E. L. G. betrachtet es weiterhin als ihre vornehmste Aufgabe, die wirtschaftliche und technische Entwicklung der Elektrizitätswirtschaft zu fördern und, sei es auf eigene Verantwortung, sei es gemeinsam mit der öffentlichen Hand, die breite Basis zu schaffen, auf der die Elektrizitätsversorgung im Interesse der Gesamtwirtschaft weiter ausgestaltet werden kann.

Elektrizitäts-Actien-Gesellschaft vorm.

W. LAHMEYER & CO.

FRANKFURT A. MAIN
Guiollett-Straße 48

Wasserkraftanlage Meitingen der Lech-Elektrizitätswerke A. G.
20 000 PS

Aufstellung eines 220/380 KV Endabspannmastes
vor der Umspannanlage Bürs, 49,18 Tonnen Gewicht

Vorarlberger Wasserkräfte
Krafthaus Vermunt mit Ausgleichsbecken

Kommandoraum für die elektrische Schaltanlage der
Mainkraftwerke A.-G. in Höchst a. Main

Entwurf-Bearbeitung - Bauleitung und Generalunternehmung für den Bau von Wasserkraftanlagen - Dampfelektrizitätswerken - Bahnen - Hochspannungsleitungen - Verteilungsnetzen - Umspannwerken - Schaltanlagen - Spezialabteilungen für Wasserbau - Maschinenbau und elektrische Einrichtungen Betrieb von Elektrizitätswerken und Straßenbahnen - Sachverständige Beratungen - Finanzierungen - Gutachten - Wirtschaftlichkeits-Untersuchungen

HAMBURGISCHE ELECTRICITÄTS-WERKE

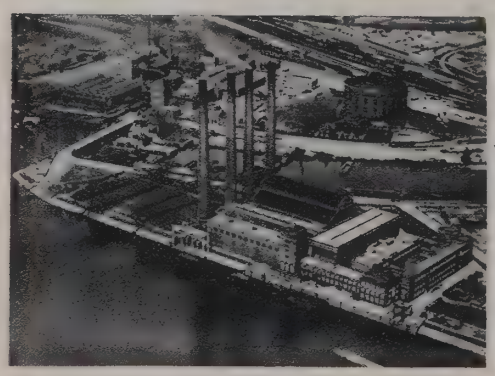
Aktiengesellschaft, gegr. 1894, an der seit 1915 der Hamburgische Staat als Aktionär beteiligt ist.

Aktienkapital	1894	M	6 000 000.—	**Obligationskapital** per 30. 6. 1931	$ 3 000 000.— amerikanische Schuldverschreibungen
„	1908	„	22 000 000.—		
„	1915	„	44 000 000.—		
„	1924	RM	66 008 536.—		RM 23 619 000.— inländische Schuldverschreibungen
„	1928	„	89 000 000.—		

AUSGEBAUTE MASCHINENLEISTUNG DER KRAFTWERKE

	1894	2 400	Kilowatt
	1910	28 500	„
	1930	230 000	„
KABELNETZ	Systemlänge	2 843	Kilometer
FREILEITUNGSNETZ	Systemlänge	680	„
STROMABGABE	1894/95	2 700 000	Kilowattstunden
	1910/11	38 350 000	„
	1930/31	400 000 000	„

Kraftwerk Neuhof, Maschinenhalle, im Vordergrunde der 15 000 PS Dieselmotor



Kraftwerk Tiefstack
Flugzeugaufnahme — 85 000 Kilowatt

K. W. Neuhof: Ansicht von Südwesten
z. Zt. 132 000 Kilowatt

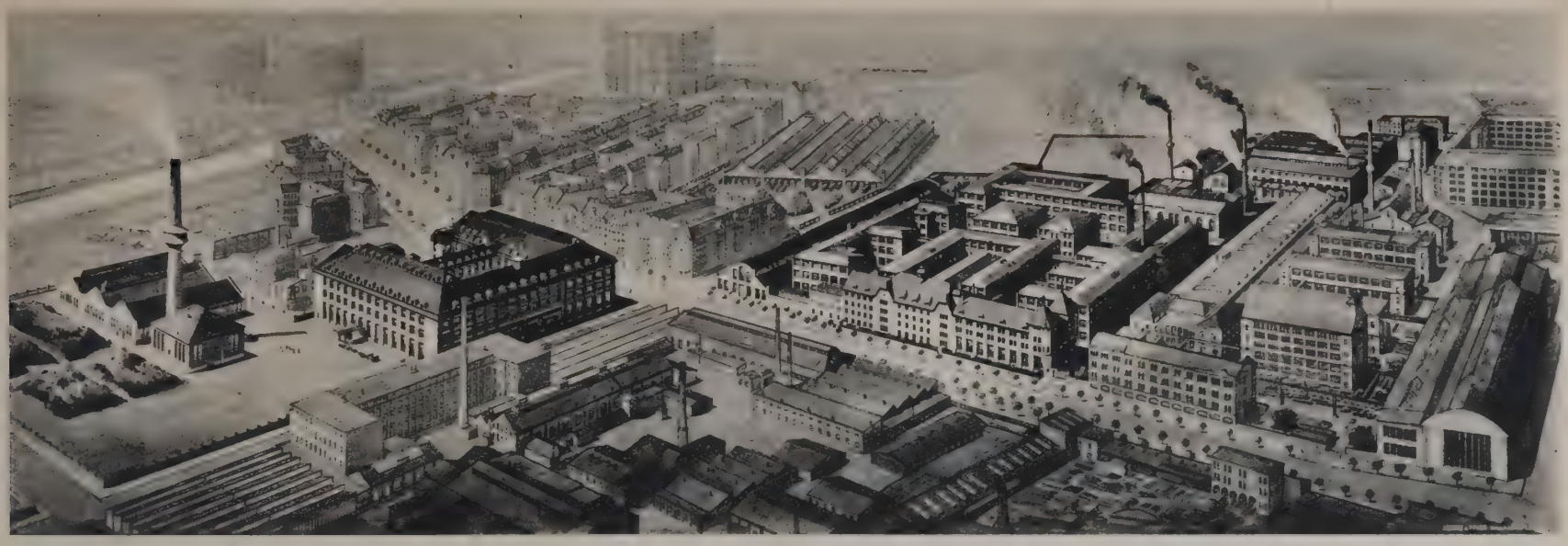
Ältestes (43 Jahre) Kraftwerk der H. E. W. „Poststraße"
z. Zt. Unterwerk und Fernheizwerk.

Das Versorgungsgebiet umfaßt das gesamte Hamburgische Staatsgebiet sowie große Teile des benachbarten preußischen Gebietes.

Der Bilanzwert der Anlagen abzüglich der Abschreibungen betrug per 30. Juni 1930 RM 155 000 000.—

Mit der Firma Rudolf Otto Meyer, Hamburg erfolgte 1921 die Gründung der „Fernheizwerk Hamburg G. m. b. H." — Seit dem 1. Juli 28 ist das Fernheizwerk im alleinigen Besitz der H. E. W. Das Fernheizwerk Hamburg ist zur Zeit das größte Unternehmen seiner Art in Europa.

Nach dem Hamburger Muster ist im Reiche eine ganze Reihe von Fernheizwerken gebaut worden.



Gesamtansicht der Werkzeugmaschinenfabrik der Gesfürel-Loewe

GESELLSCHAFT FÜR ELEKTRISCHE UNTERNEHMUNGEN- LUDW. LOEWE & CO.

AKTIENGESELLSCHAFT

BERLIN

Vor 60 Jahren, im Jahre 1870, wurde die Firma Ludw. Loewe & Co. Kommanditgesellschaft auf Aktien als Fabrikationsunternehmen für den Bau von Nähmaschinen und kurze Zeit später von Werkzeugmaschinen, Waffen und Munitionsteilen in Berlin gegründet. Das stetige Interesse für alle Fortschritte der Technik, das vor allem die Führer der Firma, Ludwig und Isidor Loewe, hatten, wies sie naturgemäß auch auf die damals sich immer mehr ausbreitende Entwicklung der Elektrotechnik. So widmete sich die Gesellschaft zwanzig Jahre nach ihrer Gründung diesem neuen Zweig der Technik und beteiligte sich zunächst an der Gründung der Elektricitätsgesellschaft in Hamburg, im Zusammengehen mit der Thomson-Houston International Electric Co. Schon damals sah man voraus, daß eine elektrotechnische Abteilung der eigenen Fabrik nur dann Aussicht auf Beschäftigung und weitere Entwicklung haben könnte, wenn auch die finanziellen Erfordernisse befriedigt werden könnten. So wurde bald darauf die „Union Elektricitätsgesellschaft" in Berlin mit einem Aktienkapital von 1,5 Millionen Mark gegründet, an der sich neben der amerikanischen Gesellschaft auch August Thyssen beteiligte. Diese Gesellschaft verpflichtete sich, ihren Bedarf an elektrischen Maschinen 25 Jahre lang der Loewe-Gesellschaft zu übertragen. Ihre Aufgabe bestand vornehmlich in der Einrichtung von elektrischen Kraftübertragungen und dem Bau und Betrieb von elektrischen Straßenbahnen im In- und Ausland.

Infolge der günstigen Entwicklung der Union Elektricitätsgesellschaft wurden immer größere Kapitalien für die Finanzierung von elektrischen Kraftwerken und Bahnen erforderlich. Um die Mittel hierfür aufzubringen, wurde unter Mitwirkung der Disconto-Gesellschaft, der Dresdner Bank, der Bank für Handel und Industrie und den Bankhäusern S. Bleichröder und Born & Busse die Firma „Gesellschaft für elektrische Unternehmungen" — kurz Gesfürel — gegründet, mit einem Aktienkapital von 15 Millionen Mark. Um allen Anforderungen für die Lieferung elektrischer Maschinen zu genügen, wurde die Abteilung für Elektrotechnik der Loewe-Fabriken um die Jahrhundertwende an die Union Elektricitätsgesellschaft abgetreten, zumal diese ja auch technisch und finanziell stark genug war, um die Fabrikation ihres Bedarfes selbst in die Hand zu nehmen. Die Loewe-Gesellschaft bekam einen größeren Aktienbesitz, so daß sie dadurch auch die Gewähr hatte, von der Union Elektricitätsgesellschaft die Aufträge auf Werkzeugmaschinen zu bekommen. Loewe & Co. selbst wurde 1893 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt.

Die Loewe-Gesellschaft beteiligte sich im Jahre 1897 an der Typograph G. m. b. H., die eine Setz- und Zeilengießmaschine herstellt. In diese Zeit fällt auch die Uebersiedlung der Geschäftsführung in das neue Geschäftshaus in der Dorotheenstraße, in dem auch die Union Elektricitätsgesellschaft und die Gesfürel ihre Büroräume bekamen.

Im Anfang dieses Jahrhunderts entschloß man sich, die Union Elektricitätsgesellschaft mit der Allgemeinen Elektricitäts-Gesellschaft zu vereinen, zunächst in Form einer Interessengemeinschaft, ein Jahr später in Form einer vollständigen Fusion.

Im Jahre 1906 erwarb die Loewe-Gesellschaft die Patente für automatische Gießmaschinen, ein Gießverfahren, das unter dem Namen Spritzgut heute allgemein bekannt ist. Die Entwicklung nahm, besonders in den letzten Jahren, einen so außerordentlichen Aufschwung, daß diese Abteilung heute zu den größten Spritzgießereien Europas gehört.

Die Gesfürel besaß vor dem Kriege beträchtliche Auslandsbeteiligungen, die bis auf einen geringen Teil sämtlich verloren gingen. Wenige Jahre nach dem Kriege begann die Gesellschaft, ihre Auslandsbeziehungen wieder aufzunehmen; damals übernahmen die „Sofina" in Brüssel und die „Chade" in Madrid neue Aktien der Gesfürel. 1926 wurde das Aktienkapital wieder um 10 Millionen RM. auf 50 Millionen RM. erhöht, im Jahre 1928 folgte eine weitere Kapitalerhöhung auf 60 Millionen RM. Mit der Gründergesellschaft, der Ludw. Loewe & Co. Aktiengesellschaft, wurde die finanzielle Verflechtung der Gesfürel immer enger; sie waren durch gegenseitigen Aktienbesitz und gleichartige Tätigkeitsgebiete und durch einheitliche Verwaltung ja schon sehr stark miteinander verbunden. So konnte eine Zusammenfassung der beiden Gesellschaften vor allem die inneren Reserven stärken, so daß die Gesellschaften gemeinsam nicht nur größte Projekte auf dem Gebiete der Elektrizitätslieferung bearbeiten, sondern auch eine Umstellung im Werkzeugmaschinenbau vornehmen können. Im Jahre 1929 wurde die neue Firma unter dem Namen „Gesellschaft für elektrische Unternehmungen — Ludw. Loewe & Co. Aktiengesellschaft" in das Handelsregister eingetragen.

Gebäude der Hauptverwaltung der Gesfürel-Loewe, Berlin, Dorotheenstraße 35|36

Das Arbeitsgebiet der Gesfürel-Loewe A.-G. umfaßt heute Erwerb, Bau und Betrieb, sowie Finanzierung und Verwaltung elektrischer Anlagen, Werke und Kraftunternehmungen aller Art, daneben Verwertung und Verwendung elektrischen Stromes in Industrie und Gewerbe und als zweite Gruppe die Herstellung von Werkzeugmaschinen und Werkzeugen, Bearbeitung von Metallen aller Art, die Herstellung von hochwertigem Elektro-Grauguß und von Spritzguß und die Einrichtung ganzer Fabriken, deren Werkzeugmaschinen dem Fabrikationsgebiet der Loewe-Fabriken entstammen.

Die Loewe-Fabriken und einige Gas- und Elektrizitätswerke wie Gaswerk Bergedorf, Gaswerk Singen, Ferngasversorgung am Harz, Gaswerk Olbernhau und die Elektrizitätswerke Billstedt und Olbernhau werden von der Gesfürel-Loewe A.-G. in eigener Regie betrieben. Die eigenen Tochtergesellschaften auf dem Gebiete der Elektrizitätswirtschaft, zu denen das Elektrizitätswerk Südwest A.-G. in Berlin, die Neckarwerke A.-G. in Eßlingen, die Amperwerke A.-G. und die Oberbayerische Ueberland-Zentrale A.-G. in München, die Elektrizitätswerk Schlesien A.-G. in Breslau, die Koblenzer Straßenbahn-Gesellschaft in Koblenz, die Elektrizitätswerk Westerwald A.-G. in Marienberg gehören, werden von der Gesfürel-Loewe A.-G. kaufmännisch, technisch und juristisch sowie betriebstechnisch beraten und verwaltet. In gleicher Weise werden die Tochtergesellschaften, die elektrotechnische Fabrikate herstellen, verwaltet, dazu gehören die Norddeutschen Kabelwerke A.-G. in Berlin-Neukölln, die Vereinigten Isolatorenwerke A.-G. in Berlin-Pankow, die Volta-Werke A.-G. in Berlin-Waidmannslust, die Porzellanfabrik Joseph Schachtel A.-G. in Sophienau in Schlesien und die Typograph G. m. b. H. in Berlin.

Daneben ist die Gesfürel-Loewe A.-G. an einer großen Anzahl in- und ausländischer Unternehmungen und Holdinggesellschaften der Elektrizitätswirtschaft, zum Teil mit größerem Aktienbesitz, beteiligt und steht mit diesen Unternehmungen in enger Verbindung; so hat die Gesellschaft Beteiligungen an der Berliner Kraft- und Licht-A.-G., der Schlesischen Elektrizitäts- und Gas A.-G. in Gleiwitz, der Ostkraftwerk A.-G. in Kosel O. S., der A.-G. für elektrische und Verkehrs-Unternehmungen in Budapest, dem Kraftwerk Laufenburg in Laufenburg-Schweiz, der Société de Transports d'Electricité et de Gaz in Brüssel, der Compagnies Réunies Gaz et Electricité in Lissabon, der Compania Hispano-Americana de Electricidad (Chade) in Madrid, der Société Internationale d'Energie Hydro-Electrique (Sidro) in Brüssel.

MEW

MÄRKISCHES ELEKTRICITÄTSWERK AKTIENGESELLSCHAFT, BERLIN W 62

Großkraftwerk Finkenheerd

Entwicklung, Beteiligung

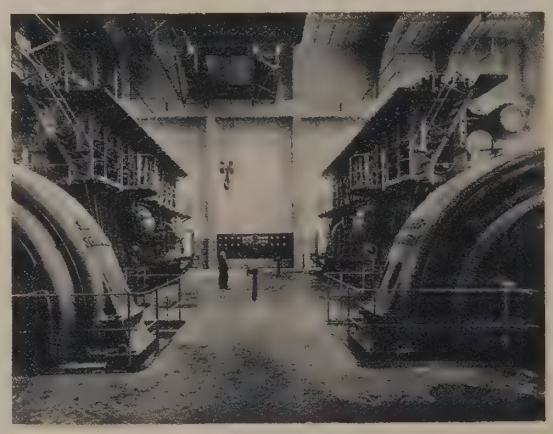
Die Spalten der großen Tageszeitungen haben sich Anfang dieses Jahres ausführlich mit dem Märkischen Elektricitätswerk (MEW) beschäftigt. Das geschah im Zusammenhang mit der Eingliederung des Freistaates Mecklenburg-Schwerin in das Stromversorgungsgebiet des MEW. Diese Eingliederung bildete einen Markstein in der organischen Entwicklung eines großen deutschen Elektrizitätsunternehmens.

Das MEW wurde im Jahre 1909 gegründet und versorgte damals 4 Kreise der Provinz Brandenburg; heute beliefert es fast das gesamte Gebiet der Provinz Brandenburg, Teile Berlins, der Provinzen Pommern, Grenzmark, Niederschlesien, Mecklenburg-Strelitz sowie das Land Mecklenburg-Schwerin. Das Leitungsnetz überspannt ein Gebiet von 51 000 qkm, das ist $^1/_9$ der Gesamtfläche des Deutschen Reiches.

Das Aktienkapital von 65 Millionen Reichsmark befindet sich ausschließlich in öffentlichem Besitz. Aktionäre sind die Provinzen Brandenburg und Pommern, der Freistaat Mecklenburg-Schwerin und die versorgten Stadt- und Landkreise, darunter Kreise der Provinzen Grenzmark Posen-Westpreußen und Niederschlesien.

Kraftwerke, Verteilungsnetze

In den 19 Kraftwerken des MEW steht eine Gesamtleistung von 248 876 kW zur Verfügung. Von diesen entfallen 6260 kW auf die 8 Wasserkraftwerke. Der Schwerpunkt der Stromerzeugung liegt in dem Großkraftwerk Finkenheerd, südlich Frankfurt a. d. Oder, das nach einem in diesem Jahre beendeten Ausbau über eine Gesamtleistungsfähigkeit von 177 000 kW verfügt. Von den sonstigen Kraftwerken ist vor allen das Dieselkraftwerk Hennigsdorf mit einer Leistung von 24 000 PS in zwei Maschinen zu erwähnen, das vor allem als Spitzen- und Reservekraftwerk ausgebildet ist.



Inneres des Dieselkraftwerkes Hennigsdorf

100 kV Leitung

Die Stromverteilung ist durch ausgedehnte Hoch-, Mittel- und Niederspannungsleitungsnetze von insgesamt 17 500 km Länge sichergestellt. Die Hochspannungsleitungen werden mit Spannungen von 100 000 und 50 000 V, die Mittelspannungsleitungen mit 20 000, 15 000, 10 000 und 6000 Volt, die Niederspannungsnetze der Ortschaften vorwiegend mit 380/220 Volt betrieben.

Stromabsatz

Die wachsende Umstellung der Industrie auf vollelektrischen Betrieb, der ständige Neuanschluß von Haushaltungen, landwirtschaftlichen und gewerblichen Betrieben haben in den letzten Jahren den jährlichen Stromabsatz dauernd gesteigert. Im Jahre 1930 betrug die Stromabgabe über ½ Milliarde kWh; ¾ davon nehmen industrielle Betriebe auf. In dem ausgedehnten Versorgungsgebiet sind alle Arten von Abnehmergruppen vertreten, so daß ein sehr guter Belastungsausgleich ermöglicht wird. Das MEW beliefert Eisen- und Hüttenwerke, Maschinenfabriken, Chemische Werke, Nahrungsmittelindustrien, optische Werke, Papier- und Textilfabriken, Zementfabriken, Ziegeleien, Mühlen, Schöpfwerke, Verkehrseinrichtungen, Wasserwerke usw. Im Dienste des Rundfunks und der drahtlosen Telegraphie beliefert das MEW die drei deutschen Großsender Nauen, Königswusterhausen und Zeesen.

Zur weiteren Ansiedlung von Industrien mit großem Strombedarf liegen weite, günstig gelegene Gelände in der Nähe des Großkraftwerkes Finkenheerd am Friedrich-Wilhelm-Kanal und am Oder-Spree-Kanal bereit. Eigene Häfen sind an beiden Kanälen vorhanden.

Besonderes Augenmerk gilt gegenwärtig der Elektrifizierung des Haushalts. Zweckmäßige Tarife, die zu den günstigsten im ganzen Reiche zählen, erleichterte Beschaffungsmöglichkeiten für elektrische Geräte unterstützen dieses Bestreben mit gutem Erfolge.

Preußische Elektrizitäts-Aktiengesellschaft

PREUSSENELEKTRA

B E R L I N

Die Preußische Elektrizitäts-Aktiengesellschaft ist durch Zusammenfassung der elektrowirtschaftlichen Unternehmungen und Beteiligungen entstanden, die der preußische Staat in einer über mehr als 20 Jahre zurückreichenden Entwicklung errichtet und erworben hat. Ausgehend von den Ausbauarbeiten für den Mittellandkanal, bei denen Wasserkräfte anfielen und elektrowirtschaftlich nutzbar gemacht wurden, hat der preußische Staat eine Großstromversorgung ausgebaut, die alle im Verlaufe der Entwicklung erreichten Vervollkommnungen der Elektrotechnik nutzbar machte. Das Programm für die preußische Elektrizitätswirtschaft wurde im Jahre 1917 von dem damaligen Minister der öffentlichen Arbeiten von Breitenbach dahin formuliert, daß auf der Grundlage der staatlichen Stromerzeugung ein einheitliches Stromversorgungsgebiet „von Bremen bis zum Main" zu schaffen sei. Für die Ausbauten und Erwerbungen wurden vom Preußischen Landtage Gesetze erlassen, die im einzelnen die Arbeiten und ihre Finanzierung regelten.

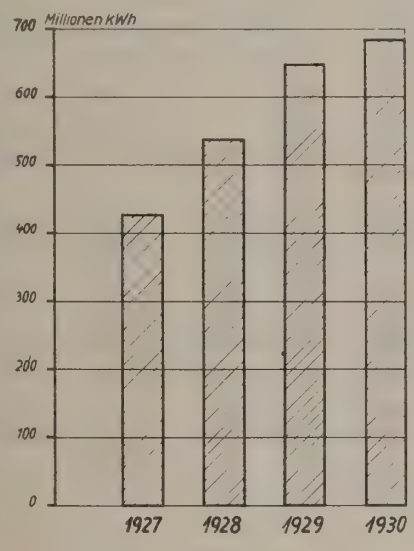
Nachdem im Herbst 1927 die preußischen Elektrointeressen in der Preußischen Elektrizitäts-Aktiengesellschaft zusammengefaßt worden waren, stellte die Gesellschaft entsprechend der Tendenz, die sich bei der Weiterbildung der elektrowirtschaftlichen Organisation im Gesamtgebiete Deutschlands auswirkte, eine stärkere Verflechtung zwischen Stromerzeugung und Stromverteilung her, um die Unwirtschaftlichkeiten zu beseitigen, die sich aus dem Nebeneinanderbestehen kleiner, vielfach zersplitterter Versorgungsnetze ergeben hatten. Weiter verfolgte man das Ziel, durch einheitliche Disposition die Voraussetzungen für eine rationellere Gestaltung des Stromabsatzes und eine steigende Stromverwendung zu schaffen, die auch eine Vereinheitlichung und Verbesserung der Tarife bedingte. Diese Bestrebungen führten dazu, daß die Preußenelektra eine Reihe kommunaler Verteilungsunternehmungen ihres Arbeitsgebietes erwarb oder sich an ihnen beteiligte.

Durch Beschluß des Preußischen Landtages vom Juli 1929 erhielt die Gesellschaft die Ermächtigung, bis zu 26 % ihres Aktienkapitals an kommunale Körperschaften zu überlassen. Damit war eine gesetzliche Grundlage für die staatlich-kommunale Gemeinschaftsarbeit in der Stromwirtschaft geschaffen. Dieser Gemeinschaftsgedanke, der den technischen, organisatorischen und finanziellen Notwendigkeiten der Stromversorgung entspricht, hat sich in wenigen Jahren im gesamten Arbeitsgebiet der Gesellschaft durchgesetzt. Das Gebiet wurde auch wesentlich erweitert, besonders an der Nord- und Ostseeküste und nach Süden im rhein-mainischen Wirtschaftsgebiet. Die Gemeinschaftsarbeit umfaßte nicht nur Unternehmungen der kommunalen Elektrizitätsversorgung, sondern auch die elektrowirtschaftlichen Interessen des Volksstaats Hessen, der eine Aktienbeteiligung an der Preußenelektra übernahm.

In ihrem vergrößerten Arbeitsgebiet hat die Gesellschaft ein Kraftwerks- und Leitungssystem entwickelt, das die verschiedenen Energiequellen (Steinkohle, Braunkohle, Torf, Laufwasserkraft und Talsperrenwasserkraft) in wirtschaftlichster Weise zusammenfaßt.

Entwicklung der Gesamtstromabgabe der Preussenelektra

einschl. Nordwestdeutsche Kraftwerke Aktiengesellschaft



Das bedeutendste Kraftwerk ist das Braunkohlenkraftwerk Borken (Bezirk Kassel) mit einer installierten Leistung von 103 500 kVA. das auf der dem Unternehmen gehörenden Braunkohlengrube Altenburg errichtet ist. Weiter ist die Gruppe der Kraftwerke an der Edertalsperre hervorzuheben, zu der ein modernes Pumpspeicherwerk bei Bringhausen mit einer Leistung von 144 000 kVA treten wird, dessen Ausbau vor der Vollendung steht. An die von der Gesellschaft selbst betriebenen Anlagen schließen sich nach Norden die Kraftwerke und Verteilungsanlagen der Nordwestdeutschen Kraftwerke A.-G. (N.W.K.) in Hamburg an, die von der Gesellschaft kontrolliert wird. Die N. W. K. verfügen über fünf Kraftwerke mit einer installierten Leistung von 109 290 kVA. Im Süden werden die Anlagen der Preußenelektra durch das Kraftwerk der von ihr übernommenen Braunkohlenschwelkraftwerk Hessen-Frankfurt A.-G. (Hefrag) ergänzt. In dem Gesamtsystem der Gesellschaft wird nach Beendigung der im Gange befindlichen Ausbauarbeiten (einschließlich der Anlagen der Nordwestdeutschen Kraftwerke) eine Leistung von rund 520 000 kVA zur Verfügung stehen.

Neben den bereits erwähnten, von der Preußenelektra kontrollierten Gesellschaften bestehen maßgebende Beteiligungen sowohl innerhalb ihres engeren Arbeitsgebietes wie in West-, Mittel- und Ostdeutschland sowie im Saargebiet. Ferner ist die Gesellschaft an der Continentalen Elektrizitäts-Union-A.-G. in Basel beteiligt. Das Kapital der Gesellschaft, das bei der Gründung 80 Mill. M betragen hatte, ist in mehreren Erhöhungen bis auf 155 Mill. M heraufgesetzt worden. Die günstige Entwicklung der Stromabgabe zeigt die beigefügte Aufstellung.

Speicherkraftwerk Bringhausen a. d. Eder (im Bau). Krafthaus mit Freiluftschaltanlage. Links Rohrbahn zum Speicherbecken.

Braunkohlenkraftwerk Borken (Bezirk Kassel).

EIN SCHLAGENDER BEWEIS

für die vorzügliche Druckeignung unserer

TIEFDRUCKPAPIERE

ist die hier vorliegende Jubiläumsausgabe. Sie ist auf unserem Papier gedruckt. Wir sagen dies mit Stolz, denn kann ein Tiefdruckpapier noch schönere, klarere Bilder zeigen?

In gleich hervorragender Qualität liefern wir auch:

mittelfeine bis leicht holzhaltige

Offset-

und

Illustrationsdruck-

Schreib- und Prospektpapiere

weiß und farbig

Konzept-, Streich- und Briefumschlagpapiere

AKTIENGESELLSCHAFT

PAPIERFABRIK HEGGE

HEGGE BEI KEMPTEN, BAYERN

GESAMTANSICHT

ADLERWERKE

VORM. HEINRICH KLEYER AKTIENGESELLSCHAFT FRANKFURT A. M.

Kurz bevor der Zug in die Riesenhalle des Frankfurter Hauptbahnhofs einfährt, gewahrt der Reisende zur Linken imposante, weitgestreckte Fabrikbauten. Einer der Hauptbauten ist seit vielen Jahrzehnten von einem mächtigen Adler, der auf einem Rad steht, gekrönt. Es ist dies quasi ein Wahrzeichen für die ausgedehnten Frankfurter ADLER-Industrieanlagen geworden.

Die mächtigen Bauten der ADLERWERKE vorm. Heinrich Kleyer A.G. Frankfurt a. M. ziehen sich von der Galluswarte an viele 100 Meter an der Kleyerstraße entlang. Aus kleinsten Anfängen, im Jahre 1880 gegründet, wuchs hier in verhältnismäßig kurzer Zeit ein Industriewerk empor, das heute zu den größten Frankfurts, ja zu den größten Deutschlands gehört.

Eine **Automobilfabrik** von Weltruf ist mit **Fahrrad-** und **Schreibmaschinenfabriken** eng vereinigt. Jedes Werk leistet auf seinem Gebiet das qualitativ Beste. Als Fahrradfabrik wurde dieses Werk begonnen. Da die Adlerräder bald weit über Deutschlands Grenzen hinaus auf der ganzen Welt dominierend wurden, entwickelte sich das Werk in wenigen Jahrzehnten zu führender Höhe. Die Folge war, daß man zur Fabrikation eines Automobils und der bekannten Adler-Schreibmaschinen überging. Was beide Fabrikate heute auf dem Weltmarkt bedeuten, bedarf wohl keines Wortes der Erklärung. Viele tausend Arbeiter und Angestellte finden in den weiten Hallen des Werkes, welche eine Fläche von über 200 000 qm bedecken, ihr Brot. Im ganzen Reich sind eigene Filialen für das Unternehmen tätig. Repräsentative Verkaufsräume und große Reparaturwerkstätten befinden sich in den Städten Berlin, Breslau, Hamburg, Hannover, Düsseldorf, Karlsruhe, Königsberg, Leipzig, München, Nürnberg und Stuttgart. An allen größeren Plätzen des Reichs sitzen eigene Vertretungen, die dafür Sorge tragen, daß der weitverzweigte und mustergültige ADLER-Kundendienst allen Wünschen gerecht wird. Der Verwendung allerbesten Materials auch bei den kleinsten Konstruktionsteilen verdanken die Adlerfabrikate ihre Popularität. Ein großer Stab von Konstrukteuren, Chemikern und Physikern arbeiten in Konstruktionsbüros, Materialprüfungsanstalten und Laboratorien an der weiteren Vervollkommnung der Fabrikate.

Die **Automobil-Abteilung,** welche im Jahre 1899 eröffnet wurde und eine der ältesten in Deutschland ist, bringt 3 verschiedene Wagentypen heraus, den Favorit, den Standard 6 und den Standard 8. Von jedem Typ werden offene Wagen, Cabriolets und Limusinen hergestellt, für den verwöhnten Geschmack besondere Luxus-Ausführungen. Die neuen Adler Gropius-Karosserien sind außerdem eine besondere Tat des Werkes und erstreben die Loslösung der deutschen Automobil-Industrie von altgewohnten ausländischen Wagenformen und Erreichung eines charakteristisch deutschen Wagentyps, welcher Zweckmäßigkeit und Formschönheit in sich vereinigt.

Auch heute steht die **Fahrrad-Abteilung** auf alter, weltberühmter Höhe. Zu den verschiedenen Herren- und Damenfahrrad-Modellen für alle Gebrauchszwecke ist, sich den heutigen Bedürfnissen anpassend, ein Fahrrad mit Hilfsmotor hinzugetreten.

Die **Adler-Schreibmaschinen** erfreuen sich allgemeiner Beliebtheit. Die bekannte Adler Standard Schwinghebel wird mit den verschiedenartigsten Schrifttypen geliefert, und die kleine Adler Reiseschreibmaschine ist eine beliebte Begleiterin des Automobilisten, sowie des Reisenden überhaupt geworden. Die Dame, der Schriftsteller, Kaufmann und Beamte zieht sie wegen ihrer hervorragenden Konstruktion bei kleinsten Ausmaßen allen anderen Fabrikaten vor. Die Durchschlagskraft, leichte Handhabung und Leistungsfähigkeit der Adler-Schreibmaschinen hat nicht zum geringen Teil zu dem heutigen Ruf der Adlerwerke beigetragen.

Adler Automobile, Adler Fahrräder, Adler Schreibmaschinen — dieser Dreiklang edelster Qualitätsarbeit wird auch weiterhin den Namen **ADLER** in alle Welt tragen und besonders die alte, dominierende Stellung deutscher Fabrikate im Auslande neu befestigen.

ADLERWERKE VORM. HEINRICH KLEYER AKTIENGESELLSCHAFT FRANKFURT A. M.

Aktiengesellschaft für chemische Produkte vorm. H. Scheidemandel

Noch vor wenigen Jahrzehnten war die Knochenverarbeitung ein Wirtschaftsgebiet, das nur den Boden für handwerksmäßige Existenzen bildete und deren einzelne Betriebe über enge örtliche Grenzen hinaus ohne Bedeutung waren. Die Bezeichnungen: „Leimsieder" und „Knochenmüller" spiegeln noch die Enge und Begrenztheit des handwerksmäßigen Betriebes wider, die noch in den vierziger und fünfziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts diesen Betriebsstätten, wie übrigens auch einer Reihe anderer heute zu modernen Großbetrieben entwickelten Unternehmungen, anhafteten.

Die technische und chemische in rasendem Tempo sich vollziehende Entwicklung der letzten Jahrzehnte ist auch an diesem Zweige der Wirtschaft nicht spurlos vorübergegangen. Geraume Zeit hindurch allerdings bildete die Verwertung von Abfällen, als deren Teilgebiet die Knochenverarbeitung zu gelten hat, noch ein Stiefkind der wissenschaftlichen Erkenntnis. Die letzten Jahrzehnte haben aber auch diesen Wirtschaftszweig in das Gebiet wissenschaftlicher Erforschung einbezogen, und es hat sich auch hier der Kleinbetrieb zum Großunternehmen umgewandelt, das die gleichen Tendenzen und gleichartigen Erscheinungen und Merkmale aufweist wie andere Betriebe der chemischen Industrie.

Als bekanntester und bedeutendster Typ dieser Entwicklung in der Leimindustrie darf in Deutschland die AKTIEN-GESELLSCHAFT FÜR CHEMISCHE PRODUKTE vormals H. SCHEIDEMANDEL bezeichnet werden.

In ihrem Gründungsjahr, im Jahre 1895, verfügte die Gesellschaft nur über drei verhältnismäßig kleine Fabriken. Die folgenden Jahre brachten eine allmähliche, aber stetige Vergrößerung des Konzerns durch Angliederung von Betriebsstätten im Inlande und Auslande. Bei Kriegsbeginn verfügte die Gesellschaft nicht nur über eine Reihe wertvoller in Deutschland belegener Fabriken, sondern darüber hinaus auch über Beteiligungen in der damaligen österreichisch-ungarischen Monarchie, in Belgien, Frankreich, England, Italien, Spanien und Südamerika. Ein Teil dieses Besitzes ist der Gesellschaft durch den Versailler Vertrag verlorengegangen. Sie suchte sich Ersatz zu schaffen durch den Erwerb von Interessen in Skandinavien, Holland und Polen, sowie durch die Angliederung von Unternehmungen, in denen gewisse von der Gesellschaft hergestellte Produkte, speziell Oele und Fette, der Weiterverarbeitung unterzogen werden.

Auf dem Konzern-Fabrikationsprogramm steht außer Leim, dem ursprünglichen und heute noch wichtigsten Erzeugnis der Gesellschaft, eine Reihe von Produkten, die Knochen oder tierische Abfälle mittel- oder unmittelbar als ihre Rohstoffe haben, wie

> Knochenleim, Hautleim, Lederleim, Gelatine, technische Fette, insbesondere Knochenfett, Fettsäure, Olein, Glyzerin, Stearin, Kerzen, Knochenöle, Knochenmehl, Knochenasche, Knochenkohle, Hornmehl, Blutmehl, Blutalbumin, Walzenmasse, gewisse pharmazeutische Präparate, Futtermittel, Superphosphat, Schwefelsäure usw.

Was der knochenverarbeitenden und überhaupt der auf die Verwertung tierischer Abfälle eingestellten Industrie ihr besonderes Kennzeichen gibt, ist die Tatsache, daß eine organisatorische Erfassung und Beherrschung des Rohmaterials für die Industrie eine Voraussetzung für ihre Rentabilität, ja beinahe ihre Existenz, bildet. Hierin liegt ein wichtiger Unterschied gegenüber den meisten anderen Industrien, deren Hauptsorge und Hauptaugenmerk meistens die Regelung und Ordnung des Absatzes darstellt, während die Rohmaterialfrage ihnen vielleicht preislich, in normalen Zeiten aber kaum mengenmäßig, Kopfzerbrechen verursacht. Man muß sich hierbei vergegenwärtigen, daß der Rohstoff dieser Industrie aus einer Unsumme von Abfällen und Fabrikationsrückständen kleinerer und größerer Betriebe und Hauswirtschaften besteht, aus Stoffen, die erst durch ihre planmäßige Zusammenfassung und sorgsame Bewirtschaftung Wert gewinnen und als Grundlage eines modernen Fabrikationsunternehmens dienen können. Hierzu kommt als zweites für die knochenverarbeitende Industrie charakteristisches Moment folgendes: Die Industrie ist im wesentlichen an die Rohstoffmenge gebunden, die ihr als Abfall aus der einheimischen Viehwirtschaft zur Verfügung steht. Während sonst erhöhte Nachfrage erhöhtes Angebot erzeugt, also ein steigender Rohstoffbedarf durch Gewährung höherer Preise eine Vergrößerung der Rohstoffmenge zur Folge hat, kann durch Preiserhöhungen die Rohstoffmenge nur insoweit erhöht werden, als die Sammeltätigkeit angeregt wird.

Diese Tatsachen zwangen dazu, Organisationen zu schaffen, die die Rohmaterialversorgung der Industrie sicherzustellen die Aufgabe hatten. Seit fast einem halben Menschenalter bedient sich die Gesellschaft zu diesem Zwecke des Reichsverbandes für Knochenverwertung „Rohag", der eine organisatorische Vereinigung von Lieferanten und Fabrikanten darstellt. In neuerer Zeit hat die Rohstoffversorgung insofern eine Verstärkung und Erweiterung ihrer Basis erhalten, als durch Gründung einer fast die gesamte deutsche Industrie umfassenden Fabrikantenorganisation, der Deutschen Knochen-Industrie G. m. b. H., der Einkauf vereinheitlicht und zusammengefaßt worden ist.

Um auch nach der Absatzseite eine Sicherung zu erlangen, hat man den Versuch gemacht, in einer Fabrikanten und Händler umfassenden Organisation, dem Concernos, Vertriebsgesellschaft chemischer Produkte, deren Hauptgesellschafterin die Scheidemandel-Gesellschaft ist, feste und zuverlässige Verkaufsgrundlagen zu gewinnen. Dieser Versuch erschien um so aussichtsvoller, als die Scheidemandel-Gesellschaft in einem Spezialprodukt, dem nach eigenem patentierten Verfahren hergestellten Perlenleim, ein Produkt herausbringt, das den Abnehmern infolge seiner Sparsamkeit, Handlichkeit und Gleichartigkeit im Gebrauch besondere Vorteile vor anderen Fabrikaten verschafft. Es ist das Bestreben der Gesellschaft, ihre Fabrikate in qualitativer Hinsicht weiterhin zu verbessern, um ihre Kundschaft zu befriedigen und ihre führende Stellung in der Industrie zu erhalten.

Sommer-Saison 1858. **Bad Homburg** bei Frankfurt a. M. Sommer-Saison 1858.

552-57

Die **Quellen Homburgs**, deren Analyse von dem berühmten Professor **Liebig** stattgefunden hat, sind erregend, tonisch, auflösend und abführend, sie bethätigen ihre Wirksamkeit in allen Fällen, wo es sich darum handelt, die gestörten Functionen des Magens und des Unterleibes wieder herzustellen, indem sie einen eigenthümlichen Reiz auf diese Organe ausüben, die abdominale Circulation in Thätigkeit setzen, und die Verdauungsfähigkeit regeln.

Mit vielem Erfolge findet ihre Anwendung statt in **chronischen Krankheiten der Drüsen des Unterleibs, namentlich der Leber, und Milz, bei Hypochondrie, bei Urinleiden, bei Stein, bei der Gicht, bei der Gelbsucht, bei Hämorrhoidalleiden und Verstopfungen, so wie bei allen den mannigfachen Leiden, die ihren Ursprung aus erhöhter Reizbarkeit der Nerven herleiten.**

Von sehr durchgreifender Wirkung ist der innere Gebrauch des Wassers, besonders wenn es **frisch** an der Quelle getrunken wird, und die Bergluft, die Bewegung, die Zerstreuung, das Entferntsein von allen Geschäften und jedem Geräusche des Städtelebens, unterstützt die Heilkraft dieses herrlichen Mineralwassers.

In der unmittelbaren Umgebung der Stadt befindet sich eine auf das Sorgfältigste eingerichtete **Molken-** und **Kaltwasser-Anstalt**. Letztere zeichnet sich insbesondere durch die in ihrer Temperatur von 8° R. stets gleichbleibende, ausnehmend reine Gebirgsquelle aus, indem dieselbe in der Anstalt entspringt und unmittelbar aus dem Schoosse der Erde bei einem 20 Fuss hohen Falle mit voller Kraft und Frische in die Badepiecen sich ergiesst. Von grosser Wichtigkeit ist diese Anstalt für Alle welche in Folge von Stockungen in den Organen des Unterleibs an Congestionen nach Kopf und Brust leiden und bei denen neben dem inneren Gebrauche der Homburger Mineralquellen die wohlthätigen Wirkungen des kalten Wassers in Form von **Douche-, Regen-. Strahl-, Staub-, Wellen-, Sitz-** oder **Vollbäder** indicirt sind. Die **Molken** werden von **Schweizer Alpen-Sennen** des **Kantons Appenzell** aus **Ziegenmilch** durch doppelte Scheidung zubereitet und frisch und warm in der Frühe im Park der Mineralquellen für sich, wie in Verbindung mit den verschiedenen Mineralbrunnen verabreicht.

Ausser dem **Badehause**, worin die Mineralwasser, so wie auch Fichtennadel-Bäder gegeben werden, findet man hier auch gut eingerichtete **Flussbäder**, welche in häufigen Fällen wesentlich zur Förderung der Brunnenkur beitragen.

Das grossartige **Conversationshaus**, welches das ganze Jahr hindurch geöffnet bleibt, enthält **prachtvolle Säle**, welche allgemeine Bewunderung erwecken. Es enthält einen Ballsaal, einen Concertsaal, viele geschmackvoll decorirte **Conversationssäle**, wo Trente-et-quarante und Roulette unter Gewährung aussergewöhnlicher Vortheile aufliegen, indem das Trente-et-quarante mit **einem halben Refait** und das Roulette mit **einem Zero** gespielt wird. Ferner ein grosses **Lesecabinet**, das unentgeltlich für das Publicum geöffnet ist, und die bedeutendsten **deutschen, französischen, englischen, polnischen, russischen** und **holländischen** politischen und belletristischen Journale gehalten werden, ein prachtvoll decorirtes Caffe- und ein Rauchzimmer, die auf eine schöne Asphalt-Terrases des Kurgartens führen, und einen Speise-Salon, wo um **ein Uhr** und um **fünf Uhr Table-dhote** ist, deren Leitung dem berühmten Herrn **Chevet** aus Paris übergeben wurde.

Das rühmlichst bekannte **Kur-Orchester** spielt **dreimal** des Tags: Morgens an den Quellen, Nachmittags im Musik-Pavillon des Curgartens und Abends im grossen Ballsaale.

Jede Woche finden Reunions, Bälle, wo die gewählteste Badegesellschaft sich versammelt, und Concerte der **bedeutendsten** durchreisenden Künstler statt.

Bad Homburg ist nur eine Stunde durch die Verbindung von Post, Eisenbahn, Omnibus etc. von Frankfurt entfernt.

1000—1200 Maas Schwarzwälder Kirschenwasser vom Jahrgange 1857, reingehalten, vorzügliche Waare verkauft à fl. 1. 15 kr. per Maas
Die Dahmen'sche Guts-Verwaltung Hechtsberg, bei Hausach

804 Eine grosse Parthie **Brieftaschen** und **Notizbücher** in diversen Sorten ist billig abzugeben. Zu erfragen bei der Exped. d. Bl.

Druck von Reinhold Baist. Herausgeber und verantwortlicher Redacteur H. B. Rosenthal.

Anzeige „Bad Homburg v. d. H."
aus dem zweiten Jahrgang der „Frankfurter Handelszeitung".

Offenbach, 9. August 48.

Ich war einige Tage in dem nahen Kurplatz Homburg, eigentlich nur um meinen Vater, der sich längere Zeit dort aufhält, einmal zu besuchen. Ich kann nicht verfehlen, über diesen Platz einige Zeilen hier folgen zu lassen.

Erstaunt war ich gleich bei meiner Ankunft, dort ein ganz französisches Leben anzutreffen, während ich mir das in der Nähe von Frankfurt nicht so vorgestellt hätte. Jedes Kind auf der Straße spricht geläufig die Sprache der Gallier und viele noch dazu englisch. Wenn ich z. B. einen Vergleich anstellen will zwischen der Volksbildung (nicht politischen Bildung) in Homburg und Bamberg oder Würzburg, so findet sich zwischen beiden ein unausfüllbarer Unterschied.

Die Hauptbeschäftigung der Fremden und Kurgäste, die recht zahlreich anwesend sind, ist ohnstreitig das Spiel (Roulette etc.), eine vielbesprochene Betrügerei, die den Inhaber desselben schon lange zum Millionair gemacht hat. Braucht man doch nur die Kur- und Badehäuser, Gärten und Lesehallen zu betrachten, die jener Mann unentgeltlich errichten ließ und fortwährend beßtens unterhält, und alles strotzt von karrarischem Marmor, so muß der vernünftige Mensch inne werden, das hier nur zu verlieren ist. Und so ist es auch; und doch verhält sich die ganze Menschheit hier gerade so wie die Mücken, wenn Hunderte derselben an der unheilvollen Leimruthe ihr Grab gefunden haben, so kommen doch immer wieder andere dazu, die meinen: mir wird es besser gehen wie den übrigen.

Destomehr habe ich das im Kurhaus befindliche Lesekabinett in Anspruch genommen, da es mir ganz herrlich zu Statten kam. Man findet hier 72 der besten deutschen und fremden Zeitungen. Auch in Homburg, wie überall, hat mit der Civilisation auch die Demoralisation große Fortschritte gemacht. Man sieht dort Damen an den grünen Tischen sitzen, die doch wenigstens für Gräfinnen zu halten sind, die den Tag dreimal anders gekleidet kommen, die die Haufen Goldstücke vor sich haben und ..... Doch genug davon. Wo ich hinsehe, überall Verfall der Sitten, meine eigenen Ansichten hierüber, wo soll das hinaus? Die gesamte Menschheit ist nicht werth zu wandeln auf dieser schönen Erde, und ich mit ihnen.

Ich hätte heute noch manches von Politik zu sprechen, allein es ist besser, ich lese noch eine Stunde in meinem Lamartine.

Faksimile
einer Seite des Jugendtagebuches (1848) Leopold Sonnemanns, des Gründers der „Frankfurter Zeitung“
Aus der im Frühjahr 1932 im Societäts-Verlag, Frankfurt a. M., erscheinenden Biographie Sonnemanns von Heinrich Simon.

JULIUS BERGER TIEFBAU A.G.

BERLIN

TUNNELBAU
EISENBAHNEN * STRASSENBAU
UNTERGRUNDBAHNEN * EISENBETONBAU
GRUNDWASSERABSENKUNGEN * FLUSSREGULIERUNGEN
SCHLEUSENANLAGEN * KANALBAU * WEHRE und TALSPERREN
WASSERKRAFTANLAGEN * DEICHBAU * BAU von SEE- und BINNENHÄFEN
ABRAUMBAGGERUNG und GEWINNUNG von MINERALSTOFFEN im TAGEBAU
ERSCHLIESSUNG und BETRIEB von BERGWERKEN * TIEFBOHRUNGEN

Die Julius Berger Tiefbau - Aktiengesellschaft (Ibtag), welche Ende 1930 auf ihr 25jähriges Bestehen zurückblicken konnte, hat sich in wenig mehr als zwei Dezennien aus kleinen Anfängen zu einem Großunternehmen von Weltbedeutung entwickelt. — Die Erwägung, daß die Gesellschaft nicht aus einem bereits vorhandenen, wohlfundierten Unternehmen eines anderen Industriezweiges herausgewachsen ist oder von einem leistungsfähigen Bankinstitut ins Leben gerufen wurde, sondern ganz auf sich selbst gestellt ihren Weg gemacht hat, getragen von der zielbewußten Initiative einer einzelnen Persönlichkeit, erhöht die Bedeutung ihres raschen und erfolgreichen Aufstieges.

Hervorgegangen ist die Ibtag aus der in Bromberg im Jahre 1892 von Julius Berger gegründeten offenen Handelsgesellschaft gleichen Namens. Im Dezember 1905 erfolgte die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft.

In der ersten Periode ihres Wirkens hatte die Unternehmung vor allem wesentlichen Anteil am Ausbau des Eisenbahnnetzes in den östlichen Provinzen. — Als sich das Schwergewicht ihrer Tätigkeit dann immer mehr westwärts verschob, wurde der Hauptsitz der Gesellschaft im März 1910 von Bromberg nach Berlin verlegt.

In der Folgezeit vermochte die Ibtag, innerhalb weniger Jahre, ihr Arbeitsfeld auf ganz Deutschland auszudehnen und auch im Ausland festen Fuß zu fassen, indem sie von mehreren fremdländischen Regierungen in Europa und Uebersee mit der Ausführung bedeutsamer bautechnischer Aufgaben betraut wurde.

Der Weltkrieg bereitete allerdings dieser erfolgreichen Entwicklung außerhalb der Reichsgrenzen ein jähes Ende; nachdem aber seine politisch und wirtschaftlich nachteiligen Auswirkungen einigermaßen überwunden waren, gelang es der Firma, sich erneut ein ersprießliches Tätigkeitsfeld im Ausland zu erschließen.

Aus dem großen und mannigfaltigen Arbeitsgebiet der Ibtag sei hier nur der Tunnelbau kurz erwähnt, in welchem die Unternehmung über besonders reiche Spezialerfahrungen verfügt. Hauptwerke waren:

Der 8134 m lange zweigleisige Hauenstein-Basistunnel (Schweizer Jura).

Der 5192 m lange eingleisige Isvor-Tunnel (Rumänische Karpathen).

Der 4371 m lange zweigleisige Teliu-Tunnel (Rumänische Karpathen).

In den letzten Jahren hat die Unternehmung in Anatolien umfangreiche Gebirgsbahnbauten ausgeführt; hier entfallen auf die eine Neubaulinie von rd. 252 km Länge annähernd 6200 lfm Tunnel. — Ferner stellte die Ibtag, in Gemeinschaft mit den Firmen Philipp Holzmann A.-G. und Siemens-Bauunion, ein 128 km langes Teilstück der Nordsektion der persischen Transversalbahn her.

An umfangreichen Arbeiten aus dem Gebiet des Wasserbaues, mit welchen die Unternehmung heute noch beschäftigt ist, seien erwähnt:

Bau eines Staudammes bei Ottmachau (Schlesien) von 6500 m Kronenlänge, 170 m größter Sohlenbreite und 17 m größter Höhe über Geländeniveau.

Weiterer Ausbau des Neckar-Großschiffahrtsweges und seiner Wasserkräfte — Staustufe Heilbronn —, nach Beteiligung an der vorausgegangenen Erstellung von vier anderen Staustufen.

Seehafenbau für Bordeaux; Schaffung einer 610 m langen und 10—38 m breiten Pieranlage in Eisenbetonkonstruktion, an der Gironde-Mündung in —10 bis max. —20 m Wassertiefe.

Gesamtausführung des massiven Unterbaues einer 260 m langen und rd. 15 m breiten Straßenbrücke über einen Nil-Hauptarm bei Benha (Aegypten).

Das Aktienkapital, welches anfangs (1905) 1 Million Goldmark betrug, wurde 1912 auf 4 Mill. Goldmark erhöht. — Nach Ueberwindung der Inflationszeit erfolgte im Jahre 1924 die Umstellung des Aktienkapitals auf 3½ Mill. Goldmark. — Dem Anwachsen des Auftragsbestandes und damit dem gesteigerten Geldbedarf Rechnung tragend, wurde dann im Mai 1926 eine Erhöhung des Aktienkapitals auf 5 Mill. Goldmark und nach Jahresfrist eine weitere auf 7½ Mill. Goldmark vorgenommen.

Nach Ablauf des ersten Geschäftsjahres auf der neuen Goldbasis (1924) konnte, gegenüber einer stabilen Vorkriegsdividende von 20 %, eine Dividende von 15 % und seit 1927 dann wiederum eine solche von 20 % zur Ausschüttung gelangen.

Der Schöpfer des Werkes, Kommerzienrat Julius Berger, der das Bauunternehmen im Jahre 1892 gewissermaßen aus dem Nichts heraus schuf und es nunmehr vier Dezennien lang mit unermüdlicher Arbeitsenergie umsichtig und weitblickend leitet, steht heute noch, in voller Rüstigkeit, an der Spitze der Gesellschaft.

Werke der AQUILA Aktiengesellschaft für Handels- und Industrieunternehmungen Frankfurt a. M.

DAMPFKESSELFABRIK

VORM. ARTHUR RODBERG A.G. DARMSTADT

Dampfkessel und Apparate jeder Art

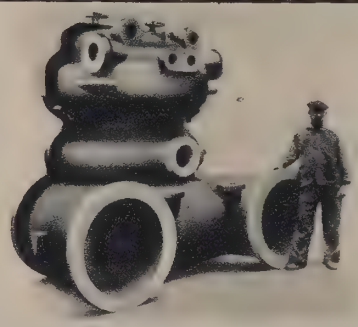
Abhitzekessel, ROB-Abhitze-Verdampfer, Schweiß Arbeiten

BAHNBEDARF DARMSTADT

WEICHENBAUANSTALT • WAGGONFABRIK

OBERBAU- UND HANDELSSCHRAUBEN / EISENKONSTRUKTIONEN

PROJEKTIERUNG UND BAU VON ANSCHLUSSGLEISEN



STAHLWERK MANNHEIM A·G MANNHEIM - RHEINAU

Stahlformguß

Schmiedestücke

Hochdruck - Armaturen

HOLZBAU
WAGGONBAU
MOTORENBAU
STAHLBAU

CHRISTOPH & UNMACK A. G.

NIESKY OBERLAUSITZ (SCHLESIEN)

EIKOMAG

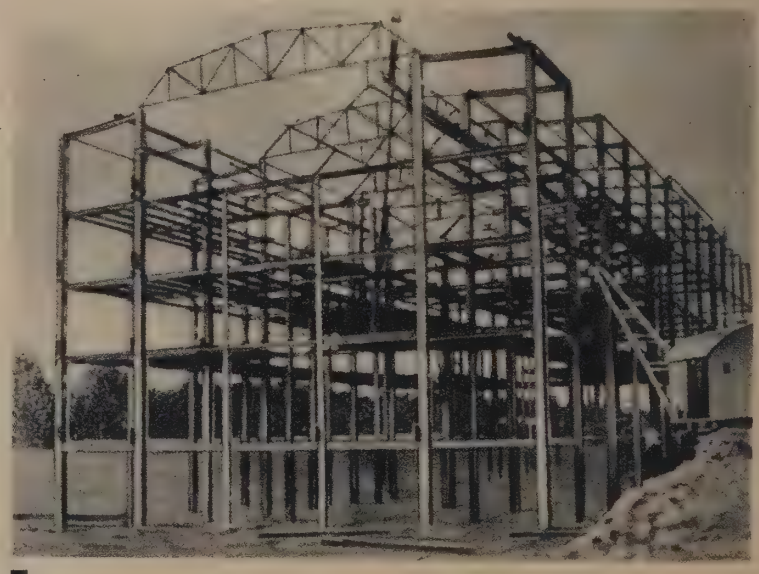
Eisenkonstruktionen und Maschinenfabrik A.-G.

DÜSSELDORF-BENRATH

Abteilung: Stahlkonstruktionen

Stahlskelettbau: Länge 54,⁰ m, Breite 27,⁵ m, Höhe 28,⁵ m.

Deckenbelastungen: 1000 kg/m², außerdem Gesamteinzellasten von über 2000 t



Stahlbauten aller Art

Abteilung: Baumaschinen

Dolberg — Turbo — Schnellmischer

„Vor allem Qualität!"

In Hannover befindet sich die Zentrale der Continental Gummi-Werke A.G., des größten und bedeutendsten Unternehmens seiner Art in Deutschland. Aus einer kleinen Gummikammfabrik hat sich in sechs Jahrzehnten diese Weltfirma entwickelt. Beim Kraftfahrer heißt sie kurz „die Conti".

Äußerlich ist „die Conti" ein Komplex gewaltiger Fabrik- und Verwaltungsgebäude, ein Stadtteil für sich. Hier und in den Schwesterbetrieben Hannover-Limmer und Corbach werden aus Gummi die unzähligen Dinge hergestellt, die für die moderne Menschheit unentbehrlich geworden sind.

Das Musterzimmer der Continental zeigt uns eine Auslese der mannigfaltigen Formen, in denen uns Gummi täglich auf Schritt und Tritt begegnet. Zunächst Fahrzeugbereifung in allen Variationen und Dimensionen. Reifen für jedes Vehikel vom leichten Rennfahrrad bis zum schweren Lastkraftwagen und Omnibus. Reifen für die ostindische Rickscha sowohl wie für die Laufräder des modernen Großflugzeuges. Und andere Dinge aus Gummi: Schläuche, Treibriemen, Förderbänder, Sportartikel, Bälle, Spielzeug, Regenkleidung, Wärmflaschen, Badekappen, Gummischwämme, Gummikämme, Gummimatten, Fußbodenbelag, Schuhsohlen und Absätze. Und unendlich viel anderes für Technik, Haus und Krankenpflege.

Vom graubraunen Rohgummiballen bis zum fertigen Erzeugnis ist ein weiter Weg. Tausende von findigen Köpfen, aber Tausende von geschickten Händen sind bei der Continental tagaus, tagein am Werk. Eine eigene Kraftanlage erzeugt 17 000 PS und treibt 2600 einzelne Motore.

Wochenlang könnte man durch die weiten Fabriksäle wandern und würde nicht aufhören, immer wieder Neues und Interessantes zu sehen. Hier wird der Rohgummi zerkleinert, gewaschen, geknetet, mit chemischen Zusätzen vermischt. Dort werden Gewebe gummiert, Schläuche gezogen, Gummisohlen gestanzt. Hier entstehen Autoreifen, dort seidendünne Gummihandschuhe, wie sie die Ärzte bei Operationen tragen. Kämme und andere Gegenstände aus Hartgummi werden geformt, vulkanisiert, geschliffen, poliert. Brote aus Gummiteich werden gebacken, zerschnitten – und sind nun auf einmal keine Brote mehr, sondern Gummischwämme.

Wenn man durch die Fabriksäle der Continental geht, begegnet einem immer wieder ein weißes Schild, weithin sichtbar aufgehängt. „Vor allem Qualität!" steht darauf in großen schwarzen Lettern. Lautlos und unaufhörlich wird dieser Wahlspruch jedem einzelnen Arbeiter zugerufen. Vor allem Qualität! So ist die Continental geworden, was sie heute ist.

Continental

Hauptwerke Hannover

Excelsior-Werk Hann.-Limmer • Peters Union-Werk Corbach

DEUTSCHE STEINSALZGEWINNUNG

Seitdem in der Mitte des vorigen Jahrhunderts Steinsalz in Deutschland entdeckt wurde, hat die auf die Gewinnung der gewaltigen deutschen Steinsalzlager gerichtete Industrie sich zu einem nicht unbedeutenden Zweig des deutschen Bergbaus entwickelt. Obschon die reichen Steinsalzschächte mit einer großen Zahl von Bergwerken aufgeschlossen worden sind, hat man die Steinsalzgewinnung — entsprechend der auf allen Gebieten der deutschen Wirtschaft durchgeführten Rationalisierung — auf 12 Steinsalz fördernde Werke beschränkt. Man bringt nur solches Steinsalz zutage, welches ca. 98 Prozent reines Kochsalz (Chlornatrium) enthält und damit auch für den menschlichen Genuß geeignet ist.
Die Gewinnung des Salzes in der Erde ist weitestgehend mechanisiert, so daß das aus Steinsalz gewonnene Speisesalz in hygienischer Hinsicht alle Ansprüche erfüllt, die an ein für den menschlichen Genuß unentbehrliches Nahrungsmittel zu stellen sind. Auch durch die mechanische Einfüllung des Speisesalzes in Säcke und Pakete ist Vorsorge getroffen, daß dieses Nahrungsmittel von der Gewinnung bis zum Versand mit der menschlichen Hand nicht in Berührung kommt.
Das aus Steinsalz hergestellte Speisesalz wird erzeugt, indem man dasselbe in Apparaten — ähnlich denen in Getreidemühlen — auf große Feinheit zerkleinert und das Mahlgut in Sieb- und Sichteranlagen derart in Körnungen zerlegt, wie sie der besondere Verwendungszweck bedingt. Um ein vollkommen gleichmäßig gekörntes, streufähiges und schnell lösliches Tafelsalz zu erzielen, findet eine Aufbereitung des Salzes in Sichteranlagen und Lockerungsapparaten unter gleichzeitiger Absaugung des Salzstaubes statt.
Das Produkt dieses Arbeitsvorganges ist das „SICHTERSALZ", welches in Küche und Haus sowie auf allen Gebieten der Herstellung und Konservierung von Nahrungsmitteln Verwendung findet. Steinsalz findet ferner umfassende Verwendung in zahlreichen Industrie- und Gewerbezweigen und bildet auch die Grundlage für wesentliche Teile der chemischen Großindustrie Deutschlands.
Die deutsche Steinsalzgewinnung hat daher eine hohe volkswirtschaftliche und kulturelle Bedeutung. Die Arbeitsmöglichkeit für zahlreiche Arbeiter und Angestellte im deutschen Salzbergbau erweist die Wichtigkeit dieser Bodenschätze auch in sozialer Hinsicht.
Die an der Steinsalzförderung beteiligten Salzbergwerke sind zusammengefaßt zu der

DEUTSCHES STEINSALZ SYNDIKAT G. m. b. H., BERLIN SW. 48.

CHLORMAGNESIUM

wird gewonnen aus den Endlaugen der Carnallit verarbeitenden Kalisalzwerke. Es kommt als geschmolzenes und kristallisiertes Chlormagnesium sowie als Chlormagnesium-Lauge in den Handel.
Chlormagnesium findet Verwendung in Hüttenwerken, sowie für die Steinholz-, Kunststein-, Textil- und Kälteindustrie, ferner zur Staubbekämpfung in Straßen.
Die Chlormagnesium produzierenden Werke sind zusammengefaßt zu der

DEUTSCHES CHLORMAGNESIUM SYNDIKAT G. m. b. H., BERLIN SW. 48.

BROM

wird in Deutschland auf sieben Werken aus den Endlaugen bei der Kaliverarbeitung gewonnen und zwar in Gestalt von flüssigem Brom und Bromeisen. Es findet in der chemischen, pharmazeutischen und Farbenindustrie Verwendung. Der Verkauf wird bewirkt durch die

DEUTSCHES BROM SYNDIKAT G. m. b. H., BERLIN SW. 48.

Bei der Chlorkalium- und Kaliumsulfat-Fabrikation entsteht als weiteres Produkt

BITTERSALZ
(MAGNESIUMSULFAT),

das in der chemisch-technischen (Kunstseiden-, Textilindustrie u. a. m.) sowie in der pharmazeutischen Industrie umfassende Verwendung findet.
Der Vertrieb dieses Produkts geschieht durch die

DEUTSCHES BITTERSALZ SYNDIKAT G. m. b. H., BERLIN SW. 48.

MERCEDES-BENZ

Daimler-Benz A.-G. Werk Untertürkheim

Werk Gaggenau

DER ÜBER DIE GANZE WELT AM MEISTEN VERBREITETE

DEUTSCHE WAGEN

Werk Sindelfingen

Werk Mannheim

Werk Marienfelde

Deutschlands Großindustrie hat sich zu internationaler Geltung emporgearbeitet durch konsequentes Festhalten am Qualitätsgedanken.

Unter den führenden Großbetrieben des Reiches, deren Fabrikate über die ganze Welt verbreitet sind und dem deutschen Edelprodukt stets besten Klang gaben, steht mit an der Spitze der **Daimler-Benz-Konzern.**

Das moderne Kraftfahrzeug ist unlösbar verbunden mit den Namen der beiden großen deutschen Erfinder: Gottlieb Daimler und Carl Benz, deren Namen auch heute zu führen der größte deutsche Automobilkonzern aus seiner inneren Entwicklung heraus die vollste Berechtigung hat, denn von den ersten Anfängen des Automobilbaues bis auf den heutigen Tag beherrscht alle Produktionsstätten des **Daimler-Benz-Konzerns** der Gedanke hoher Qualität, steter technischer Fortentwicklung und geschmacklicher Durchbildung des Endproduktes — und dauernder Rationalisierung der Herstellungswege.

So dürfen die Leistungen des **Daimler-Benz-Konzerns** angesprochen werden als stets den neuzeitlichsten technischen, fabrikatorischen, kommerziellen, organisatorischen und geschmacklichen Bestergebnissen sogar vorauseilende Arbeiten: vom kleinsten Typ des weltbekannten Mercedes-Stern-Wagens bis zu den ebenfalls unter diesem Zeichen stehenden höchstwertigen Luxusfahrzeugen — vom leichten Lieferwagen bis zum Fünfzehn - Tonnen - Schwerstlast - Straßenzug ist allen Typen, allen Modellen untadelhaft gemeinsam: hohe Qualität, konstruktiv vollendete Durchbildung des Fahrgestells wie der Maschinenanlage und aller Aggregate, sorgfältige Präzisionsarbeit mit neuzeitlichen Maschinen, ausgeführt vom besten Arbeiterstamm hochwertiger Qualitäts-Kraftfahrzeugfertigung.

Unzählige erste Preise bei schwierigsten internationalen Flach-, Langstrecken- und Gebirgs-Rennen, bei bestbeschickten mondänsten Schönheitskonkurrenzen — bei allen großen automobilistischen Veranstaltungen haben vor aller Welt Zeugnis erbracht für Mercedes-Benz-Fahrzeuge. Auf den Automobil-Ausstellungen in Berlin, Paris, London, Genf, Amsterdam — überall in der Welt — sind die Erzeugnisse des **Daimler-Benz-Konzerns** maßgebend als internationaler Wertungsmesser.

Auf dem Gebiete des Karosseriebaues — durch das Spezialwerk Sindelfingen, Deutschlands größte Qualitätskarosseriefabrik — führt Daimler-Benz in der Herstellung serienmäßiger wie auch besonderer Wagenaufbauten aller Art.

Durch die Rohöllastwagenproduktion des Spezialwerks Gaggenau in Baden hat Daimler-Benz die Führung im Bau der sparsamsten Nutzfahrzeuge des Weltmarktes erlangt — eine Sonderleistung, die sich zu einem beispiellosen Erfolg im In- und Auslande ausgewirkt hat.

Immer erlesene Qualität zu denkbar ausgeglichenstem Preis: das ist das charakteristischste Merkmal der Grundsätze des **Daimler-Benz-Konzerns.**

Die Entwicklung der Kaliwirtschaft in der Nachkriegszeit

Der deutschen Kaliindustrie war in der Vorkriegszeit eine fast ununterbrochen aufstrebende Entwicklung beschieden gewesen. Die Zahl der Kaliwerke nahm ständig zu, und die Vereinigung der Kalierzeuger zu einer Verkaufsorganisation ermöglichte es, eine umfassende aufklärende Werbetätigkeit auf wissenschaftlicher Grundlage durchzuführen, welche der Kaliindustrie einen ständig steigenden Absatz an die Landwirtschaft des In- und Auslandes sicherte. Nach dem unglücklichen Ausgang des Krieges sah sich die Kaliindustrie einer gänzlich veränderten Lage gegenüber. Die gewaltig erhöhten Preise der Rohmaterialien und eine bedeutend gesteigerte Belastung der Industrie, insbesondere durch Löhne und soziale und steuerliche Lasten, machten es unmöglich, die Kalisalze zu den bisherigen niedrigen Preisen, die der Kalidüngung eine allgemeine Anwendbarkeit als Düngemittel sicherstellten, herzustellen. Besonders für das Auslandsgeschäft waren die Aussichten sehr ungünstig, denn die Beziehungen zum Auslande waren größtenteils abgebrochen, und außerdem war im Auslande durch den Verlust der Elsässer Kaliwerke sowie durch die in der Kriegszeit ermöglichte Entwicklung einer amerikanischen Kaliindustrie auf der Grundlage der Kaligewinnung aus Salzseen eine beachtliche Konkurrenz entstanden. Die Kaliindustrie zog aus dieser veränderten Lage die Konsequenzen und ging nach Beendigung des Krieges sofort daran, sich tatkräftig der veränderten Lage anzupassen. Die Schritte, die in dieser Richtung unternommen wurden, erfolgten sowohl in der Richtung einer Vervollkommnung der Organisation der gesamten Kaliwirtschaft, wie einer durchgreifenden Rationalisierung der bergbaulichen und fabrikatorischen Arbeitsmethoden der Kaliindustrie und einer systematischen Erweiterung der landwirtschaftlichen Anwendungsmöglichkeiten der Kalidüngung.

Im April 1919 wurde das Gesetz über die Regelung der Kaliwirtschaft erlassen und durch dieses Gesetz als oberste Instanz der Kaliwirtschaft der Reichskalirat geschaffen, dessen Aufgabe es ist, die Kaliwirtschaft nach gemeinwirtschaftlichen Grundsätzen zu leiten. In ihm sind nicht nur die Kalierzeuger und das Kalisyndikat, sondern auch die Länder, die landwirtschaftlichen Verbraucher, die kaliverarbeitende Industrie, der Kalihandel, die im Kalibergbau und im Fabrikationsbetrieb beschäftigten Arbeiter, die technischen und kaufmännischen Kaliwerksangestellten sowie Sachverständige für Kalibergbau, Kaliverarbeitung und Kaliforschung vertreten. Die bedeutsamste Funktion des Reichskalirats ist die Festsetzung der Preise für Kalisalze; die Zusammensetzung des Reichskalirats bietet dabei die Gewähr, daß diese Preise im Interesse der Landwirtschaft so niedrig wie möglich festgesetzt werden.

Die Verkaufsorganisation für den gesamten In- und Auslandsabsatz der Kaliindustrie stellt das Deutsche Kalisyndikat dar, welches allein zur Einfuhr und Ausfuhr von Kalisalzen und Kalierzeugnissen berechtigt ist. Die intensive Aufklärungsarbeit für die zweckmäßige Anwendung der Kalidüngung ist die Aufgabe der Agrikulturabteilung des Deutschen Kalisyndikats und der dieser unterstehenden landwirtschaftlichen Auskunftsstellen im In- und Auslande, die mit agrikulturchemisch und landwirtschaftlich ausgebildeten Fachleuten besetzt sind.

Seitens des Deutschen Kalisyndikats wurden auch die Beziehungen zu den Abnehmern im Auslande wieder aufgenommen. Um auch im Auslande eine gemeinnützige wissenschaftliche Werbetätigkeit für die Ausbreitung der Kalidüngung weiter durchführen zu können, wurde mit den französischen Kalierzeugern am 29. Dezember 1926 ein Abkommen getroffen, welches die Belieferung des Auslandes mit Kali und die Aufklärung der ausländischen Landwirtschaft über Kalidüngung regelt.

Die neue reichsgesetzliche Regelung der Kaliwirtschaft war auch für die technische Weiterentwicklung der Kaliindustrie von großer Bedeutung, da sie eine Handhabe bot, die unwirtschaftliche Vermehrung der Kaliwerke hintan zu halten. Die Grundlagen für eine Rationalisierung waren durch die wissenschaftlichen Untersuchungen der 1920 gegründeten Kaliforschungsanstalt geschaffen. Eine größere Auslandsanleihe war notwendig, um der Kaliindustrie die Geldmittel zu verschaffen, die zur Durchführung der mit großen Opfern verbundenen Rationalisierung der Betriebe und der Arbeitsmethoden der Kaliindustrie erforderlich waren. Für die Allgemeinheit ist es von größter Bedeutung, daß die Kaliindustrie auf diese Weise leistungsfähig erhalten blieb, weil die Entwicklung der landwirtschaftlichen Wissenschaft gezeigt hat, daß die Bedeutung des Kalis für die Ernährung der Pflanzen sich nicht nur, wie man früher annahm, auf eine mengenmäßige Steigerung der Ernteerträge beschränkt, sondern daß das Kali, weil es tiefgehend in den Lebensprozeß der Pflanze eingreift, auch auf die Qualität der Ernteerzeugnisse von günstigem Einfluß ist.

Um an der Vervollkommnung der zum Teil noch unvollständigen Unterlagen für eine wissenschaftliche Düngungsweise zu arbeiten, gründete das Deutsche Kalisyndikat eine eigene landwirtschaftliche Versuchsstation in Berlin-Lichterfelde, welche in den ersten Jahren ihres Bestehens der richtigen Anwendung der Kalidüngemittel bereits wesentliche Dienste leisten konnte.

So wird sicher auch in Zukunft die sachgemäße Kalidüngung dem deutschen Landwirt helfen, durch Verbilligung der Erzeugungskosten und durch Verbesserung der Marktfähigkeit seiner Erzeugnisse den Weg der Selbsthilfe erfolgreich zu beschreiten.

DER KALIKONZERN BURBACH

Die Kaliindustrie ist in ihrer Gesamtheit gemeinwirtschaftlich organisiert. Aber die einzelnen Werke und Konzerne verdanken ihre Entstehung und Entwicklung der privaten Wirtschaftsinitiative. Der Burbach-Konzern ist durch Gerhard Korte gegründet und aufgebaut worden, der noch heute als Aufsichtsratsvorsitzender an seiner Spitze steht.

Zum Burbach-Konzern gehören die Burbach-Kaliwerke Aktiengesellschaft in Magdeburg und die selbständigen Gewerkschaften Burbach, Beienrode, Baden und Markgräfler. Die Betriebe des Konzerns liegen in Nord-, Mittel- und Süddeutschland, also in allen Gebieten der deutschen Kaliindustrie. In der Burbach-Kaliwerke Aktiengesellschaft sind zahlreiche früher selbständige Gesellschaften mit 32 Schächten aus Rationalisierungsgründen vereinigt, nämlich: Asse, Bernsdorf, Carlshall, Desdemona, Friedrichroda I und II, Frisch-Glück, Fürstenhall, Günthershall, Heldburg, Hildasglück, Hindenburg, Königshall, Niedersachsen, Oberhof, Reinhardsbrunn, Rastenberg, Riedel, Rössing-Barnten, Salzmünde, Schwarzburg, Siegfried-Giesen, Siegfried-Giesen II, Volkenroda, Walbeck, Wilhelmshall-Oelsburg und Wittekind. Von den erwähnten 32 Schächten sind 15 endgültig stillgelegt und 7 werden in Reserve gehalten.

Unter den Betriebswerken stehen natürlich diejenigen mit hochprozentigen Sylvinit-Vorkommen in vorderster Reihe; es sind Baden - Markgräfler, Königshall - Hindenburg, Niedersachsen, Siegfried-Giesen und Volkenroda.

Die Gewerkschaften Baden und Markgräfler, an denen neben der Burbach-Kaliwerke Aktiengesellschaft der Badische Staat beteiligt ist, nehmen wegen ihrer südlichen Lage eine Sonderstellung in der deutschen Kaliindustrie ein. Nachdem durch das Versailler Diktat das Elsaß mit zahlreichen Kaliwerken verloren gegangen war, mußte die deutsche Wirtschaft der Erschließung der badischen Kalifelder entscheidendes Gewicht zumessen. Deshalb erwarb der Burbach-Konzern diese Konzessionen und errichtete darauf mit verständnisvoller Unterstützung des Badischen Staates ein ganz modernes Kaliwerk mit zwei 800 m tiefen Schächten und einer großzügigen Chlorkaliumfabrik.

Königshall-Hindenburg liegt im oberen Leinetal nördlich von Göttingen. Das Salzvorkommen entspricht dem Südharz-Typ mit seiner gleichförmigen, flachwelligen Lagerung. Das Sylvinitlager hat bei 10 m mittlerer Mächtigkeit einen Durchschnittsgehalt von 20 % K_2O und ist durch zwei 875 m tiefe Schächte erschlossen. Die modernen Tagesanlagen bestehen in der Hauptsache aus den beiden Schachtgebäuden, elektrischen Fördermaschinen, Mahlanlagen und einer Chlorkaliumfabrik.

Das Werk Niedersachsen in Wathlingen bei Celle arbeitet mit einem 800 m tiefen Schacht, der mit dem in Reserve befindlichen Schacht Riedel durchschlägig ist. Das Salzvorkommen gehört zum hannoverschen Typ, zeigt also steile Lagerung und ist durch jüngere Gebirgsschichten hindurch aufgepreßt. Die Kalilager bestehen hauptsächlich aus Sylvinit von 3—20 m Mächtigkeit und 15 % K_2O-Durchschnittsgehalt. Die Fördermaschine wird elektrisch betrieben. An wichtigsten Tagesanlagen sind außer dem Schachtturm und der Mühle eine elektrische Zentrale und eine Chlorkaliumfabrik zu nennen.

Auch Siegfried-Giesen bei Hildesheim mit 3 Schächten von je 750 m Teufe baut auf einem Salzvorkommen vom hannoverschen Typ. Seine Sylvinite sind sehr rein und weisen im Durchschnitt 18 % K_2O-Gehalt auf. Alle Werksanlagen, insbesondere die Chlorkaliumfabrik, sind neuzeitlich eingerichtet.
Volkenroda liegt im ehemaligen Herzogtum Gotha und gehört danach geologisch zu den Südharzwerken. Es verfügt über 3 miteinander durchschlägige Schächte von je 1000 m Teufe. Das flach gelagerte und daher besonders günstig gewinnbare Kalivorkommen besteht aus Sylvinit von 12 m mittlerer Mächtigkeit und 17 % K_2O-Gehalt. Tagesanlagen mit elektrischer Fördermaschine, elektrischer Zentrale, Chlorkaliumfabrik und Speichern entsprechen allen Anforderungen.

Ganz besondere Bedeutung hat Volkenroda seit einem Jahre durch seine Erdölgewinnung bekommen. Durch Ausbrüche von Gas und Oel aus dem Liegenden wurde man im Juni 1930 darauf aufmerksam, daß nur 50—60 m unter dem Kalilager ein mächtiges und sehr ergiebiges Oellager ansteht. Dieses wird von den ausgedehnten Grubenbauen unter Tage durch Bohrungen systematisch erschlossen und liefert stetig steigende Oelmengen. Im August 1931 betrug die Oelproduktion bereits über 8000 Tonnen und hatte damit die Erzeugung jedes anderen deutschen Oelgebietes wesentlich überschritten. Hinzu kommt, daß seiner Qualität nach das Oel von Volkenroda das beste bisher in Deutschland erschlossene Oel ist und den berühmten pennsylvanischen Oelen gleich steht. Von dem Bau einer

Königshall-Hindenburg

Werk Volkenroda

eigenen Raffinerie hat der Burbach-Konzern einstweilen Abstand genommen; er setzt seine gesamte Produktion auf Grund mehrjähriger Verträge vor allem an das Leunawerk der I. G. Farbenindustrie ab.

Um auf dem Gebiete der Nebenprodukte, wie Brom, Chlormagnesium, Bittersalz usw. gerüstet zu sein, betreiben die Burbach-Kaliwerke zwei gute Carnallitwerke, nämlich Krügershall, Bahnhof Teutschenthal bei Halle/S. und Desdemona bei Alfeld/Leine. Die angeführten Nebenprodukte lassen sich nämlich am wirtschaftlichsten bei der Carnallitverarbeitung herstellen. Zur Kalirohsalz- und Steinsalzförderung dienen die Werke Wittekind bei Göttingen und Asse im Lande Braunschweig. Auf Krügershall und Wittekind sind außerdem Salinen zur Herstellung von Siedesalz im Betriebe.

Der Burbach-Konzern besitzt im Deutschen Kali-Syndikat eine Quote von 186 Tausendsteln und steht damit an dritter Stelle in der deutschen Kaliindustrie. Entsprechend dieser Beteiligung setzte er im Jahre 1930 rund 2 500 000 dz reines Kali in allen Kalisorten ab. Auf dem Gebiete der Kalinebenprodukte ist die Stellung des Konzerns noch bedeutender.

Schüttelrutschenbetrieb in einer Kaltfirst 1000 m unter Tage auf Werk Volkenroda

Werksanlagen der Gewerkschaften Baden und Markgräfler in Buggingen (Baden)

DEGUSSA

DEUTSCHE GOLD- UND SILBER-SCHEIDEANSTALT VORMALS ROESSLER
FRANKFURT (MAIN) / BERLIN / PFORZHEIM

DEGUSSA

CHEMIKALIEN-ABTEILUNG
Cyannatrium, Cyankalium, Cyandoppelsalz, Ferrocyannatrium, Ferrocyancalcium, Ferrocyankalium, Ferricyankalium, Rhodansalze, Sulfoharnstoff, Ferrum reductum, Kupfersulfat.

ABTEILUNG RHEINFELDEN
Natriummetall, Natriumsuperoxyd, Natriumperborat, Wasserstoffsuperoxyd 30 und 40%, Acetylengas-Reinigungs- und Trocknungsmasse „Puratylen".

KERAMISCHE-ABTEILUNG
Glanzgold, Poliergold, Pudergold, Glanzsilber, Glanzplatin, Lüsterfarben, Schmelzfarben: für Porzellan und Steingut, auch säurefest, bleifrei für Email, für Glas, Glasemails transparent und opak, Farbkörper für Emailfärbung, Unterglasur-Farben, -Farbstifte und -Farblösungen, Scharffeuerfarben, Cobaltoxyd und -Salze.

METALL- UND DENTAL-ABTEILUNG
Silber, fein und legiert, Gold, fein und legiert, Edelmetall-Halbfabrikate, Silberlote, Silbersalze, Goldsalze, Amalgame, Dental-Goldlegierungen, vergütbare Legierungen, Zemente, W. & H. Dental-Instrumente und -Apparate. Ankauf und Verarbeitung von edelmetallhaltigen Rückständen jeder Art.

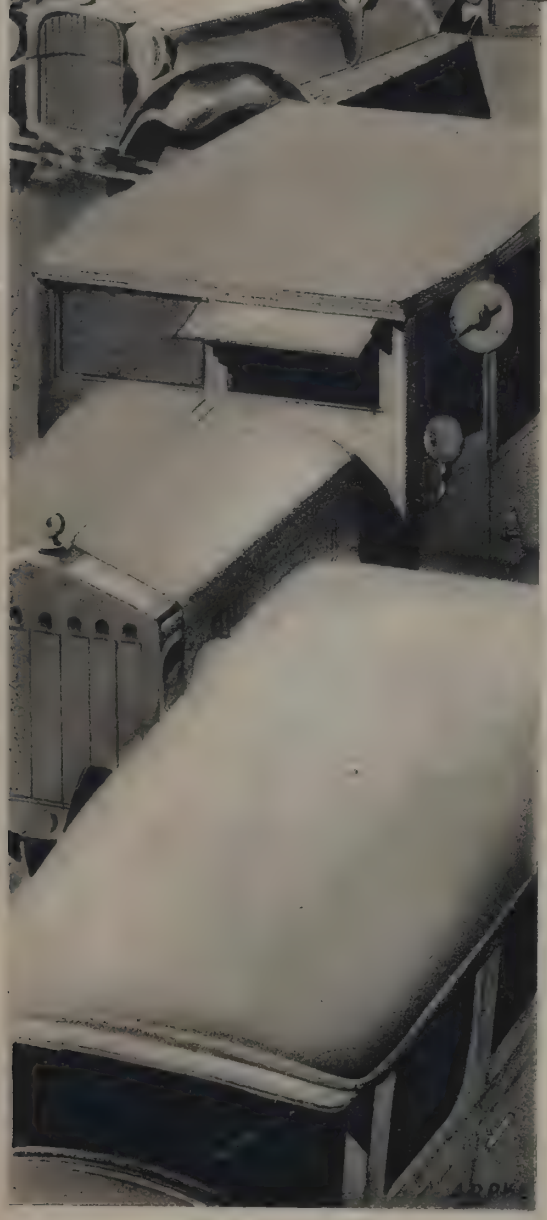
TONWAREN-ABTEILUNG
Transportable Muffel- und Tiegelöfen für Gas-, Koks- und Petroleumheizung, Hochtemperaturöfen und höchstfeuerfeste Geräte für 2000° C und darüber, Edelmetallprobiergeräte, Kapellen.

HIAG-HOLZVERKOHLUNGS-INDUSTRIE G. M. B. H. KONSTANZ
Aceton, Chlorophyll, Essigäther, Formaldehyd, Lösungsmittel, Methanol.

DURFERRIT-GESELLSCHAFT M. B. H. FÜR GLÜH- UND HÄRTETECHNIK
Durferrit-Zementierbäder C3 und C5, Vergütungsbäder, Anlaß-Salze, Spezial-Tiegel- und Wannenöfen, Tiegel und Wannen, Gesamteinrichtungen, Härtereibedarf, Beratung.

G. SIEBERT G. M. B. H. PLATINSCHMELZE HANAU
Platin in jeder Form und für alle Zwecke. Silberapparaturen für die chemische Großindustrie. Spinndüsen für die Kunstseidefabrikation. Temperatur-Meßeinrichtungen. Elektrische Öfen.

Der deutsche Kraftfahrzeugbau



In Deutschland wurden im Jahre 1930 Kraftfahrzeuge, Ersatz- und Zubehörteile im Wert von rund RM. 900 Millionen hergestellt. Die Aufträge der deutschen Automobil-Industrie an Stahl, Eisen, Kupfer, Messing, Leichtmetallen, Holz, Glas, Leder, Textilien und Chemikalien beliefen sich auf etwa RM. 600 Millionen. — In der deutschen Kraftverkehrswirtschaft sind etwa 528 000 Personen beschäftigt, also etwa jeder 56. Erwerbstätige. Die im Jahre 1930 für die deutsche Kraftverkehrswirtschaft aufgewendeten Beträge werden auf RM. 4,5 Milliarden geschätzt. Damit hat der deutsche Kraftverkehr in seiner Bedeutung für den volkswirtschaftlichen Umsatz und damit für den Ablauf der Konjunktur unserer Wirtschaft heute bereits die der Reichsbahn erreicht. — Durch konstruktive Verbesserungen und Einführung arbeitsparender Methoden wurde es ermöglicht, daß innerhalb der letzten sechs Jahre der Preisindex für Personenwagen (1913 = 100) von 125.2 im Januar 1924 auf 56.4 im Juni 1931 zurückging. Demgegenüber liegen die Großhandelspreise industrieller Fertigwaren im Juni 1931 bei 136.7 des Vorkriegsniveaus. Der Index der Autopreise liegt daher um fast das Zweieinhalbfache niedriger als der Durchschnitt der übrigen Fertigfabrikate. Diese Verbilligung bei gleichzeitiger technischer Vervollkommnung zeigt eine auch für andere Industriezweige vorbildliche Durchrationalisierung der Betriebe. Durch die fortschrittliche Führung unseres Kraftfahrzeugbaues ist es erreicht worden, daß deutsche Lastkraftwagen, insbesondere schwerer und mittlerer Bauart, auf allen Märkten der Welt als konstruktiv führend anerkannt werden. Ein deutscher Rohöllastwagen erhielt im vorigen Jahre als beste bisher auf den Weltmarkt gebrachte Leistung die höchste englische Industrieauszeichnung; Deutschland hält zudem die wichtigsten Weltrekorde für Motorräder.

Deutsche Kraftwagen aller Klassen haben auf großen Zuverlässigkeitsfahrten und Rennen im Wettbewerb mit den besten Fabrikaten des Auslands in jüngster Zeit erneut den Sieg erstritten. Ihre Eigenart ist: technischer Fortschritt, solide Ausführung, Zuverlässigkeit und Sparsamkeit im Betrieb. Auf der Suche nach einem preiswerten und guten Fahrzeug sollte sich daher jeder von dem Willen leiten lassen, diese und andere Vorteile des deutschen Fahrzeugs zu benutzen. Bevorzugung deutscher Kraftfahrzeuge bedeutet Förderung deutscher Produktionsstätten, bessere Ausnutzung ihrer Produktionsanlagen, Milderung der Arbeitslosigkeit, neue Kapitalbildung. Das aber sind die dringendsten Aufgaben der deutschen Wirtschaft

DER DEUTSCHE RUNDFUNK

Als im Oktober 1923 der erste deutsche Rundfunksender im Berliner Vox-Haus seinen Betrieb aufnahm, lag die Befürchtung nahe, daß der deutsche Rundfunk den jahrelangen Vorsprung seiner ausländischen Schwestergesellschaften — namentlich der nordamerikanischen und englischen — nicht mehr einholen würde. Die vergangenen Jahre haben das Gegenteil bewiesen. An die Stelle von 2000 Hörern zu Anfang des Jahres 1923 ist eine Hörermasse von 3¾ Millionen getreten. Die unter Beachtung der im Ausland gemachten Erfahrungen sorgfältig und den deutschen Sonderbedürfnissen angepaßte Organisation hat sich bewährt. Beim Aufbau des Sendernetzes hat die deutsche Funktechnik ihr Bestes geleistet und erneut bewiesen, daß ihre Weltgeltung berechtigt und verdient ist. Durch die von deutscher Kunst und Wissenschaft befruchteten Sendefolgen ist der deutsche Rundfunk zu einem Kulturinstrument ersten Ranges geworden. Trotz allem, was schon erreicht ist, hat seine Entwicklung ihr Ende noch nicht gefunden. Schon die sich rastlos weiter entwickelnde Funktechnik zwingt den Rundfunk, im Interesse der Hörer neue Wege zu betreten. Ob die zur Zeit im Gange befindlichen Versuche mit ultrakurzen Wellen einen Fortschritt bedeuten, bedarf noch eingehender Prüfung. Ebenso bedarf auch das Gebiet des Fernsehens der Weiterentwicklung, ehe an die Einführung derartiger Darbietungen gedacht werden kann. Dagegen besteht heute die Notwendigkeit, schon in Rücksicht auf den Bau stärkerer Sender im benachbarten Ausland, die technische Möglichkeit zur Errichtung und zum Betrieb von Großsendern auszunutzen. Der Wunsch der Hörer nach Lautsprecherempfang mehrerer Sender wird so erfüllt, während man sich in den ersten Jahren des Rundfunks darauf beschränken konnte, durch Errichtung verhältnismäßig schwacher Haupt- und zahlreicher Zwischensender der Hörergemeinde einen einwandfreien Ortsempfang zu sichern. In Durchführung dieser neuen Senderpolitik hat die Deutsche Reichspost mit einer völligen Neugestaltung des Sendernetzes begonnen. Außer den im Bau bzw. schon in Betrieb befindlichen Großsendern Mühlacker, Heilsberg und Langenberg sollen mit möglichster Beschleunigung weitere Großsender im Bereich von Schlesien, Sachsen, Bayern, bei Berlin und im norddeutschen Bezirk errichtet werden. Auch ist eine erhebliche Verstärkung des Frankfurter Senders und des Deutschland-Senders Königswusterhausen vorgesehen. Durch die Verstärkung des deutschen Langwellennetzes und gleichzeitig durch die Ausnutzung der erst durch die technischen Fortschritte der letzten Jahre ermöglichten Telephonie auf kurzen Wellen wird es möglich sein, in verstärktem Maße den Rundfunk auch denjenigen Hörern deutschen Stammes und deutscher Zunge zugänglich zu machen, die durch Landesgrenzen und sogar durch Weltmeere von dem Stammlande getrennt sind. Mit diesen wenigstens in kultureller Beziehung in Verbindung zu bleiben, ist ein Recht der alten Heimat und ein dringender Wunsch der Auslandsdeutschen selbst. Es liegt ja leider im Wesen des Deutschen, der unter fremdem Kultureinfluß lebt, allzu leicht die Sprache und die Sitte des Stammlandes zu vergessen und, im fremden Volkstum aufgehend, zum Kulturdünger zu werden. Hier soll und muß der deutsche Rundfunk eingreifen. Das Hören der aus der Heimat unmittelbar zu ihm tönenden Worte und Lieder wird bei den Auslandsdeutschen immer wieder die Erinnerung an das Mutterland wecken.

Aber nicht nur ein Werkzeug im friedlichen Kampf um die Erhaltung des Deutschtums im Ausland soll der Rundfunk sein. Eine ebenso wichtige Rolle wird er innerhalb der Bestrebungen für eine internationale Verständigung und Völkerversöhnung spielen, wenn den deutschen Hörern umgekehrt ausländische Sendefolgen übermittelt

„Haus des Rundfunks" in Berlin-Charlottenburg

— HEUTE UND MORGEN!

werden und so Verständnis für andere Länder und ihre Völker geweckt wird. Erfreulicherweise gelungene Versuche haben bereits zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten stattgefunden, so daß mit den zuständigen amerikanischen Stellen Vereinbarungen getroffen werden konnten, um diese einzelnen Uebertragungen zu einer regelmäßigen und dauernden Einrichtung zu machen. Mit den europäischen Ländern besteht ja bekanntlich ein derartiger Programmaustausch schon seit mehreren Jahren. Auch sonst wird die Zukunft einen Ausbau der Programmgestaltung bringen. Die Versuche, eine arteigene Rundfunkkunst, insbesondere auf dem Gebiete des Hörspiels, zu schaffen, sind im Gange und haben schon vielversprechende Erfolge erzielt. Die Aufnahme von Zwiegesprächen zur überparteilichen Erörterung politischer Tagesfragen in die Sendefolgen seien hier nur erwähnt. Die Heranziehung des Tonfilms und die Sendung besonders aufgenommener Hörfolgen auf Schallplatten bedeuten weitere Entwicklungsstufen. Nicht zu vergessen sind auch die Bemühungen um eine für den Rundfunk besonders geeignete Instrumentierung eigens geschaffener Musikwerke und ebenso die unmittelbare Uebertragung von Tönen, zum Beispiel von Klavieren, auf den Sender unter Vermeidung des Umweges über das Mikrophon.

Schließlich muß auch noch die Frage einer organisatorischen Weiterentwicklung gestreift werden. Wie schon oben erwähnt, hat die jetzige Organisation des deutschen Rundfunks sich bewährt. Es besteht keinerlei Absicht, an ihr zu rütteln. Vor allem ist es die dezentralisierte Programmgestaltung in den einzelnen deutschen Sendebezirken, die nicht geändert werden soll, da sie der landsmannschaftlichen Struktur unseres Vaterlandes entspricht und nur durch sie den örtlichen Eigenarten und Bedürfnissen entsprochen werden kann. Es wäre falsch, diesen seinerzeit eingeschlagenen Weg zu verlassen und zu einer Verbreitung von Einheitsprogrammen für das ganze Deutsche Reich überzugehen. Auch finanzielle Erwägungen und das Streben nach Rationalisierung können und dürfen hier nicht entscheidend sein. Andererseits darf natürlich eine Dezentralisation nicht zu einem Nebeneinander- oder gar zu einem Gegeneinanderarbeiten führen. Es wäre nicht zu verantworten, wenn einzelne Programmpunkte — wie etwa die Uebertragung bedeutender Konzerte, aktueller Ereignisse oder bestimmter Eigendarbietungen einer Gesellschaft — einzeln vorbereitet und durchgeführt werden würden. Nachdem durch den Ausbau des deutschen Rundfunkkabelnetzes die technische Möglichkeit geschaffen wurde, ist es eine Zukunftsaufgabe des Rundfunks, den Programmaustausch, von dem jetzt schon häufig Gebrauch gemacht wird, in weiterem Maße auszubauen. Es handelt sich hier nicht nur um die Uebernahme von Darbietungen einzelner Gesellschaften auf das ganze deutsche Rundfunknetz, den sogenannten „Reichssendungen", sondern auch um einen Programmaustausch zwischen benachbarten, verwandte Kulturkreise versorgenden Gesellschaften, sogenannten „Sendegemeinschaften". Die Fortführung der Entwicklung in diesem Sinne bedeutet lediglich eine die Selbständigkeit und die freie Entwicklung der Beteiligten nicht berührende Gemeinschaftsarbeit und keine „Zentralisation"!

Alles in allem: Der Rundfunk von morgen wird nicht der Rundfunk von heute sein. Stillstand würde auch hier Rückschritt bedeuten. Fortschritt im vernünftigen Sinne heißt aber Aufbau auf den bisher gewonnenen Fundamenten. Wenn der deutsche Rundfunk in diesem Sinne weiter arbeitet und sich weiter entwickelt, wird er auch morgen weiter das bleiben, was er heute schon geworden ist, ein kostbarer Besitz des ganzen deutschen Volkes, seiner Kultur und seiner Wirtschaft!

„Großer Sendesaal der Südwestdeutschen Rundfunkgesellschaft" in Frankfurt a. M.

Der Südwestfunk im achten Jahre

Das achte Lebensjahr stellt den Rundfunk vor besondere Aufgaben. Weniger die Befriedigung über die gewaltige Entwicklung, die hinter uns liegt, steht im Vordergrund als die Beantwortung der Frage, wie der Rundfunk, d. h. der gesamte Komplex, den das eine Wort ausmacht, imstande ist, einen Haltepunkt in dem Sturm zu bilden, der unser gesamtes öffentliches und kulturelles Leben bedroht. Der Begriff „Rundfunk" ist nicht durch die Rundfunkgesellschaften einerseits und die Masse der Hörer andererseits erschöpft. Er muß tiefer verstanden werden. Ein organisches Gefüge ist gewachsen. Ein eigener Blutkreislauf erfüllt das Gefüge. Eine Verbindung Aller zu Allen ist entstanden, die ein wesentliches Fundament darstellt, die Zeit der Kämpfe und Zerrissenheit zu überwinden und durch Klärung der Probleme den Ausweg zu finden. Eine Einheit über aller Zerrissenheit und Gegnerschaft tritt zu Tage, wenn der Führer eines Volkes in schweren Tagen zu allen spricht — eine Einheit über die Grenzen der Nation hinaus, wenn ganz Europa unter dem Eindruck einer Kunstdarbietung steht. Das Schwergewicht der Aufgabe des Rundfunks in seinem achten Jahre liegt darin, den Blutkreislauf, der Neues schafft, nicht ins Stocken geraten zu lassen, sondern ihm ständig aufbauende Nährstoffe zuzuführen.

Die wirtschaftliche und finanzielle Not droht Gebiete mit ältester kultureller Tradition versanden zu lassen. Einrichtungen, die Jahrhunderte, auch über schwere Zeiten hinaus, bestanden haben, stehen vor ihrer Schicksalsfrage. Für Viele kann der Rundfunk eine Aufnahmestelle bilden. Materiell sind seine Möglichkeiten zwar gering, da die enge Verschwisterung mit dem notleidenden Reiche auch ihm enge, ja notgedrungen zu enge, Schranken setzt. Trotzdem will er sein Möglichstes weiter tun, um durch planvolle Zusammenarbeit auch dem öffentlichen Kunstleben einen Rückhalt zu geben. Er wird auch weiter seine ganzen Kräfte daran setzen, seine Wirkungsmöglichkeiten in vollem Umfange werbend einzusetzen, um den bedrohten Einrichtungen, die, abgesehen von der allgemeinen wirtschaftlichen Not, darunter besonders leiden, daß ihr Unterbau durch die soziologischen Veränderungen erschüttert ist, neue Schichten und Freunde zuzuführen.

Der Ausbau des Sendernetzes durch Errichtung eines Groß-Senders in Frankfurt a. M. und der Bau eines Zwischensenders in Trier werden dem Südwestfunk die Möglichkeit geben, auch technisch gerüsteter an die Erfüllung seiner Aufgaben heranzugehen. Die Verbundenheit der Hörer des Bezirks, die dadurch bedroht war, daß der Empfang des Ortsprogramms durch starke ausländische Sender verhindert oder beeinträchtigt wurde, wird sich festigen und verbreitern.

Der Südwestfunk wird alle Kräfte daran setzen, damit in späteren Zeiten gesagt werden kann, daß er bei der Ueberwindung der Not unseres Volkes mit in erster Linie gestanden hat.

Dr. Wilhelm Schüller,
Vorstand der Südwestdeutschen Rundfunk-AG.

Segler mit Petroleumfässern.

DAS WEISSE BLUT DER WELTWIRTSCHAFT

ZUR ENTWICKLUNGSGESCHICHTE DER DEUTSCH-AMERIKANISCHEN PETROLEUM-GESELLSCHAFT

Der Verbrauch von Mineralölen steigt in den letzten Jahrzehnten bei uns in einer geradezu beispiellosen Weise. Entscheidend dafür war die Preisgestaltung, d. h. in diesem Fall das Tempo, in dem der Verkaufspreis auch durch Verbilligung und Beschleunigung des Transportes gesenkt wurde.

Wer kann sich heute vorstellen, daß man im vorigen Jahrhundert das Petroleum in Fässern nach Deutschland verlud! Aber schon in der Aera des Segelschiffs wurde das erste Tankschiff der Welt von der Deutsch-Amerikanischen Petroleum-(„Standard"-) Gesellschaft gebaut. Diese Transportart war damals so neu und unheimlich, daß auf dem ersten Tanksegler „Andromeda" kein Seemann fahren wollte. Schließlich brachte man doch eine Mannschaft zusammen, und nach der ersten geglückten Hin- und Rückfahrt von Geestemünde nach U. S. A. war der Bann gebrochen, wenn auch noch große Schwierigkeiten zu überwinden waren, bis Tanksegler sich durchsetzten.

Im Jahre 1885 folgte der Bau des ersten Tankdampfers „Glückauf". Auf einen Schlag verbilligte sich durch die neue Transportart der Petroleumpreis um 50 Proz. Bald trat der Motor seinen unwiderstehlichen Siegeszug durch die Welt an. Ungeheuer stieg der Bedarf an Betriebsstoffen. Immer größer wurden die Transporte.

Tanklager mit Kesselwagen.

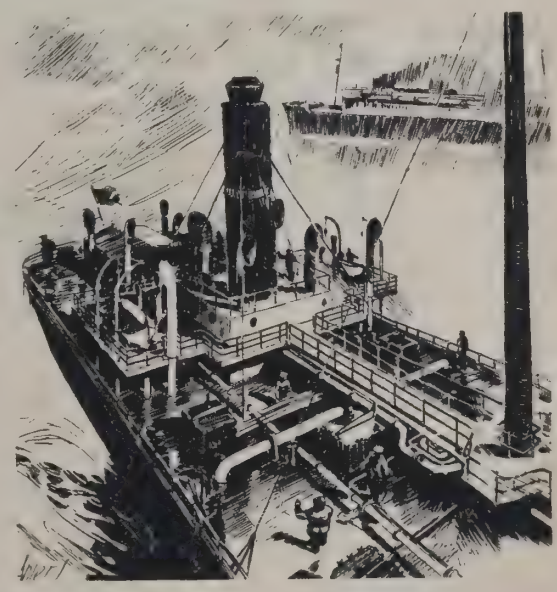
Der erste Tankdampfer der Welt „Glückauf" (1885).

Als erste Tankschiff-Reederei stellte sich die Deutsch-Amerikanische Petroleum-(Standard-) Gesellschaft auf die modernste Antriebsart, den Dieselmotor, um. Im Jahre 1914 war sie die drittgrößte Reederei und die größte Privat-Reederei Deutschlands. Der Krieg stoppte auch hier die Entwicklung. Gleichzeitig mit dem Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte begann die Deutsch-Amerikanische Petroleum-(Standard-)Gesellschaft mit dem Aufbau ihrer heutigen Flotte. Seit 1919 wurden 130 Millionen Mark für den Neubau von Schiffen ausgegeben. 30 Schiffe mit einer Gesamttonnage von über 300 000 Tonnen wurden fertiggestellt. Allein im September 1930, also in einem Jahr, da die Arbeit den deutschen Werften gut zustatten kam, wurden 6 Tankschiffe zu je 16 200 Tonnen in Auftrag gegeben, die einen Wert von 30 Millionen Mark darstellen.

Seit Kriegsende wurden der deutschen Wirtschaft insgesamt Aufträge in Höhe von 230 Millionen Mark zugeführt. Dabei spielte der Ausbau des deutschen Tankstellennetzes der Deutsch-Amerikanischen Petroleum-Gesellschaft eine bedeutende Rolle. Seit 1924, dem Erbauungsjahr der ersten Straßentankstelle, wurde eine gewaltige Arbeit geleistet. Heute kennt jeder die leuchtend roten Zapfstellen in Stadt und Land, die die Motorisierung Deutschlands mit ermöglichten. Dem Fahrer sind sie unentbehrlich geworden.

Die Bindeglieder zwischen Tankschiff und Zapfstelle sind Tanklager und Transportmittel. Auto und Eisenbahnwagen sind in gleicher Weise dem Mineralöltransport nutzbar gemacht. Ein Netz von Tanklagern ist in Deutschland errichtet und befriedigt die ständig wachsende Nachfrage nach Mineralölen. Selbst die entlegensten Gebiete müssen stets regelmäßig beliefert werden.

Welche Fülle von Aufgaben und Problemen zu lösen war, bis der heutige musterhafte Zustand erreicht wurde, ahnen die wenigsten. In ganz kurzer Zeit wurde Großes geleistet, indem man sich bemühte, der Volkswirtschaft zu dienen und sie zuverlässig und zweckmäßig mit den lebenswichtigen Erzeugnissen des Erdöls zu versorgen.



Modernes Tank-Motorschiff

Straßenzapfstelle mit Transportwagen.

Felten & Guilleaume Carlswerk Actien-Gesellschaft

und

Felten & Guilleaume Carlswerk Eisen und Stahl Aktiengesellschaft

Köln-Mülheim

Vor fast 60 Jahren ist das Carlswerk von dem jetzt über 100 Jahre alten Stammhause Felten & Guilleaume in Köln abgezweigt worden, um in einem besonderen Unternehmen in Köln-Mülheim die Drahtseil- und Kabelfabrikation zu betreiben.

Die Drahtseilerei wurde bald zu einer vielseitigen Technik. Aus dem einfachen Drahtseil, wie es ursprünglich nur für den Bergbau geschaffen worden war, haben sich Zug- und Tragorgane verschiedenster Art entwickelt. Das Carlswerk hat in dieser Entwicklung die Führung behalten. Es hat die verschlossenen Seile für Hängebrücken und Luftseilbahnen durchgebildet, die flachlitzigen Seile für Bergbahnen und Hebezeuge, die drallfreien doppelflachlitzigen Seile zum Heben freischwebender Lasten und die dreikantlitzigen Seile für Förderzwecke. Die Herstellung von Fassonseilen ist eine Spezialität des Carlswerks, ebenfalls die Tru-Lay-Neptun-Drahtseile aus vorgeformten Drähten. Aus der letzten Zeit sei auch die Lieferung der Tragkabel für die Köln-Mülheimer Kabelbrücke (1929) erwähnt.

Die Erzeugung des Seildrahtes im eigenen Betriebe führte dazu, die Fabrikation allmählich auf das ganze Gebiet der Drahterzeugung und Drahtverarbeitung auszudehnen. Daraus entwickelte sich als Besonderheit die Herstellung hochwertiger Drähte vom Kratzendraht bis zum Pflugseildraht mit 200 kg/qmm Festigkeit, zum Klaviersaitendraht mit 260 kg/qmm und zum Zithersaitendraht mit 300 kg/qmm Festigkeit. Daneben entstand eine Reihe anderer Betriebe, in denen Stacheldraht, Drahtgeflechte, Zug-, Druck- und Springfedern, Bandseile, Transportbänder, Drahtstifte, Webelitzen und ganze Webegeschirre hergestellt werden.

In ähnlicher Weise wie Eisen und Stahl durchlaufen Kupfer, Bronze und Aluminium die Drahtwalzen, die Grob- und Feinzüge und die Verseilmaschinen für die Herstellung von Stark- und Schwachstromkabeln. Der Kabelbau steht seit Jahrzehnten so im Vordergrund des Interesses, daß das Carlswerk in erster Linie als Kabelwerk weltbekannt ist. Die Vielseitigkeit der elektrotechnischen Erzeugnisse des Carlswerks geht aber noch weit über das Gebiet des Kabelbaues hinaus. U. a. seien erwähnt die Carlswerk-Hohlseile für Höchstspannungsfreileitungen, Kabelgarnituren für Stark- und Schwachstrom, Schienenverbinder, elektrische Meßinstrumente, gekapselte Hochspannungs-Schaltanlagen; ferner Kupfer- und Aluminiumrohre, -stangen und -bänder, armierte biegsame Wasserrohre usw.

Die Leistungen des Carlswerks im Kabelbau sind bekannt. Man weiß, daß Theodor Guilleaume 1850 als erster die noch heute übliche Eisenbewehrung für Unterwasserkabel vorgeschlagen hat, und daß das Carlswerk seit 1876 den größten Teil des Reichstelegraphennetzes geliefert und verlegt hat. Ebenso bekannt ist der Anteil der Firma am Ausbau des deutschen überseeischen Telegraphennetzes, das uns durch den Krieg genommen wurde, dessen Neuschaffung aber seit Jahren wiederum unter maßgeblicher Beteiligung des Carlswerks im Gange ist.

In der Fernkabeltechnik hat das Carlswerk die entscheidenden Entwicklungsabschnitte eingeleitet. Gleich bedeutend war und ist der Einfluß des Werkes auf die Entwicklung der Starkstromkabeltechnik.

All die vielverzweigten Betriebe sind schon seit Jahren betriebs- und verwaltungstechnisch in die Gruppen „Eisen und Stahl“ und „Kupfer und Kabel“ zusammengefaßt. Seit 1930 sind nun auch die Betriebe der erstgenannten Gruppe in der Felten & Guilleaume Carlswerk Eisen und Stahl A. G. vereinigt und die Betriebe der Gruppe „Kupfer und Kabel“ in der Felten & Guilleaume Carlswerk Act.-Ges.

CARL FREUDENBERG

G. M. B. H.

WEINHEIM

(BADEN)

GEGRÜNDET 1844

Fabriken in Weinheim, Schönau bei Heidelberg, Neckarsteinach, Lausanne

HAUPTARTIKEL:

Farbige und schwarze chromgegerbte Kalbleder

Lackleder / Wasserdichte Oberleder

Schwarze und farbige Plüsch-Kalbleder

Arbeiterzahl 3200

ENGELHARDT-BRAUEREI

AKTIENGESELLSCHAFT / BERLIN

Aktienkapital RM 12100000.— / Offene Reserven RM 3010000.—

ENGELHARDT-HAUS, BERLIN, SITZ DER ZENTRALVERWALTUNG

Als um das Jahr 1860 in der Chausseestraße in Berlin eine kleine obergärige Braustätte ihren Betrieb eröffnete, konnten auch die kühnsten Hoffnungen und Erwartungen ihres Besitzers nicht den Weg vorausahnen, den das Unternehmen im Laufe von annähernd 70 Jahren bis zu seiner heutigen Bedeutung und Größe durchlaufen würde.

So hatte der damalige Betrieb noch im Laufe des vergangenen Jahrhunderts mit manchen Schwierigkeiten zu kämpfen und wechselte mehrmals den Inhaber und die Firma, welcher erst vom Jahre 1887 an der Name Engelhardt das Gepräge verlieh, das ihre Produkte bis zum heutigen Tage volkstümlich und bis über die Grenze des Reiches hinaus bekanntgemacht hat.

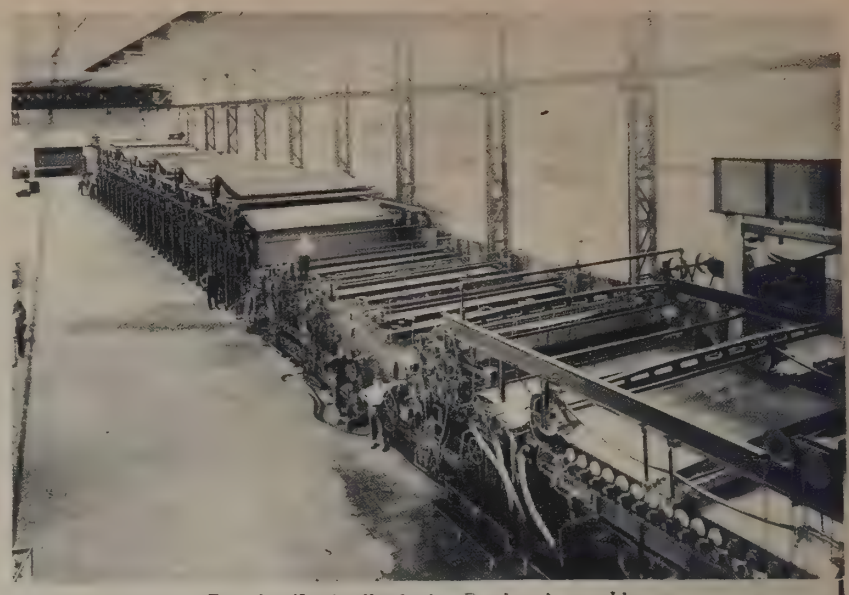
Zu Anfang dieses Jahrhunderts erreichte der Jahresausstoß die Zahl von 10 000 hl Bier. In den darauffolgenden 25 Jahren konnte der Ausstoß auf nicht weniger als das Hundertfache der Menge gesteigert werden und überschritt erstmalig im Jahre 1926 die Summe von **1 000 000 hl.** (Auch in den folgenden Jahren erhöhte sich der Umsatz in beträchtlichem Maße.)

Dieser beispiellose Aufstieg der Engelhardt-Brauerei ist auf die vorzügliche Qualität und große Beliebtheit ihrer Erzeugnisse zurückzuführen. Hinzu trat die lebendige Beobachtung und Nutzanwendung aller Neuerungen technischer und organisatorischer Art, die für die Entwicklung des Braugewerbes in dieser Zeit charakteristisch waren. Besondere Aufmerksamkeit widmete die Engelhardt-Brauerei schon im Anfang dieses Jahrhunderts der Herstellung des Caramel-Malzbieres. Sie war es, die als erste Brauerei die Pasteurisierung dieses wohlschmeckenden alkoholarmen Getränkes aufnahm. Dank der Beliebtheit und dem wachsenden Zuspruch, die dem Engelhardt-Caramel-Malzbier zuteil wurden, hatte sich das Unternehmen mit seinen Produkten in kurzer Zeit den Markt erobert und die führende Stellung im obergärigen Brauereigewerbe errungen. Auch heute noch ist die Engelhardt-Brauerei, obgleich der weitaus größte Teil ihrer Produktion jetzt in der Herstellung untergäriger Biere, der Lagerbiere, liegt, als die größte Malzbierbrauerei der Welt bekannt.

Im Einklang mit dieser Entwicklung war der Rahmen der Firma mannigfachen Veränderungen unterworfen, der das Wachstum des Unternehmens auch ziffernmäßig veranschaulicht. Um den vergrößerten Aufgaben gerecht zu werden, wurde die Firma im Jahre 1907 in eine Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 1 000 000 RM. umgewandelt; noch vor dem Kriege machte sich eine Erhöhung auf 2 000 000 RM. erforderlich. Die Kapitalsdecke ward alsdann während des Krieges und der Inflationszeit vielfältigen Erweiterungen unterzogen, bis schließlich im Jahre 1924 eine Umstellung auf 12 100 000 RM. erfolgte.

An Stelle des ursprünglichen Kleinbetriebes vereinigt das heutige Großunternehmen einschließlich seiner ihm nahestehenden Gesellschaften 27 moderne leistungsfähige Brauereien und Malzfabriken in allen Gegenden Norddeutschlands, die einen beträchtlichen Anteil sowohl des inländischen Verbrauchs als auch des Exportes nach Uebersee decken.

Feldmühle,
Papier- und Zellstoffwerke Aktiengesellschaft,
Werk Odermünde bei Stettin



Eine der 12 schnellaufenden Druckpapiermaschinen der Feldmühle
6 Meter breit, über 100 Meter lang

FELDMÜHLE, PAPIER- UND ZELLSTOFFWERKE

AKTIENGESELLSCHAFT

Die Feldmühle ist das bedeutendste deutsche Papiererzeugungsunternehmen, welches nach Angliederung der Königsberger Zellstoff-Fabriken und Chemische Werke Koholyt A.-G. in seinem gesamten Konzern mit seinen 13 Werken neben zahlreichen chemischen Produkten täglich 860 000 kg Papier und 610 000 kg Zellstoff herstellt. Das größte Werk ist das in Odermünde, welches im Bilde gezeigt ist, außerordentlich günstig für die Uebersee- und Binnenschiffahrt am linken Ufer der Oder, unterhalb von Stettin gelegen. Es besteht aus einer Druckpapierfabrik mit 4 schnellaufenden Papiermaschinen, unter denen die neueste mit einer Siebbreite von 6 Metern und einer Tagesleistung von 120 000 kg die leistungsfähigste Papiermaschine Deutschlands ist (siehe Abbildung), und einer Zellstoffabrik, in welcher auf 5 Maschinen Cellulosepapiere aller Art hergestellt werden. Weiterhin befindet sich hier eine Dampfholzschleiferei mit 14 Großkraftschleifern, eine Zellstoffabrik mit 5 Kochern, eine Sulfitspiritusfabrik, zur Verarbeitung der Ablauge der Zellstoffabrik auf Alkohol und eine Chlorerzeugungs- und Aetznatronanlage, in welcher das zur Zellstoffbleiche erforderliche Chlor durch Elektrolyse von Kochsalz gewonnen und wo das bei diesem Vorgang freiwerdende Aetznatron eingedickt wird. Das jüngste Kind des Werkes Odermünde ist die Heliozell-Fabrik zur Erzeugung transparenter Viscosefolien, „Heliozell" genannt.

Werk Hohenkrug in Pommern ist eine der modernsten Erzeugungsstätten für holzfreie Schreib- und Druckpapiere, von denen das bekannte und beliebte „Feldmühle Special-Bank-Post" besonders hervorgehoben sei. Ferner werden hier Normalpapiere, Vervielfältigungspapiere und Postkartenkartons gearbeitet. Besondere Bedeutung hat das Werk dadurch erlangt, daß hier vor mehreren Jahren die größte Schreibpapiermaschine der Welt zur Aufstellung gelangte.

Mit der Erzeugung fettdichter Papiere, Pergamyn und Pergament-Ersatz befaßt sich das Werk Liebau in Schlesien, das Stammwerk der Feldmühle.

Reisholz bei Düsseldorf. Dieses Werk besteht aus einer Zeitungsdruckpapierfabrik mit 3 Papiermaschinen und einer Dampfholzschleiferei mit 6 Großkraftschleifern. Im Werk Uetersen in Holstein wird auf zwei Papiermaschinen ebenfalls Zeitungsdruckpapier gefertigt, ebenso in

Flensburg, wo außerdem Tapetenrohpapier gearbeitet wird.

Mit der Kartonpapierfabrikation befaßt sich die Feldmühle in ihren Ruhrwerken Arnsberg in Westfalen. Hier wird auf zwei Kartonmaschinen Chromoersatzkarton, Maschinenholzkarton und Graukarton hergestellt. Sackheim, oberhalb von Königsberg/Pr., am Pregel gelegen, besteht aus zwei in sich geschlossenen Zellstoff-Fabriken mit insgesamt 14 Kochern und 4 Entwässerungsmaschinen, einer gemeinsamen Laugenstation und einer Sulfitspiritusfabrik.

Aehnliche Anlagen, und zwar eine Zellstoffabrik mit 10 Kochern und zwei Entwässerungsmaschinen, eine Laugenbereitungsanlage und eine Sulfitspiritusfabrik befinden sich in Cosse, unterhalb von Königsberg am Pregel gelegen.

Werk Hillegossen bei Bielefeld stellt in der Hauptsache Zeitungsdruckpapier, sowie holzfreie und holzhaltige Schreib- und Druckpapiere her.

In Oberlahnstein am Rhein besitzt die Feldmühle ein Werk zur Erzeugung von echt Pergamentpapier und besseren Kreppapieren.

Lülsdorf, zwischen Bonn und Köln am Rhein gelegen, ist eine elektrochemische Fabrik und produziert Aetzkali, Aetznatron, Wasserstoff und Chlorprodukte. Außerdem gehört zu diesem Werk eine Elektroschmelze zur Herstellung von Korunden.

Das Werk Wesseling am Rhein verarbeitet die in Lülsdorf erzeugten Korunde zu Schleifmitteln aller Art, Schmirgelpapieren, Schmirgelleinwand, Schleifscheiben und wasserfesten Schleifpapieren. Außerdem befindet sich hier ein großes Zentralforschungslaboratorium, welches sämtlichen Werken dient.

Die jährliche Leistungsfähigkeit des gesamten Feldmühle-Konzerns veranschaulichen folgende Zahlen:

Zeitungsdruckpapier: Werk Odermünde 83 000 t, Werk Reisholz 51 000 t, Werk Uetersen 24 000 t, Werk Flensburg 11 000 t, Werk Hillegossen 12 000 t, also insgesamt 181 000 Tonnen.

Sonstige Papiersorten: Werk Odermünde 15 500 t, Hohenkrug 16 900 t, Liebau 2 500 t, Flensburg 5 200 t, Hillegossen 13 000 t, Oberlahnstein 6 000 t, zusammen ca. 59 100 t.

Karton: Ruhrwerke Arnsberg 21 000 t.

Somit beträgt die Jahreskapazität an Papier und Karton insgesamt ca. 262 000 t.

Zellstoff: Odermünde 61 000 t, Sackheim 93 000 t, Cosse 65 000 t, zusammen 219 000 t.

Holzschliff: Odermünde 69 000 t, Reisholz 33 000 t, Uetersen 15 500 t, Flensburg 7 200 t, Arnsberg 21 600 t, Hillegossen 13 000 t, d. s. insgesamt ca. 157 000 t.

Heliozell: Odermünde 200 t.

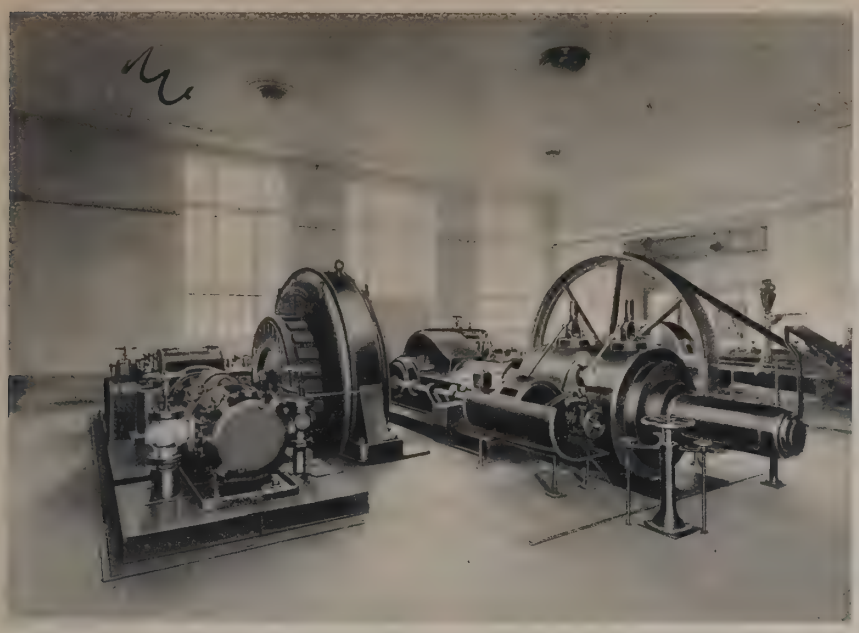
Sulfitspiritus: Odermünde 1 800 000 Ltr., Sackheim 3 500 000 Liter, Cosse 2 800 000 Ltr., zusammen 8 100 000 Ltr.

Chemische Produkte im Werk Koholyt-Lülsdorf einschließlich 900 t Aetznatron in Odermünde 32 700 t, ferner 2 520 000 cbm.

Elektrokorunde im Werk Koholyt-Lülsdorf 3 800 t.

Schleifsteine und Schleifmittel im Werk Koholyt-Wesseling 750 t.

Der Sitz des Vorstandes und der Hauptverwaltung, wo der Einkauf und Verkauf für den gesamten Feldmühle-Konzern zentralisiert ist, ist Stettin.



BRAUEREI-KÄLTEMASCHINENANLAGE

HAFEN-KÜHLHAUS KÖLN

GESELLSCHAFT FÜR LINDE'S EISMASCHINEN A.-G., WIESBADEN

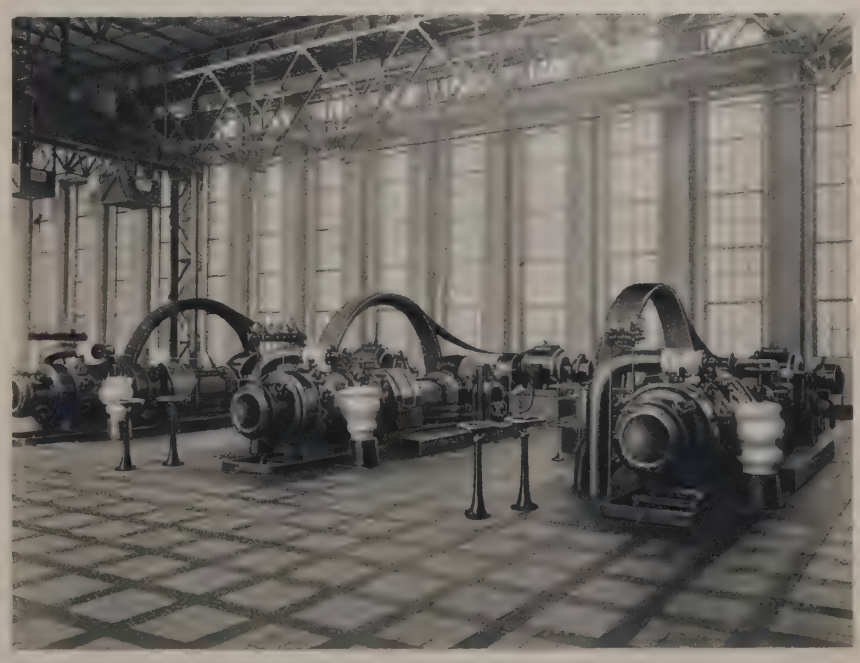
ABTEILUNGEN: a) GROSSKÄLTEMASCHINEN WIESBADEN MIT ANGEGLIEDERTER ABT. KLEINKÄLTEMASCHINEN MAINZ-KOSTHEIM · b) GASVERFLÜSSIGUNG HÖLLRIEGELSKREUTH BEI MÜNCHEN c) MASCHINENFABRIK SÜRTH, SÜRTH BEI KÖLN · d) GÜLDNER MOTOREN-WERKE ASCHAFFENBURG

Die Gesellschaft für Linde's Eismaschinen A.-G. Wiesbaden, die älteste und führende Firma der Kälteindustrie, wurde 1879 zu Wiesbaden gegründet und setzte sich unter der persönlichen Leitung Carl von Linde's, der wegen seiner bahnbrechenden Leistungen auf dem Gebiete der tiefen und tiefsten Temperaturen mit Recht als der Begründer der heute hochentwickelten Kältetechnik angesprochen wird, die Lieferung und Inbetriebsetzung von Kälteanlagen aller Art bis zu den größten Ausmaßen als Aufgabe. Diese Tätigkeit bildet auch heute noch das Arbeitsgebiet der Großkältemaschinen-Abteilung Wiesbaden, die bis jetzt über 11 000 Großkältemaschinen für die verschiedenen Verwendungszwecke künstlicher Kälte, insbesondere für Brauereien, Kühlhäuser, Schlachthöfe, Eisfabriken und die chemische Industrie lieferte. Daneben nahm die Gesellschaft Linde schon frühzeitig auch den Betrieb eigener großer Eisfabriken und Kühlhäuser im In- und Auslande auf und beteiligte sich an ähnlichen Unternehmungen. Als in der Nachkriegszeit die maschinelle Kühlung ihrer mannigfachen Vorteile wegen bei Haushaltungen, Konditoreien, Metzgereien, Restaurants und ähnlichen Betrieben im wachsenden Maße Eingang fand, wurde eine besondere Kleinkältemaschinenabteilung in Mainz-Kostheim errichtet, die sich in Verbindung mit der unten erwähnten Maschinenfabrik Sürth ausschließlich der Herstellung und dem Vertrieb von Kleinkältemaschinen bis zu den kleinsten Leistungen herab widmet.

Durch neue Erfindungen Carl von Linde's wurde 1895 der Grund zu der Abteilung für Gasverflüssigung gelegt, die sich in Höllriegelskreuth bei München mit dem Bau und der Lieferung von Anlagen zur Verflüssigung von Luft, zur Gewinnung von Sauerstoff, Stickstoff und Edelgasen aus verflüssigter Luft und zur Zerlegung anderer Gasgemische befaßt. Um den wachsenden Bedarf an diesen Gasen und gelöstem Azetylen zu decken und den Verbrauchern eine wohlfeile Versorgung zu ermöglichen, betreibt diese Abteilung insgesamt 26 eigene Fabriken und ist an gleichartigen in- und ausländischen Unternehmungen beteiligt. Eine besondere Bedeutung für die synthetische Herstellung von Ammoniak erlangte in den letzten Jahren das von der Gesellschaft Linde ausgearbeitete Verfahren zur Gewinnung von Wasserstoff-Stickstoffgemischen, bzw. Wasserstoff aus Koksofengas und ähnlichen wasserstoffhaltigen Gasgemischen.

Die Maschinenfabrik Sürth bei Köln wurde im Jahre 1920 der Gesellschaft Linde angegliedert. Der Aufgabenbereich dieses Werkes umfaßt den Bau von Gas- und Luftkompressoren jeder Größe und für alle Drucke bis 1000 atü, insbesondere für die Abteilung Gasverflüssigung, die serienmäßige Fertigung von Kleinkältemaschinen für die Zweigniederlassung Mainz-Kostheim, ferner die Herstellung von Hochdruck-Röhren-Kühlapparaten, Hochdruckarmaturen, Stahlflaschenventilen und Preßluftwerkzeugen. Endlich wurde im Jahre 1929 die Güldner-Motoren- G. m. b. H. in Aschaffenburg unter der Firma Güldner Motoren-Werke mit der Gesellschaft Linde verschmolzen und dadurch auch der Bau von Diesel-Motoren für die verschiedenen Antriebszwecke in das Fabrikationsprogramm aufgenommen.

STICKSTOFFKOMPRESSOREN-ANLAGE



TIEFKÜHLANLAGE

GEBR. SCHMIDT

G. M. B. H.

DRUCKFARBENFABRIKEN

BERLIN-HEINERSDORF

FRANKFURT A. M.-WEST

Bunte und schwarze Druckfarben von höchster Konzentration
und Ergiebigkeit für sämtliche Druckverfahren

SPEZIAL-ERZEUGNISSE:

Öl- und Wassertiefdruckfarben
Zeitungs-Druckfarben
Offsetfarben / Bronze-Druckfarben
Anilin-Gummidruckfarben

E X P O R T

Lieferant der „Frankfurter Zeitung“

Getreide-Industrie & -Commission Aktiengesellschaft

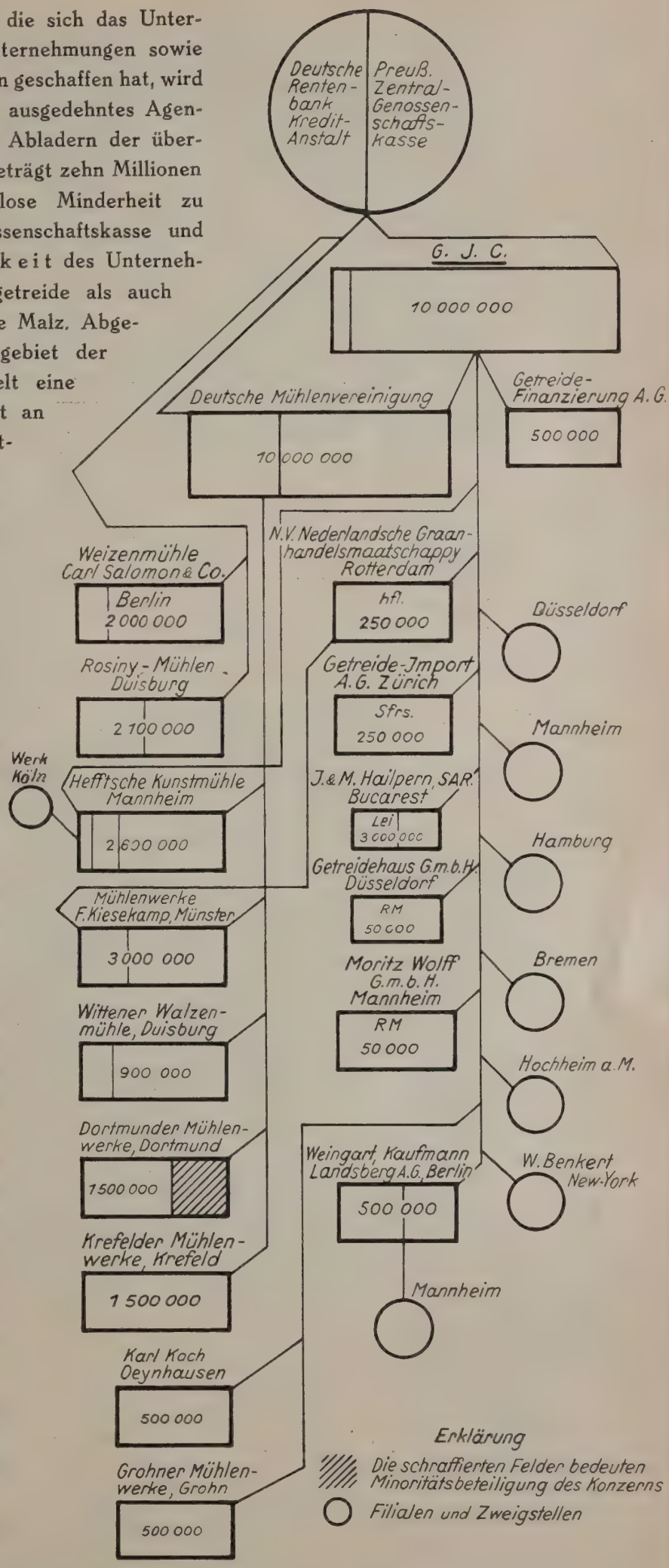
Berlin W. 56, Markgrafenstraße 46

Die Getreide-Industrie & -Commission Aktiengesellschaft ist Spitzenunternehmen eines Konzerns. dessen Aufbau sich aus nebenstehender Darstellung ergibt:

Die umfangreiche Zubringerorganisation und Absatzbasis, die sich das Unternehmen durch die Gründung von Filialen und Tochterunternehmungen sowie durch die Angliederung Getreide verarbeitender Industrien geschaffen hat, wird wirkungsvoll durch ein fast über alle europäischen Länder ausgedehntes Agenturnetz sowie durch weitreichende Verbindungen zu den Abladern der überseeischen Produktionsgebiete ergänzt. Das Aktienkapital beträgt zehn Millionen Reichsmark und befindet sich bis auf eine bedeutungslose Minderheit zu gleichen Teilen in Händen der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse und der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt. — Die Tätigkeit des Unternehmens erstreckt sich sowohl auf den Handel mit Brotgetreide als auch mit Futtermitteln, ferner Brau- und Industriegerste sowie Malz. Abgesehen von dem Inlandsgeschäft dehnt sich das Absatzgebiet der G. I. C. über ganz Europa aus. Das Transitgeschäft spielt eine verhältnismäßig große Rolle, zumal da die G. I. C. selbst an der Donau abladet und der Import nach Deutschland entsprechend der zunehmenden Versorgung Deutschlands mit einheimischen Erzeugnissen erheblich eingeschrumpft ist. Auf der gleichen Linie wie die Einfuhr bewegte sich auch die Entwicklung des Exportgeschäfts, das durch den bekannten Niedergang der Preise auf dem Weltmarkt im vergangenen Erntejahr fast vollständig zum Erliegen kam. Durch den im neuen Erntejahr mit der Wiedererstehung des Einfuhrscheines — jetzt seiner eigentlichen Bedeutung entsprechend zutreffend Ausfuhrschein genannt — ermöglichten Austausch deutschen Weizens und Roggens gegen ausländische Ware wird allerdings der Handel über die Grenzen des deutschen Zollgebietes in begrenztem Umfange wieder aufleben.

Das Schwergewicht ihrer Tätigkeit erblickt die G. I. C. jedoch in der Bearbeitung des deutschen Marktes und in ihrer Mitwirkung an der Bewegung der deutschen Ernte. Eine besonders wichtige Aufgabe hat sich das Unternehmen in der Finanzierung des genossenschaftlichen Getreideabsatzes gesetzt. Es wurde ein Weg gefunden, der ohne Hereinnahme von Sicherheiten durch Einschaltung der genossenschaftlichen Zentralorganisationen den genossenschaftlich organisierten Landwirten die Möglichkeit bietet, zu günstigen Zinsbedingungen Vorschüsse auf später zu erfüllende Getreidelieferungsverpflichtungen zu erhalten, wobei die Ware zum Tagespreis abzüglich einer geringen Marge bewertet wird. Die Entwicklung dieses Geschäftszweiges, der in den Erntejahren 1929/30 und 1930/31 auf das Doppelte bzw. Zweieinhalbfache gegenüber 1928/29 angewachsen ist, beweist, daß sich die Gesellschaft hinsichtlich ihrer Erntefinanzierungs-Methode auf dem richtigen Weg befindet.

Angesichts der großen volkswirtschaftlichen Bedeutung, die der Bereitstellung dieser Kredite zukommt, ist das Unternehmen trotz der augenblicklich ungünstigen Lage auf dem Geldmarkt auch in diesem Jahre mit beträchtlichen Mitteln zur Förderung der Erntebewegung ausgestattet worden.



Gütermann & Co.

Nähseiden-Fabriken Gegründet 1864 Gutach-Breisgau

Schutzmarke

Schappe-Seide

Zweigniederlassungen:
Buenos Aires / Bukarest / Paris / Perosa (Italien)
São-Paulo (Brasilien) / Troppau (Č.S.R.) / Warschau / Wien

Schutzmarke

Reale Seide

DIE GUTE FARBE - DER GUTE DRUCK

und deshalb verwendet der Qualitätsdrucker für alle Druckarten die bewährten HALLER-FARBEN, die ihm außerdem infolge der Herstellung in neuzeitlich eingerichteten Betrieben Preisvorteile bieten.

DRUCKFARBENFABRIK A. HALLER
G • M • B • H
FRANKFURT AM MAIN-RÖDELHEIM
FERNRUF: 75279

HAGEDA

Handelsgesellschaft Deutscher Apotheker A.-G.

Die HAGEDA Handelsgesellschaft Deutscher Apotheker A.-G., Berlin, mit ihren heutigen Zweigniederlassungen in Breslau, Köln, Essen, Frankfurt a. M., Hamburg, München und ihren Freundfirmen E. Glueck Nachf., Königsberg i. Pr., sowie Rump & Lehners G. m. b. H., Hannover, ist gegründet worden am 30. Dezember 1902 als „Einkaufsvereinigung der Apotheker Berlins m. b. H." mit einem Stammkapital von Mk. 37 000.—, woran vier Gesellschafter mit je Mk. 1000.— und 66 mit je Mk. 500.— beteiligt waren.

Sie wurde sehr bald in die noch heute geltende Firma umgewandelt und erstreckte ihre Wirksamkeit über ganz Deutschland.

Ursprünglich lediglich für die Versorgung der Apotheken mit Verbandsstoffen ins Leben gerufen, nahm sie nach kurzer Zeit bereits den Handel mit fertigen Arzneimitteln und die Eigendarstellung galenischer Präparate auf.

Während das Gründungskapital 1902 Mk. 37 000.— betrug, erfolgte die erste Erhöhung 1905 auf Mk. 356 000.— und entwickelte sich weiter wie folgt:

1906	Mk.	694 000.—
1907	„	2 535 000.—
1911	„	5 600 000.—
1918	„	7 600 000.—
1919	„	10 600 000.—
1920 April	„	14 600 000.—
1920 November	„	19 600 000.—
1922 April	„	53 000 000.—
1922 September	„	116 000 000.—
1923	„	296 000 000.—
1924 Umstellung auf Goldmark	GM	3 906 000.—
1926	„	6 010 000.—

Die Entwicklung der Gesellschaft — besonders in ihrer Zentrale in Berlin — war eine solche, daß der Wunsch nach einer gesicherten räumlichen Unterkunft sich Berücksichtigung erzwang. Diese Unterkunft wurde gefunden in dem „Vereinshaus Deutscher Apotheker", das von einer zum Zwecke seiner Errichtung unter dem 3. Mai 1907 ins Leben gerufenen Gesellschaft mit beschränkter Haftung in den Jahren 1908/1909 erbaut und am 5. September 1909 seiner Bestimmung feierlich übergeben wurde. Das Stammkapital betrug Mk. 300 000.—, an dem 148 Gesellschafter und pharmazeutische Vereinigungen beteiligt waren. Es sollte diesen, insbesondere dem Deutschen Apotheker-Verein und dem Berliner Apotheker-Verein, die benötigten Verwaltungsräume und Säle für Vereinsversammlungen und Festlichkeiten geben und ein Haus sein, das auch nach außen der Bedeutung der Pharmazie und dem Zusammenschluß der deutschen Apotheker würdigen Ausdruck verlieh. Der Bau eines solchen Hauses war aber nur dann wirtschaftlich zu gestalten, wenn ein sicherer und sonst geeigneter Dauermieter vorhanden war. Hierfür erschien gerade die Hageda geeignet und hat damit die notwendige Grundlage für den Bau gegeben, der im nordwestlichen Berlin zwischen Levetzowstraße und Dortmunder Straße mit einem Kostenaufwand von etwa Mk. 1 600 000.—, wovon Mk. 360 000.— auf den Geländewert entfallen, von den Bauräten Reimer und Körte errichtet wurde. Dieses Vereinshaus, dessen Räume in den ersten Jahren von den genannten Vereinigungen nicht ganz ausgenutzt werden konnten, so daß andere Mieter willkommen waren, genügte nach wenigen Jahren nicht mehr dem Raumbedarf der Hageda. Diese nahm nicht nur alle Räume mit Ausnahme der vom Deutschen Apotheker-Verein und vom Berliner Apotheker-Verein benötigten in Miete und Benutzung, sondern sie mußte auch Teile ihres Betriebes an andere Stellen verlegen.

Auch die Kölner Zweigniederlassung ist seit dem Jahre 1912 in ein stattliches, von Regierungsbaumeister Moritz aufgeführtes Haus der Hageda, Neußer Straße 30, übergeführt. Im eigenen Heim befinden sich endlich die Zweigniederlassung Essen, die oben erwähnte Königsberger Firma E. Glueck Nachf. G. m. b. H. und Rump & Lehners G. m. b. H., Hannover. Die Zweigniederlassungen in München, Breslau, Frankfurt und Hamburg sind dagegen in ermieteten Räumen untergebracht.

Der Grundbesitz der Hageda in Berlin selbst umfaßt beinahe restlos das Grundstück Levetzowstraße 16 b und Dortmunder Straße 11, weiter Dortmunder Straße 12, Alt-Moabit 104, Rigaer Straße 69 sowie Reinickendorf, Blankestraße 5/6, alles in allem ein Grundbesitz von 18 046 qm Flächeninhalt.

Die weitere Entwicklung machte es notwendig, den Geschäftsrahmen zu erweitern durch Aufnahme pharmazeutischer Utensilien und Apparate, vegetabilischer Drogen, durch Vergrößerung der Fabrikation galenischer Präparate, eigene maschinell modern eingerichtete Drogen-Appretur sowie Fabrikation von Bandagen und Artikeln, die branchemäßig dazu gehören.

Die Hageda ist heute ein Großhandels- und Fabrikationsunternehmen, aus welchem der Apotheker alles beziehen kann, was er zur Einrichtung und Führung seiner Apotheke braucht.

Der Personalbestand in Zentrale, Filialen, Tochterunternehmungen beläuft sich auf etwa 1200 Köpfe. Der Vorstand setzt sich zusammen aus dem Generaldirektor **Koschitzky**, welcher der Gesellschaft seit 1906 angehört, dem Leiter des wissenschaftlichen chemischen Laboratoriums Direktor **Dr. Herzog** und dem Direktor Bruno **Cieslewicz**.

Den jetzigen Aufsichtsrat bilden Apotheker Dr. H. Salzmann, Berlin, als Vorsitzender, Direktor der Dresdner Bank Dr. W. Kleemann, Berlin, als 1. stellvertretender Vorsitzender, Apotheker Dr. W. Wartenberg, Berlin, als 2. stellvertretender Vorsitzender, und die Apotheker A. Büsch, Gelsenkirchen, E. Gebler, Hannover, Dr. M. Holz, Berlin, Pharmazierat Lesmüller, München, Dr. P. Runge, Hamburg, und E. Weigert, Breslau.

Handelsgesellschaft Deutscher Zeitungsverleger G. m. b. H.

Gegründet 1900

Berlin-Charlottenburg 2

Hardenbergstraße 12, Telegramm-Adresse: Zeitpapier Berlin, Fernsprech-Nummer: C 1 Steinplatz, Sammel-Nummer: 5251

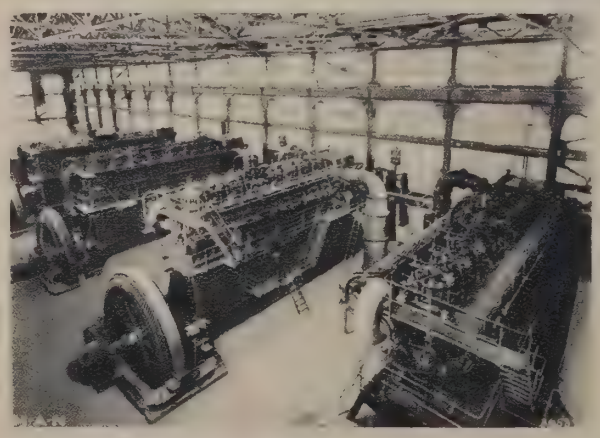
Papiere aller Art für Verleger und Drucker, Zeitschriftenpapiere, Werk-, Illustrations- und Kunstdruckpapiere in allen Qualitäten und Preislagen. Spezialität: Offset- und Tiefdruckpapiere in bewährter Ausführung.

Zeitungsdruckpapier in Rollen u. Formaten, speziell für Bilderdruck, in jeder Menge sofort lieferbar.
Druckfarben Schwarz- und Buntfarben
Matrizen-Pappen für alle Gießsysteme
Alle Maschinen für das graphische Gewerbe

ZWEIGSTELLEN IN DRESDEN, ERFURT, DÜSSELDORF, DANZIG, BRESLAU

M·A·N

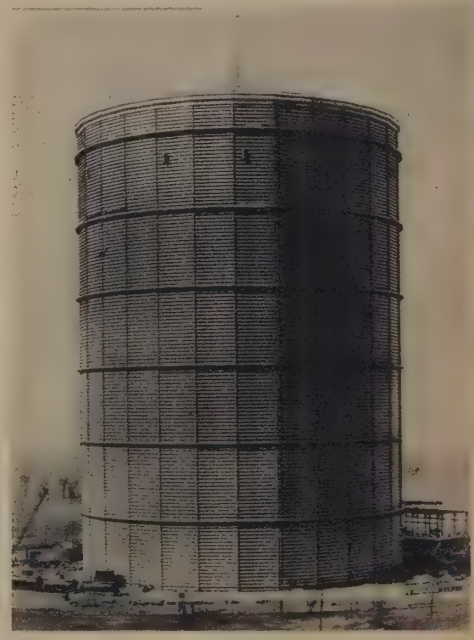
MASCHINENFABRIK AUGSBURG-NÜRNBERG



Kraftwerk Pedro de Valdivia-Chile mit 23825 PSe in 1500 m ü. d. M.

M. A. N.-Verladebrücken im Hafen von Rotterdam

Eines der bedeutendsten Industrieunternehmen mit vielseitigem Arbeitsgebiet ist die Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg A. G. (M. A. N.) Werk Augsburg, dessen Geschichte untrennbar mit dem Werdegang des deutschen Druckmaschinenbaues verknüpft ist, darf außerdem den Ruf der ältesten und größten Dieselmotorenfabrik in Anspruch nehmen. 1845 hat es die erste Schnellpresse, 1873 die erste deutsche Rotationsdruckmaschine gebaut, 1893—1897 entstand im Werk Augsburg der erste Dieselmotor der Welt. 1925 wurde vonWerk Augsburg eine Fünfzehnrollen-Rotationsdruckmaschine geliefert, welche seinerzeit die größte Zeitungsdruckmaschine der Welt war. Gegenwärtig kommt eine der größten Dieselkraftanlagen der Welt mit M.A.N.-Motoren (23 800 PSe) in der chilenischen Salpeterindustrie in Betrieb; eine noch größere Anlage, die größte der Welt, mit 35 000 PSe wurde für Kalifornien bestellt.
Gleichfalls um die Jahrhundertwende entstand in Nürnberg die M.A.N. - Großgasmaschine, die namentlich in der Hütten- und chemischen Industrie große wirtschaftliche Bedeutung erlangt hat. Fast 90jährige Erfahrungen besitzt die M.A.N. auch im Bau von Dampfkraftanlagen, neuerdings hat sie in der M.A.N.-Gegenlaufturbine, System Ljungström, eine Kraftmaschine größter Wirtschaftlichkeit entwickelt.
Bedeutend sind die Leistungen Werk Nürnbergs auf dem Gebiete des Transportwesens. 150 000 Eisenbahn- und Straßenbahnwagen haben bisher die Werkstätten verlassen; im Bau von Lastkraftwagen und Omnibussen steht es mit an der Spitze der Entwicklung. M.A.N. - Hafenkrane und Umschlagsanlagen arbeiten in allen Welthäfen.
In vielen internationalen Wettbewerben sind M.A.N. - Brückenentwürfe preisgekrönt. Namen wie die Schiffsbrücke über das Goldene Horn, die Hoangho-Brücke, sind überall bekannt. Die neue Elbbrücke in Dresden ist eine der größten Vollwandbalkenbrücken. Im Stahlhochbau ist die M.A.N. führend. Unter anderem hat sie im Freihafen von Bremen 2 Baumwoll - Lagerschuppen von 46 000 qm Grundfläche errichtet. Der wasserlose M.A.N.-Gasbehälter bedeutet eine völlige Umwälzung auf dem Gebiet des Gasbehälterbaues; über 18 Millionen cbm Gesamtinhalt sind davon in aller Welt schon gebaut worden. Technische Großleistungen sind endlich auch die neuesten Wehrbauten und Druckrohrleitungen für das Rhein-Kraftwerk Ryburg-Schwörstadt, Herdecke, Schluchsee und Shannon.



Größter Gasbehälter der Welt 566000 cbm Inhalt

M·A·N

MASCHINENFABRIK AUGSBURG-NÜRNBERG

Die

PHILIPP HOLZMANN AKTIENGESELLSCHAFT

in Frankfurt am Main

hat sich aus kleinen Anfängen zu ihrer jetzigen Bedeutung entwickelt. Johann Philipp Holzmann hatte von seinem Vater eine zwischen Dreieichenhain und Sprendlingen (Hessen) gelegene Mühle mit einem Holzgeschäft übernommen. In dem Bestreben, seinen Geschäftsbereich zu erweitern, wandte er sich seit 1845 auch der Ausführung von Bauarbeiten zu und führte neben kleinen Hochbauten schon sehr bald auch umfangreiche Erdarbeiten aus, wozu ihm verschiedene damals in der Umgebung von Frankfurt a. M. entstehende Eisenbahnlinien eine günstige Gelegenheit boten. Im Jahre 1855 verlegte er das Geschäft nach Frankfurt a. M. und zehn Jahre später übergab er es seinen beiden Söhnen, dem späteren königlichen Baurat Philipp Holzmann und Wilhelm Holzmann. Die beiden Brüder erweiterten den Wirkungskreis des Geschäftes von Jahr zu Jahr und dehnten ihn mit der Zeit auf alle Gebiete des Hoch- und Tiefbaues aus. 1873 gründete Philipp Holzmann zusammen mit der Internationalen Bau- und Eisenbahnbaugesellschaft eine Kommanditgesellschaft unter dem Namen Philipp Holzmann & Cie., die 1883 in eine offene Handelsgesellschaft und 1895 in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit einem Gesellschaftskapital von 6 Millionen Mark umgewandelt wurde. Durch Verschmelzung der Philipp Holzmann & Cie. G. m. b. H. mit der Internationalen Baugesellschaft entstand schließlich am 30. Oktober 1917 die Philipp Holzmann Aktiengesellschaft, die gegenwärtig ein Aktienkapital von 20 Millionen Reichsmark besitzt.

Die Philipp Holzmann Aktiengesellschaft befaßt sich mit allen im Hoch- und Tiefbau vorkommenden Arbeiten, also mit der Errichtung von öffentlichen und privaten Gebäuden, mit Beton- und Eisenbetonarbeiten, Wasserbauten jeglicher Art, Eisenbahn- und Straßenbauten, der Ausführung von Untergrundbahnen, Tunnelbauten, Fundierungen unter Anwendung von Druckluft, Grundwasserspiegelsenkung und anderen Gründungsmethoden. Für die Ausführung aller dieser Bauarbeiten verfügt die Firma über zahlreiche erfahrene Architekten, Ingenieure, Techniker, Bauführer, über einen Stamm geschulter Arbeitskräfte und einen großen Park von Baumaschinen und Baugeräten.

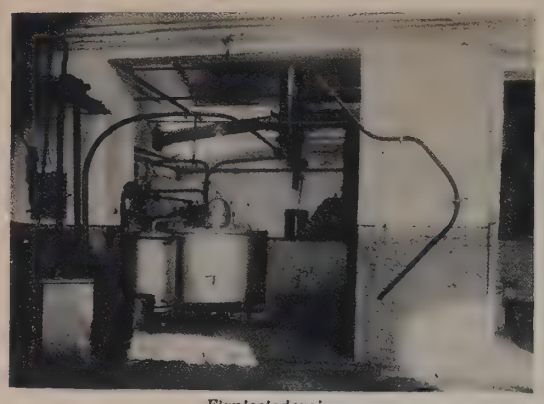
Zur Bearbeitung von Entwürfen aller Art auf dem gesamten Gebiete des Hoch- und Tiefbaues sowie der hierzu etwa erforderlichen technischen Vorarbeiten und Studien steht der Firma in ihrer Hauptniederlassung in Frankfurt a. M. und in ihren zahlreichen Zweigniederlassungen und Zweigstellen in Deutschland und im Auslande ein erfahrenes technisches Personal zur Verfügung, so daß sie in der Lage ist, Bauarbeiten jeglicher Art nicht nur in Ausführung, sondern auch in der Entwurfsbearbeitung zu übernehmen.

Für die Ausführung von Steinmetzarbeiten unterhält die Philipp Holzmann Aktiengesellschaft eigene Steinmetzbüros, Werkplätze und eigene Steinbrüche für Tuff, Sandstein, Muschelkalk- und Donaukalkstein.

Eine größere Anzahl von Lagerplätzen in allen Teilen Deutschlands dient der Firma zur Lagerung ihres umfangreichen Geräte-Parks.

Die Philipp Holzmann Aktiengesellschaft hat an mehreren Orten Deutschlands, besonders in Frankfurt a. M. und Umgebung, einen großen Grundbesitz und ist in nicht unwesentlichem Maße an verschiedenen Terraingesellschaften beteiligt.

Zur Durchführung ihrer zahlreichen Auslandsunternehmungen hat die Firma, soweit sie die Arbeiten nicht unter eigenem Namen ausführt, besondere Gesellschaften ins Leben gerufen, bei denen sie aber stets einen maßgebenden Einfluß auf die technische und kaufmännische Leitung ausübt.



Firnisstederei

Laboratorium

Chemische Abteilung

Gasruß-Brennerei

DIE WERBEKRAFT

der Reklamedrucke wird wesentlich gesteigert, wenn bei der Wahl der Druckfarben eine glückliche Hand waltet.

Hostmann-Steinberg-Farben

werden für sämtliche Zweige der graphischen Industrie geliefert und haben einen guten Ruf als Qualitätsfarben. Das ist kein Zufall, denn die Schaffung bester Qualitäten war und ist stets unser Geschäftsprinzip und ist bei

Hostmann-Steinberg-Farben

Tradition. Jeder Drucker sollte daher für Qualitätsarbeiten nur Qualitätsdruckfarben verwenden und stets bedenken, daß er sich selbst damit den größten Dienst erweist, denn die besten Farben sind im Gebrauch in der Praxis die billigsten. Muster und Angebot auf Wunsch kostenlos und unverbindlich.

Chr. Hostmann-Steinberg'sche Farbenfabriken G. m. b. H., Celle

Zweigfabriken in Kopenhagen, Amsterdam und Zürich.

Vertretung und Lager in Frankfurt a. M, Ernst Buer, Hölderlinstraße 18. Telephon Carolus 43965

Weitere Zweigniederlassungen und Vertretungen an allen größeren Plätzen des In- und Auslandes.

Reibmaschinen für bunte Farben

Reibmaschinen für Zeitungsfarben

Expedition

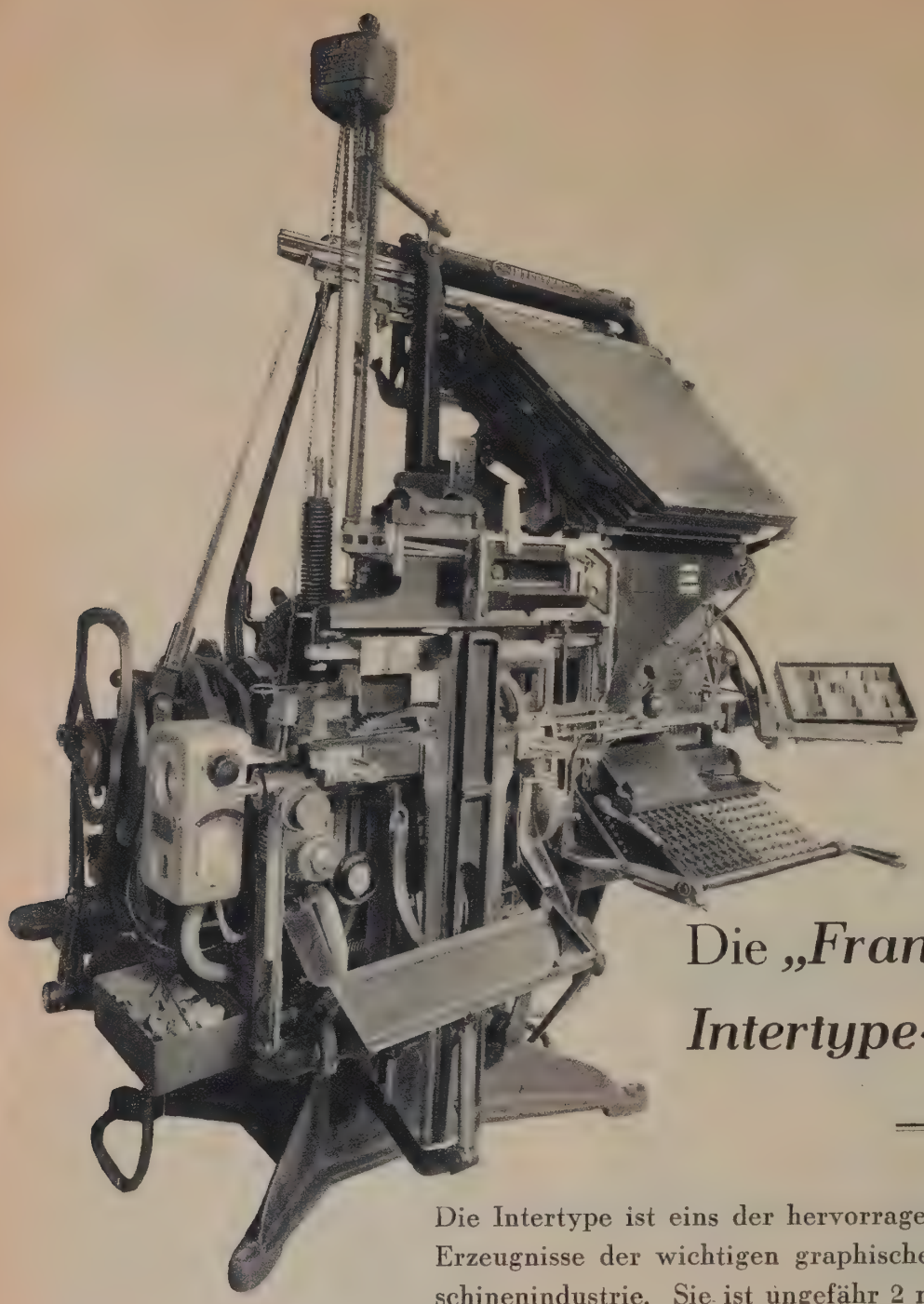
Schwarzfarben-, Ruß- und Firnisfabrik in Celle

Chemische und Buntfarbenfabrik Kl. Hehlen b. Celle

Diese reizenden
Modellkleider
sind dem bekannten Modeheft, dem „Indanthren-Haus-Modedienst", entnommen. Die Vorzüge indanthrenfarbiger Stoffe (aus Agfa-Travis und anderen Kunstseiden, Baumwolle, Vistra und Leinen) haben diesem Qualitätsbegriff in aller Welt treue Anhängerinnen geworben. Indanthren bedeutet unübertroffen waschecht, lichtecht, wetterecht!
Vielfältig ist die Verwendbarkeit indanthrenfarbiger Gewebe. Ob Sie Stoffe für Ihre Garderobe — Haus-, Straßen- und Gesellschaftskleider — kaufen oder Ihren Bestand an farbiger Wäsche erneuern, oder für die Innendekoration neue Gardinen, Möbelbezüge, brauchen, all diese Dinge sind indanthrenfarbig zu haben.
Damit Sie aber sicher sind, wirklich indanthrenfarbige Ware zu bekommen, lassen Sie sich auch die Indanthren-Schutzmarke zeigen!
Indanthren

EULAN
MOTTENECHT
Eine Motte genügt,
um den schönsten Stoff zu entwerten.
Gewiß gibt es viele Mittel, um die Motten zu bekämpfen, auf die Dauer ist aber nur das mit Eulan behandelte Stück vor Mottenfraß geschützt. — Eulanisierte Tuche, Dekorationsstoffe, Teppiche, Pelze, Bettfedern, Roßhaare (aber achten Sie auf die Eulan-Schutzmarke! — gelbe Hand auf schwarzem Grund —) sind dauernd mottenecht!

GLYSANTIN
Ein unbedingt zuverlässiger Kühlwasser-Frostschutz
ist das bewährte
Glysantin
Eine einmalige Glysantinbeigabe ins Kühlwasser genügt für den ganzen Winter. Sie haben dann einen stets fahrbereiten Wagen mit normalem Kühlwasser-Umlauf.
Regel: Mit dem Oelwechsel Glysantin füllen.
GLYSANTIN
GLYSANTIN
ersteller:
I. G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft, Frankfurt (Main).



Intertype-Matrizen mit breiter Zahnung laufen auch in anderen Setzmaschinen

Die „*Frankfurter Zeitung*“ arbeitet mit *Intertype-Setzmaschinen!*

Die Intertype ist eins der hervorragendsten Erzeugnisse der wichtigen graphischen Maschinenindustrie. Sie ist ungefähr 2 m hoch und ebenso breit; das Gewicht beträgt ca. 1350 kg; sie enthält über 7000 Teile, die genau so sorgfältig angepaßt werden müssen wie die Teile einer Taschenuhr. Ja, manche Teile beanspruchen eine Genauigkeit von 1/10 000 Zoll.

Die fertige Intertype bedingt ungefähr 30 000 verschiedene Arbeitsoperationen in der Herstellung, welche von mehreren hundert Spezialkräften ausgeführt werden, die dabei unter Kontrolle eines Stabes von Fachleuten stehen, welche bereits ein Menschenalter das Studium der Setzmaschine betreiben.

Die Intertype ist weltberühmt wegen ihrer Zuverlässigkeit und Leistungsfähigkeit. Ehe die Intertype die Fabrik verläßt, unterliegt sie 96 verschiedenen Kontrollen, um sicher zu gehen, daß alle Teile passen und gut funktionieren. Dann kommt sie in die Hände eines Setzers und die Maschine und ihr Zeilenprodukt muß noch von einem Oberinspektor abgenommen werden, ehe sie die Montage verläßt.

Die Intertype gießt zusammenhängende Zeilen bis zu 40 Cicero Satzbreite und 60 Pt. Versalbildgröße. Sie liefert den glatten Text und auch die komplizierte Anzeige.

Der Intertypebesitzer weiß, daß er schnell und sicher gute Leistungen mit der Maschine erzielt, selbst wenn ungewöhnliche Anforderungen gestellt werden. Das hat auch die „Frankfurter Zeitung“ erkannt, die zuerst eine Intertype kaufte und dann wiederholt nachbestellte.

Intertype Setzmaschinen G. m. b. H.
BERLIN SW 11. EUROPAHAUS. AM ANHALTER BAHNHOF
Intertype Fabrik G. m. b. H., Berlin

Kammgarnspinnerei Stöhr & Co. Aktien-Gesellschaft, Leipzig

Kammgarnspinnerei in Leipzig-Plagwitz

Kammgarnspinnerei in Gautzsch bei Leipzig

Kammgarnspinnerei in Chemnitz i. Sa. (C. F. Solbrig Söhne Aktiengesellschaft)

Kammgarnspinnerei in Wüstegiersdorf

Unter der in Sachsen besonders stark vertretenen Textilindustrie nimmt die Kammgarnspinnerei Stöhr & Co., Aktien-Gesellschaft, Leipzig, eine führende Stellung auf dem Gebiete der Kammgarnspinnereien Deutschlands ein und zählt zu den größten Werken dieses Geschäftszweiges. Durch Gründung sowie durch Interessennahme an einer Reihe anderer Unternehmungen ist das Stammhaus zu einem vielseitigen, besonders leistungsfähigen Produktionsapparat ausgebaut worden, in welchem alle Verarbeitungsprozesse von der Rohwolle über die Wäscherei, Kämmerei, Färberei bis zur Spinnerei und Zwirnerei durchgeführt werden.

Die Kammgarnspinnerei Stöhr & Co., Aktien-Gesellschaft verdankt ihre Entstehung der Initiative des vor wenigen Jahren verstorbenen Geheimen Kommerzienrat Eduard Stöhr, welcher die Kammgarnspinnerei Stöhr & Co. als Kommandit-Gesellschaft auf Aktien im Jahre 1880 gründete; ihr Gründungskapital war 1½ Millionen Mark. Noch im selben Jahre konnte der Betrieb mit zunächst 12 000 Spindeln aufgenommen werden. Der geniale kaufmännische Blick des Gründers, gepaart mit eisernem Fleiß und gründlichen Kenntnissen, führte das Unternehmen schnell voran. Unermüdlich wurde daran gearbeitet, das produzierte Garn in immer höherer Vollkommenheit herauszubringen. Der Erfolg zeigte sich in einer regen Nachfrage nach den Erzeugnissen der Firma, die zu starken Vergrößerungen der Fabrik führte.

Infolge der erheblichen Ausdehnung des Auslandsgeschäftes schritt man gleichzeitig zur Gründung eigener Werke im Ausland, von denen als erstes 1888 die Botany Worsted Mills, bestehend aus einer Kämmerei, Spinnerei, Färberei und Weberei, in Passaic USA. gegründet wurde. Auch heute noch besteht ein freundschaftlicher Interessenaustausch mit dieser Firma, wenngleich dieser Besitz infolge der Kriegsereignisse schließlich in amerikanischen Händen verblieb. Ferner wurde die Konkordia Spinnerei Stöhr & Co. in Neschwitz (Tschechoslowakei) gegründet und später nach dem Kriege mit anderen Interessenten-Gruppen gemeinsam die Vaterländische Kammgarnspinnerei und Weberei A.-G., Budapest.

Im Inland wurden als Beteiligungen dem Plagwitzer Werk angegliedert: die Firma C. F. Solbrig Söhne Aktiengesellschaft, Chemnitz, die Kammgarnspinnerei Gautzsch bei Leipzig Aktiengesellschaft, Gautzsch bei Leipzig, die im Jahre 1928 mit dem Plagwitzer Werk fusioniert wurde, die Firma A. F. Dinglinger in Wüstegiersdorf, die als Zweigwerk dem Stammhause angeschlossen worden ist.

Außerdem hat die Firma noch an verschiedenen anderen Unternehmungen der Textilbranche Interesse genommen, so in erster Linie an der Leipziger Wollkämmerei, Leipzig.

Eine eigene überseeische Einkaufsorganisation sorgt für die Beschaffung und sorgfältigste Auswahl der benötigten Rohwollen.

Nach dem heutigen Stande gelten für das Stammhaus in Plagwitz einschließlich der angeschlossenen Spinnereibetriebe etwa folgende Produktionsmittel:

20 Waschsysteme, 450 Kammstühle, 250 000 Spinn-Spindeln,

60 000 Zwirn-Spindeln.

Hergestellt werden feine und feinste, einfache und mehrfache Kammgarne rohweiß und zuggefärbt, in verschiedenen Merino- und Crossbred-Qualitäten, welche Verwendung finden in Herren- und Damenstoff-Webereien, Trikotagen-Fabriken, in Wirkereien und Strickereien. Ferner erstreckt sich die Fabrikation auf Strickgarn für den Hausgebrauch sowie auf Faserstoffgarne für Posamenten und Tapisserie-Artikel.

Für die Fabrikation der bunten Garne steht eine umfangreiche, erstklassig ausgestattete Zugfärberei und Druckerei zur Verfügung. Die Farbkollektionen, die jeweils zu Beginn der Sommer- und Wintersaisons herausgegeben werden, enthalten stets in reicher Auswahl die modernsten Farbtöne in Mélangen, Vigoureux, Moulinés, Jaspémoulinés, Sportfarben usw.

Für den maschinellen Antrieb des Plagwitzer Werkes ist im Jahre 1929 eine Kraftzentrale nach den neuesten Erfahrungen geschaffen worden. Durch diese Anlage beträgt die Gesamt-PS-Stärke für Plagwitz, Gautzsch und Wüstegiersdorf zusammen 10 000 PS.

Der Grundbesitz der Stammfirma umfaßt jetzt 282,500 qm, wovon 86 000 qm bebaut sind.

In den oben angeführten Werken werden ca. 7000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt. Gestützt auf einen Stamm erfahrener Mitarbeiter und gutgeschulter Arbeitskräfte, werden gleichbleibende, einwandfreie Qualitätserzeugnisse verbürgt, für die die Firma Stöhr als hervorragend leistungsfähig besonders anerkannt ist.

C. H. KNORR A.G.
HEILBRONN a.N.

Nicht viele andere moderne schwäbische Namen sind so populär wie Knorr. Es liegt Kraft und wuchtige Energie in dieser Silbe, die sich einprägt, die sich auch deutlich und bestimmt und ohne die schwäbische Konsonantenfaulheit aussprechen läßt. Man wundert sich denn auch nicht, zu hören, daß das Geschlecht der Knorr aus einer Gegend stammt, wo man Lippen und Zunge beim Sprechen exakter zu bewegen gewöhnt ist, als bei uns, nämlich aus Braunschweig, wo der Gründer der Firma, Carl Heinrich Knorr, 1800 geboren wurde. 1838 begründete er in Heilbronn eine Handelsgesellschaft für Getreide und Hülsenfrüchte. Die Knorr-Fabrik kann also auf eine fast 100jährige Geschichte zurückblicken.

Im Jahre 1890 beschäftigte Knorr bereits 300 Personen und unterhielt zwei Zweigniederlassungen in Oesterreich und der Schweiz. 1891 wurde neben der Verarbeitung von Hafer, Erbsen, Bohnen, Linsen, Grünkern auch die Teigwarenfabrikation aufgenommen. Heute beträgt die Zahl der Arbeiter und Angestellten in Heilbronn und auswärts rund 2000; Tochtergesellschaften bestehen in Bayreuth, Berlin, Wels (Oesterreich) und Thayngen (Schweiz).

Was wird nun alles bei Knorr hergestellt? Da kommt zunächst einmal die Familie der Hafernährmittel, als das sind: Hafermehl, Haferflocken, Hafergrütze. Wie so manches andere unserer Gesundheit zuträgliche Nahrungsmittel stammen auch die Haferspeisen aus den nordischen Ländern, im Besonderen aus Norwegen, Schottland, Irland, den Shetland- und Orkney-Inseln, wo das feuchte neblige Klima eine kräftige und zugleich leichtverdauliche Kost erforderlich macht. Weiter folgt die lange Reihe der präparierten Mehle und Flocken, als das sind: Bohnenmehl, Erbsenmehl, Grünkernflocken, -Grieß und -Mehl, dann Linsenmehl, Mutschelmehl, Paniermehl, Reismehl, Tapioka und Tapioka Julienne. Das alles gehört längst zum eisernen Bestand jeder Küche.

Eine Knorr-Spezialität, vielleicht das populärste aller seiner Fabrikate, ist weiterhin die Erbswurst, die ohne Einlage, mit Schinken und mit Speck zu haben ist. Aber auch dreißig andere Sorten Suppen werden hergestellt; und zwar in der praktischen Würfelform für je zwei Teller. Es bleibt ja stets etwas Geheimnisvolles, über das auch eine eingehende Fabrikbesichtigung keine rechte Aufklärung zu schaffen vermag, wie es möglich ist, in solch einem kleinen Würfel so delikate Dinge zu konzentrieren, die nach dem kurzen Kochprozeß nicht nur substantiell in die Erscheinung treten, sondern auch den ursprünglichen Geschmack vollkommen erkennen lassen. Kulinarische Genüsse, die ehedem nur in sehr „herrschaftlichen Küchen" oder im Gasthof aufgetischt werden konnten, wie Pilz, Tapioka, Mockturtle, Ochsenschwanz, sind durch die Knorr'sche Zubereitungskunst auch für den bescheidensten Haushalt aufs Bequemste erreichbar geworden.

Wo ist heute die Hausfrau oder Köchin, die ohne Knorr Suppenwürfel ein gleich schmackhaftes Essen auftragen könnte, auch wenn ihr der ganze liebe lange Vormittag zur Verfügung stände?

Man wende nicht ein, daß beispielsweise solch ein Knorr-Fleischbrüh- oder Bratensoße-Würfel, der wenige Pfennige kostet, mit echter Fleischbrühe oder Bratensoße nicht zu vergleichen sei. Wer so skeptisch wäre, zu meinen, als ob es sich hier um irgendwelche chemische oder sonstwie zustandegekommene Surrogate handele, der wäre sehr auf dem Holzweg. Die Masse dieser Würfel und Würste entsteht nicht anders, als in jeder gut bürgerlichen Küche.

Außer diesen mannigfachen Nährmitteln, den präparierten Mehlen, den Suppen in Würfelform werden bei Knorr auch Teigwaren aller Art hergestellt. Jeder Hausfrau bekannt sind ja die Marken: Kikeriki-Eiermakkaroni, -Spagetti und -Nudeln und die Kätchen Eiernudeln. Die Bezeichnung „Eier" hat übrigens ihre volle Berechtigung. Gewaltig ist die Menge der Frischeier, die Tag für Tag in den Knorr'schen Betrieben aufgeschlagen werden und denen die Teigwaren, die nicht etwa künstlich gefärbt werden, ihre goldgelbe Farbe verdanken.

Die Knorr-Fabrik-Anlagen beim Heilbronner Südbahnhof machen schon äußerlich einen imposanten Eindruck; die weitgedehnte Gesamtanlage bildet ein ganzes Stadtviertel für sich. Mächtig ragt der Silo in die Höhe, der für nicht weniger als 460 Waggons zu je 10 t Raum bietet. In der Hauptsache handelt es sich um Getreide und Hülsenfrüchte, die hier gelagert werden, wobei die „Lagerung" freilich nicht so zu verstehen ist, daß man beispielsweise das Getreide einfach liegen lassen kann. Vielmehr ist eine immerwährende Umlagerung vonnöten. Entladung und Transport zu den Reinigungsmaschinen geschieht vollkommen maschinell von den am Silo anfahrenden Waggons aus.

Wer noch eine romantische Vorstellung vom Mühlenbetrieb der guten alten Zeit hat, wird in der durchaus modern eingerichteten Knorr-Mühle mit ihren vielen interessanten Walzenstühlen eines Besseren belehrt. Gleich danach ist man im Packraum Zeuge, wie die Hafernährmittel und die anderen Mehle abgefüllt werden. Ein rechtes Wunderding ist und bleibt für den Laien ja stets eine Paketiermaschine, die die leeren Packungen faltet und zusammenklebt; bei kaum einer anderen Maschine hat man so sehr den Eindruck, daß die Vielheit der Hebelbewegungen durch ein denkendes Gehirn regiert werden. Sauberkeit ist bei Knorr allenthalben oberstes Prinzip. Da ist kein Raum, den nicht die penibelste Hausfrau zu jeder Stunde unangemeldet betreten dürfte; und sie fände wahrlich nirgends das Geringste zu beanstanden.

Diesem Prinzip der Sauberkeit entspricht es auch, daß die gewaltigen Makkaronipressen, der Stolz der Abteilung für Teigwarenfabrikation, blendend weiß lackiert sind. Mit 400 Atmosphären Druck werden in diesen zwei Stockwerke emporragenden Mammutpressen die Makkaroni und Spagetti durch die Matritzen gedrückt. Es sind wohl die leistungsfähigsten Pressen dieser Art in ganz Europa. Glänzend ist Knorr auch für die Trocknung der Teigwaren eingerichtet. Die Firma war die erste, die vor einem Vierteljahrhundert bereits nach dem von ihr erworbenen Iberty-Patent die Schnelltrocknung von Makkaroni in Deutschland eingeführt hat.

Heilbronn und das Schwabenland kann auf einen Großbetrieb, wie die Knorr Nährmittelfabriken stolz sein. Ueberall in Deutschland, im Norden nicht weniger als im heimatlichen Süden und auch jenseits der Grenzen sind die Knorr-Erzeugnisse in den anspruchsvollsten Küchen beliebt. Für den guten Ruf schwäbischer Arbeit und schwäbischen Geschmacks hat die Heilbronner Firma das Ihre redlich beigetragen.

Gesamtansicht der Heilbronner Fabrikanlagen (65884 qm bebaute Fläche)

Telefon- u. Signalanlagen

Rohrpost- u. Förderanlagen

Alarm- u. Kontrollanlagen

Elektr. Uhren + Zeitdienst

Über 50 Jahre Erfahrung

Büros in allen größeren Städten

Verlangen Sie Druckschrift FZ 704

MIX & GENEST A/G
BERLIN-SCHÖNEBERG
Weltruf
KÜKENTHAL

Als vor 75 Jahren die von Frankfurt a. M. auf der Main-Neckar- oder Main-Weserbahn abfahrenden Reisenden die erste Nummer der „Frankfurter Zeitung" lasen, fuhr man noch gemächlich auf der Eisenbahn. Zwar waren „Schnellzüge" schon eingeführt, doch war die Geschwindigkeit der Züge noch verhältnismäßig gering, sie wurden noch von Hand gebremst. Erst im Jahre 1872 gelang es dem Amerikaner Westinghouse, die erste brauchbare Druckluftbremse zu erfinden, die bahnbrechend für sämtliche späteren Druckluftbremsen werden sollte.

In Preußen wurden Anfang der 80er Jahre Versuche mit verschiedenen durchgehenden Bremsen angestellt, die zur Einführung der sogenannten Zweikammer-Druckluftbremse von Carpenter führten.

Diese Entscheidung war von besonderer Bedeutung für die KNORR-BREMSE A.-G., da sie aus der ehemaligen Firma des Herrn J. F. Carpenter hervorgegangen ist. Ingenieur Georg Knorr, von welchem die heutige Firma ihren Namen hat, trat im Jahre 1884 bei ihr ein und erfand zu Anfang dieses Jahrhunderts die Knorr - Einkammer - Schnellbremse, welche 1903 von der Preußischen Staatsbahn an Stelle der inzwischen veralteten Carpenter-Bremse eingeführt wurde.

Aber das außerordentliche Anwachsen des Eisenbahnverkehrs zu Anfang unseres Jahrhunderts stellte infolge der immer stärkeren Lokomotiven und immer schwereren Wagen auch entsprechend höhere Anforderungen an die Bremse. Besonders nachteilig war es, daß die Güterzüge noch immer von Hand gebremst wurden. Auch für sie wurde eine durchgehende Bremse zu einem dringenden Bedürfnis. In sorgfältiger Arbeit wurde daher im Benehmen mit der Preußischen Staatsbahn in den Jahren 1910 bis 1917 von der KNORR-BREMSE A.-G. eine Druckluftbremse für Güterzüge entwickelt, die unter dem Namen **Kunze Knorr-Bremse** ihre Feuertaufe in den außergewöhnlichen Ansprüchen der Kriegsjahre erhielt. Durch ihre Einführung wurden die Geschwindigkeit der Güterzüge erhöht, Wagenumlauf und Güterumschlag beschleunigt, während gleichzeitig eine große Personalersparnis an Bremsern eintrat.

Die Deutsche Reichsbahn führte daher als größte Bahnverwaltung der Welt die Kunze Knorr-Bremse, die auch für Personen- und Schnellzüge erweitert wurde, ein und hatte die Einführungskosten bereits nach neun Jahren wieder eingespart.

Um die genaue Herstellung sämtlicher Einzelteile der Bremse zu gewährleisten, wurde die Anfertigung aller Bremsausrüstungen der KNORR-BREMSE A.-G. übertragen.

Dieser große Erfolg ließ jedoch die Knorr-Bremse nicht ruhen. Neue Forderungen traten auf Grund der Betriebserfahrungen des letzten Jahrzehnts auf. Sie führten im Jahre 1931 zur Konstruktion einer noch verfeinerten Druckluftbremse, welche von dem technischen Vorstandsmitglied der Firma gebaut, nach ihm **Hildebrand-Knorr-Bremse** genannt wurde. Sie erfüllt auch die letzten höchsten Ansprüche und wird zur Zeit dem Internationalen Bremsausschuß vorgeführt.

Druckluftbremsen sind das **Haupterzeugnis** der **Knorr-Bremse A.-G.** Auch auf dem Gebiete der Ausrüstung der **Straßenbahnen** mit der Druckluftbremse hat die KNORR-BREMSE A.-G. Bedeutendes geleistet. In allen Ländern Europas und überseeischen des Auslandes findet man die Marke der **K. B.,** ihrem Fabrikat begegnet man in der ganzen Welt mit dem höchsten Vertrauen.

Noch in einer anderen Weise arbeitet die Knorr-Bremse für die Sicherheit des Eisenbahnverkehrs: eine neue **Mittelpufferkupplung** (WILLISON - KUPPLUNG) mit gleichzeitiger Verbindung der Druckluftleitung wird von ihr gebaut und zur Zeit in mehreren Ländern erprobt.

Neben **Druckluftbremsen für Kraftomnibusse und Kraftwagenzüge** werden ferner auch für das neueste Verkehrsmittel, das **Flugzeug, Bremsen** zur **Verkürzung** des Auslaufwegs beim Landen und zum **Lenken** des rollenden Flugzeugs auf dem Boden hergestellt.

Vorwärmeranlagen und **Speisepumpen** für Lokomotiven sind weitere wichtige Erzeugnisse der KNORR-BREMSE A.-G., da sie in erhöhtem Maße zur Wirtschaftlichkeit der Lokomotiven beitragen. Ueber 25 000 Anlagen wurden bisher geliefert.

Ausrüstungsteile für Dampf- und elektrische Lokomotiven, Kompressoren aller Art, Farbspritzanlagen und Straßenbaumaschinen vervollständigen das Fabrikationsprogramm.

Als neuestes Erzeugnis bringt die KNORR-BREMSE A.-G. zur Zeit einen **Kupplungsautomaten für Kraftwagen** heraus, der durch seine Einfachheit — Kuppeln ohne Fußbetätigung — großes Aufsehen erregen wird.

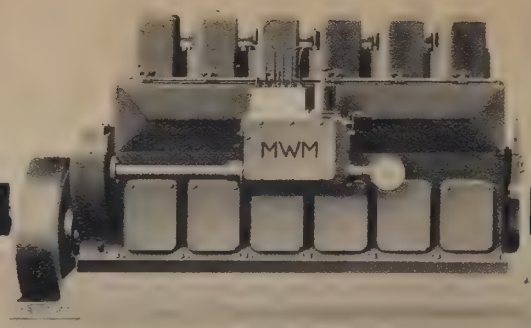
Die KNORR-BREMSE A.-G. beschäftigt einschließlich ihrer Konzern-Werke etwa 4000 Arbeiter und Angestellte. Ihr Kapital beträgt RM 50 000 000.—. Sie hat in den letzten Jahren 8 bis 10 Prozent Dividende verteilt. Bemerkenswert sind die zweckmäßigen Wohlfahrtseinrichtungen, insbesondere das Kaiserin-Auguste-Viktoria-Krankenhaus, das sich u. a. die Erforschung und Heilung der Berufskrankheiten zum Ziele gesetzt hat.

KNORR-BREMSE A-G

BERLIN O 112-LICHTENBERG

Neue Bahnhofstraße 9-17

MWM PATENT BENZ



Unsere Fabrik-Anlagen in Mannheim sind die Stätte, wo Dr. Carl Benz in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts seine ersten Benzin- und Gasmotoren baute — von hier aus ging das erste Automobil in die Welt —, sie sind dadurch die Ausgangsstätte des heutigen modernen Kraftwagens.
Für die Herstellung von Fahrzeugen und stationären Motoren wurde der Raum bald zu klein. Im Stammwerk verblieb der Bau von ortsfesten Dieselmotoren, Schiffsmotoren und Lokomobilen, während die Fabrikation von Automobilen nach Mannheim-Luzenberg verlegt wurde.
Anfang des Jahres 1922 wurde die frühere Abteilung Motorenbau der Fa. Benz & Cie. in eine selbständige Firma umgewandelt und heißt seitdem MOTOREN-WERKE MANNHEIM A.-G. VORM. BENZ ABT. STAT. MOTORENBAU.
Das neue Unternehmen wurde auf Grund der vorhandenen eigenen Erfahrungen ausschließlich auf die Herstellung von kompressorlosen Dieselmotoren stehender Bauart eingestellt.
Unser Werk Mannheim ist eine der ältesten Fabrikationsstätten der Welt für Diesel-Motoren. Jahrzehntelange Erfahrungen im Bau von Dieselmotoren und die Mannigfaltigkeit unseres Bauprogramms setzen uns instand, für jede Anlage die günstigsten Vorschläge zu machen und den jeweils geeignetsten Motor zu liefern. Ständige Fortentwicklung hat Konstruktionen höchster Vollkommenheit entstehen lassen. Die Fertigung unserer MWM Patent Benz-Diesel-Motoren erfolgt nach neuzeitlichen Grundsätzen in Serienfabrikation.
Unseren Werkstätten stehen hochwertige Bearbeitungsmaschinen mit einem erstklassig geschulten Personal zur Verfügung.
Jeder einzelne MWM Patent Benz-Diesel-Motor wird einer genauen Erprobung auf dem Prüfstand unterzogen, bevor er das Werk verläßt.

MWM DIESEL PAT. BENZ

MOTOREN-WERKE MANNHEIM A.-G.
VORM. BENZ ABT. STAT. MOTORENBAU

MWM DIESEL PAT. BENZ

NIEDERLASSUNGEN UND VERTRETUNGEN IN ALLEN TEILEN DER WELT

München Dachauer Papierfabriken Aktiengesellschaft in München

Als zu Beginn des 14. Jahrhunderts das Handwerk der Papierer von Italien aus nach Deutschland kam, war es die alte Herzogsresidenz München, die dieser Kunst eine Heimstätte bot. Vor den Toren der Stadt am Auermühlbach entstand eine Papiermühle und blieb dort über 500 Jahre, während die Besitzer in bunter Folge wechselten. Vergrößerungen des Unternehmens wurden wiederholt vorgenommen.

Um die Mitte des 19. Jahrhunderts wurde die Papierbereitung unter dem Einfluß technischer Fortschritte auch hier ihres handwerklichen Charakters allmählich entkleidet; 1852 bis 1853 wurde die erste Papiermaschine aufgestellt, so daß jetzt neben dem Bütten- auch Maschinenpapier gefertigt werden konnte. Im Jahre 1862 erfolgte die Vereinigung mit der Paunschen Papiermühle in Dachau und die Gründung der

„München Dachauer Aktiengesellschaft für Maschinenpapierfabrikation".

Die günstige finanzielle Basis und die vorbildliche Leitung des Unternehmens verschafften der Firma eine hervorragende Stellung in der deutschen Papierindustrie. Die Stammwerke wurden nach dem Kriege namhaft vergrößert, die Wasserkraftanlagen modern ausgebaut und die Fabrikationseinrichtungen laufend verbessert.

Die Gesellschaft besitzt heute Papierfabriken in Dachau und Pasing mit sechs Papiermaschinen, ferner eine Holzstofffabrik und ein Kraftwerk in Olching bei München. Alle Anlagen sind mit den neuesten Errungenschaften der Technik ausgestattet, so daß Produktion und Qualität der Erzeugnisse den höchsten Anforderungen gerecht werden.

Die Fabrikation der Werke umfaßt holzhaltiges und holzfreies Werk-, Stein-, Offset-, Tief- und Farbendruckpapier, Streich- und Schreibpapier sowie als besonders gepflegte Spezialität Illustrationsdruckpapier. Die Tagesproduktion beläuft sich auf 120 000 Kilo. Beschäftigt werden etwa 800 Angestellte und Arbeiter. Die sozialen Einrichtungen der Firma umfassen eigene Wohnhäuser, Betriebskrankenkasse sowie Pensionseinrichtungen für Angestellte und Arbeiter.
Im Jahre 1922 wurde die „München Dachauer Aktiengesellschaft für Maschinenpapierfabrikation" in die

„München Dachauer Papierfabriken Aktiengesellschaft"

umgewandelt, deren Vorstand heute aus den Herren Generaldirektor Hans Rinderknecht, Dipl.-Ing., und Kommerzienrat Friedrich Kaula besteht. Den Vorsitz im Aufsichtsrat führt Herr Kommerzienrat Dr. Raimund Hergt, München, stellvertretender Vorsitzender ist Herr Clemens Lammers, Berlin.

CHEMISCHE FABRIKEN A.G.
NIEDERSCHLESISCHE BERGBAU A.G.
CONCORDIA BERGBAU A.G.
VEDAG
VEREINIGTE DACHPAPPENFABRIKEN A.G.
DUCO
DUCO A.G.
NITROZELLULOSELACKE
SCHERING-KAHLBAUM A.G.
SYNTHETISCHER KAMPFER
FEIN CHEMIKALIEN
PHARMAZEUTISCHE SPEZIAL-PRÄPARATE
1871
1931
W. SPINDLER A.G.
FÄRBEREI
CHEMISCHE REINIGUNG
1831 - 1931
PHOTOGR. KAMERAS
FILMS
PLATTEN - PAPIERE
1931
PFEILRING-WERKE A.G.
PFEILRING LANOLIN-SEIFE
PFEILRING LANOLIN-CREME
Tradition und Fortschritt

MANNESMANNRÖHREN-WERKE DÜSSELDORF

Stammaktienkapital RM 165.000.000

Hauptverwaltung:
Düsseldorf, Mannesmannhaus, Berger Ufer.
Vorsitzender des Vorstandes:
Generaldirektor Dr. Heinrich Bierwes, Düsseldorf.
Vorsitzender des Aufsichtsrats:
Geheimer Kommerzienrat Max Steinthal, Berlin.

Werksbetriebe:
Abteilung Rath in Düsseldorf-Rath,
Abteilung Remscheid in Remscheid-Bliedinghausen,
Abteilung Witten in Witten a. d. Ruhr,
Abteilung Schulz Knaudt in Huckingen a. Rh.,
Abteilung Grillo Funke in Gelsenkirchen-Schalke,
Abteilung Steinkohlenbergwerk Consolidation in Gelsenkirchen-Schalke,
Abteilung Steinkohlenbergwerk Königin Elisabeth in Essen-Frillendorf,
Abteilung Steinkohlenbergwerk Unser Fritz, Wanne-Eickel
Abteilung Neanderthal in Neanderthal,
Abteilung Fabrik feuerfester Produkte in Hönningen a. Rh. mit Tonwerk in Erpel a. Rh.

Erzgruben:
Zahlreiche Erzgruben-Gewerkschaften, Feldergruppen und Einzelfelder im Sieger-Land, Lahngebiet und Dillkreis.

Zechenverwaltung für die Kohlenbergwerke:
Abteilung Bergwerke in Gelsenkirchen-Schalke.

Zechenverwaltung für die Erzgruben:
Abteilung Bergverwaltung in Gießen.

Tochtergesellschaften:
Mannesmannröhren-Werke A.-G., Komotau, mit Werken in Komotau und Schönbrunn,
Maschinenfabrik Meer A.-G., M.-Gladbach,
The British Mannesmann Tube Co. Ltd., London, mit Werken in Landore und Newport.

Inländische Verkaufsgesellschaften:
Lagergesellschaften unter der Firma Mannesmannröhren-Lager G. m. b. H. in Berlin, Breslau, Hannover, Hamburg, Köln, Frankfurt a. M., Mannheim, München, Nürnberg, Leipzig, Dresden; außerdem Vertretungen an allen wichtigen Plätzen.

Ausländische Verkaufsgesellschaften:
Mannesmannröhren- und Eisenhandels-A.-G., Wien-Graz,
Mannesmannröhren- und Eisenhandels-A.-G., Budapest,
Mannesmannröhren- und Eisenhandels-A.-G., Prag,
Mannesmannröhren- und Eisenhandels-A.-G., Brünn,
Reprezentanta Industriala, Bukarest,
Premier Steel Tube Company Ltd., London,
N. V. Mannesmannbuizen Handelmaatschappij, Rotterdam,
National Trading Co., Mannesmann-Dept., Johannesburg,
Sociedad Tubos Mannesmann Lda., Buenos Aires, mit Filialen in Rosario, Mendoza, Bahia-Blanca, Montevideo, Porto-Alegre, Tucuman, La Plata, Santa Fé, T. Arroyos, Azul, Concordia, San Juan, Córdoba und Villa Maria,
Sociedad Tubos Mannesmann Lda., Santiago de Chile, mit Filialen in Antofagasta und Punta Arenas.

Im übrigen Vertreter an allen bedeutenden Plätzen der Welt.

Beteiligungen:
Aciéries & Usines à Tubes de la Sarre, Paris, mit Stahl- und Rohrwalzwerken in Saarbrücken und Bous-Saar,
E. Otto Dietrich Rohrleitungsbau-Aktiengesellschaft, Bitterfeld,
Gewerkschaft Braunsteinbergwerke Doktor Geier, Waldalgesheim,
Gewerkschaft Wilhelmine (Erz), Düsseldorf,
Hansen, Neuerburg & Co., Komm.-Ges. für Kohlenhandel und Reederei, Frankfurt a. M.,
N. V. Handels- en Transport-Mij. „Industrie", Amsterdam,
Steenkohlen-Handels-Vereeniging, Utrecht,
Gesellschaft für Teerverwertung m. b. H., Duisburg-Meiderich,
Deutsche Hydrierwerke A.-G. (Dehydag), Rodleben,
Ruhrgas Aktiengesellschaft, Essen,
Ruhrchemie, Aktiengesellschaft, Sterkrade-Holten,
Ruhrwohnungsbau A.-G., Dortmund-Hörde,
Wasserwerk für das nördliche westfälische Kohlenrevier, Gelsenkirchen,
Röhren-Handels-Gesellschaft, Zürich.

Hauptverwaltungsgebäude in Düsseldorf am Rheinufer

Erzeugnisse:
Hochofenwerk:
Thomasroheisen, Schlackensand, Stückschlacken.
Stahlwerke:
Rohbrammen, Rohblöcke in allen Qualitäten, Thomasmehl.
Rohrwalzwerke:
Nahtlose Rohre bis 650 mm Durchmesser, glatt sowie mit normalen und Spezialverbindungen, Muffenrohre, Siederohre, Flanschen- und Berieselungsrohre, Turbinenleitungsrohre, Formstücke, Bohrrohre, Gestängerohre, Brunnenrohre, Backofenrohre, Rohrluppen, Gas- und Kategorierohre, insbesondere durch „Herolith" und „Tornesit" rostgeschützte Rohre, ferner Kandelaber, Licht-, Leitungs-, Telegraphen-, Antennen- und Schiffsmaste, Kontaktstangen, Ständer für Verkehrs- und Wegweiserschilder, Ladebäume, Davits, Deckstützen, Bausäulen, Vierkant- und Profilrohre, metallplattierte Rohre, Rohrbogen, Rohrschlangen. Präzisionsrohre, auch zähblank. Stahlflaschen und Hochdruckbehälter. Sämtliche Fabrikate auf Wunsch aus gekupfertem Material oder aus allen bekannten, zu Röhren verarbeitbaren, legierten Stählen. Für besondere Zwecke: Nahtlose nichtrostende Mannesmannrohre aus patentierten Kruppschen VA-Stählen und hochhitzebeständigem Kruppschem Nichrotherm (NCT 3)-Material.
Blechwalzwerke:
Grobbleche für den Kessel-, Schiff-, Lokomotiv- und Behälterbau, Fein- und Mittelbleche sowie Stahlbleche für alle Zwecke, verzinkte Bleche, Tiefstanz-, Dynamo- und Transformatorenbleche; Lohn-Verzinkerei; Platinen, Knüppel und Rundstahl.

Schweißwerke:
Wassergas überlappt geschweißte Rohre von 300 bis 4000 mm Durchmesser, Muffenrohre, Ferngasleitungen, Flanschenrohre für jeden Zweck, Turbinenrohrleitungen, auch in bandagierter Ausführung, Formstücke, Bohrrohre, Ladebäume, Schiffsmaste, auf Wunsch auch aus kupferhaltigem und anderem Sondermaterial. Wellrohre, Behälter für Gase und Preßluft, Hochdruck- und Säurekessel, Warmwasserspeicher und Ausdehnungsgefäße, Dampfmangelzylinder, geschweißte Trommeln für Hochdruckdampfkessel, Feuerbuchsen, Fässer und Drums für alle Zwecke, Schweißarbeiten jeder Art.

Preßwerk:
Flache und gewölbte Böden sowie Preßstücke aller Art für den Kessel-, Schiff-, Lokomotiv- und Behälterbau, Zinkpfannen und Buckelbleche.

Steinkohlenbergwerke und Kokereien:
Fett-, Gas-, Gasflamm- und Eßkohlen in allen Sorten (Förder-, Stück-, Nuß- und Feinkohlen), Hochofen-, Gießerei- und Brechkoks, Briketts, Teer, Ammoniak und Benzol.

Erzgruben:
Spateisen-, Brauneisen-, Roteisen- und Mangan-Erze, verschiedene Sorten Farberze.

Kalksteinwerke:
Kalksteine, gebrannter Kalk.

Ziegeleien:
Ringofenziegelsteine, Verblendsteine, Klinkersteine.

Fabrik für feuerfeste Produkte:
Silika- und Schamotteerzeugnisse für alle Feuerungsanlagen mit festen, flüssigen oder gasförmigen Brennstoffen, säurefeste Steine, Stampfmasse, Mörtel, Gesteinstaub, gemahlener Ton (Koalin), Tonsteinrohstoffe 86% Si O_2 fast alkalienrein.

Maschinenfabrik Meer A.-G.:
Dampfmaschinen, Luft- und Gaskompressoren für Hoch- und Niederdruck, Walzwerksanlagen für die Rohrfabrikation und deren Hilfsmaschinen, hydraulische Maschinen für Rohrwerke, Prüfpressen aller Art, Gußstücke, roh und bearbeitet, bis 60 t Einzelgewicht.

E. Otto Dietrich Rohrleitungsbau-A.-G., Bitterfeld, Zweigbüro Düsseldorf, Mannesmannhaus:
Ausführung von Rohrleitungen und Schweißarbeiten jeder Art. Komplette Dampf-, Gas-, Luft- und Flüssigkeitsleitungen für Hoch- und Niederdruck. Montage von Turbinenleitungen. Wasser- und Gasversorgungsanlagen für Fernleitungen und Ortsnetze. Entaschungsanlagen.

METALLGESELLSCHAFT A.-G.

FRANKFURT A. M.

Metalle / Erze / Schwefelkiese / Phosphate
Schwefel / Revertex

Handel / Metallverhüttung / Metallverarbeitung / Kautschukspezialprodukte

Verwaltungsgebäude der Metallgesellschaft

Lurgi-Haus

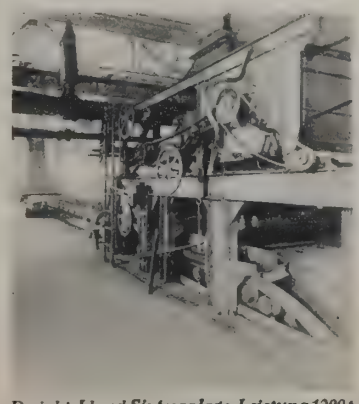
Patentverwertung / Verfahrengeschäft / Industrieberatung

Konstruktion und Bau technischer Industrieanlagen und Lieferung von Spezialapparaten

LURGI Apparatebau-Gesellschaft m. b. H., Frankfurt a. M.	Elektrische Gasreinigungsanlagen (Siemens-Lurgi-Cottrell-Verfahren): Söderberg-Elektrode (Dauer-Elektrode) für Elektro-Oefen.
LURGI Gesellschaft für Chemie und Hüttenwesen m. b. H., Frankfurt a. M.	Mechanische Etagen- und Drehrohr-Oefen aller Art zum Rösten sulfidischer und anderer Erze; Schwefelverbrennungsöfen; Sulfatöfen; Sintermaschinen für Erze aller Art (Bauart Dwight-Lloyd); Bau und Errichtung kompletter Kupfer- und Bleihütten; Bau von Schwefelsäurefabriken nach Intensiv- und verschiedenen Kontakt-Verfahren; Phosphorsäurefabriken; Apparate für die Kunstdünger-Industrie; Zellstoff-Fabriken; Spezialapparate und Verfahren für die Zellstoffindustrie.
LURGI Gesellschaft für Wärmetechnik m. b. H., Frankfurt a. M.	Schwel-Anlagen, System Lurgi; Gaserzeuger-Anlagen; Müllverbrennungs-Anlagen, System Inferno; Verdampfer-Anlagen mit Wärmepumpe; Brüdenverwertungs-Anlagen; Zerstäubungstrockner, System Krause; Anlagen zur Raffination vegetabilischer Oele, zur Desodorisierung und Neutralisierung von Oelen sowie Anlagen zur Fettsäuredestillation; Vakuum-Kristallisations-Anlagen.
Technische Abteilung der Metallgesellschaft A.-G., Frankfurt a. M.	Entwicklung und Verwertung von Original-Metall-Legierungen und Verfahren für Metallverarbeitung und Veredlung. Leichtmetallguß (Silumin), Lagermetalle (Bahnmetall), Veredlungsstoffe (Lithium), Sonderbronzen, Parker-Rostschutz.
Kautschuk-Gesellschaft m. b. H., Frankfurt a. M.	Latexkonzentrat „Revertex".

*Elektrische **Gasreinigungs-Anlage** eines Hochofenwerkes, errichtet durch die Lurgi Apparatebau-Gesellschaft m. b. H., Frankfurt a. M.*

***Schwelanlage** Tagesleistung 120 t. Errichtet durch die Lurgi Gesellschaft für Wärmetechnik m. b. H., Frankfurt a. M.*



*Dwight-Lloyd **Sinteranlage**, Leistung 1200 t, Agglomerat | 24 Std., errichtet durch die Lurgi Gesellschaft für Chemie und Hüttenwesen m. b. H., Frankfurt a. M.*

LURGI

Markt-Regelung für Zement

Wie bei den meisten Rohstoffen, so hängt auch beim Zement für Produktion und Verbrauch außerordentlich viel von geordneten Marktverhältnissen ab. Ohne einen verbandsmäßigen Zusammenschluß der Zementindustrie wären starke saisonmäßige und konjunkturelle Preisschwankungen unausbleiblich. Denn nur beim Vorhandensein einer marktausgleichenden Organisation ist es möglich, die selbstkostenverbilligende Produktionszusammenlegung vorzunehmen, die nicht nur in ungünstigen Wirtschaftszeiten erforderlich ist, sondern auch in normalen Absatzjahren bei einem Produktionszweig wie der Zementindustrie geboten ist, deren Beschäftigungsgrad in weitem Maße von dem Saisoncharakter der Bautätigkeit abhängt. Infolgedessen ist auch eine Kapazität der Werksanlagen erforderlich, die wenigstens um ein Drittel über der durchschnittlichen Höchstbeschäftigung liegt. Wenn man von den überflüssigen und großenteils bereits wieder verschwundenen Neugründungen der letzten Jahre absieht, kann daher auch nicht von einer sonderlichen Ueberkapazität der Zementindustrie gesprochen werden.

Nur kurzsichtige Voreingenommenheit kann in einem verbandsmäßigen Zusammenschluß einfach die Front der Unternehmer gegen den Konsumenten sehen. Und selbst bei einer lückenlosen Beherrschung des Marktes sind die Gefahren eines Monopols nicht gegeben, denn eine rücksichtslose Willkür in der Preisfestsetzung würde sehr rasch durch die wirtschaftliche Entwicklung korrigiert werden: Eine scharfe Einschränkung des Verbrauchs wäre die Folge, und andere Baustoffe würden einen überteuerten Zement verdrängen.

Die deutschen Zementverbände sind im Gegenteil bemüht, der Anwendung ihres Erzeugnisses immer neue Gebiete zu erschließen. Daß nach dieser Richtung trotz der schlechten Allgemeinkonjunktur von Jahr zu Jahr Fortschritte erzielt werden konnten, war nur durch eine maßvolle Preispolitik möglich.

Dem hiernach schon aus Gründen der Absatzerweiterung selbstverständlichen Bestreben auch der Zementverbände, die Preise so niedrig wie möglich festzusetzen, sind natürlich Grenzen durch die Selbstkosten gezogen. Diese Selbstkosten sind aber gerade bei einer stark rationalisierten Industrie in hohem Grade konstant, d. h. sie verringern sich bei verminderter Erzeugung nur sehr unerheblich, da die Aufwendungen für Personal, Maschinen, Kraft usw. nahezu unverändert bleiben. Es ist demnach nicht möglich, durch radikale Preisabstriche den Absatz „anzuregen", da auf solche Weise der Erlös die Selbstkosten sehr rasch unterschreiten würde und die Werke zum Erliegen kommen müßten. Gleichwohl haben die deutschen Zementverbände sich ernsthaft bemüht, die Preise soweit wie irgend möglich zu senken. Die Durchschnittserlöse liegen heute nicht höher als vor dem Kriege. Durch Verzicht auf eine angemessene Verzinsung des investierten Kapitals und durch Verschiebung aller nicht unbedingt notwendigen Abschreibungen auf eine Zeit besseren Absatzes haben die deutschen Zementwerke die verbandsmäßigen Verbilligungsfaktoren noch weitgehend unterstützt. Wenn gleichwohl der Verbraucherpreis heute noch höher liegt als vor dem Kriege, so ergibt sich dies neben den gestiegenen Kohlenpreisen usw. vor allem aus der besonders starken Frachtverteuerung.

Auch auf den Gebieten der Qualitätsverbesserung haben die deutschen Zementverbände eine große Wirksamkeit entfaltet. Die Druckfestigkeit der deutschen Markenzemente liegt heute um etwa 40 % über der vor dem Kriege. Da dies bis zu einem gewissen Grade eine sparsamere Anwendung des Zements ermöglicht, ergibt sich daraus ein weiterer Verbilligungsfaktor.

Norddeutscher Cement-Verband
G. m. b. H. Berlin-Wilmersdorf

Westdeutscher Zement-Verband
G. m. b. H. Bochum

Hüttenzement-Verband
G. m. b. H. Düsseldorf

FERN-SCHREIBER
FÜR SCHNELLEN UND SICHEREN FERNSCHRIFT-VERKEHR
IM
HOTEL-, BANK-, GESCHÄFTS-, UND INDUSTRIEBETRIEB, POST-, EISENBAHN-, POLIZEI- UND FLUGSICHERUNGSDIENST
LORENZ
C. LORENZ
AKTIENGESELLSCHAFT · BERLIN-TEMPELHOF

Alle lieben
LÖWENBRÄU MÜNCHEN
Löwenbräu

MITTELDEUTSCHE STAHLWERKE A. G.

LAUCHHAMMERWERK RIESA

Anschrift: Riesa a. d. Elbe

Stahl- und Walzwerke

Flußeisen, Flußstahl, hochwertiger Baustahl, Stabeisen, Formeisen, Universaleisen, Bandeisen, Bleche in Stärken von 2½ bis 28 mm, Riffelbleche, nahtlos gewalzte und gezogene Rohre aller Art und für jeden Zweck, geschweißte Rohre, Rohrmaste.

Rohrschlangen-, Überhitzer- und Rohrleitungsbau

Rohrschlangen aller Art für Heiz- und Kühlzwecke sowie für die chemische Industrie, Dampfüberhitzer für Lokomotiv- und Schiffskessel. S. H. G.-Umkehrstellen. Komplete Rohrleitungen mit Armaturen für alle Verwendungszwecke.

Behälterbau

Tankanlagen und Behälter jeder Art. Lagerbehälter, Transportkessel, Hochbehälter, Druckluftkessel, Sammelgefäße, Gießpfannen, Wasser- und Turbinendruckrohrleitungen, Gas- und Windrohrleitungen bis zu den größten Durchmessern, autogen und elektrisch geschweißte Rohre und Rohrformstücke.

Verzinkerei

Feuerverzinkerei für Rohre, Bleche, Schmiede- und Gußeisen.

LAUCHHAMMERWERK GRÖDITZ

Anschrift: Gröditz, Amtsh. Großenhain.

Stahlformgießerei

Stahlguß in SM- und Elektroofen-Qualität in allen Festigkeiten bis 35 t Stückgewicht, roh, vorgedreht, fertig bearbeitet für Maschinenbau, Eisenbahnzwecke (Lokomotiv- und Waggonbau), Elektromaschinen-, Turbinen-, Brücken-, Schiffs- und Bergbau, Walzwerke, chemische Industrie usw. Legierte Stähle, verschleißfeste Stähle. Manganhartstahl für Kollergangsringe, Walzenmäntel, Löffelzähne, Mahlplatten.

Preß- und Hammerwerk

Schmiedestücke jeder Art und Größe, bis 15 t Fertiggewicht, roh und bearbeitet, aus legiertem und unlegiertem Stahl, in allen Festigkeiten (naturhart, geglüht, vergütet), für alle Zwecke des Großmaschinenbaues, für Grubenbedarf, Schiffsbau usw. Nahtlos gewalzte Winkelringe.

Radsatzfabrik

Lokomotiv-, Tender- und Wagenradsätze aller Art, für Normal- und Schmalspurbahnen nach den Bedingungen der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft und aller europäischen und überseeischen Eisenbahnen, ferner für Klein-, Privat- und Straßenbahnen sowie Gruben und Abraumbetriebe. Radsatzteile wie gewalzte und gegossene Radscheiben, Radsterne, Radreifen, gerade und gekröpfte Achsen aller Art, Kurbeln, Kurbelzapfen usw. Stahlräder aller Konstruktionen für Gruben- und Abraumbetriebe, Feld- und Industriebahnen mit Rollen- oder Kugellagern für Innen- und Außenlagerung, insbesondere System Schulz, für Fett- oder Oelschmierung, ebenso vollständige Radsätze aller Ausführungen, Lastauto-Wagenräder Bauart Mader.

Röhren- und Graugießerei

Gußeiserne Muffen- und Flanschenrohre in Längen von 4—5 m, sowie zugehörige Formstücke, Brunnenteile, Kanalisationsgegenstände in jeder Ausführung, bügellose Anbohrschelle „Dicht", Kokillenguß in Elektroofen- und Kupolofen-Qualität. Spezial-Elektroroheisen.

Fittingsfabrik

Weichguß-Fittings, Marke „A. L.", schwarz und verzinkt, mit und ohne Rand, sowie schmiedeeiserne Verbindungsstücke, Rohrbogen.

LAUCHHAMMERWERK LAUCHHAMMER

Anschrift: Lauchhammer, Prov. Sachsen.

Maschinenfabrik

Maschinelle Einrichtungen für die Braunkohlen- und Kali-Industrie, Abraumförderbrücken, Absetzapparate, Kippenräumer, Kippelpflüge, Gleisrückmaschinen, Brikettpressen, Röhrentrockner, Großraumbunker, Schrägaufzüge, Kübelförderungen, Stollenbagger sowie vollständige Einrichtungen von Brikettfabriken. Verladebrücken aller Art mit einfacher und Drehlaufkatze oder darauf laufendem Drehkran, Waggonkipper. Transportanlagen, Elektrohängebahnen, einschienige Mulden- und Blocktransportwinden, einschienige Laufkatzenanlagen für schwerste Lasten. Nahförderer für alle Industriezweige, Bandtransportanlagen, Conveyoranlagen, Becherwerke, Plattenbänder, Schneckenförderer, Elevatoren.
Spezialfabrikate: Autokrane bis 2.4 t Tragfähigkeit, Rohrabstechbänke, Kokereimaschinen.

Eisenhoch- und Brückenbau

Schlüsselfertige Industriebauten, Hallen, Bunker, feste und bewegliche Eisenbahn-, Straßen- und Fußgängerbrücken, Gittermaste, Eisenbauten zur Ausnutzung von Wasserkräften, Stau- und Wehranlagen, Schütze, Docktore usw., genietete und geschweißte Konstruktionen aller Art in Flußeisen und hochwertigem Baustahl.

Eisengießereien

Eisengußstücke in allen Größen und Festigkeiten bis 30 t, säure-, alkalien- und feuerbeständig, Handels- und Maschinenguß, Ofenguß, öldichte Gefäße und Apparate für die chemische Industrie.

Emaillieranstalten

Gußeiserne, einfach- und porzellan-emaillierte Badewannen, Waschtische, Konsolen, Spülbecken, Arbeiter-Reihenwaschanlagen, Küchenbecken, Spülbecken, Randkessel, Wasserpfannen usw.

Glockengießerei

Kirchenglocken aus Bronze und Stahl in allen Größen und mit allem Zubehör unter ständiger wissenschaftlicher Aufsicht, Glockenläutemaschinen nach dem Schieferstein-Schwingsystem.

Bildgießerei

Kleinplastiken nach erworbenen Modellen erster Künstler, Gedenkplatten für Kriegerehrungen, Denkmäler, Grabtafeln und plastische Kunstwerke aller Art in Bronze und Eisenguß.

STAHL- UND WALZWERK WEBER, BRANDENBURG

Anschrift: Brandenburg (Havel).

Stahl- und Walzwerke

Grob-, Riffel-, Warzen-, Mittel- und starke Feinbleche. Eisengießerei für Grauguß.

Ferner:

Braunkohlenbergwerk, Brikettfabrik, Überlandkraftwerk, Eisensteinbergwerk, Dolomitwerk, Kalkwerk

Werk Leimen

PORTLAND-CEMENTWERKE

HEIDELBERG — MANNHEIM — STUTTGART A.-G.

HEIDELBERG

Die Portland-Cementwerke Heidelberg-Mannheim-Stuttgart A.-G., die ihren Sitz und ihre Hauptverwaltung in Heidelberg hat, geht in ihren Anfängen auf das Jahr 1861 zurück und betreibt heute in ihrer Stammgesellschaft die Cementwerke Leimen bei Heidelberg, Weisenau bei Mainz, Nürtingen und Schelklingen in Württemberg, ferner vier Ziegeleien in Stuttgart-Cannstatt und in Lochhausen bei München, die die Unterfirma „Süddeutsche Ziegelwerke" führen. Dazu kommen weiter die Cementwerke ihrer Tochtergesellschaften, Lengfurt am Main, Burglengenfeld bei Regensburg, Kiefersfelden und Marienstein in Oberbayern sowie Münsingen in Württemberg. Die Cementwerke in Budenheim bei Mainz, Offenbach am Main, Neckarelz sowie Ehingen und Allmendingen in Württemberg sind stillgelegt.

Der Konzern, der mit einem Aktienkapital von RM. 30 Millionen arbeitet, hat heute eine Leistungsfähigkeit von über 1¼ Millionen Tonnen Portland-Cement und zirka 40 Millionen Stück Ziegelwaren. Die Gesellschaft stellt außer Portland-Cement auch Hochwertigen Portland-Cement mit besonders hohen Anfangsfestigkeiten her. Alle ihre Cementfabrikate werden in Süddeutschland durch den Süddeutschen Cement-Verband G. m. b. H. vertrieben, der seine Verkaufsstellen in Heidelberg, Stuttgart, München, Nürnberg und Würzburg hat. In Rheinland-Westfalen besorgt den Vertrieb der Westdeutsche Cement-Verband G. m. b. H., Sitz Bochum.
Außerhalb Deutschlands sind die Heidelberger Cemente in der ganzen Welt seit Jahrzehnten rühmlichst bekannt; die Ausfuhr beträgt ⅕ bis ¼ der gesamten Produktion des Konzerns.

RP

Radeberger Pilsner

seiner hervorragenden Güte wegen von Autoritäten und Fachleuten als Spezialtyp anerkannt und ärztlich empfohlen

Radeberger Exportbierbrauerei A.-G., Radeberg i. Sa.

Vertreten an fast allen größeren Plätzen Deutschlands

Einige Verkaufsbezirke können an Interessenten noch vergeben werden. Anfragen sind an die Zentralverwaltung Dresden obiger Firma zu richten.

New-York Hamburger Gummi-Waaren Compagnie

HAMBURG UND HARBURG A. ELBE

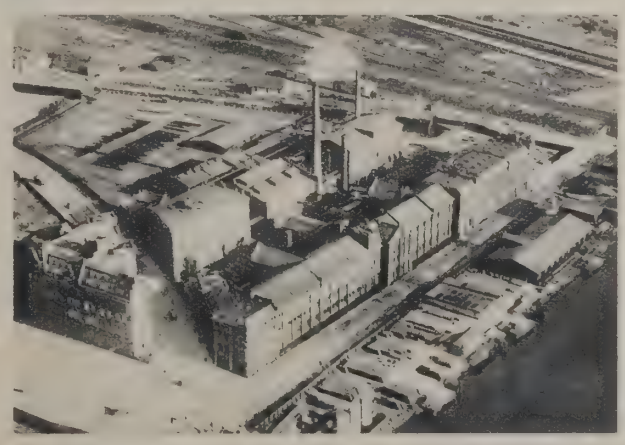
Die New-York Hamburger Gummi-Waaren Compagnie in Hamburg — ein führendes Unternehmen der deutschen Hartgummi-Industrie — blickt auf ein achtundfünfzigjähriges Bestehen zurück. Als das Werk im Jahre 1873 errichtet wurde, mögen seine Gründer, die Herren Maurien, Poppenhusen, König und Arnold, wohl schon die reichen Entwicklungsmöglichkeiten des Unternehmens vorausgesehen haben; denn sie verlegten das Werk hart an die damalige Zollgrenze — weit außerhalb der Häusergrenze —, um die Ausdehnungsfähigkeit der Fabrikanlage nicht zu beschränken. Diesem Weitblick der Gründer ist es zu verdanken, daß die Fabrik im Laufe der Jahrzehnte um ein Vielfaches vergrößert werden konnte und daß durch ihre Lage in Barmbeck, am Barmbecker Hoch- und Vorortsbahnhof, die Arbeiter- und Verkehrsfrage sehr günstig gelöst wurde. — Das Gründungskapital der Gesellschaft — als Gesellschaftsform wurde die Aktiengesellschaft gewählt — betrug 600 000 Bancomark. Ursprünglich beschäftigte das Werk ungefähr 300 Arbeiter und befaßte sich fast ausschließlich mit der Herstellung von Kämmen aller Art aus Hartgummi; daneben fertigte man Hartgummi-Schmuck, -Feuerzeuge, -Zigarren- und -Zigarettenspitzen an. Die Leitung des Unternehmens, die zunächst in den Händen von Herrn Maurien allein lag, während der Vorstand der Gesellschaft 1876 durch den Eintritt von Herrn Friedrich A. Döhner erweitert wurde, legte von vornherein den größten Wert darauf, daß nur erstklassige Erzeugnisse hergestellt wurden. In diesem Bestreben wurde sie durch die reichen Erfahrungen unterstützt, die sich die Gründer in jahrelangem Studium der Hartgummifabrikation in Deutschland und in den Vereinigten Staaten angeeignet hatten. — Aus bescheidenen Anfängen heraus entwickelte sich das Unternehmen im Laufe der Jahre zu immer größerer Bedeutung, und seine Fabrikate erfreuten sich wachsender Beliebtheit im In- und Auslande. Mit der zunehmenden Bedeutung des Hartgummis in seinen zahlreichen Verwendungsmöglichkeiten dehnte sich auch der Kreis der Fabrikate erheblich aus. Heute umfaßt das Fabrikationsprogramm außer den schon erwähnten Hartgummi-Artikeln: technische, elektrotechnische und chirurgische Formteile, Platten, Stäbe und Röhren, Pfeifenspitzen, Rasiermesserschalen, Zellen und Zubehör für Akkumulatorenbatterien, Hartgummiteile für die Kunstseidenindustrie sowie Säureschutzgummierung jeder Art Metalle, die in der chemischen und elektrochemischen Industrie und Papierfabrikation Verwendung finden. Ferner sei die Herstellung von Hartpapier und Kunstharzpressungen noch erwähnt.

Bei Kriegsausbruch beschäftigte das Werk bereits 1200 Arbeiter und Angestellte. Der Weltkrieg bedeutete einen ernsten Rückschlag für das Unternehmen, da er die Rohstoff-Zufuhr sperrte und die wertvollen Beziehungen zu dem Auslande abbrach. Unter der Leitung des 1905 in den Vorstand berufenen Herrn Generaldirektor Leopold O s b a h r gewann das Werk nach Beendigung des Krieges in mühevollem Ringen seine alte Bedeutung zurück. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß die New-York Hamburger Gummi-Waaren Compagnie schon frühzeitig den Wert des Exporthandels richtig einzuschätzen wußte und den Absatz ins Ausland besonders zu fördern trachtete. Daß dieses Bemühen nicht erfolglos geblieben ist, beweist die Tatsache, daß heute neben eigenen Lägern 70 Vertretungen in fast allen Ländern der Welt unterhalten werden und daß der Wert der exportierten Waren nahezu die Hälfte des Gesamtumsatzes ausmacht. Heute ist der Vorkriegsumsatz bedeutend überschritten.

Im Jahre 1930 hat die New-York Hamburger Gummi-Waaren Compagnie die bekannten Hartgummi-Werke Dr. Heinr. Traun & Söhne, Hamburg und Harburg übernommen und sich auch damit deren Umsatz gesichert. Das Aktienkapital der New-York Hamburger Gummi-Waaren Compagnie beträgt RM. 6 500 000.—. Das Werk besitzt eine Basis, die auch in Zukunft eine zufriedenstellende Weiterentwicklung als gesichert erscheinen läßt. Seine Leistungsfähigkeit kann allen Ansprüchen genügen. Seine Erzeugnisse sind wegen ihrer erstklassigen Qualität überall begehrt. Gummikämme mit Marke „Hercules", „Sägemann", „Adler" und „Kolumbus" gelten in der ganzen Welt als unübertroffen. Durch eine im Jahre 1922 gegründete Tochtergesellschaft, die „H e r o l d" Aktiengesellschaft, hat die New-York Hamburger Gummi-Waaren Compagnie auch Einfluß auf andere Gesellschaften genommen und erfolgreiche Transaktionen der „Herold" Aktiengesellschaft besonders im Ausland und in den Vereinigten Staaten sind nicht unbekannt geblieben.

Die New-York Hamburger Gummi-Waaren Compagnie, die in der H e r c u l e s G. m. b. H. eine eigene Versicherungsgesellschaft besitzt, zählt auch zu den wenigen Unternehmungen in Deutschland, die eine eigene Betriebskrankenkasse unterhalten. Einrichtungen wie die Pensionskasse, die Krankenunterstützungs- und Sterbekasse, die Maurien-Stiftung, die eigenen Arbeiter- und Beamtenwohnhäuser sowie die jährlichen Zuwendungen an Arbeiter und Angestellte zeugen ebenfalls von dem sozialen Interesse der Firma.

Um einem vielfach vertretenen Irrtum zu begegnen, legt die New-York Hamburger Gummi-Waaren Compagnie Wert darauf, zu betonen, daß sie ein durchaus deutsches Unternehmen ist, in welchem kein fremdes Kapital arbeitet.



Gesamtansicht des Harburger Werkes

Gesamtansicht der Hamburg-Barmbecker Fabrik. Im Vordergrunde die Maurien-Stiftung, im Hintergrunde das Verwaltungsgebäude

DER FACHMANN WÄHLT

R U C O

TIEFDRUCK-FARBEN

SIE ZEICHNEN MATT IN DER TIEFE /
ZART IN DEN HALBTÖNEN
SIND AUSSERORDENTLICH ERGIEBIG
UND TROCKNEN GUT.

IHRE QUALITÄT VERBÜRGT ERFOLG.

F. RUCKELSHAUSSEN & Co.

TIEFDRUCKFARBEN-FABRIK / EPPSTEIN IM TAUNUS

GEGRÜNDET 1869

LIEFERANT DER FRANKFURTER ZEITUNG

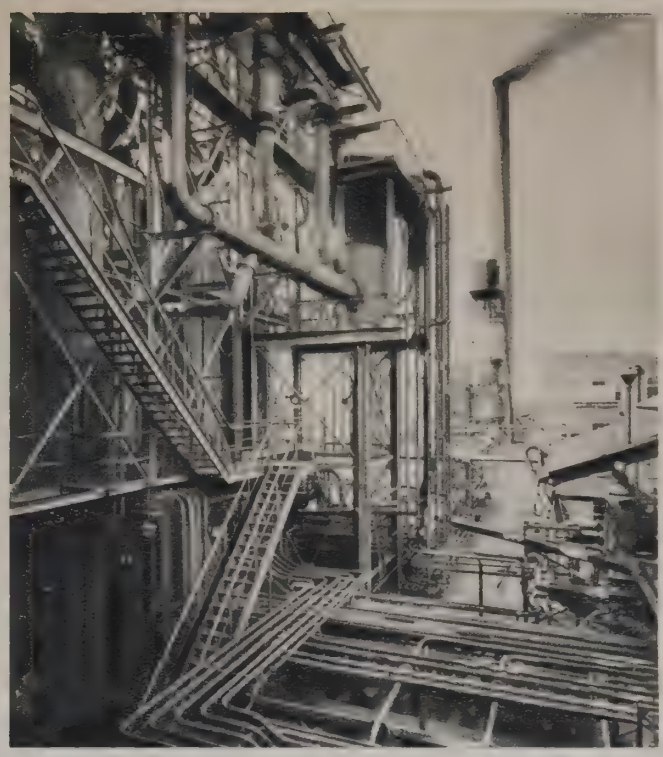
Werk Harburg a.d.E.

Werk Grasbrook-Hamburg

Werk Monheim a. Rh.

Werk Reisholz b. Düsseldorf/Rh

Werk Wilhelmsburg a. d. E.



Destillations-Anlage (Ahrlé Phot.)

Die Wirtschaftsfreiheit

der dieses Blatt gewidmet ist, war die Grundlage für die Entwicklung unserer Firma in Deutschland zu ihrer heutigen Gestalt.
Der Ausbau unserer Fabrikationsstätten in Deutschland, die heute aus sieben Fabriken bestehen und die Hälfte der Erdoel verarbeitenden deutschen Industrie darstellen, in denen

SHELL

Benzine, Schmiermittel und Bitumen nicht nur für den deutschen Markt, sondern auch für andere europäische und außereuropäische Länder erzeugt werden —
unsere Mitarbeit an der Erschließung der deutschen Erdoelvorkommen —
die jährlichen Millionenlieferungen der deutschen Wirtschaft an unsere ausländischen Schwester-Gesellschaften, die in diesem Jahr durch die Ablieferung dreier auf deutschen Werften erbauter Tankschiffe einen besonders sinnfälligen Ausdruck gefunden haben —
bilden neben vielem anderen einen praktischen Beweis dafür, daß die Freiheit der deutschen Wirtschaft nicht nur der geeignete Boden für ihre Entwicklung, sondern auch ein wirksamer Schutz ihrer eigenen Interessen ist.

RHENANIA-OSSAG

MINERALÖLWERKE AKTIENGESELLSCHAFT

HAMBURG

Zweigniederlassungen in:
Berlin, Bremen, Breslau, Chemnitz, Dresden, Düsseldorf, Erfurt, Frankfurt a. M., Hamburg, Hannover, Köln, Königsberg, Leipzig, Ludwigshafen/Rh., Magdeburg, München, Nürnberg, Stettin, Stuttgart

Raffinations-Anlage (Ahrlé Phot)

Eine der 6 RKS-Großstationen in Frankfurt am Main

„Warum Deutschland Alkoholkraftstoffe verwenden soll!

Deutschland hat landwirtschaftliche Betriebe, die auf den Anbau von Kartoffeln ausschließlich angewiesen sind. Die einzige Weise, diese Kartoffeln zu verwerten, besteht in der Herstellung von Alkohol. Ein Verwendungsgebiet für Alkohol ist gefunden worden in seiner Vermischung mit Benzin als Antiklopfmittel!" *Professor Hubendick, Stockholm (Schweden).*

Tankt den deutschen Alkoholkraftstoff

MONOPOLIN

Er ist RUSSFREI — KLOPFFEST — SPARSAM

REICHSKRAFTSPRIT Ges. m. beschr. Haftung, BERLIN W 9

EICHHORNSTRASSE 3

AUS DEN WERKSTÄTTEN DER **A·STOTZ A.-G.**

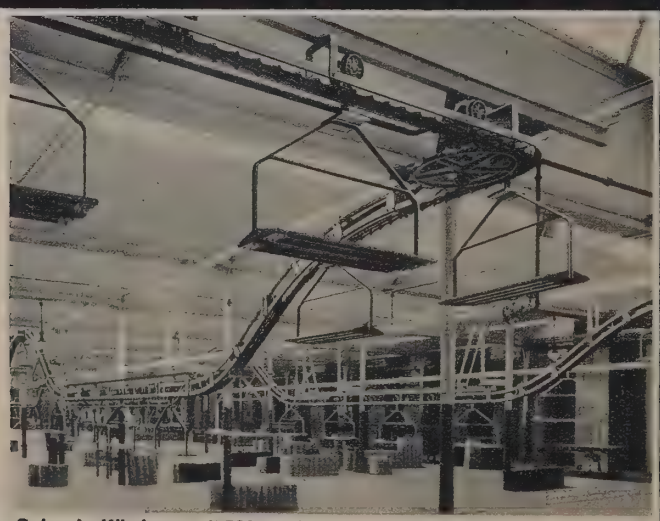
EISENGIESSEREI & MASCHINENFABRIK

STUTTGART / WERK IN KORNWESTHEIM

Die württembergische Industrie, die heute auf sehr beachtenswerter Höhe steht und mit vielen ihrer Erzeugnisse Weltruf erlangt hat, verdankt ihren großen Aufschwung einer Reihe von Firmen, die in jahrzehntelanger zähester und zielbewußter Arbeit einer höchstvollkommenen Qualitätsproduktion zugestrebt und ihren Fabrikaten damit eine gefestigte Position auf allen Märkten erobert haben. Unter den Firmen, deren konsequenter Aufstieg zur starken Entwicklung der württembergischen Industrie entscheidend beigetragen haben, steht die weitbekannte

Eisengießerei und Maschinenfabrik A. Stotz A.-G., Stuttgart, Werk in Kornwestheim

in der vordersten Reihe. Sie wurde im Jahre 1860 gegründet und kann somit auf ein 71jähriges Bestehen zurückblicken.
Im ursprünglichen, sehr bescheidenen Rahmen war das Werk auf Erzeugung von Temperguß eingestellt und befaßte sich mit der Herstellung kleiner Handelswaren, wie Fenster- und Türbeschlägen, Nähmaschinenteilen usw., arbeitete sich aber schon auf diesem beschränkten Gebiete durch besondere Leistungsfähigkeit zur ernster Beachtung vor und gewann den Boden zu rascher Ausdehnung. Als sodann der große Fortschritt der deutschen Technik eine allgemeine Mechanisierung der Industrie anbahnte, konnte die Firma A. Stotz, dem Aufschwung der deutschen Maschinenindustrie folgend, mit den Erzeugnissen für diesen Kundenkreis ihren bereits erlangten Ruf ausnützen. Im Laufe der Jahrzehnte hat sie diesen Fabrikationszweig beständig weiter ausgebaut und heute stehen in ihrem Werk Kornwestheim über 100, zum Teil ganz moderne Formmaschinen mit Hand-, Preßluft- und Druckwasserbetrieb zur Herstellung von Serienfabrikaten zur Verfügung.
Einen wichtigen Hauptproduktionszweig bedeutet die im Jahre 1908 in einen ansehnlichen Neubau verlegte Graugießerei; sie erzeugt Gußstücke von den kleinsten Dimensionen bis zum Stückgewicht von 10 000 Kilo, ferner säurebeständigen Guß für die chemische Industrie, feuerbeständigen Guß für Feuerungs- und Glühzwecke, Spezialguß mit hoher Festigkeit und dergl.
In richtiger Erkenntnis eines allgemein wirtschaftlichen Bedürfnisses hat die A. Stotz A.-G. sich in ihrer Abteilung Maschinenfabrik bereits seit langem auf den Bau von Förderanlagen, Gießereimaschinen, wie Sandaufbereitungen, Sandstrahlgebläse und sämtliche Gußputzereimaschinen verlegt. In den letzten Jahren wurde noch die Anfertigung fahrbarer Förderer, Anlagen für fließende Fertigung (nach amerikanischem System) und der Bau von Förder- und Sortieranlagen für die Posten und Bahnen aufgenommen. Die Abteilung ist mit den modernsten Werkzeugmaschinen und Transportanlagen ausgerüstet und dürfte im Bau von Förderanlagen mit an erster Stelle in Deutschland stehen.
Als besonders bekannte Spezialität sind die Stotz'schen Ketten hervorzuheben, die heute in den größten Kundenkreisen bevorzugt werden. Um der fortdauernd wachsenden Nachfrage zu genügen, wurde ihre Erzeugung im Jahre 1921 in eine neu errichtete und der Bedeutung dieses Artikels entsprechend ausgestattete Kettenfabrik verlegt, wo auch die umfangreichen Lagerbestände und die Prüfungsmaschinen untergebracht sind. Namentlich die sog. zerlegbaren Treib- und Stahlbolzenketten werden von den Verbrauchern außerordentlich geschätzt. Die A. Stotz A.-G., Stuttgart-Kornwestheim, steht im Zeichen eines ununterbrochenen Aufstieges. Die Fortentwicklung ihrer Leistungsfähigkeit wird den ausgezeichneten Ruf, dessen sie sich erfreut, immer weiter ausbreiten, zur Ehre und zur Förderung der württembergischen, wie der gesamten deutschen Industrie und Wirtschaft.



Schaukelförderer mit 580 mtr. Länge und 26 Ablenkungen zum Transport von Stoffballen in einer Weberei.

ANSICHT EINER TEER-DESTILLATION

DIE RÜTGERSWERKE-AKTIENGESELLSCHAFT

ANSICHT EINER IMPRÄGNIER-ANSTALT

welche ein weitverzweigtes Unternehmen der deutschen chemischen Industrie darstellt, hat ein Aktienkapital von 80 Millionen Reichsmark. Der Sitz der Zentralverwaltung befindet sich in Berlin.

Das Arbeitsgebiet der Firma umfaßt sämtliche aus Steinkohlenteer herstellbaren, technisch wichtigen Erzeugnisse. In den in Erkner b. Berlin, Mochbern b. Breslau, Niederau i. Sa., Rauxel i. W., Duisburg a. Rh., Mannheim und Pasing b. München gelegenen Teerdestillationen, die teils unmittelbar der Rütgerswerke A.-G., teils der von ihr beherrschten **Chemischen Fabrik Weyl A.-G., Berlin** gehören, werden sämtliche Teerprodukte bis zu den hochwertigsten Reinpräparaten aus Steinkohlenteer hergestellt. Ein besonders ausgedehnter Fabrikationszweig ist die Herstellung von Teer und Teeremulsionen für Straßenbauzwecke. Die Ausführung der Teerstraßenbauten übernimmt die **Continentale Teerstraßen-Baugesellschaft m. b. H., Berlin,** an der die Rütgerswerke zur Hälfte beteiligt sind.

Die dem Konzern der Rütgerswerke angehörige **Bakelite G. m. b. H.,** welche aus Karbolsäure Kunstharze für die Elektrotechnik, andere technische Verwendungszwecke und für die Schmuckwaren-Industrie herstellt, ist heute einer der bedeutendsten Konsumenten von Karbolsäure.

Ein weiteres großes Arbeitsfeld der Rütgerswerke ist die Imprägnierung von Hölzern (Schwellen, Telegraphenstangen und anderen Hölzern) auf den in Nord- und Mitteldeutschland verteilten Tränkanstalten, die sich in Buchholz Kr. Harburg, Cüstrin N., Elsfleth i. Oldenbg., Finkenherd (Frankft. a. O.), Gelsenkirchen, Gotha, Hanau, Leer i. Ostfr., Liebenwalde (Fin.-Kanal), Ohlau, Rendsburg, Stendal, Stürzelberg b. Neuß, Swinemünde und Warnemünde befinden. Hierzu treten angeschlossene Werke in Königsberg und Colonnowska Dt. O/S.

Die Abteilung **Anhaltisch-Oberschlesische Fluorwerke in Dohna** verarbeitet in eigenen Gruben gewonnenen Flußspat zu Flußsäure. Aus dieser werden alle technischen Fluor- und Kieselfluorverbindungen hergestellt. Außerdem befaßt sich diese Abteilung mit der Aufbereitung von Grafit.

Die der Rütgerswerke A.-G. nahestehende **Grubenholzimprägnierung G. m. b. H., Berlin,** vertreibt ferner fluorhaltige Salzgemische für die Imprägnierung solcher Hölzer, bei denen an Stelle von Steinkohlenteeröl anorganische Konservierungsmittel verlangt werden. Diese fluorhaltigen Salzgemische dienen vor allem zur Imprägnierung von Grubenholz.

Weitere Arbeitsgebiete der Rütgerswerke sind die Fabrikation von schwarzen Rotations-, Buchdruck- und Illustrationsfarben, sowie die Herstellung von farbigem Carbolineum „Rütgers" für Holzanstriche und anderen wetterfesten, konservierenden Anstrichfarben, insbesondere farbiger Fassadentünche, ferner die Dachpappenfabrikation, an der die Rütgerswerke durch ihre Hälftebeteiligung an der **Vedag Vereinigte Dachpappenfabriken A.-G., Berlin,** und an der **A. F. Malchow A.-G., Staßfurt-Leopoldshall,** interessiert sind.

Zu dem Konzern der Rütgerswerke gehört ferner die **Silesia Verein chemischer Fabriken** in Ida- und Marienhütte bei Saarau i. Schlesien, die Schwefelsäure, Salzsäure, Chromate, Superphosphat und Mischdünger, Mineralfarben, Lithopone, Vulkanisationsbeschleuniger, sowie Benzol, dessen Homologe und organische Zwischenprodukte erzeugt.

Auf dem Gebiet des Bergbaus ist die Beteiligung der Rütgerswerke an der **Niederschlesische Bergbau A.-G.** zu erwähnen. Schließlich besitzen die Rütgerswerke die Majorität der **Stettiner Papier- und Pappenfabrik A.-G. in Stettin** und ein Drittel des 18 Millionen betragenden Kapitals der **Siemens-Planiawerke A.-G. für Kohlefabrikate** in Berlin-Lichtenberg, die in ihren Fabriken in Ratibor, Lichtenberg und Meitingen Elektroden, Anoden, Lichtkohlen, Kohlenbürsten usw. herstellt.

SIEGWERK IND. G. M. B. H.

FARBENFABRIK

SIEGBURG / RHEINLAND

TIEFDRUCK-FARBEN

Unsere Spezialität seit Einführung des maschinellen Kupfertiefdrucks. Wir liefern sie für jeden Verwendungszweck, für: feinste Kunstdruckarbeiten, Jllustrierte Zeitungen und sonstige Massen-Auflagen.

TIEFDRUCK-ÖLFARBEN

TIEFDRUCK-WASSERFARBEN

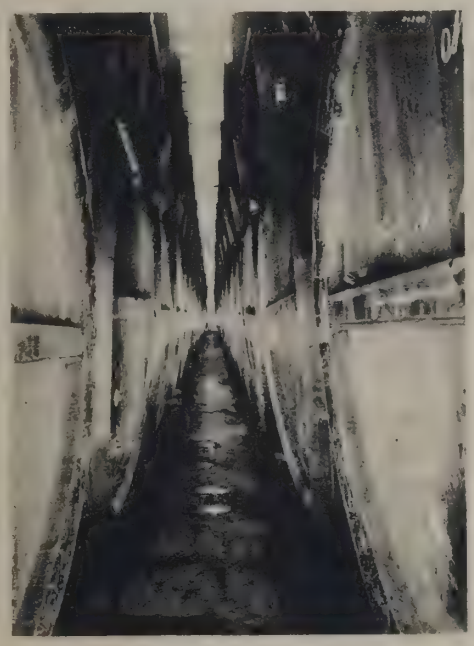
WIR LIEFERN DER FRANKFURTER ZEITUNG SEIT FAST 2 JAHRZEHNTEN UNSERE ERZEUGNISSE

SCHULTHEISS-PATZENHOFER BRAUEREI-AKTIENGESELLSCHAFT BERLIN

Die Schultheiß-Patzenhofer Brauerei-Aktiengesellschaft ist nach der im Jahre 1921 erfolgten Fusion der beiden führenden Brauereien Deutschlands Schultheiß und Patzenhofer heute die größte Lagerbierbrauerei der Welt. Die geschäftlichen Erfolge beider Brauereien sind in erster Linie in der hervorragenden Qualität der Schultheiß-Patzenhofer Biere begründet; aber ohne eine vorzügliche Organisation des Vertriebes, die in alter Tradition nur dem Dienste am Kunden gewidmet ist, hätte sich dieser Erfolg kaum eingestellt. Die elf Abteilungen des Gesamtunternehmens befinden sich in Berlin in der Schönhauser Allee, in der Lichterfelder Straße, in der Landsberger Allee sowie in der Stromstraße, ferner in Niederschöneweide, Spandau, Dessau, Breslau, Oppeln, Hindenburg und Beuthen; sie regeln Produktion und Absatz selbständig. Von einem Zentralbüro aus, das sich in Berlin NW. 40, Roonstraße 6/8 befindet, werden die allgemeinen Linien der Geschäftsführung bestimmt und die großen Einkäufe in Rohmaterialien, Maschinen usw. getätigt. Jede der elf Abteilungen verwaltet wieder Niederlagen, von denen Schultheiß-Patzenhofer 145 besitzt. Die Grenzen des Absatzgebietes reichen heute im Norden von der Nordseeküste, Schleswig-Holstein, der Ostseeküste bis nach Kolberg und Stolp hin, südlich bis nach Thüringen hinein. Im Osten wird Schlesien ganz erfaßt. Die westlichen Grenzen bilden die Provinzen Hannover, Sachsen sowie Oldenburg.

Schultheiß-Patzenhofer verfügt über 100 eigene Ausschankstätten, von denen das Restaurant „Zum Patzenhofer" in Berlin, Friedrichstraße 71, weithin bekannt ist. Ein beliebtes Ausflugsziel bildet der Kaiser-Pavillon am Wannsee. In Hamburg, Bremen, Breslau, Magdeburg, Kiel und in vielen anderen Städten sind gleichfalls besonders renommierte Ausschankstätten der Schultheiß-Patzenhofer Biere zu finden. Nicht nur in Berlin, sondern auch in allen Städten des mittleren, nördlichen und östlichen

Sudhaus einer Brauerei-Abteilung



Teilansicht eines Lagerkellers

Deutschland ist Schultheiß-Patzenhofer ein populärer Name. Immer herrschte der Grundsatz, nur Markenbiere herzustellen, die unter den Namen „Schultheiß-Patzenhofer Märzen", „Schultheiß-Patzenhofer Versand", „Schultheiß-Patzenhofer Deutsches Pilsner" und „Schultheiß-Patzenhofer Export" allenthalben bekannt sind. „Schultheiß-Patzenhofer Malzbier" wird von Blutarmen und Rekonvaleszenten usw. gern bevorzugt. Zur Zeit der Bockbier-Saison sind „Schultheiß-Patzenhofer Urbock", neuerdings auch „Schultheiß-Patzenhofer Weißer Bock" als Starkbiere im Ausstoß, die sich ebenso wie das vorzügliche Produkt „Schultheiß-Patzenhofer Doppel-Märzen" bei Kennern besonderer Beliebtheit erfreuen.

Neben dem Inlandsabsatz hat das Exportgeschäft, das die früher mit Schultheiß-Patzenhofer Bier versorgten Länder während der Kriegszeit restlos hergeben mußte, sich nach Friedensschluß infolge des allgemeinen Verlangens nach diesem lang entbehrten vorzüglichen deutschen Bier zunächst gut entwickelt. Dieser Anstieg hielt allerdings in den letzten Jahren nicht an, und zwar nicht nur wegen der allgemeinen rückläufigen Weltkonjunktur, sondern besonders auch deshalb, weil beinahe in der ganzen überseeischen Welt, wie dies auch in anderen Branchen der Fall ist, das Bestreben, sich von der Einfuhr unabhängig zu machen, zur Gründung eigener Brauereien Hand in Hand mit der Festsetzung starker Schutzzölle geführt hat. Es gibt indes keinen Weltteil und in diesem wiederum kaum ein Land, in dem die Schultheiß-Patzenhofer Biere in ihrer hervorragenden Qualität und vornehmen Aufmachung nicht erhältlich sind.

In den 25 Sudwerken des Gesamtunternehmens können täglich bis zu 22 000 Hektoliter hergestellt werden. Die tägliche Leistung des Flaschenkellers beträgt etwa eine Million Flaschen. 203 eigene Eisenbahnwaggons, zwei eigene Dampfer und 140 Lastzüge vermitteln den Verkehr mit den 145 Niederlagen. Für die Bedienung der Kundschaft der Brauerei stehen über 1000 Gespanne zur Verfügung. Im Dienst des Unternehmens befinden sich etwa 1000 Angestellte und 6000 Arbeiter.

So bildet die Schultheiß-Patzenhofer Brauerei-Aktiengesellschaft ein Weltunternehmen, dem nicht nur innerhalb seines Gewerbes der erste Platz gebührt, sondern das auch in der ganzen deutschen Industrie in technischer, kaufmännischer und sozialer Hinsicht zu den führenden gerechnet werden muß.

Entlöschung eines Exportbierdampfers in Hongkong

Ein preisgekrönter Vierergespann

Künftlerifche Anerkennung

der Plakatsäule im Stadtbild

Marktgasse in Kassel
Gemälde von C. Witte 1914

Alte Schule in Wehlheiden
Gemälde von Jung 1909

STÄDTE REKLAME KONZERN

Ansicht aus Berlin
Gemälde von F. Skarbina 1910

1855

Beginn des organisierten Plakatanschlages. Vor 75 Jahren errichtete der Buchdruckereibesitzer Ernst Litfaß in Berlin die ersten Plakatsäulen und schuf damit für Handel und Industrie ein Werbemittel, dessen außerordentliche Wirksamkeit und große Beliebtheit beim Publikum ausschlaggebend war für den Aufstieg vieler der bedeutendsten Firmen

1930

Vollendet organisierter Plakatanschlag in über 250 deutschen Städten. Die Grundlagen dieses gewaltigen Erfolges sind: die hervorragende Placierung der Werbeträger an den verkehrsreichsten Plätzen, die Zuverlässigkeit, Sauberkeit und Gewissenhaftigkeit bei der Erledigung jedes Auftrages, die stets dem Werbewert entsprechende einheitliche Gebührenberechnung und das durch diese Arbeitsweise gewonnene Vertrauen der Werbeverbraucher

Städte-Reklame-Konzern
Zentrale: Frankfurt am Main
Börsenplatz 9-11. Fernruf 23749

Der deutschen Erde:

Deutsche Stickstoff-Düngen

PRO MACK
Z.

STICKSTOFF-SYNDIKAT

R. Stock & Co., Spiralbohrer-, Werkzeug- und Maschinenfabrik A.-G.

Berlin-Marienfelde

Werksansicht Berlin-Marienfelde

Im Jahre 1891 begann **Robert Stock** mit der Herstellung von Spiralbohrern und legte damit den Grundstein zu einer Entwicklung, die gegenwärtig in der Massenfertigung eines für die gesamte Industrie wichtigen Präzisions-Werkzeuges gipfelt.

Heute beträgt das Aktienkapital der **R. Stock & Co., Spiralbohrer-, Werkzeug- und Maschinenfabrik A.-G., Berlin-Marienfelde** 7,56 Millionen Reichsmark. Das Fabrikgelände umfaßt 105 000 qm. 745 Motoren mit einer Leistung von 3580 Kilowatt treiben einen Maschinenpark von etwa 6000 Werkzeugmaschinen, Hilfsmaschinen und Apparaten. Die Belegschaft zählt über 2000 Arbeiter und Angestellte. Stock-Verkaufsstellen und Lager sind über den ganzen Erdball verteilt.

Die **Spiralbohrerfertigung** ist der eigentliche Kern des Werkes geblieben und zu besonderer Leistungsfähigkeit ausgestaltet. Eine ähnliche Ausdehnung haben **Fräser-, Reibahlen-, Gewindebohrer- und Lehrenbau** sowie die Fertigung für **Zubehörteile.** Neben Spiralbohrern, Werkzeugen und Lehren werden **Werkzeug-Instandhaltungsmaschinen** in Serien gebaut.

Die **R. Stock & Co. A.-G.** verfügt über metallographische und chemische Laboratorien, sie besitzt ferner ein großes mit neuzeitlichen Maschinen und Apparaten ausgerüstetes Versuchsfeld — denn genaue Rohstoffkontrolle, laufende Revisionen und eingehende Leistungsprüfungen sind Voraussetzung für die Herstellung von Hochleistungswerkzeugen.

R·S Stock & Co

SPIRALBOHRER-, WERKZEUG- U. MASCHINENFABRIK A.-G.

BERLIN-MARIENFELDE

Die Firma G. Siegle & Co.,

G. M. B. H.

STUTTGART

ist im Jahre 1848 von Heinrich Siegle gegründet worden. Sie stellte zuerst in der Hauptsache Carmin, Carminlacke und natürliche Farbstoffe aus Blauholz, Rotholz, Gelbholz und Kreuzbeeren her. Schon früh wurde auch die Fabrikation von Mineralfarben aufgenommen. Mit dem Eintritt des Sohnes des Gründers, Gustav Siegle, der die ersten Entdeckungen auf dem Gebiete der Teerfarbstoffe kennen gelernt hatte, nahm die Firma einen gewaltigen Aufschwung. Er erkannte frühzeitig die Bedeutung dieser neuen Farbstoffe und gründete mit der Firma Knosp, Stuttgart, und zwei Mannheimer Firmen die Badische Anilin- und Sodafabrik, der er seinen schon damals aufs beste ausgebauten Verkaufsapparat zur Verfügung stellte. Die kaufmännische Leitung dieses Weltunternehmens blieb bis 1889 in Stuttgart. Als es damals zweckmäßig erschien, auch den kaufmännischen Teil des Betriebs nach Ludwigshafen zu verlegen, schied Gustav Siegle aus der Direktion aus und erwarb seine väterliche Firma wieder zurück. So entstand die heutige Firma G. Siegle & Co., die im Jahr 1898 in eine G. m. b. H. umgewandelt wurde. Die Lage der Fabrik mitten in der Stadt Stuttgart machte eine Ausdehnung unmöglich. Es wurde deshalb ein Teil des Betriebs nach dem benachbarten Feuerbach verlegt. Im Jahr 1917 wurde die altangesehene Firma Pabst & Lambrecht in Nürnberg und im Jahr 1921 die im In- und Ausland bestbekannte Farbenfabrik Arzberger, Schöpff & Co., Eisenach, erworben. Erstere Fabrik wurde stillgelegt und der Betrieb nach Stuttgart übernommen. Die Anlagen erwiesen sich auf die Dauer als zu klein und es wurde deshalb nach neuem Fabrikgelände gesehen. So wurde im Jahr 1920 die Hauptfabrik in ein neues Werk in Besigheim verlegt, das mit einer Wasserkraft von über 2000 PS ausgestattet ist. Im Jahr 1929 wurde die alte Firma Wilhelm Sattler A.-G. und zu Anfang des Jahres 1930 die kleinere Firma Theodor Wirsing, beide in Schweinfurt, dazugekauft. Heute sind die Erzeugnisse der Firma: reine Bunt- und Mineralfarben in trockenem Zustande, wie Chromgelb und Chromgrün, Zinkgelb und Zinkgrün, Preußisch- und Stahlblau, Chromoxydhydratgrün, Permanent- und Viktoriagrün, Chromoxydgrün, echter Zinnober, Carmin, Cadmiumgelb, Neapelgelb, Bleiweiß, Anilinfarblacke in allen Nuancen usw.

SÜDHOLZ

DAS LEISTUNGSFÄHIGE UNTERNEHMEN DER SÄGE-INDUSTRIE

liefert aus Produktionen in Deutschland, Slawonien, Rumänien und Polen

in Eiche: Rohfriesen, Pariser Ware, Boules

in Buche: ged. Kurz- und Langfriesen

in Fichte, Tanne, Kiefer: Schnittmaterial in allen Abmessungen

Tochterunternehmen:

Deutsche Parkett-Werke

Die größten Werke der Parkettindustrie

liefert in erstklassiger Fabrikation und in besten Qualitäten alle Arten von Eichen-, Buchen- und Kiefernparkett, sowie gemusterte, verleimte Tafelparkettböden nach eigenen und gegebenen Entwürfen.

Süddeutsche Holzindustrie Akt. Ges., München

Süddeutscher Cement-Verband Heidelberg

Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Postbrieffach 11
Fernruf: 3600—3604
Drahtwort: Cementverband

Der Verband wurde in seinem jetzigen Aufbau im Jahre 1904 gegründet.
Er besorgt den Vertrieb der Erzeugnisse von 20 süddeutschen Zementwerken für die Gebiete:
Bayern mit Rheinpfalz,
Württemberg und Hohenzollern,
Baden,
Hessen, Oberhessen und Hessen-Nassau,
einen Teil der Rheinprovinz, soweit südlich der Bahnlinie Trier-Koblenz gelegen, sowie
das Saargebiet.

Verkaufsstellen
bestehen in:
Heidelberg, Rohrbacher Straße 12, II. F.-S. 3601-04
München, Sonnenstraße 6. F.-S. 90954-56.
Stuttgart, Neckarstraße 84. F.-S. 41344.
Würzburg, Bismarckstraße 22. F.-S. 5861.
Nürnberg, Königstorgraben 1. F.-S. 21791.
Amöneburg a. Rh. F.-S. 900 Mainz; 61551 / 61341 } F.-S. Wiesbaden.
Ulm a. d. Donau. F.-S. 2054-58.
Oberkassel bei Bonn. F.-S. 2041 Bonn.

Erzeugnisse:
Portland-Zement nach den deutschen Normen, ebenso
Hochwertiger Portland-Zement
mit garantierten besonders hohen Anfangsfestigkeiten.
Eisenportland-Zement
Montanzement
aus dem staatl. bayer. Werk Luitpoldhütte in Amberg.
Hochofen-Zement
Ferner:
Traß-Portland-Zement
Prima-Zement (für untergeordnete Betonierungsarbeiten.)
Roman-Zement (zu Verputzzwecken.)

Eigenschaften:
Zement ist der modernste und wirtschaftlichste Baustoff. Er ermöglicht zufolge größter Anpassungsfähigkeit und Bildsamkeit des Betons die Ausführung der umfangreichsten und schwierigsten Bauwerke in kürzester Zeit, in den schlankesten Konstruktionen, mit höchster Materialersparnis, mit größter Sicherheit und mit unbegrenzter Lebensdauer.

Verband Deutscher Druckpapier-Fabriken

Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Berlin

Der Aufschwung der deutschen Druckpapier-Industrie und hiervon ausgehend des deutschen Zeitungsgewerbes hat mit Aufstellung des ersten Bischoffrollers und der ersten Rotationsmaschine im Jahre 1874 begonnen. Von da an ging eine größere Zeitung nach der anderen zur Aufstellung von Rotationsmaschinen und demzufolge zur Verarbeitung von Rollenpapier und zum Druck von Massenauflagen über.

Folgende Zahlen sollen den technischen Aufschwung in der Druckpapierherstellung seit 50 Jahren erläutern:

	zurzeit	vor 25 Jahren	vor 50 Jahren
1. Arbeitsbreite (beschnitten) der größten Maschine für maschinenglatt Zeitungsdruckpapier	5.50	2.60	1.89
2. Wieviel Meter maschinenglatt Zeitungsdruckpapier liefen davon in einer Stunde ab?	1.8000 m	7200 m	3600 m

Die technischen Verbesserungen ruhen nicht, und es ist in der Hauptsache auf die Güte des deutschen Druckpapieres und auf die korrekte Lieferung zurückzuführen, wenn Deutschland trotz mancherlei Nachteilen gegenüber den holzreichen Ländern, wie Skandinavien und Finnland, sowie Kanada, auf dem Weltmarkt immer noch mitkommt.

In welch überraschender Weise sich der Inlandsabsatz der deutschen Druckpapierindustrie seit Beginn des Jahrhunderts gehoben hat, ergibt sich aus den Ablieferungen in Zeitungsdruckpapier, die betragen haben:

1901:	149 540 Tonnen	1928:	404490 Tonnen
1910:	276 670 „	1929:	409 090 „
1926;	306 667 „	1930:	389054 „

Bei der gewaltigen Steigerung der Druckpapiererzeugung, die in den letzten 30 Jahren auf weit mehr als das Doppelte angewachsen ist, ist es nicht mehr wie vordem möglich, den Bedarf an dem Hauptrohstoff, dem Papierholz, in der benötigten Menge im Inland zu decken. Etwa 50 v. H. wird von der deutschen Druckpapier- und Zellstoff-Industrie von den benötigten Holzmengen aus dem Auslande, hauptsächlich Rußland, Polen, der Tschechoslowakei und Finnland, eingeführt werden müssen. Während im Jahre 1901 von der deutschen Druckpapierindustrie ca. 466000 Festmeter Holz benötigt worden sind, hat der Verbrauch an Holz im Jahre 1928 mehr als das Dreifache, nämlich 1 635 000 Festmeter betragen.

An der Welterzeugung ist Deutschlands Papierindustrie mit etwa 14% und an der Papiererzeugung Europas mit etwa 35% beteiligt. Die Zahl der Arbeiter in der deutschen Papierindustrie beträgt rund 115 000.

Der jährliche Papierverbrauch stellt sich auf den Kopf der Bevölkerung in

Amerika . . .	auf 62 kg	Frankreich . .	auf 21,5 kg
England . . .	„ 37 „	Belgien . . .	„ 20 „
Deutschland . .	„ 26,5 „	Schweiz . . .	„ 20 „

In weiteren Abstufungen folgen die übrigen Länder Europas bis auf Italien mit 8 kg, Spanien mit 6 kg, Rußland mit 3 kg

Der Zeitungsdruckpapier-Verbrauch pro Kopf der Bevölkerung in Deutschland ist örtlich ganz verschieden. Während er sich

in der Mark Brandenburg . . . . . auf 19 kg
und in den Hansastädten . . . . . „ 15,4 „
stellt, beträgt er:

in Hessen-Nassau . . . . . nur 6,9 kg
im Freistaat Sachsen . . . . . „ 6,8 „
im Rheinland . . . . . „ 5,7 „
in Württemberg . . . . . „ 4,3 „
in Hannover, Westfalen, ... } „ 4 „
Bayern, Provinz Sachsen . . . . . }

Der geringste Verbrauch besteht:
in Westpreußen, Pommern, Oldenburg
und den kleineren Bundesstaaten . . . . mit 2,9 kg

Der Durchschnitt für das ganze Reich stellt sich pro Kopf auf 5 kg.

Verwaltungsgebäude des Verbandes Deutscher Druckpapier-Fabriken Berlin

Verein für chemische Industrie Aktiengesellschaft, Zweigniederlassung Greifenhagen, Greifenhagen bei Stettin|Pommern

Verein für chemische Industrie Aktiengesellschaft, Zweigniederlassung Oeventrop, Kreis Arnsberg|Westf.

VEREIN FÜR CHEMISCHE INDUSTRIE

AKTIENGESELLSCHAFT

FRANKFURT A. M.

GRÜNDUNGSJAHR UND BESTEHEN:

Das Unternehmen ist als Aktiengesellschaft am 1. Mai 1865 gegründet worden und ging aus dem Zusammenschluß einer Reihe von Privatbetrieben, deren Gründung bereits bis in das Jahr 1857 zurückgeht, hervor.

GESCHÄFTSBETRIEB:

Holzverkohlung und chemische Fabriken. – Es werden zehn Fabriken betrieben.

KAPITAL:

Das Aktienkapital der Gesellschaft beträgt 6,5 Millionen Mark; außerdem ist der Reservefonds mit 1,3 Millionen Mark dotiert.

PRODUKTIONSPROGRAMM:

Das Fabrikationsprogramm der Gesellschaft umfaßt nachstehende Erzeugnisse:

Methanol	Aceton	Essigäther
Formaldehyd	Vergällungsholzgeist	Acetylcellulose
Essigsäure	Lösungsmittel	Aktive Kohle

Spezialität: Holzkohlen aller Art und deren Verarbeitungsprodukte

DIE UNIVERSUM-FILM AKTIENGESELLSCHAFT

VON MÜLLER-JABUSCH

Ein Unternehmen, im Kriege entstanden, durch Niederbruch, Inflation und Wirtschaftskrise hindurchgesteuert, heute das bei weitem größte Filmunternehmen Europas — das ist die U f a, ein Firmenname, populär wie wenige in Deutschland, jedem vertraut, der einmal ein Kino besucht hat. Als man im Kriege feststellen mußte, welch gewaltiges Propagandamittel der Film in der Hand unserer Kriegsgegner war, entstand der Gedanke zu dieser Gründung. Um den deutschen Film nicht vom Weltmarkt verdrängen zu lassen und um der feindlichen Tendenz entgegentreten zu können, wurde 1917 aus dem Zusammenschluß mehrerer Filmgesellschaften die Universum-Film Aktiengesellschaft geschaffen, der Kern des heutigen Großkonzerns, von vornherein eine Firma von Achtung gebietender Größe. Großunternehmungen der deutschen Wirtschaft waren die Gründer. In ihrer Hand und beim Reich selbst waren die Aktien. An der Spitze stand als Aufsichtsratsvorsitzender Dr. von Stauß von der Deutschen Bank, der dieses Unternehmen zehn Jahre lang mit besonderer Hingebung betreut hat. Die Beteiligung des Reiches, als dauernde Interessennahme gedacht, sollte die kulturpolitischen Ziele sichern. Bald nach dem Kriege glaubte das Reich sich dieses Besitzes entäußern zu sollen. Die Deutsche Bank sprang damals auf den Wunsch der Reichsregierung ein und übernahm, ausdrücklich als Sachwalterin dieser nationalen Aufgaben, den Aktienbesitz des Reiches. Die Reichsregierung hat später allerdings keine Sorge dafür getragen, daß der deutsche Film pfleglich behandelt wurde. Sie hat den Film den Gemeinden als Objekt der Lustbarkeitssteuer überlassen und damit seine Rentabilität schwer gefährdet. In Verkennung der kulturpolitischen Aufgaben des deutschen Films haben die Gemeinden dem Film unverständlich hohe Lasten auferlegt. Die Lustbarkeitssteuer nahm in Einzelfällen bis zu 50 Prozent der Bruttoeinnahme für sich in Anspruch, eine Belastung, die auch jede andere Industrie zugrunde richten würde.

Unter diesen Umständen war es nicht verwunderlich, wenn sich die Ufa im April 1927 zu einer einschneidenden Sanierung genötigt sah.

Geheimrat Dr. Hugenberg unternahm ein ungewöhnliches Wagnis, als er diese Reorganisation in die Wege leitete.

Angesichts der allgemeinen wirtschaftlichen Lage, der besonderen steuerlichen Belastung der Filmindustrie und des drückenden Wettbewerbs des Auslandes war das Risiko außerordentlich groß. Schließlich gaben aber die ideellen Gesichtspunkte den Ausschlag; denn eine Liquidation der Ufa hätte das Aufhören der deutschen Filmindustrie bedeutet. Bei der Sanierung wurde das Aktienkapital der Ufa von 45 auf 15 Millionen zusammengelegt und wieder auf 45 Millionen Reichsmark erhöht; die außerdem ausgegebenen 15 Millionen Reichsmark Obligationen blieben bestehen.

Wenn heute der deutsche Film — und in Europa n u r der deutsche Film — auf Weltgeltung Anspruch erheben kann, so ist das in erster Linie der Erfolg der Ufa-Produktion. Der Ernst-Lubitsch-Film „Madame Dubarry" brach schon 1919 die Blockade gegen den deutschen Film. Filme wie „Kabinett des Dr. Caligari", „Anna Boleyn", „Der müde Tod", „Nibelungen", „Der letzte Mann", „Variété", „Walzertraum" usw. sind als stumme Filme in der ganzen Welt gelaufen. Weltruf genießen auch die Kulturfilme der Ufa, die mit „Wege zu Kraft und Schönheit" ihren ersten ganz großen Erfolg hatten. Nachdem die Blockade gebrochen war, mußte man mit der amerikanischen Konkurrenz klare Verhältnisse schaffen. Dann kam mit überraschender Schnelligkeit die Notwendigkeit der Umstellung auf den Tonfilm. Der Entschluß mußte in einer Zeit gefaßt werden, als niemand die Tonfilmentwicklung mit Sicherheit voraussehen konnte. Die Umstellung erfolgte in der phantastisch kurzen Zeit von vier Monaten, trotz der gewaltigen Unkosten ohne Kapitalerhöhung. Sie gelang in solchem Maße, daß der Ufa-Tonfilm so gut wie überhaupt keine Kinderkrankheiten zu überwinden hatte. Man denke nur an die großen Erfolge des Tonfilms. Es sei erinnert an: „Liebeswalzer", „Die letzte Kompagnie", „Die Drei von der Tankstelle" und vor allem an „Der Blaue Engel".

Heute steht die Ufa mit einem Kapital von 45 Millionen Reichsmark Aktien und 15 Millionen Reichsmark Obligationen als ein gefestigtes rein deutsches Unternehmen da, als ein Faktor von beachtlicher Bedeutung in der deutschen Wirtschaft. Ohne die Schauspieler und Komparsen beschäftigt sie ein Personal von rund 5000 Menschen mit einem Lohnetat von etwa 15 Millionen Reichsmark. Die Ufa vereinigt in sich Produktion, Verleih und Theaterbetrieb. Die Hauptproduktionsstätten bilden eine besondere Stadt bei Neubabelsberg. Auf einem Gelände von 350 495 qm stehen die großen Tonaufnahmehallen, technisch mit allem ausgerüstet, was man sich nur ersinnen kann. In eigener Kraftzentrale werden jährlich mehr als 1 Million Kilowattstunden Strom erzeugt, die ausreichen würden, die Straßenbeleuchtung einer mittleren Großstadt, etwa von Halle, für ein Jahr zu decken. Neben den Ateliers liegen die Vorführungsräume, die Magazine, die Filmkeller, die Filmtresore, die Requisitenräume und die Werkstätten der Handwerker; denn diese Filmstadt braucht Handwerker aller Art. In einem Jahr wurden rund 100 000 qm Leinwand, 100 000 qm Sperrholz, 200 000 qm Latten, 40 000 Schal- und Stammbretter, 2000 qm Glas, 20 000 kg Nägel und 6000 Ztr. Gips verbraucht, Ziffern, die eine kleine Vorstellung davon geben, was es heißt, Filme zu inszenieren; denn was hier aufgebaut wird, Paläste und Hütten, ist nach den kurzen Aufnahmetagen Abbruchmaterial. Weiteres Aufnahmegelände von 87 014 qm Umfang besitzt die Ufa in Tempelhof. Auch hier mit allen technischen Anlagen wie in Neubabelsberg. Etwa 75 Prozent der deutschen Tonfilmerzeugung werden in den Anlagen der Ufa hergestellt, ohne daß die Möglichkeit der Ausnutzung bisher schon erschöpft wäre.

Die Fertigstellung der Filme erfolgt durch eine Tochtergesellschaft, die „Afifa" (Aktiengesellschaft für Film-Fabrikation). Hier können 100- bis 150 000 m Film an jedem Tage entwickelt und kopiert werden. Entwicklung und Fixieren des Films geschehen mechanisch.

Seit ihrem Bestehen hat die Ufa Wert auf den Besitz eigener Theater gelegt. Die Vorführung in eigenen Theatern läßt das investierte Geld schneller wieder zurückfließen. Die Ufa begann mit 40 Theatern, die sie von der Nordisk Films Co. 1918 übernahm. Der Theaterpark ist dann ohne Ueberstürzung konsequent weiter vergrößert worden. Gelegentlich wurde auch das eine oder andere Theater abgestoßen. Bis zum Herbst 1931 besitzt die Ufa in Deutschland etwa 115 Theater mit mehr als 120 000 Sitzplätzen. 2000 Angestellte sind in den Ufa-Theaterbetrieben tätig. Ferner besitzt die Ufa Theater in Holland, Oesterreich, Ungarn, Polen und neuerdings auch in New York.

Die Ziffern der eigenen Theater vermögen freilich noch keine Vorstellung von der wirklichen Verbreitung der Ufa-Filme zu geben; denn der große Filmverleih erfaßt viel mehr Theater. In Deutschland versorgte der Ufa-Verleih mit seinen fünf Filialen vor Einführung des Tonfilms mehr als 5000 „stumme" Theater. Seit Einführung des Tonflims sind es rund 2100. Die deutschen Ufa-Verleih-Filialen bringen monatlich etwa 8000 direkte Sendungen auf den Weg. Der Filmversand zwischen den einzelnen Theatern ist dabei nicht mitgerechnet. Das Ausland wird zum Teil durch eigene Verleihorganisationen beliefert (so Holland, Frankreich mit Belgien, Oesterreich, Ungarn, Polen und die Vereinigten Staaten). Im übrigen Ausland vertreiben heimische Verleiher die Ufafilme für Rechnung der Ufa, die bedeutenden Verleihhäuser des Auslandes auch für eigene Rechnung. Im Verleihgeschäft spielt die Ufa-Wochenschau eine bedeutende Rolle; denn die eigene Organisation und internationale Austauschabkommen haben ihr höchste Aktualität und größte Mannigfaltigkeit gesichert. Der Besucher der Ufa-Theater staunt immer wieder, wenn er Ereignisse desselben Tages wenige Stunden später vor der tönenden Leinwand miterleben kann.

Ein anderes Sondergebiet der Ufa sind die Kulturfilme, denen keine andere Filmfirma der Welt etwas Gleichwertiges an die Seite stellen kann. Beinahe alle Zweige der Wissenschaft hat man versucht, mit der Kamera zu erschließen. Man hat nicht nur Expeditionen in ferne Länder unternommen, sondern auch im Atelier biologische Filme von hohem wissenschaftlichen Wert gedreht. Was hier geschaffen worden ist, hat Wert weit über den Tag und über den wechselnden Geschmack hinaus.

Eine Abteilung, die die Ufa in den letzten Jahren stark entwickelt hat, ist der Werbefilm, der auch sofort auf den Ton umgestellt worden ist. Die technischen Erfahrungen, die sich auf den anderen Gebieten der Produktion ergeben haben, im Kulturfilm, im Spielfilm und im Trickfilm, werden hier für die Werbezwecke des privaten Interessenten ausgewertet. Ja, in wenigen Monaten wird man so weit sein, daß der Geschäftsreisende mit dem Tonfilm-Koffer die Kunden besuchen kann.

Alle Fährnisse der Zeit und unsagbare steuerliche Sonderbelastung haben dem Gefüge der Ufa auf die Dauer nichts anhaben können. Aber die Erkenntnis, daß es sich hier um ein Instrument des kulturellen Ansehens handelt, hat es nicht verhindern können, daß dem Film immer wieder Sonderbelastungen drohen. In einer Zeit, in der man jährlich mehr als 40 Millionen in Deutschland für Theatersubventionen ausgibt, sieht man im Film, dessen künstlerischer Wert heute sicher vielfach über den Leistungen mancher Theaterdarbietungen steht, oft nur das Objekt für leichten Steuerzugriff und nicht den Kulturfaktor. Man muß das feststellen, weil die kulturelle Mission des deutschen Filmes nur auf der Grundlage gedeihlicher geschäftlicher Entwicklung sich auszuwirken vermag und weil die Rentabilität der Filmindustrie von hier aus bedroht werden kann. Man denkt dabei nicht daran, daß der Film als Export-Artikel einen wesentlichen Devisen-Zufluß mit sich bringt; denn er ist ein Ausfuhr-Artikel von hohem Wert, ohne daß vorher irgendwelche ausländische Rohstoffe oder Zusatz-Rohstoffe eingeführt werden. Welche wirtschaftlichen Wirkungen könnten also in dieser Richtung erzielt werden, wenn der Druck der als Strafsteuer wirkenden Lustbarkeitssteuer endlich von der Film-Industrie genommen würde.

VIAG

VEREINIGTE INDUSTRIE-UNTERNEHMUNGEN

AKTIENGESELLSCHAFT

BERLIN W 8

Großkraftwerk Golpa-Zschornewitz der Elektrowerke A. G.
Blick auf die Kesselhausseite

Eisenbeton-Kühltürme des Kraftwerkes Golpa-Zschornewitz der Elektrowerke A. G. (Leistung je 14000 cbm/h)

Die Viag ist die Dachgesellschaft verschiedener wirtschaftlicher Unternehmungen, die dem Deutschen Reiche gehören.

Außer der Reichs-Kredit-Gesellschaft gehören die Elektrowerke, die Vereinigte Aluminiumwerke, die Bayerischen Kraftwerke, das Innwerk sowie eine Reihe weiterer elektrowirtschaftlicher und industrieller Unternehmungen zum Viag-Konzern.

Aktienkapital und offene Reserven der Viag betragen 223 Millionen Reichsmark. Zur Finanzierung ihrer Beteiligungen hat die Viag im Jahre 1925 eine 6%ige amerikanische Anleihe über $ 6 Millionen, ferner im Jahre 1926 eine weitere 6½%ige amerikanische Anleihe über $ 6 Millionen und eine deutsche 7%ige Anleihe über RM 20 Millionen aufgenommen.

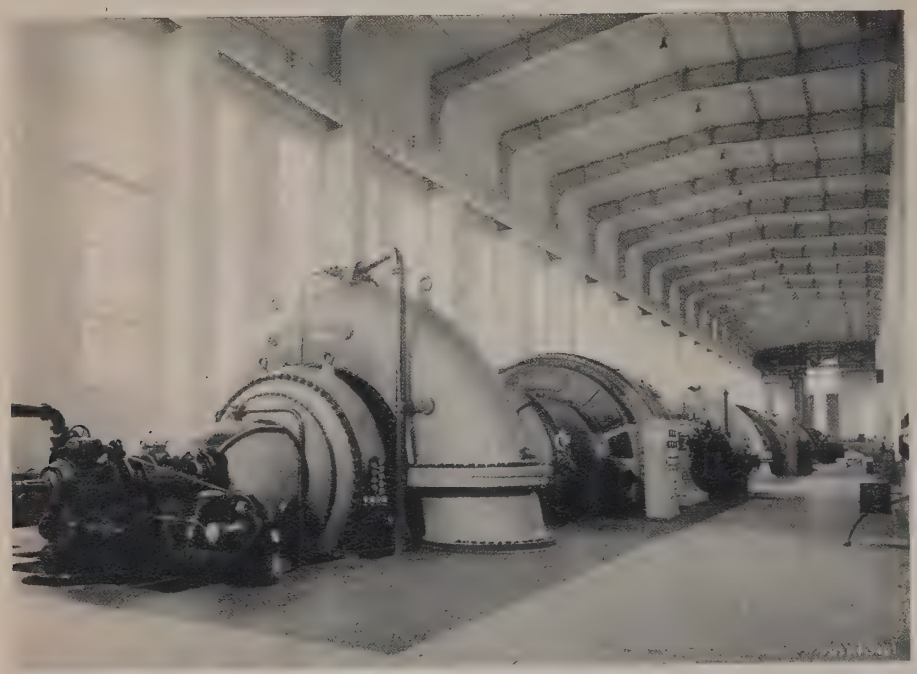
Die Viag verteilte folgende Dividenden: 1924/25 5 %, 1925/26 5 %, 1926/27 6 %, 1927/28 7 %, 1928/29 8 %, 1929/30 8 %, 1930/31 7 %.

Innwerk, Bayerische Aluminium A. G.

Wasserschloß, Rohrbahn, Krafthaus, Unterwasserkanal mit Kabelbrücke, hinter dieser ein Teil des Ofenhauses vom Werk Töging der Vereinigte Aluminium-Werke A. G.

Voith

Unsere Firma, die im Jahre 1867 von Johann Matthäus Voith, dem Großvater der jetzigen Inhaber mit 35 Arbeitern gegründet wurde beschäftigt heute im Heidenheimer Werk rund 3000 Arbeiter und Angestellte, zu denen noch etwa 1300 Arbeiter und Angestellte der im Jahre 1903 gegründeten österreichischen Schwesterfabrik in St. Pölten treten. Voith richtete frühzeitig seine Haupttätigkeit auf die Herstellung von Maschinen für die Holzschleiferei und Papierfabrikation und nahm im Zusammenhang damit auch den Bau von Wasserturbinen auf. Auf diesen beiden Gebieten hat sich unsere Firma eine führende Stellung erworben. An



Pumpspeicherwerk Herdecke a. d. Ruhr. Vier Turbinen von zusammen rund 200 000 PS, drei Pumpen von zusammen rund 110 000 PS.

WASSERTURBINEN

hat unsere Firma bis heute über 11000 Stück mit einer Gesamtleistung von nahezu 7 500 000 PS geliefert.
Wir bauen ferner

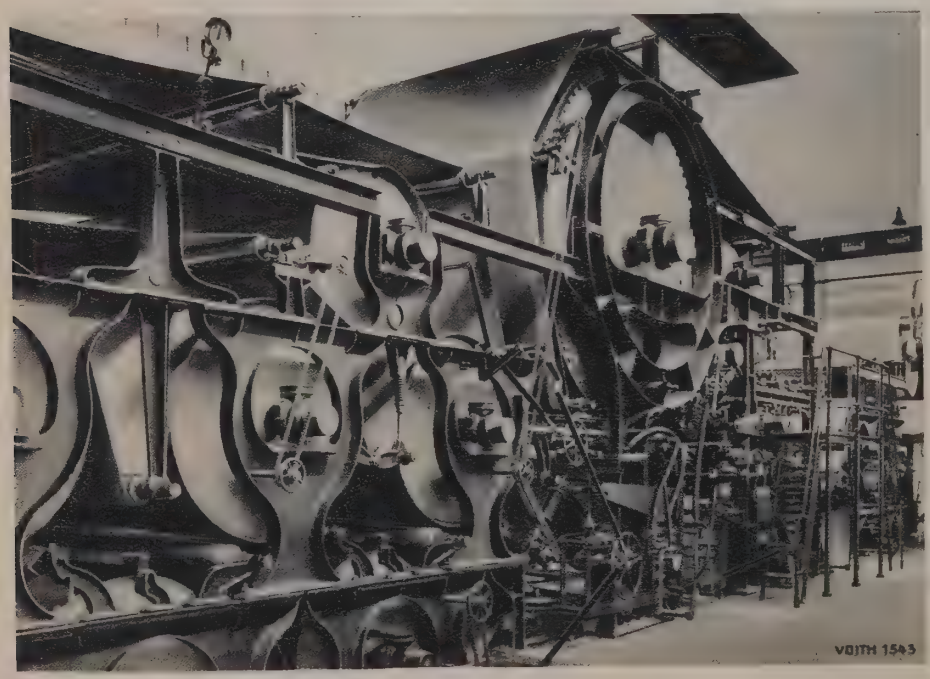
VOITH-SULZER-SPEICHERPUMPEN

bis zu den größten Kraftaufnahmen. Die größten Speicherpumpen der Welt mit einer Kraftaufnahme von je 36000 PS laufen im Kraftwerk Herdecke a. d. Ruhr, das vollständig mit Maschinen aus unseren Werkstätten ausgerüstet ist.

EISENWASSERBAUTEN

bis zu den größten Abmessungen.

DRUCKROHRLEITUNGEN
ABSPERRORGANE
HYDRAULISCHE SCHALTKUPPLUNGEN.



Glättzylinder der Trockenpartie einer Kartonmaschine mit drei Langsieben.

PAPIERMASCHINEN

Über 420 Maschinen, von der schmalsten Zigarettenpapiermaschine bis zum breiten Schnelläufer von 120000 kg Tagesproduktion, haben wir bis jetzt ausgeführt. Wir bauen Rundsieb-, Mehrfach-Langsieb- und kombinierte Langsieb-Rundsiebkartonmaschinen.
Sämtliche Nebenmaschinen für Holzschliff-, Zellstoff- und Papierherstellung.

STETIGSCHLEIFER. PRESSENSCHLEIFER.

Über 450 Stetigschleifer, die zusammen eine Tagesleistung von 8 Millionen kg Holzschliff geben, wurden von uns bis jetzt geliefert.

NEUZEITLICHE BLEICHEREIANLAGEN.
FASERRÜCKGEWINNUNGSANLAGEN.

Die zwei größten Zellstoff-Trockenmaschinen des Kontinents wurden von uns gebaut.

J.M.Voith Maschinenfabriken
Heidenheim (Brenz), Württemberg
und St. Poelten, Niederösterreich

Westfälisch-Anhaltische Sprengstoff-Actien-Gesellschaft

Chemische Fabriken

Berlin W 9

Linkstraße 25 (Fuggerhaus)

Fabriken in Reinsdorf b Wittenberg, Coswig (Anhalt)
Sythen b. Haltern, Sinsen i. W.

Die Gesellschaft wurde 1891 von Bergwerksbesitzern und Bergbauinteressenten gegründet, um für den Verbrauch der eigenen Zechen günstige Bedingungen zu schaffen und sich im Sprengstoffbezuge unabhängig zu machen. Die Zechen gehören auch heute noch zu ihren Hauptabnehmern.

Das jetzige Fabrikationsgebiet umfaßt sämtliche Arten von Sprengstoffen, insbesondere Dynamit und Sicherheitssprengstoffe für Bergbau, Steinbrüche, forst- und landwirtschaftliche Kulturarbeiten und dergl., Sprengkapseln und sonstige Zündmittel. Ferner ist das Werk Reinsdorf mit der Alleinherstellung des gesamten Bedarfs an Pulver, Sprengladungen usw. für Heer und Marine betraut. Auch wird dort Rohcelluloid in Platten, Röhren und Stäben sowie Kollodiumwolle für alle technischen Zwecke fabriziert. — In dem Werke Coswig werden Zwischenprodukte (Schwefelsäure, Dynamitglycerin usw.) hergestellt.

Belegschaft:

1895	Beamte und Arbeiter rd.	250
1905	„ „ „ „	950
1916	„ „ „ „	11 600
1929	„ „ „ „	2300

Grundbesitz:

1906	. . . . .	347 Morgen
1929	. . . . .	4437 „

(hiervon 3 587 274 qm bebaute Fläche mit etwa 1729 Einzelgebäuden)

Die Firma besitzt sämtliche Aktien der Superphosphat- und Farbenfabriken H. A. Meyer & Riemann, Chemische Werke Aktiengesellschaft, Hannover-Linden, und G. Neu'ranz Aktiengesellschaft für chemische Produkte, Salzwedel, und ist beteiligt bei den Firmen

Zünderwerke Ernst Brün A.-G., Krefeld-Linn,

Rheinische Gummi- und Celluloid-Fabrik, Mannheim-Neckarau, Sprengstoff-Verkaufs-Gesellschaft m. b. H., Köln, Essen, Berlin und München,

Celluloid-Verkaufs-Gesellschaft m. b. H., Berlin und Süddeutsche Sprengstoffwerke A.-G., München.

SCHEURLEER & ZOONEN
HAAG
BANKHAUS

Erledigung von Bankgeschäften im weitesten Sinne, speziell
VERMÖGENSVERWALTUNG.

Das genaue Gründungsjahr der Firma ist nicht bekannt, da dieselbe sich allmählich aus einem Notariat entwickelt hat und die ältesten Dokumente bei einer Feuersbrunst verloren gegangen sind. Mit Sicherheit steht fest, daß 1804 die Firma als solche bestand. Sie war gegründet von Herrn Willem Scheurleer, Urgroßvater der jetzigen Inhaber. Sie befaßte sich anfangs außer mit der Verwaltung größerer Vermögen mit dem Handel in Edelmetall. Kurz nach 1804 wurde sie verlegt nach Spuistraat 11, wo die Firma auch jetzt noch ihren Sitz hat. Im Laufe der Jahre wurde das alte Gebäude allmählich zu klein, so daß der große Garten nach und nach dem Bau von Verwaltungsräumen und Safes weichen mußte. Die späteren Inhaber haben jedoch mit aller Pietät versucht, nicht nur die Traditionen einer durchaus zuverlässigen und sachgemäßen Verwaltung lebendig zu erhalten, sondern auch das äußere Ansehen des Hauses zu bewahren, so daß der alte Giebel noch unverändert erhalten geblieben ist. Die damals schon seit Jahren bestehenden wichtigen Verbindungen mit der Reederei in Scheveningen führten 1889 zur Gründung einer Filiale dort, deren Wachstum auch dank der Entwicklung Scheveningens als Badeort 1912 zu der Uebersiedelung nach einem größeren Hause führte, welches 1917 inzwischen bedeutend vergrößert werden mußte. Im Jahre 1915 zwang der zunehmende Raummangel zur Hinzunahme eines Gebäudes in der Wagenstraat 14. In letzterem wurden dann die Verwaltung und der An- und Verkauf von Wertpapieren untergebracht, während im alten Hause die eigentliche Bankabteilung ihren Sitz behielt. Das große Wachstum der Stadt 's-Gravenhage führte Januar 1930 zur Gründung einer Filiale im Viertel „Duinoord" (Groot Hertoginnelaan) im Interesse der dort ansässigen Privatkundschaft. Das Bedürfnis nach einem eigenen Sitz im finanziellen Zentrum in Holland, Amsterdam, wurde im Laufe der Zeit zwingend; deshalb wurde 1915 eine intime Verbindung mit der dortigen Firma Westendorp & Co. (gegründet 1825) geschlossen, wobei die Inhaber der Firma Scheurleer & Zoonen Mitinhaber jener Firma wurden. Im Jahre 1918 ging die Firma Westendorp & Co. eine Interessengemeinschaft mit der Firma Patijn, van Notten & Co. in Amsterdam ein, was auch der Stellung der Firma Scheurleer & Zoonen in Amsterdam zugute kam.

ROTTERDAMSCHE BANKVEREENIGING

ROTTERDAM · AMSTERDAM · HAAG

190 EIGENE FILIALEN
UND VERTRETUNGEN IN
HOLLAND

KAPITAL ƒ 50.000.000
RESERVE ƒ 20.000.000

BANQUE INTERNATIONALE à LUXEMBOURG

Die Internationale Bank in Luxemburg

Das führende Finanzinstitut des Großherzogtums Luxemburg ist die „Internationale Bank" — nicht nur, weil sie als einziges Kreditinstitut zur Emission von Banknoten berechtigt, also die Währungsbank von Luxemburg ist. Das Institut verfügt vielmehr auch — ganz seinem Namen gemäß — über verhältnismäßig große Beziehungen zu allen Ländern und recht enge Verbindungen zur Groß-Industrie Luxemburgs und der Nachbarländer. Man findet deshalb im Aufsichtsrat dieser Bank Namen von Klang und Ruf aus der Hochfinanz und der europäischen Großindustrie: Tony Dutreux / Ehren-Staatsminister Léon Kauffman / Senator Frédéric Francois-Marsal (Banque de l'Union Parisienne) / William Thys (Banque de Bruxelles) / Gaston Barbanson (Vereinigte Hüttenwerke von Burbach-Eich-Dudelange) / Baron Simon-Alfred v. Oppenheim (Sal. Oppenheim jr. & Co., Köln) u. a. m. Die „Internationale Bank" wurde im Jahre 1856 gegründet und beschäftigt sich mit allen bankmäßigen Geschäften. Das Emissionsprivileg von Banknoten ist auf 50 Millionen Francs begrenzt. Das Kapital beträgt 25 Millionen Francs. Im April 1920 wurde die Gesellschaft durch Schaffung von 100 000 Vorzugsaktien reorganisiert, die je zur Hälfte von der Banque de l'Union Parisienne, Paris, und der Brüsseler Bank, Brüssel, übernommen wurden. 1926 übernahm die Dresdner Bank ein größeres Paket Vorzugsaktien.

Die aufsteigende Entwicklung der Bank wird durch die jährlichen Rechenschaftsberichte vollauf erwiesen.

Hauptgeschäft

NEDERLANDSCHE HANDEL-MAATSCHAPPIJ, N. V.

GEGRÜNDET IM JAHRE 1824 BANKANSTALT HAUPTSITZ: AMSTERDAM

Eingezahltes Aktienkapital hfl. 80.030.000.- *Statutenmäßige Reserve hfl. 40.015.000.-*

*

Kauf und Verkauf
von Devisen, Valuten, Effekten
usw.

Ausführung von brieflichen
und telegraphischen
Dispositionen

Eröffnung
aller bankmäßigen Kredite

Weltzirkularkreditbriefe

Depositen / Konto-Korrente

Einkassierungen

Finanzierungen

Tresor-Einrichtung

Vermietung von Safes

Koffer-Stahlkammer

*

Dr. C. J. K. van Aalst
Direktor seit 1902, Präsident seit 1913

*

Filialen in
Rotterdam und Haag

Zentraldirection für den Osten:
Batavia

Niederlassungen in
Niederländisch-Indien

Straits Settlements

Britisch-Indien

China

Japan und Arabien

*

Geschäftshaus in Batavia (im Bau)

Die österreichischen Kommerzbanken

Wenn man die internationale Wirtschaftsgeschichte der letzten Jahre überblickt und dabei besonders bei der katastrophalen Zuspitzung verweilt, die in der jüngsten Zeit eingetreten ist, so drängt sich zwangsläufig die Ueberzeugung auf, daß Gesichtspunkte, unter denen der Normalverlauf des wirtschaftlichen Geschehens früher beurteilt zu werden pflegte, für die gegenwärtige Lage kaum in Betracht kommen. Diese Tatsache, auf welche man auf nahezu allen Gebieten der Weltwirtschaft stößt, muß festgehalten werden, wenn man zu den gegenwärtigen Verhältnissen im österreichischen Bankwesen die richtige Einstellung gewinnen will.

Die Ereignisse der letzten 18 Monate können hier nur in groben Umrissen gezeichnet werden. Es sei aber zunächst daran erinnert, daß der Umfang des österreichischen Bankwesens seit dem Jahre 1925 eine sehr bedeutende Einengung erfahren hat. Durch Liquidation von Instituten, die nach Aufhören der Inflationskonjunktur notleidend geworden waren, und durch eine Reihe von Fusionen hat sich die Zahl der großen österreichischen Kommerzbanken auf drei reduziert — in alphabetischer Reihenfolge: Niederösterreichische Escompte-Gesellschaft, Oesterreichische Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe und Wiener Bank-Verein. Als bedeutende Mittelbank tritt diesen Instituten noch die Mercurbank zur Seite.

Bei der Niederösterreichischen Escompte-Gesellschaft, dem Wiener Bank-Verein und der Mercurbank hat sich die Entwicklung im Jahre 1930 in normalen Bahnen vollzogen, wobei allerdings die allgemeine Wirtschaftsdepression auch auf das Bankgeschäft hemmend eingewirkt hat. „Die Lähmung des Unternehmungsgeistes in Handel und Industrie und die Stagnation, in der die Wiener Börse mit geringen Unterbrechungen während des ganzen Jahres verharrte, schlossen die Möglichkeit der Erzielung von Gewinnen aus Konsortial- und Emissionsgeschäften fast vollständig aus und reduzierten auch die Einnahmen aus dem Effekten-Kommissionsgeschäft auf ein Mindestmaß." Mit diesen Worten charakterisiert der Jahresbericht des Generalrates der Nationalbank die Lage des Bankgeschäftes im Jahre 1930. Zur Geschichte dieser Periode wäre noch nachzutragen, daß die Gruppe der alten ausländischen Freunde des Wiener Bank-Vereins (die Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, Berlin, Société Générale de Belgique und Banque Belge pour l'Etranger, Brüssel, und die Baseler Handelsbank, Basel) ihr Interesse an dem österreichischen Institut durch Erwerbung eines größeren Aktienpaketes bedeutend erhöht hat. Die Niederösterreichische Escompte-Gesellschaft hat gleichfalls den Kreis ihrer ausländischen Großaktionäre erweitert. Die Bilanzen der genannten Banken per 31. Dezember 1930 wiesen im allgemeinen keine erheblichen Unterschiede gegen das Vorjahr auf. Nur bei der Niederösterreichischen Escompte-Gesellschaft, die zu Beginn des Jahres 1930 die Vereinigte Elektrizitäts-A.-G. durch Fusion aufgenommen hatte, ergab sich im Gefolge der erwähnten Transaktion eine Steigerung der Bilanzsumme um etwa 15%, mit der eine Erhöhung des Erträgnisses um ungefähr 13% verbunden war. Per 31. Dezember 1930 haben die erwähnten Banken folgende Eigenmittel ausgewiesen:

	in Millionen Schilling	
	Kapital	Reserven
Niederösterr. Escompte-Ges.	54	43.3
Wiener Bank-Verein	55	28
Mercurbank	20	4.75

Bei der Oesterreichischen Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe sind im Jahre 1930 bekanntlich Verluste in außerordentlicher Höhe eingetreten, die die Reserven von 40 Millionen Schilling und den größten Teil des 125 Millionen Schilling betragenden Aktienkapitals aufgezehrt haben. Durch eine gemeinsame Aktion des Bundes, der Nationalbank und des Hauses Rothschild wurde der Credit-Anstalt neues Kapital in einem solchen Umfang zugeführt, daß das Eigenvermögen der Bank sogar etwas über das frühere Ausmaß erhöht wurde. Auf Grund besonderer gesetzlicher Ermächtigung hat die Credit-Anstalt ihre Bilanz per 31. Dezember 1930 nachträglich so erstellt, als ob die Rekonstruktion des Kapitals bereits an diesem Stichtage stattgefunden hätte. Sie weist demnach ein Aktienkapital von 177.5 Millionen Schilling aus.

Zum Zwecke der Rekonstruktion des Kapitals der Credit-Anstalt stellte der Bund 100 Millionen Schilling und die Nationalbank sowie das Haus Rothschild je 30 Millionen Schilling zur Verfügung, welche Beträge zum Teil zur Deckung des (nach Heranziehung der Reserven und von 25% des Aktienkapitals) noch verbliebenen Verlustes und zum anderen Teil zur Zeichnung neuer Aktien verwendet wurden.

Durch die Einzahlung des Bundes im Gesamtbetrag von 100 Millionen, von welchen 41.4 Millionen zur Verlustdeckung verwendet wurden, ist der österreichische Staat Großaktionär der Credit-Anstalt mit einem Aktienbesitz im Nominalwert von 58.6 Millionen Schilling geworden. Seine finanzielle Interessennahme an dem Institut reicht jedoch insofern viel weiter, als er für alle Darlehen, die der Credit-Anstalt für die Rekonstruktion oder das laufende Geschäft zur Verfügung gestellt werden, die Haftung als Bürge und Zahler übernimmt. Die allgemeine Ermächtigung hiezu wurde bis zum 30. Juni 1933 erteilt.

Dieses Eingreifen des Staates war vielfach einer heftigen, an verschiedenen Gesichtspunkten orientierten Kritik unterworfen, hat sich aber bisher im wesentlichen bewährt und nicht nur den Weiterbestand der Bank ermöglicht, mit deren Schicksal ein großer Industriekonzern verknüpft ist, sondern auch eine drohende Vernichtung der österreichischen Kreditbeziehungen mit dem Ausland hintangehalten. Daß man auch in anderen Staaten bei Entstehung analoger Verhältnisse zu ähnlichen, ja sogar noch viel weiter reichenden Maßnahmen gezwungen war, hat die skizzierte Politik auch in den Augen jener rehabilitiert, die teils grundsätzlich, teils aus staatsfinanziellen Bedenken der Intervention des Bundes ablehnend gegenübergestanden waren.

Die Beunruhigung, die sich aber trotzdem im Gefolge der oberwähnten Umstände auf ausländischen Geldmärkten bemerkbar machte, hat dazu geführt, daß auch bei den übrigen Wiener Banken kurzfristige ausländische Kredite bei eintretender Fälligkeit nicht erneuert wurden. Ausländische Gelder in sehr bedeutendem Ausmaß wurden daher in einem relativ kurzen Zeitraum zurückgezahlt. Daß diese Abtragung glatt möglich war, ohne daß ernstlich an ein Moratorium gedacht werden mußte, ist ein Ruhmestitel für die erwähnten Wiener Institute, der um so höher gewertet werden muß, als Ausnahmsverfügungen in anderen Ländern, mit denen enge wirtschaftliche Verknüpfungen bestehen, die Lage für die österreichischen Banken wesentlich erschwerten. Es verdient daher besondere Hervorhebung, daß weder Banken- noch Börsenfeiertage eingeschaltet werden mußten. Von einer partiellen Krise, die nun bereits behoben ist, wurde allerdings die Mercurbank betroffen. Die Bank, deren Aktien sich fast zur Gänze im Besitz der Danatbank befinden, war auf die Nachricht von den Schwierigkeiten der letztgenannten Bank einem Run ausgesetzt, dem auch ein so vorsichtig geführtes und auf hohe Liquidität bedachtes Institut ohne ausgiebige Unterstützung nicht standhalten konnte. Im Einvernehmen mit der Regierung wurde die zeitweise Schließung der Schalter verfügt. Im Zuge einer Ueberprüfung des Status wurde festgestellt, daß die Bank hoch aktiv ist und nur eines Ueberbrückungskredites bedurfte, der indessen nicht angegriffen werden mußte, um ihren Betrieb wieder aufnehmen zu können. Das ist inzwischen geschehen, wenn auch mit einer Verzögerung, die durch die Rücksichtnahme auf zahlreiche, mit der Lage der Bank in keiner Weise zusammenhängende Umstände bedingt war.

Damit wäre die Rückkehr zu normalen Verhältnissen im österreichischen Bankwesen vollzogen, wobei allerdings „normal" im Sinne der eingangs betonten Relativität der Vergleichsmaßstäbe als Grad einer beweglichen Wertskala gemeint ist. Eine Prognose über die Zukunftsaussichten des österreichischen Bankgeschäftes stellen zu wollen, wäre angesichts der völligen Undurchsichtigkeit der Weltwirtschaftslage verwegen. Welche Faktoren in der Lage wären, eine Besserung der Verhältnisse in ganz Europa herbeizuführen, ist heute allgemein bekannt. Bekannt ist auch, daß die kleinen Staaten, zu denen Oesterreich gehört, auf den Gang der Ereignisse keinen oder nur einen sehr geringen Einfluß ausüben können.

OESTERREICHISCHE NATIONALBANK

Die Oesterreichische Nationalbank hat ihre Tätigkeit am 1. Jänner 1923 begonnen. Schon einige Monate vorher konnte der katastrophale Sturz der Krone, die mit einem Siebzehntausendstel ihres Friedenswertes Ende August und Anfang September 1922 den tiefsten Stand erreicht hatte, unter dem Eindruck günstigerer Nachrichten aus Genf über die österreichischen Sanierungsverhandlungen zum Stillstand gebracht werden. Die Zuversicht, daß die Aktion des Völkerbundes die österreichische Währung und Wirtschaft wieder ins Gleichgewicht bringen werde, stärkte das Vertrauen in die österreichische Krone, so daß diese schon vor Ende 1922 das Stabilisierungsniveau von 14 400 Papierkronen für eine Goldkrone erreichen konnte. Das Genfer Sanierungswerk fußte in der Hauptsache auf drei Grundgedanken. Im Verlaufe einer Uebergangsperiode sollte das österreichische Budget durch Steigerung der Einnahmen und Verringerung der Ausgaben ins Gleichgewicht gebracht, durch Errichtung einer neuen Notenbank die österreichische Währung stabil gehalten und durch die Gewährung einer internationalen Anleihe einerseits der Regierung die Möglichkeit gegeben werden, die Reorganisierung der Staatsfinanzen ohne neuerliche Inanspruchnahme der Notenpresse durchzuführen, und andererseits der Notenbank ein entsprechender Devisenvorrat zur Verteidigung der Stabilität der Währung verschafft werden. Die Ziele dieser Aktion konnten restlos erreicht werden. Es gelang, die österreichische Krone gegenüber dem Schweizer Franken, und später gegenüber dem amerikanischen Dollar stabil zu erhalten. Die staatlichen Einnahmen konnten den Ausgaben angepaßt werden, so daß nur in den Jahren 1922 und 1923 Teile des Erlöses der Völkerbund-Anleihe zur Deckung des Defizits in der laufenden Staatsgebarung herangezogen werden mußten, während der Restbetrag zur Finanzierung der erforderlichen Investitionen Verwendung finden konnte.

In der Zeit vom 18. Mai 1923 bis zum 6. August 1925 hielt die Oesterreichische Nationalbank noch an dem starren Stabilisierungskurs von S 710.60 für 100 Dollar fest. Nach Aufgabe dieser fixen Relation erfolgte die Kursbildung des österreichischen Schilling nach Angebot und Nachfrage auf den internationalen Märkten. Die Schwankungen über und unter die Parität gingen nicht über einige Promille hinaus, so daß der Schilling bis zum heutigen Tage nicht nur eine der stabilsten Währungen Europas, sondern der gesamten Welt geblieben ist.

Die Oesterreichische Nationalbank hat, wie aus dem Vorhergesagten zu entnehmen ist, die wichtigste ihr zugedachte Aufgabe, nämlich jede Wertverschlechterung der österreichischen Währung hintanzuhalten, vollständig erfüllt. Es ist ihr aber auch, in Ausführung der im Statut übertragenen Pflichten, gelungen, einen beträchtlichen Vorrat von Edelmetall und wertbeständigen Devisen anzusammeln. Das deutlichste Bild über die valutarische Position der Oesterreichischen Nationalbank gibt ein Vergleich ihrer Stände vom 7. Jänner 1923 und 31. Dezember 1930.

	7. 1. 1923 (Mill. S.)	31. 12. 1930 (Mill. S.)
Notenumlauf plus Verbindlichkeiten aus dem Giroverkehr und andere sofort fällige Verpflichtungen	447,1	1,182,8
Gold	5.0	214,4
Wertbeständige Devisen und Valuten	114,6	715.4
Valutarische Werte insgesamt	119,5	929,8
Eskont- und Lombardportefeuille	73,2	149,0
Teilmünzen	—	2,7
Darlehensschuld des Bundes	255,8	101,2

Die valutarischen Bestände der Oesterreichischen Nationalbank haben bis zum Jahresende 1930 den Betrag von 929,8 Mill. S oder 78,6% der Gesamtzirkulation (Notenumlauf und Sichtverbindlichkeiten) erreicht. Diese Vermehrung der Devisenvorräte wurde in erheblichem Umfange durch das Einfließen der Völkerbund-Anleihe und der Internationalen Bundesanleihe der Republik Oesterreich 1930 ermöglicht. Ein Teil der Bestände stammt aus ausländischen Krediten, welche Oesterreich, nach Wiederkehr des Vertrauens in die Entwicklung seiner Wirtschaft, zur Verfügung gestellt und von den Empfängern bei der Notenbank in Schilling konvertiert wurden. Diesbezüglich stellen die valutarischen Werte der Notenbank nur eine Liquiditätsreserve vor, aus der im Bedarfsfalle, d. h. bei Rückzahlung der Kredite, die erforderlichen Fremdwährungsbeträge bezogen werden können. Welche Summen vor allem die kurzfristigen Kredite aus dem Ausland erreichen, die den Banken und den Industrieunternehmungen gewährt wurden und in der inländischen Wirtschaft tätig sind, läßt sich mangels genauer statistischer Daten nicht bestimmen. Die valutarische Position der Oesterreichischen Nationalbank ist jedoch zweifellos so stark, daß auch im Falle einer weitreichenden und plötzlichen Abdisponierung von solchen kurzfristigen Auslandskrediten alle Devisenanforderungen, ohne Gefahr eines Herabsinkens des Deckungsverhältnisses auf die satzungsgemäße Grenze, befriedigt werden könnten. Es erscheint notwendig, ganz besonders auf den Umstand hinzuweisen, daß die Oesterreichische Nationalbank die Möglichkeit hatte, sich im Interesse der Stabilität des Schilling, bei vollständiger Erfüllung der von der Wirtschaft an sie gestellten Ansprüche, einen so bedeutenden Devisenvorrat zu schaffen, da die Tatsache, daß die österreichische Handelsbilanz in den letzten Jahren ein ziemlich gleichbleibendes Defizit von ungefähr einer Milliarde Schilling aufwies, leicht gegenteilige Vorstellungen erwecken könnte.

Nach schrittweisem Abbau der zunächst aufrechterhaltenen Zwangsmaßnahmen im Devisen- und Valutenverkehr wurden mit Wirksamkeit vom 27. Dezember 1926 auch die letzten noch bestehenden Beschränkungen beseitigt und der offizielle Handel in Devisen und Valuten an der Börse wieder aufgenommen, der sich in den folgenden Jahren, mit Hilfe der Notenbank, ohne die geringsten Schwierigkeiten abwickeln konnte.

Seitdem das Schillingrechnungsgesetz vom Dezember 1924 eine neue Währungseinheit, den Schilling gleich 0·21172086 Gramm Feingold, in Oesterreich eingeführt hat, hat die Nationalbank auf Schilling lautende Banknoten ausgegeben. Die alten Kronennoten der Oesterreich-Ungarischen Bank sind bis auf einen gänzlich bedeutungslosen Rest bereits aus dem Verkehr gezogen. Zum Schlusse sei noch darauf hingewiesen, daß die Geschäftsführung der Oesterreichischen Nationalbank sich nicht nur von währungspolitischen Gesichtspunkten leiten ließ, sondern vor allem das Interesse der österreichischen Wirtschaft im Auge hatte. Solche Erwägungen waren bei den jeweiligen Aenderungen der offiziellen Diskontrate maßgebend; aus diesem Grunde hat sich die Notenbank an die Spitze einer Aktion zur Herabsetzung der Debet- und Kreditzinsen bei den Geldinstituten gestellt, als es galt, die übersteigerten Sätze aus der Inflationszeit abzubauen. Sie hat außerdem in den vergangenen Jahren, vor allem in Zeiten der Krise, durch tatkräftiges Eingreifen der schwer kämpfenden Wirtschaft jede Hilfe zukommen lassen, die bei strengster Bedachtnahme auf die ihr als Notenbank gestellten Aufgaben vertretbar war.

Bukarest

PHÖNIX WIEN
LEBENS-VERSICHERUNGSGESELLSCHAFT

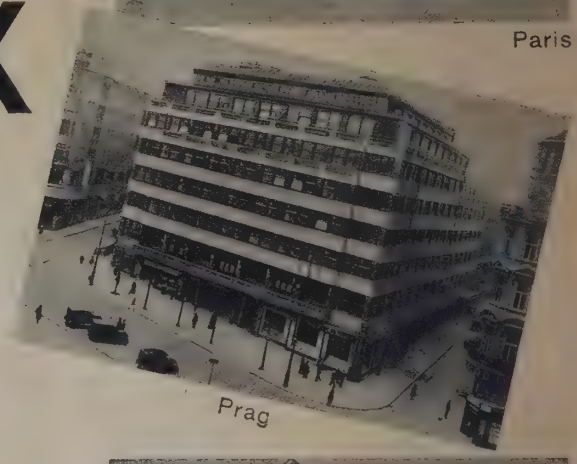
LEBENS-
VERSICHERUNGS-GESELLSCHAFT

PHÖNIX

Zentrale
Wien I
Riemergasse 2

Paris

Berlin



Prag

Rom

Tätigkeitsgebiet der Gesellschaft:

Oesterreich, Deutschland, Tschechoslowakische Republik, Ungarn, Frankreich, Italien, Belgien, Holland, Bulgarien, Jugoslawien, Rumänien, Griechenland, Polen, Spanien, Türkei, Syrien, Palästina, Ägypten und Tunis

Versicherungsbestand Ende 1930
ca. Mk. 1.500.000.000.–

Budapest

Antwerpen

Zentraldirektion Wien

Alexandrien

AUS DEM GEBÄUDEBESITZ DER GESELLSCHAFT

ZENTRALSPARKASSE
DER GEMEINDE WIEN

HAUPTANSTALT
WIEN·I·
WIPPLINGERSTR·8
ALTES RATHAUS
TEL·U 23·5·60
GEGRÜNDET 1907

KREDITVEREIN
WIEN·VII·
MARIAHILFERSTR·70
TEL·B 35124, B 36368

Hauptanstalt, Wien, I., Wipplingerstraße 8 (Altes Rathaus)

Bis zum Jahre 1907 bestanden in Wien neben den beiden Vereinssparkassen (Erste österreichische Sparkasse und Neue Wiener Sparkasse) als Gemeindesparkassen die fünf Wiener Kommunal-Sparkassen in den Bezirken Rudolfsheim, Währing, Hernals, Döbling und Floridsdorf. — Diese Kommunalsparkassen waren in den Jahren 1881 bis 1890 von den Vorortegemeinden gegründet worden. Ihr Zusammenschluß war nach der Einverleibung der Vororte in den Wiener Gemeindeverband infolge mannigfacher Widerstände zunächst nicht möglich; der Gemeinderat der Stadt Wien beschloß daher Ende 1905 als vorbereitenden Schritt zur Zentralisierung der Städtischen Sparkassen als künftigen Kristallisationspunkt ein zentral gelegenes Städtisches Sparinstitut zu schaffen: die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien.

Die Anstalt wurde am 2. Jänner 1907 im ehemaligen Magistratssitzungssaale des Alten Rathauses I. Wipplingerstraße 8 feierlich eröffnet. Gleich im ersten Jahre ihres Bestehens gelang es der neuen Anstalt einen Einlagenstand von K 14 700 000.— zu erreichen. — In den folgenden Jahren hielt der starke Einlagenzufluß beständig an, so daß die Zentralsparkasse Ende 1913 bereits über einen Einlagenstand von K 167 718 216.— verfügte. — Zur selben Zeit hatten die fünf Kommunalsparkassen insgesamt einen Einlagenstand von K 222 028 345.—, die nichtstädtischen Sparinstitute zusammen K 578 404 245.—.

Die Kriegs- und Inflationsjahre brachten wie allen Sparkassen auch der Zentralsparkasse einen schweren Rückschlag. — Um dessen Folgen zu überwinden, bemühte sich die Wiener Gemeindeverwaltung, die Zusammenfassung aller Wiener Städtischen Sparkassen in einem einzigen Institute durchzuführen. Die Fusionierung der Kommunalsparkassen Rudolfsheim, Hernals, Döbling und Floridsdorf wurde im Jahre 1923 vorgenommen, Währing folgte 1925 nach. Wie sich die Fusionierung und die fortschreitende Entwicklung des Zweiganstaltsnetzes auswirkte, geht aus folgender Aufstellung hervor:

Einlagenstand am 31. XII.:	1913: in Kronen	1923: in Goldkronen	1930: in Goldkronen
der gesamten Wiener Sparkassen	968 150 000	13 850 000	520 540 000
aller Wiener Städt. Sparkassen zusammen	389 750 000	8 376 000	353 750 000

Der Stand an Spar- und Scheckeinlagen betrug am 31. Dezember 1930 S 509 394 000.—. — Die Zentralsparkasse verfügt über 22 Zweiganstalten in den Gemeindebezirken Wiens, welche zum Teil in eigenen Gebäuden untergebracht sind.
Ein Vergleich der Einlagenstände von 1913 und 1930 ergibt, daß im Verhältnis zum Vorkriegseinlagenstande erreicht wurden:

	am 31. XII. 1923:	am 31. XII. 1930:
von den gesamten Wiener Sparkassen	1.43 %	55.8 %
von allen Wiener Städt. Sparkassen zusammen	2.15 %	90.8 %

Diese überaus günstige Entwicklung des Einlagenstandes ermöglichte es der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien, in weitreichendem Ausmaße das Kreditbedürfnis von Handel, Gewerbe und Industrie zu befriedigen. Es waren am 31. XII. 1930 veranlagt:

in Hypothekar-Darlehen	S 78 166 474.—	auf 9392	Konten
in Darlehen an öffentliche Körperschaften	S 146 275 623.—	„ 324	„
in Hypoth.-Kontokorrent-Krediten	S 11 817 260.—	„ 1451	„
im Wechsel-Kontokorrent- und Wechseleskont	S 41 643 113.—	„ 548	„
in eigenen Wertpapieren	S 34 943 329.—		

Durch den der Anstalt angegliederten Kreditverein gibt die Zentralsparkasse zu einem äußerst billigen Zinssatz (8½ % netto p. a.) Kredite an Wiener Gewerbetreibende und Kaufleute, die gegen grundbücherliche Sicherstellung oder gegen Deckungswechsel mit Bürgenunterschrift verliehen werden. — Der Kreditverein wurde im Jahre 1911 gegründet und hat infolge seiner beispiellos günstigen Kreditkonditionen in den letzten Jahren einen großen Aufschwung genommen, wie aus folgenden Ziffern hervorgeht:

Jahr	Mitgliederstand	aushaftende Kreditsumme am 31. XII.
1911/12	189	K 651 300
1914	418	K 2 692 000
1924	1595	S 2 742 000
1925	2812	S 10 694 000
1930	7048	S 23 848 000

GEMEINDE WIEN
STÄDTISCHE VERSICHERUNGSANSTALT
DIREKTION: WIEN, I., TUCHLAUBEN 8, TELEPHON U-27-5-40.

DIE RUMÄNISCHE NATIONALBANK

Die Rumänische Nationalbank als ausschließliche Notenbank wurde im Jahre 1880 durch Gesetz vom 17. April errichtet. Ihrer Rolle als Leiter und Anreger des wirtschaftlichen Lebens bewußt, hat die Nationalbank anläßlich der wiederholten wirtschaftlichen Depression (1889, 1904, 1907 etc.), die zu verschiedenen Zeiten die rumänische Volkswirtschaft heimsuchten, tatkräftig eingegriffen und manche unerwünschten Auswirkungen und Stockungen des volkswirtschaftlichen Apparates verhindert. Ebenfalls wie in den übrigen kriegführenden Ländern mußte auch in Rumänien die Nationalbank dem Staate, dessen Bedürfnisse in Verbindung mit der Kriegsfinanzierung und mit dem Wiederaufbau in der Nachkriegszeit ins Unermeßliche wuchsen, große Vorschüsse gewähren, was allerdings eine erhöhte Notenemission voraussetzte.

Als eine konsequente Folge dieser Notenaufblähung ist eine Währungszerrüttung und eine Währungsunsicherheit samt allen für die Volkswirtschaft unheilvollen Folgen einer Inflation eingetreten, die erst am 7. Februar 1929 mit der gesetzlichen Stabilisierung des Lei im Verhältnis von 1 Dollar = 167.18 Lei ihr Ende fand.

Von diesem Zeitpunkte an ist die Nationalbank wieder in ihre normalen Funktionen eingetreten, indem sie das Notenkontingentierungssystem verließ und die Regulierung des Notenumlaufs sich nunmehr ausschließlich im Rahmen des Golddeckungsverhältnisses entwickelt.

Indem die Rumänische Nationalbank gelegentlich der Währungsstabilisierung nicht zu dem alten reinen Goldstandard zurückgekehrt ist, sondern das sogenannte „Gold Exchange Standard" (Goldkernwährung) übernahm, besteht der eigentliche Goldbestand aus Gold und Golddevisen. Somit erfolgt auch die wiederaufgenommene Noteneinlösung nicht mehr nur in Gold, sondern sie kann nach Entscheiden der Nationalbank in Gold oder Devisen erfolgen, und zwar erst von 100 000 Lei aufwärts.

Es liegt auf der Hand, daß zu diesem Zwecke die Leiter der rumänischen Währungsstabilisierung bestrebt waren, den Deckungsbestand der Noten der Nationalbank (Gold und Golddevisen) zu stärken.

Somit, abgesehen von der Aufwertung des verfügbaren Goldes (ca. 256 Mill. Lei), indem man es mit dem Entwertungskoeffizienten verfielfachte, wodurch ein Betrag von 8.258 Mill. stabilisierte Lei erzielt wurde, wurde ein Teil der im Auslande aufgenommenen Anleihen verwendet. Bei dieser Gelegenheit wurde auch der größte Teil der seitens der Nationalbank dem Staate gewährten Vorschüsse abgetragen. Zu diesem Zwecke wurde sowohl der Gegenwert des aufgelösten Liquidationsfonds als auch der Ertrag der vorgenommenen Goldaufwertung aufgewendet. Von der gesamten Staatsschuld verblieb bloß ein Rest von 4000 Mill. Lei, welcher aus bestimmten Einnahmen des Staates getilgt werden soll.

Um ihrer Mission als Zentral- und Notenbank besser entsprechen zu können, wurde eine Lüftung des Wechselportefeuilles vorgenommen, indem der Staat sämtliche Vorschüsse, welche den Genossenschaften, Volksbanken, Vorschußvereinen und der Industriebank seitens der Nationalbank gewährt wurden und welche die Liquidität der Nationalbank beeinträchtigten, übernahm; der Staat stellte hierfür der Nationalbank Golddevisen — aus der Auslandsanleihe herrührend — zur Verfügung.

Zu gleicher Zeit wurde das Aktienkapital von 100 Mill. auf 600 Mill. Lei, durch Erhöhung des Nominalwertes der Aktien von 500 Lei auf 3000 Lei, festgesetzt.

Nach vollkommen geglückter Stabilisierung der Währung ist die Nationalbank heute bestrebt, mit sämtlichen ihr zu Gebote stehenden Mitteln die mit der gegenwärtigen Wirtschaftskrise kämpfende Volkswirtschaft zu unterstützen. Ein besonderes Augenmerk widmet die Nationalbank der arg bedrängten Landwirtschaft, welche teils wegen der übermäßigen Verschuldung, teils infolge der scharfen Absatzkrise der landwirtschaftlichen Produkte und der äußerst niedrigen Preise auf dem Getreidemarkte einen schweren Stand hat und der internationalen Lösung der landwirtschaftlichen Krise (im Rahmen der Präferentialtarife) harrt.

Eine unmittelbare Hilfe für die rumänische Landwirtschaft besteht bereits in der Maßnahme der Nationalbank, landwirtschaftliche Wechsel mit langen Verfallzeiten zu diskontieren. Diese Verfallzeit beträgt 4½ Monate mit Verlängerungsrecht. Da meistens von diesem Prolongationsrecht Gebrauch gemacht wird, kann man behaupten, daß die Verfallszeit für landwirtschaftliche Wechsel 9 Monate beträgt.

Da gemäß Art. 23 Buchst. c der Satzungen der Rumänischen Nationalbank der Wert der diskontierten landwirtschaftlichen Wechsel mit einer Verfallzeit von mehr als 100 Tagen nicht 25 Prozent des gesamten Portefeuilles überschreiten darf, hat die Landwirtschaft von der reglementären Verfallszeit Gebrauch gemacht, und es wurden im Laufe des Jahres 1930 bei der Nationalbank diskontiert:

landwirtschaftliche Wechsel mit normaler Skadenz (unter 100 Tage)	11 696 122 573 Lei
mit langer Skadenz (über 100 Tage bis 9 Monate)	3 329 354 126 Lei
zusammen . . .	15 025 476 699 Lei

In Anbetracht dessen, daß die Gesamtsumme der während des Jahres 1930 diskontierten Wechsel 39 894 114 806 Lei beträgt, ergibt sich, daß der Diskonto-Anteil der Landwirtschaft 37.66 Prozent darstellt.

Unabhängig von diesen inneren Maßnahmen zur Linderung der landwirtschaftlichen Kreditnot erhofft man eine weitere reale Hilfe für die rumänische Landwirtschaft von der projektierten Internationalen Agrar-Kreditgesellschaft, deren Realisierung gegenwärtig vom Europa-Ausschuß des Völkerbundes erwogen und planmäßig studiert wird.

Als ausgesprochenes Agrarland ist es selbstverständlich, daß der höhere Prozentteil der bei der Nationalbank diskontierten Wechsel der Landwirtschaft zukommt und der Handel, die Industrie sowie die anderen volkswirtschaftlichen Zweige erst in nächster Reihenfolge kommen. Verteilt man die Gesamtsumme der bei der Nationalbank im Jahre 1930 diskontierten Wechsel auf die verschiedenen volkswirtschaftlichen Zweige, so ergibt sich folgende vergleichende Tabelle:

	Lei	% im Verhältnis zur Gesamtzahl
Landwirtschaft	15 025 476 699	37.66 %
Handel	9 790 355 684	24.54 %
Industrie	8 755 129 482	21.95 %
Handwerk	540 924 300	1.36 %
Diverse	5 782 228 641	14.49 %
Gesamtsumme	39 894 114 806	100

Unternimmt man eine prozentuelle geographische Verteilung dieser Summe, d. h. die Verteilung des Wechselportefeuilles auf die verschiedenen Provinzen, so gelangt man zum folgenden Erfolg:

Das alte Königreich (Vorkriegsterritorium) . . .	63.80 %
Siebenbürgen	27.76 %
Bessarabien	5.37 %
Bukowina	3.07 %

Im Vergleich mit den vorangehenden Jahren hat die Gesamtsumme der im Jahre 1930 bei der Nationalbank diskontierten Wechsel eine fühlbare Herabsetzung erlitten. Die Hauptursache dieser Herabsetzung besteht in erster Linie in der Uebernahme sämtlicher Wechsel seitens des Staats, welche als schwer liquidierbar befunden wurden und deren Umwandlung in Wechsel auf lange Sicht eine wirtschaftliche Notwendigkeit war.

Die Uebernahme dieser Effekten vom Staate bedeutet nicht nur eine Erleichterung für die Nationalbank, welche auf diese Weise von dem immobilisierten Teil ihres Portefeuilles befreit wird, sondern selbst für die gesamte Volkswirtschaft, zumal die Umwandlung einer respektablen kurzfristigen Schuld in eine Schuld auf lange Frist sich auf die gesamte rumänische Volkswirtschaft günstig auswirkt.

Aus der unten angeführten Statistik der Entwicklung des Wechsel-Portefeuilles der Nationalbank, die sich auf die letzten drei Jahre erstreckt, ergibt sich, daß die Kontraktion ziemlich stark war.

Gesamtsumme der diskontierten Wechsel:

1928	43 409 202 000 Lei
1929	45 433 068 000 Lei
1930	39 894 115 000 Lei

Der Diskontosatz ist während des ganzen Jahres 1930 auf 9 Prozent stationär geblieben, und erst am 1. April 1931 wurde derselbe mit 1 Prozent auf 8 Prozent ermäßigt. Der relativ hohe Diskontosatz von 9 Prozent, welcher während des ganzen Jahres beibehalten wurde, konnte nicht früher als am 1. April 1931 herabgesetzt werden, weil man sonst einen Kapitalabfluß zu befürchten hatte. Erst nachdem ein guter Teil der rumänischen Getreideernte — trotz der ungünstigen Preise auf dem Getreidemarkte — ausgeführt wurde und die Stabilität der Währung nichts mehr zu befürchten hatte, konnte sich die Leitung der Nationalbank zur Ermäßigung des Diskontosatzes entschließen.

Die Leitung der rumänischen Nationalbank, sich voll bewußt, von welcher Tragweite eine gesunde Erntefinanzierung zu billigen Zinssätzen für die rumänische Wirtschaft ist, hat unabhängig von ihren eigenen Mitteln, die sie der Landwirtschaft zur Verfügung stellen konnte, in der zweiten Hälfte des Jahres 1930 in Zusammenarbeit mit dem ausländischen Kapital ein Saison-Kreditsystem organisiert, welches in normaler Funktion die günstige Entwicklung der Erntefinanzierung gewährleistet. Zu diesem Zwecke hat die Pariser Bank „Banque Française d'Acceptation" eine Vereinbarung mit der Rumänischen Nationalbank getroffen, laut welcher die „Banque d'Acceptation" sich verpflichtet, saisonmäßig der rumänischen Landwirtschaft für die Erntefinanzierung 200 Mill. fr. frs. zur Verfügung zu stellen. Die Grundlage für die Kreditgewährung bildet das Erntepfand, und der Zinssatz des gewährten Kredits soll nicht 9 Prozent (den offiziellen Diskontosatz) übersteigen. Auf diese Weise wurde im vorhinein jedwelche Gefährdung des rumänischen Wechselkurses ausgeschlossen und die Verwertungsmöglichkeit des Ernteertrages gesichert.

Mit Rücksicht darauf, daß die Vereinbarung mit der Banque Française d'Acceptation ziemlich spät zustande kam, konnte dieses Finanzierungssystem nicht in seiner Gänze angewandt werden, doch hofft man, daß bei der nächsten Ernteverwertung dieses Kreditsystem einen vollen Erfolg verzeichnen wird.

Die Rumänische Nationalbank, die anläßlich der Währungsstabilisierung sich der Mithilfe der übrigen wichtigen Notenbanken erfreute, indem dieselben ihr einen Sicherungskredit von 25 Mill. Dollar für evtl. Stützung des Wechselkurses eröffneten, hat diese internationale Solidaritätsbezeugung der Notenbanken zu würdigen gewußt, indem sie trotz der Kapitalknappheit, welche gegenwärtig die rumänische Wirtschaft beherrscht, sich an der neugegründeten Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel mit 10 Mill. Schw. Franken beteiligte.

BANK MARMOROSCH, BLANK & Cie. A.G.

Gegründet 1848

KAPITAL UND RÜCKLAGEN Lei 326,000,000.—

HAUPTSITZ:
Bukarest, Str. Mauriciu Blank No. 4

11 Filialen in Bukarest
23 Niederlassungen in der Provinz
Filiale in Paris, 20 Place Vendôme

Affiliationen und Korrespondenten auf allen Plätzen des Landes

BANK MARMOROSCH, BLANK & COMP. LIMITED

Founded 1848

CAPITAL and RESERVES Lei 326,000,000.—

HEAD OFFICE:
Bucharest, Str. Mauriciu Blank No. 4

11 Branches in Bucharest
23 Branches in the Country
Branch in Paris, 20 Place Vendôme

Affiliations and Correspondents all over the Country

Dieses Blatt erscheint regelmäßig vor Abgang eines jeden Postdampfschiffes nach Europa und enthält: Marktbericht, Preis Courant, Fonds und Wechselcourse, Schiffslisten. Geleitet von erfahrenen Kaufleuten in Verbindung mit zuverlässigen Maklern und umsichtigen Correspondenten wird diese Zeitung stets die treuesten und neuesten Berichte geben und bietet durch ihre Verbreitung eine günstige Gelegenheit zur Empfehlung durch Insertion.

NEW-YORKER Handels-Zeitung

M. Meyer.] Redaktion und Expedition Nro. 65 Broad-Str. [R. Baumann.

No. 1. New-York den 11. November 1851. Per Dampfschiff Europa.

Bestellungen für New-York werden ausschließlich in der Expedition, Nro. 66 Broad-Str., angenommen, und kann das Blatt nach Wunsch von dort an die aufzugebenden Adressen regelmäßig versandt werden. Für Deutschland &c. beliebe man Bestellungen bis auf Weiteres Herrn A. Boasson, Rathhaus-Straße Nro. 13, Hamburg, Herrn M. S. Sonnemann, in Frankfurt a. M., [illegible].

Abonnement-Preis für New-York $5 [illegible] per Jahr, auswärts das diesseitige Porto eingeschl. 8 Rthlr. Pr. Crt. Insertionen werden zu den billigsten Preisen angenommen. Einzelne Exemplare 6¼ Cents.

New-York, den 11. November 1851.

Wir übergeben dem Publikum hiermit die erste Nummer unserer Handels-Zeitung. Das Blatt ist ein rein commercielles und wird als solches politische Ereignisse nur dann berühren, wenn diese von unmittelbarem Einfluß auf Handel und Schifffahrt sind. Wir haben es uns zur Aufgabe gemacht, die getreuesten Berichte stets zu liefern und werden bemüht sein, unseren Lesern jenseits des Oceans mit der Zeit eine genaue Anschauung der hiesigen Verhältnisse zu geben. Der Kaufmann und Fabrikant wird einen Leitfaden haben für die Wahl der mit Vortheil hieherzusendenden Waaren, der Capitalist über die Sicherheit der hier in Fonds oder Ländereien anzulegenden Gelder und der Einwanderer wird erfahren, was er hier zu erwarten hat. Ueber Agricultur werden wir von Zeit zu Zeit gediegene Aufsätze liefern.

Wir haben die Ausgabe der ersten Nummer verzögert, um unsern Bericht nicht in einer Periode zu beginnen, während welcher durch allgemeines Mißtrauen und dadurch herbeigeführten Geld-Mangel alle ausgedehnten Geschäfts-Operationen gehemmt waren und ein Jeder der Selbsterhaltung alle Kräfte zu widmen hatte. Wir sprechen von der eben überstandenen Handels-Crisis, die in ihrem Herannahen unheilvoller schien, als die von 1837, und auf deren Entstehen wir später zurückkommen. Dank jedoch der allgemeinen Vorsicht und mehr noch der solideren Grundlage, auf welcher unsere commerciellen Institutionen jetzt ruhen, ist diese Zeit vorübergegangen, ohne die befürchteten Verheerungen anzurichten; haben auch einige achtbare Häuser erliegen müssen, andere aber eine bittere Lehre bekommen. Unsere Banken, in jener Zeit nur für ihre eigene Existenz bedacht, geben jetzt ihren Kunden wieder die gewohnten Soulagements und alles kommt nach gerade wieder in das alte Geleis. Geld ist willig zum gewöhnlichen Zinsfuß, und obwohl die Ausfuhr von Gold und Silber noch anhält, so ist sie doch in gleichem Schritt mit der Einfuhr. Bis zum heutigen Tage in diesem Monat sind c. zwei Millionen exportirt, welche Summe wir in gleicher Zeit reichlich von Californien empfangen. Fremde Wechsel sind sehr fest, was dadurch erklärlich, daß augenblicklich nichts Besseres zum Export vorhanden, da größere Einkäufe von Baumwolle wohl schwerlich vor Mitte nächsten Monats gemacht werden dürften; man will erst die neue Erndte gänzlich abwarten.

Für Fonds war während der letzten 8 Tage eine sehr gute Meinung und fast alle Gattungen im Steigen.

Waarengeschäft im allgemeinen, wie immer in dieser Jahreszeit ohne besonderes Leben.

Die Nachrichten der Baltic haben auf Mehl ungünstig gewirkt und die Preise scheinen zu weichen. Baumwolle ohne Umsatz.

Geld-Cours.

Fünf Franken-Stück $—	96	Ct.
Preuß. Thaler . . .	— 69	„
Francs	— 19	„
Engl. Silber . . .	4 75	„
Mex. Dollars . . .	— 103¼	„
Span. Dollars . .	— 107½	„
Deutsche Kronth. .	— 107	„
Franz. Kronthaler .	— 110	„
Gulden	— 39	„
Species	— 106	„
Doppellouisd'or . .	7 84	„
Zehn Gulden . . .	3 99	„
20 Frank.	3 85	„
25 Frank. Belg. .	4 70	„
10 „ „ .	1 88	„
Victor. Sovereigns	4 87	„
Alte „	4 85	„
Patriot. Doublonen	15 90	„
Spanisch. „	16 90	„
Neu Grenada „	15 30	„
Amerik. Halbe Doll.	— 101¼	„

New-York, den 11. November 1851.

Wechsel-Course.

Paris,	60 Tage Sicht,	5. 13¾.—5. 15.
„	kurz	5. 10. —5. 11¼.
London,	60 Tage Sicht,	10.—10½.
„	kurz	10¼.—11¼.
Bremen,	60 Tage	79¼.—79½.
Leipzig,	„ „	72.—72½.
Hamburg,	„ „	36¼.—36½.
Antwerpen,	„ „	5. 16¼.—
Frankfurt, a. M.	„	41¼.—41½.
Amsterdam,	„ „	41½.

Geld ist willig, für erstes Papier, welches knapp; wogegen zweites Papier a 12 pro. C.—18 pro. C., per annum angeboten bleibt.

A. Hoguet,
Wechsel-Makler,
No. 62. Wall Str. New-York.

New-York, den 11. November, 1851.

De Coppet & Comp.,

Fonds und Wechsel Makler.

No. 16. Exchange Place. New-York, 10. Novbr. 1851. Nach der Börse.

U. S. Gov. Securities.—6 per cent. 1856, 106½; do. 1862, 109¼; do. Coupons, 1862, 112½-111; 6 per cent. 1867, 115½-116; do. 1868, 116; 5 do. 1853, 101¼-102, 6 do. Coup. bonds, 1868, 121-123½.

State Securities.—New-York, 6 p. c. 1854, '55, 103¼; do. 1860, '61, '62, 109-110, do. 1861, '65, 112-113; 5 p. c. 1851, '55, 100¼-101, do. 1858, '60, '63, 101-102. Canal Certificates, 6 p. c. 1861, 104. Ohio, 6 p. c. 1856, 106; do. 1860, 109; do. 1870, 113-114; do. 1875, 114¼-115½; 5 p. c. 1865, 103, 7 p. c. 1857, 103-103½. Pennsylvania, 5 p. c. 90-91; 6 do. 1847, '53, 100-101½; do. 1879, 104-106. Kentucky, 6 p. c. Bonds, 1869, 72, 105. Illinois Int. Imp. 6 p. c. of 1847, 65½-67; do. Interest, 41-43. Indiana State, 5 p. c. 81½-8[illegible]; 2½ do. 41-43. Canal Preferred, 5 p. c. 40-41; Canal Special Pref. do. 19. Maryland, 6 p. c. 1861 [illegible]; 5 do. 86½-87½. Alabama, 5 p. c. 80-85. Tennessee, 5 p. c. Bonds, 80-82; 6 do. do. 1890, 101. Virginia, 6 p. c. Bonds, 1886, 103½-104½.

City Securities.—New-York, 7 per cent. 1857, 106; do. 5 do. 1858 '60, 101; do. 5 do. 1870 '75, 102-103; Fire Loan 5 do. 1866, 101; Philadelphia 6 do. 1870 '90, 102-103, Baltimore, 6 do. 1870 '90, 101-105; Boston, 5 do. [illegible]; Albany, 6 do. 1871-'81, 104½-106; Cincinnati 6 do. 1850, 97½-98½. St. Louis, 6 do. [illegible]. Louisville, 6 do. 1880, 94-96; Pittsburgh, 6 do. 1863 '71, [illegible].

County Bonds.—Licking county, 7 per cent. 1860, 96-99; Richland, 6 do. 1864, 91, Ross, 7 do. 1871, 97.

Railroad Bonds.—Erie, 1st Mortgage, 7 per cent. 1868, 105½-106; do. 2d Mortgage, 7 do. 1859, 102½-103; do. Income Bonds, 7 do. 1855, 93½-94; do. Convertible Bonds, 7 do. 1871, 93½-95; Hudson River, 1st Mortgage, 7 do. 1869, 103½-104½; do. 2d Mortgage, 7 do. 1860, 96½-98; Reading Railroad, 6 do. 1870, 70½-71; do. Mortgage, 6 do. 1860, 78½, Michigan Cen. Conv. 8 do. 1851 '60, 104; do. Southern, 7 do. 1860, 92; Cleveland County and City, 7 do. 1870, 97-99; Cleveland and Pittsburgh, 7 do. 1860, 92; Ohio and Pennsylvania, 7 do. 1865, 90-91; Ohio Central, 7 do. 1861, 90.

Rail Road Companies.—New Jersey, 127½; Albany and Schenectady, 95-96, Utica and Schenectady, 127-128; Syracuse and Utica, 120-121; Rochester and Syracuse, 110-110½, New Haven and Hartford, 120-121, New York and New Haven, 109-110; New York and Erie, 85-86; Hudson River, 72-74; New York and Harlem, 67½-67½, Ditto preferred, 109-110; Reading, 54½-51½.

Miscellaneous.—New York Life and Trust Co., 125; Ohio Life and Trust Co., 105; New York Gas Light Co., 125-130; Manhattan do., 121-125; Delaware and Hudson Canal Co., 128-129.

Exchanges.		
	London,	110 a 110½
	Paris,	5.12½ a 5.15
	Amsterdam,	41 a 41½
	Bremen,	79½ a 79½
	Hamburg,	36½ a 36½

N. B. Alle Fonds, nicht als Bonds bezeichnet, sind übertragbar. Alle Bonds, ausgenommen Hudson 1. und 2. Mortgage und Erie Convertibles, lauten auf Inhaber, & steht für Ex-Interesse oder Ex-Dividende.

Der hohe Wechsel Cours auf Europa und die südlichen Staaten hat unseren Markt im Laufe vergangener Woche um das geleert, was von Californien angekommen. Nach dem [illegible] sind 2,012,[illegible] ... dem Süden 500,000 ausgeführt. Sogenannte Fancy-Stocks haben dadurch etwas gelitten, für andere Fonds aber bleibt Frage, unter anderen bemerken einige Verkäufe von 6 proc. Virginia Bonds v. 1886. Die Fonds des Staates Virginia, längst günstig bekannt in Europa, wo bereits $3,500,000 daran angelegt sind, haben eine noch größere Sicherheit durch die folgende Clausel in der neuen Constitution erhalten:

Der Staat wird für die Folge die Obligationen keiner Gemeinde oder Corporation garantiren, aber sein Recht auf diejenigen, deren Schulden bereits garantirt sind, nicht aufgeben.

Diese belaufen sich auf 2 961,000 Dollars.

Es ist ein Amortisations-Fond von 1 proc. per annum für die Tilgung der Schulde gebildet worden. Der Staat konnte alle oder einen Theil der Renten, welche er besitzt (c. 11,850,000 Dollars) augenblicklich verkaufen; aber der Erlös würde in die Amortisations-Casse fließen.

Wechsel fest. Hauptgeschäft auf London 110¼—110½.
„ Paris 5. 12½—5. 15.

De Coppet & Co.

Correspondenzen.

Baltimore, den 10. November 1851.

Die Geschäfte der verflossenen Wochen waren ohne großen Umfang und wir beziehen uns auf nachstehenden Preis-Courant und Markt Bericht.

Speck, Seiten v. Pf.	$ 10—10¼.
„ Schultern,	9— 9½.
Schinken	9½—10½.
Do beste zum vers. gepackt,	10½— 12.
Fett in Fässern	9 — 9½.
Do „ kleine Do [Kegs]	10½—10¾.
Schweinefleisch, Meß p. Faß, neu	$ 16½.
„ Prime	13½—14.
Ochsenfleisch, Meß	13.
„ No. 1.	10½.
„ Prime	7.
Mehl, Howard St.	$3 81.—3 87½.
„ City Mills	$ 75.—3 81.
Mais, weiß und gelb neu	62.—54.
„ „ „ „ alt	55.—56.
Kleesamen,	5.—5½.
Stearin Lichter, westl.	19—21.
„ „ hier fabrizirt	23—30.
Nägel, gut und best p. 100 Pf.	$2 65.—$ 3.
Tabak, fabricirt „ „ „	17 00 — 35.
Zucker, N. O. „ „ „	5½. — 6½.
„ Porto Rico „ „	4½ — 7.
„ Cuba „ „ „	4½ — 5½
Caffee, Rio „ „ „	8½ — 9½
„ Java, „ „ „	11 — 12.
„ Laguayra, „ „ „	9 — 9½.

Speck. Wenig Geschäft ohne Preisveränderung, fest in erster Hand.

Fett. Keine Veränderung.

Ochsen und Schweinefleisch. Wenig Geschäft.

Mehl. Gute Nachfrage, und wir glauben daß die Preise sich halten.

Mais. Wenig am Markte und viel Nachfrage.

Kleesaat. Etwas mehr Begehr, ohne Preisveränderung.

Stearin Lichte. Geschäft sehr still und keine Kauflust.

Ergebenst PAGE, SHARP & CO.
Produkten Makler, Exchange Building, Baltimore, Md.

P. S. Empfehlen ihr Commission. Geschäft und besorgen den Einkauf von Produkten u. s. w., gegen 1 pro. Cent Provision.

Correspondenzen:

Boston, den 10. November 1851.

Der Umsatz in Fonds ist sehr beschränkt, Geld reichlich für erstes Papier und andere gute Sicherheit. Geschäft im Allgemeinen still.

Philadelphia, den 10. November 1851.

Unser Markt ist fest für Quercitron Bark a $25 für beste No. 1. In Baumwolle in den letzten Tagen mehr Umsatz und schließt fest. In Mehl still. In Getreide ein etwas lebhafteres Geschäft.

Eine Ladung Cuba Zucker a 8 ¼ und $ 5½ verkauft. In Manufaktur Waaren sehr still, und da unser Markt früher als in New-York beginnt, in dieser Jahreszeit kein umfangreiches Geschäft mehr zu erwarten. Einige Fallimente in dieser Branche blieben nicht ganz ohne Einfluß.

Louisville, den 2. November 1851.

Wegen niedrigen Wasserstandes unseres Flusses ist das Geschäft still. Die Zufuhren von Taback sehr gering.

New-Orleans, den 8. November, 1851.

Baumwolle ist fest und die Verkäufe dieser Woche belaufen sich auf 32000 Ballen. Gut Mittel 7¾

Die Zufuhr ist 90,000 Ballen weniger als voriges Jahr für dieselbe Zeit und unser Vorrath ist 126,000 Ballen, (voriges Jahr, dieselbe Zeit 105,000 Ballen.) Reis still zu 3¼c.

Milwaukie, den 4. November 1851.

Wir sind nicht im Stande, Ihnen über unseren Markt einen günstigen Bericht zu geben. Fast ausschließlich auf den Kleinhandel angewiesen, ist der Geldmangel, an welchem unser Staat den ganzen Sommer leidet, sehr empfindlich. Die Erndte ist wohl ziemlich nach Wunsch ausgefallen, aber da die Preise niedrig sind, so fließt wenig Geld ein und der Pächter kann nur das Nöthigste kaufen. Die Schifffahrt auf dem See geht zu Ende und das Wintergeschäft wird still sein.

San Francisco, den 3. Oktober 1851.

Seit Abgang unsers Briefes vom 15. v. M., ist das Geschäft im allgemeinen etwas besser, die Spekulation rege und courante Waaren sind mehr gesucht. Auch in Auctionen sind wieder etwas bessere Preise erzielt, obwohl es durchaus nicht an Waaren fehlt; wir sind in allem noch gut versehen und nur durch Einhalten von Verschiffungen in amerik. und europ. Häfen ist das Geschäft hier für die Dauer wieder zu beleben. Die Berichte von den Minen sind günstig, Geld reichlich, und gegen genügende Sicherheit a 5 pro. Cent per Monat zu haben. Das Falliſſement des Hauses Wells und Co. hat wenig Einfluß geübt

Goldstaub, $16 25—17.
New-York kurz 2 pro. Ct. Prämie.
London, 60 Tage 48—48½ per Dollar.
Valparaiso, 60 Tage 6 pro. C Disc.
Discento, 5 pro. C. per Monat.
An Matrosen ist Mangel; Taglöhner erhalten per Tag $5, Handwerker verhältnißmäßig mehr.

Frachten.

Nach Liverpool: Mehl 1s. Getreide 4—4½d. Käse 20 bis 22s.

Nach London: Mehl 1s. 9d. Terpentin 2s. Stückgut 25 bis 30s. Schwere Waare 20s.

Nach Glasgow: Mehl 1s. 6d.—1s. 9d.

Nach Havre: Baumwolle 1d.

Passagier-Liste.

Angekommen:

In dem Steamer Canada von Liverpool: Hr. Heath, F. M. Weber, Frau, Diener u. [illegible] ... [illegible]

Mit dem Schiffe [illegible] von Hamburg: Hr. und Mad. Helmenrot und 3 Kinder, [illegible] ... Mad. Orien u. Kind.

Mit dem Schiffe Admiral von Havre: Dr. N. Braun, J. M. Fuchs, Mad. [illegible] u. Kind, Madam S. Levan.

Mit der Barke Ferma von Bremen: L. Kolcher, H. Kolcher, W. Lentert. ......

Manufactur und kurze Waaren.

Für diese Branche ist die Saison so weit vorgerückt, daß große Verkäufe aus erster Hand füglich nicht mehr zu erwarten sind.

Die Importation war in diesem Herbst geringer als sonst, aber die allgemeine Geschäftsstille der jüngsten Zeit hat diese Waarengattungen härter als alle andern getroffen, weil die Monate September und Oktober zu den besten gehören. Einerseits fehlte den Jobbers (Zwischenhändlern) der Muth mehr als das Allernöthigste zu kaufen, anderseits waren die Importeurs, bei einzelnen Fallimenten hart mitgenommen, zu ängstlich, größere Posten zu creditiren und bei dem großen Werthe des baaren Geldes Casse Verkäufe ohne große Opfer nicht zu bewerkstelligen. Ein oft benutztes Mittel, Noten ohne Obligo zu verkaufen, ließ sich in dieser Zeit eben so wenig anwenden, weil für solche Papiere entweder gar kein Abnehmer oder der Discont Verlust so enorm war daß dieser mehr als den Nutzen verschlang; endlich aber auch viele Häuser beim Kauf die Bedingung stellen, daß ihr Papier in solcher Weise nicht ausgeboten werde. Aus obengenannten Gründen waren auch die Auctionen in dieser Saison nicht so bedeutend als in früheren Jahren.

Die Verkäufe sind da auch, was manchen unserer Deutschen Fabrikanten wohl befremdet, auf 6, ja zuweilen auf 8 Monate Zeit; in den meisten Fällen hat der Auctionär das Obligo zu stehen und den Erlös unter Abzug des Disconto (in dieser Saison selbstverstanden viel höher) dem Consignateur baar auszuzahlen.

Die Schwierigkeit, die hierzu nöthigen Fonds zu beschaffen, wie die Vorsicht im Creditiren, hat zur Beschränkung der Auctions-Verkäufe wesentlich beigetragen.—Nachdem jedoch seit Anfangs d. Monats alles wieder im alten Geleise zu sein scheint, [illegible] ... lässigung erzeugt hätten. Es ist indessen sicher anzunehmen, daß das Geschäft sich dieses Jahr länger hinauszieht, doch ist für die Versäumniß keinesfalls eine Entschädigung zu erwarten, und der Absatz wird im Verhältniß der bedeutenden Lager auch im günstigen Falle nur ein Geringer sein.

Für Tuche ist die Saison fast ganz zu Ende, dennoch war in den letzten Auctionen d. Herren van Wyck u. Kolbe für sächsische gut appretirte Waare a $1 50 bis $2 50 ziemliche Kauflust, und besonders fanden Indigo Blau a $ [illegible]—2½, guten Absatz. Wir wollen bei dieser Gelegenheit bemerken, daß sächsische Fabrikanten nicht zu viel Fleiß auf die Appretur ihrer Tuche verwenden können. Die Concurrenz von Inländischen Fabrikaten ist bei Tüchern in diesen Preisen sehr fühlbar und erschwert die Importation. Amerikanische Tuche haben den Vorzug in der Bearbeitung den Glanz zu behalten was bei Sächsischen in der Regel nicht der Fall ist.

In Seidenzeugen aller Art ist das Geschäft still, in schweren Sammten etwas Umsatz

Wollene Kleiderstoffe gingen in der Auction der Herren Foster und Livingston ziemlich lebhaft ab, erreichten jedoch in wenigen Fällen den Importations Preis.

In Strumpf-Waaren war das Geschäft die ganze Saison hindurch sehr gedrückt, geschnittene sächs. Frauenstrümpfe a $1¼—$1½ scheinen augenblicklich knapp zu sein. In einer Auction der Herren Chestermann u. Hoguet wurden ansehnliche Posten süddeutsche, schwere, wollene Socken a $1½—$1¾ und Strümpfe verhältnißmäßig höher bezahlt. Diese Preise lassen jedoch nach Abzug der Auctions Kosten durchaus keinen Nutzen für die Importer übrig. Handschuh' ganz vernachlässigt. In französischen Glace-Handschuhen, haben bedeutende Verkäufe, zu ziemlich guten Preisen stattgefunden.

In französischen und deutschen kurzen Waaren ist wohl anhaltender Absatz, jedoch nur in kleinen Posten; in Eisen- und Stahlwaaren wenig Umsatz. Sogenannte Fancy Artikel, namentlich Haarputz u. dergl., dürften in der nächsten Zeit, während welcher Gesellschaften und Bälle beginnen, von Detailleurs mehr gesucht werden. Portmonaies, in früheren Jahren mit Nutzen importirt, leiden in den geringern Sorten so sehr durch die hiesige Concurrenz, daß die Importation darin ganz aufhören muß. Dieser Artikel wird hier hauptsächlich von kleinen deutschen Fabrikanten gearbeitet, welche von Hand zu Mund leben, also zu jedem Preise verkaufen müssen. Feine französische Perlenmutter und andere feine Portmonaies, Offenbacher Leder P. M., mit feinsten Stahlrahmen, geben noch immer einen genügenden Nutzen, wenn solche nach dem Geschmack des hiesigen Marktes sind. Dieser stimmt jedoch in sehr seltenen Fällen mit dem des Fabrikanten überein, und wir rathen daher, bei neuen Façons stets die Meinung des hiesigen Importeurs einzuholen, obwohl auch dieser oft genug einen Mißgriff macht.

Faksimile
der ersten Nummer der 1851 gegründeten „New Yorker Handelszeitung".
Der Gründer des kleinen Blattes stand in persönlicher Beziehung zu der amerikanischen Niederlassung von L. Sonnemanns väterlicher Firma. Diese warb in der ersten Zeit in Deutschland für das New Yorker Blättchen, das vermutlich nur einige Jahre bestanden hat, aber sicherlich dem damals zwanzigjährigen Leopold Sonnemann, lange vor Entstehung der „Frankfurter Zeitung", anregende Eindrücke vermittelt hat.

Die New Yorker deutsche Handelszeitung

M. S. Sonnemann

Faksimile
der Abonnementseinladung der Firma M. S. Sonnemann für die „New Yorker Handelszeitung".

Die Naturschönheiten Rumäniens

Von Emanoil Bucuta, Bukarest

Das Bild Rumäniens besteht, in touristischem Sinne, aus ziemlich verschiedenartigen Zügen. Für den sich ihm Nähernden handelt es sich darum, die hervorstechendsten zu erfassen. Er wird sonst Uebertreibungen von Eindrücken im Guten und Schlechten mitnehmen, die falsche Vorstellungen erwecken.

Rumänien breitet zuerst vor dem Wanderer seine eigenartige Architektur aus, wie sie aus dem Spiel der Naturkräfte entstanden ist. Diese Architektur sichert ihm einen besonderen Platz in Europa. Vielfältigkeit und Menschlichkeit sind die beiden Eigenschaften, mit denen es von allem Anfang sowohl den Fremden als auch den Eingeborenen überrascht. Die Natur flößt hier nicht Schrecken ein, sondern bezaubert, versöhnt und macht höchstens schwermütig an einigen Orten mit zu ruhigem und weitgespanntem Horizonte. Es ist der Rahmen eines geruhigen Lebens voll Einsamkeit und Nachdenklichkeit, nicht aber von Heroismus, Erregung und Verwandlung. Die Donau fließt nicht nur am Rande des Landes dahin, alle Gewässer einer Erdfläche von 300 000 qkm sammelnd, Uferwälder schaffend und glättend, sondern scheint auch mit der gleichen Wirkung in psychologischer Hinsicht durch die Seele eines ganzen Volkes zu fließen.

Vorerst muß die Donau betrachtet werden. Sie bleibt der erste europäische Strom, der in jenen beiden Quellen mit den seltsamen unterirdischen Verbindungen zu nachbarlichen Becken in der Mitte des Erdteils entspringt und mit unglaublichen Windungen durch so viele Völker und so viele geologische Schranken fließt. Von ihrem Eintritt in Rumänien an, auf ihrem ganzen Lauf und bis zum Ergießen in das Meer ist ihr Anblick stets ein anderer. Männer der Wissenschaft verstehen es, von einer Zeit zu berichten, als die Karpathen und der Balkan bei dem Eisernen Tor noch nicht vom Wasser aufgeschürft waren, und als der Strom, der jenseits der steinernen Mauer war, noch nichts wußte vom diesseitigen Strom, der heutigen rumänischen Donau. Welches auch die für jene Zeiten geltende Wahrheit sein mag, in unseren Tagen ist es für jeden, der ihren oberen Lauf kennt und sie vom Engpaß bis zum Delta verfolgt hat, sehr klar, daß sich die Donau in einer ihr nicht bekannten und unerwarteten Gegend vorwärts bewegt hat. Die wilde, stürmische Schönheit jenes Strombruchstückes, das sich den Weg durch die Berge reißt und seinen Lauf scheinbar wie über eine große geneigte Fläche lenkt, während die Höhenlage des Bettes die gleiche wie im Flachland bleibt, die bis zum Himmel ragenden Wälder, die Schlösser auf den Felsen und der römische, in die steilen Ufer gehauene Weg Trajans sind Erscheinungen, dergleichen man schwer ein zweites Mal finden wird. Des Hindernisses des Eisernen Tores ledig, wo das Wühlen des Stromes in den Felsen auch bei Hochwasser fühlbar ist, wenn das Schiff, ohne des Kanals zu achten, vorüberzieht, während bei niedrigem Wasserstande die gleichen Felsen wie versteinerte, auf den Hinterbeinen stehende Ungeheuer am Rande lauern, verbreitert sich die Donau unbehindert. Bei achthundert bis neunhundert Kilometer Länge senkt sie sich nur um vierzig Meter und scheint eher durch die zähe Macht der Wassermenge in Bewegung gesetzt und aus weiter Entfernung vorwärtsgestoßen zu werden als durch die selbstverständliche Senkung des Wasserlaufs. Es ist das Gebiet der fischreichen Seen, der unendlichen Weidenwälder, der wandernden Inseln. Es endet mit dem Zusammenströmen all dieser Elemente in dem Delta. Andere Erdteile müßten aufgesucht werden, eine derartige Landschaft anzutreffen. Diese Dinge sollten nicht nur von den Rumänen den Landfremden als eine Seltenheit des Gebietes gezeigt werden, sondern von den Europäern überhaupt den Reisenden anderer Erdteile, die Europas Besonderheiten kennenlernen möchten. Was für Nordamerika die (verfaulten?) Mündungen des Mississippi, für Südamerika die äquatorial gähnende Spalte des Amazonas, für Afrika das pharaonische Dreieck des Nils bedeuten, ist uns dieser Boden, der zum größten Teil nicht einmal Erde, sondern schwimmender Schlamm ist, treibend zwischen dem Chilia- und dem Sfântul-Gheorghe-Arm, oder tiefer sogar bis zum Bache des Dunavât, eingerahmt von der Gegend der großen Seen, die noch Ruinen hellenischer und Genueser Befestigungen widerspiegeln oder in ihrem Innern enthüllen.

Die Gebirge Rumäniens sind die Karpathen mit ihren beiden letzten Bögen. Außer dem Fogarasch-Massiv, das besonders unter dem Namen Transsylvanische Alpen bekannt ist und sich von dem Engpaß des Oltes bis zum Piatra Craiului (Königstein) als eine einzige Mauer ohne Uebergang erstreckt, fast überall auf der Höhe von 2500 Meter, sind die Gebirgszüge bedeutend zugänglicher. Das Gebirge, kalkhaltig und daher auch dem Abbröckeln ausgesetzt, ist über einem tausend Meter tiefen Tal ungeheuer aufgebäumt und hinterläßt den gleichen erhabenen Eindruck wie eine gotische Kathedrale mit ihren unzähligen verschiedenartigen Türmchen und Verzierungen. Der Pfad steigt mühsam an, und die Kniesehnen müssen ausgeruht sein. Nach dreistündigem Gehen setzt sich unten die Welt aus

Die Karpathen bei Bran (Siebenbürgen)

Die Donau im Kasane-Paß (Banat)

Graten und Tälern und wieder aus Graten und Tälern zusammen, bis sich alles im Blauen verliert wie jeder alpine Horizont; aber ganz oben auf der Höhe von 2000 Meter entdeckt der Wanderer statt wie Nadelspitzen geschärfter Gipfel und am Himmelsrande hängender Fußsteige nur die „Brücken", eine Art fast vollkommen glatter Flächen, reich an Graswuchs und Blumen, über die hinweg die einstigen Hirten ihre Schafe, ihre Lieder und die Zukunft des rumänischen Volkes leiteten und so menschliche Bezeichnungen für jene Stellen hinterließen, wie z. B. „Vârful cu Dor" („Gipfel der Sehnsucht"). Von hier aus bis zu den Donausümpfen, 150 bis 200 Kilometer weit, und bis zum „Tal ohne Winter", mehr als 300 Kilometer zwischen Balcic und Varna entfernt, zogen sich im geheimnisvollen Mittelalter, bis ins achtzehnte und neunzehnte Jahrhundert hinein die Wege der Menschenwanderung, die auch heute vor dem bebauten und dichter bevölkerten Land nicht Halt gemacht haben. Täler in den Bergen der Moldau, wie das der Bistritza mit seinen von Flößen befahrenen Stromschnellen, Eisgrotten wie die von Scarisoara in den Siebenbürgischen Metallgebirgen, Schlichtenklamme wie die von Dânboviciora und Bicaz sind der Stolz des Landes und das Entzücken des Wanderers. An den Stellen, wo sich Berg und Hügel verflechten zu beiden Seiten der Karpathen, haben sich in den Spalten mit den vielen, verschiedenartigen Heilquellen unzählige Badeorte eingenistet. Dann folgen die „Weinberge", das Hügelland, das reichste und menschlich schönste Gebiet mit seinen Erdölbohrtürmen, seinen Salzlagern, den vielen Obstbäumen und dem Weinlaub, den von Pferden zertretenen Wegen, die sich von Tal zu Tal, von Gipfel zu Gipfel hinschlängeln. Und dann folgt die Ebene mit ihren grasbewachsenen, teilweise schräg hingelagerten Steppenformationen in einem Erdenwinkel, wohin ein Echo der großen asiatischen Ebenen dringt, aus denen die berittenen Eindringlinge des Ostens kamen und sich von Bessarabien aus über die rumänische Bevölkerung zwischen der Donau und den Gebirgen ergossen. Einige rührten sich nicht mehr weg, und nur wenige Benennungen von Bächen oder Anhöhen erinnern noch an ein Volk, das nirgend mehr, außer in Archivurkunden, angetroffen werden kann.

Neben dem Anziehenden seiner Bodengestaltung bietet Rumänien dem Reisenden auch noch die Gaben einer bodenständigen Kultur. Hatten auch im Laufe der Jahrhunderte der Mensch und die Arbeit seiner Hände nicht die Ruhe und Stetigkeit, die in anderen Ländern zu finden sind, konnten sie nicht das von der Natur Gebotene von Grund auf verändern, so besaßen sie dennoch die notwendige Kraft, es zu bereichern. Rumänien ist noch ein Folklorland, dessen Volkskultur sich in seinen reinsten Formen nicht nur erhalten hat — natürlich nicht in den Städten oder in industrialisierten Winkeln, — sondern sich noch in der Entwicklung befindet und vor den Augen erstaunter Menschen eines anderen Zivilisationsstadiums neue Gestaltungen schafft. Besonders in Hügel- und Gebirgsgegenden ist es auch für den unvorbereiteten Vorübereilenden ein Erlebnis, den Bauer oder die Bäuerin bei der Arbeit oder unter dem weißen, von Holzsäulchen getragenen Vorbau, in alte Trachten gekleidet, zu sehen, in deren Schnitt, schwierigen Stickereien und auserwählten Farben eine märchenhafte Welt ersteht, die sonst nur noch in Trachtensammlungen und steinernen Reliefs zu finden ist. Für das Erfassen der Volksdichtung, des Volksliedes mit den jahrhundertealten Motiven orientalischer, byzantinischer und balkanischer Musik, der Tänze und Gebräuche ist eine gewisse Aufmerksamkeit und Nachdenken über den Gegenstand notwendig, doch fügen auch sie sich in den landschaftlichen Rahmen ein.

Die Kathedrale von Curtea de Arges

Was höhere Kulturgestaltung anbelangt, vermag Rumänien gleich einem geologischen Querschnitt und wie kein anderes Land Europas Wellen von Einflüssen aller Völker, kommend aus allen Windrichtungen, aufzuweisen, Züge, die für den Erdteil bedeutsam sind und sein Wesen zusammenfassen. Da ist das Festungswerk Siebenbürgens, das seine Blicke stets nach Westen wandte und eine von vielen germanischen Elementen durchsetzte Zivilisation darstellt. Und wären es auch nur die Burgen an den Grenzpässen und die Städte mit ihren Bewohnern, die noch etwas von mittelalterlichen Privilegien bewahren, hätte der Aufnahmefähige genug vor sich. Hier das alte Reich, seit hundert Jahren in voller Umwälzung begriffen, brechend mit der Vergangenheit, die auch Lokaltradition bedeutet, aber auch abhängige Verbindung, bald nach dem Westen mit Oesterreich, bald nach dem gefährlichen Osten mit Rußland und bald nach der im Süden im Laufe vieler Jahrhunderte befehlenden Türkei. Auf einem in großen Schritten zurückgelegten Weg trachtet man nun, sich auf abendländische Weise umzuwandeln. Eine neue Zivilisation ist teils aus sich selbst entstanden, teils wurde sie geliehen, wo sie am sinnreichsten schien; in ihr sind am deutlichsten lateinische Bestandteile und insbesondere französische fühlbar. In dem Randgebiete in Bessarabien und der Dobrudscha haben sich slawische Einflüsse Platz gemacht, sind noch türkische und tatarische Namen erhalten geblieben. Dieses Rand- und Durchgangsgebiet kann wie ein Kultur- und ethnographisches Museum im kleinen alles aufweisen, was besonders die Stürme der osteuropäischen Geschichte im Laufe der Jahrhunderte darüber hingeweht haben. Und es ist zugleich imstande, das Wunder dieses ureinheimischen Volkes zu enthüllen, über das alle Stürme gingen, ohne es zu ersticken oder zu verfälschen. Ein Abstecher in abseitigere Dörfer oder zu den alten Klöstern mit den großen byzantinischen Erinnerungen in der Großen und der Kleinen Walachei oder zu jenen der Moldau und der Bukowina, die wie Schmuckstücke gearbeitet und von einem gotischen Hauche veredelt sind, überzeugt jedermann von der Wahrheit dieser Beobachtung. Ein Spaziergang am Strande des Dnjestr, im Schwemmland, durch jene heiligen Winkel des Peter- und -Pauls-Klosters, zwischen dem verzweigten Gewässer des Chilia-Armes, bei der Mündung ins Meer bis tief hinein in den Distrikt Hotin, durch die lehmigen oder waldigen Höhlungen des Stromes, der die Sowjetukraine von Rumänien trennt, führt uns vor das Angesicht einer alten Orthodoxie, neben der manchmal Sektiererumtriebe, die neue Religionen und mystische Verirrungen stiften, an Rußlands Nähe erinnern.

Dies ist das Land mit seiner Erde und seinen Menschen, vom vereinfachenden Standpunkt der Touristik aus betrachtet. Wasserklubs sind in den Donaustädten gegründet worden, von denen derjenige Giurgius der größte ist, oder in Seestädten wie Balcic, das am südlichsten Golf Rumäniens liegt und dessen Farbe und südliche Vegetation — Feigen- und Mandelbäume gedeihen dort — die Benennung „Silberküste" rechtfertigen. Es gibt Gebirgstouristenvereine wie den „Siebenbürgischen Karpathen-Verein", der der älteste ist, dessen Hauptsitz in Hermanstadt und dessen Gebiet vor allem die nördliche, siebenbürgische Seite der Karpathen ist, und den „Touringklub Rumäniens", der für den nationalen und internationalen Touristenverkehr auf der Donau, dem Meere und den Karpathen manchen Weg geöffnet hat. Das Touristenamt des Königlich Rumänischen Automobilklubs hat vor kurzem einen „Wegführer" herausgegeben, einen Band mit 50 sehr ausführlich und gewissenhaft gearbeiteten Karten. Er macht den Gebrauch anderer Landkarten unnötig und ist das neueste Abbild des touristischen Rumäniens. Ein staatliches Amt gleichen Namens, „Das Nationale Amt der Touristik", das dem Bäder- und Luftkurortinspektorat angeschlossen wurde, bereitet Gesetze und eine zentralisierte Organisation vor, die eintreten soll für die Hilfe aller privaten Wegbahnungen auf diesem Gebiete und für eine größtmögliche Nutzbarmachung der vielfältigen Schönheiten, mit denen Rumänien den Reisenden zu fesseln vermag.

Bukarest: Die Calea Victoriei

SCHWEIZERISCHE KREDITANSTALT
ZÜRICH

Basel, Bern, Chur, Davos, Frauenfeld, Genf, Glarus, Kreuzlingen, Lausanne, Lugano, Luzern, Neuenburg, St. Gallen, Arosa, Oerlikon, St. Moritz, Weinfelden.

AKTIENKAPITAL UND RESERVEN FR. 203000000.–

GEGRÜNDET 1856 ● TELEGRAMME: KREDIT

Die

Aktiengesellschaft Leu & Co., Zürich

ist

die älteste Schweizer Bank

Gegründet im Jahre 1755, hat sie heute eine mehr als 175 jährige Tätigkeit hinter sich. Im Laufe dieser langen Spanne Zeit ist sie aus kleinen Anfängen zur **modernen Großbank** aufgestiegen, die sich ausnahmslos allen Zweigen des Bankgeschäfts **im In- und Ausland** mit der nämlichen Sorgfalt widmet.

Große eigene Mittel, jahrhundertealte Erfahrung
und eine
erprobte Organisation
bieten ihren Klienten größte Gewähr.

Spezial-Abteilungen für Kapitalanlagen, Vermögensverwaltungen und Familienstiftungen.

Die Entwicklung der Bank in der jüngsten Vergangenheit.

	1927	1928	1929	1930
Aktienkapital	45 000 000.—	50 000 000.—	50 000 000.—	50 000 000.—
Reserven	4 500 000.—	6 250 000.—	6 750 000.—	7 250 000.—
Reingewinn	3 887 343.90	4 406 001.32	4 738 321.44	4 672 418.08
Bilanzsumme	306 617 144.42	324 454 936.65	378 432 149.55	416 140 613.25

SCHWEIZERISCHE BANKGESELLSCHAFT ZÜRICH

Einbezahltes Aktienkapital Franken 100 000 000
Reserven . . . . . Franken 32 000 000

Bankgebäude an der Bahnhofstraße in Zürich.

Einige Daten aus der Geschichte der Bank

1862 Gründung der Bank in Winterthur

1863 Gründung der Toggenburger Bank

1906 Die Bank in Winterthur etabliert sich in Zürich

1912 Gründung der Schweizerischen Bankgesellschaft durch Fusion der beiden Institute

1916 Die Bank etabliert sich in Lausanne durch Uebernahme einer Privatbank

1918 Uebernahme der Aargauischen Creditanstalt

1919 Uebernahme von Privatbanken und deren Filialen in Vevey, Montreux, La Chaux-de-Fonds, Fleurier, Couvet, Genf

1920 Errichtung einer Filiale in Basel und Uebernahme von Banken in Locarno und Lugano

1923 Errichtung einer Filiale in Bern

Bilanz per 31. Dezember 1930 und Zwischenbilanz per 30. Juni 1931

(in 1000 Franken)

Aktiven:	Dezember 1930	Juni 1931	Passiven:	Dezember 1930	Juni 1931
	Fr.	Fr.		Fr.	Fr.
Kassa und Giroguthaben bei der Schweizerischen Nationalbank	25,313	43,604	Aktienkapital	100,000	100,000
Coupons	5,196	3,975	Reservefonds	32,000	32,000
Wechsel	151,714	185,691	Obligationen	178,424	175,446
Banken und Bankiers	237,007	198,390	Tratten und Akzepte	99,788	106,344
Reports	1,378	1,045	Kurzfällige Dispositionen	6,072	5,231
Wertschriften	31,693	29,339	Banken und Bankiers	64,867	78,114
Dauernde Beteiligungen	11,824	13,567	Kreditoren	493,482	510,946
Syndikate	7,295	11,192	Rückständige Dividenden	7,019	65
Schuldbriefe	15,495	17,087	Gesellschafts-Konti	1,403	10,247
Debitoren	478,140	496,503			
Immobilien	18,000	18,000			
	983,055	1,018,393		983,055	1,018,393
Kautionen	23,536	24,299	Kautionen	23,536	24,299

Prozentuale Umwertung der Bilanzposten per 30. Juni 1931

Aktiva	in Millionen Schw. Frank.	in %	Passiva	in Millionen Schw. Frank.	in %
Kassa, Coupons	47,6	4,7	Kurzfristige Verpflichtungen	5,3	0,5
Wechsel	185,7	18,2	Akzepte	106,4	10,4
Banken, Reports	199.4	19,6	Banken	78.1	7,7
Wertschriften	29,4	2,9	Kreditoren	510.9	50,2
Debitoren	496,5	48,7	Langfristige Verpflichtungen	184,5	18,1
Langfristige Anlagen	41,8	4,1	Eigenkapital	133.2	13.1
Immobilien	18.0	1,8			
Total	1018.4	100.0	Total	1018,4	100,0

Entwicklung der Bank seit dem Jahre 1912

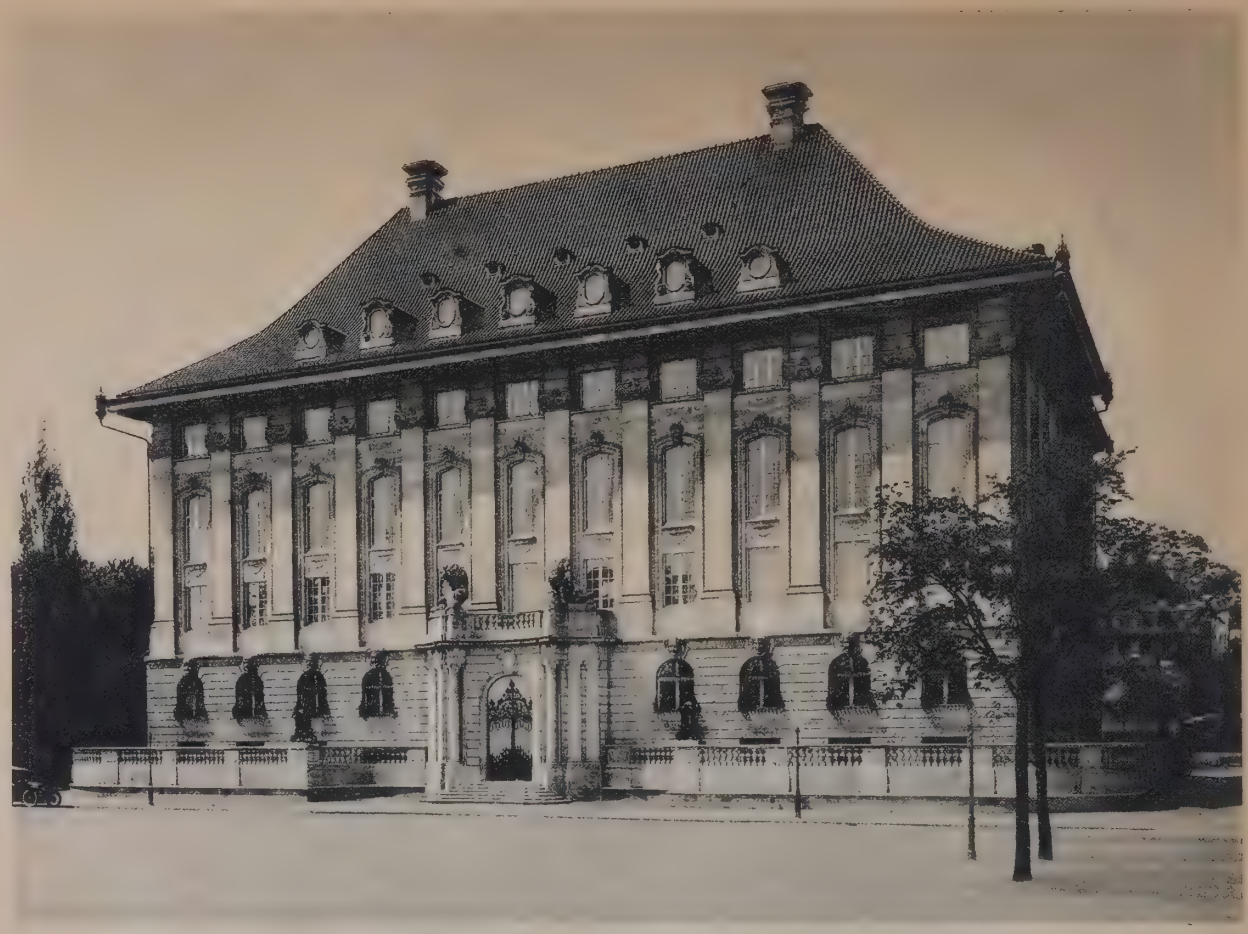
Jahr	Eigenkapital: in Schweizer Franken	Fremdkapital: in Schweizer Franken	Bilanzsumme: in Schweizer Franken	Reingewinn: in Schweizer Franken
1912	45 200 000	154 800 000	200 000 000	2 570 000
1918	62 800 000	324 900 000	387 700 000	5 510 000
1922	86 200 000	414 000 000	500 200 000	5 190 000
1923	86 400 000	454 700 000	541 100 000	5 360 000
1924	87 000 000	499 300 000	586 300 000	5 940 000
1925	87 700 000	534 000 000	621 700 000	6 140 000
1926	88 900 000	579 400 000	668 300 000	6 890 000
1927	102 000 000	666 200 000	768 200 000	7 550 000
1928	107 200 000	701 500 000	808 700 000	8 430 000
1929	132 700 000	860 000 000	992 700 000	9 890 000
1930	133 200 000	849 800 000	983 000 000	8 900 000

SCHWEIZERISCHE BANKGESELLSCHAFT

ZÜRICH

Weitere Sitze und Niederlassungen in:

Winterthur, St. Gallen, Aarau, Baden, Basel, Bern, Genf, Lausanne, La Chaux-de-Fonds, Locarno, Lugano, Montreux, Rapperswil, Rorschach, Vevey, Wil, Frauenfeld u. a.



Schweizerische Rückversicherungs-Gesellschaft

Gegründet 1863 **in Zürich** **Gegründet 1863**

Die Schweizerische Rückversicherungs-Gesellschaft in Zürich wurde im Jahre 1863 gegründet. Ihr Zweck war die Feuer-, Transport- und Lebensrückversicherung im In- und Auslande. Sie war die erste Gesellschaft, die Lebensrückversicherung betrieb und sie hat sich später auch als erste der Unfall- und Haftpflicht-Rückversicherung gewidmet. Heute betreibt sie die Rückversicherung in sämtlichen Sparten des Versicherungswesens.

Die Gesellschaft, die im Jahre 1913 das Jubiläum ihres 50jährigen Bestehens feierte, hat sich aus kleinen Anfängen zu dem mächtigen Gebilde, das sie heute darstellt, entwickelt. Ihr Geschäftsbetrieb erstreckt sich auf die ganze Welt und keine Rückversicherungs-Gesellschaft verfügt über einen so weit verzweigten und ausgeglichenen Geschäftsstand.

Das Aktienkapital der Gesellschaft beträgt heute Fr. 50 000 000, wovon 40 % einbezahlt sind. Dazu treten freie Reserven im Betrage von Fr. 49 500 000, die technischen Reserven belaufen sich auf Fr. 239 766 543. Die in Grundeigentum, Hypotheken, Staatspapieren, Obligationen und Aktien, Depot- und Bankguthaben angelegten Gelder samt Kassabestand beliefen sich Ende 1930 auf Fr. 413 619 000. Die Gesamtprämien-Einnahme betrug im Jahre 1930 Fr. 343 926 230, wovon für eigene Rechnung Fr. 184 179 698.

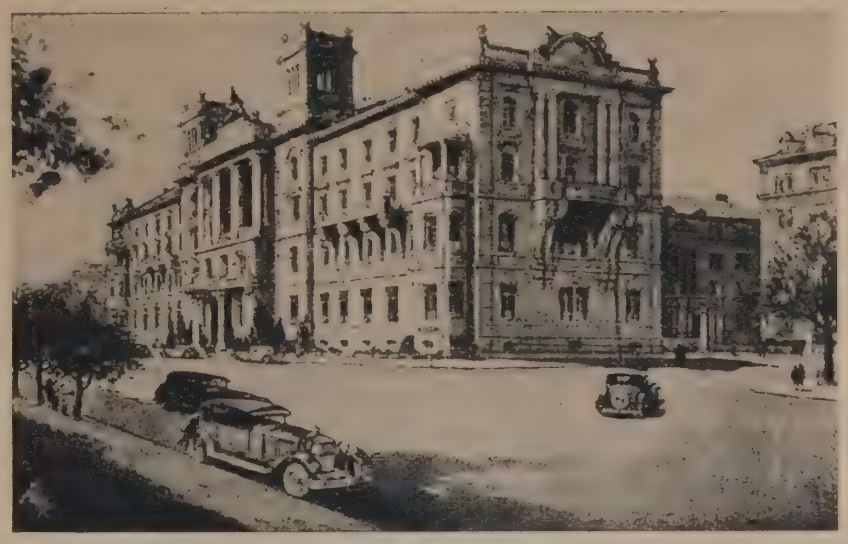
Die Schweizerische Rückversicherungs-Gesellschaft hat im Laufe der Jahre im In- und Ausland sich verschiedene Rückversicherungs-Gesellschaften angegliedert, darunter die im Jahre 1875 gegründete PRUDENTIA Aktiengesellschaft für Rück- und Mitversicherungen in Zürich, die 1930 eine Prämien-Einnahme von Fr. 93 762 095 auswies.

„ZÜRICH“

Allgemeine Unfall- und Haftpflicht-Versicherungs-Aktiengesellschaft

Im Jahre 1872 als Transport-Versicherungs-Gesellschaft gegründet, 1875 die **Unfall-** und bald auch die **Haftpflichtversicherung** aufnehmend, spezialisiert und konzentriert sich die Gesellschaft seit 1880 auf den Betrieb der Unfall- und der Haftpflichtversicherung. Mit der Devise **„Dienst am Kunden“** macht sie sich die Entwicklung der Unfall- und Haftpflichtversicherung, deren Anpassung an die Bedürfnisse der Kundschaft, die Schaffung eines zweckmäßigen (rationellen) Versicherungsschutzes zur Aufgabe. Die Zersplitterung durch den Betrieb verschiedener oder vieler Branchen wurde bewußt vermieden, um sich allein der besonderen Aufgabe voll und ganz zu widmen, und so ist die „Zürich“ **Spezialgesellschaft** auf ihrem Gebiete der Unfall- und Haftpflichtversicherung bis auf den heutigen Tag geblieben. Nur territorial hat sie sich ausgedehnt und schrittweise in den meisten europäischen Ländern sowie in Nordamerika den Betrieb aufgenommen, wo sie überall Ansehen bei der Kundschaft und bei den Behörden genießt.

Die weise Beschränkung auf ein gewisses Arbeitsgebiet hat bei der „Zürich“ ihre Früchte getragen. Sie hat auf ihrem Spezialgebiet ein Geschäft von einem Umfang wie kaum eine andere Gesellschaft irgendwo in der Welt aufgebaut; erreichte ihre **Prämieneinnahme in 1930** doch die Summe von **Schw.-Fr. 159 771 940.—**. Gleichzeitig hat sie aber auch durch Sparsamkeit in der Verwaltung und Vermeidung von Ausgaben durch Experimente auf ihr fremden Gebieten im Laufe der Dezennien Rücklagen zu äufnen vermocht, die ihrer Kundschaft eine denkbar weitgehende Sicherheit garantieren. Auf nicht weniger als auf **Schw.-Fr. 260 147 722.—** belaufen sich Ende 1930 **ihre Reserven.**



„ZÜRICH“-HAUS IN ZÜRICH, MYTHENQUAI 2

Einen besonderen Vorteil bietet die „Zürich“ ihren Versicherten, namentlich bei Reisen ins Ausland, durch ihre **über Länder und Kontinente sich erstreckende Organisation** — Vertreter und Geschäftsstellen —, die den „Zürich“-Kunden überall mit Rat und Hilfe zur Verfügung stehen. Wie mancher bei der „Zürich“ versicherte Automobilist hat schon bei einem Schadenereignis im Ausland, namentlich im fremdsprachigen Ausland, die Wohltat der Unterstützung der „Zürich“-Vertretung an Ort und Stelle genossen und sich ihrer glücklich geschätzt.

Für den Betrieb der **Lebensversicherung** gründete die „Zürich“ im Jahre 1922 eine besondere und selbständig arbeitende Tochtergesellschaft, die

„VITA“

Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft

Diese „Zürich“-Tochter hat schon in der relativ kurzen Zeit ihres Lebens sehr ansehnliche Erfolge erzielt und sich durch ihre neuzeitlichen Einrichtungen und ihre Kapitalkraft im Inland und Ausland den Rang und das Vertrauen einer erstklassigen Lebensversicherungs-Gesellschaft erworben. Ueber die Schweiz und Deutschland hinaus erstreckt sich ihr Geschäft bereits auf eine Reihe weiterer europäischer Länder; in weniger als 9 Jahren hat sie einen Bestand von **306 Millionen Schweizerfranken laufender Kapitalversicherungen (per Ende 1930)** aufzubauen vermocht.

„ZURICH“-HAUS IN BERLIN W, TAUBENSTR. 4—6

Wichtigste **ausländische Geschäftsstellen der „Zürich“** (die Plätze, an denen auch die „Vita“ eine Geschäftsstelle unterhält, sind mit * bezeichnet): **Deutschland:** Berlin*, Frankfurt a. M.*, München.* **Belgien:** Brüssel.* **Dänemark:** Kopenhagen. **England:** London. **Frankreich:** Paris.* **Holland:** Im Haag.* **Irland:** Dublin. **Italien:** Mailand. **Luxemburg:** Luxemburg. **Norwegen:** Oslo. **Schweden:** Stockholm. **Oesterreich:** Wien. **Spanien:** Barcelona*, Madrid.* **Algier:** Algier. **Marokko:** Casablanca. **Tunis:** Tunis. **U. S. A.:** Chicago, Boston, Detroit, Los Angeles, New York, Philadelphia, Pittsburgh, San Francisco. **Kanada:** Montreal, Toronto, Victoria.

BANKHAUS PETSCHEK & CO.

PRAG II

BREDOVSKÁ 18

TELEGRAMMADRESSE: PETSCHEKOMP

Deutsche Agrar- und Industriebank

Prag

Gebäude der Hauptanstalt Prag II, Lützowgasse 40.

Briefanschrift: Postfach 633. Drantanschrift: Agrarindus.

Zweigniederlassungen:
Aussig / Bilin / Bischofteinitz / Bodenbach / Brünn
Freudenthal / Gablonz a.d.N. / Komotau / Krummau
Marienbad / Mies / Oberleutensdorf / Postelberg
Reichenberg / Rumburg / Saaz / Schluckenau
Teplitz-Schönau / Tetschen / Troppau / Zwittau

Kreditanstalt der Deutschen

registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung

Hauptanstalt **Prag II**, Krakauergasse 11

79 Niederlassungen
Durchführung
aller Bankgeschäfte

*

Einige Wirtschaftsdaten über die Tschechoslowakei

Die Tschechoslowakei gehört zu den industriereichsten Ländern Europas, und auch ihre Landwirtschaft steht auf einer hohen Stufe intensiver Produktion, die die Entfaltung einer weltberühmten landwirtschaftlichen Industrie ermöglichte.

In erster Reihe steht die bekannte Rübenzuckerindustrie, die ca. ⅔ ihrer Erzeugung nach dem Auslande ausführt, sowie die hoch entwickelte Malzindustrie, eine ausgesprochene Exportindustrie, die ca. 90 Prozent ihrer Produktion exportiert. Ferner wäre die Brauindustrie (das weltberühmte Pilsner Bier) zu nennen, welche den weltbekannten Saazer Hopfen sowie die vorzügliche heimische Gerste im Inlande zur Verfügung hat. Die letztgenannten Rohprodukte werden auch selbst reichlich exportiert (bei Hopfen ⅔ der Produktion). Aus den vielen Zweigen der Nahrungsmittelindustrie verweisen wir besonders auf die Qualitätserzeugnisse der Fleischindustrie (der bekannte Prager Schinken).

Der große Reichtum an Wäldern, die 33 Prozent der Gesamtfläche des Landes bedecken (4.5 Millionen Hektar), ließen eine ausgedehnte Holzproduktion, Sägewerke und Holz verarbeitende Industrie entstehen. Es wird Rundholz, Schleifholz sowie Schnittholz reichlich exportiert. Von den Holz verarbeitenden Industrien verdient insbesondere die Buchholzmöbelindustrie, die 90 Prozent der Produktion exportiert, genannt zu werden.

Der bedeutende Reichtum an erstklassigen Erden bildet den Grundstein der hochentwickelten keramischen Industrie, insbesondere der Porzellanindustrie, die bis zu 90 Prozent auf die Ausfuhr angewiesen ist, der Erzeugung feuerfester Waren, die bis zu 60 Prozent exportiert werden, und anderer Ton-, Steingut- sowie Fayencewaren.

Eine der ältesten Industrien im Lande ist die Glasindustrie, die ca. 80 Prozent ihrer Produkte, und zwar Glas aller Art, vom gewöhnlichen Flaschen- und Tafelglas bis zum allerfeinsten Luxusglas nach dem Auslande exportiert.

Eine hohe Entwicklungsstufe weist die Lederindustrie sowie die mit ihr zusammenhängende Schuhwarenindustrie und Handschuhindustrie auf. Beide letztgenannten Industriebranchen exportieren ca. 80 Prozent ihrer Erzeugnisse.

Einer der wichtigsten Industriezweige ist schließlich die Textilindustrie. Es ist dies in erster Reihe die Baumwollindustrie (60 Prozent Export), Wollindustrie (50 Prozent Export), die Leinenindustrie (80 Prozent Export), die Juteindustrie (50 Prozent Export), aber auch die vielversprechend entwickelte Kunstseidenindustrie und ferner die mit diesen Industrien zusammenhängende Wäscheerzeugung und Konfektion.

Die Tschechoslowakische Republik besitzt auch hinreichende Mengen von Schwarz- und Braunkohle, von denen besonders die **Braunkohle** viel exportiert wird; gewisse Mengen an Schwarzkohle und Koks werden aber auch importiert, und zwar aus dem Grunde, weil die Schwarzkohlenbergwerke abseits einzelner Konsumstätten (Eisenwerke) liegen.

Der Reichtum an Kohle bildet die Basis der wichtigsten Industriezweige. Es ist dies einerseits die Produktion von **Roheisen** und von Spezialstahl, obwohl Erze nicht in hinreichenden Mengen zur Verfügung stehen, andererseits dann die damit zusammenhängende Metallindustrie, deren Erzeugnisse ca. zur Hälfte nach dem Auslande gehen. Es soll weiter auf die hochentwickelte **Maschinenindustrie** verwiesen werden, die in vielen Spezialerzeugnissen (z. B Maschinen und Einrichtungen für Zuckerfabriken, Brauereien, Brennereien, Lokomotiven usw.) in der ganzen Welt den besten Ruf erworben hat.

Aus dieser Uebersicht geht hervor, wie vielseitig die tschechoslowakische Industrie ist. Gemeinsam mit der Landwirtschaft trägt sie viel dazu bei, daß der tschechoslowakische **Außenhandel** sich günstig gestaltet, was aus den nachfolgenden Ziffern hervorgeht:

Jahr	Einfuhr	Ausfuhr	Ausfuhr-Überschuß
	in Millionen tschechoslowak. Kronen		
1920	23.912	28.515	4.603
1921	23.685	29.458	5.773
1922	13.478	19.633	6.155
1923	10.821	13.903	3.082
1924	15.855	17.035	1.180
1925	17.618	18.821	1.203
1926	15.277	17.857	2.580
1927	17.962	20.135	2.173
1928	19.208	21.224	2.016
1929	19.919	20.446	497
1930	15.727	17.495	1.768

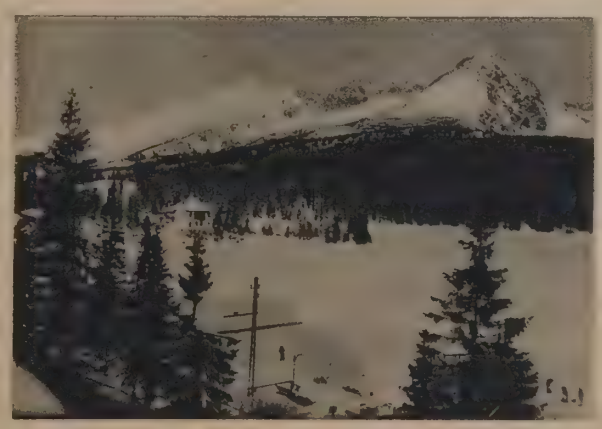
Die Bilanz des tschechoslowakischen Außenhandels weist also ein Aktivum auf, das allerdings in den letzten Jahren sich verringert hat. Das wichtigste Bezugs- sowie Absatzland ist das Deutsche Reich, mit welchem seit Jahren sich die Handelsbilanz sehr zugunsten Deutschlands gestaltet. Deutschland weist einen Ausfuhrüberschuß von mehr als 1 Milliarde Kc jährlich aus.

Die Handelsbeziehungen zwischen der Tschechoslowakei und Deutschland sind provisorisch geregelt durch das Wirtschaftsabkommen vom Jahre 1920. Es wird allgemein die Notwendigkeit eines definitiven Handels- und Zolltarifvertrages empfunden.

Die Tschechoslowakei besitzt überaus zahlreiche Heilbäder und Mineralquellen, Naturschönheiten, historische und Kunstdenkmäler und Sehenswürdigkeiten. Karlsbad, Marienbad, Franzensbad, Teplitz-Schönau, Joachimstal, Piestany, Trencianské Teplice, Gräfenberg, Freiwaldau, Niederlindenwiese sind Bäder von Weltruf. Andere wie Luhacovice, Podebrady, dann die Höhenkurorte der Tatra sind weit über die Grenzen der Republik bekannt. Die Randgebiete der tschechoslowakischen Republik mit ihren Gebirgszügen bieten der Pflege der Touristik und des Wintersportes ein dankbares Feld.

Die Hauptstadt Prag ist eine Sehenswürdigkeit ersten Ranges nicht nur ihrer schönen Lage wegen, sondern auch als eine Kulturstätte mit reichen Bau- und Kunstdenkmälern. Der Fremde ist hier ein gern gesehener Gast und der deutsche Tourist genießt hier noch obendrein den Vorteil seiner besseren Valuta, welche ihm ein billiges Auskommen sichert.

Kleinseite mit dem Hradschin und Skt. Veitsdome



Štrbské Pleso — Štrba See

Währung und Bankwesen in der Čechoslovakischen Republik.

I.

Die Währung und die Notenbank.

Währungsentwicklung. Nach dem politischen Umsturz vom 28. Oktober 1918, der die Entstehung des selbständigen cechoslovakischen Staates zur Folge hatte, waren alle Bemühungen der verantwortlichen Faktoren darauf gerichtet, dem neuen Staatsgebilde eine selbständige Währung und Währungsverwaltung zu geben. Die Notwendigkeit einer eigenen Währung war um so dringender, als auf dem Gebiete des neuen Staates bei dem Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Monarchie ungefähr ein Drittel sämtlicher durch die Oesterreichisch-ungarische Bank herausgegebenen Banknoten im Umlauf war und die Gefahr einer weiteren Inflation drohte. Es war daher die erste Aufgabe des neuen Staates, eine Währungstrennung durchzuführen und den Notenumlauf zu begrenzen. Diese Trennung wurde in der Weise durchgeführt, daß in der Zeit vom 3. bis 9. März 1919 sämtliche auf dem Gebiete der Cechoslovakischen Republik im Umlaufe befindlichen Banknoten, mit Ausnahme der 1 Kc- und 2 Kc-Banknoten, abgestempelt wurden. Ferner wurden zur Hälfte die Girogutheben bei der Notenbank und die Kassenscheine der Notenbank zurückgehalten. Die ungestempelten Banknoten verloren dann am 10. März 1919 den Charakter der gesetzlichen Zahlungsmittel.

Nach Durchführung der Währungstrennung wurde zur Organisierung der Währungsverwaltung geschritten. Zu diesem Zwecke wurde im Sinne der Regierungsverordnung vom 6. März 1919 das Bankamt des Finanzministeriums errichtet, welches auf eine unbestimmte Zeit mit der Ausübung sämtlicher Funktionen der Notenbank beauftragt war. Die neue Währungseinheit, die durch diese Währungstrennung faktisch gebildet wurde, erhielt die Benennung „cechoslovakische Krone" mit der offiziellen Abkürzung „Kc", wobei eine Kc der früheren österreichisch-ungarischen Krone gleich erklärt wurde. Zugleich wurde ein Maximalumlauf der ungedeckten Banknoten festgesetzt und damit jede neue Währungsinflation unmöglich gemacht.

Die Position der Währung war jedoch labil, da der Umlauf und die Giroforderungen größtenteils durch die Staatsnotenschuld gedeckt waren. Nach dem Plane des ersten Finanzministers der Cechoslovakischen Republik Dr. Al. Rasin wurde deshalb am 8. April 1920 das Gesetz über die Vermögensabgabe und über die Vermögenszuwachsabgabe herausgegeben, welches den Ertrag dieser Abgaben zur Deckung der dem Staate durch Uebernahme der Banknoten, Giroeinlagen und Kassenscheine der Oesterreichisch-ungarischen Bank entstandenen Verpflichtungen, resp. zur Deckung der ungedeckten Staatsnoten bestimmte.

Die erste Entwicklungsphase der Kc, welche man bis Februar 1920 verfolgen kann, war durch den Rückgang des Kurses charakterisiert. Die erste Notierung in Zürich am 18. März 1919 betrug 29.75 schw. Frs. für 100 Kc, vorübergehend stieg der Kurs bis auf 34.25 schw. Frs., hierauf ging er ständig zurück und erreichte am 5. Februar 1920 durch die Notierung von 5.— schw. Frs. den niedrigsten Stand. In den Jahren 1920 bis 1921 war der Kurs ziemlich stabil. In dieser Zeit löste sich die cechoslovakische Krone aus der Abhängigkeit der deutschen Mark und von der österreichischen Krone. Seit Dezember 1921 begann der Kurs der Kc wieder zu steigen. Dieser Aufstieg war im ganzen durch die günstigere Entwicklung der cechoslovakischen Wirtschaftslage gefördert. Im Verlaufe der Reaktion, die sich gegen die spekulative Steigerung des Kc-Kurses einstellte, gelang es, den Kurs auf einem von dem heutigen Stande wenig abweichenden Niveau festzuhalten. Dieser Stand wurde anfangs des Jahres 1923 erreicht; seither blieb die weitere Kursentwicklung der cechoslovakischen Währung ruhig, bis sich der Kurs der Kc im Jahre 1925 vollkommen stabilisierte. Für diese Stabilisierung wurde eine indirekte Form gewählt, da durch die Novelle vom Jahre 1925 zum Gesetz über die Notenbank diese verpflichtet war, das Verhältnis der Kc zu vollwerten Devisen auf dem Niveau der letzten zwei Jahre aufrechtzuerhalten.

Während der Stabilisierungsperiode stärkte sich die innere Position der vorläufigen Notenbank, die einen bedeutenden Zuwachs der Goldvorräte und Devisenzufluß verzeichnete. Die Wirksamkeit der rechtlichen Stabilisierung trat mit dem Tage der Konstituierung der Cechoslovakischen Nationalbank am 1. April 1926 ein. Dank der fortschreitenden Besserung der Position der Notenbank sowie infolge der Konsolidierung der Staatsfinanzen und allgemeiner Beruhigung der Weltmärkte war es möglich, nach und nach den Devisenhandel freizugeben. Inzwischen schritt die Stabilisierung der Mehrzahl der europäischen Währungen und deren Rückkehr zum Golde fort und löste in der Cechoslovakei das Bestreben aus, die cechoslovakische Krone in ein festes Verhältnis zum Gold zu bringen. Dies erfolgte 1929, womit die endgültige Regelung der Währung durchgeführt wurde.

Die cechoslovakische Krone wurde als die definitive Währungseinheit mit einem Inhalte von 44.58 mg Feingold festgesetzt. Die Goldwährung wurde in Form der s. g. Golddevisenwährung eingeführt; d. h. es kann die Hälfte der Golddeckung aus Devisen bestehen, und die Bank hat die Möglichkeit, ihre Banknoten nach freiem Ermessen entweder gegen Gold oder Devisen einzulösen. Die Bestimmung über die formelle Einlösbarkeit der Banknoten trat jedoch bis nun nicht in Kraft (es wird dies zu geeignetem Zeitpunkte durch eine besondere Verordnung erfolgen), nichtsdestoweniger ist die Bank verpflichtet, den Kurs ihrer Banknoten auf dem gesetzlichen Niveau zu halten. Da die Bank dieser Pflicht nur durch den Kauf des Goldes oder Devisen resp. durch den Devisenverkauf im Rahmen der Goldpunkte nachkommen kann, besteht daher die Einlösbarkeit der Banknoten in der Cechoslovakei eigentlich de facto. Die cechoslovakische Währungsentwicklung ging ohne jedwede größere Finanzhilfe des Auslandes vor sich, und die Stabilität der cechoslovakischen Währung ist vor allem in geordneten inländischen Wirtschaftsverhältnissen verankert.

Notenbank. Die Verwaltung der Währung besorgte bis zum Ende des ersten Quartales 1926 das Bankamt des Finanzministeriums. Das Gesetz über die Notenbank wurde zwar schon am 14. April 1920 herausgegeben, aber die Notenbank unter der Firma „Cechoslovakische Nationalbank" nahm ihre Tätigkeit erst mit dem 1. April 1926 auf.

Die Cechoslovakische Nationalbank ist eine Aktiengesellschaft, Aktienkapital von 405 Mill. Kc. Der Staat ist an der Bank mit einem Drittel des Aktienkapitals beteiligt. Außerdem wurde zur Zeichnung der Staatliche Goldschatz im Betrage von 20 Mill. Kc herangezogen. Das Stimmrecht für den Staat übt die Staatsverwaltung auf den Generalversammlungen mittels eines Ermächtigten aus, wobei der Staat bloß eine Stimme hat. Im übrigen steht das Recht, sich an der Generalversammlung zu beteiligen und zu stimmen, Aktionären, die wenigstens 10 Aktien besitzen, zu. Die leitenden Organe der Bank sind folgende: der Bankrat, Revisionsausschuß und die Generalversammlung der Aktionäre; die laufende Geschäftsagenda besorgt die Geschäftsleitung mit dem Oberdirektor und seinem Stellvertreter an der Spitze. Den Vorsitz des Bankrates führt der Gouverneur, welcher laut Regierungsvorschlag vom Präsidenten der Republik auf 5 Jahre ernannt wird. Die Staatsverwaltung übt in der Notenbank mit einem den Beamten des Finanzministeriums entnommenen und von der Regierung ernannten Regierungskommissär ihre Aufsicht aus. Den Aktionären wird eine 6 % Dividende ausgezahlt. Vom Reste werden 10 % dem Reservefonds zugeteilt, bis derselbe die Hälfte des Aktienkapitals erreicht. Von dem restlichen Betrag wird eine Hälfte den Aktionären als Superdividende bis zur Gesamthöhe von 8 % zugeteilt und die zweite Hälfte fällt dem Staate zu. Falls die Gesamtdividende der Aktionäre 8 % übersteigen würde, gehört von dem diese 8 % übersteigenden Betrage bloß ¼ den Aktionären als weitere Superdividende und die restlichen ¾ entfallen auf den Staat.

Die Cechoslovakische Nationalbank hat das Privilegium der Banknotenemission. Dieses Privilegium wurde ihr auf 15 Jahre vom Tage der Tätigkeitsaufnahme an verliehen. Der Bank obliegt die Sorge für den Zahlungsmittelumlauf und deren richtige Funktion im Staate, für Kreditgewährung an Handel, Industrie und Landwirtschaft, für die Ausbildung der Clearingseinrichtung, für die Organisation und Zentralisierung der Einnahmen und Barschaften des Staates. Die Bank darf nur solche Geschäfte betreiben, die im Gesetze ausdrücklich festgelegt sind. Die Nationalbank ist verpflichtet, viermal im Monat den Ausweis des Standes ihrer Geschäfte zu veröffentlichen. Der Bank wurde im § 128 des Bankgesetzes ausdrücklich die Kreditgewährung an den Staat verboten. Eine Ausnahme hiervon bildet die Bestimmung, daß die Bank nach Genehmigung des Bankrates Zollwechsel, Steuerwechsel und Wechsel für kreditierte Tabakfabrikate, Salz und Bergerzeugnisse eskomptieren darf. Eine weitere Ausnahme besteht für den Fall, daß die Staatsnotenschuld mindestens auf 1000 Mill. Kc sinkt. Dann ist die Bank berechtigt, Staatswechsel, welche wenigstens eine verbindliche Unterschrift eines Geldinstitutes tragen, bis zum Betrage von 200 Mill. Kc zu eskomptieren, vorausgesetzt, daß der Kredit bis Ende März nächsten Jahres abgezahlt wird.

Die Nationalbank ist verpflichtet, eine vom gesamten Banknotenumlaufe, zu welchem à vista-Verbindlichkeiten zugerechnet werden, errechnete Golddeckung zu besitzen. Diese Golddeckung muß bis Ende 1929 wenistens 25 %, bis Ende 1930 wenigstens 30 und bis Ende des Jahres 1935 und von der Zeit an immer wenigstens 35 % betragen. Die Golddeckung muß zur Hälfte aus gemünztem oder ungemünztem Gold bestehen und den Rest können auch ausländische vollwertige Banknoten (Valuten), Kurantmünzen und Devisen in vollwertigen Währungen bilden.

Die Entwicklung des Standes der Bank ist aus folgendem Vergleich ersichtlich:

	in Tausend Kc.:	
Aktiva:	**1. 4. 1926**	**31. 3. 1931**
Goldvorrat	1 074 181*)	1 542 092
Auslandsforderungen u. Valutenvorrat	1 202 853	2 199 268
Andere Barschaften	9 297	101 575
Eskomptierte Wechsel	192 592	142 055
Eskomptierte Wertpapiere	19 795	11 000
Darlehen auf Wertpapiere	68 560	10 146
Der ungetilgte Rest der Staatsnotenschuld	4 965 467	3 363 886
In die Verwaltung der Csl. Nationalbank übernommene Geschäfte des Bankamtes des Finanzministeriums	703 714	315 032
Andere Aktiva	490 086	678 415
	8 726 545	8 363 469
Passiva:	**1. 4. 1926**	**31. 3. 1931**
Aktienkapital	406 800	405 000**)
Reservefonds	—	105 911
Banknotenumlauf	7 147 374	6 698 906
Guthaben d. Girokontoinhaber und andere sofort fällige Verpflichtungen	932 876	828 027
Kassenscheine im Umlaufe	3 512	60
Andere Passiva	235 983	325 565
	8 726 545	8 363 469

*) einschließl. Silbervorrat.

**) Nach Umrechnung des Aktienkapitales auf Kc ist ein Kapitalreservefonds von Kc 1 800 000 entstanden, der gemeinsam mit den Reservefonds ausgewiesen ist.

II.

Geldinstitute.

Das cechoslovakische Geld- und Kreditwesen ist in drei Gruppen von Banken organisiert. Während den öffentlich-rechtlichen Emissionsinstituten der langfristige Kredit aller Art obliegt, sollen sich die Volksgeldinstitute dank ihrer Spezialisation in erster Reihe den Kreditbedürfnissen des flachen Landes elastisch anpassen. Beiden Gruppen schließt sich das System der Handelsbanken an, die dem mitteleuropäischen Typus entsprechen, indem sie nicht Eskompt- resp. Depositenbanken klassischer Art sind, sondern sich am Handel und der Industrie unmittelbar beteiligen.

Nach dem Umsturz ergab sich die Notwendigkeit, namentlich das Netz der Handelsbanken den veränderten wirtschaftlichen sowie politischen Verhältnissen anzupassen und auszubauen. Vor neue Aufgaben sah sich das Geldwesen durch die Einbeziehung der Slovakei und Karpathorußlands gestellt. Das dortige Netz von Aktienbanken und Volksgeldinstituten war in Art und Zahl für die eines entwicklungsfähigen Gebietes verhältnismäßig dürftig und mußte auch von dem bisherigen Gravitationszentrum Budapest losgelöst werden. Ein zweckmäßiger struktureller Ausbau in den historischen Ländern sowie auf dem gewesenen ungarischen Gebiete war in den ersten Nachkriegsjahren durch die unmittelbaren Kriegsfolgen und dann namentlich durch die Wirtschaftskrisis nach der Währungsstabilisierung bis 1923 gehemmt, die insbesondere die Handelsbanken in Mitleidenschaft gezogen hat. Die enge Kapitalverflechtung von Banken und Industrie, die für das mitteleuropäische System charakteristisch ist, hat in dieser Hinsicht ihre bösen Folgen gezeitigt. Der Fall von drei mittelgroßen Banken und zahlreichen Schwierigkeiten von manchen Handels- sowie Volksgeldinstituten hat die Notwendigkeit von Staatshilfe und von gesetzlich geregelter obligatorischer Selbsthilfe ergeben. Eine Sanierung des Geldwesens dieser Art hatten zwei Gesetze vom Oktober 1924 zum Zweck, die die Errichtung eines Spezialfonds zur Milderung der aus den Nachkriegsverhältnissen entstandenen Verluste und eines allgemeinen Fonds der Geldinstitute in der Cechoslovakei vorsahen. Die Errichtung der beiden Fonds bildete zugleich in bezug auf die Aktienbanken den ersten und wichtigsten Schritt zu der systematischen Konsolidierung des Bankwesens. Einen weiteren stellen die Fusionen von Banken dar, deren erste die Fusion von vier mährischen Banken war, die zur Bildung der „Mährischen Bank" geführt hat. Nachher ist der Allgemeine Böhmische Bankverein in der Böhmischen Union Bank aufgegangen und schließlich kam in letzter Zeit die Fusion der Prager Kredit-Bank, der Böhmischen Kommerzial-Bank und der Anglo-Cechoslovakischen Bank unter der Firma: Anglo-Cechoslovakische und Prager Kredit-Bank zustande.

Abgesehen von der Csl. Nationalbank (Notenbank) sind in erster Reihe die vier Landesgeldinstitute anzuführen, die öffentl.-rechtlichen Charakter haben und ihrer Bestimmung nach langfristigen Hypothekar- und Kommunalkredit insbesondere im Emissionswege zu beschaffen haben. Die Landesgeldinstitute haben bis Ende 1930 5024 Millionen Kc an Kommunal-, Meliorations-, Eisenbahn- und Hypothekarkrediten, gegen 2311 Millionen im Jahre 1920, der Wirtschaft zur Verfügung gestellt. Vom Standpunkt der Kapitalbildung wären in diesem Zusammenhange die öffentlich-rechtlichen Versicherungsanstalten anzuführen, welche ebenfalls einen größeren Teil ihrer Mittel in langfristigen Anlagen unmittelbar oder mittelbar für die Wirtschaft verfügbar machen. Das Vermögen der Zentral-Sozial-Versicherungsanstalt ist bis Ende 1930 auf 2887 Millionen Kc gestiegen. Die Allgemeine Pensions-Anstalt verwaltete zu demselben Zeitpunkt 2862 Millionen Kc, während die Arbeiter-Unfalls-Versicherungsanstalt eine Bilanzsumme von 883 Millionen Kc im Jahre 1928 ausgewiesen hat.

Aktienbanken in den historischen Ländern und in der Slovakei und Karpathorußland sind noch immer ziemlich wesensverschieden in bezug auf Größe und auch Geschäftsart. Die Aktienbanken in der Slovakei und in Karpathorußland sind durch zahlreiche Liquidationen und Fusionen in einige Konzerne von mehr oder weniger unabhängigen Einzelinstituten zusammengefaßt worden; dabei ist es gelungen, die Zahl der Banken in diesen Ländern von 245 im Jahre 1920 mit einem eigenen Kapital (Reservefonds nicht gerechnet) von 309 Millionen Kc auf 92 im Jahre 1929 mit 391 Millionen Kc zu reduzieren. Zu gleicher Zeit ist die Zahl der Aktienbanken in den historischen Ländern von 37 auf 21 im Jahre 1930 gesunken. Das Aktienkapital ist von 1329 Millionen Kc in 1920 auf 1865 Millionen Kc gestiegen. Die „Bankgesetze von 1924" haben sich besonders auf die Aktienbanken bezogen, indem sie auf genossenschaftlicher Grundlage ein selbständiges Revisionsorgan ins Leben gerufen haben. Ferner wurde bezüglich jener Banken, die die Berechtigung zur Annahme von Bücheleinlagen erworben haben, die obligatorische Vorlage von Quartalsbilanzen verfügt. Für alle Aktienbanken wurde die obligatorische Errichtung eines Aufsichtsrates angeordnet und Regierungskommissäre eingesetzt. Der Aufschwung der Banken ist der Entwicklung der Bilanzziffern zu entnehmen. Die Gesamtbilanzsumme (in den historischen Ländern) ist von 18.978 Millionen Kc Ende 1920 auf 31.445 Millionen Kc Ende 1930 gestiegen, und die Bücheleinlagen allein von 2.222 Mill. Kc auf 9.783 Mill. Kc. Die Reservebildung ist in den Jahren 1920 bis 1930 im Verhältnis zum Aktienkapital von 45.7% auf 96% gestiegen. Die fremden Mittel der Aktienbanken bildeten im Jahre 1920 das 8.7fache der eigenen Mittel (Kapital, Reserven), im Jahre 1930 ist dieses Verhältnis auf das 7.5fache gesunken.

Die zweitgrößte Gruppe von Geldinstituten in der Cechoslovakei sind die Sparkassen (370 an der Zahl), die als Kommunalanstalten bestehen, mit Ausnahme von zwei Vereinssparkassen. Die Gesamtbilanzsumme aller Sparkassen ist von 7242 Mill. Kc in 1920 auf 19 522 Mill. Kc in 1929 gestiegen. Ende 1930 haben dieselben 19 260 Mill. Kc gegenüber 5887 Mill. Kc in 1920 an Einlagen verwaltet. In der Slovakei und Karpathorußland bestehen zur Zeit neun Sparkassen und ebensoviel Filialen von Sparkassen aus den historischen Ländern mit einem Einlagenstand von 427 Mill. Kc Ende 1930. Wenige von ihnen haben in ihrer Tätigkeit eine gewisse Angleichung an das Bankgeschäft mitgemacht. Dies gilt übrigens auch von einigen der größten Schulze-Delitzsch-Vorschußkassen (1703 an der Zahl). Dieselben stehen mit einer Gesamtbilanzsumme von 13 248 Mill. Kc Ende 1929 (gegen 3393 Mill. Kc Ende 1920) an dritter Stelle. Die Einlagen haben zur selben Zeit einen Aufstieg von 2897 Mill. Kc auf 11 069 Mill. Kc mitgemacht.

Als nächste Gruppe sind die Raiffeisen-Vorschußkassen zu nennen, deren es mehr als Viertausend gibt, und die Landwirtschaftlichen Bezirks-Vorschußkassen, die, 172 an der Zahl, auf Böhmen beschränkt sind. Diese Anstalten verfügten Ende 1930 über Einlagen von 3953 Mill. Kc, und ihre gesamte Bilanzsumme beträgt 3863 Mill. Kc.

In der Slovakei und Karpathorußland haben die Aktiengeldinstitute Ende 1929 insgesamt über 2028 Mill. Kc Einlagen verfügt, gegenüber 1404 Mill. Kc Ende 1920. Auf dem Gebiete des genossenschaftlichen Kreditwesens bestehen dortselbst mehrere Organisationen, die die entstandenen Vorschußkassen verbinden und neue gründen. Namentlich ist es das neu entstandene Netz der Landwirtschaftlichen gegenseitigen Vorschußkassen, die Ende 1930 über 314 Mill. Kc Einlagen verfügten. Das Statistische Staatsamt führt als Einlagenstand sämtlicher Kreditgenossenschaften auf diesen Gebieten für das Ende 1929 den Betrag von 598 Mill. Kc an.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß sich die gesamten Geldinstitute der Cechoslovakei seit Jahren in steter und ungestörter Entwicklung befinden und in steigendem Maße den Bedürfnissen der Wirtschaft nachkommen, ohne die Interessen der Bevölkerung als Sparer außer acht zu lassen. Die gegenwärtige Entwicklung erstrebt die Konsolidierung und in manchen Fällen die Zusammenlegung der bestehenden Institute. Bei der Betrachtung des cechoslovakischen Geldwesens soll nicht unbetont bleiben, daß die Kapitalbildung und das Anwachsen der Spareinlagen durch die Währungspolitik gefördert wurde. Zu einer Zeit, wo in manchen anderen Staaten eine vollkommene Währungsunsicherheit geherrscht hat, wurde schon in der Cechoslovakei im Vertrauen auf die Währung gespart.

ZEMSKÁ BANKA

(FRÜHER LANDESBANK DES KÖNIGREICHES BÖHMEN)

ZENTRALE PRAG

FILIALE BRATISLAVA

Depeschenadresse „Zemskabanka Prag" / Gegründet im Jahre 1889 vom Böhmischen Landtage

Betriebsgrundfond Kč 56,000,000 / Reservefond Kč 163,000,000

SÄMTLICHE BANKGESCHÄFTE

Eigene Emission von 4 u. 4½% Schuldscheinen mit Landesgarantie — Reiseschecks — Akkreditive — Valuten — Devisen — Auszahlungen nach Ausland. Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren — Sicherheits-Stahlschrankfächer-Vermietung

DIE UNGARISCHE NATIONALBANK

Einer der wichtigsten Punkte des Programmes, welches für den Wiederaufbau des durch den Krieg und seine Folgen zerrütteten Finanz- und Währungswesens Ungarns durch die ungarische Regierung im Einvernehmen mit dem Völkerbunde aufgestellt wurde, war die Errichtung einer vom Staate unabhängigen Notenbank. Dieses Institut, die Ungarische Nationalbank, wurde auf Grund des G. A. V. vom Jahre 1924 als Aktiengesellschaft mit einem Aktienkapital von 30 Millionen Goldkronen errichtet und hat seine Tätigkeit am 24. Juni 1924 begonnen. Die Bank erhielt bis zum 31. Dezember 1943 das ausschließliche Recht, Banknoten auf dem Gebiete Ungarns auszugeben. Im Sinne ihrer Statuten ist die Bank verpflichtet, auf dem Gebiete Ungarns den Geldumlauf zu regeln, den Ausgleich von Zahlungen zu erleichtern und vor allem die Aufnahme von Barzahlungen durch Ansammlung einer entsprechenden Reserve an Gold und Devisen vorzubereiten und nach erfolgter Aufnahme der Barzahlungen die Aufrechterhaltung derselben zu sichern. Bis zur Aufnahme der Barzahlungen hat die Bank mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dafür zu sorgen, daß der Wert ihrer Noten gegenüber den Devisen auf Goldwährungsländer oder auf Länder mit wertbeständiger Währung stabil bleibe.

Um die Erfüllung ihrer Pflichten zu ermöglichen, wurde in den Statuten der Bank festgesetzt, daß außer der zu Beginn der Tätigkeit der Bank bereits bestehenden und im Sinne spezieller Vereinbarungen allmählich zu tilgenden Schuld des Staates weder der Staat, noch die Munizipien, Gemeinden oder Städte von der Bank Kredit in Anspruch nehmen dürfen.

Die auf die Deckung des Notenumlaufes durch den Metallschatz bezüglichen Vorschriften wurden unter Anwendung des sogenannten prozentuellen Systems in der Weise festgesetzt, daß bis zur Aufnahme der Barzahlungen der Gesamtbetrag des tatsächlichen Notenumlaufes und der sofort fälligen Verbindlichkeiten, abzüglich der Schuld des Staates an die Bank, während je einer fünfjährigen Periode des Bestehens der Bank zu 20, 24 beziehungsweise 28, während der restlichen Zeit aber zu 33⅓ % durch den Metallschatz gedeckt zu sein hat, welcher außer Gold auch wertbeständige Devisen und Valuten beinhalten darf. Nach Aufnahme der Barzahlungen hat der Gesamtbetrag des Notenumlaufes und der sofort fälligen Verbindlichkeiten (jedoch ohne Abzug der Schuld des Staates an die Bank) zu 33⅓ % durch den Metallschatz gedeckt zu sein. Das Ueberschreiten der durch den jeweilig geltenden Deckungssatz bestimmten Grenze der Notenausgabe zieht die Verpflichtung der Zahlung einer Notensteuer nach sich, deren Schlüssel sich nach dem jeweiligen amtlichen Bankzinsfuß richtet. Nach Aufnahme der Barzahlungen tritt die Pflicht zur Zahlung der Notensteuer bereits dann ein, wenn das Deckungsverhältnis unter 40 % sinkt.

Nach Aufnahme ihrer Tätigkeit hat sich die Bank unverzüglich der Lösung ihrer Hauptaufgabe, d. h. der Stabilisierung der Währung gewidmet. Die tatsächliche Stabilisierung wurde bereits im Sommer 1924 in der Weise durchgeführt, daß nach einer gewissen Werterhöhung der Krone ein festes Wertverhältnis zwischen der ungarischen Krone und dem englischen Pfund geschaffen wurde, demzufolge 346 000 Kronen einem Pfund gleichkamen. Nachdem zum Zeitpunkt dieser Verankerung der Krone im Pfund das letztere noch unter seinem Goldpariwerte stand, hat sich der Wert der Krone, der auf die Goldparität strebenden Bewegung des Pfundes folgend, bis zum Frühjahr 1925 weiter erhöht, so daß ihr endgültig stabilisierter Kurs gegenüber dem unmittelbar vor Beginn der Sanierungsaktion erreichten Tiefpunkte um ca. 20 % höher liegt. Seit das englische Pfund im Mai 1925 die Goldparität erreicht hatte, ist der Kurs der ungarischen Krone dem Golde gegenüber vollkommen stabil geblieben.

Nach erfolgreich durchgeführter de-facto-Stabilisierung der Krone wurde an die Durchführung der zweiten Etappe der Währungsreform, d. h. an die Schaffung einer neuen, auf Gold basierten Währung geschritten. Die neue Währung wurde durch den Gesetzartikel XXXV vom Jahre 1925 geregelt. Die Geldeinheit ist der Pengö, der sich in 100 Fillér teilt. Der Münzfuß wurde in der Weise festgesetzt, daß aus einem Kilogramm Feingold Goldmünzen im Werte von 3800 Pengö geprägt werden. Der Gebrauch der Pengöwährung wurde vom 1. Januar 1927 angefangen obligatorisch und der Uebergang von der Kronenwährung auf die Pengö-Währung wurde auf Grund des Wertverhältnisses 1 Pengö = 12 500 Papierkronen durchgeführt.

Die Gestaltung der wichtigsten Bilanzposten der Bank während der letzten 4 Jahre ist aus der folgenden Tabelle ersichtlich:

	1926 Dez. 31	1927 Dez. 31	1928 Dez. 31	1929 Dez. 31	1930 Dez. 31
	Millionen Pengö				
Metall- und Devisenschatz ..	291	317	263	210	206
Wechselporteteuille	218	332	417	329	298
Schuld des Staates an die Bank	135	111	97	87	64
Banknotenumlauf	471	487	513	501	469
Sofort fäll. Verbindlichkeiten	243	309	241	98	67
Statutenmäßiges Deckungsverhältnis	50.2 %	46.4 %	40.1 %	41.0 %	43.8 %
Bankrate.....	6 %	6 %	7 %	7½ %	5½ %

UNGARISCHE ALLGEMEINE CREDITBANK HAUPTSITZ BUDAPEST

Die Ungarische Allgemeine Creditbank, die im Jahre 1867 gegründet wurde, betreibt sämtliche Zweige des Bankgeschäftes, kontrolliert seit Jahrzehnten einen bedeutenden Industrie-Konzern, emittiert börsenmäßig eingeführte Golddollarpfandbriefe, die als erstrangige Anlagewerte bekannt sind. Die leitende Rolle der Ungarischen Allgemeinen Creditbank im Wirtschaftsleben Ungarns kommt vornehmlich auf dem Gebiete der staatlichen Kreditoperationen zum Ausdruck. In der Vorkriegszeit hat die Bank als Leiterin der Rothschild-Gruppe für ungarische staatliche Emission eine rege Tätigkeit entfaltet, die in der Nachkriegszeit ihre Fortsetzung fand, indem die Bank an den Anleihe-Transaktionen des ungarischen Staates mitwirkte, namentlich an den Kreditgeschäften des Staates, die mit dem Londoner Hause Rothschild bzw. mit dessen Gruppe abgewickelt wurden.

Im laufenden Bankgeschäft steht dem Institute ein ausgebautes Netz von Filialen und affiliierten Instituten in Budapest, in der ungarischen Provinz und in den Nachfolgestaaten zur Verfügung.

Das Aktienkapital des Institutes beträgt P 41 400 000, verteilt auf St. 828 000 Aktien à nom. P 50.—, die ausgewiesenen Reserven belaufen sich auf P 25 300 000, somit stellen sich die ausgewiesenen eigenen Kapitalien auf Pengö 66 700 000. Die Bilanz pro 1930 schließt bei einer Bilanzziffer von 466 Millionen Pengö mit einem Reingewinn von 6½ Millionen Pengö, woraus eine 9prozentige Dividende verteilt wurde.

Die Aktien der Ungarischen Allgemeinen Creditbank sind an den Börsen von Budapest, Wien, Berlin, Frankfurt a. M., Hamburg und London kotiert.

VORSTAND:

Generaldirektor: Dr. Tibor v. Scitovszky, Minister des Aeußern a. D.;

Geschäftsführende Direktoren:
Géza Kovács, Josef Theodor Salamon, Baron Georg v. Ullmann, Robert Beck;

Stellvertretende geschäftsführende Direktoren:
Rudolf von Kállay, Dr. Stefan Perényi.

BRITISCH-UNGARISCHE BANK AKTIENGESELLSCHAFT BUDAPEST

Die Britisch-Ungarische Bank entstand im Jahre 1890. Damals wurde unter der Aegide der ungarischen Regierung die Ungarische Handels-A.-G. gegründet, zu dem Zwecke, den Verkauf der ungarischen landwirtschaftlichen und industriellen Produkte im Lande selbst wie auch im Auslande zu propagieren. Neben dem Warengeschäft, das innerhalb kurzer Zeit einen riesigen Aufschwung nahm, hat die Ungarische Handels-A.-G. im Jahre 1904 die inzwischen zu ihrem Hauptgeschäftszweige entwickelte bankgeschäftliche Tätigkeit, wie auch die Gründung und Finanzierung von industriellen und kommerziellen Unternehmungen, in ihren Geschäftskreis aufgenommen und sich im Laufe der Jahrzehnte so schön entwickelt, daß sie gegenwärtig unter den leitenden mobilen und finanzierenden Banken Ungarns ihren Platz einnimmt. Das Institut pflegt sämtliche Geschäftszweige des laufenden Bankgeschäftes, die Gewährung von Hypothekar-Darlehen mit inbegriffen, und emittiert auf Grund dieser Hypotheken ihre eigenen Pfandbriefe.

Das ursprüngliche Aktienkapital der Bank betrug 1 200 000 Gulden, d. h. 2 400 000 Goldkronen. Dieses Aktienkapital wurde von Zeit zu Zeit erhöht und betrug im Jahre 1910, um welche Zeit die Firma der Gesellschaft auf „Ungarische Bank und Handels-A.-G." abgeändert wurde, 40 Millionen Goldkronen. Dieses Aktienkapital wurde auch weiter erhöht und belief sich bei Ausbruch des Krieges auf 66 Millionen Goldkronen. Im Jahre 1920 hielt ein bedeutendes englisches Kapital seinen Einzug in das Institut, und gleichzeitig wurde der Firmentext der Bank auf Britisch-Ungarische Bank A.-G. abgeändert.

Ebenso wie bei den übrigen mitteleuropäischen Banken machte sich auch bei der Britisch-Ungarischen Bank A.-G. die Wirkung der Inflationszeiten fühlbar; das Institut büßte einen namhaften Teil seines Goldkapitals ein. Die Aufstellung der Goldbilanz des Instituts vom Jahre 1925 erfolgte in sehr konservativer Weise. In dieser Eröffnungs- (Gold-) Bilanz vom 1. Januar 1925 wurden Eigenkapitalien in der Höhe von 12 Millionen Pengö ausgewiesen. Kurze Zeit hiernach trat eine neue internationale Gruppe — bestehend aus englischen, amerikanischen und holländischen Mitgliedern — in engeren Nexus zu der Bank, welche Gruppe sich an der im Januar 1927 durchgeführten Kapitalserhöhung in bedeutendem Maße beteiligte; dabei vermehrten sich die Eigenkapitalien der Bank auf 21 Millionen Pengö. Weitere enge Beziehungen zu dem englischen Kapital entstanden, als eine Gruppe — bestehend aus der Londoner Firma Helbert, Wagg & Co., der British Overseas Bank Ltd., London, sowie deren Geschäftsfreunden — die gesamten, anläßlich der Kapitalserhöhung vom 11. November 1927 emittierten 120 000 Stück neuen Aktien übernahm, um welche Zeit sich die Eigenkapitalien der Bank auf 31 Millionen Pengö erhöhten. Schließlich erfolgte die letzte Kapitalserhöhung — durch Emission von 100 000 Stück neuen Aktien — am 25. Juni 1929. Die aus diesem Anlaß neuemittierten Aktien wurden gleichfalls durch die Firma Helbert, Wagg & Co. übernommen, so daß die Eigenkapitalien der Bank (Aktienkapital und Reserven) gegenwärtig 40 Millionen Pengö betragen. Der Einlagenstand belief sich, gemäß der Bilanz vom 31. Dezember 1931, auf P 100 200 000, während die durch die Bank verwalteten fremden Kapitalien zusammen P 146 500 000 ausmachen.

Für das Jahr 1930 betrug die nach den Aktien à Nom. P 50.— ausgeschüttete Dividende P 5.50, d. i. 11 Prozent.

Die Aktien sind an der Budapester, Wiener und Londoner Börse kotiert. Die Bank hat elf Filialen in Budapest und die folgenden dreizehn Provinzfilialen in den ungarischen Provinzzentren, und zwar: Békéscsaba, Berettyóujfalu, Debrecen, Györ, Hatvan, Kiskunfélegyháza, Kiskunmajsa, Makó, Mezökovácsháza, Nagykanizsa, Nyiregyháza, Sopron, Szeged.

Die Affiliationen der Bank im In- und Auslande:

Holzbank A.-G., Budapest / Ungarische Handels A.-G., Budapest / Bajaer Ungarische Bank A.-G., Baja / Szolnoker Ungarische Bank A.-G., Szolnok / Komitatssparkassa A.-G., Szombathely / Targu-Mureser Escompte Bank A.-G., Targu-Mures / Landwirtschaftliche Bank und Sparkassa A.-G., Cluj / Temesvárer Bank und Handels A.-G., Timisoara.

DIE KGL. UNGARISCHE POSTSPARKASSE

Die kgl. ung. Postsparkasse verdankt ihr Entstehen dem in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts immer stärker und allgemeiner werdenden Bestreben, die ärmeren Volksklassen zur Sparsamkeit zu erziehen und ihnen gleichzeitig die Möglichkeit zu bieten, ihre Ersparnisse nicht nur unbedingt sicher, sondern auch leicht zugänglich anlegen zu können. Das Institut wurde im Jahre 1885 gegründet und begann seine Tätigkeit am 1. Februar 1886 auf Grund des Gesetzartikels IX: 1885, demzufolge die Postsparkasse dem kgl. ung. Handelsminister unterstellt wurde und unter staatlicher Kontrolle und Garantie wirkte. Ursprünglich beschränkte sich ihre Tätigkeit hauptsächlich auf die Entgegennahme und Verwaltung von Spareinlagen; aber schon im Jahre 1889 wurde ihr Wirkungskreis mit dem Scheck- und Ueberweisungsverkehr erweitert. Die Postsparkasse arbeitet seit ihrer Gründung als zentrales, von der kgl. ung. Post völlig unabhängiges Institut. Doch sind sowohl im Spar- als auch im Scheckgeschäft sämtliche Postämter Ungarns als Vermittlungsämter tätig.

Die engen Bande, die die Postsparkasse mit dem Wirtschaftsleben verbinden, brachten es mich sich, daß die Organisation des Institutes, das auf eine Tätigkeit von mehr als vier Jahrzehnten zurückblicken kann, zu wiederholten Malen Veränderungen unterzogen werden mußte. Es gilt dies besonders für die letzten Jahre, die durch eine rasche Umgestaltung des Wirtschaftslebens und durch die fortschreitende Rationalisierung der Banken und Betriebe charakterisiert werden. Es war stets das Hauptbestreben der Postsparkasse, ihre innere Organisation den allgemeinen Bedürfnissen anzupassen, sich die bewährtesten Errungenschaften der Betriebsrationalisierung zu eigen zu machen und ihre Leistungsfähigkeit mit Hilfe der besten Organisationsmethoden und durch Heranziehung der modernsten Maschinen zu steigern.

Die kgl. ung. Postsparkasse schließt folgende Geschäftszweige in sich:

1. **Das Spargeschäft**, in dessen Rahmen das Institut auf Sicht lautende Spareinlagen zu einem festgesetzten Zinsfuße sowie Spareinlagen von staatlichen und autonomen Institutionen und von unter staatlicher Verwaltung stehenden Fonds und Stiftungen entgegennimmt. Hieher gehören auch Spareinlagen mit spezieller Verzinsung, gesperrte Einlagen, auf Valuten lautende Einlagen und Kumulativeinlagen, die jedoch teils von geringer Bedeutung sind.

Die Postsparkasse ist seit der Inflation systematisch bestrebt, nach den Spareinlagen die höchst möglichen Zinsen zu vergüten, um dadurch den stark erschütterten Sparsamkeitssinn der Bevölkerung neu anzufachen und hauptsächlich die ärmeren Volksschichten wiederum zur Sammlung von Einlagen anzuspornen.

Der Zinsfuß nach Spareinlagen beträgt gegenwärtig 5½ %, resp. 6 % nach gesperrten Einlagen.

Der Einlagestand der Postsparkasse zeigte vom Jahre ihrer Gründung bis zum Ausbruche des Weltkrieges eine ununterbrochene, nennenswerte Steigerung. Ende 1913 besaßen, wie unsere Tabelle zeigt, 873 780 Einleger ein Guthaben von Pengö 130.5 Millionen. Nicht wenig trug dazu bei, daß die Postsparkasse die minimalsten Beträge (von 1 Krone an) als Einlage entgegennahm und den Kunden die Einzahlung dadurch, daß diese bei jedem beliebigen Postamte erfolgen konnte, ungemein erleichtert wurde. Aber auch eine wohlausgebaute Propaganda unterstützte die Erziehung zum Sparsinne.

Gegen diese schönen Errungenschaften führte der wirtschaftliche Zusammenbruch der Nachkriegszeit, wie im Folgenden ausgeführt wird, einen beinahe vernichtenden Schlag.

2. Im **Scheck- und Ueberweisungsverkehr** nimmt die Postsparkasse vom In- und Auslande Zahlungen zu Gunsten der bei ihr geführten Scheckkonten entgegen, leistet Rückzahlungen im Inlande und nach dem Auslande und übernimmt für ihre in- und ausländischen Klienten das Inkasso von Fälligkeiten.

Auch unterhält das Institut einen ausgedehnten Postgiroverkehr mit den meisten Schwesterinstitutionen (dem belgischen Postscheckamte, sämtlichen Postschekämtern Deutschlands, dem Postscheckamte der Freien Stadt Danzig, sämtlichen Postscheckämtern Frankreichs, inkl. Marokko, dem Holländischen Postscheckamte im Haag, der Postsparkasse des Königreichs Jugoslavien, dem lettischen Postscheckamte in Riga, der Oesterreichischen Postsparkasse, der Polnischen Postsparkasse, sämtlichen schweizerischen Postscheckämtern und der Postsparkasse der Tschechoslowakischen Republik). Der internationale Banküberweisungsverkehr, der sich auf ganz Europa und die Vereinigten Staaten von Amerika ausbreitet, sichert unseren Kunden die Dienste der vornehmsten Banken aller Kulturstaaten.

Sämtliche wichtigeren Bedingungen des Spargeschäftes und des Scheck- und Ueberweisungsverkehrs, wie Festsetzung des Einlageminimums und -maximums, Zinsfuß, Rückzahlungsmodalitäten, Gebührenberechnung für beide Geschäftszweige etc. werden vom Generaldirektor des Institutes im vorherigen Einverständnisse mit dem Handels- und dem Finanzminister bestimmt.

3. Im Rahmen des **Wertpapiergeschäftszweiges** kauft die Postsparkasse sowohl für eigene Rechnung, als auch für ihre Kunden im Spar- und Scheckverkehr hauptsächlich Staatspapiere und andere in Einvernahme mit dem Finanzministerium festgesetzte erstklassige Pfandbriefe und Obligationen. Ferner übernimmt das Institut die Aufbewahrung solcher Papiere, das Einlösen der fälligen Kupons und der verlosten Titres und gewährt Darlehen auf bei ihr deponierte Wertpapiere. In den Vorkriegszeiten wurde ein großer Teil der Spareinlagen, insofern diese ein gewisses Maximum überschritten, sowie ein bedeutender Prozentsatz der Scheckkontoguthaben zum Ankaufe von Staatspapieren verwendet, so daß die Staatsschuldverschreibungen dadurch auch in den Kreisen der kleinen Sparer an Popularität gewannen. Auch war die Postsparkasse Mitglied des Syndikates für Uebernahme ungarischer Staatsanleihen. Durch die ständigen Käufe an Staatspapieren trug das Institut bedeutsam zur Stützung des Staatskredites bei. So belief sich z. B. im Jahre 1913 der Nostro-Wertpapierstand des Institutes auf Pengö 165.5 Millionen.

4. **Das Pfandleihgeschäft.** Da die Inflation die der staatlichen Pfandleihanstalt zur Verfügung stehenden Kapitalien langsam beinahe vernichtete und es der Anstalt immer schwieriger wurde, die für die Fortsetzung des Geschäftes notwendigen Beträge zu beschaffen, hat die Regierung im Jahre 1924 auch das Pfandleihgeschäft der Postsparkasse zugewiesen. In den ersten Jahren wirkten in der Hauptstadt und den benachbarten Gemeinden eine Reihe von Versatzämtern als Vermittler der Postsparkasse, die nunmehr jedoch beinahe zur Gänze als Filialen der Zentral-Pfandleihanstalt in direkte

Verwaltung des Institutes übernommen wurden. Dem Pfandleihgeschäfte ist die Auktionshalle angegliedert, wo nicht nur die Zwangsversteigerung der nicht ausgelösten Handpfänder vorgenommen wird, sondern wo auch freiwillige Versteigerungen und andere Privatauktionen abgehalten werden, nachdem nur die Postsparkasse zur Abhaltung von öffentlichen Versteigerungen ermächtigt ist.

Während der Stand an Handpfändern am 30. Juni 1924 sich auf 62 600 Stück belief und die darauf gewährten Darlehen 493 713 Pengö betrugen, war die Anzahl der belehnten Gegenstände am 31. Dezember 1930 auf 942 000 Stück und das darauf vorgestreckte Kapital auf 26.8 Millionen Pengö angewachsen. Da die Tätigkeit des Pfandleihgeschäftes von der Postsparkasse in erster Reihe in altruistischem Sinne betrieben wird, gelang es dem Institute im Laufe der verflossenen fünf Jahre die Zinsen und Gebühren auf ungefähr die Hälfte zu reduzieren. Man darf dabei nicht außer Acht lassen, daß die Administrationskosten dieses Geschäftszweiges verhältnismäßig hoch sind, da das Institut auch ganz kleine Darlehen gewährt und ca. die Hälfte aller verpfändeten Gegenstände einen Wert von weniger als 10 Pengö hat.

Das sogenannte Sanierungsgesetz des Jahres 1924 betraute die ungarische Postsparkasse mit einer weiteren schwerwiegenden Aufgabe. Im Sinne dieses Gesetzes wird der gesamte staatliche Zahlungsverkehr durch dieses Institut abgewickelt in der Weise, daß sämtliche Einnahmen und Ausgaben des Staates durch im Rahmen des Scheck- und Ueberweisungsverkehrs eigens zu diesem Zwecke eröffnete Spezialkonten fließen. Es werden über 5000 solcher staatlicher Konten geführt, auf welchen die sogenannten gesperrten staatlichen Einnahmen (die Zolleinnahmen, sowie die Tabak-, Salz- und Zuckersteuern, deren Erträgnis in erster Reihe zur Sicherung des Zinsendienstes der Völkerbundsanleihe dient) sowie sämtliche übrigen Einnahmen des Staates gutgebracht werden. Die auf diese Einnahmekonten einlaufenden Beträge werden von der Postsparkasse täglich summiert und ebenfalls täglich an die Ungarische Nationalbank überwiesen. Zu Lasten der staatlichen Ausgabe- und Investitionskonten erfolgt die Anweisung aller staatlichen Ausgaben. Die mächtige Aufgabe des staatlichen Zahlungsverkehrs wird von der Postsparkasse nach eigenem System abgewickelt, und es erübrigt an dieser Stelle darauf hinzuweisen, von welch großer Bedeutung und Wichtigkeit die zentrale und einheitliche Gebarung dieses mächtigen Arbeitskomplexes ist.

Wir waren eingangs bestrebt, ein Bild über den Geschäftsgang der Postsparkasse im allgemeinen und besonders über die Lage des Institutes während der Vorkriegszeiten zu entwerfen. Die mitgeteilten Zahlen zeigen, daß das Institut in der Zeit bis zum Ausbruche des Weltkrieges eine stetige Entwicklung zu verzeichnen hatte. Dieser Entwicklung tat auch der Krieg keine Einbuße. Ende Juni 1918 betrug der Einlagestand noch immer 117.7 Millionen Pengö, was 243.6 Millionen damaligen Kronen entspricht. Zum gleichen Zeitpunkte waren die Scheckkontobestände, verglichen mit 1913, um mehr als das Doppelte, nämlich auf 314 Millionen Pengö (650 Millionen damalige Kronen) angewachsen. Die Steigerung der Scheckeinlagen war demnach besonders bedeutend, was jedoch weniger auf ein Anwachsen der Kontenzahl, als vielmehr auf die durch den Krieg bedingte wirtschaftliche Struktur zurückzuführen ist. Das Wirtschaftsleben wurde immer mehr der realen Werte beraubt, was einen großen Ueberfluß an Kapitalien, billige Zinssätze und eine Verminderung im Geldumsatze nach sich zog.

Der auf den Krieg folgende politische und wirtschaftliche Umsturz hat auch die Postsparkasse in ihren Grundfesten erschüttert. Die immer stärker fühlbar werdende Inflation, die fortschreitende Geldentwertung und die traurigen wirtschaftlichen Verhältnisse führten zu einer rapiden Abnahme des Einlagenstandes und zu einem Einschrumpfen des gesamten Scheckverkehrs. So betrug Ende Juni 1924 der Gesamtstand der Spareinlagen bloß 317 840 Pengö und jener der Kontenguthaben 29.9 Millionen Pengö. Damals setzte die Sanierung ein, und es gelang durch die mit Hilfe des Völkerbundes aufgenommene ausländische Anleihe Ungarn aus dieser kläglichen wirtschaftlichen Lage hinauszuführen. Wie unsere Tabellen zeigen, kann das Spargeschäft in verhältnismäßig kurzer Zeit auf sehr schöne Erfolge zurückblicken. Was die Scheckeinlagen anbetrifft, so haben diese den Stand des Jahres 1913 bereits übertroffen. Allerdings sind darin auch die Guthaben der staatlichen Konten, sowie jene der öffentlichen Fonds und Stiftungen mit bedeutenden Summen inbegriffen. Materiellen Vorteil hat das Institut nach letzteren jedoch nie genossen, denn im Sinne des Sanierungsgesetzes hat die Postsparkasse einen dem Gesamtguthaben der staatlichen Konten entsprechenden Betrag zinsenfrei auf ihrem bei der Nationalbank geführten Konto zu belassen.

Das mächtige Anschwellen des Scheckverkehrs wird durch folgende Zahlen illustriert: während die gesamte Postenzahl der Einzahlungen im Geschäftsjahre 1919/1920 bloß 1 607 855 Stück betrug, machte diese im Geschäftsjahre 1925/1926 schon 11 117 377 Stück aus und wuchs im Verlaufe des Jahres 1929/1930 auf 25 606 632 Stück an.

Hier möchten wir auch kurz der Verwaltung der sogenannten Postgelder Erwähnung tun. Es muß vorausgeschickt werden, daß die Postsparkasse die einzelnen Postämter mit dem zur Abwicklung des Vermittlungsdienstes nötigen Betriebskapital versieht. Auf Grund der diesbezüglichen Dispositionen der Geldinstituts-Zentrale werden die Geldüberschüsse schon seit dem Jahre 1920 in erster Linie zur Deckung der lokalen Kreditbedürfnisse der an Ort und Stelle befindlichen Geldinstitute verwendet und bloß die darüber hinausgehenden Beträge werden im Wege der Sammelpostämter der nächsten Filiale der Nationalbank eingeliefert. Diese Postgelder setzen sich hauptsächlich aus den zu Gunsten von Postsparkassen-Konten geleisteten Einzahlungen und nur in geringerem Umfange aus den Geldüberschüssen der Post und der staatlichen Betriebe zusammen. Auf Grund der Rechnungslegung der Post schreibt die Nationalbank diese Beträge der Postsparkasse, resp. der Post oder den übrigen staatlichen Betrieben gut.

Die einzelnen Geldinstitute erstatten der Geldinstituts-Zentrale täglich Meldung über die von ihnen in Anspruch genommenen Summen, welch letzteres Institut mit diesen Beträgen das dort geführte Konto der kgl. ungarischen Post erkennt. Nach Erhalt der Verständigung von seiten der Geldinstituts-Zentrale gibt die Post dieser sofort bekannt, wieviel von den gutgebrachten Beträgen auf die Post selbst und wieviel auf die Postsparkasse entfällt. Hierauf nimmt die Geldinstituts-Zentrale die nötige Umbuchung zu Gunsten des Kontos der Postsparkasse vor.

Die beigeschlossenen Tabellen zeigen die schwunghafte Entwicklung der Postsparkasse seit der Sanierung Ungarns. Allen jenen, die das wirtschaftliche Leben mit Aufmerksamkeit verfolgen, ist es wohl bekannt, daß der Scheck- und Ueberweisungsverkehr der Postsparkasse mit der Genauigkeit eines Barometers auf alle Konjunkturschwankungen reagiert. Um so erfreulicher ist es, daß trotz der wirtschaftlichen Depression des Vorjahres kein Stillstand, sondern bloß ein verlangsamtes Tempo in der Entwicklung dieses Verkehrs eingetreten ist.

Neben dem Spar- und Scheckverkehr verdient noch der internationale Verkehr der Postsparkasse besondere Erwähnung, der durch die schnelle, präzise und wohlfeile Erledigung der anvertrauten Aufträge sich zur vollen Befriedigung aller beteiligten Kreise abwickelt.

Die Postsparkasse war in den verflossenen Jahren doppelt bestrebt, durch eine weitere Rationalisierung ihrer einzelnen Geschäftszweige eine je bessere und billigere Bedienung des Publikums zu erzielen. Um dies zu erreichen, führte sie als erste am Budapester Platze einen ständigen Kassendienst in den Abendstunden ein. Zu dem gleichen Zwecke wurde die internationale Abteilung und der Spargeschäftsverkehr auf den maschinellen Betrieb umgestellt und wickelt sich mit Hilfe der modernsten und vollkommensten Maschinen ab. Ferner ist der Verkehr an der Hauptkasse durch die Einführung von Laufbändern wesentlich beschleunigt und vereinfacht worden.

Entwicklung des Spargeschäftes.
(Beträge in 1000 Pengö.)

Jahr	Stand der Spareinlag. am Ende des Jahres	Umsatz		Anzahl der Sparkonten
		Postenzahl	Gesamtbetrag	
1886	3.293	539.064	9.128	85.517
1890	11.115	627.182	21·734	168.706
1900	37.901	1.203.827	62.511	389.083
1910	125.109	2.088.176	172.560	775.970
1913	130.584	2.007.040	181.742	873.780
1917	145.339	1.508.934	123.537	1.069.878
1924	829	112.040	1.269	95.837
1926	15.636	251.769	59.174	112 545
1928	40.811	810.000	114.215	157.112
1930	72.614	1.058.000	183.566	249.458

Stand der Wertpapiere.
(In 1000 Pengö.)

Jahr	Nominale
1886	3.427
1890	14.234
1900	56.319
1910	157.715
1913	165.529
1917	111.418
1924	26
1925	2.521
1928	55.206
1930	76.982

Bestand an Handpfändern und Gesamtbetrag der darauf gewährten Darlehen.
(Beträge in 1000 Pengö)

Jahr 31. XII.	Stückzahl	Betrag
1925	297 302	5 180
1926	443 677	8 303
1927	543 784	12 328
1928	676 389	17 970
1929	858 797	24 848
1930	942 000	26 875

Entwicklung des Scheck- u. Ueberweisungsverkehrs.
(Beträge in 1000 Pengö.)

Jahr	Stand der Scheckeinl. am Ende des Jahres	Umsatz		Anzahl der Scheckkonten
		Postenzahl	Gesamtbetrag	
1890	4.391	425.336	288.146	910
1900	38.920	4.981.898	2.964.691	7.222
1910	114.719	15.432.756	8.814.613	20.716
1913	133.068	10.007.295	11.521.359	25.630
1917	288.957	15.523.773	14.126.386	29.574
1924	171.128	11.585.653	4.981.399	51.455
1926	178.800	17.966.222	12.423.668	54.879
1928	225.200	22.624.000	16.941.975	42.936*)
1930	135.602	26.137.808	14.762.999	35 200†)

*) Im Jahre 1927 wurden ca. 17.000 Scheckkonten mangels der vorgeschriebenen Stammeinlage von Amtswegen gelöscht.

†) Auf Grund der Liquidierung des mit den Nachfolgestaaten geschlossenen Übereinkommens wurden im Dezember 1930 ca. 10.000 Scheckkonten gelöscht.

Budapester Hauptstädtische Gemeinde-Sparkassa · Aktiengesellschaft.

ZENTRALE:

Budapest, V., Dorottya-utca 4.

TELEGRAMMADRESSE: „FŐTAKARÉK"

FILIALEN IN BUDAPEST

I. BEZ., Horthy Miklós-ut 1. I. BEZ., Krisztina-körut 133. II. BEZ., Margit-körut 4. II. BEZ., Fő-utca 2. III. BEZ., Fő-tér 2. IV. BEZ., Károly király-ut 30
V. BEZ., Lipót-körut 29. V. BEZ., Nádor-utca 23. VII. BEZ., Erzsébet-körut 58. VII. BEZ., Baross-tér 23.
VIII. BEZ., Rákóczi-ut 11. IX. BEZ., Vámház-körut 1. IX. BEZ., Ferenc-körut 14.

FILIALEN IN DER PROVINZ

Debrecen: Szent Anna-utca 13. · Nyiregyháza: Bethlen-utca 5.

Einlagen auf Büchel und Kontokorrent.
Hypothekar-Darlehen. Ausführung von Börsenaufträgen.
Kauf und Verkauf von ausländischen Guthaben und Geldsorten. Wechseleskompte. Vorschuß auf Effekten.
Kreditbriefe auf In- und Ausland.

UNGARISCHE ALLGEMEINE SPARCASSA AKTIENGESELLSCHAFT BUDAPEST

V. Gróf Tisza István Utca 8-10 / Gegründet 1881 / Tel.-Adr.: „Generalcassa"

AKTIENKAPITAL UND RESERVEN 33 450 000.– PENGŐ

Die Sparcassa hat 10 Filialen in Budapest
22 Filialen in der ungarischen Provinz - insgesamt 32 Filialen

Die Provinzfilialen befinden sich in: Baja, Békéscsaba, Cegléd, Debrecen, Gádoros, Gyöngyös, Kaposvár, Karcag, Kecskemét, Kiskunfélegyháza, Kispest, Nyiregyháza, Orosháza, Sopron, Szeged, Székesfehérvár, Szentes, Szombathely, Tab, Tapolca, Várpalota und Zalaegerszeg

Die Sparcassa befaßt sich mit Bankgeschäften aller Art

und emittiert auf Grund von Amortisations-Hypothekar-Darlehen 7 %ige auf Pengő und 7 1/2 %ige auf U S A.-Dollars und auf engl. Pfunde lautende Pfandbriefe, welch' letztere an der Londoner Börse offiziell notiert sind

Ungarische Geldinstitutszentrale

Errichtet im Jahre 1916

Grundkapital	**27.46**	**Mill. P.**
Reserven	**6.06**	„ „
Guthaben der Mitglieder .	**101.01**	„ „

Durch die Zentrale wurde das Prinzip der obligatorischen Revisionen für die kleineren Banken und Sparkassen verwirklicht.
Der Zentrale gehören 505 Kreditinstitute als Mitglieder an, hievon sind 482 revisionspflichtig.
Der Grundgedanke bei der Errichtung war, die zentrale Revisionsstelle als eine bankmäßige Institution auszugestalten, damit sie auch aktiv in die Sanierung, wo dies begründet erscheint, eingreifen könne. Im letztvergangenen Geschäftsjahr wurden 727 Revisionen durchgeführt. Durch die systematischen Revisionen wurden einheitliche Grundsätze für die Bilanzfeststellung durchgesetzt, überdies wird auf eine gesunde Liquiditäts- und Zinspolitik hingearbeitet.

Die Pester Ungarische Commercial-Bank

wurde im Jahre 1841 mit königlichem Patent gegründet und ist daher die älteste Bank Ungarns.

Sie war die Banknotenemissionsbank der ungarischen Regierung im Jahre 1848, und nach dem Ausgleiche mit Oesterreich im Jahre 1867 war sie das erste Institut, welches in Ungarn das Hypothekargeschäft einführte. Auch bei der Gründung des Netzes der Vizinalbahnen hatte sie eine führende Rolle. Sie legte den Grundstein zu der modernen ungarischen Mühlenindustrie und gründete erstklassige Unternehmungen der Eisen-, Bergbau-, Textil- und Zuckerbranche sowie sonstiger Industriezweige. Im Laufe der Jahre erwarb die Bank Affiliationen, errichtete Filialen, gründete Unternehmungen in jeder bedeutenden Stadt der Balkanländer und der Türkei, so daß vor Ausbruch des Weltkrieges die Commercial-Bank eine der mächtigsten Banken Europas war, die zirka 350 Millionen Kronen fremdes Geld verwaltete

Während des Weltkrieges war die Commercial-Bank die einzige Bank Ungarns, die von dem Moratorium keinen Gebrauch machte und ihre Zahlungen nicht suspendierte. Nach Beendigung des Weltkrieges machte die Commercial-Bank große und erfolgreiche Anstrengungen, um ihren ausländischen Verbindlichkeiten zu entsprechen. Das erste war, daß sie mit den alliierten Ländern den Geschäftsverkehr wieder aufnahm. Sie verschaffte die erste ungarische industrielle Anleihe für die Rimamurány-Salgótarjáner Eisenwerke A.-G. in der Höhe von $ 3 000 000.—. Sie wirkte mit bei den Verhandlungen, welche die Umwandlung der 1½ Millionen Dollar betragenden ungarischen Tranche der Völkerbundanleihe in amerikanische Bonds zum Ziele hatten, weiters bei der ersten und zweiten Anleihe der ungarischen Provinzstädte im Betrage von $ 10 000 000.— resp. $ 6 000 000.—. Sie war Führerin des Konsortiums der sechs ungarischen Banken, welche in Amerika die erste ungarische Hypothekaranleihe in der Höhe von $ 7 350 000.— perfektionierte. Auch jenes Konsortium von fünf Budapester Großbanken steht unter Führung der Commercial-Bank, welches im Laufe des Jahres 1927 in Amerika $ 13 000 000.— Pfandbriefe placierte.

Des weiteren wurden unter die Gestion resp. Initiative der Pester Ungarischen Commercial-Bank der ungarischen Industrie, Handel und Landwirtschaft während der Jahre 1929 und 1930 zusammen $ 24 000 000.— Exportkredite verschafft, von welchem Betrag zur Zeit $ 14 000 000.— laufen.

Zur Befriedigung der kurzfristigen Kreditansprüche der ungarischen Landwirte ist es im Jahre 1930 der Pester Ungarischen Commercial-Bank gelungen, für das Landes-Bodenkreditinstitut der Kleingrundbesitzer bei der Chase National Bank of the City of New York unter Mitwirkung der ungarischen Regierung einen Kontokorrent-Kredit von $ 2 500 000 auf zwei Jahre sicherzustellen.

Im Jahre 1929 wurden 6½proz. Kommunalobligationen im Nennwerte von L 300 000.— im Wege eines Londoner Institutes bei einer vornehmen Kapitalsgruppe zu dauernder Anlage placiert. Im Jahre 1930 hat die Bank auf dem schweizerischen Markte im Wege eines unter dem Schweizerischen Bankverein und Schweizerischen Bankgesellschaft stehenden Konsortiums Schwfrs. 15 000 000.— 7proz. 20jährige Pfandbriefanleihe zu 98 placiert. Dieser Transaktion ist umso größere Bedeutung beizumessen, als durch dieselbe der schweizerische Kapitalmarkt als ein Absatzgebiet für ungarische langfristige Anleihen wieder eröffnet wurde.

Das Aktienkapital der Bank beträgt zur Zeit 25 000 000 Pengö, aufgeteilt auf 500 000 Aktien mit einem Nennwert von 50.— Pengö. Die offenen Reserven belaufen sich auf 29 500 000 Pengö.

Die Commercial-Bank betreibt sämtliche Zweige des Bankgeschäftes, überwacht die Tätigkeit eines großen Netzes von Filialen und affiliierten Instituten und ist das Haupt eines ausgebreiteten industriellen Konzerns.

UNGARISCHE
ESCOMPTE- UND WECHSLER-BANK

Gegründet im Jahre 1869

VORMALS: C. J. MALVIEUX
Errichtet im Jahre
1829

Hauptanstalt: BUDAPEST V. DOROTTYA UTCA 6 • Telegramm-Adresse: ESCOMPTE

33 Filialen und Affiliationen in Ungarn.

Lagerhäuser mit Warrant-Emissionsberechtigung:
BUDAPEST · BARCS · GYŐR · KABA · PÜSPÖKLADÁNY

Hallgarten & Co.

Established 1850

New York

Chicago **London**

Berlin Representative:
Julius C. Horn
Unter den Linden 40-41
BERLIN, N. W. 7

SPEYER & CO.

NEW YORK.

ESTABLISHED 1837.

The Manhattan Company Building
40 Wall Street
New York, N. Y., U. S. A.

Headquarters of The Manhattan Company, Bank of Manhattan Trust Company, International Acceptance Bank, Inc., International Manhattan Company, Incorporated.

INTERNATIONAL ACCEPTANCE BANK, INC.—NEW YORK

PAUL M. WARBURG, *Chairman* F. ABBOT GOODHUE, *President*

Condensed Statement of Condition as of June 30, 1931

RESOURCES

Stockholders' Liability for Uncalled Subscriptions	$ 6,250,000.00	
Cash on Hand and Due from Banks	$10,196,656.16	
Bankers' Acceptances and Call Loans Secured by Acceptances	14,014,596.40	
		$ 24,211,252.56
U. S. Government, State and Municipal Bonds (At market value)		15,381,007.04
Collateral Loans		5,195,503.45
Loans and Advances:		
Due within 30 days	$10,392,317.31	
Due after 30 days	8,867,737.09	
		19,260,054.40
Other Bonds and Securities (At market value)		4,529,884.64
Customers' Liability a/c Acceptances and Letters of Credit		85,481,231.38
Accrued Interest Receivable and Other Assets		244,830.30
		$154,303,763.77

LIABILITIES

Capital Fully Subscribed	$12,500,000.00	
Capital (Paid in)		$ 6,250,000.00
Surplus		7,500,000.00
Undivided Profits		5,063,000.00
Due to Banks and Customers		48,163,259.27
Acceptances and Letters of Credit Outstanding		87,199,353.25
Reserve for Taxes, Unearned Discount and Other Liabilities		128,151.25
		$154,303,763.77

THE MANHATTAN COMPANY

PAUL M. WARBURG, *Chairman* P. A. ROWLEY, *President*

Capital, Surplus and Undivided Profits

$150,237,890.12

The following are constituents of
The Manhattan Company

BANK OF MANHATTAN TRUST COMPANY
Domestic Banking
Trust Service for Individuals and Corporations

INTERNATIONAL ACCEPTANCE BANK, INC.
Acceptance Credits and
International Banking Transactions

INTERNATIONAL MANHATTAN COMPANY, INCORPORATED
Investment Securities

NEW YORK TITLE AND MORTGAGE COMPANY
Bond and Mortgage Loans
Guaranteed First Mortgages and Certificates
Title Insurance

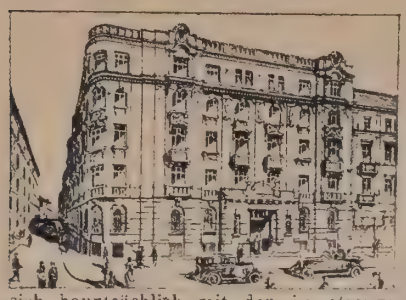
UNGARISCH-ITALIENISCHE BANK

AKTIENGESELLSCHAFT

(Banca Ungaro-Italiana Società Anonima)
(Magyar-Olasz Bank R. T.)

IN BUDAPEST

Aktienkapital: Pengö 20,000,000.—. Reserven ungefähr Pengö 6,350,000.—



Das Institut ist unter Mitwirkung der **Banca Commerciale Italiana** aus der Fusion älterer, größerer Budapester Banken (Ungarische Landesbank, gegründet 1893, Ungarische Agrar- und Rentenbank, gegründet 1895, und Creditinstitut Ungarischer Holzhändler, gegründet 1905) hervorgegangen.

Die Bank, in deren Verwaltungsrat die Banca Commerciale Italiana auf Grund der in ihrem Portefeuille befindlichen absoluten Aktienmajorität entsprechend vertreten ist, entfaltet ihre Tätigkeit unter der Kontrolle dieses Geldinstitutes. Die Ungarisch-Italienische Bank, welche heute eines der größten Bankinstitute Ungarns ist, befaßt sich hauptsächlich mit den im strengen Sinne des Wortes genommenen Bankgeschäften; es stehen ihr für das Inlandsgeschäft ein ausgezeichnetes Filialennetz und verschiedene Bankaffiliationen zur Verfügung, durch welche sie an allen in Betracht kommenden Plätzen für Rechnung ihrer zahlreichen in- und ausländischen Kundschaft einen umfangreichen Verkehr abwickelt. Im Auslande unterhält sie eine rege Verbindung mit den bedeutenden internationalen Banken und erfreut sich überall des besten Rufes.

Mit Rücksicht auf den überwiegend landwirtschaftlichen Charakter Ungarns, legt die Bank großes Gewicht auf die Pflege des Amortisations-Hypothekar-Darlehensgeschäftes und wickelte im Zusammenhang hiermit größere Emissionen von Pfandbriefen ab, welche im In- und Auslande stets günstige Aufnahme fanden. Bei der Placierung dieser Emissionen, sowie bei der Placierung von Kommunal-Obligationen, die auf Grund der an ungarische Städte und Gemeinden gewährten Kommunal-Darlehen emittiert wurden, genoß die Bank die auch in Amerika wirksame Unterstützung der Mutteranstalt, welche für ihre ungarische Affiliation stets wärmstes Interesse bekundet.

Die Bilanzdaten der Bank zeigen eine ständig steigende Tendenz; ihre Entwicklung und Prosperität wird im folgenden Ausweise veranschaulicht, welcher die wichtigeren Daten seit 1925, dem Jahre der Sanierung der ungarischen Staatsfinanzen und der Währungsstabilisierung, enthält:

Jahr	Aktien-Kapital Pengö	Reserven Pengö	Spar- und Konto-Korrent-Einlag. Pengö	Wechsel-portefeuille Pengö	Rein-gewinn Pengö	Dividende Pengö
1925	10.800.000	3.000.000	21,776.783	20,080.530	887,392	3.—
1926	10,800.000	3,064,000	38.172.930	34 771,715	1,250,605	4.—
1927	10.800.000	3.264.000	52,802.036	47,247,281	1,710.804	5.—
1928	20.000.000	5.400.000	69,498.377	58.604.661	2.869,713	5.—
1929	20.000.000	5,700,000	70.262,986	60,382,222	2,925,520	5.—
1930	20.000.000	6,025.000	80,804.900	68,796,777	2,931.115	5.—

Der Präsident des Verwaltungsrates ist Seine Excellenz Dr. Albert v. Berzeviczy, Wirklicher Geheimrat, Minister a. D., Präsident der Ungarischen Akademie der Wissenschaften; Vizepräsidenten: Gr. Uff. Giuseppe Toeplitz, Administrateur Délégué der Banca Commerciale Italiana, und Baron Dr. Julius v. Madarassy-Beck, Präsident der Ungarischen Kaufmannshalle. Die Generaldirektion besteht aus den Herren: Hofrat Dr. Anton Éber, Präsident der Budapester Handels- und Gewerbekammer, und aus seinem Stellvertreter, dem Herrn Dr. Nikolaus Halmi, kgl. ung. Oberfiskalrat.

ANGLO-INTERNATIONAL BANK LIMITED

24-28 LOMBARD STREET, LONDON E. C. 3

Telephones: Mansion House 6543 (9 lines) Telegrams: Anglank, London.

CAPITAL:

Authorised ..... £ *2,000,000*

Paid up ..... £ *1,960,008*

LONDON CLEARING AGENTS:

Bank of England / Glyn Mills & Co.
National Provincial Bank Ltd.

Directors:

GENERAL THE HON. SIR HERBERT A. LAWRENCE, G.C.B. (Chairman)
H.E. PETER BARK, G.C.V.O. (Managing Director).

E. W. H. BARRY, ESQ.
JULIAN DAY, ESQ. M. C.
A. G. M. DICKSON, ESQ.
THE LORD FARINGDON, C.H.
ZOLTAN HAJDU, ESQ.
SIR GORDON NAIRNE, BART.
SIR OTTO NIEMEYER, G.B.E., K.C.B.
SIR WILLIAM PEAT, C.V.O.
SIR HENRY STRAKOSCH, G.B.E.

Every description of Home and Foreign Banking transacted. Special facilities for Business between Great Britain and the Continent of Europe Current Accounts opened and Deposits for short periods accepted at rates which may be obtained on application.

Die Veröffentlichungen der Firmen in dem vorliegenden Heft sprechen in bezug auf die Verbindung der Inserenten mit der „Frankfurter Zeitung" für sich selbst. Die hier folgenden Geschäftsstellen und Vertreter stehen jederzeit mit Rat und Tat zur Verfügung.

GESCHÄFTSSTELLEN UND AGENTUREN:

BERLIN W. 9: Potsdamerstr. 133; HAMBURG: Mönckebergstr. 19; MÜNCHEN: Perusastr. 5; STUTTGART: Poststr. 7; WIEN, I: Wollzeile 11; KÖLN: Gereonstr. 18—32 (Gereonshaus).
Außerdem AGENTUREN an 66 Orten Deutschlands.

GENERAL-VERTRETER:

INLAND:

Für Frankfurt a. M., Hessen, Hessen-Nassau, Pfalz und Saargebiet: H. E. BRANDEIS, FRANKFURT A. M., Mendelssohnstr. 55 / Für Brandenburg, Mecklenburg, Pommern, Ostpreußen, Schlesien: Geschäftsstelle BERLIN, W. 9, Potsdamerstr. 133 / Für Thüringen, Magdeburg, Hannover, Braunschweig: W. BRENDGEN, HANNOVER, Podbielskistr. 31 / Für Nordwestdeutschland: P. H. SCHREIBER, HAMBURG 1, Mönckebergstr. 19 / Für Rheinland und Westfalen: KURT SCHWARZENBERGER, KÖLN A. RH., Dischhaus / Für Freistaat Sachsen, m. d. Provinz Sachsen: EDWIN BATTRÉ, LEIPZIG W. 33, Götzstr. 2 / Für Bayern: JOSEF HUBER, MÜNCHEN C. 2, Residenzstr. 23. / Für Württemberg u. Baden: BRUNO TROMMSDORFF, STUTTGART, Poststr. 7.

AUSLAND:

Für England, Schottland, Irland: LONDON S. W. 1, 25, Evelyn Mansions Carlisle Place / Für Nordamerika: NEW YORK, 164, Fifth Avenue / Für Frankreich: PARIS 8e, 44, Rue de Lisbonne / Für Oesterreich, Ungarn, Tschechoslowakei, Jugoslavien: WIEN I, Wollzeile 11 / Für Holland: VOORBURG (Z. H.) Dr. Blookerstraat 21 / Für die Schweiz: ZÜRICH I, Bahnhofstr. 78.

NAMEN- UND SACHREGISTER

Seite

Automobil-Industrie.

Adlerwerke vorm. Heinrich Kleyer A.-G., Frankfurt a. M. 181
Daimler-Benz A.-G., Stuttgart-Untertürkheim 187
Der Deutsche Kraftfahrzeugbau 191

Banken und Sparkassen.

Inland:

Adca, Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt Sächsische Staatsbank, Leipzig-Dresden . . . . . 64—65
Gebr. Arnhold, Berlin 65
Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G., Berlin . . 66—67
Bank für Brauindustrie, Berlin 70
Bank für Deutsche Industrie-Obligationen, Berlin . . . . . 68—69
Barmer Bankverein, Hinsberg, Fischer & Co., Kommanditgesellschaft auf Aktien, Düsseldorf 70
Bass & Herz, Frankfurt a. M. 98
Bayerische Handelsbank, München 71
Bayerische Hypotheken- und Wechselbank, München 72
Bayerische Landwirthschaftsbank, e. G. m. b. H., München 73
Bayerische Staatsbank, München 74
Bayerische Vereinsbank, München 75
Berliner Bank für Handel und Grundbesitz, Aktiengesellschaft, Berlin 76
Berliner Handels-Gesellschaft, Kommanditgesellschaft auf Aktien, Berlin 77
Berliner Hypothekenbank A.-G., Berlin 78
Berliner Hypothekenbankverein (Stadtschaft), Berlin 80
Berliner Pfandbrief-Amt, Berlin 80
Berliner Stadtschafts-Bank A.-G., Berlin 80
Brandenburgische Provinzialbank und Girozentrale, Berlin . . . 117
Brandenburgischer Sparkassen- und Giroverband, Berlin 117
Braunschweigische Staatsbank, Braunschweig 79
Commerz- und Privatbank A.-G., Hamburg-Berlin 81
Darmstädter und Nationalbank, Kommanditgesellschaft auf Aktien, Berlin 83
Delbrück, Schickler & Co., Berlin 94
Deutsch-Asiatische Bank, Berlin 88
Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, Berlin 85
Deutsche Bau- und Bodenbank A.-G., Berlin 82
Deutsche Centralbodenkredit-Aktiengesellschaft, Berlin 100
Deutsche Effecten- und Wechsel-Bank, Frankfurt a. M. 98
Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank Aktiengesellschaft, Berlin 84
Deutsche Girozentrale—Deutsche Kommunalbank, Berlin 86
Deutsche Hypothekenbank (Actiengesellschaft), Berlin 87
Deutsche Hypothekenbank, Meiningen 100
Deutsche Landesbankenzentrale A.-G., Berlin 89
Deutsche Orientbank, Aktiengesellschaft, Berlin 88
Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt, Berlin 91
Deutscher Sparkassen- und Giro-Verband, Berlin 86

Seite

Deutsch-Südamerikanische Bank, Aktiengesellschaft, Berlin . . . 90
Deutsche Ueberseeische Bank, Berlin 90
Deutsche Unionbank Aktiengesellschaft, Berlin 92
Deutsche Verkehrs-Kredit-Bank Aktiengesellschaft, Berlin 93
Deutsche Wohnstätten-Hypothekenbank Aktiengesellschaft, Berlin . 82
Dresdner Bank A.-G., Berlin 93
J. Dreyfus & Co., Frankfurt a. M.-Berlin 94
Frankfurter Hypothekenbank, Frankfurt a. M. . . . . 97 u. 100
Frankfurter Sparkasse von 1822 (Polytechnische Gesellschaft), Frankfurt a. M. 96
Gemeinschaftsgruppe Deutscher Hypothekenbanken . . . . 100 u. 101
Hardy & Co., G. m. b. H., Berlin 99
Hypothekenbank in Hamburg, Hamburg 102
Paul Kapff, Bankhaus, Stuttgart 106
Bankhaus A. Levy, Köln 103
Mecklenburgische Hypotheken- und Wechselbank, Schwerin i. M. . 100
Mendelssohn & Co., Berlin 105
Merck, Finck & Co., München 104
Mitteldeutsche Bodenkredit-Anstalt A.-G., Berlin 106
Nassauische Landesbank, Wiesbaden 107
Lincoln Menny Oppenheimer, Frankfurt a. M. 98
Pfälzische Hypothekenbank, Ludwigshafen 108
Preußische Landespfandbriefanstalt, Berlin 109
Preußische Landesrentenbank, Berlin 110
Preußische Staatsbank, Berlin 110
Preußische Zentralgenossenschaftskasse (Preußenkasse), Berlin . . 111
Preußische Zentralstadtschaft, Berlin 112
Reichs-Kredit-Gesellschaft, Aktiengesellschaft, Berlin . . . 113 u. 235
Rheinische Hypothekenbank Aktiengesellschaft, Mannheim . . . 114
Rheinisch-Westfälische Boden-Credit-Bank, Köln 115
Sächsische Bodencreditanstalt, Dresden 100
Sächsische Landespfandbriefanstalt, Dresden 65
Sächsische Staatsbank, Dresden . . . . . 64 u. 65
Bankhaus S. Schoenberger & Co., Berlin 120
Schwarz, Goldschmidt & Co., Berlin 116
Städtische Sparkasse, Frankfurt a. M. 120
Süddeutsche Bodencreditbank, München 118
Vereinsbank in Hamburg, Hamburg 124
Westdeutsche Bodenkreditanstalt, Köln 100
Württ. Girozentrale/Württ. Landeskommunalbank, Stuttgart . . . 121
Württembergische Hypothekenbank, Stuttgart 119
Württembergischer Kreditverein Aktiengesellschaft, Stuttgart . . . 122
Württembergische Notenbank, Stuttgart 122
Württ. Sparkassen- und Giroverband in Stuttgart, Stuttgart . . 121
Württembergische Wohnungskreditanstalt, Stuttgart 123
Zentrale für Bodenkulturkredit, Berlin 89

Ausland:

Aktiengesellschaft Leu & Co., Zürich 247
Anglo-International Bank Limited, London 262
Banco Ungaro-Italiana S. A., Budapest 262
Bankhaus Petschek & Co., Prag 252
Banque Marmorosch Blank & Co., Bucarest 244

Faksimilierte Seite aus dem ersten Jahrgang der „Frankfurter Zeitung“ zwischen Seite 62—63

Kurszettel aus der ersten Nummer der „Frankfurter Zeitung“ . . . zwischen Seite 62—63

Artikel aus der Nummer vom 29. Oktober 1856 der „Frankfurter Handelszeitung“ über die Krisen von 1855 und 1856 zwischen Seite 92—93

Stelle aus einem Briefe von Max Wirth, dem ersten Redakteur der „Frankfurter Handelszeitung“ . . . . . zwischen Seite 92—93

Original des Kopfes eines Depeschenformulars aus den fünfziger Jahren, gerichtet an Leopold Sonnemann . . . zwischen Seite 122—123

Faksimile der Unterschriften zweier großer Frankfurter Bankhäuser aus dem Jahre 1855 . . . . . zwischen Seite 122—123

Faksimilierte Seite aus dem ersten Jahrgang der „Frankfurter Zeitung“ zwischen Seite 152—153

Frachtbrief der Main-Neckarbahn aus dem Jahre 1852 . . . . . zwischen Seite 152—153

Faksimilierte Seite aus dem zweiten Jahrgang der „Frankfurter Handelszeitung“ . . . . . zwischen Seite 182—183

Eine Seite des Jugendtagebuches (1848) Leopold Sonnemanns, des Gründers der „Frankfurter Zeitung“ . . . . . zwischen Seite 182—183

Faksimile der New Yorker Handelszeitung . . . . . zwischen Seite 244—245

Eine Abonnementseinladung aus dem Jahre 1851 . . . . . zwischen Seite 244—245

Seite

Banque Nationale de Roumanie, Bucarest 244
Britisch-Ungarische Bank Aktiengesellschaft, Budapest 256
Budapester Hauptstädtische Gemeinde-Sparkasse, Aktiengesellschaft, Budapest 258
Cechoslovakische Republik, Währung und Bankwesen 254
Deutsche Agrar- und Industrie-Bank, Prag 252
Die österreichischen Kommerzbanken 240
Hallgarten & Co., New York 260
Internationale Acceptance Bank Inc., New York 261
Internationale Bank in Luxemburg, Luxemburg 238
Königl. Ungarische Postsparkasse, Budapest 257
Kreditanstalt der Deutschen, Prag 252
Nederlandsche Handel-Maatschappij N. V., Amsterdam 259
Oesterreichische Nationalbank, Wien 241
Pester Ungarische Commercialbank, Budapest 259
Rotterdamsche Bankvereeniging, Rotterdam 238
Scheurleer & Zoonen, Haag 238
Schweizerische Bankgesellschaft, Zürich . . . . . 248 u. 249
Schweizerische Kreditanstalt, Zürich 246
Speyer & Co., New York 260
The Manhattan Company, New York 261
Ungarische Allgemeine Creditbank, Budapest 256
Ungarische Allgem. Sparkassa Aktiengesellschaft, Budapest . . . 258
Ungarische Escompte- und Wechslerbank, Budapest 259
Ungarische Geldinstitutszentrale, Budapest 258
Ungarische Nationalbank, Budapest 255
Wiener Baukreditbank, Wien 82
Zentralsparkasse der Gemeinde Wien, Wien 243
Zemska Banka, Prag 255

Bau- und Siedlungsgesellschaften.

Bausparkasse Gemeinschaft der Freunde Wüstenrot, Ludwigsburg 125
Berlinische Bodengesellschaft, Berlin 124
Deutsche Bau- und Grundstücks-Aktiengesellschaft, Berlin . . . 82
Gagfah, Gemeinnützige Aktiengesellschaft für Angestellten-Heimstätten, Berlin 126
„Heimat" Gemeinnützige Bau- und Siedlungs-Aktiengesellschaft, Berlin 127
„Roland" Gemeinnützige Wohnungsbau- und Verwaltungs-Gesellschaft m. b. H., Berlin 80

Baugewerbe, Baustoffe.

Julius Berger Tiefbau A. G., Berlin 183
Christoph & Unmack, Niesky 184
Continentale Teerstraßen-Baugesellschaft m. b. H., Berlin 223
Philipp Holzmann Aktiengesellschaft, Frankfurt a. M. 205
Hüttenzement-Verband G. m. b. H., Düsseldorf 216
Norddeutscher Cement-Verband G. m. b. H., Berlin-Wilmersdorf . 216
Portland-Cement-Werke, Heidelberg - Mannheim - Stuttgart A. G., Heidelberg 218
Süddeutscher Cement-Verband, G. m. b. H., Heidelberg 231
Südholz Süddeutsche Holzindustrie A. G., München 230
Vedag Vereinigte Dachpappenfabriken A. G., Berlin 213
Vereinigte Dachpappenfabriken A. G., Berlin 223
Westdeutscher Zement-Verband G. m. b. H., Bochum 216

Bergbau.

Concordia Bergbau A. G., Oberhausen 213
Der Kalikonzern Burbach, Magdeburg . . . . . 189 u. 190
Deutsches Kalisyndikat, Berlin 188
Deutsches Steinsalz-Syndikat G. m. b. H., Berlin 186
Niederschlesische Bergbau A. G., Waldenburg . . . . . 213 u. 223

Chemische Industrie, Betriebsstoffe, Sprengstoffe.

Aktiengesellschaft für chemische Produkte vorm. H. Scheidemandel, Berlin 182
Aktiengesellschaft für Chemische Produkte, Salzwedel 237
Anhaltisch-Oberschlesische Fluorwerke in Dohna 225
Bakelite G. m. b. H., Berlin 223
Celluloid-Verkaufs-Gesellschaft m. b. H., Berlin 237
Chemische Fabrik Weyl A. G., Berlin 223
Deutsch-Amerikanische Petroleum-A. G., Hamburg 195
Deutsche Gold- und Silberscheide-Anstalt (vorm Roessler), Frankfurt a. M./Berlin/Pforzheim 190
Deutsches Bittersalz Syndikat G. m. b. H., Berlin 186
Deutsches Brom-Syndikat G. m. b. H., Berlin 186
Deutsches Chlormagnesium Syndikat G. m. b. H., Berlin 186
Druckfarbenfabrik A. Haller G. m. b. H., Frankfurt a. M. 202
Duco A. G., Nitrozelluloselacke, Berlin 213
Farbenfabrik F. Ruckelshausen & Co., Eppstein 220

Seite

Gasverflüssigung Höllriegelskreuth b. München 199
Gebr. Schmidt G. m. b. H., Farbenfabrik, Frankfurt a. M. 200
Grubenholzimprägnierung G. m. b. H., Berlin 225
Hageda, Handelsgesellschaft Deutscher Apotheker A. G., Berlin . . 203
Hiag-Holzverkohlungs-Industrie G. m. b. H., Konstanz 190
Chr. Hostmann-Steinberg'sche Farben-Fabriken G. m. b. H., Celle 206
I. G. Farbenindustrie A. G., Frankfurt a. M. 207
Kautschuk-Gesellschaft m. b. H., Frankfurt a. M. 215
Kokswerke und Chemische Fabriken A. G., Berlin 213
Lurgi Gesellschaft für Chemie und Hüttenwesen m. b. H., Frankfurt a. M. 215
A. F. Malchow A.-G., Staßfurt-Leopoldshall 225
Pfeilring-Werke A.-G., Berlin 213
Reichskraftsprit G. m. b. H., Berlin 222
Rheinische Gummi- und Celluloid-Fabrik, Mannheim-Neckarau . . 237
Rhenania-Ossag, Mineral-Oelwerke Aktien-Gesellschaft, Hamburg 221
Rütgerswerke Aktiengesellschaft, Berlin 225
Schering-Kahlbaum A. G.,Berlin 213
G. Siegle & Co., G. m. b. H., Farbenfabrik, Stuttgart 230
Siegwerk Ind. G. m. b. H., Siegburg 224
Siemens-Planiawerke A.-G. für Kohlefabrikate, Berlin-Lichtenberg 225
Silesia Verein chemischer Fabriken in Ida- und Marienhütte b. Saarau i. Schlesien 225
W. Spindler A. G., Berlin-Spindlersfeld 213
Sprengstoff-Verkaufs-Gesellschaft m. b. H., Köln, Essen, Berlin und München 237
Stickstoff-Syndikat G. m. b. H., Berlin 228
Superphosphat- und Farbenfabriken H. A. Meyer & Riemann, Chemische Werke Aktiengesellschaft, Hannover-Linden, und G. Neukranz 237
Süddeutsche Sprengstoffwerke A.-G., München 237
Verein für chemische Industrie Aktiengesellschaft, Frankfurt a. M. 233
Westfälisch-Anhaltische Sprengstoff-Actiengesellschaft, Chemische Fabriken, Berlin 237

Elektrizitäts-Wirtschaft und Elektrizitäts-Industrie.

Aktiengesellschaft Sächsische Werke, Dresden 169
Die Badische Landes-Elektrizitäts-Versorgungs A. G. (Badenwerk), Karlsruhe/Baden 172
Bayernwerk Aktiengesellschaft in München 173
Bayerische Kraftwerke, München-Berlin 235
Die Elektrizitäts-Lieferungs-Gesellschaft, Berlin 174
Elektrizitäts-Actiengesellschaft vorm. W. Lahmeyer & Co., Frankfurt a. M. 175
Elektrowerke A. G. in Berlin 235
Fernheizwerk Hamburg G. m. b. H., Hamburg 176
Gesellschaft für elektrische Unternehmungen Ludwig Loewe & Co., Aktiengesellschaft, Berlin 177
Hamburgische Elektricitäts-Werke Aktiengesellschaft, Hamburg . 176
Innwerk, Bayr. Aluminium A. G., München 235
C. Lorenz, Aktiengesellschaft, Berlin-Tempelhof 216
MEW Märkisches Elektrizitätswerk, Aktiengesellschaft, Berlin . . 178
Mix & Genest, Berlin-Schöneberg 210
Preußische Elektrizitäts Aktiengesellschaft (Preußenelektra), Berlin 179
Viag, Vereinigte Industrie Unternehmungen Aktiengesellschaft, Berlin 235
Zünderwerke Ernst Brün A. G., Krefeld-Linn. 237

Feinmechanik, Optik und Akustik.

Der Deutsche Rundfunk — heute und morgen . . . . . 192 u. 193
Südwestdeutscher Rundfunk A. G., Frankfurt a. M. 194
Die Universum-Film Aktiengesellschaft, Berlin 234
Voigtländer & Sohn A. G., Braunschweig 213

Gummi- und Leder-Industrie.

Continental-Gummi-Werke A. G., Hannover 185
Carl Freudenberg G. m. b. H., Weinheim/Baden 196
New York Hamburger Gummi-Waaren-Compagnie, Hamburg und Harburg/Elbe 219

Maschinen-Industrie.

Adrema, Maschinenbau-Ges. m. b. H., Berlin 170
Aquila Aktiengesellschaft für Handels- und Industrieunternehmungen, Frankfurt a. M. 184
Bahnbedarf, Darmstadt 184
Dampfkesselfabrik vorm. Arthur Rodberg A. G., Darmstadt . . . 184
Eikomag, Eisenkonstruktionen und Maschinenfabrik A. G., Köln . . 184
Gesellschaft für Linde's Eismaschinen A. G., Wiesbaden 199
Güldner Motoren-Werke, Aschaffenburg 199
Intertype Setzmaschinen G. m. b. H., Berlin 208
Kleinkälte-Maschinen, Mainz-Kostheim 199
Knorr-Bremse A. G., Berlin 211

LIBRARY UNIVERSITY OF ILLINOIS URBANA

Seite

Lurgi Apparatebau-Gesellschaft m. b. H., Frankfurt a. M. 215
Lurgi Gesellschaft für Wärmetechnik m. b. H., Frankfurt a M. . . 215
M. A. N., Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg, A. G., Augsburg-Nürnberg 204
Maschinenfabrik Sürth, Sürth b. Köln 199
Motoren-Werke Mannheim A. G. vorm. Benz. Abt. Stat. Motorenbau, Mannheim 212
R. Stock & Co., Spiralbohrer-, Werkzeug- und Maschinenfabrik A. G., Berlin-Lichterfelde 229
A. Stotz A. G., Eisengießerei & Maschinenfabrik, Stuttgart . . . 222
J. M. Voith, Maschinenfabriken Heidenheim (Brenz) Württemberg und St. Pölten, Niederösterreich 236

Metall- und Eisen-Industrie.

Durferrit-Gesellschaft m. b. H. für Glüh- und Härtetechnik, Frankfurt a. M. 190
Felten & Guilleaume Carlswerk Actien-Gesellschaft, Köln . . . 196
Felten & Guilleaume Carlswerk Eisen und Stahl Aktiengesellschaft Köln-Mülheim 196
Mannesmannröhrenwerke, Düsseldorf (Mannesmann-Konzern) . . 214
Metallgesellschaft A. G., Frankfurt a. M. 215
Mitteldeutsche Stahlwerke A.-G., Riesa 217
G. Siebert G. m. b. H., Platinschmelze, Hanau 190
Stahlwerk Mannheim A. G., Mannheim-Rheinau 184
Vereinigte Aluminium-Werke A. G. zu Lautawerk, Lautawerk Lausitz 235

Nahrungs- und Genußmittel.

Engelhardt-Brauerei, Aktiengesellschaft, Berlin 197
Getreide-Industrie & Commission Aktiengesellschaft, Berlin . . . 201
C. H. Knorr A. G., Heilbronn a. N. 210
Löwenbräu, München 216
Radeberger Exportbierbrauerei A.-G., Radeberg i. Sa. 218
Schultheiß-Patzenhofer Brauerei Aktiengesellschaft, Berlin . . . 225

Papier- und Textil-Industrie, Reklame.

Aktiengesellschaft Papierfabrik Hegge, Hegge bei Kempten/Bayern 180
Feldmühle, Papier- und Zellstoffwerke Aktiengesellschaft, Stettin . 198
Gütermann & Co., Gutach/Breisgau 202
Handelsgesellschaft Deutscher Zeitungsverleger, G. m. b. H., Berlin-Charlottenburg 204
Kammgarnspinnerei Stöhr & Co. Aktiengesellschaft, Leipzig . . . 209
München-Dachauer Papierfabriken Aktiengesellschaft, München . . 212
Städte-Reklame-Konzern, Zentrale Frankfurt/Main . . . . . 226 u. 227
Stettiner Papier- und Pappenfabrik A. G., Stettin 223
Verband Deutscher Druckpapierfabriken Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin . . . . . 232 u. 233

Verkehr, Häfen, Messen, Städte, Länder.

Inland:

Aktiengesellschaft für Verkehrswesen, Berlin 162
Ausstellungs-, Messe- und Fremdenverkehrsamt der Stadt Berlin . 171
Badische Actiengesellschaft für Rheinschiffahrt und Seetransport, Mannheim 168
Bayerische Transportgesellschaft vorm. Theod. Fügen G. m. b. H., Ludwigshafen a. Rh. 168
Deutsch-Atlantische Telegraphengesellschaft, Berlin 161
Die Deutsche Reichsbahn im Wirtschaftsgebiet Frankfurt a. M. . 163
Die Deutsche Reichspost . . . . . 164 u. 165
Die Luftpost 164
Frankfurt als Goethestadt 171
Hanau als aufstrebende Industriestadt 179
Karlsruher Schiffahrts-Aktiengesellschaft, Karlsruhe i. B. 168
Kraftpostfahrten 164
Mainz, das Kultur- und Wirtschaftszentrum 170
Mannheimer Lagerhaus-Gesellschaft, Mannheim 168
Neckar Aktiengesellschaft, Stuttgart 166
Niederrheinische Dampfschleppschiffahrts-Gesellschaft m. b. H., Düsseldorf 168
Postscheckverkehr 165
Rhein-Main-Donau Aktiengesellschaft, München 167
Rheinschiffahrt Actiengesellschaft vorm. Fendel, Mannheim . . . 168
Rhein- und See-Speditions-Gesellschaft m. b. H., Mainz 168
Rhenus Aktiengesellschaft für Schiffahrt und Spedition, Basel . . . 168
Rhenus Transportgesellschaft m. b. H., Mannheim 168

Ausland:

N. V. Rijn en Zee Transport Maatschappij, Rotterdam 168
N. V. Standard Transport Maatschappij, Rotterdam 168
Phénix Rhénan Société Anonyme Belge, Antwerpen 168
Rumänien 245
Scaldia Société Anonyme de Transport et d'Expeditions, Antwerpen 168
Die Tschechoslowakei 253

Seite

Treuhand- und Revisionsgesellschaften, Auskunfteien.

Deutsche Auskunftei (vorm. R. G. Dun & Co.) G. m. b. H., Berlin . 142
Deutsche Baurevision Revisions- und Treuhand Aktien-Gesellschaft für die Bauwirtschaft, Berlin 82
Deutsche Kreditsicherung Aktiengesellschaft, Berlin 129
Die Deutsche Genossenschafts-Revisions- u. Treuhand-Gesellschaft m. b. H., Berlin 128

Versicherungsgewerbe.

Inland:

„Albingia" Versicherungs-Aktiengesellschaft in Hamburg 130
Allianz und Stuttgarter Lebensversicherungsbank A. G., Berlin . . 131
Allianz und Stuttgarter Verein Versicherungs A. G., Berlin . . . 131
Badische Pferdeversicherungs-Anstalt A. G., Karlsruhe i. B. . . . 131
Bayerische Beamtenversicherungsanstalt Versicherungsverein a. G., München 132
Bayerische Rückversicherungsbank Aktiengesellschaft, München . 133
Bayerische Versicherungsbank A. G., München 131
Berlinische Feuer-Versicherungs-Anstalt 134
Colonia, Kölnische Feuer- und Kölnische Unfall-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft in Köln 135
Concordia Lebens-Versicherungs-Bank Aktiengesellschaft, Köln . . 170
Deutsche Feuerversicherung Aktiengesellschaft, Berlin 136
Deutsche Lebensversicherung, Gemeinnützige Aktien-Gesellschaft, Berlin 136
Deutscher Lloyd, Versicherungs Actien-Gesellschaft, Berlin . . . 138
Deutscher Versicherungs-Konzern, Berlin . . . . . 136 u. 137
Die Versicherungsgesellschaft Thuringia in Erfurt 159
Erste Allgemeine Spar-Versicherungsbank Akt.-Ges., Saarbrücken . 136
Frankona Rück- und Mitversicherungs-Aktien-Gesellschaft, Berlin . 140
Gerling-Konzern, Köln 139
Globus Versicherungs-Aktien-Gesellschaft, Hamburg 131
Gothaer Allgemeine Versicherungsbank A.-G., Gotha 141
Gothaer Lebensversicherungsbank a. G., Gotha. 141
Hamburger Allgemeine Versicherungs-Aktiengesellschaft, Hamburg 140
Hamburg-Mannheimer Versicherungs-Aktien-Gesellschaft, Hamburg 143
Hercules G. m. b. H., Versicherungsgesellschaft, Hamburg 219
Hermes Kreditversicherungsbank A. G., Berlin . . . . . 131 u. 142
Hovad, Berlin 158
Iduna-Germania Versicherungs-Gesellschaften, Berlin . . . 144 u. 145
Karlsruher Lebensversicherungsbank A. G., Karlsruhe i. B. . . . 146
Kölnische Rückversicherungs-Gesellschaft, Köln 147
„Kraft" Versicherungs-Aktien-Gesellschaft des Automobilclubs von Deutschland, Berlin . . . . . 131 u. 148
„Lebenswacht" Lebens-Versicherungs-Anstalt in Leipzig A.-G. . . 142
Leipziger Feuer-Versicherungs-Anstalt in Leipzig 142
Leipziger Transport- und Rückversicherungs-Aktien-Gesellschaft, Leipzig 142
Magdeburger Feuer Versicherungs-Gesellschaft, Leipzig 149
Mannheimer Lebensversicherungsbank A.-G., Berlin 150
Mannheimer Versicherungs-Gesellschaft, Mannheim 150
Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft, München 151
„National" Allgemeine Versicherungs-Akt.-Ges., Stettin 152
„National" Lebensversicherungs-Aktien-Gesellschaft, Stettin . . . 152
National-Versicherung, Stettin 152
Neue Frankfurter Allgem. Versicherungs A. G., Frankfurt a. M. . 131
Norddeutsche Versicherungs-Gesellschaft, Hamburg 153
Nordstern Lebensversicherungsbank Aktiengesellschaft, Berlin-Schöneberg 154
„Orion" Versicherungs-Aktien-Gesellschaft, Hamburg 152
Providentia-Allgemeine Versicherungs-Aktiengesellschaft, Berlin . 158
Stettiner Rückversicherungs-Aktien-Ges., Stettin 152
„Union und Rhein" Versicherungs-Aktien-Gesellschaft, Berlin . . 155
Vereinigte Berlinische und Preußische Lebensversicherungs-Aktien-Gesellschaft, Berlin 156
Vereinigte Krankenversicherungs Aktiengesellschaft in Berlin . . 157
Union, Allgem. Deutsche Hagel-Vers. Ges., Weimar 131
Victoria am Rhein, Allgemeine Versicherungs-A.-G., Berlin . . . 160
Victoria am Rhein, Feuer- und Transport-Vers. A. G., Berlin . . 160
Victoria Feuer-Versicherungs-Actien-Gesellschaft, Berlin 160
Victoria Rückversicherungs-A. G., Berlin 160
Victoria zu Berlin, Allgemeine Versicherungs-A.-G., Berlin 160

Ausland:

Lebens-Versicherungs-Gesellschaft Phönix, Wien 242
Prudentia Aktiengesellschaft für Rück- und Mitversicherungen in Zürich 250
Schweizerische Rückversicherungs-Gesellschaft in Zürich 250
„Vita" Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft, Zürich 251
Städtische Versicherungsanstalt der Gemeinde Wien, Wien I . . 243
„Zürich" Allgemeine Unfall- und Haftpflichtversicherungs-Aktien-Gesellschaft, Zürich 251

LIBRARY
UNIVERSITY OF ILLINOIS
URBANA

Die Werbekraft einer Zeitung ist abhängig von dem Vertrauen ihrer Leser. Der Verlag der „Frankfurter Zeitung“ hat seit Bestehen den größten Wert darauf gelegt, das Vertrauen der Leser zum redaktionellen Teil auf den Anzeigenteil zu übertragen. Er war stets bemüht, nach Treu und Glauben seinen Inserenten für die Anzeigen beste Wirkung und größte Verbreitung zu geben. Die Beachtung des Anzeigenteils beruht auf seiner großen Zuverlässigkeit. Eine sorgfältige Prüfung der Anzeigen vor dem Erscheinen bürgt dafür, daß sich diese inhaltlich dem Rahmen des Blattes einpassen und dem Ruf der „Frankfurter Zeitung“ entsprechen. Die Anzeigen sind ein wertvoller Faktor im deutschen Wirtschaftsleben, vielfach dienen sie als zuverlässiges Material für geschäftliche Entschließungen und Pläne. Der Qualitätsgedanke ist auch im Anzeigenteil der „Frankfurter Zeitung“ durchgeführt. Der Reichhaltigkeit ihres redaktionellen Weltspiegels entspricht die Vielseitigkeit der Inserate. Wer einen Qualitätsposten sucht oder besetzen will, wer eine Qualitätsware sucht oder absetzen will, sieht daher in der „Frankfurter Zeitung“ den besten Mittler. Da in der „Frankfurter Zeitung“ als dem führenden deutschen Wirtschafts- und Handelsorgan besonders viele finanzielle Anzeigen veröffentlicht werden, benutzt eine große Anzahl von Gesellschaften satzungsgemäß die „Frankfurter Zeitung“ für ihre Publikationen. Die Anzeigen werden organisch der Sonderart des Textes angegliedert. Für den Leser als jeweiliger Anhang zu dem redaktionellen Teil gut gruppiert, werden sie nach ihrem besonderen Charakter in Rubriken und Beilagen zusammengefaßt. Ein Stab von Zeichnern und Graphikern sorgt für die künstlerische und wirksame Ausgestaltung und Anordnung. Die Bedeutung des Anzeigenteils der „Frankfurter Zeitung“ hat wesentlich zu ihrer unbestrittenen Stellung beigetragen.

Druck und Verlag
Frankfurter Societäts-Druckerei G. m. b. H.

Umschlag und Gestaltung des Heftes: Albert Fuß, Frankfurt a. M.
Inserate: Albert Kruse, Frankfurt a. M.

3 0112 098480764